Judith C. Enders,
Raj Kollmorgen,
Ilko-Sascha Kowalczuk
(Hg.)

Deutschland ist eins: vieles

Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung

Im Auftrag der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«

campus

Deutschland ist eins: vieles

Judith C. Enders, Dr. rer. pol., ist Politikwissenschaftlerin und Dozentin an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin mit den Schwerpunkten Gender, Internationale Beziehungen und Nachhaltigkeit sowie Ostdeutschlandforschung.

Raj Kollmorgen ist Soziologe und Professor für Management sozialen Wandels an der Hochschule Zittau/Görlitz.

Ilko-Sascha Kowalczuk, Dr. phil., ist Historiker.

Judith C. Enders, Raj Kollmorgen,
Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.)

Herausgegeben im Auftrag der Kommission
»30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«

Deutschland ist eins: vieles

Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Mit Ausnahme des Beitrages der drei Herausgebenden handelt es sich bei den vorliegenden Texten um Kurzstudien, die für die Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« im Rahmen ihrer Tätigkeit erstellt und für diese Publikation überarbeitet wurden.

Gedruckt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

Jahre 30 **Deutschland ist eins: vieles.**

ISBN 978-3-593-51436-9 Print
ISBN 978-3-593-44819-0 E-Book (PDF)
DOI 10.12907/978-3-593-44819-0

Erstveröffentlichung durch Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 2021
Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Satz: publish4you, Engelskirchen
Gesetzt aus der Garamond
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe GmbH sind ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985-2104-1001).
Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort 13

Revolution, Vereinigung, Transformation – Wege ihrer Erforschung
und Reflexion. 15
Judith C. Enders, Raj Kollmorgen und Ilko-Sascha Kowalczuk

1. Gesellschaftstransformation als sozialer Wandlungstyp, Postsozialismus und (ost-)deutscher Fall 19
   1.1 Gesellschaftstransformation als sozialer Wandlungstyp 19
   1.2 Postsozialistische Gesellschaftstransformationen 22
   1.3 DDR/Ostdeutschland 24
2. Transformationsforschung als theoretisch-methodologische Herausforderung. 28
   2.1 Gesellschaften im Fluss 28
   2.2 Organisierte Akteure und formale Institutionen im Umbruch 29
   2.3 Die komplexe Kontextualität und Dimensionalität holistischer Gesellschaftstransformationen 30
   2.4 Bedeutung und Gehalt von Transformationspfaden 32
   2.5 Interdisziplinäres, vergleichendes und rekombinierendes Theoriedesign. 33
3. Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung zwischen 1989/90 und heute: Formierungen, Defizite und Reorientierungen 34
   3.1 Die ostdeutsche Transformation als bestuntersuchter Einzelgegenstand in der Geschichte der bundesdeutschen Sozialwissenschaft 35
   3.2 Der ostdeutsche Sonderfall und die Etablierung des westdeutschen Fluchtpunktes 38
   3.3 Die westdeutschen Eliten der Transformationsforschung und der Platz der Ostdeutschen. 39
   3.4 Dominierende Großtheorien, polare Diskurs- und Erklärungsachsen sowie transformationstheoretische Defizite. 40

3.5 Delegitimierung und Marginalisierung der ostdeutschen Transformationsforschung 46
3.6 Eine neue Transformationsforschung? Zur Reproblematisierung und Retheoretisierung Ostdeutschlands nach 2015 46
4. Warum Transformation nicht gleich Transformation ist – eine soziokulturelle und psychosoziale Generationenperspektive 51
4.1 Wahrnehmung von Transformationserfahrungen verschiedener ostdeutscher Alterskohorten 52
4.2 Unterschiedlich und doch in einen Topf geworfen – und wie weiter? 54
5. Qualmende Geschichte. Die deutsche Einheit und die zeithistorische Forschung 56
6. Die Beiträge des Bandes: Entstehung und Themen 61
7. Ideen zur Zukunft der Transformations- und Vereinigungsforschung 65
Literaturverzeichnis 67

30 Jahre Transformation und Vereinigung – Forschungsstand, gesellschaftliche Problemlagen, Gestaltungsperspektiven 77
Wolfgang Schroeder und Daniel Buhr

1. Einleitung 77
2. Transition – Transformation – Posttransformation 80
2.1 Die Wiedervereinigung und ihre Ursachen 80
2.1.1 Politische Ursachen 81
2.1.2 Ökonomische Ursachen 83
2.1.3 Soziale und Psychologische Ursachen 84
2.2 Phasen des Wandels und mögliche Alternativen 86
2.2.1 Transition 87
2.2.2 Transformation 88
2.2.3 Posttransformation 91
2.3 Folgen: Konvergenz und Disparität 93
3. Vereinigung durch Institutionentransfer: Pfadabhängigkeit und Reformfähigkeit 99
3.1 Westgesteuerter Transformationsprozess 99
3.2 Institutionenvertrauen 102
3.2.1 Was lässt sich daraus ableiten? 110
3.3 Exemplarische Transformationsprozesse 111
3.3.1 Tarifautonomie 111

3.3.2 Gesundheitswesen 122
4. Gegenwärtige Transformation 131
4.1 Erfahrungen in Ost und West 132
4.1.1 Braunkohlewirtschaft 133
4.1.2 Solarindustrie 138
4.1.3 »Subjektive« Umbrucherfahrungen 139
4.2 Zukünftige Herausforderungen 142
5. Fazit mit Handlungsempfehlungen 145
5.1 Empfehlungen für Politik und Wissenschaft 148
Literaturverzeichnis 150

Integration und Identität – Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung 159
Tom Thieme und Tom Mannewitz

1. Einführung 159
1.1 Bevölkerungsentwicklung und Zusammengehörigkeitsgefühl 159
1.2 Deutsch-deutsches Zusammenleben: Lebenswirklichkeit und Lebensgefühl 160
1.3 Ostdeutsche Repräsentation in den bundesdeutschen Eliten: Realität und Wahrnehmung 160
1.4 Neue Herausforderungen – gefühlte Unsicherheiten? 161
2. Bevölkerungsentwicklung und Zusammengehörigkeitsgefühl 162
2.1 (Binnen-)Migration seit 1990 162
2.2 Konkurrierende Identitäten: Lokal, regional, national, global 169
2.3 Bevölkerungsbewegungen und konkurrierende Identitäten: Ein Problem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? 176
3. Deutsch-deutsches Zusammenleben: Lebenswirklichkeit und Lebensgefühl 181
3.1 Lebenswirklichkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 181
3.2 Lebensgefühl in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 192
3.3 Wie viel »innere Einheit« braucht es? 205
4. Ostdeutsche Repräsentation in den bundesdeutschen Eliten: Realität und Wahrnehmung 208
4.1 Repräsentation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 208
4.2 Einstellungen zur und Folgen der mangelnden Repräsentation von Ostdeutschen 215
4.3 Eliten »zweiter Klasse«? 219

5. Neue Herausforderungen – Gefühlte Unsicherheiten? 222
5.1 Betroffenheit durch Globalisierung, Mobilität, Klimawandel und Individualisierung 222
5.2 Einstellungen zu Globalisierung, Mobilität, Klimawandel und Individualisierung 233
5.3 Vorreiter Osten? 241
Quellen- und Literaturverzeichnis 244

Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess 253
Michael Lühmann

1. Vorwort 253
2. Fragestellungen 255
2.1 Dimensionen ostdeutscher Identitätskonstruktion 255
2.2 Potenziale von und Gefährdungen durch ostdeutsche Identitätskonstruktion 256
2.3 Regionale und generationelle Differenzen 256
3. Der Blick auf Ostdeutschland – Zuschreibungen, Konjunkturen, Befunde 257
3.1 Zuschreibungen 257
3.2 Konjunkturen und Befunde der Forschung 262
3.2.1 Die sozialwissenschaftliche Debatte 263
3.2.2 Die zeithistorische Debatte 265
4. Identitäten und Anerkennungen im Einigungsprozess 268
4.1 Kollektive ostdeutsche Identität? 270
4.2 Gefährdete Identität? 277
4.3 Gefährdende Identität? 281
4.4 Brüche und Brechungen ostdeutscher Identität 285
4.4.1 Migration und Region 285
4.4.2 Region und regionale politische Kultur 288
4.4.3 Generation(en) 290
4.4.4 Integration 296
4.5 Vom Umgang mit gefährdeter und gefährdender Identität 298
4.5.1 Opferstadt ohne erinnerte Täterbiografie: Dresden 298
4.5.2 Auswege – Ein kurzer Blick in ostdeutsche Gegenwehr 301

5. Identifikation von Blindstellen und Kritik 304
5.1 Thematische Blindstellen 305
5.1.1 Auf die Zivilgesellschaft schauen 305
5.1.2 (Post-)Migrantische Perspektiven einbeziehen 306
5.1.3 Frauen verändern die Republik (und die Sicht) 307
5.1.4 Aufarbeitung, anders 307
5.1.5 Der Westen und der Osten 309
5.2 Theoretisch-konzeptuelle Erweiterungen 310
5.2.1 Lokale und regionale politische Kultur vs. ostdeutscher Monolith 310
5.2.2 Erinnerungskultur 311
5.2.3 Transformationsgeschichte(n) und Meistererzählungen 313
5.2.4 Ost und West (häufiger) transzendieren 315
5.2.5 Den »Westen« wahrnehmbar machen 316
5.2.6 Ostdeutsche Lösungen für ostdeutsche Probleme (erforschen) 318
5.2.7 Den westlichen Export des Rechtsextremismus erforschen . . 319
5.2.8 Das lange Nachleben des »Antifaschismus« und des »Antikommunismus« 319
5.2.9 Methodisches 320
5.3 Diskurse 321
5.3.1 Die Identitätskonstruktion dekonstruieren und rekonstruieren 321
5.3.2 Der Ostdeutsche als »das Andere« 324
5.3.3 Von der Spezifik und dem Wir 325
5.3.4 Verantwortung statt Infantilisierung 326
5.3.5 Von der Aufarbeitung zur Verarbeitung 327
6. Vorschläge für die Zukunftsgestaltung 328
6.1 Dialog, aber anders 331
6.2 Strukturen 332
6.3 Symbolische Korrekturen 333
6.4 Ostdeutscher Erfahrungsraum statt ostdeutscher Identität 334
7. Nachwort 338
Literaturverzeichnis 339

Die konstruierte Ost-West Spaltung – Akteure und Kulturen der Gesellschaftsgestaltung 361
Oliver Hidalgo und Alexander Yendell

1. Einleitung 361
2. Theoretische Annahmen 363
   2.1 Die Social Identity Theory 363
   2.2 Relative Deprivation 366
   2.3 Autoritarismus 371
   2.4 Terror Management Theory 373
   2.5 Kontakthypothese 374
   2.6 »Anywheres« und »Somewheres« als Akteure der Transformation? . . 375
   2.7 Demokratie, Revolution und Populismus als umstrittene Begriffe . . 376
3. Forschungshypothesen und Forschungsdesiderate 379
4. Ergebnisse der empirischen Analyse 383
   4.1 Verbundenheit mit der DDR, Anerkennungsdefizite und Opferrolle 384
   4.2 Kollektive Gefühle der Deprivation 396
   4.3 Autoritarismus und Ungleichwertigkeitsvorstellungen 400
   4.4 Gründe für Ausländerfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit 401
   4.5 Rechtsextreme Einstellungen 403
   4.6 Divergierende Verständnisse von Demokratie, Revolution und Zivilgesellschaft 404
   4.7 Selffulfilling Prophecy und globaler Strukturwandel 406
5. Zusammenfassung der Ergebnisse 408
6. Handlungsempfehlungen 410
   6.1 Mögliche Auswege aus einer Festschreibung der Ost-West-Spaltung 410
   6.2 Vermeidung einer (rechtspopulistischen) Identitätsfalle 413
   6.3 Prävention autoritärer Einstellungsmuster, Herstellung von (interpersonellem) Vertrauen und Empathie 415
   6.4 Schaffung einer alternativen, gesamtdeutschen Anerkennungskultur und Förderung von Kontakten und Gesprächsangeboten zwischen und jenseits der Ost-West-Identität 416
   6.5 Vertrauen in demokratische Diskussionsflächen und symbolische Gegensteuerung 419
   6.6 Appelle an Selbstreflexion und Selbstbewusstsein der Ostdeutschen sowie Selbsthilfe zum Ausstieg aus der Opferrolle 424
   6.7 Weitere Forschungsfelder 426

7. Ausblick: Eine neue Situation durch die Corona-Krise? 427
Quellen- und Literaturverzeichnis 429

Der Alltag des Systemwechsels vor, während und nach 1989 439
Kerstin Brückweh

1. Einleitung. 439
   1.1 Ausgangslage 439
   1.2 Annahmen 440
   1.3 Anlage und Gliederung der Studie 441
2. Zeitgeschichtlicher Forschungsstand. 446
   2.1 Die Ereignisse begleitend: Sozialwissenschaftliche Forschung 448
   2.2 Rückblicke: Meistererzählungen und Identitätsdiskurse 451
   2.3 Transformationsgeschichten: Viele Erfahrungen, Perspektiven, Räume und Akteure 455
   2.4 Sonderfall (Ost-)Deutschland. 460
3. Ergebnisse zur langen Geschichte der »Wende«. 460
   3.1 Vom 19. Jahrhundert in die Gegenwart: Die lange Dauer von Mentalitäten im Wechselspiel mit politischen Systemen 462
      3.1.1 Allgemeines Ergebnis 462
      3.1.2 Beispiel: Wohnen und Eigentum in der DDR. 463
         a) Ideen und Gesetze 463
         b) Praktiken und Mentalitäten 466
         c) Kontextualisierung: Andere Räume und Quantifizierungsversuche 472
      3.1.3 Weitere Alltagsbereiche: Die lange Dauer von Mentalitäten, robuste Strukturen und Handlungsräume im Spätsozialismus 475
   3.2 1989/90. Die Wucht der Veränderungen in der Kernzeit des Umbruchs 478
      3.2.1 Allgemeines Ergebnis 478
      3.2.2 Beispiel: Wohnen und Eigentum 1989/90 478
         a) Der Weg zum Vermögensgesetz (VermG) 478
         b) Praktiken und Medienberichte 486
         c) Kontextualisierung: Stadt, Land und die Praktik des Eingabenschreibens. 492
      3.2.3 Weitere Alltagsbereiche: Erlebte vs. erinnerte Gemeinschaft 493

3.3 Die 1990er Jahre gestalten und bewältigen: Strategien, Erfolge, Verluste 494
3.3.1 Allgemeines Ergebnis 494
3.3.2 Beispiel: Wohnen und Eigentum ab 1990 495
a) Gesetze und Anpassungen 495
b) Praktiken und neues Wissen 497
c) Kontextualisierung: Statistiken und Ostmitteleuropa . . . 504
3.3.3 Weitere Alltagsbereiche: Flexibilität von Vorgaben in der Schule 509
3.4 Die »Wende« erinnern: Das Zusammenspiel von Erwartungen und Erfahrungen 510
3.4.1 Allgemeines Ergebnis 510
3.4.2 Beispiel: Wohnen und Eigentum 510
a) Wohnen und Eigentum im Rückblick: Öffentliches und privates Sprechen 510
b) Zuerst Alltagsprobleme lösen 513
c) Defizite benennen: Öffentliches Sprechen über Missstände und die Tradition der Eingabe aus der DDR 514
4. Ausblicke 517
4.1 Vergleich zu anderen postsozialistischen Staaten 517
4.2 Ein zweiter Blick auf lange andauernde Mentalitäten: Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus in der langen Geschichte der »Wende« 519
4.3 Citizen Science 529
5. Vorschläge für die Zukunft 530
5.1 Wissen mehren – mehr Forschung 531
5.2 Citizen Science – elaborierte, demokratische Formen von Wissensgenerierung und -vermittlung 531
Quellen- und Literaturverzeichnis 532
Quellen 532
1. Archivalien 532
2. Studien für Zweitanalysen 533
3. Oral-History-Interviews 534
4. Periodika 535
5. Rechtsquellen 535
Gedruckte Quellen und Literatur 536

Autorinnen und Autoren 549

Vorwort

Seit der Öffnung des Eisernen Vorhangs konnten wir in zahlreichen Staaten Europas sehr unterschiedliche Transformationspfade des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens beobachten. In den neuen Bundesländern vollzog sich die Transformation vielfach in Form eines radikalen Umbruchs, der seine Spuren im Alltag jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers hinterließ.

Inzwischen liegen die Ereignisse der Jahre 1989/1990 eine ganze Generation zurück. Viel hat sich seitdem für die Menschen in unserem Land zum Besseren entwickelt. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Transformation – und dies gilt für die ostdeutschen Bundesländer ähnlich wie für unsere Nachbarländer im östlichen Mitteleuropa – immer nachwirkt.

Die Transformation formeller demokratischer Institutionen kann vergleichsweise zügig vonstattengehen; auf anderen Gebieten wird deutlich mehr Zeit gebraucht: Gehen wir von einem umfassenden Verständnis von Transformation aus, welches auch die Empfindungen, Erfahrungen und politischen Einstellungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger einschließt, müssen wir in Jahrzehnten denken. Dies gilt gewiss auch für die Angleichung ökonomischer Grundlagen. Transformationsprozesse müssen daher langfristig sowohl öffentlich debattiert als auch immer wieder neu justiert werden.

Anlässlich des Jubiläums von 30 Jahren Friedlicher Revolution in der DDR und der darauffolgenden Einheit Deutschlands berief die Bundesregierung im Frühjahr 2019 eine Kommission mit 22 Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft. Deren Aufgabe bestand darin, auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse die politischen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen der vergangenen 30 Jahre zu bewerten und konkrete Handlungsempfehlungen für die Zukunft zu formulieren. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, hat die Kommission fünf Studien in Auftrag gegeben, die sich unterschiedlichen Fragen der Transformationsforschung widmen. Diese Studien werden im vorliegenden Sammelband von den drei Kommissionsmitgliedern Judith Enders, Raj Kollmorgen und Ilko-Sascha Kowalczuk vorgestellt.

Mit dieser Veröffentlichung wollen wir die gesamtgesellschaftliche Debatte zum Stand und zu den Perspektiven der Deutschen Einheit befördern. Der Sam-

melband erscheint nicht nur in gedruckter Form, sondern auch als Open-Access-Publikation, weil wir möglichst vielen Menschen Lust auf diese Debatte machen wollen.

In den Studien kommen Forschende unterschiedlicher Fachdisziplinen zu Wort, die jeweils ihre individuellen Schwerpunkte setzten. Damit ergibt sich für Sie als Leserinnen und Leser ein sehr umfassendes Bild dessen, was Transformation alles ausmacht: So liefern die Studien einerseits interessante Daten in Schaubildern und Statistiken – etwa zu ökonomischen Rahmenbedingungen, Einstellungen und der Repräsentation Ostdeutscher in den Institutionen der Bundesrepublik Deutschland. Daneben werden auch Fragen von Identität und gegenseitiger Anerkennung aufgeworfen, Ursachen und Wirkungen von Klischees und Vorurteilen hinterfragt und sozialpsychologische Erklärungsansätze für die Dynamiken gesellschaftlicher Prozesse vorgestellt. Es geht in diesem Band sowohl um die Adaption von Institutionen und Regelwerken, aber auch um die politischer Kultur, persönliche Erfahrungshorizonte und den Appell zu mehr Oral History, um hier nur einige Aspekte zu nennen. Was wir besonders wichtig finden: Wir brauchen mehr Diskussion aus verschiedenen Blickwinkeln – das sollte zur Maxime der Transformationsforschung in den vor uns liegenden Jahrzehnten werden.

Die Kommission hat deshalb der Bundesregierung ein »Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit« vorgeschlagen. Das Zukunftszentrum soll Knotenpunkt einer Transformationsforschung sein, an dem Argumente interdisziplinär diskutiert und weiterentwickelt werden. Es soll gleichzeitig eine Institution sein, in der die Erfahrungen und Lebensleistungen der Ostdeutschen gewürdigt und genutzt werden. Dabei sollen im intensiven internationalen Austausch Strategien für die Transformationsprozesse der kommenden Jahre entwickelt und debattiert werden.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und hoffen auf spannende Diskussionen.

Matthias Platzeck
Ministerpräsident a.D. und Vorsitzender der Kommission
»30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«

Marco Wanderwitz MdB
Parlamentarischer Staatssekretär und Beauftragter
der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
Stellvertretender Vorsitzender der Kommission
»30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«

Revolution, Vereinigung, Transformation – Wege ihrer Erforschung und Reflexion

Judith C. Enders, Raj Kollmorgen und Ilko-Sascha Kowalczuk

Kaum etwas versinnbildlicht die List der Geschichte mehr als die deutsche Einheit. Im Sommer 1989 war sie praktisch kein Thema. Es ging in den kommunistischen Staaten, so auch in der DDR, um Flucht oder Reform, die von der Mehrheit als reale gesellschaftliche Änderungsvorstellungen verfochtenen Möglichkeiten. Der bevorstehende unmittelbare Zusammenbruch der Jalta-Nachkriegsordnung schien selbst den kühnsten Optimisten kein realistisches Thema am Ausgang des Jahrhunderts zu sein. Gerade weil mit Michael S. Gorbatschow in Moskau ein Reformkommunist die Zügel in den Händen hielt, wenn auch nicht fest, schien Evolution statt Revolution auf der Tagesordnung zu stehen. Und selbst einen radikalen politischen Systemsturz brachte niemand mit dem rapiden Zusammenbruch des Warschauer Paktes und des RGW-Systems unmittelbar in einen zwingenden Zusammenhang. Beides schien kaum vorstellbar und schon gar nicht innerhalb weniger Monate. Tatsächlich lösten sich nicht nur diese östlichen Militär- und Wirtschaftsbündnisse fast geräuschlos auf, sogar die Sowjetunion, die die Kommunisten immer als Keimform *eines* globalen Sowjetstaates angesehen hatten, war zum 26. Dezember 1991 zur Geschichte geworden.

Ab Frühjahr 1990 bereits schien vielen der Zusammenbruch des Kommunismus und die bevorstehende deutsche Einheit als vollkommen logisch – binnen weniger Monate hatte sich die öffentliche Meinung radikal verändert, ja teilweise in ihr Gegenteil gekehrt. Und umso größer der Abstand zu den Ereignissen 1989/90 wurde, je mehr Menschen behaupteten nun, alles vorausgesehen zu haben; auch wuchs seit 1990 von Jahr zu Jahr die Gruppe derjenigen an, die gegen die sozialistische Diktatur im Widerstand gestanden hatten. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung gewöhnte sich sehr schnell an eine alternativlose Geschichtserzählung, kontrafaktische Einwürfe genossen in Deutschland kein hohes Ansehen. Aber nicht nur die angebliche Alternativlosigkeit der staatlichen historischen Entwicklung geriet zur erzählerischen Zwangsläufigkeit, schnell erschien auch die deutsche Einheit als kaum getrübte Erfolgsgeschichte, auf die alle Bundesbürger*innen mit allergrößtem Stolz blicken können und die auch vom Ausland mit allertiefster Bewunderung betrachtet würde. So jedenfalls das herrschende Erzählmuster im politischen Berlin und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Der 30. Jahrestag der ostdeutschen Revolution 2019 und der deutschen Einheit 2020 sollten entsprechend glanzvoll gefeiert werden.

Schon bei den zentralen Einheitsfeierlichkeiten des Jahres 2016 in Dresden erlebten Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel jedoch hautnah, dass im Osten offenbar nicht alle die deutsche Einheit als Erfolgsgeschichte verstehen und erzählen wollten. Das blieb nicht ihre einzige Konfrontation mit einer Gegenerzählung zur deutschen Einheit, die im offiziellen Berlin kaum präsent war. Vor diesem Hintergrund begannen auch die Medien verstärkt zu fragen, was im Osten eigentlich schiefgelaufen und warum die Stimmung im Osten weitaus schlechter als die sozioökonomische Lage sei. Immer stärker schälte sich heraus, dass die Jubiläumseinheitsfeier 2020 nicht allein eine Erfolgsgeschichte würde präsentieren können, wollte sie glaubhaft sein und größere Teile der Gesellschaft erreichen.

Vor diesem Hintergrund berief die Bundesregierung im April 2019 die Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« (Kommission 2020: 106–109). Das 22-köpfige Gremium, bestehend aus Politiker*innen und Sachverständigen,[1] bekam den Auftrag, in kritischer Reflexion und Bewertung des bisherigen Transformations- und Vereinigungsprozesses Handlungsempfehlungen zur weiteren Gestaltung der deutschen Einheit, insbesondere unter der Prämisse der Schaffung »gleichwertiger Lebensverhältnisse« (Art. 72 Grundgesetz), zu erarbeiten. Darüber hinaus sollten Vorschläge vorgelegt werden, wie nicht nur die beiden 30., sondern auch die künftigen Jahrestage angemessen begangen werden können. Die Kommissionsmitglieder sollten sich in die Umsetzung dieser Ideen in den Jahren 2019/2020 auch persönlich einbringen. Das Ziel bestand darin, verschiedene Veranstaltungs- und Dialogformate zu erproben und dann zu entscheiden, ob von diesen einige als dauerhafte Institutionen etabliert werden sollen. Die Kommission war weder gesellschaftlich repräsentativ zusammengesetzt noch spiegelte sich in ihr das Parteienspektrum des Deutschen Bundestages. Das war bei einer Regierungskommission auch nicht zu erwarten, gleichwohl bildete sich in ihr eine Meinungsvielfalt ab, die doch beträchtlich über das parteipolitische Spektrum der großen Koalition hinausreichte. Dafür sorgte die Berufungspolitik des Kabinetts, die gerade bei den Sachverständigen

1 Die Kommission stand unter Leitung von Matthias Platzeck (Vorsitzender) und Christian Hirte bzw. seinem Nachfolger Marco Wanderwitz als Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (stellvertretende Vorsitzende). Zu den weiteren Mitgliedern zählten: Katrin Budde, Thomas de Maizière, Judith Enders, Reiner Haseloff, Hans Walter Hütter, Frank Junge, Iris Kloppich, Raj Kollmorgen, Ilko-Sascha Kowalczuk, Christine Lieberknecht, Jan Josef Liefers, Anna Maria Mühe, Maria Nooke, Dieter Pfortner, Jana Schimke, Christian Schmidt, Manuela Schwesig, Annette Simon, Marcel Thum und Elke Witt; Kurzbiografien in: Kommission 2020: 110–117.

nicht nach einem Parteibuch, sondern nach deren Expertise fragte und eine gewisse gesellschaftliche Breite, was die Tätigkeitsprofile der Mitglieder anbelangte, erreichte.

In die Kommission wurden mehrere Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Professionen berufen. Neben den Herausgeber*innen (Politikwissenschaftlerin, Soziologe, Historiker) gehörten als aktive Wissenschaftler*innen auch ein weiterer Historiker, eine Psychologin sowie ein Wirtschaftswissenschaftler dazu. Die Kommission wies eine Besonderheit auf, die immer wieder betont wurde, was zeigt, dass auch im 30. Jahr der Einheit etwas nicht stimmt: In der Kommission dominierten Ostdeutsche – von den 22 Mitgliedern wiesen nur vier eine Sozialisation auf, die sie als ›Westdeutsche‹ oder ›Alt-Bundesdeutsche‹, jedenfalls nicht als ›Ostdeutsche‹ markierten. Diese Randnotiz ist interessant und bestimmte durchaus einige Debatten auch in der Kommission: Wer ist eigentlich im 30. Jahr der deutschen Einheit Ostdeutscher? Einigkeit herrschte darüber, dass dies nicht allein an einen Geburtsort bis 1989/90 gebunden werden kann. Vielmehr geht es um Erfahrungen, um einen Erfahrungsraum, der auch nach 1990 bestand, wenn auch unter anderen Vorzeichen, um kollektive Erfahrungen, die mittlerweile durch die DDR-Geschichte und die Geschichte von Vereinigung und Transformation nach 1990 gleichermaßen, wenn auch sozial und individuell in differenter Weise, geprägt wurden. Ein um das Jahr 2000 Geborener im Osten mit ›Osteltern‹ kann solche Erfahrungen im Gepäck haben, während ein seit 1990 im Osten Lebender, aber aus dem Westen Stammender in diesen Erfahrungsraum nicht hineinkommt. Ob diese Exklusion selbst nach 20 Jahren des Lebens in den östlichen Bundesländern aber zwingend ist oder nicht vielfach überwunden wurde, blieb strittig. Es wird noch komplizierter: Menschen, die nach vielen Jahren oder Jahrzehnten irgendwann *vor* 1989 in die Bundesrepublik ausgereist oder geflüchtet waren, blieben dieser Auffassung nach weiterhin Ostdeutsche – aber wie lange? Wie alt durfte jemand sein, um weiter Ostdeutsche oder Ostdeutscher zu bleiben oder umgekehrt, sich zum Westdeutschen zu entwickeln? Was ist mit Kindern aus ost-west-deutschen Partnerschaften? Und was mit jenen, die im alten oder neuen Osten aufwuchsen und wachsen, deren Eltern aber ursprünglich nicht deutscher Herkunft sind?

An diesem Definitionsproblem zeigt sich bereits die Komplexität und Schwierigkeit, wenn es heute um ›Ostdeutsche‹ und ›Ostdeutschland‹ geht. Denn beide Begriffe lassen sich als soziale Konstruktion einer homogenen gesellschaftlichen Gruppe und eines homogenen sozialgeografischen Raumes verstehen, obwohl es weder das eine noch das andere vor oder nach 1989 gegeben hat. Vielmehr waren Bevölkerung und Sozialraum von der prinzipiell gleichen Heterogenität charakterisiert wie in anderen modernen Gesellschaften auch. Dass es gleichwohl in der politischen und massenmedialen Öffentlichkeit eine

begriffliche Homogenisierung gab, die sich als gleichsam notwendige Begleiterscheinung des Transformations- und Vereinigungsprozesses entpuppte, verdankte sich einer bestimmten politischen Kommunikations- und Handlungslogik. Ein bereits erprobtes und funktionstüchtiges Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sollte so rasch und geräuschlos wie möglich auf ein delegitimiertes und in Auflösung befindliches Staatsgebilde ausgedehnt werden. Es ging darum, *Othering* herzustellen, damit Macht- und Herrschaftsverhältnisse übertragen und gleichzeitig legitimiert werden konnten. Diese Übertragung war wiederum möglich, weil die postkommunistischen Gesellschaften mehrheitlich eine Übernahme erstrebten. Es ging nicht um Innovation, sondern um die Nachahmung bereits bestehender Institutionenordnungen (siehe Abschnitt 1). Die Bevölkerungen des postkommunistischen Raumes wollten nicht länger auf eine seit Ewigkeiten versprochene bessere Zukunft warten, sondern endlich und sofort in der Gegenwart des Westens ankommen und zu einem anerkannten Teil dieses Westens werden.

Über die Ereignisfolgen und Prozessdynamiken von Revolution und Einheit wurde und wird intensiv gestritten. In den letzten Jahren war zu beobachten, dass auch in der politischen Debatte das Erzählparadigma, die Ostdeutschen hätten das doch alles genau so »herbeigewählt«, zunehmend an Strahlkraft einbüßt. Denn hatten sie wirklich am 18. März (Volkskammerwahlen) und am 6. Mai 1990 (Landtagswahlen) die ersehnte Einheit als »Beitritt« mit all ihren Folgen gewählt, wie es immer behauptet wird? Wollte die deutliche Mehrheit diesen Weg? Waren die Folgen überhaupt ernsthaft abschätzbar?

Aber nicht nur diese Erzählung verlor an Glanz, ebenso schien die jahrelange Beschwörung der Milliarden und Abermilliarden Euro, die in den Osten geflossen waren und weiter fließen, immer weniger erklären zu können, warum die Stimmung im Osten weitaus schlechter ist als die sozioökonomische Lage. Offenbar braucht es mehr als den »Aufbau Ost« und steigende Einkommen, um zu verhindern, dass sich nach wie vor deutlich mehr als die Hälfte der Menschen in Ostdeutschland als »Bürger*innen zweiter Klasse« begreifen. Das ist nicht nur ein integrations-, sondern auch demokratiebedrohender Wert.

In der Kommission war sich eine Mehrheit rasch einig, dass es für diskussionswürdige Befunde unabkömmlich sei, externen Sachverstand einzubeziehen. Angesichts der in drei Jahrzehnten kaum noch überschaubaren Produkte einer hochgradig elaborierten und spezialisierten internationalen Transformationsforschung war auch das ein Problem: Wer sollte nach welchen Kriterien was wie zusammenfassen? Die Kommission entschied sich, fünf Studien zu komplexen Themen in Auftrag zu geben, deren Ziel darin bestehen sollte, den Forschungsstand zusammenzufassen, ohne ihn ausufernd nachzuerzählen, und diesen zugleich mit aktuellen Befunden aus eigenen Forschungen zusammenzubringen.

Um diesem Vorhaben einen Rahmen zu geben, war es nötig zu bestimmen, was überhaupt verhandelt werden soll. Die Transformation in Ostdeutschland zwischen 1990 und 2020 stand im Zentrum. Aber was ist eigentlich unter Transformation zu verstehen?

Das den Band einleitende Kapitel beginnt daher mit einer metatheoretischen Erkundung dieses sozialen Wandlungstyps, seines postsozialistischen Subtyps und den Besonderheiten in (Ost-)Deutschland (Abschnitt 1), was zur Formulierung wichtiger theoretisch-konzeptueller Herausforderungen überleitet (Abschnitt 2). Im Anschluss wird eine daran orientierte kritische Revision der nach 1989 realisierten sozialwissenschaftlichen Transformations- und Vereinigungsforschung zum (ost-)deutschen Fall vorgenommen (Abschnitt 3). Es folgen (Abschnitt 4) einige Überlegungen zur Transformation und Vereinigung aus generationentheoretischer und soziokultureller Perspektive sowie eine Problematisierung der zeitgeschichtlichen Annäherungen und Forschungsansätze (Abschnitt 5). Das Kapitel endet mit einer zusammenfassenden Skizze der folgenden Studien (Kapitel) im Band (Abschnitt 6) sowie einer Vorstellung der wissenschaftsbezogenen Empfehlungen der Kommission mit einem Ausblick auf die Zukunft der Transformations- und Vereinigungsforschung (Abschnitt 7).

1. Gesellschaftstransformation als sozialer Wandlungstyp, Postsozialismus und (ost-)deutscher Fall

Gerade weil heute Transformation ein weitverbreiteter Begriff zur Kennzeichnung sozialer Wandlungsprozesse ist (etwa Brand 2018; Kollmorgen 2006; Merkel 2010; Merkel/Kollmorgen/Wagener 2019; Reißig 2009; Sanderson 1999; Thomas/Busch 2015), scheint es zunächst notwendig, seine analytischen Gehalte präziser herauszuarbeiten.

1.1 Gesellschaftstransformation als sozialer Wandlungstyp

Wir verstehen unter Gesellschaftstransformation einen spezifischen sozialen Wandlungstyp, der sich mindestens in sechs Dimensionen gegenüber anderen Typen auszeichnet und in sich differenzieren lässt (detaillierter: Kollmorgen 2006, 2010).

1) Gesellschaftstransformationen sind Wandlungsprozesse auf *gesamt*gesellschaftlicher Ebene. Während Transformationen *sans phrase* auch Teilbereiche, Sektoren oder einzelne Ebenen sozialer Praxis ergreifen und verändern können, betreffen *Gesellschafts*transformationen gesellschaftliche Ganzheiten (Systeme,

Totalitäten, Einheiten). Dabei differiert ihr konkreter räumlicher, sozialkommunikativer und institutioneller Zuschnitt hochgradig. Er kann von eher lose verbundenen Gemeinschaften über Nationalstaaten bis zu geografisch weitgespannten Imperien reichen.

2) Gesellschaftstransformationen sind insofern *radikal*, als es sich um prozessierende Formwechsel *wesentlicher Sozialverhältnisse* mindestens in den Dimensionen: legitime Ordnung (autoritative bzw. politische Macht), materielle Ressourcenproduktion und -verteilung (materielle oder ökonomische Macht) sowie Welterkenntnis und Weltdeutung (kulturelle oder symbolische Macht) handelt.
3) Gesellschaftstransformationen repräsentieren (relativ) *konturierte und gerichtete soziale Wandlungsprozesse raumzeitlich bestimmbarer gesellschaftlicher Ganzheiten*, für die *Ausgangs- und Zielkorridore* bestimmt werden können. Das unterscheidet sie *idealtypisch* sowohl von fluktuativen oder repetitiven (etwa Konjunkturzyklen) als auch von diffusen oder langfristig offenen bzw. potenziell reversiblen sozialen Strukturveränderungen (z. B. Säkularisierung oder Globalisierung).
4) Obwohl auch Gesellschaftstransformationen der Tendenz *sozialer Beschleunigung* unterliegen (Rosa 2005), sind (erfolgreiche) Gesellschaftstransformationen nicht kurzfristig zu bewältigen, weil die formelle Institutionalisierung wie die Habitualisierung oder Kulturalisierung neuer Ordnungen auch unter (revolutionär-)disruptiven Bedingungen (siehe 6) mindestens zwei Generationswechsel, also 40 bis 60 Jahre dauert. Andere Subtypen benötigen selbst in der Neuzeit deutlich mehr Dekaden oder sogar Jahrhunderte.
5) Innerhalb des Typs Gesellschaftstransformation müssen zunächst unterschiedliche Ausprägungen der *Wandlungstiefe* und *weltgeschichtlichen Bedeutung* differenziert werden. Gesellschaftstransformationen, die sich auf Wechsel *innerhalb* epochaler Entwicklungs- oder Gesellschaftsformen beschränken, z. B. im Rahmen der »organisierten Moderne« von demokratischen zu totalitären Herrschaftssystemen, wie es nach 1933 in Deutschland der Fall war, sind von Wechseln *der Gesellschaftsform*, etwa in der Moderneformation von der »restringiert liberalen« zur »organisierten Moderne« zwischen 1870/80 und 1920/30, zu unterscheiden (zum Moderneproblem: Wagner 1995). In systematischer Perspektive erscheint ein dreigliedriges Differenzierungsschema sinnvoll:
   - *Systemwechsel* als Übergänge zwischen (kontemporär) alternativen, z. T. antagonistischen Gesellschaftssystemen im Rahmen bestimmter Gesellschaftsformen (klassisch: Kapitalismus zu Sozialismus und vice versa),
   - *Übergänge von epochalen Gesellschaftsformen* im Rahmen bestimmter Gesellschaftsformationen (z. B. innerhalb der Moderneformation von der »restringiert liberalen« zur »organisierten Moderne«) sowie

  - *gattungsgeschichtliche Gesellschaftstransformationen* im theoretisch-konzeptuellen Anschluss an Marx, etwa der Übergang von der »feudalen« zur »modernen (bürgerlichen) Gesellschaft«.[2]

6) Aber auch *modal*, d. h. hinsichtlich der *Prozesseigenschaften*, erscheinen Gesellschaftstransformationen höchst heterogen. Vier dimensionale Achsen mit ihren polaren Bestimmungen sind für eine Differenzierung und Bestimmung konkreter Subtypen und Einzelfälle von besonderer Relevanz (siehe Übersicht 1):
   a) Während einige Transformationen partial beginnen (etwa im politischen oder ökonomischen Sektor) und sich dann – oft längerfristig – gesamtgesellschaftlich ›ausbreiten‹ (wie die Entstehung der modernen bürgerlichen Gesellschaft veranschaulicht), starten andere von vornherein als holistische Projekte (wie etwa die bolschewistische Revolution im Herbst 1917 in Russland).
   b) Diese beiden Beispiele stehen zugleich für die Differenz von kumulativen Transformationen (etwa der Kapitalismusgenese) gegenüber einem disruptiven Modus sozialer Revolution (wie 1917).
   c) Beide Umwälzungen stimmen aber in ihrem Merkmal eines innovativen Umbruchs überein – es gab vorher weder bürgerliche Gesellschaften noch staatssozialistische. Demgegenüber zeigen etwa die Meiji-Restauration in Japan (ab 1867) oder die postsozialistischen Transformationen in Ostmitteleuropa (nach 1988/89) deutlich imitative Züge. In beiden Fällen sollten westliche Institutionenordnungen imitiert werden, um das Modernitätsniveau dieser Gesellschaften zu erreichen (und wenn möglich zu überflügeln).
   d) Die zuletzt genannten Wandlungsprozesse stehen darüber hinaus für den Subtyp gesteuerter Transformationen, bei denen neue Eliten rasch das Heft des Handelns übernehmen und der Umbau institutionell kontrolliert wird (oder doch werden soll). Das war weder bei der neolithischen noch in der europäischen feudalen Transformation der Fall.

Die Beispiele unterstreichen zugleich, dass sich alle Gesellschaftstransformationen in diesem relationalen Eigenschaftsraum bewegen und nie in den je polaren Bestimmtheiten aufgehen. Selbst die scheinbar innovativsten Umbrüche, wie die Französische oder die Russische Revolution (1917–1921), referieren auf Vorgängermodelle, historisch gewachsene Vorstellungen und erschöpfen ihre transformatorische Kraft nicht in den engeren politischen Transitionen. Vielmehr strukturieren sie die neuen Ordnungen über mehrere Jahrzehnte. Umgekehrt zeigen

2 Die angestrebte sozialökologische Umwälzung wird z. T. als weitere »Große Transformation« thematisiert, die über die industrielle Moderne hinausführen soll, wobei umstritten ist, ob wir es hier mit einem gattungsgeschichtlichen Formationswechsel zu tun haben werden (zur Diskussion: Brand 2018; Reißig 2009; WBGU 2011).

selbst die zunächst imitativsten Projekte relativ rasch Eigenheiten und generieren oft Erneuerungen der importierten Institutionen, sodass sie sich nie auf ein Nachahmen beschränken (können).

Übersicht 1: Vierdimensionaler Eigenschaftsraum von Gesellschaftstransformationen

	Innovativ	Imitativ	
Partial beginnend			Spontan (von unten)
Holistisch ab ovo			Gesteuert (von oben)
	Disruptiv (revolutionär)	Kumulativ (evolutionär)	

Quelle: Eigene Darstellung unter Bezug auf Kollmorgen 2006

Nimmt man die bisherigen Überlegungen ernst, stellen Gesellschaftstransformationen eine welthistorisch weit verbreitete Klasse von sozialem Wandel dar, ohne begrifflich mit Gesellschaftswandel (im Allgemeinen) zu konvergieren. Diese Verbreitung von Gesellschaftstransformationen erheischt komplexe analytische Differenzierungen dieses Wandlungstyps (Tiefe, Bedeutung, Prozessmodi, inhaltliche Orientierungen der unterschiedlichen Akteure usw.), um die Spezifika der Fallgruppen und einzelnen Fälle gehaltvoll erschließen und miteinander vergleichen zu können.

1.2 Postsozialistische Gesellschaftstransformationen

Die postsozialistischen Umwälzungen in Ostmittel- und Teilen Osteuropas erscheinen vor diesem Hintergrund als markante Fallgruppe und (gemischter) Subtyp von Gesellschaftstransformationen. Dessen (idealtypischer) Kern beinhaltete den Herrschaftssystemwechsel von autoritären staatssozialistischen zu demokratisch-wohlfahrtskapitalistischen Regimen, der mit dem Übergang von der »organisierten« zur »erweitert liberalen Moderne« (Wagner 1995) oder »Neomoderne« verschränkt war (Kollmorgen 2004, 2006, 2019). Die Interferenz dieser beiden Übergänge bedingte die besondere Gestalt und Radikalität des postsozialistischen Subtyps.

Im ostmitteleuropäischen Dreieck zwischen Tschechien, Estland und Slowenien zeichneten sich die Gesellschaftstransformationen inhaltlich und prozedural durch ihren *holistischen, imitativen, disruptiven und gesteuerten Charakter aus*.[3] Die

3 Demgegenüber waren in Teilen Südosteuropas (wie Albanien) und mehr noch im osteuropäischen und zentralasiatischen postsowjetischen Raum (z. B. Kasachstan oder Aserbaidschan)

neuen Eliten erstrebten, getragen von pluralen Bürgerbewegungen und gestützt auf bürokratische Steuerungsinstitutionen, die Etablierung von klar an westlichen Modellen orientierten parlamentarisch-demokratischen, kapitalistisch-marktwirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Ordnungen. Soziokulturell wurden die Umbrüche von den Eliten durch die viel beschworene »Rückkehr nach Europa« bei gleichzeitiger Stärkung nationalstaatlicher Selbstbestimmung, Identitäten und Solidaritätsmuster eingebettet (Kollmorgen 2019a; Merkel 2010).

Aber so nachdrücklich beachtliche Teile der Bevölkerungen und wichtige Fraktionen der neuen Eliten diese Ziele auch artikulierten, die komplexen und widersprüchlichen Eigenschaften der Transformationsprojekte wie der globalen Kontextbedingungen ließen weder eine schnelle noch eine ungebrochene Realisierung zu (siehe die Beiträge in Merkel/Kollmorgen/Wagener 2019). Schon früh wurde nicht nur auf die *triple transition* (C. Offe), d. h. die gleichzeitige und sich partiell auch wechselseitige behindernde Transformationsnotwendigkeit des staatlichen Territoriums, des politischen Systems und der Wirtschaft hingewiesen (»Dilemmata der Gleichzeitigkeit«), sondern auch auf die ambivalenten Erbschaften des alten Regimes (etwa hohes Bildungsniveau vs. traditionelles Nationenverständnis oder schwache Zivilgesellschaften trotz initiierender Bürgerbewegungen) und die zwiespältigen Politiken der Europäischen Union, u. a. zwischen Solidaritäts- und neoliberaler Konkurrenzorientierung (z. B. Dahrendorf 1990; Offe 1994). Mehr noch, einige Forscher*innen thematisierten bereits Anfang der 1990er Jahren, dass eben wegen dieser Eigenschaften und Bedingungen der Transformationsprozesse nicht nur mit Transformationskrisen und dramatischen Erwartungsenttäuschungen gerechnet werden müsse. Vielmehr seien – gemessen an den hohen Zielerwartungen – selbst mittel- und langfristig die Erfolge der Transformationsprojekte nicht verbürgt. Neben »Stop-and-go«-Politiken (A. Przeworski) und strategischen Sackgassen wäre mit der Ausbildung und möglicherweise sogar mit der (mittelfristigen) Verfestigung »defektiver Demokratien« (W. Merkel) oder »politischer Kapitalismen« (J. Staniszkis) zu rechnen. Generell wiesen einige Forscher*innen darauf hin, dass es sich bei diesen Gesellschaftstransformationen keineswegs um kurzfristige Umbrüche handelt, die nach wenigen Jahren erfolgreich abgeschlossen werden können, sondern um langfristige Umwälzungen, die von ökonomischen Infrastrukturen über staatliche Institutionenkomplexe bis zu den Soziokulturen der Gesellschaften reichen und sich daher nach Jahrzehnten bemessen (etwa Dahrendorf 1990, Kollmorgen 1994; Offe

Umwälzungen mit partiellem und verschlepptem Institutionenwandel unter anokratischen oder autokratischen Vorzeichen wahrscheinlich. Insofern handelte es sich mit Blick auf Ostmitteleuropa gerade im postsowjetischen Raum keineswegs um (postsozialistische) Gesellschaftstransformationen des gleichen Subtyps – weder in inhaltlicher noch in prozeduraler Hinsicht (Kollmorgen 2019a; vgl. Lane 2014; Magyar/Madlovics 2020; Merkel 2010).

1994; Sztompka 1992). Ein damals verbreitetes Verlaufsschema umfasst – nach einer möglichen Liberalisierungsphase am Ende des alten Herrschaftsregimes – die engere Transitionsphase (des Machtwechsels und der Institutionalisierung der neuen Ordnung) sowie eine ausgedehnte Konsolidierungsperiode, die auch Dekonsolidierungsmomente einschließen kann (ebd.; Merkel 2010).[4]

Diese Annahmen eines keineswegs einfach und kurzfristig erreichbaren sowie sicheren Transformationserfolges auch in Ostmitteleuropa haben sich bestätigt; in Teilen wurden die Thesen hinsichtlich Komplexität, Widersprüchlichkeit sowie Formierung eigentümlicher Ordnungen und Kulturen jenseits bloßer Defektivität gegenüber den westlichen Vorbildern sogar übertroffen. Das stellen nicht nur die osteuropäischen, sondern auch die ostmitteleuropäischen Fälle – wie exemplarisch Polen und Ungarn mit ihren nationalistischen und rechtspopulistischen Regierungsparteien sowie Beschneidungen des liberalen Rechtsstaates – unter Beweis, bei denen es keineswegs allein um die Macht vor- und realsozialistischer Geschichte oder darauf gründende Fehlentscheidungen der neuen Eliten im Umbauprozess geht. Ebenso wichtig sind die sich verändernden Kontextbedingungen nach 1990 und die spezifischen Wahrnehmungen und Antworten auf die – verkürzt formuliert – Herausforderungen wesentlich neoliberal bestimmter Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse. Die Antworten demonstrieren insofern den radikalisiert *ko-transformativen Charakter* der östlichen und westlichen Umwälzungen seit 1989/90. Durch den Fall des Eisernen Vorhangs wuchsen nicht nur rasant die demografischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Interdependenzen zwischen Ost und West, in denen um je eigene Gestaltungschancen, Vorteile und Hegemonien gerungen wurde. Vielmehr amalgamierten sich im Osten Europas *post*sozialistische, *post-* und *neo*moderne Herausforderungen und Erfahrungsräume in spezifischer und teils innovativer Weise (Kollmorgen 2005, 2019a; Ther 2016).

1.3 DDR/Ostdeutschland

Die revolutionären Auf- und Umbrüche in der DDR, die postsozialistischen Transformationen in den östlichen Bundesländern sowie der deutsche Vereini-

---

4 Angesichts der Erfahrungen der Transformationsprozesse empfiehlt sich ein Phasenschema, das eher eine Niedergangsperiode des alten Regimes, eine engere Transitionsphase sowie eine ausgedehnte Strukturierungsperiode (mit einer Dauer von ca. 35 bis 55 Jahren) unterscheidet (Kollmorgen 2006, 2019a). Der Begriff der Strukturierungsperiode vermeidet – anders als der der »Konsolidierungsphase« – die (teleologische) Unterstellung einer richtungskonstanten Stabilisierung (siehe die folgende Argumentation). Eine seit etwa 2005 vorgeschlagene weitere Periode der »Posttransformation« (etwa Holtmann 2009; Rose 2009) trifft zwar einerseits wichtige Dimensionen (neben-)folgenreicher Aufschichtungs- und dann auch neuer Öffnungsprozesse in der späten Strukturierungsperiode, bleibt aber bereits semantisch problematisch.

gungsprozess seit 1989/90 erscheinen vor diesem Hintergrund einerseits weniger exzeptionell, als es nach 1990 vielfach in Politik, Wissenschaft und Journalismus unterstellt wurde. Das betrifft die staatssozialistische Herrschaftsgeschichte, die Dynamiken des Niedergangs in den 1980er Jahren und des revolutionären Umbruchs im Herbst 1989, aber auch den radikalen Umbau der Basisinstitutionen in Politik und Recht, Wirtschaft und öffentlicher Wohlfahrt, Wissenschaft und Kunst zwischen 1989 und 1993/94. Insofern gehören die Umwälzungen in der DDR und dann in den neuen Bundesländern zum gleichen transformatorischen Subtyp und zur ostmitteleuropäischen Fallgruppe spät- und postsozialistischer Entwicklungen (Ash 1990; Kollmorgen 2009a; Kowalczuk 2009, 2019; Merkel 2010; Segert 2013). Das wird auch an den Erwartungsüberschüssen im »Herbst des Volkes«, der rasch beobachtbaren »postrevolutionären Malaise« (P. Sztompka) sowie der ökonomischen, sozialen und kulturellen Transformationskrise Anfang der 1990er Jahre deutlich. Selbst längerfristig betrachtet, zeigt sich eine offenkundige Nähe zwischen Ostmitteleuropa und Ostdeutschland im Transformationsverlauf, den Strukturierungsresultaten und den aufgeschichteten Transformationserfahrungen sowie den Formierungslogiken politischer Kulturen. Nur exemplarisch sei auf die massive Abwanderung gerade junger qualifizierter Menschen in den Westen, sozialstrukturelle Mobilitäten und Klassenumbildungen, auf den langfristigen Charakter der einheimischen Industrien als »verlängerte Werkbänke« des Westens und die Eigentumsübernahme durch westliche Akteure oder auf die Stärke rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Strömungen und politischer Parteien im Osten verwiesen (ebd.; Adamski/Machonin/Zapf 2002; Merkel/Kollmorgen/Wagener 2019; Ther 2016).

Andererseits zeichnet sich der ostdeutsche Fall gegenüber den anderen ostmitteleuropäischen Umbruchprozessen durch eine Reihe von Besonderheiten aus. Diese werden in den folgenden Beiträgen des Bandes breiter und aus verschiedenen Perspektiven verhandelt. Insofern reicht an dieser Stelle eine Konzentration auf die fundamentalen Differenzen:

1) Im ostdeutschen Fall fand der postkommunistische Umbruch bereits ab Frühjahr 1990 unter der Prämisse des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses und dann unter dem Dach der Bundesrepublik statt. Die Transformation wurde also unter Bedingungen staatlicher und gesellschaftlicher »Inkorporation« (K. U. Mayer) realisiert.[5] Nach der Vereinigung stellten die Ostdeutschen

5 Gegenüber den in ganz Ostmittel- und Osteuropa auftretenden staatlichen Sezessionen im Kontext der Transformation – von der Tschechoslowakei über Jugoslawien bis zur Sowjetunion – handelt es sich hier also um den einzigen Fall einer Vereinigung. Dass zwischen der alten Bundesrepublik und der DDR bereits vor 1990 besondere Beziehungen bestanden, die für die DDR auch privilegierte Zugänge zum westeuropäischen Wirtschaftsraum beinhalteten (siehe Abschnitt 3), sollte erwähnt, muss hier aber nicht vertieft werden.

in der bundesrepublikanischen Gesellschaft eine Minderheit dar und wurden daher – freilich im Rahmen der föderalen und demokratischen Grundordnung – in ihrem autonomen Transformationshandeln deutlich eingeschränkt. Darüber hinaus musste die Konstellation einer inkorporierten postsozialistischen Minderheit und Teilgesellschaft massive materielle Umverteilungsprobleme, Kämpfe um Repräsentation und Führungspositionen sowie um symbolische Anerkennung und soziale Integration generieren (Kollmorgen 2005; Kowalczuk 2019; Mau 2019; Wiesenthal 1996, 1999).

2) Mit dem Vereinigungsprozess verband sich ein Institutionen-, Akteur-, Eliten- und Finanztransfer von West nach Ost, der sich in Charakter, Umfang und Geschwindigkeit drastisch von allen anderen postsozialistischen Fällen unterscheidet (ebd.), für die besser von »Institutionenleihe« (Lehmbruch 1996) denn von Transfer gesprochen werden sollte. Der basisinstitutionelle Transfer wurde am 1. Juli 1990 mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion begonnen und bereits am 3. Oktober 1990 mit dem »Beitritt« der neuen Länder und Ostberlins zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland – von wenigen Ausnahme- und Übergangsbestimmungen abgesehen – vollendet. Allein zwischen 1991 und 2005 flossen etwa 1,2 Billionen Euro als Nettotransfer in die neuen Länder (Busch 2015). Das war weit mehr, als alle ostmitteleuropäischen Länder zusammen im gleichen Zeitraum durch die Unterstützungsprogramme der EU erhielten.
3) Die »Rückkehr nach Europa« sowohl im Sinne einer kulturellen Reorientierung nach Westen als auch einer Einbindung in kollektive Sicherheits-, Wirtschafts- und Politikbündnisse bzw. Integrationsordnungen (namentlich NATO und EU) vollzog sich im ostdeutschen Fall parallel zur deutschen Vereinigung und war bereits am 3. Oktober 1990 vollendet, wohingegen der Prozess in Ostmitteleuropa 10 bis 15 Jahre dauerte und mit intensiven Verhandlungen sowie erheblichen Beitrittsauflagen verbunden war (Bönker/Wielgohs 2008).

Spannenderweise öffnen sich damit nicht nur allgemein vielfältige Vergleichs- und Analyseperspektiven für die postsozialistischen Gesellschaftstransformationen. Vielmehr lässt sich – auch mit Blick auf die heutigen Lagen und Entwicklungsperspektiven – fragen, ob diese besonderen Bestimmtheiten die ostdeutsche Transformation eher zu einem *Extrem-, Ideal- oder Unfall postsozialistischer Umwälzungen* nach 1989 werden ließen. Die dazu geführte Debatte (Best/Holtmann 2012; Kollmorgen 2005, 2009; Pickel/Wiesenthal 1997; Thomas 1998; Wiesenthal 1996, 1999) kann hier weder nachgezeichnet noch in ihren Schlüssen angemessen beurteilt werden.

Schon nach dem eben Skizzierten ist aber evident, dass praktisch für alle relevanten Dimensionen ambivalente, teils widersprüchliche Urteile formu-

liert werden müssen. So barg der große Vorteil eines radikalen und punktzeitlichen Institutionenumbaus qua Transfer – einschließlich »ready made actors« (R. Rose) – nicht nur das Risiko einer mangelnden Funktionalität gegenüber den spezifischen *Transformations*problemen sowie einer Schockerfahrung der Ostdeutschen, die Verunsicherung, Frustration, Verlust- und Minderwertigkeitsgefühle wahrscheinlich werden ließen. Vielmehr blieben damit die Chancen autonomer Lern- und innovativer Entwicklungsprozesse auf vielen Handlungsebenen deutlich beschränkt. Freilich bedeutete diese Beschneidung des experimentellen Charakters des ostdeutschen Postsozialismus zugleich eine grundsätzliche Funktionsfähigkeit und Sicherheit der neuen Institutionen- und Akteurordnungen, die sich die übergroße Mehrheit der Ostmitteleuropäer*innen nach 1990 ebenso tausendfach gewünscht haben wie die materiellen Wohlstandsgewinne der (allermeisten) Ostdeutschen mit und nach dem Beitritt.

Diese Überlegungen schließen die Erkenntnis ein, dass jede Bewertung des Modus und der Ergebnisse der ostdeutschen Transformation im ostmitteleuropäischen Vergleich immer von den jeweiligen Praxisfeldern, Sachproblemen und dem Zeitpunkt (bzw. Zeitraum) sowie den konkreten Herkünften, sozialen Lagen und Interessen, Zielvorstellungen und Erwartungen der Urteilenden wie der Beurteilten abhängt. Was für die eine soziale Gruppe den ostdeutschen Umbau im Rahmen der deutschen Vereinigung etwa zu Prozessbeginn zum Idealfall machte, erscheint den anderen, langfristig betrachtet, als größtmöglicher Unfall und grandioser Misserfolg. Hier wie anderswo in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen der Gegenwart braucht es ein hinreichendes Differenzierungsvermögen und die Anerkennung multidimensionaler Heterogenität in den ›objektiven‹ Sozialverhältnissen wie den ›(inter-)subjektiven‹ Perspektiven auf sie (zur Debatte: Kollmorgen 2005).

Das verweist abschließend auf ein wichtiges Praxis- und Wissenschaftsproblem: Wenn über soziale Ungleichheit, regionale Disparitäten und individuelle Entwicklungschancen in der Bundesrepublik nach 1990 gesprochen wird, muss der alleinige Fokus auf Ostdeutschland und die Ostdeutschen ebenso verkürzen wie die ausschließliche oder doch dominante Gegenüberstellung von Ost- und Westdeutschland. Demgegenüber ist einerseits zu betonen, dass es ein homogenes Ostdeutschland so wenig gab und gibt wie einen einheitlichen westdeutschen Wirtschafts-, Sozial- und Kulturraum. In bestimmten Dimensionen sind die Unterschiede in den beiden Teilen größer als zwischen ihnen, sodass es keineswegs weniger legitim ist, die regionalen Unterschiede entlang einer Nordost-Südwest- oder Stadt-Land-Achse zu problematisieren als im ost-west-deutschen Verhältnis. Andererseits dürfen die vielfältigen weiteren Ungleichheitsdimensionen, die unsere Gesellschaften durchziehen, nicht vergessen oder marginalisiert werden. Vielmehr ist zu fragen und auch analytisch zu problematisieren, welche auf Alter,

Erwerbsstatus, soziale Schicht- und Geschlechterzugehörigkeit oder auf ethnische und migrantische Herkunft basierenden sozialen Ungleichheiten für die individuellen Entwicklungschancen wie wirkmächtig sind und sich wie mit der Positionierung und dem Lebensverlauf als Ost- oder Westdeutsche/-r (intersektoral) verknüpfen. Auch zu diesem Problemkreis finden sich Untersuchungen und Aussagen in den Beiträgen des vorliegenden Bandes.

2. Transformationsforschung als theoretisch-methodologische Herausforderung

Wodurch sollte sich – in Reflexion dieser Konzeptualisierungen und Begriffsfassungen von (postsozialistischer) Gesellschaftstransformation und deutsch-deutschem Vereinigungsprozess – sozialwissenschaftliche Transformationsforschung theoretisch und methodologisch auszeichnen? Was müssten oder sollten zumindest ihre wesentlichen analytischen Perspektiven, ihre »focal points«, ihre zentralen methodischen Orientierungen und relevanten theoretischen Erklärungsansätze sein?[6] Fünf Merkmale bzw. Orientierungen sollen hervorgehoben werden (ausführlicher Kollmorgen 1994, 2018).

2.1 Gesellschaften im Fluss

Transformation bedeutet intensive Umwälzung und damit *Verflüssigung des Sozialen*. Das muss theoretisch-methodologisch eingeholt werden. Weder rein historische oder aktuelle Zustandsbeschreibungen der Gesellschaft, das bloße Aneinanderreihen von Messpunkten in Erhebungen oder das routinierte Schließen von Strukturen und (formellen) Institutionen auf korrespondierende Einstellungen oder Handlungspraktiken (oder umgekehrt) wird dieser Lage gerecht. Es erscheint wenig plausibel, dass in den turbulenten Höhepunkten transformativer Umbrüche alte Verbotsregeln (etwa des Demonstrationsrechts) oder institutio-

6 Dieser Versuch, ein angemessenes theoretisch-methodologisches Gerüst für sozialwissenschaftliche Transformationsforschung zu skizzieren, folgt dem eben vorgestellten Verständnis von Gesellschaftstransformation und beansprucht daher auch nur in diesem Kontext Geltung (vgl. für gegenständlich wie konzeptuell alternative Vorschläge etwa Brand 2018; Reißig 2009). Darüber hinaus ist evident, dass Forschungen zum Postkommunismus oder zur deutschen Vereinigung, die sich diesem Gerüst nicht zuordnen lassen, nicht schon allein deshalb irrelevant werden. Das Gegenteil kann der Fall sein. Dennoch erscheint dieses normative Modell wichtig, um zu erklären, was es braucht, um diesen spezifischen Typ von sozialen Wandlungsprozessen aufzuschließen und zu verstehen.

nelle Anreize (z. B. Gewinnerwartungen) wie vordem ihre handlungsorientierende Kraft entfalten. Auch lassen sich in radikalen Aufbrüchen (wie im Herbst 1989) schwerlich Transformationsprognosen im Sinne einer Trendextrapolation vornehmen. Ebensowenig gehaltvoll muten Aussagen über Institutionenverständnisse und Handlungsmuster an, die durch Einstellungsmessungen anhand bekannter Frageformulierungen in Bevölkerungssurveys gewonnen wurden, wie es z. B. bezüglich des Items »Demokratie als Staatsform« Anfang 1990 für die neuen Bundesländer und den Vergleich mit Westdeutschland geschah. Ganz offenkundig verbanden angesichts gänzlich unterschiedlicher Erfahrungshorizonte und Erwartungshaltungen Ostdeutsche damals (evtl. auch heute noch) mit dem Begriff einer idealen oder realen »Demokratie« etwas anderes als die meisten Westdeutschen.

Es braucht daher – positiv formuliert – in Transformationszeiten Ansätze und Methoden, welche die gehaltvolle Analyse (alternativer) Prozessdynamiken erlauben, ja fokussieren, etwa das keineswegs zwangsläufige Verfallen alter Sozialgebilde und Handlungsorientierungen, die widersprüchliche und situationsabhängige Generierung radikal neuer Institutionenordnungen, aber auch das wiederum offene und kontextabhängige Aushärten spezifischer sozialer Strukturen oder Kulturen. Insofern ist, wie O'Donnell und Schmitter (1986) schon vor über 30 Jahren formulierten, ein Versagen der *normal methods* der Sozialwissenschaften in Übergangsgesellschaften und insbesondere in den engeren Umbruchphasen wahrscheinlich. Im Vergleich zu diesen Standardverfahren empfehlen sich offene, interpretativ grundierte und komplexe Methoden wie die *Grounded Theory* (Strauss/Corbin 1998; Hildenbrand 2019) sowie als übergreifende Forschungsdesigns historische Fallstudien (Kowalczuk 2009, Brückweh 2019), Ereignisdatenanalysen zu Lebensverläufen (Mayer 1990), biografische (Thomas 1998) oder ethnografische Methodenansätze (Hann 2002; Thelen 2019) sowie generell Longitudinaldesigns.

2.2 Organisierte Akteure und formale Institutionen im Umbruch

Angesichts des *hochgradig politischen* und *holistischen Charakters* der postsozialistischen Umwälzungen muss nicht nur die Analyse des politisch-administrativen Systems und staatlicher Akteure mit im Zentrum stehen. Vielmehr bedarf es der Erforschung des Transformationshandelns aller relevanten *organisierten Makro- und Meso-Akteure* im Umbau der *formalen Akteur-Institutionen-Komplexe* durch Anleihen bei hegemonialen »Modell«-Gesellschaften sowie deren Rekombination mit Trümmerstücken der alten Ordnung. Bei diesen Untersuchungen sind die jeweils konkreten historischen, strukturellen, soziokulturellen sowie weltgesell-

schaftlichen und regionalen Kontexte und (Neben-)Folgen der Formierungs- und Steuerungsprozesse einzubeziehen. Aus theoretisch-methodologischer Perspektive erfordert dieser Kern der Transformationsforschung:

- Eine *Handlungs-, Akteur- und Agency-Theorie*, die offen ist für sich verändernde Relationen aller Elemente innerhalb der »Logiken des (sozialen und kollektiven) Handelns«, und die ausdrücklich die Aspekte von »Widersprüchen« des Handelns, »sozialem Werden« und »kreativem Handeln« zentriert (siehe etwa die Grundlagenarbeiten von Elster 2007; Giddens 1988; Joas 1992; Sztompka 1991).
- Einen besonderen Fokus auf *Akteur-Institutionen-Beziehungen, radikalen Institutionenwandel* und auf *Prozesse institutioneller Steuerung* unter Akzentuierung von sozialen Mechanismen der Institutionenleihe, des *policy transfers*, der *policy diffusion* und des *lesson drawing* – oder breiter formuliert: von Phänomenen des individuellen und kollektiven sozialen Lernens – sowie der (Neben-)Folgendynamiken (als Überblicke für akteur-, institutionen- und steuerungstheoretische Ansätze etwa: Beyer 2019; Elster u. a. 1998; Lehmbruch 1996; Stark/Bruszt 1998; Stefes 2019; Wiesenthal 2001). Für den ostdeutschen Fall sind hier einige – auch theoretisch-methodisch relevante – Besonderheiten zu beachten, die sich dem »Beitritts«-Modell verdanken (Lehmbruch 1996, Wiesenthal 1996, 1999; Kollmorgen 2005, 2011).
- Ein spezifisches Interesse an und analytische Perspektive auf die alten und neuen *Eliten* in allen Sektoren der Gesellschaft, einschließlich der Dimension »transnationaler Führung«, d. h. der Relevanz auswärtiger Berater, der Elitenleihe sowie transnationaler Führungsgruppen v. a. im Gefolge der EU-Beitritte (siehe Eyal/Szelényi/Townsley 2000; Grancelli 2002; Kubik 2003; speziell zum deutschen Fall: Kollmorgen 2017).
- Eine Fokussierung der hoch dynamischen *sozialen Macht- und Herrschaftsverhältnisse* in ihren materiellen und symbolischen bzw. diskursiven Dimensionen innerhalb aller zuvor genannten Prozesse und Beziehungen (dazu etwa Bönker/Müller/Pickel 2002a; Kennedy 2002; Kollmorgen 2015; Kubik 2003).

2.3 Die komplexe Kontextualität und Dimensionalität holistischer Gesellschaftstransformationen

Analysen von Gesellschaftstransformationen, die einen disruptiven und holistischen Gestaltungsanspruch formulieren, sind in besonderer Weise herausgefordert, diese Dimensionen empirisch und erklärungslogisch einzuholen. Wie oben diskutiert, schließt das die Langzeitigkeit der gesellschaftlichen Umwälzungen ebenso ein wie die Komplexität der zu berücksichtigenden Kontexte. Selbst-

verständlich bedeutet der metatheoretische Imperativ von Ganzheitlichkeit und Langfristigkeit nicht, dass jede einzelne Erhebung oder Studie gezwungen wäre, auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene zu forschen oder mindestens 30 Jahre zu laufen. Es bedeutet aber, die Dimensionalitäten von Gesellschaftstransformationen des postsozialistischen Typs als Kontextbedingung sowie als einbettende Struktur- und Prozessbestimmtheit anzuerkennen und theoretisch-methodisch zu berücksichtigen. Daher sind nicht nur einfache Ausdehnungen von im Westen entwickelten Bevölkerungsumfragen und deren Semantiken auf den osteuropäischen Raum problematisch, insbesondere dann, wenn sie als alleiniges Erhebungsinstrument eingesetzt werden. Auch die Vernachlässigung des ›neoliberalen Geistes‹ der Wirtschaftstransformationen der 1990er Jahre, der nicht nur eine Folge seiner Hegemonie im Westen und in den transnationalen Organisationen (von IMF bis EU) war, sondern sich auch den staatskritischen Mentalitäten eines Großteils der neuen ostmitteleuropäischen Eliten z. B. in Polen, Ungarn oder dem Baltikum verdankte, plausibilisiert die Notwendigkeit, über die jeweiligen binnengesellschaftlichen Kontexte hinauszublicken. Die erst eine, teils sogar erst zwei Dekaden später wirklich erkennbaren (Neben-)Folgen der so grundierten ›Wirtschaftsreformen‹ etwa für die Verteilung des Produktivvermögens, die Abwanderung junger qualifizierter Arbeitskräfte nach Westeuropa oder die Vulnerabilität gegenüber globalen Finanzmarktkrisen (2008/2009ff.) verdeutlichen darüber hinaus das Gebot einer langfristigen Beobachtung und Analyseperspektive.

Abstrakter und idealtypisch formuliert, fordern Gesellschaftstransformationen ein Analyseraster ein, das einerseits unterschiedliche Zeit- und Raumebenen differenziert und zusammenbindet, die von der situativen und interaktiven Ebene bis zur *longue durée* und dem Weltsystem reicht. Andererseits braucht es die analytische Integration differenter Dimensionen, Logiken und Folgedynamiken von (sozialem) Handeln und Struktur(um)bildungen, welche die materiellen und symbolischen Erbschaften der (vor- und staatssozialistischen) Vergangenheit und die Bedeutung von turbulenten politischen Akteurformierungen und -konflikten in der Transitionsphase für den Umbau der Basisinstitutionen ebenso in den Blick nimmt wie die Raumstrukturen und Sozialgeografien in ihren Wirkungen auf die Chancen und Ausmaße west-östlicher Transfer- und Austauschprozesse oder die klassen- und generationsspezifischen Erfahrungsaufschichtungen mit ihren Folgen für die Entfaltung gesellschaftlicher Transformationspfade (siehe etwa Ekiert/Hanson 2003a; Elster u. a. 1998; Kollmorgen 2018; Magyar/Madlovics 2020; Merkel 2010; Ther 2016).

2.4 Bedeutung und Gehalt von Transformationspfaden

Akzeptiert man die komplexe Dimensionalität und Kontextualität von Gesellschaftstransformationen, erscheint neben der hier nicht näher zu problematisierenden Analyse von fallspezifischen und typischen Transformationsmodi (siehe Kollmorgen 2010, 2018) die (Re-)Konstruktion von Transformationspfaden (und deren Spielräumen) hoch relevant – nicht zuletzt für die analytische Einbettung einer unterhalb der gesamtgesellschaftlichen Ebene angesiedelten Transformationsforschung.

Der Ansatz der Transformationspfade ist nicht nur langzeitig angelegt, sondern umschließt mehrere Mechanismen und soziale Strukturierungsdynamiken. Die zentrale Annahme in der *Pfadgenerierung* ist, dass – wie im Fall des ostmitteleuropäischen Postsozialismus – mit den Prozessen eines Durch- und Umbruchs der bisherigen Machtverhältnisse sowie der damit eingeleiteten radikalen Veränderung grundlegender Akteur-Institutionen-Komplexe (wie Wohlfahrtskapitalismus oder repräsentative Demokratie) ein *neuer* Entwicklungspfad begründet wird. Die konkrete Richtung und Form des neuen Weges, der sich in dieser Periode herausbildet, ist einerseits hochgradig kontingent. Aufgrund der revolutionären Aufhebung der alten Machtstrukturen, traditionellen Beziehungen und Überzeugungen beruht die Pfadentstehung wesentlich auf der situativen Machtverteilung unter den Schlüsselakteuren, ihren konkreten Zielen, Programmen und Entscheidungen sowie bestimmten nationalen und internationalen Kooperations- und Konfliktkonstellationen. Auf diese Weise etablierte formale Grundregeln und Akteur-Institutionen-Komplexe (wie Verfassungsreformen, die Implementierung eines neuen Regierungssystems oder Regeln der Eigentumsumverteilung) bestimmen die weitere gesellschaftliche Entwicklung grundlegend und für lange Zeit mit. Hier wird tatsächlich von den Akteuren *Geschichte gemacht*.

Andererseits, und damit ist die *Pfadabhängigkeit* angesprochen, gibt es keine gesellschaftliche Entwicklung als *creatio ex nihilo*. Eine gesellschaftliche *Tabula rasa* ist ebenso unmöglich wie ein »großer Sprung nach vorn« im Sinne des Aussparens notwendiger Entwicklungsschritte. Jede Transformation, auch die radikalste, ist eine Rekombination von Altem mit neuen Elementen des Sozialen. Das schließt materielle Entitäten (wie Güter und Lebensstandard, Versorgungsinfrastrukturen, aber auch die physische Existenz von Menschen), formelle und informelle Institutionenkomplexe (administrative Grundstrukturen und rechtliche Regelungen, soziale Sicherheitsnetze oder Muster der familiären Arbeitsteilung) wie auch symbolische Ordnungen (z. B. kognitive Landkarten, Deutungs- und Bewertungsmuster oder Vorstellungen vom guten Leben) ein.

Diese unvermeidlichen Referenzen und Rekombinationen sind auch für eine *doppelte Pfadabhängigkeit* in gesellschaftlichen Transformationen verantwortlich.

Die erste hängt mit der Geschichte der Gesellschaft in der *longue durée* zusammen, die Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte zurückreicht. Die Umwälzungen in der Übergangszeit brechen bis zu einem gewissen Grad die *Macht der (aufgehäuften) Geschichte*, weil die materiellen und symbolischen Traditionen im Vergleich zu den zukunftsorientierten Handlungen und den aktuellen Machtkonstellationen eine untergeordnete Rolle spielen. Aber die in der *longue durée* aufgeschichteten materiellen und symbolischen Erbschaften, Kontexte und Abhängigkeiten des aktuellen Handelns gewinnen mit der Dauer der Transformation wieder an Gestaltungsmacht. Die relativ kurze Periode exzeptioneller Handlungsfreiheiten gegenüber der Macht der Geschichte endet. Das folgt aus der Notwendigkeit, Akteure und ihre Handlungen wieder einzubetten, d. h. auch mit der Geschichte zu verknüpfen und dadurch zu begründen sowie die gesamte Gesellschaft materiell und symbolisch zu restrukturieren. Gleichzeitig bildet sich eine zweite – allerdings nur analytisch davon zu trennende – Pfadabhängigkeit durch die Prozesse und Wirkungen des Umbruchs selbst, d. h. als Folge der Pfadgenerierung. Insgesamt handelt es sich um den hochkomplexen Prozess einer ambivalenten Pfad(um)bildung, der langfristige Abhängigkeiten, kurzfristige Pfadgenerierung und sukzessive Pfad(re)formierung während der Transformationsperiode der Strukturierung umfasst (ebd.; Merkel 2010; Stefes 2019; vgl. Holtmann 2009; für den deutschen Fall: Czada/Lehmbruch 1998).

2.5 Interdisziplinäres, vergleichendes und rekombinierendes Theoriedesign

Angesichts der bisher skizzierten Gehalte, Vielfalt und Komplexität von Gesellschaftstransformationen erscheint es evident, dass es keine einzelne Disziplin, theoretische Strömung oder Analyse geben kann, die allein oder auch nur privilegiert den Gegenstand zu erfassen und zu erklären gestattete. Vielmehr braucht es die ganze Breite an sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen und theoretisch-konzeptuellen Zugängen, wobei die Organisation und Umsetzung interdisziplinärer Studien ebenso wichtig sind wie die Nutzung der Erkenntnispotenziale komparativer Analysen.

Aus metatheoretischem Blickwinkel stellt sich damit auch das Problem der Theoriekombination. Die Kombination von Paradigmen oder einzelnen Ansätzen in der Transformationsforschung ist nicht neu, hat aber in der internationalen Forschung nach 1989/90 deutlich an Gewicht gewonnen. So haben Karl und Schmitter bereits 1991 ihr Forschungsprogramm der »strukturierten Kontingenz« vorgelegt, welches das akteurtheoretische Fundament des Transitionsansatzes mit historischen und strukturtheoretischen Argumenten verbindet (Karl/Schmitter 1991). Gleichsam umgekehrt haben system- bzw. strukturtheoretisch fundierte Varianten der modernisierungstheoretischen Schule (für viele: Lipset 1995; Zapf

1996) den Versuch unternommen, diese mit akteurtheoretischen Erklärungsmodellen, namentlich dem Transitionsansatz, zu verknüpfen. Andere Forscher*innen haben in der neueren transformationstheoretischen Debatte Kombinatoriken für Theorien mittlerer Reichweite vorgeschlagen und z. B. Mehrebenenmodelle, die Verknüpfung von »sozialen Wandlungsmechanismen« oder von endogenen und exogener Demokratisierungsfaktoren vorgeschlagen (siehe die Beiträge in Bönker/Müller/Pickel 2002b; Ekiert/Hanson 2003b; Merkel/Kollmorgen/Wagener 2019). Darüber hinaus gibt es wichtige Anstrengungen, neue grundlagentheoretische Entwicklungen – vom *linguistic* über den *institutional* bis zum *spatial turn* – fruchtbar zu machen, so etwa im Bereich der Governance-Forschung und in sozialgeografischen oder diskursanalytischen Zugängen (ebd.). Schließlich ist auf Ideen einer realzeitabhängigen Sequenzialisierung von (Grundlagen-)Theorien in der Kombinatorik hinzuweisen, nach denen – wie oben bereits angedeutet – in Zeiten dramatischen Systemzusammenbruchs und exzeptioneller Handlungsfreiheiten Akteur- und Handlungstheorien eine größere Erklärungskraft besitzen als Makrostruktur- oder Systemtheorien. Für das Verständnis der langzeitigen Strukturierungs- und Restabilisierungsprozesse erscheinen demgegenüber institutionalistische, kulturalistische oder systemtheoretische Ansätze gehaltvoller, freilich ohne dass eines der großen Theorieparadigmata je vollkommen irrelevant würde (als Übersicht Kollmorgen 1994, 2018; Kollmorgen/Merkel 2019).

3. Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung zwischen 1989/90 und heute: Formierungen, Defizite und Reorientierungen

Hier ist weder der Ort noch genug Platz für eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Geschichte und den wissenschaftlichen Erträgen der deutschen Transformations- und Vereinigungsforschung in den Sozialwissenschaften seit dem revolutionären Aufbruch in der DDR 1989 (als Überblicke: Böick/Brückweh 2019; Kollmorgen 2009b, 2020; Lorenz 2011; Weingarz 2003). Fünf Thesen zur Perspektivierung des Gegenstandes, den Themen- und Theoriendynamiken sowie zur Diskursformierung zunächst bis ca. 2014/2015 und dann noch einmal gesondert für jüngste Phase (ab 2015) erscheinen aber – nicht zuletzt in Rücksicht auf die metatheoretischen Überlegungen zu einer gehaltvollen sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung – auch für die Einordnung der weiteren Beiträge des vorliegenden Bandes sinnvoll.[7]

7 Die Argumentation lehnt sich in Teilen an einen Beitrag an, den einer von uns (R. K.) im Jahr 2019 zum Problemkreis veröffentlicht hat (Kollmorgen 2019b).

3.1 Die ostdeutsche Transformation als bestuntersuchter Einzelgegenstand in der Geschichte der bundesdeutschen Sozialwissenschaft

Stefan Hradil hatte bereits Mitte der 1990er Jahre formuliert, dass »wohl noch nie ein gesellschaftlicher Umbruch sozialwissenschaftlich so intensiv erforscht (wurde) wie die Transformation in Ostdeutschland« (Hradil 1996: 299). Auch wenn diese Erfolgsgeschichte keine ungebrochene ist, Anzahl und Breite der bis heute aufgehäuften Erkenntnisse dürften in der Tat einzigartig sein. Seit 1989 sind etwa 100.000 Publikationen entstanden, die sich mit ostdeutschem Umbruch und deutsch-deutscher Vereinigung befassen. Dabei gibt es praktisch nichts (mehr), was nicht untersucht worden wäre. Die thematische Spanne der Analysen, die teils als Transformationsforschung im oben diskutierten Sinne, teils aber auch ›nur‹ als sozialwissenschaftliche Schnappschüsse oder eindimensionale Fallstudien angelegt wurden, reicht von der politischen Protestdynamik und Formierung der Bürgerbewegung ab Frühjahr 1989 über die erste Fluchtwelle im Sommer und den »Herbst des Volkes« mit dem revolutionären Sturz des alten SED-Machtapparates bis zu den ersten freien Parlamentswahlen im März 1990, den Vertragsverhandlungen zur deutschen Einheit und dem Beitritt am 3. Oktober 1990 selbst. Intensiv untersucht wurden aber auch der »Institutionentransfer« im Zuge des Beitritts, die vielfältigen Hinterlassenschaften der DDR-Gesellschaft, die komplexen Auf- und Umbrüche, aber auch die Krisenphänomene der frühen 1990er Jahre. Verfolgt wurden die Sanierung vergifteter Landschaften und baufälliger Altstädte wie auch die finanziellen West-Ost-Transfers im Programm »Aufbau Ost«. Höchst präsent waren in den Analysen ferner die sozialen und regionalen Identitäten, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in den neuen Ländern, das Wahlverhalten im Ost-West-Vergleich sowie kulturelle Anerkennungs- und Missachtungsphänomene zwischen Ost- und Westdeutschen. Aber auch Einzelthemen und selbst vergleichsweise Exotisches, wie die Rolle des politischen Witzes in der späten DDR, die Transformation des ostdeutschen Fußballs, die Bedeutung von Wenderomanen oder die deutsch-deutschen Unterschiede im Sexualleben, wurden und werden wissenschaftlich untersucht (als umfassende Bilanz siehe: Kowalczuk/Ebert/Kulick 2021).

Bis etwa 2014/2015 lassen sich grob vier Phasen der (im weitesten Sinne) sozialwissenschaftlichen Transformations- und Vereinigungsforschung markieren:

1) *Ad-hoc-Phase (1989–1991)*: In dieser ersten kurzen Phase lebte die Forschung im Wesentlichen im und vom Augenblick der Revolution, des Umbruchs und der Vereinigungsdynamik. Die Forscher*innen in Ost und West waren, abgesehen von den wenigen Regional- und Sozialismus-Spezialist*innen, gezwungen, sich auf überkommene Erklärungsmodelle sowie auf journalistische Recherchen und die eigene Zeitzeugenschaft zu stützen. Forschungsförderung

fand zunächst nur im Rahmen gegebener Grundausstattungen und durch spontane Umwidmungen statt. Zugleich wurde aber die Implementierung größerer Förderprogramme und spezieller Forschungsinstitutionen vorbereitet. Thematisch dominierten die revolutionären politischen Prozesse und Akteure.

2) *Aufbau- und Expansionsphase (1992–1996)*: Diese Phase war für die gesamte Transformations- und Vereinigungsforschung institutionell, personell und diskursiv pfadbegründend. Zum einen wurden temporäre Forschungsinstitutionen und Förderprogramme kreiert (wie die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern, KSPW e. V., 1991–1996), zum anderen flossen erhebliche zusätzliche Mittel innerhalb der DFG-Normalverfahren, im Rahmen vorhandener Sonderforschungsbereiche (SFB) oder als Forschungsförderung durch Bundesministerien. Für die Akteurkonstellation in diesem neuen Forschungsfeld gilt dreierlei: Erstens fielen infolge des radikalen Umbaus der ostdeutschen Hochschulen deren Forschungsinstitute zunächst als Empfänger akademischer Forschungsförderung weitgehend aus. An ihre Stelle traten, zweitens, vielfach Forscherinnen und Forscher etablierter westdeutscher Institute, die sich für das neue und prestigeträchtige Themenfeld interessierten, wobei nur wenige sich bis dahin mit staatsozialistischen Gesellschaften und radikalen Wandlungsprozessen befasst hatten. Drittens erschienen Anfang der 1990er Jahre freie ostdeutsche Forschungsinstitute im Feld, die vorwiegend aus den abgewickelten Forschungseinrichtungen der DDR ausgegründet worden waren und nun im Rahmen von Sonderprogrammen Drittmittel einwarben. Dabei agierten sie oft nur als empirische »Materialbeschaffer« oder Juniorpartner in Verbundprojekten mit westdeutschen Forschungsgruppen. Thematisch standen neben dem politisch-administrativen Systemwechsel Probleme des institutionellen Umbruchs bzw. Transfers in den verschiedenen Teilsystemen und Sektoren der Gesellschaft (Wirtschaft, Recht, Wissenschaft, Kunst usw.) sowie die lebensweltlichen Verunsicherungen und individuellen Anpassungsprozesse in den neuen Ländern im Zentrum.

3) *Normalisierungs- und Ertragsphase (1997–2000)*: Seit Mitte der 1990er Jahre nahm nicht nur die Zahl der publizierten Forschungserträge deutlich zu und stabilisierte sich in den Folgejahren auf diesem Niveau.[8] Zugleich vollzog

8 Zur groben Verdeutlichung des Umfangs der Transformations- und Vereinigungsforschung im Zeitverlauf lässt sich eine Google-scholar-Recherche (realisiert im Juni 2020) nutzen. Für die Phase von 1992 bis 1996 erbringt eine Suche mit den Stichworten »ostdeutsch« und »deutsche Einheit« zusammen 2.760 Einträge; für die (wiederum 5-jährige, daher gegenüber obiger Periodisierung leicht veränderte) Phase 1997–2001: 3.720 Einträge. Für detailliertere Erhebungen und Analysen – mit anderen Periodenschnitten – bis 2009: siehe Kollmorgen 2009b.

sich in dreifacher Hinsicht eine Normalisierung: Erstens liefen praktisch alle Sonderprogramme und zweckgebundenen Forschungsinitiativen spätestens Ende der 1990er Jahre aus. Da sich die bislang besonders günstigen Bedingungen der Drittmittelakquise verschlechterten und zugleich die politische und massenmediale Aufmerksamkeit abnahm, schwand die Attraktivität des Forschungsfeldes signifikant. Zweitens traten nun die ostdeutschen Hochschulen, aber auch neu gegründete öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschungsinstitute im Osten (wie das Institut für Wirtschaftsforschung Halle [IWH]) als relevante Forschungsakteure in Erscheinung. Beides ließ die bis dahin dominierenden Akteure der westdeutschen akademischen Forschung sich aus dem Diskursfeld zurückziehen.[9] Drittens wurden die freien ostdeutschen Institute infolge des Auslaufens der generösen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie wegen der inzwischen hergestellten Arbeitsfähigkeit der Hochschulakteure aus der akademisch orientierten Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung gedrängt. Sie konnten nur überleben, sofern sie sich auf eine stark anwendungsorientierte, partiell auch auf eine kommerziell verwertbare Forschung konzentrierten. Thematisch setzten sich die Trends der letzten fünf Jahre fort. Allerdings erscheinen drei Themenbereiche deutlich gestärkt: erstens die Differenzierung der (v. a. institutionellen) Transferlogiken und die Reaktionen im Osten, zweitens das Problem der Binnenmigration und generell der demografischen Herausforderungen sowie drittens die Frage nach der Bedeutung politischer Erbschaften für die Entwicklung demokratischer Kulturen in den neuen Ländern.

4) *Reorientierungsphase (2001–ca. 2014)*: In der vierten Phase, die eher unkonturiert auslief, wurde das Forschungsfeld neu ausgerichtet. Zum einen bildete der im Jahr 2001 an den Universitäten Halle und Jena etablierte SFB 580 »Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch: Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung« (2001–2012) einen letzten Höhepunkt der Transformationsforschung. Zum anderen wurde seit Anfang des neuen Jahrtausends die auf Ostdeutschland bezogene Ressortforschung des Bundes und der ostdeutschen Länder wiederbelebt. Diese Umsteuerung reagierte v. a. auf die Misserfolge bisheriger Umbaupolitiken. Die 1998 neu gewählte Regierungskoalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen antwortete darauf nicht nur mit der Einsetzung eines Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, sondern auch mit einer Reihe von Forschungsinitiativen, insbesondere im Bereich der Wachstums- und Innovations- sowie der Regional- und Bevölkerungsforschung. Damit veränderte sich die freie außer-

9 Westdeutsche Akteure bedeutet hier v. a. die Sozialwissenschaftler*innen in den alten Bundesländern, aber auch einen beachtlichen Teil der in Westdeutschland geborenen, dort sozialisierten, aber nunmehr an ostdeutschen Einrichtungen tätigen Professor*innen.

universitäre Forschung. Als Antwort sowohl auf die akademische Marginalisierung ostdeutscher Forscher*innen als auch auf die Dominanz des Paradigmas »nachholender Modernisierung« gründete sich im Herbst 2005 das Netzwerk Ostdeutschlandforschung, das von freien außeruniversitären Instituten getragen und vom Berliner Senat finanziell unterstützt wurde. Die Unterstützung lief allerdings bereits 2011 aus und das Netzwerk selbst beendete seine Tätigkeit um das Jahr 2015.[10]

Themenbezogen lassen sich fünf Schwerpunkte benennen, die an Bedeutung gewannen: Innovation und Nachhaltigkeit (im Sinne eines »selbsttragenden ökonomischen Aufschwungs« wie auch sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit), Regionalisierung (der Transformations- und Vereinigungsprozesse sowie der entsprechenden Politiken), Demografie (als essenzielle Kontextbedingung und Steuerungsobjekt) sowie Diskurs (v. a. im Sinne der diskursiven Konstruktion und Hegemonie von »Ostdeutschlandbildern«, Identitäten und Anerkennung).[11]

3.2 Der ostdeutsche Sonderfall und die Etablierung des westdeutschen Fluchtpunktes

Obgleich sich Krise und Machtwechsel in der DDR in die ostmitteleuropäische Transformationswelle einordnen, formulierten schon 1990 wichtige Sozialwissenschaftler*innen die These, dass die ostdeutsche Transformation sowohl in Rücksicht auf die Geschichte der DDR, v. a. aber angesichts der staatsrechtlichen Vereinigung mit der alten Bundesrepublik ein Sonderfall sei, der einen Vergleich mit anderen osteuropäischen Transformationsgesellschaften weitgehend nutzlos erscheinen ließe. Eine zweite, deutlich kleinere Gruppe reihte demgegenüber Ostdeutschland in die postsozialistische Fallgruppe ein und realisierte bereits in den 1990er Jahren komparative Analysen. Dafür stehen z. B. die Arbeiten der MPG-Forschungsgruppe um Helmut Wiesenthal (1991–1996). Insgesamt repräsentiert jedoch die Sonderfall- und Beitrittsperspektive, welche die alte Bundesrepublik als Muster und Maßstab der ostdeutschen Transformation und ihrer Erforschung verankerte, bis heute die *hegemoniale Sichtweise*. Diese hat das in der

10 Bezogen auf den Umfang der Publizität ist es angesichts dieser Initiativen nicht verwunderlich, dass die Google-Recherche als Mittelwert für die zwei Fünfjahresperioden (2002–2006 und 2007–2011) 4.815 Einträge zu den Stichworten »ostdeutsch« und »deutsche Einheit« erbringt. Das sind sogar noch einmal mehr Einträge als für die Phase zuvor, wobei angesichts sich verändernder Orientierungen auf und Anteilen von Online-Publikationen und Nachweisen im Internet diese und vergleichbare Erhebungen in ihrer Aussagekraft mit Vorsicht zu genießen sind (zu den Erhebungsproblemen auch Kollmorgen 2009b).

11 Auf die Phase nach 2014/15 und ihre Revisionen wird unten noch eingegangen.

ostdeutschen Bevölkerung wie in den Eliten weitverbreitete Verständnis der ostdeutschen Umwälzung als an der westdeutschen Norm(alität) zu orientierenden Anpassungs- und Angleichungsprozess diskursiv mit konstituiert.

3.3 Die westdeutschen Eliten der Transformationsforschung und der Platz der Ostdeutschen

Es war nicht nur die massive öffentliche Förderung seit 1991, die führende westdeutsche Sozialforscher*innen in das Feld der Transformationsstudien zu Ostdeutschland und die Vereinigung trieb. Auch ihr professionelles und elitäres Selbstverständnis, nicht ›zweitklassigen‹ Forscher*innen diesen gesellschaftspolitisch brisanten Gegenstand zu überlassen, führte dazu, dass sich eine erhebliche Zahl von Spitzenforscher*innen der alten Bundesrepublik in den 1990er Jahren mit der ostdeutschen Transformation und der deutschen Vereinigung beschäftigte. Dass die meisten bestenfalls geringe Erfahrungen im Forschungsfeld staatsozialistischer Gesellschaften (bzw. speziell der DDR) und radikaler Wandlungsprozesse besaßen, war offenkundig kein Grund für Zurückhaltung. Es erklärt aber u. a., dass und warum die Forschungsagenden weit mehr die überkommenen Themen und theoretischen Ansätze zur Analyse der alten Bundesrepublik denn die Problemlagen Ostdeutschlands und seines radikalen Umbruchs reflektierten. In dieser Landnahme wurden nicht nur westdeutsche DDR- und soziale Wandlungsforscher*innen regelmäßig marginalisiert, sondern mehr noch ostdeutsche Sozialwissenschaftler*innen. Letztere erlebten aus drei Gründen eine (durchaus systemfunktionale) Subalternisierung. Zwar wurden sie als natürliche ›Expert*innen‹ des ostdeutschen Wandels angesehen und geschätzt; zugleich wurde aber wegen dieser Zeitzeugenschaft ihre wissenschaftliche ›Objektivität‹ in Frage gestellt. Dieser Skeptizismus wurde weiter genährt durch die Vermutung einer marxistisch-leninistischen Deformation sozialwissenschaftlichen Arbeitens in der DDR. Ostdeutschen Sozialwissenschaftler*innen, die in der DDR akademisch ausgebildet worden waren, wurde daher aus professioneller Sicht strukturell, oft darüber hinaus auch moralisch misstraut. Schließlich wurden fast alle größeren Forschungsinstitutionen abgewickelt und Forschungsgruppen wie Forscher*innen einem Evaluationsprozess durch fast ausschließlich westdeutsche Kolleg*innen unterzogen (Bednarz 2017). Im Ergebnis fielen etwa zwei Drittel aller Beschäftigen dauerhaft aus dem Kreis der akademisch-professionellen Sozialwissenschaft heraus (Kollmorgen/Bertram 2001). Von den Verbliebenen landeten fast alle in der privatwirtschaftlichen Auftragsforschung oder in der zweiten bzw. dritten Reihe des akademischen Betriebs, sodass sie kaum eigene theoretisch-konzeptuelle Akzente setzen konnten. Das 1989/90 verkündete Projekt einer gleichberech-

tigten und kooperativen deutsch-deutschen Transformationsforschung entpuppte sich nach kurzer Zeit als Chimäre. Die Elite der westdeutschen Sozialwissenschaft dominierte das Feld; die analytisch-perspektivische Dominanz der westdeutschen Norm(alität) ist auch das Resultat dieser Machtkonstellation.

3.4 Dominierende Großtheorien, polare Diskurs- und Erklärungsachsen sowie transformationstheoretische Defizite

Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre und daher korrespondierend mit der zunehmenden thematischen Breite und Pluralität der empirischen Forschungen zur ostdeutschen Transformation und zur deutschen Vereinigung finden sich im Feld praktisch alle Theorien wieder, die auch in der allgemeinen Sozialwissenschaft die relevanten Orientierungen und Erklärungsrahmen bereitstellen. Eine Verlaufsanalyse zeigt, dass dabei in den ersten fünf bis zehn Jahren fünf Großtheorien besonders einflussreich waren, nämlich die neoklassische Ordnungstheorie, die (neoevolutionistische) Modernisierungs- und Systemtheorie, der Transitionsansatz sowie der Neo-Institutionalismus. In den Folgejahren traten auch interpretativ-handlungstheoretische und genauer: subjekttheoretische Forschungsansätze, historisch-soziologische sowie sprach- und diskurstheoretische Zugänge als wichtige Fundierungen stärker in Erscheinung.

Noch oberhalb dieser großtheoretischen Rahmungen und zugleich mit ihnen wahlverwandtschaftlich verwoben, finden sich seit Anfang der 1990er Jahre mindestens vier *Diskurs- und Erklärungsachsen*, die für die Strukturierung der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung von besonderer Bedeutung sind. Zum Großteil handelt es sich dabei um Achsen, die durch *polare*, partiell sogar *antagonistische* Diskurspositionen bestimmt werden.

1) Modernisierungsachse *(nachholende Modernisierung Ostdeutschlands von außen und oben vs. Modernität von innen und unten)*: Innerhalb dieses Diskurses, dessen Hochzeit in den 1990er Jahren lag, tendierte eine Gruppe der Sozialforscher*innen v. a. modernisierungs- und systemtheoretischer Provenienz dazu, die Transformation Ostdeutschlands mit dem staatsrechtlichen Beitritt, dem damit verbundenen Institutionentransfer und *ready made state* als Fall nachholender Modernisierung und eines gesteuerten Systemwechsels nach dem Vorbild der alten Bundesrepublik zu begreifen. Seither habe man es mit Folgeproblemen der Anpassung an die neuen Institutionen, effektiver Ressourcenallokation und Enkulturation zu tun. Die dahinter stehende Logik betrachtet das als ideal, was von oben und auf Grundlage bewährter Ordnungen nach unten durchgesetzt werden kann, wobei alles Querliegende und Persistente als retardierende Störung des Modernisierungsprojektes verstanden wur-

de. Diese Diskursposition vertraten v. a. westdeutsche akademische Sozialforscher mit eher liberal-konservativer Auffassung. Sie erlangte in diesem Sektor trotz paralleler Kritik auch aus dem eigenen Lager die Bedeutung einer Leitinterpretation (exemplarisch: Zapf 1991). Diskursiv ebenso relevant war aber, dass sich diese Erzählung als hegemoniale Interpretationsfolie im politisch-administrativen Raum durchsetzte, auch deshalb, weil sie die politischen Handlungslogiken der herrschenden Akteure gleichsam spiegelte und zugleich sozialwissenschaftlich zu unterfüttern gestattete.

Die diskursive Gegenposition behauptete zunächst eine wenn auch partiell deformierte alternative Modernität des Ostens, sodass von einem schlichten »Nachholen« nicht geredet werden könne. Dabei behaupteten einige Vertreter sogar partielle Modernisierungsvorsprünge des Ostens sowie die Notwendigkeit, auch den Westen postfordistisch und sozialökologisch zu modernisieren, woraus die Aufgabe einer »doppelten Modernisierung« (Klein 1991) des Landes erwachse. Ebenso scharf wurde die Annahme kritisiert, die Implementation der westlichen Basisinstitutionen sowie die soziokulturelle Anpassung des Ostens an den Westen könne die ostdeutsche Transformation und die deutsche Vereinigung tragen. Vielmehr müsse die Modernisierung Ostdeutschlands auch von unten, durch die Individuen und sozialen Gruppen und zwar unter Gewährung weitgehend autonomer Erfahrungsräume und eigensinniger Aneignungs- und Entwicklungspraxen der neuen Basisinstitutionen erfolgen, soll sie erfolgreich sein und eine wirkliche Vereinigung stiften (etwa Reißig 2000, Thomas 1998; Woderich 1998). Die Angehörigen dieser Diskursgemeinschaft stammen vornehmlich aus der DDR bzw. den neuen Ländern; sie gehören nicht zu akademischen Elite und sie sind eher links-sozialdemokratisch oder reformsozialistisch orientiert. Ihre stärker handlungs- und subjekttheoretisch orientierte Erklärungsfolie blieb lange marginalisiert.

Erst ab Ende der 1990er Jahre wurde – auch für das erste Lager – immer deutlicher, dass das »Modell Deutschland«, wie es in den 1980er Jahren in Westdeutschland existierte und als Grundlage der Vereinigung diente, selbst reform- oder modernisierungsbedürftig ist. Die Diskussion von entsprechenden Potenzialen und möglichen Pfaden hat dann auch den Osten Deutschlands immer stärker einbezogen und seine Konstellationen, Akteure und Kulturen als mögliche Quellen für diese neuen Modernisierungsprozesse – etwa im Bereich des Arbeitsmarktes, der Bildung, der Geschlechterverhältnisse, der Energiewende oder neuer lokaler Governance-Strukturen – identifiziert. Einige sprechen seit dieser Zeit sogar von ostdeutschen »Avantgardismen«, sodass die vormals behauptete Modernitätsrelation zwischen West und Ost in bestimmten Feldern geradezu umgekehrt wurde (vgl. Engler 2002; Links/Volke 2009). Wichtig ist, dass sich auch in diesem neuen Modernisierungsdiskurs ein pola-

rer Bewertungsbogen aufspannt. Zugespitzt formuliert, reicht er vom Begrüßen neoliberaler Vorreiterrollen Ostdeutschlands bis zum Würdigen von Entwicklungen jenseits des wohlfahrtskapitalistischen Industrialismus und seiner Lebensweisen. Auch wenn Letzteres eher von Ostdeutschen thematisiert wird, verschwimmen die herkunftsbezogenen Lager mehr und mehr.

2) Kolonialisierungsachse *(Kolonialisierung der DDR vs. selbst gewählten Beitritt, westdeutsche Solidarität und ostdeutsche Selbstentwicklungschancen)*: Diese v. a. in den ersten zehn Jahren relevante Diskurskonstellation bezieht sich auf die Art und Weise der Vereinigung sowie die nachfolgenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Ost und West.
   Eine marxistisch inspirierte Diskursposition, die eine gewisse Prominenz erreichte und die sowohl eher marginalisierte west- und ostdeutsche Sozialwissenschaftler sowie Publizisten des radikal linken Lagers vertraten, markierte den »Beitritt« sowie den damit verbundenen staatlichen Institutionen-, Unternehmens- und sektorenübergreifend Elitentransfer von West nach Ost als »Kolonialisierung« des Ostens durch die Staatseliten und das Großkapital des Westens (Dümcke/Vilmar 1996). Dieser »Kolonialisierung« wurde die Forderung einer autochthonen Transformation von unten durch die früher und auch jetzt wieder »unterdrückten« politischen Subjekte (Proletariat, Mittelklasse) und einer Beibehaltung der positiven Eigenschaften der realsozialistischen Gesellschaft entgegengestellt.
   Die starke Gegenposition, die diese Konzeption und Begrifflichkeit grundsätzlich ablehnte, verfochten interessanterweise zum einen westdeutsche Wissenschaftler und Publizisten mit liberal-konservativen politischen Orientierungen. Sie wiesen darauf hin, dass die Ostdeutschen den Weg des »Beitritts« selbst gewählt hätten und dafür wohlfahrtsstaatlich kompensiert würden. Beweis für diese Kompensation und die breite Solidarität der Westdeutschen seien die enormen finanziellen Transfers in Höhe von deutlich über 1 Billion Euro schon in den ersten 15 Jahren. Das sei so wenig Kolonialisierung wie Ausbeutung. Zum anderen widersprachen aber auch linke West- und Ostdeutsche. Zwar diagnostizierten einige von ihnen durchaus Vereinigungsaspekte, die Kolonialisierungsprozessen ähnelten, etwa die sozialstrukturelle Überschichtung der ostdeutschen Gesellschaft durch eine westdeutsche Funktionselite, die quasi-ethnische Missachtung der Ostdeutschen sowie der Imperativ soziokultureller Anpassung. Jedoch müsse die These auch deshalb abgelehnt werden, weil die demokratische Verfassung der Bundesrepublik mit ihrer föderalen Struktur und der begrenzten Souveränität ihres Staates (d. h. die hohe Bedeutung nicht staatlicher Akteure in der Organisation des Gemeinwesens) den Ostdeutschen in ›ihren‹ Bundesländern und Gemeinden einen Spielraum für (teil-)autonome Struktur- und Kulturentwicklungen lasse,

den sie zunehmend auch nutzten – mit Chancen für »Rückwirkungen« auf die gesamte Bundesrepublik (vgl. exemplarisch aus unterschiedlichen Perspektiven: Best/Holtmann 2012; Böick/Goschler/Jessen 2020; Busch/Thomas 2015; Frech/Scurell/Willisch 2017; Kowalczuk 2019; Kollmorgen 2005; Kollmorgen/Koch/Dienel 2011; Krause/Ostner 2010; Lorenz 2011).
Damit formierte sich hier also eine hegemoniale Diskursposition, die – mit je unterschiedlichen Argumentationsfiguren – sowohl interessen-, ideologie- als auch herkunftsbezogen heterogenen Ursprungs war. Heute wird die Kolonialisierungs- oder Anschlussthese kaum noch sozialwissenschaftlich bearbeitet (siehe aber Milev 2019) – abgesehen von kleinen linksradikalen Gruppen und Vertretern der alten DDR-Wissenschaftselite.

3) Problemgenerierungsachse *(Lasten der Vergangenheit vs. Fehlsteuerungen nach 1990)*: Inhaltlich mit der ersten und zweiten Konstellation verwandt, aber spezifischer auf die Faktoren des Prozessverlaufs und seine krisenhaften Probleme zielend, sieht ein Lager fast ausschließlich westdeutscher, liberal-konservativer Intellektueller die substanziellen Schwierigkeiten des Transformations- und Vereinigungsprozesses in den Erbschaften des staatssozialistischen Herrschaftsregimes der DDR begründet. Diese seien materieller (marode Wirtschaft, überalterte Infrastruktur, ökologische Sünden usw.) und »mentaler« Natur gewesen. Letztere umfassten nicht nur den Mangel an Unternehmergeist, etatistische Orientierungen oder Kollektivismus, sondern auch die ostdeutsche Sonderidentität, die sich einer »inneren Einheit« entgegenstelle (Baring 1991).
Demgegenüber identifizieren v. a. beitrittskritische ostdeutsche Wissenschaftler den Modus und die Machtverhältnisse im deutschen Vereinigungsprozess als zentralen Faktor für die Probleme der Einheit. Nicht nur der Versuch einer schlichten (»nachholenden«) Übertragung westdeutscher Verhältnisse auf Ostdeutschland, sondern auch die Entmachtung der Ostdeutschen in der Gestaltung der Transformationsprozesse durch die Interessenpolitiken der westdeutschen Eliten hätten Umbau wie Vereinigung erschwert und verzögert. Die »mentalen« Abstoßungs- und Absonderungsphänomene wurden Mitte und Ende der 1990er Jahre unter der Überschrift »Sozialisations- vs. Situationshypothese« intensiv diskutiert (vgl. Pollack 2000; Kollmorgen 2005).
Diese Diskursachse zeigte trotz Machtasymmetrien keine ausgeprägten Hegemonien. Das verdankte sich wahrscheinlich in erste Linie den rasch einsetzenden akademischen Versuchen, die beiden Pole zu vermitteln, mithin die eher publizistischen Extrempositionen zu marginalisieren.

4) Angleichungs- bzw. Differenzierungsachse *(Vereinigung als Angleichung vs. Vereinigung als Differenzierung und Regionalisierung)*: In einer weiteren Diskurskonstellation wurde darum gestritten, ob die 1989 zwischen Ost- und

Westdeutschland bestehenden gravierenden materiellen und symbolischen Differenzen im Prozess der Vereinigung erhalten bleiben oder sogar wachsen – und wenn ja warum und in welchem Ausmaß –, oder ob sie mittel- und langfristig verschwinden werden.

Gerade in den ersten zehn Jahren dominierte eine Position, erneut von westdeutschen Sozialwissenschaftlern eher konservativer Provenienz vertreten, die im Einklang mit dem frühen Modernisierungsdiskurs (siehe 1), eine mittelfristige Angleichung des Osten an den Westen prognostizierten, wobei sich diese sowohl auf die Ökonomie, die Sozialstrukturen, das politische System als auch auf die Soziokulturen (Werte, Normen, Milieus) erstrecken sollte. Da wo die Angleichung gefährdet schien, wurde sie überwiegend als Desintegrationsressource gedeutet und kritisiert (für viele: Baring 1991; Zapf 1991).

Die zweite Position ostdeutscher, aber zunehmend auch westdeutscher Sozialwissenschaftler, die sich ab Ende der 1990er Jahre als hegemoniale erweisen sollte, betont hingegen Differenzierungsprozesse, ohne wichtige Angleichungsdynamiken zu übersehen. Dafür wurden vier Generierungs- bzw. Gestaltungslogiken ins Feld geführt:

a) Zum einen wurde auf die in Teilen hochgradig differenten Ausgangsgesellschaften in Ost und West hingewiesen. Diese Unterschiede – in Verkehrsinfrastruktur, Bausubstanz, Kapitalausstattung der Unternehmen, Bevölkerungsverteilung, aber auch Sozialstruktur, Lebensführungsmustern oder Mentalitäten – verschwänden keineswegs über Nacht, sondern repräsentierten materielle und symbolische Erbschaften (*legacies*), deren Überwindung selbst bei günstigsten Bedingungen Jahrzehnte in Anspruch nehmen müsse.

b) Darüber hinaus hätten der Beitrittsmodus und die damit verbundene hegemoniale Rolle westdeutscher Akteure zwar einerseits den Effekt, dass der dreifache Transfer von West nach Ost: Institutionen, Akteure (v. a. Eliten) sowie Finanzen und/oder Gütern eine basale gesellschaftliche Angleichungsdynamik realisiert oder befördert (Institutionenordnung, Produktions- und Konsummuster, öffentliche Wohlfahrtsleistungen, Handlungslogiken usw.). Andererseits begründeten die gleichen Prozesse neue Ungleichheiten oder verstärkten alte. So fungiere Ostdeutschland (teils bis heute) ökonomisch als »verlängerte Werkbank« des Westens, »Niedriglohngebiet« und Absatzmarkt der westdeutschen Industrie, d. h. als kapitalistische Binnenperipherie in Deutschland (vgl. Busch/Kühn/Steinitz 2009). Eine wichtige Folge sei die Massenabwanderung aus Ostdeutschland, v. a. aus ländlichen Gebieten gewesen. Sozialstrukturell erfolgte mit dem Personal- und Elitentransfer in den Westen eine soziale Überschichtung Ostdeutschlands, wodurch die Oberklassen (Positionse-

liten, Vermögende) weitgehend aus dem Westen stammten bzw. sich dort konzentrierten. Politisch besäßen die ostdeutschen Regionalparteien (v. a. die PDS/Die Linke, seit 2017 im Selbstverständnis auch die ostdeutschen AfD-Landesverbände) so wenig echten Einfluss auf Bundesebene wie die wenigen Ostdeutschen an der Spitze der etablierten westdeutschen Parteien. Mithin würden ostdeutsche Interessen und Politikentwürfe marginalisiert. Schließlich befördere das alles zusammen eine Tendenz der Ethnifizierung der Ostdeutschen als inferiore Gruppe in Deutschland, die mit dem Etikett der »Verlierergruppe« in der »Verliererregion« belegt würde, was gleichzeitig Missachtungstendenzen gegenüber den Ostdeutschen evoziere. Bestehende und sich kaum abbauende Sonderidentitäten in Ostdeutschland sowie wechselseitige kulturelle Abstoßungs- sowie neue deutsch-deutsche Entfremdungsreaktionen könnten daher nicht verwundern. Im Resultat würden seit Ende der 1990er Jahre die deutsch-deutschen Ungleichheiten und Differenzen kaum reduziert, sondern hätten sich in einigen Dimensionen sogar verfestigt. Ihr zukünftiges Schicksal sei weitgehend offen und hänge von den politischen Gestaltungs- und weiter öffentlichen Kommunikationsprozessen in Deutschland in den kommenden Dekaden ab.

c) Drittens wird auf jene neuen sozialen Eigentümlichkeiten im Osten als innovative Antworten auf den bisherigen Vereinigungsprozess aufmerksam gemacht, die gleichsam umgekehrt den Osten vom Westen entfernten. Zugleich ermöglichten sie aber auch neue Angleichungsdynamiken nun des Westens an den Osten. Das gelte z. B. offenkundig für die Frauenerwerbsarbeit, Infrastrukturen und Akzeptanz der Kinderbetreuung, die Abnahme von politischen Partei- und generell Organisationsbindungen oder Säkularisierungstendenzen.
d) Schließlich seien mit dem Beitritt der neuen Bundesländer und den folgenden politisch-ökonomischen Dynamiken (auch im Kontext des Globalisierungsschubes) neue Regionalisierungstendenzen in Deutschland zu beobachten. Diese differenzierten zwar die Lebensverhältnisse sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland. Sie stellten aber auch eine zusätzliche Quelle fortbestehenden Ost-West-Differenzen dar, weil sich die große Mehrheit der schwachen Regionen eben im Osten, der reichen und dynamischen jedoch im Westen Deutschlands befänden.

Generell hat sich der Angleichungsdiskurs insofern deutlich verschoben, als heute die vom deutschen Grundgesetz geforderte »Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse« (Art. 72, Abs. 2 GG) weiter gefasst wird und stärker als früher die Idee einer »Einheit in der Differenz« diskutiert und um neue Formen der Solidarität – nicht zuletzt über finanzielle Transfers zwischen den Ländern und Regionen – gerungen

wird (für neuere Befunde und Debatten: APuZ 2019; Becker/Naumann 2020; Böick/Goschler/Jessen 2020; Busch/Thomas 2015; Holtmann 2019).

Reflektiert man die diskursiven, empirischen und theoretisch-konzeptuellen Konstellationen und Gehalte der deutschen Transformations- und Vereinigungsforschung zwischen 1989 und Anfang der 2000er Jahre (Thesen 1, 2, 4), ist mit Blick auf die oben entfalteten (idealtypischen) Orientierungen und Merkmale zweierlei zu konstatieren: Erstens haben die meisten Analysen und Studien zu ostdeutschen Entwicklungen und zum Vereinigungsgeschehen die dort formulierten dimensionalen und aspektiven ›Imperative‹ einer Transformationsforschung *nicht* eingeholt. Dieses *Defizit* betrifft insbesondere die holistische und die langzeitige Dimension sowie die Verknüpfung der postsozialistischen Umwälzungen mit den »neomodernen« Wandlungsprozessen. Vieles folgte den Themen und Perspektiven der etablierten und hegemonialen westdeutschen Forschungsansätze. Zweitens gab es – auch aufgrund der verfestigten polaren Diskurskonstellationen sowie der Marginalisierung ostdeutscher Forscher*innen im akademischen Feld – thematische und konzeptuelle Einschnürungen, Abkopplungen von der internationalen Diskussion und eine partielle Sterilisierung der Theorieentwicklung und damit Schwächung der Erklärungspotenziale der Sozialforschung zum Gegenstand.

3.5 Delegitimierung und Marginalisierung der ostdeutschen Transformationsforschung

Die Transformationsforschung erfuhr daher bereits Ende der 1990er Jahre eine Delegitimierung. Diese Delegitimierung verdankte sich auch dem Rückzug vieler akademisch-professioneller Forschungseliten aus dem Untersuchungsfeld, die sich nun (wieder) Themen wie Europäisierung, Globalisierung, Prekarisierung oder sozialökologischer Umbau zuwandten. Das ostdeutsche Thema schien vielen Ende der 1990er, spätestens Mitte der 2000er Jahre erledigt. Jungen ost- und westdeutschen Sozialforscher*innen wurde um ihrer Karriere willen explizit abgeraten, sich mit ostdeutschen Fragestellungen zu befassen.

3.6 Eine neue Transformationsforschung? Zur Reproblematisierung und Retheoretisierung Ostdeutschlands nach 2015

Wer 2010 zu einer Prognose über die Zukunft der Transformations- und Vereinigungsforschung aufgefordert worden wäre, hätte vermutlich entweder peinlich berührt geschwiegen oder bestenfalls eine Nischenexistenz in der öffentlichen So-

zialwissenschaft sowie der Auftragsforschung, kombiniert mit den routinierten jahrestagsorientierten Publikationen durch eine Handvoll Spezialisten, vorausgesagt. So ungefähr kam es dann auch – bis 2015.

Auch wenn es falsch wäre, für die Jahre seitdem das Bild eines Phönix aus der Asche zu beschwören: Von einer deutlichen Belebung, ja Renaissance lässt sich aber sehr wohl sprechen. Sie ist in mehrfacher Hinsicht verifizierbar:[12]

1) Der Forschungsgegenstand und die Transformations- und Vereinigungsforschung selbst erfahren seit 2016/17 eine neue öffentliche, politische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit (siehe auch die umfassende Bilanz von: Kowalczuk/Ebert/Kulick 2021). Nicht nur Politiker*innen, Sozialwissenschaftler*innen oder Journalist*innen, sondern auch viele – nicht zuletzt junge – Bürger*innen fragen heute, warum der Osten der Republik entgegen den hegemonialen Erwartungen immer noch so *anders* ist, warum seine Menschen so anders zu »ticken« und sich Ost und West eher wieder zu trennen als weiter zu vereinen scheinen. Neben hartnäckigen wirtschaftlich-sozialen Ungleichheiten sind es v. a. die politischen Kulturen und Mentalitäten, das Wahlverhalten sowie die Stärke rechtsradikaler und rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien, die alte Gewissheiten eines unvermeidlichen Nachholens und Angleichens in Zweifel ziehen. Das fordert die Forschung neu heraus und beschert ihren Ergebnissen zugleich neue Aufmerksamkeit.[13]
2) Der Umfang der Forschungsförderung ist seit 2016/17 deutlich stärker gewachsen als in den zehn Jahren zuvor. Neben den klassischen Förderern sind es v. a. die Bundes- und die Landesregierungen im Osten sowie politische Stiftungen, die empirische Forschungen massiv unterstützen. Es reicht an dieser Stelle, auf die seit 2019 vom Bund (BMBF) mit ca. 40 Millionen Euro geförderten 14 Forschungsverbünde zum Themenkreis DDR, Transformation und Erinnerung sowie auf das jüngst unter Beteiligung von elf Hochschulen und Forschungseinrichtungen etablierte »Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt« (FGZ) mit einem Etat von ca. zehn Millionen Euro jährlich zu verweisen, in dem ebenfalls wichtige Projekte der Transformations- und Vereinigungsforschung realisiert werden.[14] Weitere Programmlinien zur

12 Dieser Abschnitt greift wesentlich auf eine frühere Ausarbeitung zurück (Kollmorgen 2020).

13 Exemplarisch lässt sich das an der Aufmerksamkeit zeigen, welche die Bücher von Marcus Böick (2018): Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994; Jana Hensel und Wolfgang Engler (2018): Wer wir sind: Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein; Ilko-Sascha Kowalczuk (2019): Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, oder von Steffen Mau (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, erfahren.

14 Für weitere Informationen zu den Verbünden: https://www.bmbf.de/de/wissensluecken-ueber-die-ddr-schliessen-6346.html (abgerufen am 8.1.2021) sowie zum Institut: https://www.

Regionalentwicklung, zur Zivilgesellschaft sowie zu den ländlichen Räumen in Ostdeutschland wären zu nennen oder auch ein seit 2020 vom Freistaat Sachsen geförderter Projektverbund, der die »multiplen Transformationen seit 1989 in der Lausitz, Sachsen, Ostdeutschland und Ostmitteleuropa« erforschen soll.[15]

3) Spannend und tatsächlich innovativ ist nicht nur, dass sich an diesen Förderprogrammen und Projektverbünden sowohl Institutionen und Forscher*innen der akademisch-professionellen wie auch der stark öffentlich und/oder gesellschaftskritisch orientierten Sozialwissenschaften beteiligen, sondern vielfach ost- und westdeutsche Forschungsinstitutionen und Forscher*innen kollaborieren. Oft sind auch zivilgesellschaftliche Partner, Museen und Gedenkstätten eingebunden. Insofern liegt wissenschaftskommunikativ eine veränderte Konstellation vor. Stärker als bisher verbinden die neuen Projekte Wissensgewinnung mit Wissenstransfer und partizipativen Ansätzen der Sozialforschung bis hin zur *citizen science*. Diese Reorientierung reagiert auf Wissensdefizite in der Bevölkerung und auf die populistischen und radikalen politischen Kulturen und Bewegungen gerade im Osten.
4) In den Forschungsvorhaben zeigen sich neue analytisch-perspektivische sowie theoretisch-methodologische Ansätze, auch wenn dies selbstverständlich nicht für alle Akteure und Projekte gilt und viele der Neuerungen schon einmal angedacht und im Gespräch waren. Folgende Neuorientierungen erscheinen bemerkenswert:
   – Der (ost-)deutsche Transformations- und Vereinigungsprozess (seine Modelle, Verläufe und Folgen) wird transnational kontextualisiert und eingebettet, sodass konsequenterweise sowohl für die Zeit vor als auch nach 1989/90 von einer *Ko-Transformation* des Ostens und Westens gesprochen werden muss (exemplarisch: Ther 2016).
   – Im Rahmen einer solchen *Verflechtungsgeschichte* wird die Transformations- und Vereinigungsgeschichte zeitlich weiter gedehnt. Das schließt die Notwendigkeit einer systematischen Beachtung der Vorgeschichte ebenso ein wie die der langen Dauer von Gesellschaftstransformationen (exemplarisch: Brückweh/Villinger/Zöller 2020).
   – Neue Forschungen bemühen sich, *materielle und symbolische Aspekte* von Umbruch und Vereinigung stärker zu verklammern. Anders als in systemtheoretisch und implementationslogisch inspirierten Ansätzen werden die *widersprüchlichen* Zusammenhänge von Arbeits- und Lebenswelten der

---

forschung-und-lehre.de/forschung/neuer-forscherverbund-untersucht-sozialen-zusammenhalt-2655/ (abgerufen am 8.1.2021).

15 Details hierzu unter: https://www.serbski-institut.de/de/Presse_2/4616/#q4616 (abgerufen 8.1.2021).

Subjekte, von Praxis und Diskursen, von materieller Umverteilung und sozialer Anerkennung oder von Erlebnissen und Narrativen thematisiert. Methodisch impliziert dies komplexe Forschungsdesigns, *mixed methods* und Triangulationen (ebd.; Böick/Brückweh 2019; Brie/Reißig/Thomas 2016; Lorenz 2011; Matthäus/Kubiak 2015; Mau 2019; Kollmorgen 2005, 2018).

- Statt nachholende Modernisierung und Anpassung zu betonen, interessiert sich die erneuerte Transformations- und Vereinigungsforschung für die *Eigentümlichkeiten und Eigensinnigkeiten* der Subjekte, für *alternative Modernitäten* sowie für *Experimente, Innovationen und Modellvorhaben* im Osten, mithin für Heterogenität und Vielfalt im Verhältnis zwischen Ost und West. Damit stellen sich zugleich auch Fragen nach den Dimensionen und Zielen der Vereinigung und »gleichwertiger Lebensverhältnisse« neu (ebd.; Becker/Naumann 2020; Böick/Goschler/Jessen 2020; Busch/Thomas 2015; Frech/Scurell/Willisch 2017; Holtmann 2019).
- Übergreifend wird erneut gefragt, was eigentlich *Transformationsforschung* auszeichnet. Auch wenn die Kriterien umstritten bleiben, gibt es doch einen weitgehenden Konsens, dass nicht alle Studien, die sich mit der ostdeutschen Großregion befassen, bereits das Prädikat Transformationsforschung erhalten können, sowenig wie jede Analyse, die Ost- und Westdeutschland thematisiert, schon Vereinigungsforschung genannt werden kann (siehe Abschnitt 1.2; Best/Holtmann 2012; Böick/Brückweh 2019; Brie/Reißig/Thomas 2016; Busch/Thomas 2015; Mau 2019).
- Schließlich hat es die aktuelle Transformations- und Vereinigungsforschung zunehmend mit Prozessen der *Historisierung* ihres Gegenstandes und seiner Erforschung zu tun, was neue Chancen kritischer (Selbst-)Reflexion, analytischer Re-Perspektivierung und gesellschaftskritischer Positionierung eröffnet.

Natürlich stellt sich nach diesem Umriss der Renaissance der Transformations-, Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung die Frage nach den Ursachen und Anlässen. Einige liegen auf der Hand, andere wurden bereits angesprochen oder implizit thematisiert, andere bedürfen der weiteren Herausarbeitung. Fünf wesentliche Gründe sind im vorliegenden Zusammenhang besonders relevant:

a) Der wichtigste Grund und zugleich der politische Auslöser besteht in der seit 2014/15 virulenten *Distanzierung und Entfremdung* eines beachtlichen Teils der ostdeutschen Bevölkerung (30 bis 40 Prozent) von der repräsentativ-demokratischen Institutionenordnung der Bundesrepublik und ihren Eliten, wie sie sich im Wahlverhalten seit 2017 (insbesondere in der Stärke der Partei »Alternative für Deutschland«, AfD) sowie in Protestbewegungen gegen

die Migrations- oder jüngst die Pandemiepolitik artikulieren. Damit wird der bisher sicher geglaubte Herrschafts- und Regierungsanspruch der demokratischen Volksparteien bestritten. Diese Entwicklungen haben die Überzeugung eines Großteils der politischen Klasse, dass die Konzepte einer »nachholenden Modernisierung« und des »Zusammenwachsens« von Ost und West schlussendlich erfolgreich sein werden, erschüttert. Sie haben die Nachfrage nach plausiblen Erklärungen für die unerwarteten Krisenphänomene verstärkt und die Bereitschaft erhöht, hierfür finanzielle und institutionelle Ressourcen bereitzustellen. Zugleich wird nach den Zusammenhängen von Entfremdung und den anhaltenden ökonomischen, sozialen und positionalen Ungleichheiten zwischen Ost und West gefragt. In den letzten Jahren wurde dazu kaum noch intensiver geforscht und diskutiert, weil sie als gleichsam automatisch schwindendes oder irrelevantes Problem betrachtet und verdrängt wurden. Jetzt stehen auch diese Aspekte wieder auf der Agenda und sind Gegenstand von Untersuchungen, die sich mit den längerfristigen Prozessdynamiken und (Neben-)Folgen des Beitrittsmodus befassen.

b) Eine weitere Ursache liegt in der bereits erwähnten *Historisierung* der intensivsten Umbruchprozesse Anfang und Mitte der 1990er Jahre. Sie betrifft einerseits das Bedürfnis nach biografischer Reflexion unter den Angehörigen der damals aktiven Generation, die jetzt verstärkt in den Ruhestand wechseln. Diese – egal, ob es Arbeiter*innen, Künstler*innen oder Politiker*innen und Sozialwissenschaftler*innen sind –, betrachten heute die Umbruchprozesse und ihre eigenen Verwicklungen darin neu und bemühen sich um retrospektive Sinngebung wie um Erfahrungsweitergabe an die nachfolgenden Generationen.[16] Auch hieraus ergeben sich erneuerte Forschungsperspektiven und Fragestellungen.

c) Darüber hinaus und zugleich damit inhärent verknüpft, ist auf das Auftreten und Agieren einer *neuen Generation von Sozialwissenschaftler*innen* hinzuweisen, die sich vor dem Hintergrund ihrer eigenen Lebensperspektiven anders mit Transformation und Vereinigung auseinandersetzt. Die mit den aktuellen politischen Krisen vielfach verbundene Irritation eigener Herkunftserzählungen und sozialer Identitäten ist ein wichtiges Motiv für den Einstieg in das Forschungsfeld. In jedem Fall verändert die schrittweise Ablösung der alten, selbst involvierten Forscher*innen-Generationen durch neue Kohorten die Erkenntnisinteressen, Relevanzstrukturen sowie die bevorzugten theore-

16 Die Relevanz dieses Bedürfnisses nach Erzählen, Selbstreflexion und intergenerationaler Weitergabe lässt sich u. a. an der Attraktivität der Erzählsalon-Projekte von Katrin Rohnstock ablesen. Für weitere Informationen zu diesem Ansatz siehe https://www.rohnstock-biografien.de/ (abgerufen am 8.1.2021).

tischen Konzepte signifikant (für viele: Böick/Brückweh 2019; Matthäus/Kubiak 2015).

d) Die Herausforderungen der globalen *sozialökologischen und technologischen Transformationen* und der politisch-institutionellen und sozialen Integrationsprozesse in Europa haben zudem das Bedürfnis verstärkt, die nach 1989/90 erfahrenen sozialen Wandlungsprozesse für die Gestaltung dieser neuen »Großen Transformation« fruchtbar zu machen. Können in diesem neuen Kontext die *Transformationserfahrungen* der Ostdeutschen eine produktive Rolle spielen? Hier entstehen neue Fragen und Herangehensweisen an die Transformationsproblematik und komparative Perspektiven.
e) Schließlich ist auf die wachsenden Zugänglichkeiten der Archive hinzuweisen, die es überhaupt erst möglich oder zumindest einfacher werden lassen, historiografisch zu forschen (siehe Abschnitt 5). Eine Reihe von zeitgeschichtlichen Forschungen hat in den letzten Jahren von dieser veränderten Materiallage offenkundig profitiert (etwa Böick 2018 oder Brunner/Kuhnhenne/Simon 2017); der Ablauf der 30-jährigen Sperrfrist für bisher nicht einsehbare Dokumente zum staatlichen Handeln nach 1990 wird weitere neue Analysen erlauben.

Insofern lässt sich resümieren: Die Renaissance der Transformations-, Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung verdankt sich nicht nur einer *Repolitisierung des Forschungsfeldes und wesentlicher Forschungsfragen*. Sie ist auch Ausdruck einer *Historisierungslogik* und eines *Generationenwechsels*. Damit werden neue inhaltliche, theoretisch-konzeptuelle und methodische Ideen und Präferenzen möglich und in die Debatte getragen, auf deren Ergebnisse wir gespannt sein können. Erkennbar ist aber bereits jetzt, dass die Erneuerung den alten Fluchtpunkt Westdeutschland sowie die Abkapselung der Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung von der allgemeinen Transformations- und Wandlungsforschung und mithin von der internationalen Debatte hinter sich gelassen hat.

4. Warum Transformation nicht gleich Transformation ist – eine soziokulturelle und psychosoziale Generationenperspektive

An dieser Stelle soll in aller Kürze die soziokulturelle und die psychosoziale Perspektive skizziert und in ihrer wissenschaftlichen sowie politischen Bedeutung problematisiert werden. Bei der Wahrnehmung und Bewertung der sozialen, politischen und kulturellen Umwälzungsprozesse in Deutschland seit 1989/90 werden die persönlichen, biografischen und generationalen Transformationserfah-

rungen oft als weiche, schwer zu erfassende und zudem wenig relevante Faktoren im politischen und wissenschaftlichen Diskurs beiseitegeschoben. Es lohnt sich jedoch, hier ein wenig genauer hinzusehen, da die strukturellen und institutionellen Dimensionen des Transformations- und Vereinigungsprozesses unauflöslich mit den soziokulturellen und psychosozialen Dimensionen verknüpft sind.

Wie oben angesprochen, wird die mangelnde politisch-kulturelle Repräsentation und der geringe Anteil Ostdeutscher in den gesellschaftsgestaltenden Führungspositionen des öffentlichen Raums vielfach bagatellisiert, ja als selbstverschuldete Nebenwirkung des Einheitsprozesses heruntergespielt. Ein die realen Macht- und Vermögensverhältnisse reflektierendes Erklärungsmuster bleibt marginal. Diese Unterrepräsentation sowie ihre dominante Bewertung im öffentlichen Raum verdichten sich jedoch zu einer Art kollektiver Abwertungserfahrung Ostdeutscher, die die Selbstwirksamkeitsdynamik behindert und damit gesellschaftsgestaltende Impulse hemmt. Der Schock des Umbruchs und der Vereinigungserfahrungen nach 1990 sitzt tief und prägt Selbstbewusstsein, Selbstbehauptung und Selbstpositionierung der Menschen mit ostdeutschem biografischem Hintergrund. Er wirkt identitätsstiftend und trägt sich sogar bis in die nächste Generation der nach 1990 mit ostdeutscher Familiengeschichte Geborenen (vgl. Nichelmann 2019; Schönian 2020). Ein (selbst-)kritisches Nachdenken darüber, dass sich hier eine scheinbar unüberwindbare soziokulturelle, vielleicht sogar politische Kluft manifestiert, findet im hegemonialen politischen und teils auch im wissenschaftlichen Raum kaum statt. Dabei nehmen die verschiedenen Altersgruppen diese Marginalisierungs- und Fremdheitserfahrungen, die je nach spezifischer sozialer Lage, Lebensverlauf und individuellen Schlussfolgerungen heterogenen Charakter tragen, unterschiedlich wahr und sie bewerten sie unterschiedlich.

4.1 Wahrnehmung von Transformationserfahrungen verschiedener ostdeutscher Alterskohorten

In der allgemeinen Debatte wird von der ersten, zweiten und dritten Generation Ostdeutschland gesprochen, auch wenn die Generationendefinition hier eine gewisse Unschärfe aufweist und umstritten bleibt (vgl. Hacker u. a. 2012; Enders u. a. 2016). Seit spätestens Mitte der 1990er Jahre wird intensiver über die Frage unterschiedlicher Generationen in den gesellschaftlichen Umbruchprozessen nachgedacht und geforscht, wobei etwa eine »Generation 89« identifiziert wurde (Leggewie 1995). Im öffentlichen Diskurs wurde seit 2010 v. a. der Begriff der »Dritten Generation Ostdeutschland« prominent. Davon ausgehend, werden hier drei Kohorten ostdeutsch geprägter Menschen unterschieden, deren Wahrneh-

mung der fortlaufenden Transformation im vereinigten Deutschland zu differenzieren ist.

1) Die erste Generation hat noch als Kind oder Erwachsene den Krieg erlebt und musste nach Staatsgründung der DDR die schwierigen Aufbaujahre gestalten und gleichzeitig die oft traumatischen Kriegserlebnisse und Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur bewältigen. Vielen ist die Verarbeitung dieser Prägung nicht möglich gewesen oder kaum gelungen (vgl. Bode 2015). Diese Prägung spielte bei der Bewertung und Bewältigung der Ereignisse um 1989 und der sich anschließenden Transformationszeit eine wichtige Rolle. Die doppelte Diktaturerfahrung bei gleichzeitig eingeschränkten Möglichkeiten zur psychosozialen Verarbeitung führen zu einer spezifischen Bewertung der Entwicklungen in Deutschland nach 1990.
2) Ebenso ist auch die zweite Generation derjenigen, die in der DDR geboren wurden, durch transgenerationelle Weitergabe dieser Ausgangssituation der Aufbaugeneration geprägt. Sie wuchsen mit der Mauer auf, sie lernten, ihr Leben unter Diktaturbedingungen in Beruf und Familie zu gestalteten und stießen nach 1990 an ungeahnte Grenzen – es eröffneten sich aber auch neue Chancen. Sie konnten und mussten ihr Leben sowie ihre Lebensaussichten neu definieren. Das war ein beispielloser, sozialstrukturell sowie individuell höchst unterschiedlich erlebter biografischer Bruch.
3) An der jüngsten Generation Ostdeutscher, die noch zu DDR-Zeiten geboren wurden, ist der (Um-)Bruch auch nicht spurlos vorübergegangen, doch für diese dritte Generation haben die Chancen überwogen. Diese Altersgruppe betrachtet die letzten 30 Jahre nicht nur durch die Brille der (individuellen) Transformationserfahrung. Gleichzeitig nimmt aber auch sie, wie alle Ostdeutschen, die Friedliche Revolution und die deutsche Einheit als ein biografisches Schlüsselerlebnis wahr, das in seiner Bedeutung für die Lebensgestaltung höchstwahrscheinlich nur jene verstehen können, die es miterlebt haben. Es war ein freudiges Ereignis, aber es bedeutete im persönlichen Leben auch viele Einschnitte und Unsicherheiten, die überwunden werden wollten – aber nicht immer und schon gar nicht einfach und kurzfristig überwunden wurden.

So wird hier also in generationengeschichtlicher Perspektive zwischen der dritten Generation (Geburtsjahre ab etwa 1970), deren Elterngeneration (in der DDR in den Jahren seit den 1950ern bis in die frühen 1960er geboren) und der Großelterngeneration (etwa zwischen den 1930ern und 1950ern Geborene) unterschieden. Die Abgrenzung der ostdeutschen Generationen untereinander und auch ihre Konflikte reichen von der innovativen Selbstwahrnehmung der jüngsten Generation im Kampf um den Platz in Kultur und Gesellschaft bis hin zum depres-

siven Rückzug oder zur aggressiven irrationalen Anklage von Ungerechtigkeit vieler Älterer (vgl. Simon 2019). Ob Widersprüche der Transformationsverläufe und Enttäuschungen darüber die Transformationserlebnisse und die daraus resultierenden Verhältnisse eher ertragen wurden oder zu einem aktiven gesellschaftlichen Gestaltunganspruch führten, ist in den verschiedenen Generationen jeweils in spezifischer Weise ausgeprägt.

Was Generationen verbindet, ist die Erfahrung, im politischen und massenmedialen Raum vielfach als homogene Masse wahrgenommen zu werden: als »Ostdeutsche«. Auch wenn es sich um eine diskursive Konstruktion handelt und die Ostdeutschen als Individuen so unterschiedlich in ihren Lebenserfahrungen, Einstellungen und ihrem Alltagserleben sind wie ›die‹ – so aber nie thematisierten – Westdeutschen. Auf dem Label »die Ostdeutschen« bauen bis heute alle möglichen Vorurteile, Verallgemeinerungen und Zuschreibungen auf, quer über die Generationen hinweg. Neben Diskriminierungen, Abwertungen und Beleidigungen spielen auch Positivdiskriminierungen in den Erfahrungsräumen aller Menschen mit ostdeutscher Biografie eine Rolle. Selbst im Schreiben über diese Problemlage reproduzieren sich in der Verwendung des Begriffes Ostdeutschland und Ostdeutsche nicht intendiert diese Mechanismen. Die Hoffnung, dass die Geschichte dies von selbst erledigen wird, hat sich bisher nicht erfüllt; ob es eine weitere Generation dauern wird, ist offen.

4.2 Unterschiedlich und doch in einen Topf geworfen – und wie weiter?

Die Auseinandersetzung mit der spezifischen ostdeutsch geprägten Generationsfrage fordert öffentlich und innerfamiliär vordringlich die jüngere Generation ein. Die im Vergleich zu Westdeutschland geringe politische »Inputneigung« unter Ostdeutschen, d. h. die nur schwach ausgeprägte Bereitschaft, sich an der politischen Willensbildung und Interessenvermittlung in Parteien, Verbänden und Vereinen zu beteiligen (Salheiser 2021), kann gehaltvoll problematisiert und möglicherweise überwunden werden, indem man die biografischen Brüche aus den unterschiedlichen Generationsperspektiven heraus bearbeitet. Es mag mühsam scheinen, die Einzelheiten anzuschauen und jede Person in ihrer Erfahrung, die mit ihrem Alter zusammenhängt, mit ihrem Geschlecht, mit ihrer Herkunft, mit ihrem sozialen Status usw. ernst zu nehmen. Doch die persönlichen Erzählungen immer wieder in Variationen zu hören und miteinander in Beziehung zu setzen, scheint notwendig, damit die Vielfalt, die Tiefe und die sozialen Folgen der Transformationserfahrungen aufgearbeitet werden können. Hier darf nicht nur auf zivilgesellschaftliches Engagement gebaut werden, sondern auch auf die Möglichkeiten der politischen Bildungsarbeit. Austausch und Dialog sind auch nach

30 Jahren deutscher Einheit immer noch das Mittel der Wahl. Wenn die Prozesse des Generationendialogs in Ostdeutschland ernst genommen und gleichzeitig die Kommunikation mit Westdeutschen oder Westeuropäern bzw. insgesamt Europäern hergestellt werden können, lernen wir, Krisen künftig besser zu bewältigen (vgl. Enders 2021). Das ist eine komplexe Aufgabe, aber auch eine produktive Herausforderung, die die Menschen wenn nicht mit ihrer Geschichte versöhnt, so doch sie und sich darin anerkennen lässt.

Nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Ostmittel- und Osteuropa, ja in ganz Europa haben die verschiedenen Generationen die deutlich differenten Transformationsprozesse der 1990er Jahre und später sehr unterschiedlich wahrgenommen – je nach Region, sozialer Klasse und Milieu. Dies öffnet analytische und politische Perspektiven und macht deutlich, wie breit das Thema der Transformation im öffentlichen Raum diskutiert werden müsste. Nicht nur in Deutschland besteht Bedarf, genauer auf die soziokulturelle, generationell unterschiedliche Dimension zu schauen. Dies gilt ebenso für die europäische und die globale Ebene, je nachdem, welchem politischen Block ein Land vor dem Fall des Eisernen Vorhangs zugeordnet war, und wie sich dessen Gesellschaft und Beziehungen seither entwickelt haben. Die beeindruckende, aber auch ambivalente Transformation Chinas (z. B. Menschenrechtslage, Wanderarbeit, Explosion der CO_2-Emissionen) ist in der soziokulturellen Dimension ebenso in Augenschein zu nehmen wie (evtl. vergleichend) die dramatische Entwicklung Kubas. Für ein differenziertes Bild muss der Weg des Dialogs der Generationen quer dazu gedacht werden. Die Transformationserfahrungen aus ostdeutscher, westdeutscher und sicherlich auch europäischer Sicht können helfen, zukünftige Transformationen, auch globale, besser zu bewältigen. Hier sind beispielsweise die Herausforderungen der Klimakrise, Migrationskrise, Coronakrise oder jegliche Formen der europäischen Integrationskrise bis hin zur Krise der Arbeitsgesellschaft zu nennen (vgl. Enders 2021). In den Erfahrungen der frühen 1990er Jahre liegen viele Chancen, Erkenntnisse und Reflexionen, die für die gesellschaftliche Entwicklung relevant sind, positiv zu nutzen und die diskursive Durchmischung der Generationen zu fördern.

Ein Beispiel hierfür stellt die Entwicklung eines emanzipierteren Geschlechterarrangements in Deutschland dar. Die Überwindung des alten Systems bzw. sein Ende, die Institutionalisierung sowie die Konsolidierung des neuen Systems ist ein Erfahrungsraum, der auch die Transformationserlebnisse ostdeutscher Frauen einschließt. Über die Alterskohorten hinweg ergibt sich ein durch Transformation geprägter gemeinsamer Erfahrungshorizont, der ostdeutsche Frauen in besonderer Weise beeinflusst hat und sie heute in die Lage versetzt, die andauernden Veränderungen der Geschlechterverhältnisse in Deutschland progressiv mitzugestalten und ggf. sogar eine Vorreiterrolle bei der Etablierung eines gerech-

teren Geschlechterarrangements zu spielen. In der Frage der Geschlechterverhältnisse und der Frauen- und Müttererwerbstätigkeit passt sich ausnahmsweise eher der Westen an den Osten an (vgl. Enders/Schulze 2015, 2016; Brandes/Decker 2019), was die Entwicklung gerechterer Geschlechterarrangements unterstützt (Enders 2019). Dabei ist die Generationenkommunikation als Thema der Zukunftsfähigkeit zu betrachten. Die Transformationserfahrungen können ein Modell für die Bewältigung zukünftiger (globaler) Herausforderungen sein. Dazu braucht es die Betrachtung der Erfahrungen aller Generationen in der Zeit des Umbruchs. Wenn wir es schaffen, dies zu reflektieren, kann die Transformation der letzten 30 Jahre soziokulturell und psychosozial aufgearbeitet und aus diesen Erfahrungen eine nachhaltige Zukunftsvision entwickelt werden.

5. Qualmende Geschichte. Die deutsche Einheit und die zeithistorische Forschung

Historiker und Historikerinnen sind aus professionellen Gründen behäbig, langsam, bedächtig – zumindest, was die Auswahl ihrer Forschungsthemen anbelangt. Der berühmte englische Historiker Edward H. Carr (1963: 86) definierte vor Jahrzehnten: »Das Studium der Geschichte ist ein Studium der Ursachen.« Die Aufklärung und der deutsche Idealismus verbreiteten die Idee, »Geschichte« als Selbstverwirklichungsprozess des Menschen, also als gesellschaftliche Entwicklung, sei gestaltbar. Geschichte ist an sich nur Rekonstruktion, das Verbindungsglied zwischen Vergangenheit und Zukunft. Nicht nur Historiker versuchen, der Sinnlosigkeit der Vergangenheit – »Die Weltgeschichte hat keinen Sinn« (Popper 1992: 316) – einen Sinn zu geben. Viele begreifen sich als wissenschaftliche Aufklärer, die ihre Standortgebundenheit zu rationalisieren suchen. »Gegenwart« ist für den Historiker ein Zustand, der durch die Vergangenheit definiert ist. »Gegenwart« hat »allenfalls die Breite eines Rasiermessers, dessen Klinge unaufhörlich Teilstücke der Zukunft abschneidet und der Vergangenheit zuweist« (Wehler 1984: 15). Um zu den Ursachen vorzustoßen, steht Historikern ein breites methodisches, theoretisches und empirisches Instrumentarium und Reservoir zur Verfügung. Sie begreifen alle anderen Wissenschaften bescheiden als ihre Hilfswissenschaften. Im Zentrum ihrer Aufmerksamkeit stehen Quellen. Sie sprechen von der Vetomacht der Quellen, für viele ein Axiom, das andere Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften als etwas lächerlich, als längst überwundenen Historismus des 19. Jahrhundert kritisieren. Dieses Spannungsfeld zwischen Theorie und Empirie ist weder theoretisch noch empirisch aufzulösen, die meisten Historiker tun nur so, als ließe es sich auflösen (z. B. Iggers 1997; Jaeger/Rüsen 1992; Oexle 1996;

Rüsen 2015). Im Kern des Problems stehen Quellen und der wissenschaftliche Umgang damit (klassisch: Droysen 1925; als Einstieg besonders geeignet: Evans 1999). Für die meisten Historiker besteht ein großer Unterschied zwischen einem Dokument aus dem 17. Jahrhundert und dem Schreiben über dieses Dokument. Sie glauben an Fakten, wenn sie sie belegen können. Zugleich wissen sie, dass sie ihre Fakten als einen Sinnzusammenhang konstruieren, der ihnen selbst als objektiv, ihren Lesern und Kritikern aber durchaus als Fiktion erscheinen mag. Um so objektiv wie möglich und so wenig fiktiv wie nötig zu scheinen, bewegen sie sich in einer großen Quellenvielfalt und -breite – für Nichthistoriker scheinen daher die Fußnoten- bzw. Anmerkungsapparate oft einigermaßen überbordend. Debatten in der Geschichtswissenschaft mögen theoretische und methodische Ursachen und Ziele haben, im Kern geht es jedoch fast immer um Quellen: um die »richtigen«, um »fehlende«, um »übersehene«, ja, zuweilen sogar um »falsche«, v. a. jedoch um die Interpretation von Quellen. Die Interpretation folgt Theorien, Annahmen, einer unübersehbaren Standortgebundenheit, dem Gespräch zwischen Vergangenheit und Zukunft in der Gegenwart. Und da diese immer hauchdünn ist und sich unentwegt verändert – jetzt kommt der Zirkelschluss zu der in diesem Abschnitt eingangs festgehaltenen polemischen Beobachtung – sind Historiker aus professionellen Gründen zu Langsamkeit, Bedächtigkeit, Behäbigkeit geradezu gezwungen. Warum? Weil sie nicht in der Zeit (Gegenwart), sondern mit Abstand zur jeweiligen Gegenwart deren »Zeit« rekonstruieren und interpretieren. Mit anderen Worten: Historiker benötigen zeitlichen Abstand. Es gibt sogar die Auffassung, alle Geschichte ist Zeitgeschichte. Man mag darüber streiten, ob das Frühe Mittelalter wirklich als Zeitgeschichte angesehen werden kann, aber ihre Interpretation und Rekonstruktion heute jedenfalls geschieht aus unserer Zeit heraus.

Zeitgeschichte im klassischen Sinn meint jene zurückliegende Epoche, die in der Gegenwart Lebende noch selbst erlebt und selbst gestaltet haben. »Zeitgeschichte« ist also eine sich ständig verändernde Kategorie. Die Weimarer Republik verabschiedet sich allmählich als Gegenstand der Zeitgeschichte. Wichtig ist diese Einteilung in der historiografischen Praxis gar nicht. Interessanter jedoch ist die Frage, ab wann die Gegenwart zur wissenschaftlichen Zeitgeschichte wird. Oder anders gefragt: Ab wann ist die Zeitgeschichtsschreibung methodisch in der Lage, soeben von der Gegenwart abgeschnittene und der Vergangenheit zugewiesene Anschnitte wissenschaftlich zu bearbeiten?

Die Antwort auf die Frage ließe sich ganz praktisch beantworten: Es gibt immer wieder Historiker, die in ihre Gegenwart die unmittelbare Zeitgeschichte als Gegenstand ihrer publizistischen Arbeiten integrieren. Das ist kein Phänomen unserer Gegenwart. Ob solche Arbeiten aber, wie jüngst etwa Bücher von Heinrich August Winkler (2015, 2017), als wissenschaftliche Zeitgeschichtsschreibung

gelten können, sei dahingestellt. Gleichwohl vermitteln sie mit dem analytischen Blick des Historikers eine historische Perspektive auf die Gegenwart. Unmittelbar nach den Unruhen am 6. Januar 2021 am Capitol in Washington, die der damals noch amtierende Präsident Donald Trump ausgelöst und heraufbeschworen hatte, zeigte der Revolutionshistoriker Wolfram Siemann (2021) in einem Essay, wie sich mit historischem Sachverstand, tagesaktueller Beobachtung und methodischem Geschick ein Ereignis der Gegenwart historisch einordnen lässt.

Und dennoch sind solche Interventionen, die auf den Tag abzielen, eher Ausnahmen. Zwar gab und gibt es unter Historikern immer auch *public intellectuals*, aber zumeist argumentieren sie entweder als Bürger ohne den Anspruch, ihre spezifische Profession zur Geltung kommen zu lassen, oder aber sie argumentieren geschichtspolitisch (vgl. z. B. Assmann 2018; François/Kończal/Trabem/Troebst 2013; Frei 1996; Klinge 2015; Rudnick 2011; Steinbach 2012; Wolfrum 1999). Beides ist legitim, berührt aber das Problem der wissenschaftlichen Zeitgeschichtsschreibung nicht. Denn sie steht vor zwei grundsätzlichen Problemen. Zum einen wäre da der Anspruch, die Vergangenheit kühl und mit Abstand, möglichst ohne eigene Befindlichkeiten als Geschichte zu rekonstruieren und zu analysieren. Das gelinge umso besser, je weniger die Geschichte den schreibenden Historiker biografisch berühre. Das ist zwar nur eine Idealvorstellung, sie wird aber in der »Historikerzunft« als Kennzeichen ihrer *corporate identity* ziemlich hoch gehalten. Dass dies freilich kein überzeugendes Charakteristikum darstellt, wissen wohl auch jene, die das behaupten. Denn wie sollte einen etwas, womit man sich lange und intensiv befasst, eigentlich nicht berühren? Und warum befasst man sich mit damit überhaupt? Genau, weil es einen, warum auch immer, berührt. Genauer ausgeführt wird das meist nicht, gehört aber irgendwie zum Common Sense der historiografischen Torwächter. Daher kommt den meisten Historikern zum anderen sehr gelegen, dass sie ihre Arbeit auch deswegen nur mit einem gehörigen zeitlichen Abstand zum Gegenstand aufnehmen können, weil ihnen meist erst nach längerer Zeit die nötigen Quellen zur Verfügung stehen.

Die wissenschaftliche Zeitgeschichtsschreibung befindet sich aber nicht nur im Spannungsfeld zugänglicher respektive nicht erreichbarer Quellen. Sie wird zusätzlich herausgefordert durch »den« Zeitzeugen (vgl. dazu z. B.: Karla 2014; Sabrow/Frei 2012). Ihr Kennzeichen ist ja nicht nur ihre unmittelbare Teilhabe am Zurückliegenden, sondern auch ihr Drang, ihre Sicht auf die Dinge auch unmittelbar zu eigenen Lebzeiten der Öffentlichkeit kundzutun. Für Historiker sind das fraglos wichtige Quellen. Aber sie sind das nicht nur. Es sind Beiträge im Deutungskampf um die Vergangenheit, die zur Geschichte verdichtet werden sollen. Und da behaupten diese Beiträge in der Öffentlichkeit nicht selten eine weitaus größere Dominanz als die Analysen der Historiografie. Keine andere Wissenschaft ist diesem Druck der Zeitzeugen so ausgesetzt wie die Geschichtswissenschaft.

Die zeitgeschichtliche Forschung über die Zeit seit 1989/90 gibt davon ein eindrückliches Bild ab. Während für die Zeit bis 1989, also für die Geschichte der DDR, Quellen aller möglichen Provenienzen in einem dichten und hohen Maße zur Verfügung stehen wie für kaum eine andere Geschichtsepoche, bricht dieser Quellenfluss für die Jahre ab 1990 ab. Zwar gibt es auch hier viele Quellen (Egodokumente, Medien, Oral History etc.), aber die staatlichen und andere Überlieferungen sind aufgrund von Schutzfristen (mindestens 30 Jahre) *überwiegend* nicht zugänglich. Das führte dazu, dass bis in die jüngste Zeit hinein zeithistorische Studien zur Transformation nur in Ausnahmefällen existierten. Beispiele wären etwa Studien zur Treuhand (Böick 2018; Hoffmann 2020; Ther 2016), innovative Arbeiten über die politische Zäsur von 1989/90 hinweg (z. B. Schröter 2018) oder ganz unterschiedliche Syntheseversuche (z. B. Ritter 2007; Kowalczuk 2019; Großbölting 2020).[17] Ungeachtet dieser Arbeiten hat sich bislang auf die Geschichte der Transformationszeit 1990 bis 2020 ein etatistischer Blick behauptet.[18] Der wird v. a. von aktiven Zeitzeugen befördert, deren drei Hauptargumente lauten: a) Es wurde so viel Geld in den Osten gepumpt, da gibt es keinen Grund für Kritik. b) Die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen hat die gesellschaftspolitische Ordnung der Bundesrepublik genau so, wie sie sich seit 30 Jahren darstellt, gewollt. c) Wer Kritik am Transformationsprozess übt, erweist sich als ein Apologet der SED-Diktatur.[19] Es sind meist mit wissenschaftlichen Attitüden versehene geschichtspolitische Absichten, die dahinterstehen: die angebliche Alternativlosigkeit des beschrittenen Weges und seine Richtigkeit herauszuarbeiten.[20]

Diese Argumentationsmuster erfuhren in der wissenschaftlichen Forschung nie nachhaltige Resonanz (z. B. Böick/Goschler/Jessen 2020). Vielmehr ist zu beobachten, dass die bisherige Vereinigungsforschung selbst immer stärker einem Paradigmenwechsel unterliegt und die bislang dominanten politologischen, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Analysen, die überwiegend auf jeweils aktuellen Datenerhebungen – die Quellen wurden am Beginn der Forschungen selbst geschaffen – basierten, zunehmend von kultur- und geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen ergänzt, wenn nicht sogar – wie es in der Wissenschaftsgeschichte bislang ganz und gar üblich war – verdrängt werden.[21] Das hängt nicht nur, aber auch mit einem sich vollziehenden Generationenwechsel in Politik und Wissenschaft

---

17 In diesen Kontext gehört auch die Studie des Soziologen Steffen Mau (2019): Lütten Klein. Siehe außerdem den Sammelband: Großbölting, Thomas/Lorke, Christoph (Hg.) (2017): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft.

18 Der schlägt sich auch in Syntheseversuchen durch, etwa bei Wolfrum 2020; anders hingegen Gehler 2020.

19 Diese v. a. in den 1990er Jahren bei Politiker*innen beliebte Argumentationskette vertritt besonders nachhaltig immer noch regelmäßig: Schröder 2020; siehe auch: ders./Paqué (2020).

20 Zu diesen Mustern allgemein: Steinbach 2012.

21 Vgl. die umfassende Bilanz in zwei Bänden: Kowalczuk/Ebert/Kulick 2021.

zusammen: Für Erstere haben nur noch in Ausnahmefällen jene Deutungshoheit, die auch als Akteure des Vereinigungsprozesses gelten. In der Forschung verdrängt ganz natürlich eine jüngere, aufstrebende Generation die bisherigen Autoritäten, was wissenschaftsgeschichtlich gesehen fast immer mit methodischen und theoretischen Neuerungen, also anderen Perspektiven verbunden ist.[22]

Das Quellenproblem, der Zugang zu Quellen staatlicher Überlieferungen nach der 30-jährigen Schutzfrist bleibt für Historiker*innen bestehen. Kerstin Brückweh hat mit einem Team jüngerer Historiker*innen einen originellen Weg gefunden, das etwas zu kompensieren. Sie fuhr mit ihrem Team durch das Land ihrer Forschungen und konfrontierte ihre Forschungsobjekte mit ihren Befunden, um im Idealfall mittels derer subjektiver Reaktionen die eigenen Analysen zu befruchten bzw. zu verfeinern (Brückweh/Villinger/Zöller 2020).[23] Als Kerstin Brückweh ihre Ergebnisse in einem sehr interessanten Zoom-Gespräch der Kommission am 13. Juli 2020 vorstellte, bekannte sie – zum Erstaunen der Herausgeber*innen des vorliegenden Bandes –, wie sehr sie überrascht war, dass ihre westdeutsche Herkunft für viele Ostdeutsche im Laufe ihres Forschungsprojektes, v. a. bei Diskussionsveranstaltungen vor Ort, aber auch in späteren Debatten mit ostdeutschen Wissenschaftler*innen thematisierungswürdig war. Sie hatte die Erfahrung einer herkunftsabhängigen Infragestellung ihrer analytischen und urteilenden Kompetenz gemacht, der sich – wie in Abschnitt 3 ausgeführt – ostdeutsche Sozialwissenschaftler*innen und Historiker*innen nach 1990 regelmäßig ausgesetzt gesehen hatten. So sehr es falsch ist, eine ›Objektivität‹ Forschender anzunehmen oder jeweils nur einer Herkunft, biografischen Erfahrung oder Position im sozialen Raum die Erlangung von ›wahrer Erkenntnis‹ zuzuweisen (und andere davon auszuschließen), so wichtig bleibt der uralte Hinweis, dass man erst den Historiker studieren sollte, bevor man seine Arbeiten studiert und sie zu verstehen trachtet (Carr 1963: 23; siehe auch Evans 1999: 212–243; Koselleck/Mommsen/Rüsen 1977; allgemein: Daston/Galison 2007; Popper 1974). Die ›Subjektivität‹ jeder historischen Erkenntnis bleibt bestehen und lässt sich nur durch kritische Selbstreflexion und Sichtbarmachung der Orts- und Zeitgebundenheit jedes Forschers und jeder Forscherin sowie durch intersubjektive Diskurse begrenzen und in gewinnbringende Perspektivenwechsel überführen.

Die wissenschaftliche Zeitgeschichtsschreibung steht vor einem Forschungsfeld, das sie sich erst allmählich zu erschließen beginnt. Es wird lange ein qualmendes Forschungsgebiet bleiben (vgl. auch Kowalczuk 2020: 53–67). Die Frage,

22 Der umfangreiche Sammelband (Kowalczuk/Ebert/Kulick 2021) versteht sich als Scharnier zwischen bisherigen Forschungen und neuen Ansätzen, er will sowohl Bilanz als auch Perspektiven der Forschung anbieten, was sich auch in der Auswahl der Autor*innen spiegelt.

23 Siehe auch Brückweh: Die lange Geschichte der »Wende«. Differenzierung als neue Meistererzählung, in: Böick/Goschler/Jessen 2020, S. 293–312.

ob sie zu Ende sei, hat die Öffentlichkeit noch 200 Jahre nach der Französischen Revolution beschäftigt (z. B. Furet 1980). So lange wird es mit der Aktualität des Transformationsprozesses in Folge der Herstellung der deutschen Einheit 1990 vermutlich nicht dauern. Noch aber qualmt der historische Boden mächtig. Das wird er auch noch weiter tun, solange aktive Zeitzeugen leben und sich äußern. Historiker*innen können dazu beitragen, die Debatten auf solide Grundlagen zu stellen, wenn sie denn an die Quellen kommen (was geschehen wird), und wenn sie denn erhört werden (was in der Regel nicht der Fall ist). Vielleicht wird der Beitrag der wissenschaftlichen Zeitgeschichtsschreibung zunächst v. a. darin liegen, eingebürgerte Begriffe wie »Wende«, »Revolution« oder »Transformation« auf den Prüfstand zu stellen und kritisch zu fragen, was sie aussagen und was sie nicht aussagen. Denn auch das gehört zum Handwerkszeug: Begriffe zu hinterfragen, weil sie nicht selten eher Erkenntnis hemmen denn fördern. Oftmals stehen sie einem offenen Forschungsprozess hinderlich im Wege, nicht zuletzt deshalb, weil sie in und aus der Zeit geboren wurden. Historiker*innen aber blicken auf diese zurück – aus ihrer eigenen Zeit. Das sollte nun intensiver einsetzen als bislang geschehen. Natürlich behäbig, langsam, bedächtig.

6. Die Beiträge des Bandes: Entstehung und Themen

Mit Blick auf die komplexen theoretischen und methodischen Probleme und vom Wunsch geleitet, schnell und komprimiert einen politisch brauchbaren Wissensstand zu erwerben, entschloss sich die Kommission, fünf Studien zu vergeben, um theoretische Erörterungen und empirische Erhebungen unterschiedlicher Fachsichten zu einer Grundlage ihrer Arbeit zu machen. Die in Auftrag gegebenen Analysen sollten nach dem Willen der Kommission ein möglichst umfassendes Bild der Transformation in Ostdeutschland und des deutschen Vereinigungsprozesses zeichnen. Angestrebt wurde, dass ökonomische und soziale Fragen ebenso aufgegriffen werden wie die unterschiedlichen Narrative und subjektiven Erfahrungen in der Gesellschaft in Ost und West. Analytische Perspektiven der Historiografie sollten ebenso Berücksichtigung finden wie politologische oder soziologische Ansätze. Die Untersuchungen wurden in drei Themenkomplexen ausgeschrieben und bearbeitet: 1) Dynamiken, Steuerungen und zukünftige Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung; 2) Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess sowie 3) Akteure und Kulturen der (revolutionären/transformativen) Gesellschaftsgestaltung.[24]

24 Das Folgende basiert auf: Kommission 2020: 59–62.

Wolfgang Schroeder und *Daniel Buhr* analysieren in ihrem Kapitel die Ursachen, Phasen und Wirkungen der Gesellschaftstransformation seit dem Ende der DDR. Sie beleuchten die politischen, ökonomischen, sozialen und psychologischen Dimensionen anhand eines dreistufigen Phasenmodells des Systemwechsels, das zwischen Transition, Transformation und Posttransformation unterscheidet. Während in vielen Bereichen von Politik und Gesellschaft die Transformation vollendet sei, müsse auf einigen Gebieten von einer unvollendeten Einheit bzw. einer Normalisierung hybrider Strukturen gesprochen werden. Interessant sind dabei die exemplarisch untersuchten ostdeutschen Polikliniken. Sei zunächst ihre Auflösung beschlossen worden, hätten sie sich schließlich in veränderter Form als Bestandteil eines gesamtdeutschen Gesundheitssystems durchsetzen können. Grundsätzlich aber habe sich der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes überwiegend im Modus eines Transfers bestehender Institutionen vollzogen. Ihre Konfigurationen seien jedoch im Vergleich zu organisch gewachsenen Strukturen im Westen, die das bundesdeutsche Modell erst ausformten, grundsätzlich andere gewesen. Westdeutsche Funktionseliten hätten den Auftrag gehabt, den Verwaltungsaufbau in den ostdeutschen Ländern grundsätzlich in Anlehnung an die ihnen bekannte Verwaltung zu gestalten. Heute lasse sich insgesamt von einem Zustand »heterogener Disparität« sprechen. Starke Angleichungen zwischen Ost und West seien ebenso zu beobachten wie bleibende Unterschiede. Gleichzeitig zeigten Cluster-Analysen, dass bestimmte regionale Disparitäten inzwischen nicht mehr nur zwischen Ost und West bestehen, sondern überall in Deutschland zwischen städtisch und ländlich geprägten Regionen. Die Studie betont, dass Geschwindigkeit und Umfang der Veränderungen, die der Gesellschaft mit der Transformation abverlangt wurden, (wahrscheinlich) beispiellos gewesen seien.

Die Sozialstrukturanalysen im Kapitel von *Tom Mannewitz* und *Tom Thieme* verknüpfen Daten zu objektiven Entwicklungslagen mit (inter-)subjektiven Wahrnehmungen, Einstellungen und Werteorientierungen anhand von vier Themenbereichen: Bevölkerungsentwicklung und Zusammengehörigkeitsgefühl, Lebenswirklichkeit und Lebensgefühl, ostdeutsche Elitenrepräsentation sowie Umgang mit neuen Herausforderungen (z. B. Globalisierung, Klimawandel). Die drei Autoren argumentieren, dass die Konfliktlinie zwischen Stadt und Land den Gegensatz zwischen Ost und West mittlerweile häufig überlagere. Bundesweit sei eine Heterogenisierung der Lebenslagen zu beobachten, was weniger eindeutige, sondern zunehmend multiple, komplementäre Identitäten zur gesellschaftlichen Realität werden ließe. Aktuelle Herausforderungen wie Globalisierung, Mobilität, Klimawandel, Digitalisierung oder Individualisierung sowie ihre Wahrnehmungen besitzen in Ost und West Potenzial für ein Zusammenwachsen. Im Hinblick auf den Klimawandel z. B. bestünden gesellschaftliche Gräben eher zwi-

schen Jung und Alt. Die Studie erörtert darüber hinaus die Frage der Repräsentation von Ostdeutschen in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Führungspositionen. Ferner weisen die Autoren auf einige Parallelen zwischen Ostdeutschen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte hin.

In der dritten Studie beleuchtet *Michael Lühmann* Brüche ostdeutscher Identitätskonstruktionen; er untersucht, inwiefern sich regionale und generationelle Lagen verändern oder widersprechen. Er greift eine Debatte auf und plädiert dafür, den Begriff der ostdeutschen Identität zugunsten der Kategorie des ostdeutschen »Erfahrungsraums« aufzugeben. Diese sei besser geeignet, Vielfalt und Widersprüchlichkeit abzubilden und künstlich erzeugten Identitätskonstrukten eine Absage zu erteilen. Er tritt mit seiner Studie dem öffentlichen Diskurs entgegen, der angesichts von AfD-Wahlerfolgen, Pegida und neofaschistischen Übergriffen zuweilen »die Ostdeutschen« schlechthin zu Gefährdern der Demokratie abstempele. Im Vergleich zu verschiedenen ostmitteleuropäischen Transformationsgesellschaften sei Ostdeutschland auch als demokratisches Erfolgsmodell zu betrachten. *Lühmann* setzt darüber hinaus einen Schwerpunkt auf die Untersuchung (alternativer) kollektiver Identitäten. Beispielsweise könne die jeweilige Auswahl des »Wir« unmittelbar die Sicht verändern: Der eben noch individuell hochzufriedene Sachse könne sich innerhalb ein und derselben Befragung als zurückgesetzter Ostdeutscher bekennen. Sehr hoch gesteckte Erwartungen hätten im Osten Deutschlands eine Transformationsdepression bewirkt, Gemeinschafts- und Sicherheitsverluste seien durch ethnisch-identitäre Exkludierungsprozesse kompensiert worden. Die auf die DDR-Gesellschaft zurück verweisende »rechte Regression« in Ostdeutschland, d.h. die besonderen Ausprägungen von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, seien auch die Folge von Gefühlen einer systematischen Benachteiligung gegenüber Westdeutschen, einer »fraternalen relativen Deprivation«. Diese Gefühle wiederum würden durch die Abwertung anderer sozialer Gruppen (beispielsweise Migrantinnen und Migranten sowie Muslime und Muslimas) kompensiert.

Oliver Hidalgo und *Alexander Yendell* diagnostizieren im vierten Kapitel eine mentale Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland, der ein Entfremdungsprozess zugrunde liege. Ursache für die Spaltung seien Identitätsbildungen, die sich erst nach 1989/90 im Osten Deutschlands massiv verstärkt hätten und mithilfe theoretischer Konzepte (aus der Sozialpsychologie) erklärt werden könnten. Im Gegensatz zu weitverbreiteten Annahmen spielten weniger objektive Parameter als subjektive Wahrnehmungen eine Rolle. Die Wiedervereinigung habe Ostdeutschland einen westdeutschen Vergleichsmaßstab hinsichtlich Wohlstand, Prestige und Leistungsfähigkeit nahegelegt, der fast zwangsläufig zur Enttäuschung von Erwartungen habe führen müssen. Diese Erfahrungen hätten ein kollektives Sozialgefühl »relativer Deprivation« hervorgerufen, das neben an-

deren Faktoren teilweise bis in die Gegenwart wirke und für die Erklärung antidemokratischer Einstellungsmuster signifikant sein könnte. Benachteiligungsgefühle würden politisch mobilisiert und entwickelten sich zu einer Ressource für Protest, Aggression und Gewalt. Dies mache auch empfänglich für Verschwörungstheorien und die Suche nach ›Sündenböcken‹. So lasse sich eine Kontinuität vom Staatssozialismus über die Wahrnehmung der Ostdeutschen als Menschen zweiter Klasse im Vereinigungsprozess bis hin zu Benachteiligungsgefühlen im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise oder der Corona-Epidemie erkennen. Dabei falle auf, dass sich Ostdeutsche überwiegend nicht benachteiligter fühlten als Westdeutsche und ihre wirtschaftliche Lage ebenso wie die Westdeutschen als gut einschätzten. Auch fühlten sich Ostdeutsche überwiegend individuell nicht als Bürger zweiter Klasse und wichen in dieser Einschätzung nicht merklich von den Westdeutschen ab. Sobald allerdings ihre Gruppenidentität als Ostdeutsche angesprochen werde, sähen sie häufig eine kollektive Benachteiligung der Ostdeutschen.

Die Historikerin *Kerstin Brückweh* plädiert in ihrer den Band abschließenden Studie aus kultur- und sozialgeschichtlicher Perspektive, der Systemwechsel von 1989/90 müsse langfristig betrachtet werden. Die Analyse sollte lange vor den Ereignissen von 1989/90 einsetzen und bis an die Gegenwart heranreichen. Beispielsweise offenbare eine Alltags- und Gesellschaftsgeschichte des Umbruchs Unterschiede in den Mentalitäten, nicht nur oder nicht in erster Linie zwischen Ost und West, sondern v.a. zwischen verschiedenen sozialen Gruppen im Osten. Die Erfahrungsebene (Mikroebene) und die Systemebene (Makroebene) sollten gleichberechtigt behandelt und Interdependenzen stärker erkennbar gemacht werden. Das exemplarische Untersuchungsfeld, anhand dessen Brückweh eine Alltagsgeschichte des Umbruchs nachzeichnet, stellen »Wohnen und Eigentum« dar: Als wesentlicher Bezugspunkt aller Begebenheiten im Leben offenbare es das untrennbare Wechselverhältnis zwischen der Alltagspraxis des Individuums und der Praxis des Systems. Die Autorin macht darauf aufmerksam, dass die wissenschaftliche Aufarbeitung von Revolution und Transformation in Ostdeutschland von Forschenden und Forschungsinstitutionen aus dem Westen sowie ihren Perspektiven, Themen und Erklärungsansätzen dominiert gewesen sei. Sie regt eine kritische Wissensgeschichte der Sozialwissenschaften an – eine fruchtbare Perspektive, die etwa aus den *postcolonial studies* bekannt ist. In den 1990er Jahren sei v.a. danach gefragt worden, was am Osten aus westlicher Perspektive interessant gewesen sei. Positive Narrative zu den verschiedenen Strategien, mit denen die Menschen der 1990er Jahre den Umbruch meisterten (»Umbruchwissen«), hätten sich im öffentlichen Diskurs nicht durchgesetzt. Diesen Narrativen widmet *Brückweh* besondere Aufmerksamkeit.

7. Ideen zur Zukunft der Transformations- und Vereinigungsforschung

Die Ergebnisse dieser fünf Studien veranschaulichen – ganz im Sinne der obigen Überlegungen zur theoretisch-methodologischen Ausrichtung einer gehaltvollen Transformationsforschung (Abschnitte 1 und 2) –, wie nötig langfristige Perspektiven sind: (kollektive) Mentalitätsformierungen, politische (Sub-)Kulturen oder darauf gründende Bewegungen wie z. B. Neofaschismus, Rassismus und Rechtsextremismus lassen sich wissenschaftlich nur in einer *longue durée* und nicht, um mit Fernand Braudel zu sprechen, in einer *moyenne durée* oder gar einer *courte durée*, womöglich einem einzelnen Ereignis *(évènement)* angemessen verstehen und erklären.

Die Studien laden zur Debatte ein. Sie beschreiben einen hochkomplexen Forschungsgegenstand, der sich unentwegt verändert, weil sich nicht nur die soziale Praxis, das Objekt der Erkenntnis, in einem andauernden Wandlungsprozess befindet, sondern auch die Subjekte des Forschens und Erkennens sich und ihren Blick auf die Objekte verändern – ob sie wollen oder nicht, ob sie es im Einzelfall wahrnehmen und wahrhaben wollen oder nicht. Auch deshalb – und wie oben mehrfach thematisiert (Abschnitte 2–5) – finden die Forschungen zur Revolution, zu Umbruch und Transformation und zur deutschen Vereinigung im Kontext der europäischen und Weltgesellschaft keinen in der Sache selbst liegenden Abschluss. Das soll selbstverständlich nicht bedeuten, dass Forscher*innen, Politiker*innen oder Bürger*innen nicht für sich und im Sinne eines Diskussions- und Abstimmungsprozesses feststellen können, die 1990 begonnene deutsche Vereinigung als gesellschaftspolitisches Problem sei nunmehr abgeschlossen. Weder der Prozess noch das Ergebnis lassen sich aber in einer freiheitlichen Gesellschaft und Wissenschaft von oben verordnen.

Die Studien des vorliegenden Bandes verbinden theoretische, methodische und empirische Zugriffe und Analysen. Ihr wissenschaftlicher Wert liegt gerade in ihrem Anregungs- und Kritikpotenzial, selbst oder gerade dort, wo etwa die Herausgeber*innen dem einen oder anderen Befund heftig widersprechen wollten.

Die Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« trug auch diesen Lagen und Überlegungen zur unabgeschlossenen und weiter notwendigen wissenschaftlichen wie politischen Auseinandersetzung mit Revolution, Transformation und Vereinigung Rechnung. Sie unterbreitete der Bundesregierung nicht nur Vorschläge, wie in Deutschland künftig Revolution und Einheit gesamtgesellschaftlich nachhaltig erinnert werden könnten. Sie schlug auch vor, ein »Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit« zu gründen. Im April 2021 berief das Bundeskabinett eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Matthias Platzeck und Marco Wanderwitz (Beauftragter der Bundesre-

gierung für die neuen Bundesländer), die die Gründung dieses Zentrums konzeptionell und inhaltlich vorantreiben soll. Schon der Arbeitstitel deutet an, dass es um mehr als ›nur‹ die deutsche Einheit gehen soll. Die ostdeutsche Transformation ab 1990 erfolgte in einem europäischen Kontext. Wie sie können die heutigen sozialen Wandlungsprozesse im Zeichen von Klimakrise, Migration, Land-Stadt-Gegensatz, Globalisierung und Digitalisierung nur in europäischen und globalen Kontexten verstanden, analysiert und v. a. gemeistert werden. Das beabsichtigte Zentrum soll aus drei Säulen bestehen: einem Dialog- und Begegnungszentrum, einem Kultur- und Ausstellungszentrum sowie einem wissenschaftlichen Forschungsinstitut zur Transformationsgeschichte, -gegenwart und -zukunft.

Um die Ausrichtung dieses Forschungsinstituts wird zu streiten sein. Soll es ›nur‹ eine Vernetzungs- und Koordinierungsfunktion ausüben oder selbst zum Schrittmacher von Transformationsforschung mit der Durchführung eigener Studien werden? Wie soll das Institut disziplinär zusammengesetzt und interdisziplinär organisiert sein? Ist eine gesetzte Zäsur ab 1990 wirklich sinnvoll oder müsste nicht der teils revolutionäre, teils reformerische Umbruch in Mittel- und Osteuropa seit den 1980er Jahren oder sogar die weltweiten soziokulturellen wie politischen Umwälzungen seit Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre als Voraussetzung der komplexen Transformationen mitgedacht und mit analysiert werden? Solche und viele andere Fragen gilt es intensiv zu diskutieren, damit das Forschungszentrum, für das bald ein heftiger Gegenwind aus den etablierten Forschungsinstitutionen zu erwarten ist, zu einem wichtigen Anker der Forschungslandschaft gemacht werden kann. Notwendig ist es allemal, darüber herrscht etwa im Kreis der Herausgeber*innen Einvernehmen. Über die konkrete Ausgestaltung hingegen besteht auch zwischen ihnen Diskussionsbedarf.

Das vorliegende Buch möchte die Debatten über die Transformations- und Vereinigungsforschung zum (ost-)deutschen Fall bereichern. Es wäre geradezu fahrlässig gewesen, diese instruktiven und zugleich streitbaren Studien der wissenschaftlichen Fachwelt und politischen Öffentlichkeit vorzuenthalten und sie lediglich für die interne Kommissionsarbeit genutzt zu haben.

In jedem Fall unterstreichen die Studien, dass sich die Bundesrepublik in den letzten 30 Jahren, befeuert durch die Revolution in der DDR und geformt in den vielfältigen, dabei weder linearen noch widerspruchsfreien, weder einfach erfolgreichen noch schlicht erfolglosen Transformations- und Vereinigungsprozessen, zu einer Gesellschaft entwickelt hat, die sich weniger denn je als homogenes Sozial- und Staatsgebilde begreifen lässt. Im Gegenteil, die Pluralität und Differenziertheit der Strukturen, Institutionen und Kulturen, der Herkünfte, Haltungen und Hoffnungen zwischen *und* in Ost und West, Nord und Süd, oben und unten lässt eigentlich nur einen – und für uns titelgebenden – Befund zu: *Deutschland ist eins: vieles.*

Dem kann – wir formulieren: sollte – die Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik und Europa in den kommenden Jahren und Jahrzehnten Rechnung tragen. Nur in Anerkennung dieser Pluralitäten wird eine soziale Integration und progressive Gesellschaftsgestaltung möglich sein, die den Erwartungen vieler im Herbst 1989 und am 3. Oktober 1990 gerecht wird.

Zum Schluss möchten wir uns bedanken: Zuallererst bei den Autor*innen dafür, dass sie unter ungewöhnlichen Bedingungen die Arbeit der Kommission mit ihren Expertisen enorm bereicherten und ihre Einwilligung dazu gaben, ihre Arbeiten hier gesammelt zu publizieren. Sodann gilt unser Dank den Mitgliedern der Regierungskommission für ihre Stellungnahmen und Anregungen in der Diskussion der Studien sowie André Hein und Leonie Limbach, die in der Geschäftsstelle der Kommission zusammen mit anderen die Unterarbeitsgruppe Wissenschaft sowie die Herausgabe dieses Bandes umsichtig betreuten, für die unermüdliche Unterstützung und hervorragende Zusammenarbeit. Schließlich stehen wir in der Schuld von Eleonore Petermann, der Leiterin der Geschäftsstelle, die sehr professionell und liebenswürdig für einen ruhigen Ablauf der Arbeit sorgte.

Literaturverzeichnis

Adamski, Władysław/Machonin, Pavel/Zapf, Wolfgang (Hg.) (2002): Structural Change and Modernization in Post-Socialist Societies, Hamburg.

APuZ 2019 (Hg.) (2019): Gleichwertige Lebensverhältnisse, Jg. 69, H. 46, https://www.bpb.de/apuz/300046/gleichwertige-lebensverhaeltnisse (abgerufen am 20.3.2021).

Ash, Timothy G. (1990): We the people, Cambridge.

Assmann, Aleida (2018): Der lange Schatten der Vergangenheit: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, 3. Aufl., München.

Baring, Arnulf (1991): Deutschland, was nun? Berlin.

Becker, Sören/Naumann, Matthias (Hg.) (2020): Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie, Heidelberg.

Bednarz, Dan (2017): East German Intellectuals and the Unification of Germany. An Ethnographic View, Cham.

Best, Heinrich/Holtmann, Everhard (Hg.) (2012): Aufbruch der entsicherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt a. M./New York.

Beyer, Jürgen (2019): Political Steering Approach, in: Merkel, Wolfgang/Kollmorgen, Raj/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Handbook of Political, Social, and Economic Transformation, S. 132–140.

Bode, Sabine (2015): Die vergessene Generation: Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen, Stuttgart.

Böick, Marcus (2018): Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen.

Böick, Marcus/Brückweh, Kerstin (Hg.) (2019): Weder Ost noch West. Ein Themenschwerpunkt über die schwierige Geschichte der Transformation Ostdeutschlands, in: Zeitgeschichte-online, 18.3.2019, https://zeitgeschichte-online.de/themen/weder-ost-noch-west (abgerufen am 31.3.2021).

Böick, Marcus/Goschler, Constantin/Jessen, Ralph (Hg.) (2020): Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, Berlin.

Bönker, Frank/Müller, Klaus/Pickel, Andreas (2002a): Cross-Disciplinary Approaches to Postcommunist Transformation: Context and Agenda, in: Bönker, Frank/Müller, Klaus/Pickel, Andreas (Hg.): Postcommunist Transformation and the Social Sciences, Lanham, S. 1–38.

Bönker, Frank/Müller, Klaus/Pickel, Andreas (Hg.) (2002b): Postcommunist Transformation and the Social Sciences, Lanham.

Bönker, Frank/Wielgohs, Jan (Hg.) (2008): Postsozialistische Transformation und europäische (Des-)Integration, Marburg.

Brand, Karl-Werner (Hg.) (2018): Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch, Frankfurt a. M./New York.

Brandes, Tanja/Decker, Markus (2019): Ostfrauen verändern die Republik, Berlin.

Brie, Michael/Klein, Dieter (Hg.) (1991): Umbruch zur Moderne, Hamburg.

Brie, Michael/Reißig, Rolf/Thomas, Michael (Hg.) (2016): Transformation. Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs, Münster.

Brückweh, Kerstin (2020): Die lange Geschichte der »Wende«. Differenzierung als neue Meistererzählung, in: Böick/Goschler/Jessen (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, Berlin, S. 293–312.

Brückweh, Kerstin (2019): Wissen über die Transformation. Wohnraum und Eigentum in der langen Geschichte der »Wende«, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Jg. 16, H. 1, S. 19–45, https://zeithistorische-forschungen.de/1-2019/5677 (abgerufen am 19.3.2021).

Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöller, Kathrin (Hg.) (2020): Die lange Geschichte der »Wende«. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin.

Brunner, Detlev/Kuhnhenne, Michaela/Simon, Hartmut (2017): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Bielefeld.

Busch, Ulrich (2015): Aufholen ohne einzuholen. Ein Vierteljahrhundert ostdeutscher Integration, in: Busch, Ulrich/Thomas, Michael (Hg.): Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, Berlin, S. 17–57.

Busch, Ulrich/Kühn, Wolfgang/Steinitz, Klaus (2009): Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland – aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit, Hamburg.

Busch, Ulrich/Thomas, Michael (Hg.) (2015): Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, Berlin.

Carr, Edward H. (1963): Was ist Geschichte, Stuttgart.

Czada, Roland/Lehmbruch, Gerhard (Hg.) (1998): Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik, Frankfurt a. M./New York.

Dahrendorf, Ralf (1990): Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart.

Daston, Lorraine/Galison, Peter (2007): Objektivität, Frankfurt a. M.

Droysen, Johann Gustav (1925): Historik, 4., umgearb. Aufl., Halle/S.

Dümcke, Wolfgang/Vilmar, Fritz (Hg.) (1996): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, 3. Aufl., Münster.

Ekiert, Grzegorz/Hanson, Stephen E. (2003b): Time, Space, and Institutional Change in Central and Eastern Europe, in: Ekiert, Grzegorz/Hanson, Stephen E. (Hg.): Capitalism and Democracy in Central and Eastern Europe, Cambridge, S. 15–48.

Ekiert, Grzegorz/Hanson, Stephen E. (Hg.) (2003a): Capitalism and Democracy in Central and Eastern Europe. Assessing the Legacy of Communist Rule, Cambridge.

Elster, Jon (2007): Explaining Social Behavior: More Nuts and Bolts for the Social Sciences, Cambridge.

Elster, Jon/Offe, Claus/Preuß, Ulrich K. (1998): Institutional Design in Postcommunist Societies. Rebuilding the Ship at Sea, Cambridge.

Enders, Judith C. (2021): Vergangenheit ernst nehmen – Zukunft gestalten – Nachhaltigkeit entwickeln, in: Kowalczuk, Ilko-Sascha/Ebert, Frank/Kulick, Holger (Hg.): Abbruch, Umbruch, Aufbruch. (Ost)Deutschlands Weg in die Zukunft seit 1989. 75 Studien und Essays zur Lage des Landes, 2 Bde., Bonn.

Enders, Judith C. (2019): Feminismus und Mütterlichkeit – ein Ost-West Thema?, in: Femina Politica, Jg. 28, H. 2, S. 140–146.

Enders, Judith C./Schulze, Mandy/Ely, Bianca (2016): Wie war das für Euch? Die Dritte Generation Ostdeutschland im Gespräch mit ihren Eltern, Berlin.

Enders, Judith C./Schulze, Mandy (2016): Feministische Mutterbilder? – Eine Verständigung von Feminismus und Mutter-Sein vor dem Hintergrund ost- und westdeutscher Entwicklungen, in: Doldner, Maya/Holme, Hannah/Jerzak, Claudia/Tietge, Ann-Madeleine (Hg.): O Mother, Where Are Thou?, Münster, S. 47–61.

Enders, Judith C./Schulze, Mandy (2015): Transformationsprozesse und Auswirkungen auf Geschlechterarrangements – Zur Wertorientierung von Frauen der Dritten Generation Ostdeutschland, in: Busch, Ulrich/Thomas, Michael (Hg.): Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, Berlin, S. 243–256.

Enders, Judith C./Hacker, Michael u. a. (2012): Dritte Generation Ost – wer wir sind, was wir wollen, Berlin.

Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin.

Evans, Richard J. (1999): Fakten und Fiktionen. Über die Grundlagen historischer Erkenntnis, Frankfurt a. M./New York.

Eyal, Gil/Szelényi, Iván/Townsley, Eleanor (2000): Making Capitalism without Capitalists. The new Ruling Elites in Eastern Europe, London.

François, Etienne/Kończal, Kornelia/Trabem, Robert/Troebst, Stefan (Hg.) (2013): Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich, Göttingen.

Frech, Siri/Scurrell, Babette/Willisch, Andreas (Hg.) (2017): Neuland gewinnen. Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten, Berlin.

Frei, Norbert (1996): Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München.

Furet, François (1980): 1789 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Frankfurt a. M./Berlin/Wien.

Gehler, Michael (2020): Deutschland. Von der geteilten Nation bis zur gespaltenen Gesellschaft, 1945 bis heute, Wien/Köln/Weimar.

Giddens, Anthony (1988): Die Konstitution der Gesellschaft, Frankfurt a. M./New York.

Grancelli, Bruno (2002): Networks, Social Capital, and Leadership: Methodological Remarks on Approaches to the Study of Postcommunist Transformation, in: Bönker, Frank/Müller, Klaus/Pickel, Andreas (Hg.): Postcommunist Transformation and the Social Sciences, Lanham, S. 97–110.

Großbölting, Thomas (2020): Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn.

Großbölting, Thomas/Lorke, Christoph (Hg.) (2017): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart.

Hann, Christopher (Hg.) (2002): Postsozialismus. Transformationsprozesse in Europa und Asien aus ethnologischer Perspektive, Frankfurt a. M./New York.

Hensel, Jana/Engler, Wolfgang (2018): Wer wir sind: Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein, Berlin.

Hildenbrand, Bruno (2019): Micro-Qualitative Research, in: Merkel, Wolfgang/Kollmorgen, Raj/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Handbook of Political, Social, and Economic Transformation, Oxford, S. 181–190.

Hoffmann, Dierk (Hg.) (2020): Transformation einer Volkswirtschaft: Neue Forschungen zur Geschichte der Treuhandanstalt, Berlin.

Holtmann, Everhard (2009): Transition, Transformation, Posttransformation – zur Heuristik des Systemwandels in longitudinaler Perspektive, in: Holtmann, Everhard/Wiesenthal, Helmut (2009): Transition, Transformation, Posttransformation, SFB 580 Mitteilungen, H. 31, S. 21–36.

Holtmann, Everhard (Hg.) (2019): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt a. M./New York.

Hradil, Stefan (1996): Die Transformation der Transformationsforschung, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 6, H. 3, S. 299–303.

Iggers, Georg G. (1997): Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart, 3. Aufl., Wien/Köln/Weimar.

Jaeger, Friedrich/Rüsen, Jörn (1992): Geschichte des Historismus. Eine Einführung, München.

Joas, Hans (1992): Die Kreativität des Handelns, Frankfurt a. M.

Karl, Terry Lynn/Schmitter, Phillipe C. (1991): Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe, in: International Social Science Journal, Jg. 128 (May 1991), S. 269–284.

Karla, Anna (2012): Revolution als Zeitgeschichte. Memoiren der Französischen Revolution in der Restaurationszeit, Göttingen.

Sabrow, Martin/Frei, Norbert (Hg.) (2012): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945, Göttingen.

Kennedy, Michael D. (2002): Cultural Formations of Postcommunism. Emancipation, Transition, Nation, and War, Minneapolis/London.

Klein, Dieter (1991): Doppelte Modernisierung im Osten. Illusion oder Option der Geschichte?, in: Brie, Michael/Klein, Dieter (Hg.): Umbruch zur Moderne, Hamburg, S. 9–34.

Klinge, Sebastian (2015): 1989 und wir. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur nach dem Mauerfall, Bielefeld.

Kollmorgen, Raj (1994): Auf der Suche nach Theorien der Transformation. Überlegungen zu Begriff und Theoretisierung der postsozialistischen Transformationen, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 4, H. 4, S. 381–399.

Kollmorgen, Raj (2004): Neomodernity. Theory and Practice, in: Angermüller, Johannes u. a. (Hg.): Reflexive Representations. Politics, Hegemony, and Discourse in Global Capitalism, Münster, S. 169–185.

Kollmorgen, Raj (2005): Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft, Wiesbaden.

Kollmorgen, Raj (2006): Gesellschaftstransformation als sozialer Wandlungstyp, in: soFid Politische Soziologie, Jg. 6, H. 1, https://www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/fachinformationen/servicepublikationen/sofid/Fachbeitraege/polSoziologie_2006-11.pdf (abgerufen am 31.3.2021).

Kollmorgen, Raj (2009a): Umbruch ohne Revolution? Beitritt statt Transformation? Zur Deutung des ostdeutschen Wandels seit 1989 im mittelosteuropäischen Kontext, in: Berliner Debatte – Initial, Jg. 20, H. 4, S. 90–103.

Kollmorgen, Raj (2009b): Ostdeutschlandforschung. Status quo und Entwicklungschancen, in: Soziologie, Jg. 38, H. 2, S. 9–39.

Kollmorgen, Raj (2010): Transformation Theory and Socio-Economic Change in Central and Eastern European Countries, in: Emecon – Employment and Economy in Central and Eastern Europe, Jg. 1, H. 1, S. 1–16.

Kollmorgen, Raj (2011): Ostdeutschland und Theorien des Institutionenwandels, in: Lorenz, Astrid (Hg.) (2011): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden, S. 293–314.

Kollmorgen, Raj (2015): Diskursanalyse, in: ders./Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden, S. 265–278.

Kollmorgen, Raj (2017): Ostdeutsche in den Eliten. Problemdimensionen und Zukunftsperspektiven, in: Deutsche Gesellschaft e.V. (Hg.): Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven, Berlin, S. 54–65, https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/2017-pb-ostdeutsche-eliten/Deutsche_Gesellschaft_eV_Broschuere_Ostdeutsche_Eliten.pdf (abgerufen am 31.3.2021).

Kollmorgen, Raj (2018): Theoretical Approaches to Post-communist Transformations in Europe, in: Vihalemm, Peeter/Masso, Anu/Oppermann, Signe (Hg.): The Routledge International Handbook of European Social Transformations, Abingdon/New York, S. 23–45.

Kollmorgen, Raj (2019a): Post-socialist Transformations in the Twentieth and Twenty-First Centuries, in: Merkel, Wolfgang/Kollmorgen, Raj/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Handbook of Political, Social, and Economic Transformation, Oxford, S. 348–365.

Kollmorgen, Raj (2019b): »Exit West«. Fünf Thesen zur Geschichte der (ost)deutschen Transformationsforschung, in: Zeitgeschichte-online, 18.3.2019, https://zeitgeschichte-online.de/themen/exit-west (abgerufen am 31.3.2021).

Kollmorgen, Raj (2020): Eine ungeahnte Renaissance? Zur jüngsten Geschichte der Transformations- und Vereinigungsforschung, in: Böick, Marcus/Goschler, Constantin/Jessen, Ralph (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, Berlin, S. 46–72.

Kollmorgen, Raj/Bertram, Hans (2001): Das fünfte Rad am Wagen? Die (ost)deutschen Sozialwissenschaften im Vereinigungsprozeß, in: Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands, Opladen, S. 389–426.

Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hg.) (2011): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden.
Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang (2019): Combining Theoretical Approaches, in: Merkel, Wolfgang/Kollmorgen, Raj/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Handbook of Political, Social, and Economic Transformation, Oxford, S. 161–170.
Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« (2020): Abschlussbericht, Berlin.
Koselleck, Reinhart/Mommsen, Wolfgang J./Rüsen, Jörn (Hg.) (1997): Objektivität und Parteilichkeit, München.
Kowalczuk, Ilko-Sascha (2009): Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München.
Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019): Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München.
Kowalczuk, Ilko-Sascha (2020): Bemerkungen zur Zukunft der Historischen Kommunismusforschung in Deutschland, in: Forum. Das Fachmagazin des Bundesarchivs, S. 53–67.
Kowalczuk, Ilko-Sascha/Ebert, Frank/Kulick, Holger (Hg.) (2021): (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien und Essays zur Lage des Landes. Teil I – 1919 bis heute, Bonn.
Kowalczuk, Ilko-Sascha/Ebert, Frank/Kulick, Holger (Hg.) (2021): (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen und Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft. Bonn 2021.
Krause, Peter/Ostner, Ilona (Hg.) (2010): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010, Frankfurt a. M./New York.
Kubik, Jan (2003): Cultural Legacies of State Socialism: History Making and Cultural-Political Entrepreneurship in Postcommunist Poland and Russia, in: Ekiert, Grzegorz/Hanson, Stephen E. (Hg.): Capitalism and Democracy in Central and Eastern Europe, Cambridge, S. 317–352.
Lane, David (2014): The Capitalist Transformation of State Socialism, London/New York.
Leggewie, Claus (1995): Die 89er – Portrait einer Generation, Hamburg.
Lehmbruch, Gerhard (1996): Die ostdeutsche Transformation als Strategie des Institutionentransfers: Überprüfung und Antikritik, in: Eisen, Andreas/Wollmann, Hellmut (Hg.): Institutionenbildung in Ostdeutschland. Zwischen externer Steuerung und Eigendynamik, Opladen, S. 63–78.
Links, Christoph/Volke, Kristina (Hg.) (2009): Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland, Berlin.
Lipset, Seymour M. (1995): The Social Requisites of Democracy Revisited, in: Lehmbruch, Gerhard (Hg.): Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen, S. 287–314.
Lorenz, Astrid (Hg.) (2011): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden.
Magyar, Balint/Madlovics, Balint (2020): The Anatomy of Post-Communist Regimes. A Conceptual Framework, Budapest/New York.
Matthäus, Sandra/Kubiak, Daniel (Hg.) (2015): Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung, Wiesbaden.

Mau, Steffen (2019): Lütten Klein: Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Frankfurt a. M.

Mayer, Karl Ulrich (1990): Lebensverläufe und sozialer Wandel, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 31, Opladen.

Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden.

Merkel, Wolfgang/Kollmorgen, Raj/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.) (2019): Handbook of Political, Social, and Economic Transformation, Oxford.

Milev, Yana (2019): Entkoppelte Gesellschaft – Ostdeutschland seit 1989/90, Bd. 2, Frankfurt a. M.

Nichelmann, Johannes (2019): Nachwendekinder. Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen, Berlin.

O'Donnell, Guillermo/Schmitter Phillipe C. (1986): Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore.

Oexle, Otto Gerhard (1996): Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus, Göttingen.

Offe, Claus (1994): Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt a. M.

Pickel, Andreas/Wiesenthal, Helmut (1997): The Grand Experiment: Debating Shock Therapy, Transition Theory, and the East German Experience, Boulder.

Pollack, Detlef (2000): Wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Wandel in Ostdeutschland, in: ApuZ, Jg. 50, B 40, S. 13–21.

Popper, Karl R. (1992): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. II, 7. Aufl., Tübingen.

Popper, Karl R. (1974): Objektive Erkenntnis. Ein evolutionärer Entwurf, 2. Aufl., Hamburg.

Reißig, Rolf (2000): Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft, Berlin.

Reißig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden.

Ritter, Gerhard A. (2007): Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des deutschen Sozialstaats, München.

Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne, Frankfurt a. M.

Rose, Richard (2009): Understanding Post-communist Transformation. A Bottom Up Approach, London.

Rudnick, Carola S. (2011): Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik, Bielefeld.

Rüsen, Jörn (2015): Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft, Köln.

Salheiser, Axel (2021): Welche Akzeptanz hat die repräsentative Demokratie in Ostdeutschland?, in: Kowalczuk, Ilko-Sascha/Kulick, Holger/Ebert, Frank (Hg.): (Ost) Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen und Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 343–357.

Sanderson, Stephen K. (1999): Social Transformations. A General Theory of Historical Development, Lanham.

Schönian, Valerie (2020): Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die Deutsche Einheit bedeutet, München.

Schröder, Richard (2020): Deutschland einig Vaterland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.12.2020, https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/der-stand-der-deutschen-einheit-ist-besser-als-ihr-ruf-16557542.html?premium (abgerufen am 30.4.2021).

Schröder, Richard/Karl-Heinz Paqué (2020): Gespaltene Nation? Einspruch! 30 Jahre deutsche Einheit, Basel.

Schröter, Anja (2018): Ostdeutsche Ehen vor Gericht. Scheidungspraxis im Umbruch 1980–2000, Berlin.

Segert, Dieter (2013): Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert, Wien.

Siemann, Wolfram (2021): Gebt mir ein Blutbad!, in: FAZ online, 8.1.2021, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/was-sich-donald-trump-vom-sturm-auf-das-kapitol-erhoffte-17136920.html?premium (abgerufen am 30.4.2021).

Simon, Annette (2019): Wut schlägt Scham. Das »Wir sind das Volk« der AfD als nachgeholter Widerstand, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9.10.2019, https://www.blaetter.de/ausgabe/2019/oktober/wut-schlaegt-scham (abgerufen am 31.3.2021).

Stark, David/Bruszt, Laszlo (1998): Postsocialist Pathways: Transforming Politics and Property in East Central Europe, Cambridge.

Stefes, Christoph H. (2019): Historical Institutionalism and Societal Transformations, in: Merkel, Wolfgang/Kollmorgen, Raj/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Handbook of Political, Social, and Economic Transformation, Oxford, S. 95–105.

Steinbach, Peter (2012): Geschichte im politischen Kampf. Wie historische Argumente die öffentliche Meinung manipulieren, Bonn.

Strauss, Anselm L./Corbin, Juliet (1998): Basics of Qualitative Research: Grounded Theory Procedures and Techniques, 2. Aufl., Thousand Oaks.

Sztompka, Piotr (1991): Society in Action. The Theory of Social Becoming, Chicago.

Sztompka, Piotr (1992): Dilemmas of the Great Transition, in: Sisyphus, Jg. 2, H. VIII, S. 9–27.

Thelen, Tatjana (2019): Ethnographic Methods, in: Merkel, Wolfgang/Kollmorgen, Raj/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Handbook of Political, Social, and Economic Transformation, Oxford, S. 201–210.

Ther, Philipp (2016): Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, 1. aktualisierte Aufl., Berlin.

Thomas, Michael (1998): Paradoxien in der deutschen Transformationsdebatte, in: Berliner Debatte Initial, Jg. 9, H. 2, S. 104–116.

Wagner, Peter (1995): Soziologie der Moderne. Freiheit und Disziplin, Frankfurt a. M./New York.

WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation (Hauptgutachten von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Hans Joachim Schellnhuber), Berlin.

Hans-Ulrich Wehler (1984): Einleitung, in: ders. (Hg.): Geschichte und Soziologie, 2. Aufl., Königstein/Ts.

Weingarz, Stephan (2003): Laboratorium Ostdeutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozess als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften, Münster.

Wiesenthal, Helmut (1999): Die Transformation der DDR. Verfahren und Resultate, Gütersloh.

Wiesenthal, Helmut (2001): A Paradigm Destroyed. On the Opportunity of Revising Theories of Institutional Transformation, in: Schelkle, Waltraud/Krauth, Wolf-Hagen/Kohli, Martin/Elwert, Georg (Hg.): Paradigms of Social Change: Modernisation, Development, Transformation, Evolution, Frankfurt a. M./New York, S. 145–166.

Wiesenthal, Helmut (Hg.) (1996): Einheit als Privileg? Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt a. M./New York.

Winkler, Heinrich August (2015): Geschichte des Westens, Bd. 4: Die Zeit der Gegenwart, München.

Winkler, Heinrich August (2017): Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika, München.

Woderich, Rudolf (1998): Biographie und Transformation. Transformation der Biographie. Schriftfassung des Referates auf der Konferenz »Transformation as Epochal Change in Middle- and Eastern Europe. Theoretical Concepts and their Applicability«, Magdeburg, 27.–28.11.1998, http://biss.bplaced.net/downloads/transformation_und_biographien.pdf (abgerufen am 20.3.2021).

Wolfrum, Edgar (1999): Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt.

Wolfrum, Edgar (2020): Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute, Stuttgart.

Zapf, Wolfgang (1991): Modernisierung und Modernisierungstheorien, in: ders. (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt a. M./New York, S. 23–39.

Zapf, Wolfgang (1996): Modernisierungstheorien in der Transformationsforschung, in: Beyme, Klaus von/Offe, Claus (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 26, Opladen, S. 169–181.

30 Jahre Transformation und Vereinigung – Forschungsstand, gesellschaftliche Problemlagen, Gestaltungsperspektiven

Wolfgang Schroeder und Daniel Buhr[1]

1. Einleitung

Als 1990 die Einheit Deutschlands besiegelt wurde, gab es keine wirklich belastbaren Vorstellungen, in welchen Zeitdimensionen sich der Aufbau einer neuen Institutionenordnung respektive der damit gegebenen materiellen und mentalen Aneignungsformen bewegen werde. Jedenfalls können auch nach 30 Jahren noch Unterschiede und Besonderheiten identifiziert werden, die über die im deutschen Föderalismus strukturell verankerten Differenzen hinausreichen. So ist die Spannung Ost-West bei allen großen Annäherungen – die absolut dominieren –, und bei allen inneren Differenzierungen zwischen und in den ostdeutschen Ländern, die es zum Teil noch gar nicht hinreichend in das öffentliche Bewusstsein geschafft haben, nach wie vor ein Politikum. Die vorliegende Studie geht der leitenden Frage nach, welche »Lehren« aus dem bisherigen Transformationsverlauf zu ziehen sind und diskutiert Lerneffekte mit Blick auf zukünftige Herausforderungen, die v. a. mit dem demografischen Wandel, der Verkehrs- und Energiewende sowie der Digitalisierung verbunden sind. Da die problemadäquate, demokratische und faire Bewältigung dieser Herausforderungen in starkem Maße davon abhängt, ob und wie die dafür notwendigen Institutionen funktionieren, befassen wir uns in dieser Studie mit dem Verlauf von Revolution, Transformation und Einheit. Zugleich lenken wir die Aufmerksamkeit auf die zentralen Weichenstellung gegenwärtiger Umbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft – z. B. Energiewende, Digitalisierung und demografischer Wandel – und diskutieren, welche Erfahrungen in ihrer Bearbeitung vorliegen. Die Rezeption des bestehenden Forschungsstandes zum Vereinigungsprozess liefert die Grundlage für eine kritische Reflexion der zukunftsbezogenen Transformationsprozesse. In diesem Sinne sollen Entwicklungsdynamiken über die vergangenen drei Jahrzehnte nachgezeichnet und zu erwartende Trends skizziert werden.

Die vorliegende Studie ist in drei große Abschnitte gegliedert: Erstens geht es um die Revolutions-, Transitions- bzw. Transformationsstrukturen, und die von

1 Wir danken Kirsten Bänfer und Stewart Gold ganz herzlich für die hervorragende Mitarbeit bei Recherche, Redaktion und Layout der Studie – es ist unser gemeinsames Werk.

den Betroffenen erworbenen Kompetenzen, mit diesen Umbrüchen umzugehen. Zweitens werden die Prozesse und Ergebnisse des Institutionentransfers reflektiert, bevor im abschließenden dritten Abschnitt die großen Herausforderungen der gegenwärtigen Transformationsprozesse analysiert werden.

Der Untergang der DDR hat vielfältige politische, ökonomische, soziale und psychologische Ursachen und Folgen. Während Teile aus dem reformorientierten SED-Apparat und Teile der Bürgerbewegung – v. a. ab Oktober 1989 bis zur Einheit – Vorstellungen von einem dritten Weg der postsozialistischen Transformation verfolgten, war die Mehrheit der Bevölkerung der damals verbreiteten Einsicht, dass eine Reform der DDR keine Perspektive sei, der Beitritt zur Bundesrepublik dagegen der schnellere und sicherere Weg zur Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen wäre. Mit dem Beitrittsvotum verbanden viele ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger die Präferenz für die sozial regulativen Institutionen der Bundesrepublik, was einem Vertrauensvorschuss gleichkommt, der den eigenen Erfahrungen mit diesen Institutionen vorauseilte. Die schockartige Transformation hat die Menschen mit derart umfassenden Veränderungen konfrontiert, wie sie nur selten auf einmal in modernen Gesellschaften zu realisieren sind: Um ein Verständnis für die Dynamik des Zusammenhangs von Erwartungen, Interessen und daraus resultierenden Deutungen und Identitäten zu ermöglichen, gilt es, in der Analyse der Wandlungsprozesse unterschiedliche Phasen, Regionen, gesellschaftliche Teilbereiche und Generationsfragen zu berücksichtigen.

Auf die Transition folgten Transformations- und Posttransformationsprozesse, in deren Zentrum ein aus westdeutscher Perspektive pfadabhängiger Institutionentransfer stand, der als eine Serie von Improvisationsakten (u. a. Lehmbruch 1993) stattfand. Zugleich gilt es eine Sensibilität für das Spannungsverhältnis zwischen pfadabhängigen Prozessen des einseitigen Institutionenexports aus West nach Ost und den stärker eigendynamischen Entwicklungen, die im Sinne bestimmter *critical junctures* (»Signaturen«) neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffneten, zu gewinnen. Demgemäß lautet eine weitere Frage unserer Studie: Ist der Institutionentransfer eine Einbahnstraße oder gibt es Rückkopplungseffekte, mit denen die Dinge neu zu ordnen sind und den Einheitsprozess anders zu erzählen ist? Unsere Arbeitshypothese hierzu lautet: Der Institutionentransfer weckte große Hoffnungen und bot zugleich ein enormes Enttäuschungspotenzial. Aber im Zeitverlauf haben die Akteure den Umgang mit den Institutionen gelernt und es wurden Reformimpulse entwickelt, in denen spezifische Osterfahrungen gesamtdeutsche Relevanz gewannen.

Exemplarisch vertieft werden diese Fragen in der Analyse zentraler Entwicklungen zweier Institutionen. Im Blickpunkt steht dabei erstens die Tarifautonomie – eine Institution, die es in der DDR nicht gab. Damit dieser zugleich staats- und marktferne zwischenverbandliche Regulationsmodus funktionsfähig werden

konnte, bedurfte es mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden eigenständiger Institutionen, die auf freiwilliger Unterstützung aufbauen. Zweitens geht es um das Gesundheitswesen und die Rolle der Polikliniken. Sie hatten bereits in der DDR bestanden und in der Bevölkerung hohes Ansehen genossen. Es stellte sich daher von Anfang an die Frage, ob man diese Institution nicht auch auf den Westen hätte übertragen können, was sich aber zunächst aufgrund des komplexen bestehenden Institutionengefüges und der daraus resultierenden Beharrungskräfte bzw. Pfadabhängigkeiten verbot. Durch zähes Insistieren namhafter ostdeutscher Akteure konnte sie sich nicht nur im Osten behaupten, sondern ist heute auch im Westen eine nicht mehr wegzudenkende Einrichtung.

Zwar hatten und haben die Bürger*innen in West- und Ostdeutschland sehr unterschiedliche Erfahrungen mit Reformen, Transitionen und Transformationen, allerdings eint sie doch viel mehr, als gemeinhin vermutet wird. Das zeigt auch der Blick auf die Entwicklung des Institutionenvertrauens in Ost und West, das sowohl durch große Gräben wie auch durch tiefgreifende Gemeinsamkeiten geprägt ist.

Ausgehend von den Entwicklungen und Erfahrungen des Institutionentransfers nähern wir uns den gegenwärtigen Herausforderungen, die sich nahezu global ereignen, gleichwohl in jedem Land und in jeder Region anders perzipiert und bearbeitet werden. Gegenwärtig konzentrieren sich die Umbrucherfahrungen in Deutschland auf die großen technologischen und ökonomischen Umbrüche, die ganze Branchen und Regionen erfassen (z. B. Ruhrgebiet, Lausitz). Daher plädieren wir dafür, die Konstellation von Branchen – wie exemplarisch in unserer Studie die Braunkohle und die Solarindustrie – mit sozioökonomischen und soziokulturellen Regionalperspektiven zu vernetzen. Braunkohle und Solarindustrie stehen exemplarisch für einen Strukturwandel, der bestimmte Regionen in besonderem Maße trifft. Sie umfassen sowohl die ländlich geprägten Räume in der dauerhaften Strukturkrise – vornehmlich in Ostdeutschland – als auch die eher städtisch geprägten Regionen im andauernden Strukturwandel, in denen beide Branchen besonders stark vertreten sind. So stehen vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen – wie der Energiewende – diese beiden Branchen sinnbildlich für die vielschichtigen Dynamiken des Wandels.

Hinzu kommen politische, ökonomische und soziale Krisen, die Kritik und Unmut befördern, aber auch Reformpotenzial eröffnen. Viele Jahre an Erfahrungswissen aufseiten der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger, aber eben auch bei den Adressaten politischer Steuerung in Wirtschaft und Gesellschaft sowie bei den Bürger*innen sind die Basis für die nun stattfindenden Transformationsprozesse. Insofern kann unterstellt werden, dass in Fragen der Zukunftsgestaltung sowohl gemeinsame Herausforderungen und Betroffenheiten wie auch unterschiedliche Wahrnehmungen und Erfahrungen zwischen Ost und

West existieren. Der demografische Wandel, die Energie- und Mobilitätswende sowie die Digitalisierung markieren zentrale Transformationsprozesse, die die Gesellschaft als Ganzes, aber jeden Einzelnen in unterschiedlicher Qualität betreffen. In diesem Sinne gilt es zu reflektieren, inwiefern das vielfältige Erfahrungswissen und die Lehren aus der Vergangenheit bei der Bewältigung künftiger Herausforderungen genutzt werden können.

2. Transition – Transformation – Posttransformation

Die schockartige Transformation hat von den Menschen derart umfassende Veränderungen abverlangt, wie sie nur selten auf einmal in modernen Gesellschaften zu realisieren sind: Ihre Wirkungen und deren Verarbeitungen in unterschiedlichen Phasen, Regionen, Subsystemen und Generationen sind genauer voneinander abzugrenzen, damit ein Verständnis für die Dynamik des Zusammenhangs von Erwartungen, Interessen und daraus resultierenden Deutungen und Identitäten möglich wird. Hier sollen im Folgenden zunächst die Ursachen und Folgen, aber auch die Debatten und Erwartungen nachgezeichnet werden.

2.1 Die Wiedervereinigung und ihre Ursachen

Dilemma der Gleichzeitigkeit – unter diesem Schlagwort werden die Umwälzungen des gesamten politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens in den postsozialistischen Gesellschaften im Jahr 1989 subsummiert. Äußere und innere Faktoren erzeugten ein »Momentum der Geschichte, ein Gelegenheitsfenster (Window of opportunity), das die deutsch-deutsche Vereinigung ermöglichte.« (Plassa 2019)

Im Verlauf des Jahres 1989 entwickelte sich aus den ersten Reformforderungen gegenüber dem bestehenden Regime immer umfänglichere Möglichkeiten der Neugestaltung. Von der Wende, der Reform des alten Regimes oder einer Konföderation, dem Zusammenschluss zweier gleichberechtigter Staaten, bis hin zu einer Wiedervereinigung beider Teilstaaten taten sich viele Wege für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung auf. In Bezug auf die Einheit Deutschlands gab es – besonders im politischen Diskurs Westdeutschlands – letztlich nur zwei Alternativen, die sich jedoch grundlegend unterschieden. Die CDU und FDP favorisierten den Beitritt der DDR zur BRD nach Art. 23 des Grundgesetzes. Die SPD hingegen favorisierte die Herstellung der deutschen Einheit über eine neue Verfassung nach Art. 146 des Grundgesetzes (GG).

Auf den Übergang von den alten autokratischen Strukturen hin zu einer Demokratie, in der politikwissenschaftlichen Systemwechselliteratur (z. B. Merkel 2010, Merkel 1999, Holtmann 2009) als Transition bezeichnet, mit der Auflösung und Beseitigung der alten Strukturen und Institutionen, folgte die Phase der Transformation. Sie führte in der ehemaligen DDR zu einer grundlegenden Veränderung der bisherigen Strukturen und Normen, Rechtsregeln und Bürokratien, von Staat, Wirtschaft und vielen Bereichen der Gesellschaft. »In Ostdeutschland hat sich während dieser Phase der ›dreifache Institutionentransfer‹ (Gerhard Lehmbruch) von West nach Ost – Verfassungs- und Gesetzesrecht, Fachleute, Finanzhilfen – voll entfaltet.« (Holtmann 2020a).

Aber gleichzeitig kam es zu ökonomischen Strukturbrüchen, verbunden mit wachsender Entindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit – ein erster großer und tiefsitzender Transformationsschock. Die folgenden Abschnitte beschreiben den Verlauf und die Ursachen der postsozialistischen Gesellschaftstransformation: zunächst die politischen Abläufe und dann die ökonomischen, sozialen und psychologischen Ursachen.

2.1.1 Politische Ursachen

Die friedliche Revolution in der DDR im Jahr 1989 ist eingebettet in eine Reihe von historischen Ereignissen, die das gesamte internationale System – insbesondere die Ost-West-Dichotomie – umkrempelten. Die Umwälzungen in der UdSSR erfassten ganz Mittelosteuropa. In Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Rumänien und Bulgarien verloren die kommunistischen Machthaber ihre Legitimation und Herrschaftsbasis. Die Oppositionsbewegungen nutzten das sich bietende »window of opportunity«, um Menschenrechte, demokratische, liberale und marktwirtschaftliche Reformen einzufordern (vgl. Buzogány 2014). So auch die Opposition in der DDR. Hingegen lehnte das SED-Regime jegliche Reformen oder Öffnungen ab. Die Unzufriedenheit der Menschen in der DDR mit den Lebensbedingungen (z. B. schlechte Versorgung mit Konsumgütern, mangelnde Reisefreiheit) und mit dem politischen System (z. B. mangelnde Demokratie, fehlende Meinungs- und Pressefreiheit) wurde immer größer (vgl. Malycha 2011, Pollack 2000). Nie zuvor gab es so viele Ausreiseanträge (113 000) wie im Jahr 1988 (vgl. Lorke/Kraus 2014). Im Frühjahr 1989 begannen die ersten Demonstrationen in Leipzig im Anschluss an die montäglichen Friedensgebete in der Nikolaikirche. Diese Proteste gipfelten im Herbst 1989 in den großen »Montagsdemonstrationen« in vielen weiteren Städten (u. a. Halle und Dresden) in der DDR (vgl. Wolle 2013). Neben diesen Aktionen mit hoher Symbolkraft und enormen Mobilisierungseffekten leisteten verzweifelte Entscheidungen der DDR-Führung das Ihre, beispielsweise die offensichtliche Fälschung der Kommunalwahl im Mai

1989. Am 2. Mai begann Ungarn mit dem Abbau des »Eisernen Vorhangs« (vgl. Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. 1994). Die rasch anwachsenden Flucht- und Protestwellen erreichten im September und Oktober 1989 ihre Höhepunkte. Nach Hirschman (1970) lässt sich diese Exit-voice-Dynamik als Ausdruck einer Delegitimierung und moralischen Abwertung des verkrusteten und überholten SED-Regimes verstehen. Durch die Wahl der Exit-Option gaben die unzufriedenen Bürgerinnen und Bürger jedoch auch ihre Voice-Option auf und damit ihre Möglichkeiten zur Mitgestaltung eines neuen politischen Systems (vgl. Opp 2015). Zugleich ist gerade die Fluchtwelle aber auch Ausdruck eines tiefsitzenden Verlustes an Vertrauen – verursacht durch das SED-Herrschaftssystem – in den Reformwillen der politischen Eliten und die Reformmöglichkeiten des Systems.

Ausdruck eines neu gewonnenen Selbstvertrauens der oppositionellen Bewegungen war die Gründung des Neuen Forums am 9./10. September 1989, welches schnell zu einem Sammelbecken einer übergreifenden Demokratiebewegung wurde. Dem Neuen Forum folgten in den nächsten Monaten weitere Neugründungen und Institutionalisierungen von oppositionellen Gruppen. Durch die Einführung der Runden Tische Ende 1989 wurden institutionelle Zwischenlösungen fixiert, die einen weiter friedlichen Übergang zu einem (neuen) reformierten System ausarbeiten sollten (vgl. Thaysen 1990).

Der friedliche Druck der Straße zwang die SED-Führung zum Handeln. Am 18. Oktober löste Egon Krenz Erich Honecker als SED-Vorsitzender ab (vgl. Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. 1994). Dies war der Versuch, in einer »Palastrevolution« die Lage zu stabilisieren und eine Reform des kommunistischen Systems anzukündigen.

Aufseiten der Bundesrepublik herrschte zunächst politische Ratlosigkeit. Die Grenzöffnung und die damit verbundene massive Auswanderungswelle von DDR-Bürger*innen als auch die politischen Umbrüche in der DDR stellten die politischen Eliten in der Bundesrepublik vor große Probleme. Sollte die Zweistaatlichkeit oder die Einheit angestrebt werden? Weder die FDP als Koalitionspartner in der Regierung unter Helmut Kohl (CDU) noch die Oppositionspartei SPD unter der Führung von Oskar Lafontaine wussten, welche Lösung sie bevorzugen sollten. »Während Helmut Kohl auf die schnelle Durchführung einer Währungs- und Wirtschaftsunion drängte, sprach sich der SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine gegen eine übereilte Währungsunion und Wiedervereinigung mit der DDR aus.« (Plassa 2019).

Die erste freie Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 bekam deshalb den »Charakter einer Entscheidungswahl« (Eith 1999: 624). Entlang der parteipolitischen Ausprägungen des westdeutschen Parteiensystems konnten dabei die Bürgerinnen und Bürger der DDR bereits über die künftige politische Ausrichtung ihres Landes abstimmen. Als Sieger ging das CDU-nahe Wahlbündnis Allianz

für Deutschland unter der Führung von Lothar de Maizière hervor. Am 31. August 1990 wurde der »Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands« (Einigungsvertrag) unterzeichnet.

2.1.2 Ökonomische Ursachen

Der desolate Zustand der DDR-Wirtschaft bzw. die schlechten ökonomischen Bedingungen waren sicherlich nicht der wesentliche Grund für den Zusammenbruch der DDR. Aber die DDR hatte ökonomisch jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt (Steiner 2000). Der Erhalt des Schuldendienstes, insbesondere bei internationalen Gläubigern, die defekten oder maroden Industrieanlagen, eine veraltete Industriepolitik und eine Wirtschaftspolitik, die zulasten der Umwelt ging, waren eine große Bürde für die DDR-Wirtschaft bei der Transformation von der zentralistischen Planwirtschaft hin zu einer wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft (vgl. Martens 2020). Charakteristisch für die DDR-Ökonomie war die Beschäftigung in Großbetrieben, den Kombinaten: 79,1 Prozent der Beschäftigten arbeiteten in Kombinaten und 15,6 Prozent in staatlichen Produktionsgenossenschaften (vgl. Fritsch/Wyrwich 2010). Im Zentrum der Wirtschaftspolitik stand jahrzehntelang die »konsumtive Verwendung der Wirtschaftsleistung« (Brenke 2009: 18). Zum Bild der DDR-Planwirtschaft gehören aber auch: Funktionsdefizite im praktischen Alltag, beispielsweise Produktionsunterbrechungen aufgrund von Lieferengpässen oder fehlenden Finanzmitteln; Doppelstrukturen, mangelnde Investitionsplanungen, dysfunktionale Anreizsysteme mit der Folge einer sichtbaren Unterversorgung von Gütern. Damit einhergehend manifestierte sich eine immer größer werdende Unzufriedenheit mit der Performanz des Systems und damit auch indirekt die politische Legitimationskrise.

Die politischen Umwälzungen und die tiefe Legitimationskrise in der DDR führten dazu, dass auch die zentralistische Planwirtschaft sich neu ausrichten musste. Die Herausforderung hierbei war die gleichzeitige Umsetzung einer Währungs- und Wirtschaftsunion, einer Privatisierung der Wirtschaft sowie der Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Zeitgleich erfolgte die Transition als große Schocktherapie. Anders als in den Transitionsphasen der anderen postsozialistischen Staaten fehlte der DDR-Wirtschaft eine Übergangsphase. Mit der Wiedervereinigung war die Transition vollzogen. Bei genauerer Betrachtung des ostdeutschen Falls handelt es sich um eine ökonomische Transformation in sechsfacher Dimension: 1. einen Transformationsschock, 2. einen Wettbewerbsschock, 3. einen Angebotsschock, 4. einen Lohn- und, damit einhergehend, 5. einen Nachfrageschock, 6. einen Schock durch die veränderten Regulierungen bzw. einen mentalen Schock der DDR-Wirtschaft.

Diese führten zum Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft. Die Folgen aus dem »abrupten Übergang« (Wegner 1996: 15) mit der vollständigen Liberalisierung von Preisen, Märkten und Handelsbeziehungen waren für die DDR-Wirtschaft die Abwicklung der Planwirtschaft, eine Anpassungskrise, Endindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung von Arbeitnehmer*innen und der Verlust der (internationalen) Wettbewerbsfähigkeit (Pollack 2000, Ther 2019, Paqué 2009, Blum 2010). Letzterer wirkte sich ganz besonders auf den bisher sicheren osteuropäischen Absatzmärkten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), dem Wirtschaftsbündnis der sozialistischen Staaten, aus, noch besonders verstärkt durch die Einführung der D-Mark mit einem Wechselkurs von 1:1 (vgl. Wegner 1996).

2.1.3 Soziale und Psychologische Ursachen

Diese ökonomischen Ursachen für den Zusammenbruch der DDR spiegeln sich auch in den sozialen Ursachen wider. Die Unzufriedenheit über die ökonomische Lage oder über die Konsumgüterversorgung ging einher mit der Unzufriedenheit über die Arbeits- und Produktionsbedingungen. Aber auch schlechtes Management und mangelnde Qualifikationen und der permanente Druck, die Planzahlen zu erfüllen, prägten den Arbeitsalltag. Die Unzufriedenheit darüber ist einer der vielen Konflikte, die in der DDR-Gesellschaft im Laufe der 1980er entstanden. Dadurch, dass die Lebenswelten der Bürger und Bürgerinnen im »Arbeiter-und-Bauernstaat« eng mit den Arbeitswelten verknüpft waren, kommt dieser Dimension eine besondere Bedeutung bei. Die sozialen Beziehungen in der DDR waren viel stärker an den Arbeitsplatz gekoppelt als in der BRD. Die Bindung zum Arbeitsplatz wurde durch die Arbeitskollektive und die betriebliche Sozialpolitik gestärkt, und ebenso organisierte sich die Lebenswelt zu einem großen Teil über den Arbeitsplatz – Sport- und Kulturangebote, Kinderbetreuung etc. Die Brigade, als unterste Ebene des Herrschaftsverbandes in den Volkseigenen Betrieben (VEB), waren

> »(…) in einem Punkt für die Art und Weise, wie alltägliche Herrschaftspraxis in der DDR-Gesellschaft organisiert war, typisch: Die Konfrontation und Interaktion mit den Ansprüchen der parteiamtlichen und staatlichen Autoritäten spielten sich immer in den kleinen Einheiten der v.a. durch den Betrieb oder den Wohnort vorgegebenen Grenzen ab. Eine über diese lebensweltlichen Erfahrungsräume der Individuen hinausreichende Praxis des Aushandelns war per definitionem nicht möglich. Dazu hätte es ein Minimum an Autonomie und Pluralität ausgestatteter Öffentlichkeiten etwa auf der Ebene eines Großbetriebs, Kombinats oder Industriezweigs bzw. auf der Ebene eines Kreises oder eines Bezirks bedurft (…). Aber schon auf dieser untersten Ebene überindividueller Vergesellschaftung schloss das Machtmonopol des SED-Staats die eigenständige Artikulation und Repräsentation kollektiver Bedürfnisse weitgehend aus (…).« (Lindenberger 2000)

Die Partizipations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten begrenzten sich auf den kleinen Bereich der Basisstrukturen (Brigade, Arbeitskollektiv, Dorf, Schulklasse etc.) »Jeder sollte an seinem Platz, dort, wo ihn die allwissende Partei hingestellt hatte, seinen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus leisten – aber auch nur dort.« (Lindenberger 2000). Lindenberger spricht in diesem Zusammenhang auch von der »Diktatur der Grenzen«, bezogen auf die Lebens- und Alltagswelten in der DDR, welche eine starke Strukturierung des sozialen Raums bedeuteten, eine starke Begrenzung, Abgrenzung – nicht nur durch die Mauer –, sondern beispielsweise auch durch unterbundene Reisefreiheit und Meinungsfreiheit. Das SED-Regime versuchte mit äußerster Anstrengung, das gesellschaftliche Leben zu regulieren, zu kontrollieren und einiges auch zu unterbinden. Die Mitarbeiter*innen der Staatssicherheit und insbesondere das Heer an Informellen Mitarbeitenden (IM) diente dazu, auch die »Nischen« als Rückzugsmöglichkeit der Menschen zu beherrschen und zu kontrollieren. Aber nicht nur diese Personen dienten als »Grenzwächter« (Lindenberger 2000), sondern auch die Vielzahl an Bürger*innen, die dem Regime verpflichtet waren oder die Angst vor Repression hatten. Schroeder (2010) formulierte dies so: »Der Preis der sozialen Sicherheit auf niedrigem Niveau bestand in einem von einem linkstotalitären Anspruch der Herrschenden geprägten Gesellschaft in der weitgehenden Entmündigung des Individuums.« (Schroeder 2010: 14).

Für viele Bürger und Bürgerinnen wurde die Anpassung zur Überlebensstrategie. Privat äußerte bzw. verhielt man sich anders als in der Öffentlichkeit. Es herrschte eine Mischung aus »Mitwirken« und »Distanz«, aus »symbolischer Teilnahme« und Rückzug in private Nischen, die kleine Freiheiten oder Freiräume erlaubten (vgl. Malycha 2011).

In den ausgehenden 1970er Jahren und den beginnenden 1980er Jahren verstärkte sich der seit den 1960er Jahren schwelende Generationenkonflikt. Die Durchlässigkeit bzw. die Erstarrungstendenzen im Bildungsbereich beschränkten immer mehr die beruflichen Perspektiven der jungen Bevölkerungsschichten. Die übermäßige Machtkonzentration in der Hand einer überalterten Machtelite, die den sozialen Aufstieg an die politische Autorität gekoppelt hatte, erzeugten bei jungen Menschen das Gefühl, »die Alten stehen dem Lebensverlauf im Weg« (vgl. Malycha 2011). Zudem verschärfte sich der Generationenkonflikt während zunehmend die Loyalität schwand, beispielsweise durch die Verschlechterung der Umweltbedingungen oder die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in den 1980er Jahren aufgrund der SS20-Stationierung. Hinzu kam die fehlende Reisefreiheit bzw. die nicht eingelösten Versprechen, die Reisefreiheit auszuweiten. Vor allem die Jugendlichen und Heranwachsenden in der DDR organisierten sich zu immer stärkeren Protesten, hauptsächlich unter dem Dach der evangelischen Kirche.

Das SED-Regime reagierte zunächst mit einer Vielzahl von repressiven Maßnahmen, konnte aber am Ende die Entstehung der Oppositionsbewegung nicht verhindern. Am 20. September 1982 hielt der evangelische Pfarrer der Nikolaikirche in Leipzig, Christian Führer, zum ersten Mal das ab dann montägliche Friedensgebet ab. Es sollte zur Keimzelle der friedlichen Revolution im Jahr 1989 werden. »Die Akteure der friedlichen Revolution von 1989/90 kommen im Wesentlichen aus diesen blockierten, neuen sozialen Milieus, die sich in den letzten 20 Jahren der DDR herausgebildet hatten.« (Hofmann 2020).

Die Vielzahl von Unzufriedenheiten, aber auch die persönlichen Diskriminierungs- und Repressionserfahrungen verschlechterten bei vielen Akteuren das soziale Vertrauen derart, dass auch das Vertrauen (vgl. Gabriel/Zmerli 2006) in den Willen des Staats DDR bzw. seine politische Elite, Reformen tatsächlich auch einzuleiten, sehr gering war. Zu den persönlichen Diskriminierungserfahrungen gehören auch die posttraumatischen Störungsbilder (Stasi-Verfolgten-Syndrom), die Teile der Bevölkerung entwickelt haben, aufgrund der ständig vorhandenen oder drohenden (politischen) Repressionen. Dies galt insbesondere für Menschen, die dem Regime ablehnend gegenüberstanden oder Teil von nicht erwünschten Subkulturen waren. Ebenso konnte in der DDR keine Konfliktkultur ausgebildet werden, da das öffentliche Leben durch »Angst, Unaufrichtigkeit und Denunziation« (Sonnenmoser 2003: 73) geprägt war. Der Übergang vom »Überwachungs- und Betreuungsstaat, von Unmündigkeit, Versorgungsmentalität, Kollektivorientierung und Lokalismus hin zu Ichbezogenheit, Leistungsorientierung, Konsumanspruch und Kosmopolitismus« (ebd.: 74) erzeugte Schwierigkeiten bei der Identitätsfindung. Aber auch die Transitions- bzw. Transformationserfahrungen bzw. die massiven Anpassungsschwierigkeiten im Sinne eines Kulturschocks führten zu psychosozialen Problemen.

2.2 Phasen des Wandels und mögliche Alternativen

Wie alternativlos war die deutsche Wiedervereinigung? Lässt sich die Wiedervereinigung als »Serie von Improvisationsakten« (Lehmbruch 1993) oder als pfadabhängiger Prozess des einseitigen Institutionenexports aus West nach Ost deuten – oder gar als Synthese beider Thesen? Um die Phasen des Wandels einzuordnen und zu kategorisieren – und damit eine bessere Operationalisierung des Untersuchungsgegenstandes zu erreichen –, nutzen wir im Folgenden das in der Literatur durchaus geläufige dreistufige Phasenmodell Transition, Transformation und Posttransformation (vgl. Holtmann 2009).

In der Phase der Transition, d. h. des Endes des autokratischen Regimes in der DDR, lösen sich die bisherigen Strukturen und Institutionen auf. Normen und

TRANSITION

- „Wir sind ein Volk“: Delegitimierung der Zweistaatlichkeit
- Übergangsphase/ institutionelle, situative Zwischenlösungen (Runder Tisch)

TRANSFORMATION

- Transfer West-Ost unter hohem Zeitdruck („window of opportunity“)
- Schocktherapie/ „Hauruckverfahren“
- Improvisationsakte/ Blindflüge
- Funktionsfähigkeit/ situative Akzeptanz/ Machtneutralität/ keine Zeit für Reformen

POSTTRANSFORMATION

- Hoffnungen relativiert bzw. teilweise zerstört („Preis der Einheit“); Chancen werden genutzt
- nachholende Reformen/ blockierte Angleichungen
- Akzeptanz und mentale/ praktische Abwehr
- Umbruchkompetenz

Abb. 1: Drei-Phasen-Modell des Einheitsprozesses
Quelle: Eigene Darstellung nach Holtmann (2020a).

Werte werden hinterfragt, verworfen und/oder teilweise neu ausgerichtet. In der darauffolgenden Phase der Institutionalisierung – d. h. im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands der Institutionentransfer von West nach Ost –, erfolgte ein dreifacher Institutionentransfer bzw. Aufbau. In der dritten Phase, der Posttransformation, kommt es zu einer Konsolidierung und im Falle des (Ver-)Einigungsprozesses auch zu Ko-Transformationsereignissen, die sich auf die transformierten, d. h. die alten, aus der BRD stammenden Institutionen auswirkt und hier wiederum zu einem Wandel führt.

2.2.1 Transition

Der Vereinigungsprozess beginnt – wie in gängigen Handbüchern (vgl. z. B. Kollmorgen/Merkel/Wagener 2015) zur Systemtransformation dargelegt – mit der Transition, deren Ursachen wir ja im vorherigen Abschnitt bereits skizziert haben. Diese Transition, also die Phase des Übergangs vom alten ins neue System, ist geprägt durch spontane, improvisierte und auch unkoordinierte Handlungen von Akteuren, denen sich ein Gelegenheitsfenster öffnet, wodurch sie zu »systemüberwindenden Entscheidern« (Holtmann 2009: 5) werden. O’Donnell und Schmitter (1986) folgend, lässt sich diese Transition als Serie von Konflikten, Verhandlungen und Kompromissen zwischen Akteuren mit divergierenden Interessen deuten. Gleichwohl zeigt der deutsche Fall, wie schnell und – mit Blick auf Konzepte wie den 10-Punkte-Plan oder Pläne einer gemeinsamen deutschen Verfassung (gemäß Art. 146 GG) – mitunter auch kompromisslos ein solcher Pro-

zess ablaufen kann. Holtmann identifiziert fünf Knotenpunkte bzw. Signaturen (vgl. ebd.: 5):

1) Delegitimierung des alten Systems
2) Aufbrechen des ideologischen Deutungsmonopols
3) Handlungsstarre und opportunistische Anpassungen im alten Apparat
4) Ersetzung des hegemonialen Parteiensystems und der zentralistischen Diktatur durch institutionalisierte Übergänge
5) eine »Quasi-Identifikation« der Bevölkerung mit dem westdeutschen Parteiensystem

Zwei Aspekte gilt es hier besonders hervorzuheben: Politische Steuerung fand erstens unter einem sehr hohen Zeitdruck und zweitens einem großen »Schleier des Nichtwissens« (Rawls 1971) statt. Verstehen wir politische Steuerung als absichtsvolle Intervention in soziale Systeme, die ein Ziel, ein Subjekt und ein Objekt der Steuerung braucht, aber eben auch eine Vorstellung von Wirkungszusammenhängen zwischen Maßnahmen und Resultaten (Mayntz 1996), zeigen sich schnell die Bearbeitungsgrenzen des damaligen politischen Systems. Es gab keine Blaupause, vieles musste schnell, parallel, mitunter ad hoc und häufig wenig koordiniert entschieden werden. Dieser Bearbeitungsmodus erklärt auch die Vielzahl an »Improvisationsakten« und situativen Zwischenlösungen der Transition (z. B. Runde Tische).

Im Grunde gab es zwei grundsätzlich diametral gegenläufige Alternativwege – »Unterdrückung« oder »interne Reformen« –, die zu verschiedenen Zeitpunkten und zu verschiedenen Ereignisketten (*critical junctures*) eingeschlagen hätten werden können. Hierbei wäre auch ein Wechsel zwischen den Pfaden oder ein Pfadbruch jederzeit denkbar gewesen. Auch externe Effekte – z. B. eine veränderte politische Lage in der UdSSR oder in den angrenzenden »Bruderstaaten« – hätten zu anderen Weichenstellungen führen können.

2.2.2 Transformation

Nach dem Systemwechsel bzw. den Übergängen zwischen den Systemen folgt die Phase der Institutionalisierung des Neuen, die Transformationsphase. Mit dem Einsetzen des transformatorischen Prozesses des Institutionentransfers begann auch die neue postsozialistische Phase für die Bürger*innen der ehemaligen DDR. Sie fühlten sich einer Schocktherapie ausgesetzt. Mit dem 3. Oktober 1990, dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 GG, wurde der Transfer von den bundesrepublikanischen Institutionen manifestiert: der Föderalismus, die Wohlfahrtsstaatlichkeit, die kommunale Selbstverwaltung und nicht zuletzt auch Institutionen, die jenseits des Grundgesetzes stehen;

der rheinische Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft, die industriellen Beziehungen, die korporatistischen Strukturen und insbesondere die Übertragung des Sozialstaatsprinzip. Die Transformation brachte neben »Auflösung« und »Abwicklung« eine Verrechtlichung und nachholende Regelungsdichte – nach wie vor oftmals im Hauruckverfahren – mit sich, die fortan eine gewisse Pfadabhängigkeit manifestierte: »Erprobtes bewährt sich, und Bewährtes wird zur Gewohnheit.« (Holtmann 2009: 6).

Mit Blick auf die formalen Institutionen und ihre Weichenstellungen unterteilt Ritter (2006) die Transformationsphase wiederum in drei Abschnitte. Die erste Phase beginnt mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion, genauer: mit dem Staatsvertrag zwischen der BRD und der DDR vom 18. Mai 1990. Der Beginn der zweiten Phase wird durch den Einigungsvertrag vom 31. August 1990 und die »Verpflanzung des bundesdeutschen Sozialstaates« definiert. Die dritte Phase umfasst die Anwendung und Umsetzung des Einigungsvertrages in der rezessiven Zeitspanne von 1992 bis 1994.

Die Einführung der Währungsunion wurde unter dem Druck der DDR-Bürger*innen – »kommt die D-Mark nicht zu uns, dann reisen wir zur D-Mark« – gestartet. Trotz der Warnung vieler Fachleute vor den wirtschaftlichen Folgen wurde der Tauschkurs von West-D-Mark zu Ost-D-Mark mit 1:1 festgelegt. Dies bedeutete eine Aufwertung der Ost-D-Mark um 340 Prozent und führte über Nacht dazu, dass die DDR-Wirtschaft weiter an Konkurrenzfähigkeit verlor. Die riesige Arbeitslosigkeit, die durch den Niedergang der DDR-Wirtschaft schlagartig entstanden war, versuchte man mit massenhaften Frühverrentungen abzufedern. Dies wiederum ging zulasten der Rentenkassen. Die enormen Transferleistungen – zwischen 1991 und 1995 ca. 140 Milliarden D-Mark, das entsprach ungefähr einem Viertel der Transferleistungen – wurden zu einem großen Teil von den Versicherten der Solidargemeinschaft getragen. Die Finanzierung der Vereinigung erzeugte eine soziale Schieflage. Die Staatsverschuldung stieg enorm an und es wurden erste Probleme des Sozialstaatsmodells sichtbar. Ritter (2006) betont den Zusammenhang mit dem Sozialversicherungssystem, das durch Beiträge der Versicherten und der Unternehmen getragen wird – und eben nicht durch Steuern. Die Folge: In den ersten Jahren der Wiedervereinigung stiegen die Lohnnebenkosten stark an und setzten den Wirtschaftsstandort Deutschland zusätzlich unter Druck (z. B. durch hohe Arbeitskosten). Allerdings wurden in dieser Phase – auch aufgrund des hohen Zeitdrucks und der begrenzten Verarbeitungskapazitäten des politischen Systems – große Reformprojekte eher hintangestellt. In der Rückschau lässt sich aber konstatieren, dass bei mancher Widersprüchlichkeit der Einzelmaßnahmen und viel zitierter Anpassungsschwierigkeiten durchaus eine im internationalen Vergleich wirtschaftlich leistungsfähige und politisch stabile Demokratie entstand, deren grundsätzlich erfolgreiche Basis in jener Transformationsphase gelegt wurde.

Der Verlauf der Transformation ist geprägt durch den Beitritt der DDR zur BRD und dem – auf den ersten Blick – einseitigen Institutionentransfer von West nach Ost. Die hierdurch entstandenen schockartigen Veränderungen in allen Lebenswelten – kulturell, sozial, ökonomisch und politisch – hätten nach einer alternativen Entscheidung in den westdeutschen politischen Eliten und in den ostdeutschen Oppositionsbewegungen sowie in der ostdeutschen Bevölkerung wohl einen anderen Verlauf genommen. In der BRD wurde die Wiedervereinigung nach Artikel 146 GG (Verfassungsartikel) und nach Artikel 23 GG (Beitrittsartikel) diskutiert. In der DDR wurde der Diskurs hauptsächlich durch zwei Varianten geprägt: auf der einen Seite die Reform des Arbeiter-und-Bauernstaates, den insbesondere die ausgetauschten reformorientierten SED-Eliten favorisierten; auf der anderen Seite die Alternatividee einer gleichberechtigten (Interims-) Konföderation aus der Oppositionsbewegung. Der Einigungsvertrag kam schlussendlich unter enormen Zeitdruck zustande und unter nur marginaler Beteiligung der Volkskammer der DDR sowie unter nur marginaler Beteiligung des Bundestages und der bundesdeutschen Parteien. Ebenso wenig wurden die nur unzureichend informierten Bundesländer beteiligt (Ritter 2006).

Eine ganze zentrale und sehr umstrittene Weichenstellung, die in der Transformationsphase getroffen wurde, ist die Entscheidung über die Währungsunion. Nicht nur die Währungsunion als Ganzes hatte fundamentale Auswirkungen und eine Tragweite, die heute (*legacies*), nach 30 Jahren, noch bestimmende Charakteristika aufweist. Sondern auch im Einzelnen stellen die Entscheidungsfindung, der Zeitpunkt und der Wechselkurs innerhalb des Prozesses der Institutionalisierung drei erhebliche *critical junctures* dar, deren Rückkopplungseffekte (*increasing returns*) sich gegenseitig verstärkten. Somit ist die Währungsunion ein Paradebeispiel für einen pfadabhängigen Verlauf einer Institutionalisierung.

Im Nachgang bilanzierend, macht Wiesenthal (1998) ein Gedankenspiel auf, in dem er die Möglichkeit einer befristeten Sonderzone für die DDR, d. h. ein Nebeneinander beider Staaten, skizziert:

»Teilt man die Prämisse einer zeitlich begrenzten Gelegenheit, so reduziert sich das Feld vorstellbarer Alternativen beträchtlich. Zu den verbleibenden Varianten zählte wiederum die Möglichkeit einer zeitweisen Zollgrenze zwischen West und Ost (…). Die verlängerte Anpassungsfrist hätte vermutlich einigen ostdeutschen Unternehmen bessere Chancen zur Umstellung auf die Marktwirtschaft verschafft, anderen dagegen nur eine längere Gnadenfrist bis zum endgültigen Marktaustritt. Der volkswirtschaftliche Sinn eines Sondergebietes hätte in einer stärkeren Ankoppelung der Realeinkommen an die Produktivitätsentwicklung, d. h. in der Duldung eines größeren Wohlstandsgefälles gelegen. Auch damit wären wohl höhere Unzufriedenheit und größere Legitimationsprobleme verbunden gewesen.« (Wiesenthal 1998: 60)

2.2.3 Posttransformation

Die posttransformatorische Phase betrachten wir in Abschnitt 2 näher, indem wir die zwei erwähnten Felder – Tarifautonomie und Gesundheitssystem – genauer analysieren. Auch diese Phase ist geprägt von Unsicherheit, wenngleich die Akteure inzwischen bereits auf einen reichen Erfahrungsschatz (»Umbruchkompetenz«) zurückgreifen konnten. So sind viele, zu Beginn der Transitionsphase formulierte Hoffnungen und Mythen relativiert worden und einem gewissen Alltagspragmatismus gewichen. Doch zu den Herausforderungen des Einigungsprozesses traten neue Problemlagen, die sich aus der sich verschärfenden Globalisierung, Digitalisierung und Finanzialisierung entwickelten wie z. B. die Finanz-, Währungs- und Weltwirtschaftskrise (2007 und nachfolgende Jahre). Mit Pierson (2000) gesprochen und gestützt auf Erkenntnisse des historischen Institutionalismus werden in einer solchen Gemengelage Pfadabweichungen immer unwahrscheinlicher. Die wesentlichen Akteure »fahren auf Sicht«. Im Zuge dessen kommt es zu einer Verfestigung des Institutionensystems, was sich auch an stabilen Zustimmungswerten für wichtige Institutionen der Bundesrepublik in der Bevölkerung zeigt (siehe Abschnitt 2) und an einer gewissen Routinisierung von Handlungsmustern. Dazu gehört auch ein »demokratieverträgliches Austragen von Interessenkonflikten« (Holtmann 2009: 8), die v. a. in der Folge größerer sozialstaatlicher Reformprojekte wie der Agenda 2010 zu beobachten sind. Damit einher gehen jedoch Tendenzen einer wachsenden gesellschaftlichen Spaltung, die zum einen durch Zunahme an Niedriglohnbeschäftigung und Zeitarbeit (in Ost und West), zum anderen durch Konvergenz vieler ost- und westdeutscher Eliten in Parteien und Regierungsverantwortung zu erklären ist. Das führt auch zu einem »Einfrieren« der ökonomischen Konvergenz. Waren die ersten Jahre der Transformation geprägt von großen ökonomischen Aufholprozessen Ostdeutschlands, die sich auch in Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenzahlen und Investitionen zeigten, lassen sich diese Angleichungen schon Ende der 1990er Jahre nicht mehr so deutlich erkennen: »Von 1991 bis 2003 nahm in den Neuen Ländern die Produktivität schneller als in Westdeutschland zu. Die Konvergenz bei der Produktivität verlor aber schon Mitte der 1990er Jahre an Tempo, und in den 2000er Jahren kommt sie höchstens noch in Trippelschritten voran.« (IWH 2019: 8). So weisen die ostdeutschen Regionen in jener Zeit auch im Vergleich zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarn Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn einen deutlichen Vorsprung beim Bruttoinlandprodukt (BIP; je Einwohner) auf, allerdings ist Ostdeutschland seit dem Jahr 2000 im Schnitt deutlich langsamer gewachsen als die vier Visegrád-Staaten. Wie wir schon im vorherigen Abschnitt zeigen konnten, verläuft die Bruchkante der ökonomischen Entwicklung jedoch nicht immer ausschließlich entlang der ehemaligen innerdeutschen Ost-West-Grenze, sondern auch zwischen Süd und Nord oder Stadt und Land (IWH 2019).

Abb. 2: Bruttoinlandprodukt pro erwerbstätiger Person
Quelle: IWH 2019: 35.[2]

Vor dem Hintergrund dieser ökonomischen Entwicklungen verschärfen sich zwar auch die gesellschaftlichen Diskurse um Phänomene wie Zu- und Abwanderung (Migration und demografischer Wandel), Globalisierung und Digitalisierung sowie ihre Folgen, es bauen sich Unzufriedenheit und in Teilen der Gesellschaft durchaus auch Politikverdrossenheit auf, die schließlich zu einem Wandel des Parteiensystems (*dealignment*) führen – ein radikaler Pfadwechsel ist jedoch nach wie vor nicht zu beobachten.

2 Norddeutschland: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein; Süddeutschland: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen.

2.3 Folgen: Konvergenz und Disparität

Auch die Folgen der Wiedervereinigung lassen sich hinsichtlich verschiedener Dimensionen analysieren – am gebräuchlichsten ist neben der Frage nach subjektiven Einstellungen und Meinungen zu Lebensqualität und -zufriedenheit, sowie zahlreichen Partizipations- und Demokratiestudien, der Blick auf die vermeintlich objektiven Wirtschaftsdaten. Hier hat sich in den vergangenen 30 Jahren zweifellos eine Menge getan. Im Jahr 1990 betrug die durchschnittliche Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer nur 37 Prozent des westdeutschen Niveaus (BMWI 2020), die Produktivität pro Erwerbstätigen lag im Durchschnitt bei 45 Prozent des westdeutschen Werts. Im Jahr 2017 beträgt die Produktivität im Durchschnitt der Neuen Länder einschließlich Berlin immerhin 82 Prozent des westdeutschen Durchschnitts (IWH 2019). Es zeigt sich heute ökonomisch also ein deutlich anderes Bild, wie Tabelle 1 belegt.

Doch allen positiven Kennzahlen und der Emphase vieler Redebeiträge zum alljährlichen »Tag der deutschen Einheit« zum Trotz zeigen sich innerhalb Deutschlands auch nach 30 Jahren weiterhin Unterschiede – bei den subjektiv empfundenen Erfahrungen (siehe Abschnitt 3) ebenso wie bei vermeintlich objektivierenden Analysen wie z. B. dem »Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit« (z. B. BMWI 2020; BMWI 2019) oder dem »Sozioökonomischen Disparitätenbericht 2019« der Friedrich-Ebert-Stiftung, der den Titel »Ungleiches Deutschland« (Fink/Hennicke/Tiemann 2019) trägt.

Deren Cluster-Analysen zeigen aber auch, dass diese Disparitäten mitunter sehr wohl quer zu einer allzu stark dichotomisierenden Ost-West-Unterscheidung liegen: »Oftmals sind heute jedoch andere regionale Unterschiede von größerer Bedeutung, wie die zwischen strukturschwachen und -starken oder ländlichen und städtischen Regionen.« (BMWI 2020: 15) Mehr als 13,5 Millionen Bundesbürger*innen leben in Regionen mit schweren Strukturproblemen, sowohl in Ost- als auch West-Deutschland. In den dynamischen Boomregionen, z. B. im Süden, wiederum setzten steigende Lebenshaltungskosten und überlastete Infrastrukturen selbst Menschen mit mittlerem Einkommen unter Druck, resümieren die Autoren des Disparitätenberichts (Fink/Hennicke/Tiemann 2019). Ihre sogenannte Disparitätenkarte (Abb. 1) zeigt, dass Deutschland im Wesentlichen in fünf Raumtypen unterteilt werden kann (Fink/Hennicke/Tiemann 2019):

1) Deutschlands solide Mitte (ockerfarben): Sie bildet mit 32,8 Millionen Einwohner*innen in 187 Kreisen (46,5 Prozent der insgesamt 402 kreisfreien Städte und Landkreise) den mit Abstand größten Raumtyp. Es ist der Durchschnittscluster Deutschlands ohne besondere Abweichungen vom Bundesmittel – mit einer Ausnahme: Der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten ist hier im Bundesvergleich am geringsten. Die Perspektiven für die Erwerbs-

Tabelle 1: Ökonomische Leistungsfähigkeit im Bundesländervergleich 2019

Bundesland	Bevölkerung[1]	Erwerbspersonen[3]			Arbeitslose[5]		Bruttoinlandsprodukt[1]		
	in 1.000	in 1.000	Erwerbsquote[2] (in %)	Erwerbstätige[4] (in 1.000)	in 1.000	Quote (in %)	in jew. Preisen (in Mrd. €)	in jew. Preisen je Einwohner (in €)	(preisbereinigt, verkettet) Veränderung zum Vorjahr
Mecklenburg-Vorpommern	1.609	773	78,1	741	58	7,1	46,6	28.940	2,5
Brandenburg	2.516	1.257	80,8	1.213	77	5,8	74,3	29.541	0,8
Sachsen-Anhalt	2.200	1.054	79,5	1.005	81	7,1	63,5	28.880	0,2
Thüringen	2.137	1.050	80,6	1.010	59	5,3	63,9	29.883	0,2
Sachsen	4.073	2.007	81,9	1.927	116	5,5	128,1	31.453	0,5
Neue Länder[2]	12.535	6.141	80,2	5.896	544	6,4	376,4	30.027	0,6
Schleswig-Holstein	2.900	1.452	79,7	1.410	80	5,1	98,0	33.712	1,1
Hamburg	1.843	989	79,8	952	65	6,1	123,3	66.879	2,2
Niedersachsen	7.991	4.012	78,5	3.886	218	5,0	307,0	38.423	0,9
Bremen	683	339	75,8	322	36	9,9	33,6	49.215	0,2
Nordrhein-Westfalen	17.930	8.879	76,3	8.555	635	6,5	711,4	39.678	0,2
Hessen	6.276	3.222	78,5	3.122	150	4,4	294,5	46.923	1,1
Rheinland-Pfalz	4.090	2.075	78,7	2.017	98	4,3	145,0	35.457	–1,3
Baden-Württemberg	11.087	5.903	81,1	5.760	197	3,2	524,3	47.290	0,1
Bayern	13.097	6.996	81,6	6.849	212	2,8	632,9	48.323	0,5
Saarland	988	479	76,5	461	33	6,2	36,3	36.684	–0,6
Alte Länder	66.885	34.346	79,0	33.334	1.723	4,7	2.906,1	43.449	0,4
Berlin	3.653	1.918	79,2	1.814	153	7,8	153,3	41.967	3,0
Deutschland	83.073	42.405	79,2	41.044	2.267	5,0	3.435,8	41.358	0,6

1 Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder«; Berechnungstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019/Februar 2020.
2 Bei Arbeitslosenzahlen, Erwerbsquote, Industrieumsätzen, -betrieben, Beschäftigten, Exportquote: neue Länder (einschließlich Berlin).
3 Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Erwerbslose) im Alter von 15 bis 65 Jahren (aktualisierte Stichprobe auf Basis des Zensus 2011. Personen in Privathaushalten); Erwerbsquote = Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Erwerbslose gemäß ILO-Konzept) an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre).
4 Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Bundesländern, Ergebnisse des Mikrozensus 2017. Ab 2016 aktualisierte Stichprobe auf Basis des Zensus 2011, die Ergebnisse sind nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Bundesland	Industrieumsätze[6]		Industriebetriebe je 100.000 Einwohner	Beschäftigte je Industriebetrieb	Exportquote[6, 7] (in %)	Öffentliche Kennzahlen			
	in Mrd. €	*Veränderung zum Vorjahr (in %)*				*Steuerdeckungsquote[8] (in %)*	*Personalausgabenquote[8] (in %)*	*Investitionsquote[8]*	*Zinsausgabenquote[8]*
Mecklenburg-Vorpommern	15,2	1,8	48	85	35,1	61,9	24,4	17,8	2,5
Brandenburg	27,3	0,8	50	81	30,8	68,4	24,4	18,8	2,2
Sachsen-Anhalt	42,9	–0,2	66	93	30,1	64,0	23,2	14,5	3,1
Thüringen	36,2	–0,5	81	101	35,1	67,6	23,7	13,7	3,0
Sachsen	67,6	–1,6	78	91	36,7	68,9	24,6	14,9	0,6
Neue Länder[2]	216,0	0,0	57	93	36,6	66,9	24,7	15,8	2,3
Schleswig-Holstein	37,4	1,1	45	103	37,3	75,5	32,8	11,7	3,1
Hamburg	78,3	–1,8	24	204	31,7	80,3	29,2	10,1	2,8
Niedersachsen	220,3	1,1	50	145	47,1	79,6	37,5	4,7	2,9
Bremen	35,0	–6,1	47	162	63,1	56,5	30,7	10,2	10,4
Nordrhein-Westfalen	351,9	–1,7	59	120	44,6	79,1	34,6	10,7	2,6
Hessen	123,6	1,9	44	148	54,7	81,4	34,6	6,7	3,0
Rheinland-Pfalz	98,3	–7,2	55	134	54,4	75,4	36,3	5,4	2,6
Baden-Württemberg	369,9	–0,2	77	156	55,2	74,4	33,0	8,3	2,2
Bayern	381,9	1,5	58	174	54,3	79,2	35,9	11,6	0,8
Saarland	27,3	–4,0	47	189	49,5	73,3	36,4	9,2	7,0
Alte Länder	1.723,8	–0,5	57	146	50,3	78,8	35,0	9,3	2,5
Berlin	26,9	3,6	21	116	55,7	58,8	31,2	10,1	3,8
Deutschland	1.938,8	–0,4	57	136	48,8	77,0	33,9	10,5	2,6

5 Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslose nach Rechtskreisen: Datenstand: Juni 2020, Jahresdurchschnitt 2019; neue Länder mit Berlin, alte Länder ohne Berlin.
6 In Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr tätigen Personen.
7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.
8 Anteil an Gesamtausgaben im Länderhaushalt (nur Kernhaushalte der Länder, ohne Extrahaushalte, ohne Gemeinden, ohne Zweckverbände); statt Deutschland: Länder zusammen; BMF, Stand: August 2020.
9 Bezogen auf Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreise »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« und »Erwerbstätigenrechnung«, Bundesministerium der Finanzen und BMWI 2020.

tätigkeit der Zukunft könnten sich hier mit zunehmender Distanz zu den großstädtischen Arbeitsmärkten zum Risiko entwickeln. In Westdeutschland ist die solide Mitte weitflächig verbreitet und umfasst ländlich und städtisch geprägte Räume, teilweise mit hohen Schuldenlasten. In Ostdeutschland beschränkt sie sich auf die Pendlereinzugsbereiche Berlins, deren Zukunftsperspektiven sich laut der Studie durch die hohe Strahlkraft der Hauptstadt jedoch eher weiter verbessern dürften.

2) Die dynamischen Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr (grün): Hier leben rund 22,7 Millionen Bundesbürger*innen in insgesamt 78 Kreisen. Außergewöhnliche Verdienstmöglichkeiten auf zukunftsfähigen Arbeitsmärkten und eine sehr gute soziale, kulturelle und technische Infrastruktur zeichnen diesen Raumtyp aus. Einerseits ist die Bevölkerung zwar allgemein besser versorgt als in den meisten anderen Regionen Deutschlands. Andererseits zeigen sich aber spezifische Probleme, Unterversorgungen und somit innerhalb des Raumtyps auch starke Disparitäten: Ressourcenschwache Haushalte, in denen vergleichsweise viele Kinder leben, seien zunehmend von Exklusion und Verdrängung bedroht. Zudem leben mehr ältere Mitbürger*innen in Armut als in anderen Raumtypen. Auch Indikatoren wie die Lebenserwartung und Schulden variieren hier innerhalb der Regionen stark.

3) Das starke (Um-)Land (hellgrün): Historisch gewachsene Lagevorteile und die Nähe zu den attraktivsten Arbeitsmärkten im Süden Deutschlands, aber auch im Umland prosperierender Großstädte Westdeutschlands prägen diesen Cluster. Armutsgefährdung und Schuldenlast sind außerordentlich gering, Bruttogehälter, Lebenserwartung und Wahlbeteiligung deutschlandweit am höchsten, wenngleich die Infrastruktur (z. B. Anzahl Breitbandanschlüsse) oder auch die medizinische Versorgung (z. B. Anzahl der Hausärzt*innen) oftmals größere Lücken aufweist.

4) Die städtisch geprägten Regionen im andauernden Strukturwandel (rot): In diesem Raumtyp (22 Kreise mit 5,4 Millionen Einwohner*innen) finden sich wenige altindustriell geprägte Kommunen im Ruhrgebiet, im Saarland und in Rheinland-Pfalz sowie in Bremen und Bremerhaven. Die Armut von Kindern und älteren Menschen ist hier besonders hoch, während die medizinische Versorgung jedoch sehr gut ausfällt.

5) Die ländlich geprägten Räume in der dauerhaften Strukturkrise (rosa) bilden zusammen mit den städtisch geprägten Regionen im andauernden Strukturwandel (lila) diejenigen Kreise Deutschlands mit der problematischsten Entwicklung. Die Ursachen der Strukturprobleme sind jedoch in beiden Raumtypen sehr unterschiedlich: Während die städtisch geprägten Regionen im Westen des Landes den Bedeutungsverlust altindustrieller Wirtschaftszweige (z. B. Bergbau, Schiffbau und Schwerindustrie) zu bewältigen haben, erken-

nen Fink/Hennicke/Tiemann in den vornehmlich ländlich geprägten Regionen Ostdeutschlands die Ursachen durchaus in der deutschen Wiedervereinigung bzw. im nachfolgenden Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige und Arbeitsmärkte der ehemaligen DDR. Hier sei es in beiden Regionen – und damit sowohl in Ost- wie Westdeutschland – trotz einiger vielversprechender Ansätze bislang nicht gelungen, für die Breite der Gesellschaft neue Perspektiven zu entwickeln. Noch leben in diesen beiden Raumtypen insgesamt 13,6 Millionen Menschen. Allerdings deutet der Trend darauf hin, dass die Bevölkerung beider Raumtypen weiter abnehmen wird.

Betrachten wir also die ökonomischen Folgen, scheint die Einheit bei Weitem noch nicht abgeschlossen zu sein, wenngleich eine feingliedrigere Analyse manches relativiert. Blicken wir beispielsweise auf das BIP je erwerbstätiger Person und vergleichen diesen gängigen Wert für Produktivität auf der Ebene von Kreisen und Städten im gesamten Bundesgebiet (vgl. laufende Raumbeobachtung des BBSR), finden sich weitere Belege sowohl für die These der »heterogenen Disparität« als auch für die der wachsenden Anpassung von Ost und West:

»An der Spitze stehen mit einem Wert von über 100.000 Euro die Standorte großer Chemie-, Pharma- und Automobilunternehmen. In Kreisen mit dominierender Automobilbranche in Oberbayern und Niedersachsen ist das BIP mit Werten zwischen 133.000 und 164.000 Euro besonders hoch. Ein unterdurchschnittliches BIP zwischen 50.000 und 60.000 Euro weisen vor allem periphere und altindustriell geprägte Räume sowie viele Kreise in den neuen Ländern auf. Dazu gehören auch Städte im Ruhrgebiet sowie Kreise an den Küsten und in den Mittelgebirgen. Betrachtet man zudem die Veränderung seit 2000, haben Baden-Württemberg und Bayern die Produktivität in den Jahren 2000 bis 2017 am stärksten gesteigert, jedoch bereits gefolgt von allen fünf neuen Bundesländern.« (BMWI 2020: 19)

Sind obige Befunde Wirkungen der Einheit? Das ist schwer einzuschätzen. Kausalitäten herzuleiten scheint daher allzu vermessen. Aber als Folge von Transition und Transformation sind die ökonomischen Entwicklungen sehr wohl zu betrachten. Sie hinterlassen ein gemischtes Bild aus Konvergenz und Disparität. Diese Disparitäten, die z. B. Bürger*innen in den ländlich geprägten Räumen in der dauerhaften Strukturkrise ganz konkret als Ausdünnung von Infrastrukturangeboten und als Unterversorgung mit öffentlichen Gütern erfahren, bergen jedoch ein Gefährdungspotenzial für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Ost und West, Nord und Süd. Gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen ist eine gesamtdeutsche Aufgabe – kulturelle Differenzen zu erhalten ebenso.

dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr
starkes (Um-)Land
Deutschlands solide Mitte
ländlich geprägte Räume in der dauerhaften Strukturkrise
städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel
Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen (ohne Daten für kommunale Finanzen)

Abb. 3: Disparitätenkarte

Quelle: Fink/Hennicke/Tiemann (2019).

3. Vereinigung durch Institutionentransfer: Pfadabhängigkeit und Reformfähigkeit

3.1 Westgesteuerter Transformationsprozess

Die Transition der ehemaligen DDR ist zwar ein Sonderfall; sie hat jedoch auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten mit den Übergangsprozessen in den anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern. Dazu zählt v. a., dass gleichzeitig das wirtschaftliche und das politische System transformiert werden musste, was unerhörte Veränderungen im Lebenswandel der Individuen zur Folge hatte (vgl. Beyme 1994: 80ff.).

Bei allen Ähnlichkeiten: Im Vergleich mit den Transformationsprozessen in den mittel- und osteuropäischen Staaten scheint die ehemalige DDR als ein »privilegierter« oder sogar »extremer Sonderfall« (Wiesenthal 1995: 8). Kennzeichnend dafür ist, dass die ostdeutschen Akteure nicht aus eigenen Kräften und über kontroverse Entscheidungen langsam einer offenen Veränderungssituation zustreben mussten. Stattdessen ermöglichte der Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland binnen kurzer Zeit – was gleichbedeutend war mit Institutionen-, Finanz- und Personaltransfer –, die institutionellen Fesseln des alten Systems zu überwinden. Zwar taumelte auch Ostdeutschland ähnlich wie seine osteuropäischen Nachbarn recht bald in eine tiefe Transformationskrise, diese hatte jedoch ob der umfänglicheren Ressourcen, die zu ihrer Bewältigung zu Verfügung standen, andere Konsequenzen. Der Umstand, dass die Transformation in der ehemaligen DDR durch zielgerichtete Integration im Sinne des Beitritts nach Artikel 23 des Grundgesetzes durch die Vorgaben der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (WWSU) bewältigt wurde, bedeutete, dass strukturähnliche und niveaugleiche Ergebnisse wie in Westdeutschland angestrebt werden sollten. Angesichts der Dominanz der externen Pfadabhängigkeit der ostdeutschen Transitionsprozesse dominiert in der theoretisch-normativen Forschung die These von der nachholenden Modernisierung Ostdeutschlands. Hierzu pointiert Zapf/Habich: »Unter Transformation verstehen wir Modernisierungsprozesse, deren Richtung Akteuren und Beobachtern prinzipiell bekannt ist, nämlich die nachholende Entwicklung der Institutionen von Demokratie, Marktwirtschaft und Wohlstand sowie die Ausbildung entsprechender Einstellungen und Verhaltensweisen« (Zapf/Habich 1996: 329).

Ein Schlüsselbegriff, der das spezifische Zusammenfallen von Transformation und Integration in der ehemaligen DDR für die Politikwissenschaft heuristisch orientiert, ist der von Gerhard Lehmbruch eingeführte Terminus des Institutionentransfers: Darunter versteht er »die Übertragung der politisch regulierten Institutionen der alten Bunderepublik auf die ehemalige DDR« (Lehmbruch 1993: 41). Lehmbruch deutet dieses Vorgehen nicht als »Kolonialisierung«, sondern als

eine sicherheitsorientierte Krisenstrategie der westdeutschen Akteure. Mittels einer Art Problemvereinfachung versuchte die deutsche Politik in einer »eigentümlichen Verbindung von Improvisation und institutionellem Beharrungsvermögen« (Lehmbruch 1990: 463) eine überkomplexe Entscheidungssituation zu bewältigen, die durch ein ungewöhnlich hohes Informationsdefizit, durch Unsicherheit und Entscheidungsdruck geprägt war. Lehmbruch geht davon aus, dass die Akteure unter diesen Bedingungen ohne den Rückgriff auf ihr in der Vergangenheit ausgebildetes strategisches Repertoire überfordert gewesen wären. Mit anderen Worten: Die Situation ließ den Akteuren zwar keine Chance zur Alternative, aber zugleich haben sie durch ihr strukturkonservatives Vorgehen Folgeprobleme in Gestalt nicht überschaubarer Kosten und Integrationsprobleme wissentlich in Kauf genommen.

Da auch der Begriff des Institutionentransfers, ähnlich wie der Transformationsbegriff, zur analytischen Unschärfe tendiert, schlägt sein »Erfinder« vor, zwischen Teilsystemen, Sektoren und Phasen zu unterscheiden: Denn je nachdem, in welchem Sektor die Institutionenbildung und der Institutionentransfer stattfindet, ist dieser unterschiedlich schnell, tief und folgenreich verlaufen. Lehmbruch selbst unterteilt den Transitionsprozess in zwei Phasen: eine erste Phase der Steuerung und eine zweite der Eigendynamik. In der ersten Phase fielen die wesentlichen Entscheidungen »in einem stark zentralisierten und personalisierten Entscheidungssystem« (Lehmbruch 1994: 21). Die Grundsatzentscheidungen dieser Phase entsprachen dem Problembewusstsein der westdeutschen Akteure. Sie deckten sich aber auch mit den artikulierten Interessen der Mehrheit der Ostdeutschen. Zugleich passten sie nur unzureichend auf die spezifischen ostdeutschen Verhältnisse mit ihren gänzlich anderen Bedingungen. Neben der Dominanz der westdeutschen Akteure in einem sektoral segmentierten Entscheidungssystem habe der Partikularismus der interessenpolitischen Akteure dazu beigetragen, dass die Steuerungsfähigkeit der transferierten Institutionen drastisch zurückgegangen und eigendynamische Prozesse zugenommen hätten. Da die westdeutschen Institutionen als »politisch regulierte« auch einer sozialen und kulturellen Einbettung bedürfen, die im Westen über viele Jahre gewachsen ist, konzentriert sich die politikwissenschaftliche Forschung auf die Frage, ob und wie diese Einbettung als prozesshafte und konfliktorische Entwicklung nachgeholt werden kann.

Wegen der eigendynamischen Prozesse muss auch die Transitionsforschung die Prozesse der nicht intendierten Folgen des linearen Institutionentransfers berücksichtigen. Dabei geht es um Akzeptanzprobleme, aber auch darum, dass sich bestimmte Institutionen schlicht als inadäquat oder ineffektiv erweisen können. Dies wiederum öffnet den Blick für die Frage nach den konkreten Bedingungen der sektoralen Institutionengenese, ihren Alternativen sowie der kompara-

tiven Dimension. Anfangs schien der Institutionentransfer nicht kontrovers; er besaß die Legitimation von unten. Erst im Zeitverlauf erodierte diese Akzeptanz. Widersprüchlich scheinen in diesem Kontext jene Thesen zu sein, die von einer Kolonialisierung[3] oder einer »Architektur der Unterkomplexität« (Landfried 1995: 31) ausgehen und damit argumentieren, dass eine umfassende Steuerung der Akteure, die von vornherein die nicht intendierten Folgen mit einbezieht, hätte geleistet werden können. Beide Perspektiven überschätzen die intentionale Steuerungsfähigkeit der Akteure. Zwar ist es rückblickend zutreffend, von einem »Siegeszug kontextfremder und z. T. historisch obsoleter Politikerfahrungen, Situationsdeutungen und Interessendefinitionen« (Wiesenthal 1995: 24) zu sprechen; gleichwohl impliziert die These vom unterkomplexen Handeln, dass angesichts der Dimension des Einigungsprozesses die Steuerungsmöglichkeiten der Akteure überschätzt und ihre realen Steuerungsleitungen unterschätzt werden (vgl. Bulmahn 1996: 24). Trotzdem bedeutet der lineare Institutionentransfer, den Wiesenthal als eine »umfassende und irreversible Startprogrammierung« (Wiesenthal 1995: 10) begreift, dass im Vergleich mit den anderen mittel- und osteuropäischen Transformationsländern die Unternehmen schneller mit den Bedingungen des Weltmarktes konfrontiert wurden, die Lebensbedingungen der Bürger*innen sich umfassender und forcierter veränderten und die Institutionen sich ihr soziales und politisches Umfeld erst schaffen mussten. Von der irreversiblen Verzahnung der ostdeutschen mit den westdeutschen Institutionen gehen jedoch nicht nur Vorteile aus: Vermutlich ergeben sich daraus v. a. solche Integrations- und Steuerungsprobleme, die mit ihrem Ursprungskontext korrelieren und angesichts disparater Rahmenbedingungen verhindern, dass auf unerwartete Problemlagen mit kontextadäquaten Instrumenten flexibel reagiert werden kann.

Damit sind wir bereits mitten in der Debatte über die Dritte Dimension der Konsolidierungsproblematik angelangt. Neben der Determinismus- und der zeitlich-prozesshaften Dimension kommt den spezifisch deutschen Problemen des Verhältnisses von exogenen (West) und endogenen (Ost) Einflussfaktoren eine wichtige Rolle zu. Die gelingende Integration in das westdeutsche Modell hängt sowohl von westdeutschen Ressourcen und Strategien als auch von der kreativen ostdeutschen Rezeption und Weiterentwicklungsarbeit ab. Beide Einflussebenen zusammen schaffen erst die spezifisch ostdeutsche Amalgamierung, deren Ergebnisse nur begrenzt planbar sind. Trotzdem ist der Faktor der Steuerungsfähigkeit nicht einfach durch den der Eigendynamik zu ersetzen: Beobachtbar ist eine primär situative oder auch reaktive Steuerung. Ob die Akteure im Spannungsverhältnis von Ost und West die dafür notwendige flexible Routine entwickeln, entscheidet maßgeblich darüber, ob und wie der Konsolidierungsprozess stattfindet.

3 Vgl. Dümcke/Vilmar 1995; kritisch zur Kolonialisierungsthese: Bulmahn 1996: 21f.; Brie 1994: 8ff.

Die sozialwissenschaftliche Debatte über die allgemeine Bewertung des Einigungsprozesses fällt auch drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall noch gegensätzlich aus. Nicht zuletzt wegen der rechtspopulistischen Stärke in Ostdeutschland wurde die an der sozioökonomischen Front sich abarbeitende Kontroverse von einer im Wesentlichen gelungenen nachholenden Modernisierung Ostdeutschlands und ihre komplementäre Gegenthese, der zufolge der Institutionentransfer als misslungen betrachtet werden müsse, da die Angleichung der Lebensverhältnisse noch lange nicht vollendet sei und auch in absehbarer Zeit nicht gelingen werde, relativiert. Denn mittlerweile flossen wieder auch verstärkt soziokulturelle Aspekte mit in die Debatte ein. Trotzdem: Welche Argumente sprechen dafür, dass der Institutionentransfer gelungen ist? Die Optimisten gehen davon aus, dass die Vereinigung bisher deshalb erfolgreich verlaufen sei, weil der Institutionentransfer schnell und effizient vollzogen wurde, die Angleichung der Lebensbedingungen weit fortgeschritten ist und somit die Gewinne der Einheit die Verluste dominieren (vgl. Zapf/Habich 1996: 329). Demgegenüber führen die Skeptiker, nunmehr doch auch stark an soziokulturellen Argumenten orientiert, an, dass die transferierten Institutionen den Ostdeutschen übergestülpt wurden, und mit deren Lebenswelt wenig zu tun hätten, also abgekoppelt seien. Der Akt der »Landnahme« sei dafür verantwortlich, dass ein »Gefälle der Unsicherheit« (Geißler 1995: 126) und ein neuer »regionaler Verteilungskonflikt« (ebd.: 132) zwischen Ost und West entstanden sei. Zwar habe der Institutionentransfer eine schnelle Systemintegration bewirkt, dies jedoch bisher zu keiner wirklichen Sozialintegration geführt. Andere monieren, dass zwar ein formal erfolgreicher Institutionentransfer festzustellen sei, dass aber die weitere Orientierung zu sehr auf die alten Westdeutschen und zu wenig auf die neuen internationalen Herausforderungen abgestellt seien.

3.2 Institutionenvertrauen

Politische Herrschaft sowie die Funktionsbedarfe von Gesellschaften werden durch Institutionen vermittelt. Insofern ist es plausibel, dass den Beitritt Ostdeutschlands zur Bundesrepublik ein umfassender Institutionentransfer flankierte. Dabei wurden die transferierten Institutionen durch die Bevölkerung ohne eigene Erfahrungen mit ihrem Funktionieren von einem gewaltigen Vertrauensvorschuss begleitet. In diesem Sinne war die Startprogrammierung in Ostdeutschland durch die Hoffnung geprägt, dass die transferierten Institutionen wirklich im erwarteten und gewünschten Sinne funktionieren mögen. Kurzum: Das Institutionenvertrauen ist eine maßgebliche Achse der Legitimität und Akzeptanz des politischen Systems. In der Stunde der Startprogrammierung war dieses Vertrauen hinreichend stark präsent.

Die Kategorie des Vertrauens für funktionierende politische Herrschaft spielt auch in der politischen Theorie eine herausragende Rolle. Bereits Thomas Hobbes und John Locke reflektierten ihre grundsätzliche Bedeutung. Während es bei Hobbes v. a. um das Vertrauen zwischen Personen ging, entwickelte Locke schon eine Perspektive, die von zwei Vertrauensbeziehungen ausging: einerseits der zwischen Volk und König bzw. Regierung und andererseits der zwischen Volk und Parlament (vgl. Höhne 2006: 35).

In der modernen Forschung zu den Strukturen des politischen Systems sind die Überlegungen des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Easton (1975) von großer Bedeutung. Er spricht vom »politischen Vertrauen«. Sein Konzept adressiert drei Dimensionen: 1) die politische Gemeinschaft (z. B. Staatsbürger Deutschlands), 2) die politische Ordnung (z. B. Freiheit, Gleichheit, Grundrechte; nicht parteiliche Institutionen wie Parlament, Justiz) und 3) die politischen Herrschaftsträger (z. B. Politiker*innen, Parteien). Interessensorganisationen und zivilgesellschaftliche Akteure wie Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Verbände können in diesem Schema nicht direkt zugeordnet werden, da sie unter der Berücksichtigung ihrer Mitglieder Forderungen an das System stellen, ohne im engeren Sinne zu diesem System zu gehören (vgl. Höhne 2006: 27). Unter anderem deshalb wurde Eastons Konzept in späteren Publikationen weiterentwickelt und modifiziert (vgl. Westle 1989; Fuchs 1989; Gabriel 1995; Norris 1999).

Weiter unterscheidet Easton (1975) zwischen offener und verdeckter Unterstützung. Mit der offenen Unterstützung sind alle beobachteten Formen politischen Handels gemeint. Verdeckte Unterstützung erfasst Einstellungen, wobei spezifische und diffuse Unterstützungen unterschieden werden. Die spezifische oder kurzfristige Unterstützung bezieht sich auf einzelne konkrete Ergebnisse in den Politikfeldern, wohingegen die diffuse Unterstützung in allen drei Unterstützungsdimensionen des politischen Systems wirken. Ihre Veränderungsdynamik vollzieht sich über eine längere Zeit. Aus der diffusen Unterstützung kann sich eine stabile Akzeptanz des politischen Systems ergeben, v. a. dann, wenn sie auf einer eingeübten und verinnerlichten Identifikation mit der politischen Gemeinschaft basiert (vgl. Decker u. a.: 10).

Für das Vertrauen in das politische System, insbesondere den Staat, spielt es eine Rolle, wie etabliert, anerkannt und verlässlich der Staat reguliert und »liefert«. Insofern gelten in Transformationsgesellschaften noch einmal andere Regeln, wie wir nicht zuletzt aus der vergleichenden Transformationsforschung wissen (Kollmorgen/Merkel/Wagener 2015). Vertrauen wächst grundsätzlich aus Erfahrungen mit dem Handeln anderer. Großes Vertrauen wird meist nahestehenden Personen entgegengebracht, Fremden gegenüber, zu denen uns nötige Informationen und Erfahrungswerte fehlen, nicht. Die ostdeutsche Gesellschaft gewährte den westdeutschen Institutionen einen Vertrauensvorschuss, der drei Wurzeln hatte: ers-

tens die Negation des eigenen politischen Systems mit seinen tragenden politischen Institutionen, zweitens die Hoffnung, dass die westdeutschen Institutionen so wirken wie im Westen und mithin Wohlstand und Freiheit als fairen Prozess auch im Osten generieren und drittens ergab sich mit der Absage an das etablierte DDR-Regime und der Anerkennung der eigenen Orientierungs- und Handlungsschwäche eine gewisse Engführung auf die quasi paternalistische Orientierung einer alternativlosen Akzeptanz des westdeutschen Systems.

Diese Überlegungen können zwar erklären, warum der westgesteuerte, reformlose Institutionentransfer als Startprogrammierung funktionierte, und es dagegen keinen Widerstand gab. Sie können aber nicht erklären, ob und wie der nachholende Prozess der Aneignung fremder Institutionen funktioniert. Wenn man davon ausgeht, dass Institutionen nicht unabhängig von ihrer Akzeptanz funktionieren können, dann sind weitere Überlegungen notwendig. In diesem Kontext ist nicht zuletzt zu berücksichtigen, dass Vertrauen nach Putnam (1993) als zentraler Inhalt des Sozialkapitals die Voraussetzung dafür ist, dass Menschen kooperieren können. Folglich hilft Vertrauen dabei, Probleme des kollektiven Handelns zu lösen (vgl. Decker u. a.: 8).

Die Demokratien unserer Zeit basieren auf dem Prinzip der Repräsentation, weshalb die Mehrheit der Bevölkerung den Politiker*innen, Parteien und Institutionen vertrauen sollte, um deren Handlungsfähigkeit zu legitimieren. Politiker*innen, Parteien und Institutionen benötigen einen gewissen Vertrauensvorschuss der Bürger*innen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können (vgl. Höhne 2006: 41). Enttäuschen sie die Bevölkerung, verlieren sie das in sie gesetzte Vertrauen, was ihre Legitimation und letztlich die Stabilität des politischen Systems gefährdet. An dieser Stelle treffen wir auf die Kategorie, die wir als zentral erachten für unsere Überlegungen zur Leistungsfähigkeit des politischen Systems: das Institutionenvertrauen. Gemeint ist damit der Grad an Vertrauen, den die Bevölkerung bestimmten Institutionen entgegenbringt. Wir haben es hierbei mit einer über bestimmte Einstellungsfragen zu messenden Dimension zu tun, die das Vertrauensniveau unterschiedlicher Institutionen in eine komparative Perspektive bringen kann. Sie kann aber auch, und das ist wesentlich wichtiger, abbilden, wie sich das Vertrauensniveau einer Institution im Zeitverlauf verändert.

Das Vertrauen kann über den Kontakt zu Institutionen entstehen, wobei keine Rolle spielt, ob es sich um persönlichen Kontakt oder den Kontakt über Dritte, beispielsweise Medien, handelt (vgl. ebd.: 43). Daraus folgt, dass das Vertrauen in Institutionen durch Erfahrungen mit diesen bedingt ist. Es ist kein spezifisches Wissen über die jeweilige Institution und ihre Verfahrensweise nötig. Dem Bundestag können Bürger*innen beispielsweise aufgrund der ihn leitenden Normen und Prinzipien vertrauen, ohne über umfangreiche Kenntnisse seiner Verfahrensweise zu verfügen (vgl. ebd.: 45).

Wenngleich die Anzahl der Veröffentlichungen zum Institutionenvertrauen in Bezug auf die Entwicklung seit der Wiedervereinigung recht hoch ist, fehlen doch durchgehende empirische Belege, die auf der gleichen Bemessungsgrundlage aufbauen (mal gibt es bei einer Befragung nur zwei Antwortmöglichkeiten: Vertrauen und kein Vertrauen, mal Abstufungen in Vierer-, Fünfer- oder Siebenerskalen usw.). Oftmals fehlt eine Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland und es wird lediglich Gesamtdeutschland erfasst. Es ergibt sich eine lückenhafte Datengrundlage, aufgrund derer es schwer fällt, eine genaue Entwicklung des Institutionenvertrauens seit der Wiedervereinigung zu skizzieren. Gleichwohl sind Tendenzen erkennbar, die im Folgenden herausgearbeitet werden.

Basis der folgenden Reflexionen sind die von Allensbach zwischen 2015 und 2019 erhobenen Einstellungen der Bürger*innen zu zehn relevanten Institutionen,[4] wobei lediglich die Bundesregierung und die Gesetze als Institutionen des politischen Systems im engeren Sinne identifiziert werden können, während die anderen Institutionen im weiteren Sinne von Relevanz sind. Hinzu kommen wirtschaftliche Akteure wie die mittleren und kleinen Unternehmen sowie die großen Wirtschaftsunternehmen (siehe Tabelle 2).

Das Institutionenvertrauen differiert zwischen den Institutionen und in den meisten Feldern zwischen Ost und West, v. a. im Bereich politischer und politiknaher Institutionen. Feststellbar ist, dass Polizei, Gerichte und Gesetze sowohl in Ost und West vergleichsweise hohe Vertrauenswerte auf sich ziehen können, während die Bundesregierung selbst deutlich hinter diesem Niveau zurückbleibt und ihre Vertrauenswerte vor Corona sogar von Jahr zu Jahr sanken. Starke Divergenzen können wir auch im zivilgesellschaftlichen Bereich (Kirchen, Zeitungen) zwischen Ost und West beobachten. Im Zeitverlauf ist seit der Wiedervereinigung bei fast allen Institutionen sowohl für Ost und West eine Steigerung des jeweiligen Vertrauensniveaus erkennbar, das in den hier abgebildeten Zahlenreihen (2015–2019) kaum mehr zu Buche schlägt. Generell ist der Anteil an Personen, die den parteilichen Institutionen (z. B. Regierung, Parlament, Parteien) vertrauen, deutlich geringer als die Vertrauenswerte für überparteiliche Institutionen

4 Seit 2010 führt das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Roland Rechtsschutz-Versicherungs-AG jährlich bevölkerungsrepräsentative Befragungen zur öffentlichen Meinung zum deutschen Rechtssystem und ausgewählten rechtspolitischen Schwerpunktthemen durch. Für die Jahre 2015, 2017, 2018 und 2019 wurden dabei Daten zum Institutionenvertrauen der Bevölkerung erhoben, auf die sich die folgenden Ausführungen beziehen. In den einzelnen Jahren wurden jeweils 1.200 bis 1.400 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahren geführt. Die im Roland Rechtsreport (hier: 2016, 2018, 2019 und 2020) veröffentlichten Daten zum Institutionenvertrauen liefern damit die homogenste augenblicklich durchgeführte Befragung zu diesem Thema und enthalten dabei die für unsere Studie so wichtige Differenzierung zwischen ost- und westdeutschen Bevölkerungsteilen.

(z. B. Justiz, Polizei). Eine Ausnahme bilden die zivilgesellschaftlich intermediären Institutionen (Kirche, Zeitungen). Das hängt wohl damit zusammen, dass parteilichen Institutionen zugesprochen wird, nur im Sinne ihrer Mitglieder*innen und Wähler*innen zu handeln, wohingegen von Polizei und Justiz erwartet wird, dass sie im Interesse aller Bürger*innen handeln (vgl. Decker u. a.: 11).

So leidet die Bundesregierung seit mehreren Jahren unter geringen Vertrauenswerten, wobei zugleich größere Schwankungen als bei den meisten anderen Institutionen feststellbar sind. Dementsprechend pendelte der Anteil derer, die der Bundesregierung großes Vertrauen entgegenbringen, zwischen 2005 und 2013 etwa zwischen 16 und 54 Prozent (vgl. Roland Rechtsreport 2020). Seit 2013 – vor der Corona-Krise – ist das Vertrauen in die Regierung kontinuierlich gesunken: Zwischen 2013 und 2018 ging das Vertrauen in die Arbeit der Bundesregierung von 54 auf 29 Prozent zurück (vgl. ebd.); zuletzt erholte sich dieser Wert auf etwa 33 Prozent und er erreichte in der Corona-Krise wieder relativ hohe Werte. Aber für unseren Zusammenhang sind nicht nur die relativ geringen Werte jenseits der Krise zu berücksichtigen, sondern insbesondere die signifikanten Differenzen zwischen Ost und West, die unabhängig von der Gesamtwetterlage relativ stabil auf einem hohen Niveau liegen. Im Zeitraum zwischen 2015 und 2019 lagen die Vertrauenswerte in Ostdeutschland bei den Zeitungen (47), den Kirchen (25), der Bundesregierung (25) und den Verwaltungen (22) zwischen 22 und 47 Prozent und damit unter den durchschnittlichen Westwerten in dieser Zeit.

Auffallend ist, dass sich das Ansehen der Verwaltung in Deutschland deutlich positiver entwickelt hat als das der Regierung: Zugleich liegen auch in diesem Feld die Werte in Ost- und West deutlich auseinander; wie übrigens auch beim Rechtssystem. 71 Prozent der westdeutschen Bevölkerung, aber nur 64 Prozent der Ostdeutschen haben großes Vertrauen in die Gesetze des Landes. Den Gerichten sprechen 67 Prozent im Westen des Landes, aber nur 56 Prozent im Osten ihr Vertrauen aus. Die Ergebnisse sind Belege dafür, dass sich die unterschiedlichen historischen Erfahrungen in Ost und West auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung weiterhin in den grundsätzlichen Einstellungen zum Staat und seinen Institutionen widerspiegeln (vgl. ebd.).

Dagegen besteht eine große Ähnlichkeit in den Einstellungen gegenüber den marktbezogenen Akteuren. Fast identisch sind die Vertrauenswerte in Ost und West zu den Unternehmen, wobei sowohl im Osten wie auch im Westen große Vertrauensdifferenzen hinsichtlich der Größe der Unternehmen bestehen: Während das Vertrauen in die mittleren und kleineren Unternehmen so stark ausgeprägt ist wie gegenüber keinem zweiten Akteur, fällt das Vertrauen in die großen Unternehmen eher gering aus. So vertrauen in den letzten Jahren im Schnitt etwas mehr als 80 Prozent den kleineren und mittleren Unternehmen, aber nur rund 30 Prozent den großen Unternehmen. Der Trendverlauf zeigt, dass die gute

Tabelle 2: Institutionenvertrauen: Divergenzen und Angleichungen

Jahr	*Region*	*Institution*									
	in %	*Mittlere und kleinere Unternehmen*	*Polizei*	*Gesetze*	*Gerichte*	*Gewerkschaften*	*Zeitungen*	*Verwaltung*	*Bundesregierung*	*Kirche*	*Große Wirtschaftsunternehmen*
2015	*West*	81	75	72	68	45	42	51	43	36	27
	Ost	81	62	56	58	44	23	36	33	34	27
2017	*West*	79	77	71	65	46	46	45	35	36	32
	Ost	74	65	58	60	42	27	34	27	28	41
2018	*West*	84	75	67	65	46	50	47	31	30	32
	Ost	85	68	54	55	40	24	36	21	19	36
2019	*West*	81	77	71	67	52	51	49	34	33	31
	Ost	81	68	64	56	44	27	40	28	23	33
Mittelwert (in %)	*West*	81	76	70	66	47	47	48	36	34	31
	Ost	80	66	58	57	43	25	37	27	26	34
Differenz in Prozentpunkten		1,23	13,16	17,14	13,64	8,51	46,81	22,92	25,00	23,53	8,82

Quelle: Eigene Darstellung nach Roland Rechtsreport 2016; 2018; 2019; 2020 (Angaben in Prozent).

Konjunktur in Deutschland vor der Corona-Krise v. a. das Vertrauen in die mittleren und kleineren Unternehmen stärkte, während die Großunternehmen davon nur wenig profitieren konnten. Ursächlich dafür könnte die persönliche Vertrautheit sein. Alle Bürger*innen kennen kleine und mittlere Wirtschaftsunternehmen, nutzen ihre Dienste und erleben sie als Problemlöser. Im Kontrast dazu fehlt die persönliche Nähe zu den großen Wirtschaftsunternehmen; so dominiert hier der Blick auf Macht und Geld. Zwischen den Vertrauenswerten für große Wirtschaftsunternehmen, die sowohl im Westen als auch im Osten gemessen wurden, und jenen für mittlere sowie kleinere Wirtschaftsunternehmen liegt eine Differenz von etwa 50 Prozentpunkten.

Bemerkenswert robust ist das Vertrauen in die Gewerkschaften: Seit rund zehn Jahren bringen ihnen mehr als vier von zehn Bundesbürger*innen sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen entgegen, aktuell ist es sogar gut jeder Zweite. Von 2018 auf 2019 stieg das Vertrauen in die Gewerkschaften in Westdeutschland sogar von 45 auf 51 Prozent. Im gleichen Zeitraum haben die Gewerkschaften aber den schon seit vielen Jahren währenden Rückgang ihrer Mitgliederzahl nicht aufhalten können. Und in Ostdeutschland, wo die Zustimmungswerte über 8 Prozent geringer ausfallen, differieren zugleich die durchschnittlichen Arbeitszeiten und Einkommenshöhen weiter deutlich zu den vergleichbaren Westwerten. Hinzu kommt, dass alle Bemühungen einer Angleichung der Arbeitsbedingungen zwischen Ost und West gescheitert sind.

Die größte Diskrepanz zwischen Ost und West besteht im Vertrauen gegenüber den Zeitungen. Nach wie vor ist in Ostdeutschland das Misstrauen gegenüber den Zeitungen deutlich größer als in Westdeutschland. Während im Westen des Landes gut jeder Zweite den Zeitungen vertraut, ist es in Ostdeutschland nur gut jeder Vierte. Bei keiner anderen Institution liegt das Maß an Vertrauen in Ost und West so weit auseinander. Woran kann das liegen? Naheliegend ist es, das Fehlen einer pluralen Öffentlichkeit, vermittelt über freie Medien, als Erstes zu thematisieren. Denn die DDR-Medien standen unter Einfluss der SED-Parteiführung und die bestimmte darüber, was, wann und wie öffentlich gemacht wurde. Insofern war in der DDR das Zeitungswesen ein politisch gesteuertes Verlautbarungswesen, das wenig mit den realen Problemen und der Vielfalt der Interessen zu tun hatte. Das wirkliche Leben mit seinen Schwierigkeiten fand dort nicht statt. Oppositionelle Stimmen und Meinungen fanden keinen Raum und keine Stimme in den DDR-Medien. Dies ist nach wie vor eine Erklärung für das geringe Vertrauen in Zeitungen und die verschärfte Ablehnung der Bevölkerung gegenüber den Ost-Medien.

Nach der Wiedervereinigung wurden die ehemaligen SED- und Blockpartei-Zeitungen aus dem Westen finanziert und gesteuert, woraus sich eine neue Konfliktlage ergab: Vor allem die überregionalen Zeitungen – so die verschie-

dentlich geäußerte Kritik – repräsentierten weiterhin kaum die tatsächliche Lage im Osten, stattdessen werde durch die »Westmedien« immer wieder der Begriff »Ostdeutschland« propagiert, der in ihrer Berichterstattung damit die Teilung Deutschland reproduziere, während ostdeutsche Bürger*innen ihre eigene Lebenswelt anders wahrnähmen, als sie durch die Medien dargestellt werden. Dies biete übrigens auch einen wesentlichen Angriffspunkt für rechtspopulistische Interventionen (AfD). Hierzu hat der Politikwissenschaftler Johannes Hillje folgende Recherche und Einschätzung entwickelt:

> »Dieser ungleiche Blick der Medien auf die ehemals getrennten Teile des Landes lässt sich mit Zahlen aus der Datenbank Factiva, eines der umfassendsten Pressearchive, belegen: Der Begriff ›Ostdeutschland‹ wurde in den letzten fünf Jahren mehr als doppelt so häufig (103.945) in deutschen Medien verwendet wie ›Westdeutschland‹ (49.213). Beschränkt man die Auswertung auf die fünf auflagenstärksten Zeitungen, kommt man ebenfalls auf ein Verhältnis von 2:1 zwischen den Begriffen ›Ost-‹ und ›Westdeutschland‹. Dieses Ungleichgewicht lässt sich kaum damit erklären, dass über Ostdeutschland in den letzten fünf Jahren mehr berichtet wurde. Vielmehr werden die fünf Bundesländer auf dem Gebiet der ehemaligen DDR oft als einheitlicher Block beschrieben, während ›Westdeutschland‹ als pauschalisierende Beschreibung für den Rest des Landes seltener vorkommt. Dieser Teil Deutschlands wird differenzierter beschrieben, in der Regel werden die westlichen Bundesländer direkt beim Namen genannt. Die Formulierung ›der Westen wählt‹ würden sich die meisten Journalistinnen und Journalisten wohl selbst dann verkneifen, wenn Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gleichzeitig wählen würden.« (Hillje 2019)

Aus dieser Analyse heraus wird zuweilen die Etablierung starker neuer Medien in Ostdeutschland gefordert. Es würde aber vermutlich schon als erster Schritt reichen, wenn die differenzierte ostdeutsche Wirklichkeit sowohl lokal, regional und national sensibler und differenzierter abgebildet sowie kommentiert werden würde. Dafür sind allerdings die redaktionellen Voraussetzungen zu schaffen, indem mehr Redakteur*innen aus den ostdeutschen Ländern auf den verschiedenen Ebenen mit der entsprechenden Sensibilität eingesetzt werden. Eine Steigerung des Vertrauens in Zeitungen ist jedenfalls ein Thema, das höchste Relevanz haben sollte, geht es doch um eines der wichtigsten Kulturgüter der Moderne und eine der zentralen Voraussetzungen für eine resiliente und partizipative Demokratie.

Die Polizei genießt im Vergleich zu anderen Institutionen hohe und gleichzeitig stabile Vertrauenswerte: In den letzten fünf Jahren schwankte das Vertrauen im Westen zwischen 75 und 84 Prozent, im Osten zwischen 62 und 73 Prozent. Höhere Vertrauenswerte unter den deutschen Institutionen genießen nur mittlere und kleine Wirtschaftsunternehmen. Vertrauenswerte von Polizei (und Gerichten) könnten auf die Zufrieden- oder Unzufriedenheit der Bürger*innen mit ihrer gegenwärtigen Sicherheitslage zurückzuführen sein. Im Gegensatz zur DDR hat die Bevölkerung der BRD in Bezug auf die Institutionen im Bereich von Recht und Ordnung (Justiz und Polizei) gelernt, dass diese als eigenständige Institutionen

jenseits des politischen Systems wahrzunehmen sind. Sie sind dem politischen System nicht unterworfen, sondern haben eine eigenständige Aufgabe, die im Rahmen der rechtlichen Vorgaben unabhängig zu erfüllen ist (vgl. Reuband 2012: 19).

3.2.1 Was lässt sich daraus ableiten?

Während im Einigungsprozess den westdeutschen Institutionen ein hohes Vertrauen entgegengebracht wurde, folgte binnen kurzer Zeit ein Absturz, der mit den Schwierigkeiten, Rückschlägen und Widersprüchen des Einigungsprozesses korreliert. Die Phase der Hoffnung und des Engagements löste eine Phase der Enttäuschung ab. Der Befund der längerfristigen Betrachtung des Institutionenvertrauens zeigt, dass es im Osten ein (fast) durchweg geringeres Institutionenvertrauen gibt als in der westdeutschen Bevölkerung. Zudem fallen die temporären Schwankungen etwas höher aus. Während die im persönlichen Umfeld angesiedelten Institutionen, v.a. wirtschaftlicher Art, gut evaluiert werden, sind die Akteure des politischen Systems eher Adressaten von Misstrauen und Kritik. Besonders problematisch ist es, dass die Intermediäre, wie die Zeitungen, kaum eine vertrauensbildende Rolle im Hinblick auf das politische System wahrnehmen können.

Die DDR als autokratischer Staat praktizierte eine Herrschaftsbeziehung, in der das Verhältnis von Bevölkerung und Staat durch strukturelles Misstrauen geprägt war. Die Bespitzelung der ostdeutschen Bürger*innen und das daraus wachsende Misstrauen gegenüber Staatsführung, aber auch Mitmenschen führte zu einem spezifischen Vertrauensverlust, der teilweise noch heute im Bewusstsein der Ostdeutschen verankert ist. In diesem Kontext sollten die vom Westen übertragenen, neuen Institutionen einen Beitrag zur Überwindung des Misstrauens der ostdeutschen Bevölkerung leisten. Stattdessen bestand jedoch weiterhin eine zurückhaltende Bewertung der Vertrauenswürdigkeit der westdeutschen Institutionen und Unsicherheit darüber, ob die westdeutschen Akteure und ihr System bereit und in der Lage sein würden, dem Wunsch der Ostdeutschen nach einer dauerhaften Verbesserung ihrer Lebensbedingungen nachzukommen (vgl. Gabriel/Zmerli 2006: 9). Trotz des zuweilen geringen Vertrauens in die neuen Institutionen hat sich auch eine Routine entwickelt, zu der eine responsive Veränderungsfähigkeit gehört, aus der nicht nur Funktionsfähigkeit, sondern auch ein gewachsenes Vertrauen, zumindest für die ökonomischen und nicht majoritären Teile des politischen Systems zählen. Insgesamt kann wohl festgehalten werden, dass die Vertrauenswerte auch ein Beleg dafür sind, dass das Institutionenvertrauen nur sehr langsam wächst. Dass die Vertrauenswerte für die meisten Institutionen so gering ausgeprägt sind, bedarf eingehender Studien und Erörterungen, will man sich mit dieser Problembeschreibung nicht zufriedengeben und stattdes-

sen durch aktives Handeln dazu beitragen, dass die Ursachen für das Misstrauen verstanden und bearbeitet werden können.

3.3 Exemplarische Transformationsprozesse

3.3.1 Tarifautonomie[5]

In der DDR gab es weder freie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände noch Tarifautonomie. Insofern wurde mit dem Transfer dieser Organisationen und dem Institut der Tarifautonomie Neuland betreten. Da das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft eines »Wohlstands für alle« eng an die Partizipation am wirtschaftlichen Fortschritt gebunden ist und dieser über Tarifverträge vermittelt wird, war von Anfang an klar, dass den Tarifparteien und der Tarifautonomie eine wichtige Rolle für einen gelingenden Einigungsprozess zukommt; sowohl in materieller wie auch in politisch-symbolischer Hinsicht. Gleichwohl gab es in der Übergangsphase bis weit ins Jahr 1990 hinein auch ostdeutsche Bemühungen, die dortigen Akteure zu organisieren und ihnen eine eigene Stimme zu verleihen. Basis für diese Aktivitäten waren insbesondere die FDGB-Branchengewerkschaften, die ihre Strukturen zu demokratisieren versuchten, wie auch die Kombinatsdirektoren sowie in ihrem Umfeld agierende wirtschaftliche Akteure. Da es schließlich zum nahezu kompletten West-Ost-Transfer kam, spielten sie nur eine temporäre Nebenrolle, wenngleich westdeutsche Entscheider einzelne dieser Akteure als Partner einbezogen. Aufs Ganze betrachtet lagen auf der Tarifautonomie große Hoffnungen, die »blühenden Landschaften«, die durch die Regierung in Aussicht gestellt wurden, in einem überschaubaren Zeitraum realisieren zu können.

30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist das Versprechen nach Einheit auch aus tarifpolitischer Sicht noch nicht realisiert. So titelte der Tagesspiegel 2019: »In der Metallbranche bleibt die Einheit unvollendet« (Frese 2019). Mit diesem Titel reagierte die Zeitung auf die im Herbst 2019 erneut gescheiterten Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaft zur arbeitszeitpolitischen Angleichung der ost- an die westdeutsche Metallindustrie. Dabei handelt es sich allerdings nur um ein Beispiel für eine ganze Reihe fortbestehender Ungleichheiten zwischen der ost- und westdeutschen Tarifpolitik. An diesem Beispiel aus der Metallindustrie werden im Folgenden zunächst die Ausgangslage sowie die Modalitäten, Rahmenbedingungen und Ziele des Institutionentransfers eruiert. Anschließend wird die Startprogrammierung der ostdeutschen Tarifpolitik dargestellt, woraus zentrale Implikationen für die darauffolgende Entwicklung resultieren, die z.T. bis heute ihre Wirkung entfalten. Der Beitrag bezieht sich zwar

5 Vgl. Schroeder 2000.

vordergründig auf die Metallindustrie, denn ihre herausragende Stellung ergibt sich außer aus ihrer wirtschaftlichen Bedeutung v. a. aus ihrer Funktion als Leitsektor, der die anderen Branchen seit Langem tarifpolitisch geprägt und darüber die Entwicklung der sozialen Standards am Industriestandort Deutschland maßgeblich beeinflusst hat. In diesem Sinne spiegeln sich in den Reibungen und Konflikten der Metallindustrie Entwicklungen wider, wie sie in ähnlicher Weise auch in anderen Branchen anzutreffen sind.

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erfolgte ein Institutionentransfer des (west-)deutschen Modells industrieller Beziehungen auf die neuen Bundesländer. Was ist gemeint, wenn wir vom deutschen Modell der politischen Ökonomie sprechen? Das zentrale Anliegen dieses Konzeptes wird von einem ihrer Vertreter so beschrieben: »Dem Ansatz geht es darum, grundlegende ökonomische, soziale und politische Strukturen der Bundesrepublik – vor allem im Unterschied zu anderen westlichen Industriegesellschaften darzustellen, um die Aufgaben und das Handeln politischer Akteure innerhalb dieser Strukturen sowie deren Modifikationen durch politisches Handeln erkennen und erklären zu können.« (Simonis 1998). Die Grundidee geht von einer Wechselbeziehung zwischen internationalem und nationalem System aus. Demnach sind die nationalen Koalitionen und Institutionen Antworten auf die Herausforderungen und die spezifische Stellung eines wirtschaftlichen Sektors in der Weltwirtschaft. Die stabile Phase dieses Modells zwischen den 1950er und 1980er Jahren zeichnete sich durch vier Kernmerkale aus:

1) Durch erfolgreiche exportorientierte Kernsektoren, deren Wettbewerbsfähigkeit durch staatliche, verbandliche sowie finanz- und industrieorientierte Dienstleistungen flankiert und unterstützt wird.
2) Durch einen politisch regulierten Infrastruktursektor.
3) Durch gut organisierte Interessenverbände von Kapital und Arbeit als Basis einer zwischenbetrieblichen und intersektoralen Selbstorganisation im Rahmen der Tarifautonomie. In überbetrieblich agierenden Tarifparteien wird ein wichtiger Motor für die beständige Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gesehen, da das konfliktminimierende und rationalisierungsfördernde Instrument des Flächentarifvertrages hohe Löhne und Qualifikationsniveaus sowie beständige Innovationsfähigkeit miteinander verbindet.
4) Durch den funktional vernetzten Verhandlungsstaat, der durch seine wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Steuerungsinitiativen darauf hinwirkt, dass die Reproduktion der Gesellschaftsformation mit dem spezifischen Integrationsmodus in das Weltwirtschaftssystem kohärent verbunden wird.

Die Übertragung dieses Modells auf Ostdeutschland kam einer Schocktherapie gleich, da sowohl die wirtschafts- und arbeitsmarkt- als auch die akteursbezo-

genen Konfigurationen im Vergleich zu den schrittweise gewachsenen Strukturen im Westen, die dieses Modell erst ausformten, grundsätzlich andere waren. So verband sich die erste Phase nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland mit der Deindustrialisierung, der Massenarbeitslosigkeit und einem dominanten Einfluss der westdeutschen und westeuropäischen Konzerne. Der Vergleich mit den Transformationsprozessen in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern zeigt, dass ähnliche Ergebnisse – wenngleich zeitlich gestreckt – auch bei einer eher gradualistischen Strategie eingetreten wären (Wiesenthal 1999; Schroeder 2003). Denn mit der Zusammenführung von zwei Volkswirtschaften mit sehr unterschiedlichen Leistungsniveaus setzte ein Verdrängungsprozess ein, der dazu führte, dass sich die industrielle Basis Ostdeutschlands auf eine Schrumpfgröße reduzierte, was v. a. auch am Produktivitätsniveau abzulesen ist. Dieses lag 1993 gemessen an der westdeutschen Produktivität gerade einmal bei rund 40 Prozent (IWH 2019).

Deutlich wird die schwierige Ausgangslage auch an der Akteurskonstellation, da sich die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zunächst im Dickicht der doppelten Erbschaft (Ost und West) zurechtfinden und neu konstituieren mussten. In der Umbruchphase des Winters 1989 und des Frühjahrs 1990 sah es kurzfristig so aus, als ob die DDR-Kräfte selbst den Um- und Neubau eigener intermediärer Institutionen verantworten würden, während die zunächst überraschten und irritierten westdeutschen Verbände lediglich konzeptionelle und logistische Hilfe leisteten, ohne die Steuerungskompetenz der ostdeutschen Seite infrage zu stellen. Die bundesdeutsche IG Metall und die IG Metall/DDR standen für einige Monate in sichtlich belastender Konkurrenz. Mit der Ankündigung der Währungsunion und der Präferenz für das Beitrittsmodell ging die Federführung auf die westdeutsche Seite über. Für Arbeitgeberverbände und IG Metall ergaben sich daraus unterschiedliche organisationspolitische Strategien. Die Arbeitgeberseite bestätigten zwar die ostdeutschen Funktionäre formal; real wurde jedoch für einen nicht weiter definierten Zeitraum ein paternalistisches Lehrer-Schüler-Verhältnis installiert, mit dem die faktische tarifpolitische Entscheidungskompetenz bei den westdeutschen Verbänden lag (Hoffmann 1997). Während die von ostdeutscher Seite neu gegründeten ostdeutschen Arbeitgeberverbände integriert wurden, musste sich die gerade reformierte IG Metall/DDR auflösen. Ihre Führungselite wurde durch eine westdeutsche Funktionärsschicht ersetzt, die, ergänzt durch einige wenige ostdeutsche Funktionäre, welche in den lokalen Funktionärswahlen bestätigt wurden, den Aufbau nach westdeutschen Vorgaben und Erfahrungen gestalten sollte.

Welche Etappen und Merkmale des tarifpolitischen Einigungsprozesses können nun identifiziert werden und was sind die Besonderheiten, die Einfluss auf die gesamtdeutschen Arbeitsbeziehungen genommen haben, und damit über den ostdeutschen Raum hinauswirken?

3.3.1.1 Phase I: Startprogrammierung

Die Startphase der Arbeitsbeziehungen im Osten waren nach der Wiedervereinigung zunächst durch eine stabilitätsorientierte Machtstrategie der Verbände nach westdeutschem Vorbild geprägt. Sie hatte einen Fahrplan zur schnellen materiellen Angleichung von altem und neuem Bundesgebiet zum Ziel, um Massenabwanderungen nach Westdeutschland und die Etablierung des Ostens als Billiglohnland von vornherein zu verhindern. Anfangs schien diese Strategie Früchte zu tragen. Die Mitgliederzahl der Tarifparteien stieg rasch an. Zugleich gelang es den Verbänden, die verschiedentlich von Seiten der Mitglieder geforderten betrieblichen Regelungen abzuwehren und stattdessen das etablierte Institut des Flächentarifvertrages durchzusetzen. Die Tarifverbände leisteten durch ihr anfänglich unkonventionelles, improvisiertes Handeln einen nachhaltigen Beitrag zur politischen Abpufferung des Transformationsschocks und konnten einen Fahrplan zur materiellen Angleichung an das westdeutsche Tarifniveau durch einen auf drei Jahre angelegten Stufentarifvertrag vereinbaren, ohne dass unauflösbare Konflikte zwischen den Tarifparteien entstanden. Ausdruck fand diese durch sozialpartnerschaftlichen Konsens geprägte Phase insbesondere in dem Abschluss des Stufentarifvertrags 1991, der als positives Signal des Einigungsprozesses rezipiert und als klare Perspektive für eine schnellstmögliche Angleichung der Löhne und Lebensverhältnisse in Ost und West verstanden wurde. In seiner Folge stiegen die Tariflöhne zwischen 1992 und 1996 trotz des Dauerbeschusses der Tarifparteien durch die Einigungs- und Standortkrise 1992/1993 und die daraus resultierende Aufkündigung des Stufentarifvertrags durch die Arbeitgeber 1993 im Jahresdurchschnitt um 10,6 Prozent an, was, gemessen am westdeutschen Tarifniveau, einen Anstieg von 73 Prozent auf 89 Prozent bedeutete (WSI Tarifarchiv 2020).

3.3.1.2 Phase II: Spannungsbeladene Tarifautonomie

Nach der Startprogrammierung in Gestalt des Stufentarifvertrages kam der Umbau der ökonomischen Basis in den fünf neuen Ländern, der mit enormen ökonomischen Heterogenitäten verbunden war. Insolvenzen und Aufstiege größten Ausmaßes, geringe und hohe Produktivität, Massenentlassungen und die Suche nach Fachkräften standen sich gegenüber. Die ostdeutsche Transformationskrise ging in eine gesamtdeutsche »Standortkrise« über, was zu heftigen Angriffen der neu gebildeten Unternehmen auf die Tarifparteien führte. Austritte und Nichtakzeptanz der Tarifverträge folgten. Aus dieser Lage heraus reagierten die Arbeitgeberverbände mit der Kündigung des Stufentarifvertrages während seiner Laufzeit. Es kam zum ersten Flächenstreik in den fünf neuen Ländern nach der Einheit und zu einer krisenhaften Lage. Aufgelöst wurde diese Konstellation durch ei-

Entwicklung Tarifsteigerung und Tarifniveau Ost und West

Tarifsteigerung (in Prozent)

Tarifniveau (in Prozent) Westdeutschland = 100 %

Achsentitel

Tarifsteigerung Ost
Tarifsteigerung West
Tarifniveau Ost/West

Abb. 4: Entwicklung der Tarifsteigerung und des Tarifniveaus Ost und West 1992–2018

Quelle: Eigene Darstellung nach WSI-Tarifarchiv 2020.

nen Kompromiss, der dazu führte, dass in der Metallindustrie erstmals ein Tarifvertrag mit einer Öffnungsklausel (»Härtefallklausel«) ausgestattet wurde, der es Unternehmen unter bestimmten Bedingungen erlaubte, die obligatorische Norm des Flächentarifvertrages zu unterbieten. Damit reagierte man auf die gewachsene ökonomische Heterogenität und den Versuch, die Tarifautonomie aus den Angeln zu heben.

Zwar war es den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden nach der dramatischen Konfliktsituation im Frühjahr 1993 aufgrund der außerordentlichen Kündigung des Stufentarifvertrages durch die Arbeitgeber und dem daran sich anschließenden ersten großen Flächenstreik in Ostdeutschland seit dem Ende der DDR gelungen, ihre Konflikt- und Kompromissfähigkeit unter Beweis zu stellen, doch kam es trotz der vertraglich vereinbarten Einführung der Härtefallklausel und der Streckung des Angleichungsfahrplans zu keiner Konsolidierung der industriellen Beziehungen. Im Gegenteil: Nach dem Streik und dem Ende der Treuhandzeit begann eine Phase permanenter Unstimmigkeiten und kleiner Konflikte zwischen den Tarifparteien, die auf grundlegende Interessen- und Strategiedifferenzen zurückgingen. Dazu gehört auch der Versuch der Arbeitgeberverbände, in den fünf neuen Ländern mittels der Christlichen Gewerkschaft einen »Gewerkschaftspluralismus« zu installieren, um das Repräsentationsmonopol der IG Metall auf der Arbeitnehmerseite infrage zu stellen. Hatten die IG Metall und metallindustrielle Arbeitgeberverbände anfangs ein gleichgerichtetes Interesse, das sich sowohl auf die Stabilisierung des bundesdeutschen Status quo

wie auch auf die Abpufferung des Transformationsschocks richtete, so wandelte sich in den folgenden Jahren die gemeinsame Interessenlage in einigen Regionen in eine Gegnerschaft, die nur noch wenig Raum für Kooperationen ließ. Während die IG Metall den Prozess der Angleichung fortschreiben wollte, insistierten die Arbeitgeber auf einer grundlegenden Revision der tariflichen Grundlagen. Im Zuge der konflikthaften Entwicklung nahmen die Austritte auf beiden Seiten zu. Wie Tabelle 3 zu entnehmen ist, sind allein für den Zeitraum 2002 bis 2018 die Organisationsgrade der Beschäftigten in den neuen Ländern von rund 17 auf 10 Prozent gesunken. Die Gewerkschaften reagierten darauf, indem sie durch neue Methoden der direkten, aktivierenden und zuweilen konfliktorientierten Mitgliederrekrutierung versuchten, sich ein neues Potenzial an Beschäftigten zu erschließen.

Tabelle 3: Organisationsgrad (abhängig Beschäftigte, Gesamtwirtschaft)

Jahr	*Organisationsgrad (abhängig Beschäftigte) in Prozent*		
	Deutschland	*West*	*Ost*
2002	17,7	17,8	17,2
2010	14,1	14,8	11,0
2018	13,7	14,4	10,5

Quelle: Eigene Berechnung nach European Social Survey 2002–2018.

Die Arbeitgeberverbände suchten ihre Mitglieder zu beruhigen, indem sie den besonders kritischen unter ihnen bzw. denen, die sich von vornherein nicht auf Tarifverträge einlassen wollten, die Mitgliedschaft ohne Tarifvertrag anboten. Das stellte das bis dato sozialpartnerschaftliche Verhältnis vor eine grundlegende Herausforderung, weil damit das Zentrum der Tarifautonomie, der Tarifvertrag, abgelehnt wurde. Die Gewerkschaften nahmen das als Kampfansage wahr, die ihnen einen Übergang zum Alltag nicht ermöglichte. Zugleich war damit auch offensichtlich, dass ihre Schwäche auch eine Basis für die neue Exit-Option der Betriebe war. Denn auch ihnen liefen die Mitglieder in Scharen davon. Die Gewerkschaften reagierten auf diese Entwicklungen, indem sie sich für eine konfliktorientierte Mitgliederstrategie aussprachen, die bedeutet hätte, dass sich die Beschäftigten aktiv gegen das Vorgehen ihrer Arbeitgeber aussprechen. Dabei konnten sie aber nur bedingt mit dem Verständnis der Beschäftigten rechnen. Denn einerseits scheuten sie den offenen Konflikt mit dem eigenen Management, zum Teil, weil sie es nicht gewohnt waren in offene Konflikte zu gehen, zum Teil auch, weil sie sahen, dass v. a. die aus den ostdeutschen Kombinaten stammen-

Abb. 5: Mitglieder und Mitgliederorganisationsgrad (OG, OT = ohne Tarifbindung): Betriebe (schwarz) und Beschäftigte (orange) der Metall-und-Elektro-Industrie 1970–2018

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach Gesamtmetall 2019. Auf der linken Skala ist die absolute Zahl der Mitgliedsunternehmen zu sehen und die rechte Skala bildet den Betriebsorganisationsgrad sowie den Beschäftigungsorganisationsgrad ab.

den Manager sich um den Erhalt und die Weiterentwicklung des Unternehmens engagierten. Aber zum Teil auch, weil sie wussten, dass sie selbst meist besser verdienten als die Mehrzahl der Beschäftigten in anderen Branchen.

Bevor wir uns weiter mit den Folgen des Streiks in der Metallindustrie befassen, werfen wir einen Blick auf die Entwicklung der Verbandsbindung im Arbeitgeberlager. Abbildung 5 zeigt sowohl die Zahl der Betriebe, den betrieblichen Organisationsgrad als auch die Zahl der Beschäftigten, die in den Mitgliedsbetrieben der Arbeitgeberverbände der Metall-und-Elektro-Industrie tätig sind. Einerseits zeigt sie, wie die Zahl der tarifgebundenen Betriebe in Ost und West stetig abnimmt. Andererseits aber auch, wie sich die Zahl der Verbandsmitglieder durch die seit den 90er Jahren im Osten beginnende, bald auch im Westen praktizierte Trennung von Verbandmitgliedschaft und Tarifbindung stabilisiert. Die entscheidende Neuerung, die diese Entwicklung möglich machte, war das Konstrukt der Mitgliedschaft ohne Tarifbindung.

Kommen wir wieder zurück auf die sich in den 90er Jahren verändernde Tarifentwicklung. Das erste zentrale Ergebnis war eine deutlich an Geschwindigkeit verlierende Angleichung der Tariflöhne. So stiegen die Tariflöhne in Ostdeutschland im Jahresdurchschnitt zwischen 1996 und 2009 nur noch um 2,6 Prozent.

Lag das Plus der Tarifsteigerungen im Osten während der Startprogrammierung im Vergleich zum Westen noch bei jährlich 7,2 Prozent, hat sich dieser Wert zwischen 1996 und 2009 auf durchschnittlich 0,6 Prozent reduziert. Dementsprechend stieg das Tarifniveau im Osten deutlich langsamer an. Zum Vergleich: Während der Startprogrammierung konnte die Lücke beim Tarifniveau binnen fünf Jahren um 16 Prozent reduziert werden, in dem mehr als doppelt so langen Zeitraum zwischen 1996 und 2009 nur noch um insgesamt 6,1 Prozent (WSI Tarifarchiv 2020). Zur Verlangsamung der Angleichung hat v. a. die zwischen West und Ost differierende Arbeitszeit beigetragen. Während im Westen die wöchentliche Arbeitszeit seit 1996 bei 35 Stunden lag, mussten die ostdeutschen Beschäftigten bis zu drei Stunden mehr in der Woche arbeiten. Sowohl 2003 wie auch 2019 starteten die Gewerkschaften mit großem Elan Kampagnen, um die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit an den Westen anzunähern. Beide Male scheiterten sie. Im Jahr 2003 sogar mit einem verlorenen Arbeitskampf, der zu einer weiteren Schwächung der Gewerkschaften für einen längeren Zeitraum beitrug. Aber auch dies ließ die Gewerkschaften nicht ratlos zurück: Sie versuchten nunmehr, sich mit einer beharrlichen Strategie der Mitgliedergewinnung, die sich an den Elementen des *organizing* orientierte, neue Unterstützung zu verschaffen.

Exkurs: Forschungspositionen zum Institutionentransfer

Wenden wir uns nun den Thesen zu, die sich mit den Auswirkungen des Institutionentransfers auf die industriellen Beziehungen befassen. In den ersten Jahren des Transformationsprozesses dominierte in den meisten Forschungsbeiträgen eine doppelt negativ konnotierte Grundeinschätzung: Einerseits wurde der konkrete Modus des Institutionentransfers, v. a. jener der Gewerkschaften, kritisch bewertet, und andererseits warfen viele Autoren den Tarifparteien eine falsche Strategieentscheidung in der Lohnpolitik vor. Für die erste Position sind die Aufsätze von Birgit Mahnkopf exemplarisch, deren Argumente an Lehmbruchs Thesen über die Folgen des Institutionentransfers[6] anschließen: Ihre Perspektive ist geprägt durch die gleichermaßen politisch und inhaltlich ambitionierte Modernisierungsdebatte, wie sie die Gewerkschaften Ende der 80er Jahre führten. Von diesem Fokus ausgehend, diagnostiziert sie die Wirkungen des Einigungsprozesses auf die Gewerkschaften im Sinne »einer Schwächung ihrer Organisa-

6 Eine von Lehmbruchs grundlegenden Befürchtungen bezog sich auf die Steuerungsfähigkeit von intermediären Organisationen angesichts einer Zunahme an Mitgliederheterogenität im Kontext der Einigung: »Die Vereinigung wird auch die Identität der bisherigen westdeutschen Organisationen in mehr oder weniger starkem Maße in Frage stellen, weil diese sich nun Mitgliedern öffnen müssen, die ganz andere historische und lebensweltliche Erfahrungen durchlaufen haben. Das kann zu größerer Heterogenität und innerorganisatorischen Konflikten führen, deren Ausgang noch ganz offen ist« (Lehmbruch 1990: 483).

tionsmacht, ihrer Legitimationsfähigkeit und ihrer politischen Gestaltungsmöglichkeiten« (Mahnkopf 1991: 275). Sie begründet ihre Einschätzung der neuen ostdeutschen Mitgliederbasis primär mit den sozialisationsbedingten Wirkungen der Ausgangsgesellschaft auf die Verhaltensweisen der Beschäftigten, die dazu beitrügen, dass die Modernisierung der Gewerkschaften bis auf Weiteres gestoppt werde. Statt einer reformorientierten Veränderung sei ein Rückzug auf traditionelle Themen, die Gefahr eines zunehmenden Betriebssyndikalismus, eine Verschlechterung der innergewerkschaftlichen Demokratie und eine weitere Deregulierung zu erwarten. Diese von den Primärerfahrungen der Ausgangsgesellschaft herrührenden Praktiken, die sich als Experimentierfeld neoliberaler Anpassungsstrategien eignen, seien zudem durch die westdeutschen Gewerkschaften selbst verschärft worden, die mit ihrer Option für einen bürokratischen Institutionentransfer diese Verhaltensweisen geradezu stabilisiert und verlängert hätten.

Während die Kritik von links auf die demokratiepolitische Dimension des Institutionentransfers rekurriert, konzentriert sich die ökonomische Kritik primär auf die inhaltliche Dimension der Tarifpolitik. Für diese Grundkritik, welche sich in der These vom »Versagen der Tarifpolitik« (G. Sinn/H.-W. Sinn 1991: 155f.) verdichtet, sind die Beiträge von Gerlinde und Hans-Werner Sinn repräsentativ. Ihrer Argumentation zufolge haben die Tarifparteien durch den eingeschlagenen tarifpolitischen Kurs einer an Westdeutschland orientierten »Hochlohnpolitik« eine nachhaltige Belastung für eine positive wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Entwicklung verursacht. Dieses Versagen habe insbesondere drei Gründe: erstens westdeutsche Interessen, zweitens eine nicht vorhandene Parität bei den Verhandlungen und drittens die Abstinenz des Staates. Diese von der besonderen politischen Situation abstrahierenden Positionsbestimmungen haben in den ersten Jahren maßgeblich die öffentliche Debatte bestimmt. Zudem kann vermutet werden, dass die Hypothek der Ausgangsgesellschaft sukzessiv an Bedeutung verloren hat.

Einer der einflussreichsten Beiträge zur Transformation der industriellen Beziehungen, der die beiden Lesarten synthetisiert, aber sogleich mit einer akteursorientierten Sichtweise darüber hinausgeht, stammt von Wilfried Ettl und Helmut Wiesenthal (1994). Die Autoren gehen auch davon aus, dass der Institutionentransfer misslungen ist, und damit die Tarifautonomie in Ostdeutschland mit außerordentlichen Effektivitätsdefiziten belastet wurde. Sie machen dafür aber nicht illegitime machtpolitische Interessen der westdeutschen Akteure verantwortlich; vielmehr suchen sie in ihrer Analyse des Scheiterns die Ursachen bei den nicht intendierten Folgen. Ihre zentrale These lautet, dass der Institutionentransfer misslungen sei, weil die Diskrepanz zwischen Ursprungs- und Anwendungskontext von den verantwortlichen Akteuren nicht angemessen berücksichtigt wurde. Statt sich mit den besonderen Bedingungen in den neuen Bundesländern zu befassen,

seien die westdeutschen Akteure davon ausgegangen, »dass (west-)identische Normierungen zwangsläufig (west-)identische Normierungsfolgen bewirken würden« (Ettl/Wiesenthal 1994: 441). Diese Fehleinschätzung brachte vielfältige negative Rückwirkungen mit sich, von denen die »Rekrutierungsschwierigkeiten der Arbeitgeberverbände« (ebd.: 446) am folgenreichsten für die industriellen Beziehungen seien.

Wenden wir uns nunmehr jenen prominenten Stimmen zu, deren Thesen sich mit den Auswirkungen des Einigungsprozesses auf das westdeutsche Modell industrieller Beziehungen befassen. Wolfgang Streeck sieht in der ostdeutschen Entwicklung eine grundlegende Gefährdung des deutschen Modells; dabei lautete seine Bewertung 1995, dass der Einigungsprozess »dem deutschen Modell einen historischen Schock (versetzte), der durchaus stark genug gewesen sein kann, um dieses ein für alle Mal aus der Bahn zu werfen« (Streeck 1995). Ähnlich pessimistisch argumentiert Roland Czada, der ebenfalls im Ereignis der Einigung den entscheidenden Impuls zur Erosion des deutschen Modells verortet:

»Während die Probleme der Weltmarktanpassung seit Langem bekannt sind, und erfolgversprechende Strategien für die steuer- und fiskalpolitischen sowie gesellschafts- und verteilungspolitischen Handlungsfeldern im institutionellen Rahmen des westdeutschen Weges vor der Vereinigung diskutiert wurden, steht die Erosion der institutionellen Grundlagen des deutschen Modells im unmittelbaren Zusammenhang der Vereinigungspolitik.« (Czada 1998: 80)

Das größte Hindernis sei die trotz größter politischer und ökonomischer Anstrengungen eingetretene »Dualisierung der Ökonomie« und die infolge der »Verbetrieblichung der industriellen Beziehungen« eingetretene Heterogenisierung der Lebensverhältnisse (vgl. ebd.: 81). Diese Faktoren würden eine Fortführung des deutschen Modells eher unwahrscheinlich werden lassen.

Neben diesen pessimistischen stehen auch Autoren, die sich optimistisch zur Frage der Fortführung des deutschen Modells verhalten. Exemplarisch für ihre Sicht sind die Arbeiten des Amerikaners Lowell Turner (1998). Während die oben genannten Autoren die Risiken für das deutsche Modell akzentuieren, indem sie auf inadäquate institutionelle Arrangements angesichts veränderter Umweltbedingungen verweisen, insistieren die Optimisten auf den Fähigkeiten der Akteure die vorhandenen Institutionen vergleichsweise flexibel zu nutzen und sie an die veränderten Bedingungen anzupassen. Für die These, dass sich das deutsche Modell industrieller Beziehungen einer robusten Stabilität erfreut, weil es über einen »sehr anpassungsfähigen Charakter« verfügt, ist die Einschätzung des französischen Soziologen Christian Dufour kennzeichnend: »Ich behaupte, dass die entscheidende Dynamik des deutschen Systems in der Fähigkeit der Akteure begründet liegt, auf eine im Laufe der Zeit zwar konstante, aber immer wieder unterschiedlich genutzte institutionelle Konfiguration flexibel zu reagieren«. Aus

dieser Perspektive bezieht sich der Zweifel weniger auf die Robustheit der Institutionen als vielmehr auf die Akteure: »Die entscheidende Frage lautet also nicht, ob die vorhandenen Institutionen nach wie vor leistungsfähig sind, sondern ob die Akteure nach wie vor imstande sind, sie flexibel zu nutzen. Falls letzteres noch zutrifft, wäre das deutsche System industrieller Beziehungen – wenn auch in veränderter Form – im Vergleich zu anderen Systemen vielleicht überlebensfähiger« (Dufour 1998: 248).

3.3.1.3 Phase III: Normalisierung hybrider Strukturen

Seit einigen Jahren können wir eine Normalisierung der ostdeutschen Tarifpolitik unter hybriden und heterogenen Bedingungen beobachten. Der Blick auf die Entwicklung der Tarif- und Bruttolöhne sowie die Tarifbindung zeigt, dass die Annäherung zwar nach wie vor nicht erreicht ist, gleichwohl ist die regionale ostdeutsche Tarifpolitik im Kontext der gesamtdeutschen Strukturen verankert. Nach 2009 hat sich die Angleichung der Tariflöhne zwar fortgesetzt, doch ist sie weiterhin nicht abgeschlossen; stattdessen hat sich der Angleichungsprozess weiter verlangsamt. Das Tarifniveau in den neuen Ländern lag 2018 gemessen an den Tariflöhnen im Westen bei 97,1 Prozent. Das entspricht seit 2009 einer durchschnittlichen Steigerung von 0,16 Prozent pro Jahr. Bei gleichbleibendem Tempo wäre eine Angleichung der Tariflöhne etwa im Jahr 2033 erreicht (WSI Tarifarchiv 2020). Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die Beschäftigten im Osten in vielen Bereichen nach wie vor eine längere Wochenarbeitszeit haben als im Westen. Eine kurz- bis mittelfristige Angleichung zwischen Ost und West ist zudem nicht zu erwarten, wie der gescheiterte Versuch der IG Metall im letzten Jahr verdeutlicht. Festzuhalten ist darüber hinaus auch, dass die Strahlkraft der Tarifverträge in den neuen Ländern auf nicht tarifgebundene Betriebe nicht mehr zu funktionieren scheint, da die Angleichung bei den durchschnittlichen Bruttolöhnen nach vielen Jahren völlig zum Erliegen gekommen ist. Zwar ist ein prozentualer Anstieg der Angleichungsquote von 80 Prozent auf 84 Prozent zu verzeichnen, der v. a. auf die Einführung des Mindestlohnes am 1. Januar 2015 zurückzuführen ist. Die nominale Lohndifferenz bleibt jedoch unverändert bei 550 Euro im Monat (BMWi 2019). Die fehlende Strahlkraft der Tarifverträge lässt sich insbesondere auf die geringe Tarifbindung ostdeutscher Betriebe zurückführen. 2018 waren lediglich 17 Prozent der ostdeutschen Betriebe und 35 Prozent der Beschäftigten in einen Branchentarif eingebunden. Im Westen waren es hingegen 17 Prozent der Betriebe und 49 Prozent der Beschäftigten.

Worin bestehen nun die Besonderheiten der industriellen Beziehungen in den fünf neuen Ländern heute? Meist wird diese Frage mit Hinweisen auf die Häufigkeit des Tarifbruchs, eine hohe Verbandsabstinenz, eine geringe aktive

Abb. 6: Durchschnittlicher Monatsbruttoverdienst in Ost- und Westdeutschland und Angleichungsquote 2005 bis 2018

Quelle: BMWi (2019).

Partizipationsbereitschaft der Verbandsmitglieder und eine offensive Arbeitgeberverbandsstrategie beantwortet, die seit Mitte der 90er Jahre auch in Westdeutschland Schule machte und im Sinne einer weitgehenden Flexibilisierung der Verbandsmitgliedschaften Stück für Stück griff. Zur Stabilisierung des Systems können seither auch Ansätze einer stärkeren Staatstätigkeit im Bereich der Tarifpolitik beobachtet werden, etwa mit der Einführung des Vergabe- und des Mindestlohnes oder der Möglichkeit, Tarifverträge allgemeinverbindlich zu erklären. Zu erwähnen sind aber auch die Elemente des *organizings*, der Ohne-Tarifvertrags-Verbände und der Öffnungsklauseln, die nicht nur die Arbeitsbeziehungen in Ostdeutschland geprägt haben, sondern phasenverzögert auch die in Gesamtdeutschland.

3.3.2 Gesundheitswesen

Kaum eine Entscheidung hat im Zuge des Einigungsprozesses so viel Unverständnis und Kritik ausgelöst wie die im Einigungsvertrag fixierte Auflösung der Polikliniken. Denn diese kooperativen Formen medizinischer Leistungserbringung genossen nicht nur in der ostdeutschen Bevölkerung hohes Ansehen; auch in der

westdeutschen Gesundheitspolitik gab es lange vor dem Ende der DDR die intensive Suche nach neuen Formen der kooperativen und integrierten Leistungserbringung zur Steigerung der Versorgungsqualität, zur Kostensenkung und zur besseren Abdeckung medizinischer Bedarfe. Es stellte sich daher im Einigungsprozess sogar die Frage, ob diese Einrichtungen nicht auf den Westen hätte übertragen werden können. Tatsächlich wurden sie im Einigungsprozess abgewickelt, ihnen eine nur temporäre Bestandsgarantie bis 1995 eingeräumt, um sie schließlich der Geschichte zu überantworten. Doch die Entwicklung, um deren Rekonstruktion und Analyse es hier gehen wird, verlief dann doch anders. Denn durch zähes Insistieren namhafter ostdeutscher und auch einiger westdeutscher Akteure konnte sich dieses spezifische ostdeutsche Arrangement zeitverzögert und durch vielfältige Anpassungsschritte seit 2003 offiziell an die Strukturen des westdeutschen Gesundheitssystems anpassen und schließlich Teil einer gesamtdeutschen Erfolgsgeschichte werden, die das gesamtdeutsche Gesundheitssystem verbessern soll.

In diesem Abschnitt reflektieren wir zunächst die ursprüngliche Konstellation der Polikliniken und sodann analysieren wir, warum der Widerstand gegen ihre Abschaffung 1990 zunächst gering war. Weiter geht es um den Prozess ihres »Weiterlebens« in einzelnen Regionen, um die Einrichtung von Praxisnetzen bis hin zur Gründung »Medizinischer Versorgungszentren« (MVZ), die den poliklinischen Grundgedanken der »integrierten Versorgung« neu belebten. Auf dieser Basis geht es schließlich um die Fragen, was diese zeitverzögerte Aneignung im gesamtdeutschen Gesundheitssystem nicht nur für dessen Weiterentwicklung bedeutet, und welche Konsequenzen sie für das Einheitsnarrativ haben könnte. Aufs Ganze betrachtet, haben wir es hier mit Zerstörung und Ignoranz auf der einen Seite und Sensibilität sowie Innovation auf der anderen Seite zu tun, die vom Ende her betrachtet durchaus das Bild einer ost-west-deutschen Innovationspartnerschaft entstehen lässt.

3.3.2.1 Die Polikliniken

Das DDR-Gesundheitswesen war ein auf den Bedarf ausgerichtetes, zentralstaatlich gesteuertes System. Im Vordergrund standen die staatlichen Träger und Steuerungsstrukturen; dagegen waren die private Initiative und das freiberufliche Erwerbssystem randständig. Das bundesdeutsche Gesundheitssystem, auf korporatistischen Steuerungsformen aufbauend, zeichnet sich durch eine Mischung von Bedarf, Markt, verbandlicher und staatlicher Steuerung aus (vgl. Schroeder/Winter 2019) und deshalb auch durch ein »System komplexer Vielfachsteuerung«. Finanzierungsträger sind die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung, die privaten und öffentlichen Haushalte sowie die private Kranken- und Pflegeversicherung. Die Leistungserbringung erfolgt im Rahmen einer oft gesetzlich veran-

kerten Trägerpluralität durch öffentliche, freigemeinnützige und private Einrichtungen. Eine besondere Rolle spielen die freiberuflichen Ärzte, die sich bis 1990 nicht mit einem kooperativen Strukturansatz, der auch außerhalb von Kliniken wirkt, vereinbaren ließ. Ganz anders in der DDR, in denen gerade solche kooperativen Strukturen eine herausragende Bedeutung besaßen.

Die Polikliniken sind ein Kind der sowjetischen Besatzungspolitik, unter deren Einfluss nach 1945 ein Netz von Polikliniken, Ambulatorien, staatlichen Arzt- und Zahnarztpraxen, Gemeindeschwesternstationen und Betriebssanitätsstellen aufgebaut wurde (vgl. Arnold/Schirmer 1990: 103). Die Polikliniken selbst wurden als Einrichtungen des staatlichen Gesundheitswesens definiert, wenn sie über mindestens sechs Fachabteilungen und eigene Beratungsstellungen verfügten. Ambulatorien waren kleinere Einrichtungen, die eher im ländlichen Raum und in Betrieben anzutreffen waren (vgl. Winkler 1987; SVRKAiG 1991). In diesem Sinne folgte das DDR-Gesundheitssystem (vgl. Frerich/Frey 1993) den Prinzipien der Staatlichkeit, der Einheitlichkeit und Planmäßigkeit, wozu eine verzahnte Struktur von ambulanter und stationärer Versorgung zählte und eine geringe Zahl selbstständiger, niedergelassener Ärzt*innen. Im letzten Jahr der DDR wurden gerade einmal 390 niedergelassene Ärzt*innen gezählt (vgl. Paquet 2020). Die überwältigende Mehrheit der Ärzt*innen arbeitete in den 615 Polikliniken, 1.030 Ambulatorien und 1.600 staatlichen Arztpraxen (vgl. ebd.). Weitere Grundprinzipien des DDR-Gesundheitssystems, die durchaus im Sinne der Konzeption integrierter Versorgung eingeordnet werden können, sind der Vorrang der Prophylaxe, die Gesundheitserziehung und -aufklärung, eine ganzheitliche Perspektive (Dispensaire-Methode) und nicht zuletzt der betriebliche Arbeitsschutz. Die Polikliniken galten als Aushängeschild des DDR-Gesundheitssystems. Dort arbeiteten Ärzt*innen verschiedener Fachrichtungen unter Leitung eines ärztlichen Direktors zusammen. Durch die Bündelung von Ärzt*innen aus verschiedenen Fachrichtungen in einem Gebäude ergaben sich sowohl für die Patient*innen, die behandelnden Ärzte als auch für den Staat offensichtliche Vorteile. Kurze Wege für Patient*innen, gute Absprachen und Zusammenarbeit der Ärzt*innen untereinander, Kosteneinsparungen durch das gemeinsame Nutzen von Gerätschaften und Laboren sowie administrative Effizienz durch den Zugriff auf eine gemeinsam angelegte Patientenakte sind die wesentlichen Kennzeichen des Systems (vgl. Ettel 2019). Die Einrichtung der Polikliniken und das System der Anstellung von medizinischem Personal beruhte auf dem Grundgedanken, dass der Staat für die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sei. Nach der Wende sprach sich eine Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung – trotz einiger Kritikpunkte – für den Erhalt der Polikliniken aus. Kritikpunkte waren v. a. die oftmals heruntergekommene Bausubstanz der Gebäude, ein schlechter technischer Zustand und eine schlechte Medikamentenversorgung (vgl. ebd.).

3.3.2.2 Die Übertragung des westdeutschen Gesundheitssystems

Mit dem Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 wurde die schrittweise Veränderung der medizinischen Versorgung der DDR mit der Übertragung der westdeutschen Institutionen und Regeln sowie der Abschaffung der DDR-spezifischen Strukturen zur grundlegenden Maxime des Einigungsprozesses. G. A. Ritter spricht im Hinblick auf den Einigungsvertrag vom 31. August 1990 davon, dass die Polikliniken damit »faktisch zum Tode verurteilt« (Ritter 2006: 240) worden seien. Doch dieses Urteil blieb zu keinem Zeitpunkt unwidersprochen. Neben Rufen aus der Bevölkerung und aus dem Kreis der gesundheitspolitischen Westreformer der »integrierten Versorgung« waren es in der Politik v. a. die Sozialdemokraten, die sich für einen Erhalt der Polikliniken einsetzten und sich erhofften, dass das DDR-Gesundheitswesen als Modell für Reformen des bundesdeutschen Systems dienen könnte (vgl. ebd.: 238f.). Jedoch verfügten sie nach Wahlniederlagen bei den ersten freien Volkskammerwahlen und schließlich den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen nicht über das nötige Gestaltungspotenzial. Die Politik der 1990 von Kanzler Helmut Kohl geführten Bundesregierung zielte darauf ab, den Transformationsprozess nicht durch zusätzliche Detaildiskussionen zu belasten, weshalb sie sich an einer möglichst schnellen und problemfreien Übertragung des westdeutschen Systems orientierte. Als weiterer Antriebsmotor für die Übernahme ohne Anpassungen und Reformen fungierte die FDP, welche sich v. a. auf das Leitbild des niedergelassenen Arztes berief (vgl. ebd.: 173). Ärztliche Kooperationen wie in den Polikliniken galten darüber hinaus vielen Teilen der westdeutschen Gesellschaft als sozialistisch und damit als nicht systemkohärent (vgl. Müller 2009: 571). Die Aussicht, die dem westdeutschen System widersprechenden poliklinischen Strukturen mit ihren angestellten Ärzten sowie die staatlich getragene ambulante Gesundheitseinrichtung in das eigene System eingliedern zu müssen, wurde als elementare Bedrohung der freiberuflichen ärztlichen Handlungsautonomie verstanden (vgl. ebd.: 572).

Um Versorgungsengpässe zu vermeiden, wurden die Polikliniken nicht sofort abgeschafft und noch bis Ende 1995 befristet zugelassen[7] (vgl. ebd.: 573). Die sofortige Abschaffung hätte zu Versorgungsmängeln geführt, so die eine Befürchtung. Deshalb ging man zunächst sogar von längeren Übergangszeiträumen

7 Im Einigungsvertrag gab es eine Galgenfrist: »Zur Sicherstellung der kassenärztlichen Versorgung werden bei Anwendung des § 72 (SGB V) die in dem Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet bestehenden ärztlich geleiteten kommunalen, staatlichen und freigemeinnützigen Gesundheitseinrichtungen einschließlich der Einrichtungen des Betriebsgesundheitswesens (Polikliniken, Ambulatorien u. a.) kraft Gesetzes bis zum 31. Dezember 1995 zur ambulanten Versorgung zugelassen.« (Einigungsvertrag Anhang I, Zwölftes Kap.). Die Rede war schließlich von den »311er Einrichtungen«, die in § 311 SGB V fixiert wurden. Nur im »Brandenburger Modell« konnten 30 Polikliniken – in »Gesundheitszentren« umgewandelt und, heftig umstritten, überleben (Schräder/Jacobs 1997).

*Tabelle 4: Zahl der Polikliniken bzw. Medizinischen Versorgungszentren (MVZ, ab 2005) und der dort angestellten Ärzt*innen*

	Polikliniken bzw. MVZ	*Dort angestellte Ärzt*innen*
1989	615	ca. 22.000
1993	–	ca. 2.200
2005	ca. 70	ca. 700
2019	ca. 2.800	ca. 18.000

Quelle: Eigene Darstellung nach Paquet 2020 und Ettel 2009.

aus. Andererseits befürchteten die Lobbyisten der Selbstständigkeit, vornehmlich der Hartmannbund, dass »die vorläufige Fortführung bestimmter Versorgungseinrichtungen in der DDR (diese) auf Dauer beibehalten« werde (Ritter 2006: 238). Dass es dann in der Tat schneller ging, ist allerdings auch darauf zurückzuführen, dass viele Ärzte den Verlockungen des freiberuflichen Niederlassungsgebotes schnell folgten, was die Ärztebanken mit günstigen Krediten förderten und die ärztlichen Verbände flankierten. Bereits 1993 hatten sich rund 90 Prozent der ehemals ca. 22.000 in Polikliniken angestellten Ärztinnen und Ärzte als Selbstständige niedergelassen (vgl. Ettel 2009). Infolge dieser massenhaften Flucht aus den Anstellungsverträgen waren schließlich immer mehr Kliniken durch Personalmangel zur Schließung gezwungen.

3.3.2.3 Abschaffung der Polikliniken als Hemmnis für die weitere Entwicklung des Gesundheitssystems

Der schnelle (aber temporäre) Niedergang der Polikliniken ist also einerseits durch die Logik des Institutionentransfers verursacht und andererseits durch die hohen Anreize zur Selbstständigkeit sowie den geringen Widerstand der Bevölkerung. Der Preis der Einheit bestand schließlich darin, dass die notwendige Reform des deutschen Gesundheitswesens so um Jahre verzögert wurde. Dazu gehörte beispielsweise die Idee einer Einführung fachübergreifender Gemeinschaftspraxen und Gesundheitszentren, die die Nachteile von Einzelpraxen überwinden sollten (vgl. Müller 2009: 573). Der spätestens seit den 1980er Jahren aufgebaute Reformdruck, der dem die 1988 in Westdeutschland eingesetzte »Bundestagskommission zur Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung« Ausdruck verliehen hatte, um neue integrierte und kooperative Formen im Gesundheitswesen zu etablieren, wurde durch die Einigung gemindert (vgl. ebd.).

Erst Mitte der 1990er Jahre setzte ein Meinungsumschwung ein, forcierte durch den sich verdichtenden Erfahrungsaustauch zwischen Ost und West.

Dazu maßgeblich beigetragen hatte das Land Brandenburg, das wie kein zweites darauf hinwirkte, die Vorteile der Polikliniken unter veränderten Bedingungen weiterzuentwickeln (vgl. Reiners 2018; Schräder/Jacobs 1997). In enger Kooperation zwischen Ost und West konnte der politische Druck stetig erhöht werden, um schließlich die Logik des Einigungsvertrages an diesem Punkt zu beschränken. Besonders die auf der Hand liegenden Vorteile der Kosteneinsparung und der Sicherung der Ärzt*inneneinkommen verschafften sich gemeinsam mit den Argumenten für die verbesserte Versorgung der Patient*innen nunmehr Gehör. Daraufhin wurde 1997 die Möglichkeit der Gründung eines Praxisverbundes eingeführt und unterstützt. Im Zuge dessen befürwortete nun auch die Kassenärztliche Vereinigung die Einführung von Praxisnetzen (vgl. Müller 2009: 574): Zusammenschlüsse niedergelassener Haus- und Fachärzte verschiedener Fachrichtungen, die Vertreter andere Gesundheitsberufe wie Psycho- und Physiotherapeuten sowie Logopäden integrieren können.

3.3.2.4 Einrichtung der Medizinischen Versorgungszentren

Mit dem Regierungswechsel zur rot-grünen Regierung im Jahr 1998 gingen noch deutlichere Veränderungen einher. Die Sozialdemokraten, welche sich schon 1990 für den Erhalt der Polikliniken ausgesprochen hatten, verfolgten in ihrer politischen Strategie für das Gesundheitssystem nunmehr eine Flexibilisierung von Versorgungsstrukturen und die Förderung sektorübergreifender Kooperationsformen (vgl. ebd.). Nun verfügten sie auch über das nötige Gestaltungspotenzial, ihre Vorschläge umzusetzen. Mit dem Gesetz zur Modifizierung der gesetzlichen Krankenversicherung und dem folgenden Reformprogramm ab 2003 wurde die Einführung der MVZ beschlossen, die eine ambulante medizinische Versorgung gewährleisten, niedergelassene Ärzte als Angestellte beschäftigen und beispielsweise mit Apotheken kooperieren können. Ärzte können sich somit niederlassen, ohne sich den damit verbundenen ökonomischen Risiken eines eigenen Unternehmens in Form der eigenen Praxis aussetzen zu müssen (vgl. Ettel 2019). Positive Auswirkungen hat dies beispielsweise auf die steigende Zahl weiblicher Absolventen des Medizinstudiums, für welche die Anstellung in einem MVZ eine gute Lösung bietet, um Familie und Beruf zu vereinbaren, ohne sich direkt auf ein eigenes Unternehmen einlassen zu müssen (vgl. ebd.). Wie wir Tabelle 5 entnehmen können, waren 2005, als die MVZ eingeführt wurden, in knapp 70 dieser Einrichtungen ca. 700 Ärzt*innen angestellt. Bis Ende 2019 sind diese Zahlen auf ca. 18.000 Ärzt*innen in über 2.800 Einrichtungen gestiegen (vgl. ebd.).

Fazit

30 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die heutigen MVZ als Nachfolger der Polikliniken der DDR und der gesundheitspolitischen Reformbewegung im Westen zu betrachten. Während in Westdeutschland die Vertreter eines integrierten und kooperativen Konzepts in der Minderheit waren, konnte sich das Konzept der Polikliniken »Alles unter einem Dach« in der DDR bewähren. Zwar war die positive Resonanz für die Polikliniken zu Beginn der 1990er Jahre noch nicht sehr ausgeprägt, in den folgenden Jahren entwickelte sich jedoch aus einem Prozess der positiven Wiedererinnerung ein hartnäckiges Insistieren auf der Praktikabilität dieses Konzeptes, ohne dass eine Weiterentwicklung zu den MVZ nicht möglich gewesen wäre. Teilweise sind die heutigen MVZ sogar in den Gebäuden der ehemaligen Polikliniken untergebracht. In ihrer Struktur bauen sie auf dem poliklinischen Grundgedanken auf – in der Realität jedoch sind sie deutlich modifiziert und dem westdeutschen Gesundheitssystem angepasst.

Rückblickend bleibt festzuhalten, dass eine Abwicklung der meisten Polikliniken zum Zeitpunkt der Wende nicht nötig gewesen wäre. Stattdessen hätte man durch Investitionen in Sanierungen und neue Geräte den technischen Stand des Westens herbeiführen und gleichzeitig die funktionierende Versorgung gewährleisten können. Darüber hinaus hätte eine kontinuierliche Weiterentwicklung mit Erhalt der Polikliniken Fehlentwicklungen wie den Ärztemangel und die mit ihm verbundenen weiten Wege in den neuen Bundesländern möglicherweise vermieden oder zumindest gemildert. Gleichzeitig wäre auch die Entwicklung des westdeutschen Gesundheitssystems hin zu kooperativen Formen vorangetrieben worden. Pläne dafür gab es spätestens 1988. Rufe nach dem Erhalt der Polikliniken gab es in der DDR-Bevölkerung vermehrt nach einer positiven Wiedererinnerung an die Institution. Ein Erhalt hätte die Stimmungslage der ostdeutschen Bürger*innen anerkannt und so das Gefühl vermitteln können, nicht in jedem Detail das System des Westens aufgedrückt zu bekommen – v. a., wenn etwas derart Ansehen genießt wie die Polikliniken.

Entscheidend ist, dass 1990 weder die politischen noch die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine solche Entwicklung gegeben waren (vgl. Manow 1994: 137ff). Zugleich gab es aber eine hinreichend kritische Masse, die an den Erkenntnissen und Erfahrungen kooperativer und integrativer Einrichtungen und Arrangements festhielt und beharrlich für ihre Weiterentwicklung kämpfte. So ist auch das Ziel dieses Abschnitts nicht die Skandalisierung der Abschaffung der Polikliniken, sondern vielmehr das Aufzeigen der Bedingungen und Potenziale für eine ost-west-deutsche Reformpartnerschaft, die zu einer verbesserten Gesamtkonstellation beitragen kann. Paquet spricht auch von einem »ausgebremsten Modernisierungsprozess«:

»Auch wenn man den Untergang der DDR (und ihres Gesundheitssystems) nicht bedauert, ist angesichts der Entwicklungen, die hier nur angedeutet werden konnten, etwas mehr Demut angebracht. Die im Rahmen der Wiedervereinigung erfolgte rigorose Ausmerzung aller Elemente, die DDR-spezifisch erschienen,[8] hat auch bemerkenswerte Schäden angerichtet. Auch vom DDR-Gesundheitssystem hätte man das eine oder andere lernen können. Das einzugestehen könnte dazu beitragen, die nach wie vor vorhandenen ›Einigungsschmerzen‹ zu lindern und eine heute z. T. grassierende (aber tatsachenfremde) pauschale DDR-Nostalgie einzudämmen.« (Paquet 2020)

In diesem Zusammenhang muss allerdings ein weiterer »Kollateralschaden« der Übernahme des westdeutschen Gesundheitssystems erwähnt werden: Die in den 80er Jahren in der Bundesrepublik intensiv geführte Diskussion über eine Modernisierung der Versorgungsstrukturen und der Krankenversicherung, etwa durch die Einführung von Managed-care-Elementen und von Qualitätssicherung, wurde durch den Einigungsprozess und die Weichenstellung des Einigungsvertrages abgewürgt. Auch die Probleme der mangelhaften Verzahnung der Sektoren, der unzureichenden Kooperation der Berufe im Gesundheitswesen sowie einer besseren Präventionsorientierung waren damals alle thematisiert und auch politisch präsent.[9] Patientenorientierung als Leitbild spielte dabei eine zentrale Rolle. Dass diese Diskussion keineswegs nur in praxisfernen Zirkeln stattfand, sondern breite Fachkreise und die Gesundheitspolitiker bewegt hat, ist hinreichend dokumentiert in den Berichten der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages »Strukturreform der Gesetzlichen Krankenversicherung« (Zwischenbericht Bundestagsdrucksache 11/3267 und Endbericht Bundestagsdrucksache 11/6380). Der Sache nach (und explizit im Endbericht S. 119f.) ging es dort auch schon um die »integrierte Versorgung« (ebd.).

Haupt/Römhild/Fechter sehen in den Polikliniken Organisationen der Quasi-Innovation, die in den MVZ revitalisiert und weiterentwickelt werden. Das dynamische Element der MVZ tangiere sowohl die Bereiche Gewinnmaximierung, Wettbewerb, Preisbildung und Kundensouveränität:

»Gewinnmaximierung: Für stationäre Einrichtungen kann daher die Ergänzung oder Umwandlung in ein MVZ attraktiv sein, einerseits um überhaupt weiter am Markt bestehen zu können und andererseits, um Patientinnen und Patienten durch eine attraktive Verzahnung von stationärer und ambulanter Versorgung zu binden. Im ambulanten Bereich stellen Mieten und Personal einen erheblichen Ausgabenblock dar, hier kann in MVZ durch die höhere Zahl an Ärztinnen und Ärzten und den höheren Auslastungsgrad wirtschaftlich(er) gearbeitet werden, wodurch sich die Gewinnmöglichkeiten individuell verbessern.

8 Mit der erwähnten Ausnahme der Polikliniken in Brandenburg.

9 Alles Probleme, die im DDR-Gesundheitswesen dem Anspruch nach und auf dem Papier vollständig, aber auch in der Realität in einigen Ansätzen gelöst waren.

Wettbewerb: Seitens des Gesetzgebers wird mit der Zulassung von MVZ ein Wettbewerb zwischen verschiedenen Versorgungsformen mit dem Ziel ermöglicht, dass Patientinnen und Patienten in der ihren Erfordernissen am besten entsprechenden Form versorgt werden. Ein Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Versorgungsformen beschleunigt zudem Innovationen und ermöglicht, Effizienzreserven zu erschließen. Seitens der Ärztinnen und Ärzte besteht zunehmend der Wunsch, im Bereich der haus- und fachärztlichen Versorgung im (Teilzeit-)Angestelltenverhältnis tätig zu sein, ohne das finanzielle und zeitliche Risiko der Niederlassung. Hier haben MVZ darüber hinaus noch weitere Wettbewerbsvorteile: Einerseits bieten sich den interessierten Bewerberinnen und Bewerbern Synergien in der ärztlichen Weiterbildung und im kollegialen Austausch bei Spezialfällen, andererseits steigt die Attraktivität durch die Entlastung von Management- und Verwaltungsaufgaben, die auf andere Fachkräfte ausgelagert und professionell bearbeitet werden.
Preisbildung: Im Kontext von MVZ ist diese weniger relevant, da die Vergütung im ambulanten Bereich über Kollektivverträge erfolgt, und zwar unabhängig von der Niederlassungsform.
Kundensouveränität: Durch die ambulante Versorgung aus einer Hand und den Erhalt von Versorgung hat ein MVZ gerade auch im ländlichen Raum für Patientinnen und Patienten viele Vorteile. Die Kundensouveränität wird durch die stärkere Fragmentierung des Gesundheitsmarktes und die selbstbestimmte Auswahl von Anbieterinnen und Anbietern seitens der Patientinnen und Patienten gestärkt, was wiederum zu einem erhöhten Zulauf führt. Gleichzeitig erhöht sich die Möglichkeit zur Inanspruchnahme von medizinischer Versorgung, da weite und kostenintensive Fahrtwege reduziert werden.« (Haupt/Römhild/Fechter 2020: 478ff.)

Der Entwicklungsprozess der Polikliniken, von ihrer Abschaffung bis zur Etablierung der MVZ, ist im Sinne der Innovationspartnerschaft als ein Lernprozess zu verstehen, an dessen Ende die Anerkennung einer ostdeutschen Institution in einem pluralen Steuerungskontext West steht. Dieser Lernprozess muss in beiderseitigem Interesse von Ost und West aufgearbeitet werden, um erstens deutlich zu machen, dass die Logik des Einigungsprozesses temporär war und später wieder zur Disposition gestellt werden konnte, weil die Bedingungen sich gewandelt haben. Zweitens ist es auf dieser Basis möglich, das gesamtdeutsche Gesundheitssystem nachhaltiger, bedarfsorientierter weiterzuentwickeln, ohne den Gedanken des Wettbewerbs aufzugeben. Die Polikliniken bzw. MVZ sind ein Beispiel für die Schaffung einer Ost-West-Innovationspartnerschaft. In einem nächsten Schritt müsste nun ebenfalls die Versorgung flächendeckend verbessert werden, beispielsweise durch die Neujustierung der Arbeitsteilung von Ärzten und Pflegepersonal, aber auch durch die Digitalisierung, um u. a. die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu verbessern. In diesem Sinne kann die Metamorphose von der Poliklinik zum MVZ als Chance zur Revitalisierung bzw. Weiterentwicklung erfolgreicher (ostdeutscher) Institutionen und Praktiken im Gesundheitssystem angesehen werden.

4. Gegenwärtige Transformation

Wie wir bereits in den vorherigen Abschnitten zeigen konnten, existiert in Deutschland ein reicher Erfahrungsschatz – auch »Umbruchkompetenz« (Platzeck 2009) genannt – aufseiten der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger, aber eben auch bei den Adressaten politischer Steuerung in Wirtschaft und Gesellschaft: den Bürgerinnen und Bürgern. Diese Erfahrung speist sich aber nicht allein aus der Bewältigung einer Vielzahl an Herausforderungen, die im Zuge der deutschen Einheit aufgetreten sind. Auch der technische Fortschritt und der ihn begleitende Strukturwandel haben immer wieder zu großen Anpassungsleistungen geführt, die die Einheit gleichwohl in manchen Regionen zunächst verschärfte, aber auch Chancen offenbaren, wie wir im folgenden Abschnitt darstellen werden. Wir konzentrieren uns dabei zunächst auf die Umbrüche in der Wirtschaft (z. B. durch die Energiewende), ihre Folgen und Erfahrungen damit, und wagen sowohl den raumgeografischen Blick (z. B. auf das Ruhrgebiet oder die Lausitz) als auch den sektoralen (z. B. auf die Solarindustrie und die Braunkohlewirtschaft) auf Einigungsprozess und Wandel. Dabei lässt sich feststellen, dass

- eine oberflächliche Analyse des Einigungsprozesses und vieler ihn begleitenden Transformationen zu mitunter falschen Ableitungen kommt (z. B. die Narrative »einseitiger Institutionentransfer«, »Ost-West-Schere«, »Krise der Demokratie«),
- wir nicht nur schärfer auf Institutionen und einzelne Politikfelder, sondern auch auf Regionen und einzelne Branchen blicken sollten,
- wir dabei erkennen werden, dass sich vielfältige Disparitäten mitunter jenseits einer Ost-West-Dichotomie entfalten und
- die subjektiven Erfahrungen und Empfindungen oft nicht mit der Empirie, den objektiven Erfahrungen, übereinzustimmen scheinen.

Schon heute zeichnen sich mit der Energiewende, der Digitalisierung und dem demografischen Wandel neue Herausforderungen ab, die sowohl die Ökonomie als auch die Gesellschaft in unterschiedlichem Ausmaß treffen werden – auch bezogen auf die regionalen und sektoralen Effekte. Daher lohnt sich ein genauerer Blick, den wir im späteren Verlauf dieses Abschnitts versuchen werden, auf die Vielschichtigkeit des Wandels und seine Auswirkungen auf verschiedene Sektoren und Regionen, ehe wir uns abschließend im Fazit fragen, welche Lehren wir daraus für die Zukunft ziehen können.

4.1 Erfahrungen in Ost und West

Bei den Umbrucherfahrungen in Ost und West zeigt sich heute ein vielschichtiges Bild. Zum einen finden wir in der Tat starke Belege für eine sukzessive Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland. In diesem Zusammenhang wird häufig auf die umfangreichen Modernisierungsprogramme beim Städtebau sowie Telekommunikations-, Verkehrs- und Energieinfrastruktur verwiesen, die v.a. die ostdeutschen Städte und Kommunen in den vergangenen 30 Jahren einen großen Schritt nach vorn gebracht haben. Hinzu tritt ein weiterer Modernisierungsgewinner: die ökologische Sanierung, die gerade auch in Ostdeutschland zu positiven ökologischen und ökonomischen Effekten geführt hat. Ein Beispiel: Umwelt- und Energietechnologien sind in Ostdeutschland überdurchschnittlich stark vertreten und in zunehmendem Maße bedeutsam für die wirtschaftliche Entwicklung (BMWI 2019), und nach einer zwischenzeitlichen Regression – noch vor rund zehn Jahren kamen etliche der größten Solarunternehmen der Welt aus Deutschland (z.B. Solarworld, SMA, Q-Cells, Bosch), heute befindet sich unter den 20 größten kein einziges deutsches Unternehmen mehr – zeigt sich in jüngerer Vergangenheit wieder eine Revitalisierung der Solarindustrie insbesondere an Standorten in Ostdeutschland, beispielsweise im »Solar-Valley« in Bitterfeld (Sachsen-Anhalt) und im sächsischen Freiberg (vgl. Enkhardt 2020).

Diese ökonomische Annäherung findet sich aber nicht nur auf der Ebene einzelner Branchen (z.B. Solarindustrie, Bergbau, Schifffahrtsindustrie), sondern auch bei einschlägigen Makroindikatoren wie beispielsweise der Arbeitslosenquote, die in Ostdeutschland gegenüber ihrem Höchststand von 18,7 Prozent (2005) zwischenzeitlich um mehr als 12 Prozentpunkte auf 6,4 Prozent (2019) zurückgegangen war und aktuell – wohl auch Pandemie-bedingt – bei 7,3 Prozent liegt. In Summe lässt sich hier also durchaus eine bemerkenswerte Annäherung konstatieren, denn die Differenz zwischen den ost- und westdeutschen Arbeitslosenquoten betrug zu Beginn der 2000er Jahre noch mehr als 10 Prozentpunkte. Im Jahr 2018 hingegen lag der Unterschied nur noch bei 2,1 Prozentpunkten (BMWI 2019: 12). Auch eine Betrachtung der BIP-Entwicklung im Längsschnitt bestätigt den – wenngleich auch nach wie vor langsamen – Trend zur Konvergenz. Auch wenn die Einheit ökonomisch noch nicht vollzogen ist: Die neuen Bundesländer (mit und ohne Berlin) verringern stetig den Abstand ihrer Wirtschaftsleistung zum bundesdeutschen Durchschnitt. Diese Leistung der ostdeutschen Bevölkerung und Wirtschaft ist umso bemerkenswerter, wenn sie mit dem sehr niedrigen Ausgangsniveau kontrastiert wird: So betrug die durchschnittliche Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer im Jahr 1990 nur 37 Prozent des westdeutschen Niveaus (BMWI 2020). Allerdings erkennt eine neuere Prognos-Studie (Prognos

2018) einen anderen Trend. Sie geht davon aus, dass die Wirtschaftskraft bis zum Jahr 2045 in Ostdeutschland auf rund zwei Drittel des Durchschnitts der westdeutschen Bundesländer absinken werde, was dem Niveau zur Jahrtausendwende entspräche. Gründe dafür seien eine ungünstige demografische Entwicklung der ostdeutschen Flächenländer sowie die dort relativ geringen privaten Forschungs- und Entwicklungs-Aktivitäten, die keine bessere wirtschaftliche Entwicklung erwarten ließen (vgl. Prognos 2018).

Wie sich bei obigen raumgeografischen Studien zeigt, lassen sich zum einen durch Cluster-Analysen spezifische Muster von Gleichheit und Unterschiedlichkeit erkennen – und zum anderen Faktoren und Treiber der dahinterliegenden Entwicklungsprozesse ablesen, gerade was die Erklärungen für die Disparitäten anbetrifft. Daher verknüpfen wir im nächsten Schritt die Erkenntnisse aus regionalen Analysen mit dem Blick auf zwei exemplarische Branchen (Braunkohlewirtschaft und Solarindustrie), die häufig als prägende Narrative und Symbole des Strukturwandels herangezogen werden, der bestimmte Regionen in besonderem Maße betroffen hat bzw. noch betrifft, um so das Bild einer vielschichtigen Transformation zu vervollständigen. Die Analysen umfassen sowohl die ländlich geprägten Räume in der dauerhaften Strukturkrise – vornehmlich in Ostdeutschland – als auch die eher städtisch geprägten Regionen im andauernden Strukturwandel, in denen beide Branchen, die Braunkohlewirtschaft wie die Solarindustrie, besonders stark vertreten sind. So stehen vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen wie der Digitalisierung oder umfangreichen Transformationen wie der Energiewende diese beiden Branchen sinnbildlich für die Dynamiken des Wandels – sie sind zwei Seiten einer Medaille, in Ost und West.

4.1.1 Braunkohlewirtschaft

Braunkohle dient in Deutschland v. a. der Stromerzeugung. Wurden im Jahr 1990 noch 31,1 Prozent des Stroms in Deutschland aus Braunkohle gewonnen, hält sie auch heute noch mit mehr als 20 Prozent einen signifikanten Anteil an der Stromgewinnung (Arbeitsgemeinschaften Energiebilanzen 2020). Während heute 100 Prozent des Steinkohlebedarfs aus dem Ausland kommen, werden 100 Prozent des hiesigen Braunkohledarfs im Inland gewonnen. Nach Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW 2019) bezifferte sich die gesamte Bruttowertschöpfung (Bruttoproduktionswert) der Braunkohlewirtschaft im Jahr 2016 auf einen Wert von 12,8 Milliarden Euro.[10] Es ist eine Branche mit entsprechender wirtschaftlicher, aber auch sozialer bzw. kultureller Bedeutung, zumal die Braunkohleförderung regional begrenzt ist und in sogenannten Revieren statt-

10 Allerdings sind darin auch die indirekte und die induzierte Bruttowertschöpfung enthalten. Die direkte Bruttowertschöpfung wird mit 6,8 Milliarden Euro angegeben.

Abb. 7: Braunkohletagebau in Deutschland

Quelle: DEBRIV 2020.

findet, wo sie eine herausragende Rolle spielt. Ein Beispiel: »So sind im Lausitzer Revier im Wirtschaftszweig ›Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Energiewirtschaft‹, zu welchem die Braunkohlewirtschaft gezählt wird, gegenüber dem Bundesdurchschnitt mehr als doppelt so viele Menschen beschäftigt.« (BMWI 2019: 52). Doch mit dem Inkrafttreten des Kohleausstiegsgesetzes am 14. August 2020 steht inzwischen auch das Ende der Stromerzeugung aus Braunkohle in Deutschland fest. Bis Ende 2038 soll dieser Ausstieg schrittweise umgesetzt sein. Bereits in den kommenden beiden Jahren werden Kraftwerke mit einer Leistung von fast 3.000 Megawatt stillgelegt – damit wird der schon lange existierende Strukturwandel im Bereich der Energiegewinnung allgemein und speziell im Bergbau in eine nächste Phase überführt.

Noch existieren in Deutschland drei große Braunkohle-Reviere: das Rheinische in der Niederrheinischen Bucht, das Mitteldeutsche sowie das Lausitzer Revier (siehe Abb. 7).

Waren im Jahr 1989 noch rund 157.000 Beschäftigte direkt im Braunkohlebergbau tätig, sind es 30 Jahre später nur noch rund 20.000. Dieser massive Stellenabbau fand v. a. in Mitteldeutschland (von 60.000 im Jahr 1989 auf 2.000 Beschäftigte im Jahr 2019) und der Lausitz (von 79.000 auf rund 8.000) statt

(DEBRIV 2019). Auslöser waren die erheblichen Umweltbelastungen, die mit der Braunkohleförderung einhergehen und die v. a. die ostdeutschen Regionen besonders trafen. So betraf unmittelbar nach der politischen Wende, nicht zuletzt auf öffentlichen Druck und eine bereits seit Längerem intensiv geführte Debatte in Westdeutschland, auch eine der zentralen Herausforderungen in Ostdeutschland den Umweltschutz: »Das politische und wirtschaftliche System der DDR hatte massive Umweltschäden hinterlassen und Umweltbelastungen für Mensch und Natur in Kauf genommen. Die Umweltsanierung hat den Weg zum wirtschaftlichen Strukturwandel geebnet und dynamisch gestaltet.« (BMWI 2019: 77). Harte Regulation durch zahlreiche Ver- und Gebote, aber z. B. auch eine Orchestrierung verschiedener steuerlicher Anreize und Förderprogramme führten einerseits zu einer großen Dynamik bei Prozess- und Produktinnovationen, gerade in der Energiewirtschaft (z. B. Effizienzsteigerungen bei Kohle- und Gaskraftwerken, Innovationen in der Solarindustrie, Windkraftanalgen etc.) und Umwelttechnologie, anderseits aber auch zu Insolvenzen und Stellenabbau in den nun nicht mehr wettbewerbsfähigen Sektoren.

In diesem Zusammenhang steht auch die Sanierung von Gebieten des ehemaligen Braunkohletagebaus in Ostdeutschland,[11] z. B. das Lausitzer Seenland und das Leipziger Neuseenland, oder des Steinkohle- und Erzbergbaus im Ruhrgebiet. Vor allem die beiden ostdeutschen Regionen erlebten im Zuge dieses Wandels einen erheblichen Bevölkerungsrückgang und eine hohe Arbeitslosenquote, die erst ab 2004 wieder etwas sank (Vallentin u. a. 2016; Kluge u. a. 2013). Der Wandel zeigt sich auch in der Wertschöpfung bzw. in den regionalen BIPs. Das Wachstum der Bundesländer mit Braunkohlerevieren liegt seit 2010 meist unter dem nationalen Durchschnitt, »was auch den Strukturwandel in den von der Beendigung der Kohleverstromung betroffenen Regionen in diesen Ländern erschwert.« (BMWI 2019: 50), und zwar in Ost und West, wo beispielsweise in Nordrhein-Westfalen das Wirtschaftswachstum im letzten Jahrzehnt durchgängig unter dem deutschen Durchschnitt liegt. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Standorte der Kohleindustrie also überwiegend in Regionen befinden, die bereits Strukturwandelprozesse, teilweise tiefgreifende, durchlaufen haben. Die Wirtschaftsstruktur der Reviere ist keineswegs einheitlich. Gemeinsam ist ihnen aber, dass die Braunkohlewirtschaft eine herausgehobene Rolle spielt. Im Gegenzug ist der Industrialisierungsgrad sowohl im Lausitzer und im Mitteldeutschen als auch im Rheinischen Revier eher schwächer ausgeprägt als im Rest Deutschlands (BMWI 2019). Das gilt auch für eine insgesamt geringere Bedeutung von Dienstleistungen der Fi-

11 Der Bund und die ostdeutschen Braunkohleländer haben am 2. Juni 2017 das fünfte ergänzende Verwaltungsabkommen zur Fortführung der Finanzierung der Braunkohlesanierung (VA VI BKS) unterzeichnet. Der finanzielle Gesamtrahmen, bezogen auf die Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, beträgt 1,23 Mrd. € (BMWI 2019).

nanz- und Versicherungs- sowie der Informations- und Kommunikationstechnik (ITK), die in der Regel besser bezahlt sind als andere Dienstleistungen (RWI 2018). Das fällt besonders ins Gewicht, weil es sich bei den noch existierenden Arbeitsplätzen in der Braunkohlewirtschaft vornehmlich um Arbeitsplätze mit hohem Qualifikationsniveau und deutlich überdurchschnittlicher Entlohnung handelt. Der Anteil am gesamten Einkommensteueraufkommen in den Revieren liegt bei 0,7 Prozent (Mitteldeutsches Revier), 2,0 Prozent (Rheinisches Revier) bzw. 4,6 Prozent (Lausitzer Revier).[12]

Gleichwohl ist festzustellen, dass in den vergangenen Jahren insgesamt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in allen Revieren stieg und damit auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Braunkohlewirtschaft entstanden; das gilt auch – jenseits der oben erwähnten Finanz- und Versicherungs- sowie ITK-Tätigkeiten – generell für die Dienstleistungsbranche sowie bestimmte Bereiche des verarbeitenden Gewerbes (BMWI 2019). Allerdings bereiten einschlägige Indikatoren zur Prognose der künftigen Wirtschaftsentwicklung (z. B. Beschäftigte in Forschung und Entwicklung, Zahl der Patentanmeldungen, Zahl der Neugründungen im Hightech-Bereich) Sorge. So liegt die Innovationskraft im Rheinischen Revier schon heute leicht, im Lausitzer und Mitteldeutschem Revier sogar deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Hier wurden die ostdeutschen Revier-Standorte – abgesehen von der Braunkohlewirtschaft – in der Vergangenheit v. a. zur Fertigung und nicht für Forschung und Entwicklung genutzt. Als Grund dafür wird häufig der Mangel an Firmenzentralen in Ostdeutschland sowie die kleinteilige Wirtschaftsstruktur genannt (siehe Tabelle 1 in Abschnitt 1). Auch die geringere Dichte an öffentlichen Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Universitäten in den ostdeutschen Revieren ist zu erwähnen. Zudem ist schon heute der demografische Wandel in der Lausitz sowie im Mitteldeutschen Revier weiter vorangeschritten als im Rheinischen Revier und er wird sich wohl auch in den nächsten Jahren fortsetzen. »Die Kommission geht davon aus, dass bis 2035 der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in der Lausitz etwa 45 Prozent betragen wird. Zum Vergleich: In Gesamtdeutschland wird der Anteil dieser Gruppe in 2035 auf ca. 36 Prozent geschätzt.« (BMWI 2019: 54; vgl. auch RWI 2018) Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die (sinkende) Nachfrage, das Steueraufkommen und Fachkräfteangebot sowie den (steigenden) Bedarf an medizinischer und pflegerischer Versorgung sowie entsprechendem Wohnraum, könnte

12 Die Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung« weist in ihrem Abschlussbericht (BMWI 2019) explizit darauf hin, dass neben dem direkt den Kommunen zufließenden Anteil (15 %) auch der Landesanteil am Einkommensteueraufkommen (42,5 %) berücksichtigt werden müsse, da über den Landeshaushalt ebenfalls Investitions- und Fördermaßnahmen in der Region. finanziert würden.

aber auch zu wachsenden Ungleichgewichten bei der Verfügbarkeit von Mobilitäts-, Versorgungs-, Kultur- und Freizeitangeboten führen sowie zu Überkapazitäten im Bereich der Versorgungsinfrastrukturen für Wasser, Abwasser und Wärme (BMWI 2019). Wenngleich sich die ost- und westdeutschen Braunkohlereviere in ihrer raumgeografischen Konfiguration unterscheiden (Lausitz und Mitteldeutsches Revier: ländlich, Rheinisches Revier: ebenfalls ländlich, aber bereits heute eng an diverse urbane Zentren wie Aachen, Mönchengladbach, Düsseldorf und Köln geknüpft), haben alle drei Reviere eine sehr gut ausgebaute Infrastruktur, die auch der künftigen Entwicklung moderner Energieerzeugungsanlagen und Energietechnologien gute Anknüpfungspunkte bieten könnte (BMWI 2019).

Der nun anstehende Strukturwandel wird mit gewaltigen Finanzmitteln unterlegt. Bis 2038 sollen gemäß verschiedenen Gesetzespaketen,[13] die nach den Empfehlungen der Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung« inzwischen von Bund und Ländern verabschiedet wurden, bis zu 40 Milliarden Euro in die betroffenen Regionen fließen: Zur Unterstützung des Strukturwandels erhalten die Braunkohleregionen Finanzhilfen von bis zu 14 Milliarden Euro für besonders bedeutsame Investitionen. Regionen können so die Wirtschaft in unterschiedlichsten Bereichen fördern, etwa über Investitionen in wirtschaftsnahe Infrastruktur, den gezielten Breitbandausbau oder den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Zudem unterstützt der Bund die Regionen durch weitere Maßnahmen in seiner eigenen Zuständigkeit mit bis zu 26 Milliarden Euro, etwa durch Erweiterung von Forschungs- und Förderprogrammen, den Ausbau von Verkehrsinfrastrukturprojekten oder die Ansiedelung von Bundeseinrichtungen. Die Mittel werden wie folgt verteilt: 43 Prozent der rund 40 Milliarden werden in das Lausitzer Revier fließen, 37 Prozent in das Rheinische Revier und 20 Prozent in das Mitteldeutsche Revier. Allein für das Land Brandenburg bedeutet dies Jahr für Jahr mehr als eine halbe Milliarde Euro. Damit soll die Region Lausitz etwa zum Gesundheitsstandort ausgebaut werden (SZ 2020).

---

13 Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben am 3. Juli 2020 das »Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze« (Kohleausstiegsgesetz) sowie das »Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen« (Strukturstärkungsgesetz) verabschiedet. Das Bundeskabinett hatte zuvor bereits Eckpunkte für ein Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen beschlossen (Mai 2019) sowie den Entwurf für das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen im August 2019. Im Januar 2020 haben sich Bund und Länder auf Eckpunkte für einen Kohleausstieg geeinigt. Das Bundeskabinett hat den Entwurf für ein Gesetz zur Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze am 29. Januar 2020 beschlossen.

4.1.2 Solarindustrie

Mit der Energiewende befindet sich Deutschland bereits inmitten der nächsten großen Transformation. Sie hat zum Ziel, in Deutschland langfristig eine umweltverträgliche, ressourcenschonende und kostengünstige Energieversorgung zu gewährleisten. Das bedeutet zum einen Atomausstieg und Kohleausstieg und zum anderen den Umstieg auf erneuerbare Energien wie Wasserkraft, Wind- und Sonnenenergie. Spätestens mit dem Ende der Kohlestromversorgung gerät nun – wie weiter oben dargestellt – auch die Energiewirtschaft wieder stärker in den Fokus – und damit auch die Solarindustrie. Unter Solarindustrie verstehen wir die Gesamtheit der Industrieunternehmen, die als Zulieferer Teile zur Herstellung von Anlagen zur direkten Nutzung der Sonnenenergie liefern (z. B. Solarzellen für Photovoltaikanlagen) oder die direkt in den Herstellungsprozess involviert sind (z. B. Hersteller solarthermischer Anlagen oder von PV-Modulen). Im Jahr 2019 setzten die Unternehmen der Solarindustrie in Deutschland rund 1,8 Milliarden Euro um (Statista 2020).

In Deutschland wuchs die Solarindustrie ab dem Jahr 2000 zunächst enorm, v. a. dank der gesetzlich garantierten Einspeisevergütung, die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz geregelt worden war. Doch mit dem Erfolg stellten sich typische Nachahmungs- und Verdrängungseffekte ein, die schließlich zu einer umfangreichen Marktkonsolidierung in Deutschland führten, gerade im Bereich der Photovoltaik. Im Zuge dessen wurden verstärkt Produktionskapazitäten in Länder mit niedrigerem Lohnniveau, geringeren Umweltstandards und höherer staatlicher Förderung verlagert, beispielsweise nach China. Für die Käufer von PV-Anlagen positiv und für das Gesamtziel Energiewende sicherlich nicht abträglich, sanken dadurch die Modulpreise drastisch, was jedoch die deutsche Solarindustrie zunehmend unter Druck setzte, mit der Folge zahlreicher Unternehmensinsolvenzen, gerade in den zuvor so erfolgreichen ostdeutschen PV-Clustern (z. B. »Solar Valley« in Bitterfeld, Dresden).

Nach Angaben des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW) gab es in Deutschland im Jahr 2012 noch rund 10.000 Unternehmen in der Solarbranche, die insgesamt 120.000 Mitarbeiter*innen beschäftigten. Der Gesamtumsatz von Photovoltaikindustrie inklusive dazugehörendem Maschinenbau soll sich nach Angaben des Branchenverbands im Jahr 2011 bei rund 19 Milliarden Euro (BSW 2012) bewegt haben, dabei wurden jedoch die Umsätze der Industrie und des Handwerks (z. B. Installateure) zusammengerechnet.

Doch es sollte nicht bei diesen Umsätzen bleiben. Im Jahr 2012 begann die Bundesregierung, die Förderung der Photovoltaik stärker zu beschneiden, auch weil als »Kollateralschaden« des Erfolgs die Ökostromumlage und damit auch die Stromkosten stiegen. Eine Entscheidung mit weitreichenden Auswirkungen: Schnell zeigte sich, dass viele Geschäftsmodelle nun nicht mehr funktionierten

und Innovationen auf sich warten ließen. Es wurde nun verstärkt auf die Kosten geschaut und Produktionsstätten ins Ausland verlagert. Den Preiskampf mit den asiatischen Konkurrenten konnten jedoch nur wenige deutsche Unternehmen bestehen. Die Folge: mehr Insolvenzen und Entlassungen. Zählte die Branche in Deutschland im Jahr 2011 noch 110.900 Beschäftigte, lag dieser Wert schon ein Jahr später nur noch bei 56.000 und 2015 bei 31.600 Beschäftigten. Für das Jahr 2018 zählte das BMWI knapp 46.000 Arbeitsplätze (Agentur für Erneuerbare Energien 2020). In Summe haben sich im Bereich der Photovoltaik »nur größere Unternehmen im Bereich Maschinenbau (die über eine große Produktvielfalt verfügen) und im Bereich bestimmter Technologien (z. B. Wechselrichter) längerfristig etabliert« (BMWI 2019b[14]).

Im Zuge der Energiewende – und gestützt auf eine in diesem Bereich gut ausgebaute Forschungs-, Produktions- und Anwendungslandschaft, gut ausgebildete Fachkräfte und eine im Vergleich zu manchen Teilen Westdeutschlands modernisierte Energieinfrastruktur – offenbaren sich hier auch neue Chancen, gerade für die ostdeutschen Standorte der Solarindustrie. In Deutschland sollen bis 2030 erneuerbare Energien 65 Prozent des Stroms liefern, Europa soll bis 2050 klimaneutral werden und hat dafür eigens einen »European Green Deal« aufgelegt. In vielen ostdeutschen Regionen ist die Energiewirtschaft schon heute ein wichtiger Träger von Beschäftigung, Wertschöpfung und Innovation (BMWI 2019). So ist in jüngerer Vergangenheit auch wieder eine deutliche Belebung der Branche zu verspüren, die sogar große Direktinvestitionen aus dem Ausland in die Region locken. Als Beispiel dafür können die umfangreichen Investitionen des Schweizer Maschinenbauers Meyer Burger in Ostdeutschland dienen. Dieser plant, eine große eigene Zell- und Modulproduktion in Sachsen und Sachsen-Anhalt aufzubauen. In Bitterfeld-Wolfen (Sachsen-Anhalt) und Freiberg (Sachsen), genauer: an den ehemaligen Standorten der Solarfirmen Sovello und Solarworld, sollen künftig 3000 neue Arbeitsplätze entstehen – die »Solarindustrie kommt zurück nach Deutschland« (Fell 2020).

4.1.3 »Subjektive« Umbrucherfahrungen

Aber wie empfindet die Bevölkerung diese Umbrüche? Metaanalysen des Zentrums für Sozialforschung Halle zeigen, dass Deutschland in den letzten 30 Jahren in vielerlei Hinsicht zusammengewachsen ist, »auch was das subjektive Empfinden der Menschen anbetrifft« (BMWI 2020: 45). Die Einstellungen beispielsweise zur Sozialen Marktwirtschaft, zum Sozialstaat oder zu staatlicher Umverteilung

14 Antwort des Staatssekretärs Nussbaum (BMWI) auf die schriftliche Anfrage Nr. 297 des Bundestagsabgeordneten Oehme im November 2019: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2019/11-297.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

haben sich im Ost-West-Vergleich stark angenähert. Zudem ist die deutsche Bevölkerung heute (allerdings noch vor Ausbruch der Corona-Pandemie) im Durchschnitt so zufrieden wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung (BMWI 2020 nach Holtmann/Jaeck/Wohlleben 2020 und FGW 2019).

Und doch zeigen sich bei genauerem Hinsehen Risse. Trotz der oben beschriebenen Erfolge und positiven ökonomischen Makroindikatoren offenbaren insbesondere Mikroanalysen und detailliertere Studien (z. B. Buhr/Frankenberger/Gensheimer 2019; Frankenberger/Buhr 2017) mit lebensweltlichen Bezügen vielfältige Unterschiede in den politischen Wertüberzeugungen sowie der politischen Partizipation und dem sozialen Engagement. »Kennzeichnend dafür ist eine in den neuen Ländern durchgängig skeptischere und auch kritischer ausgeprägte Grundeinstellung gegenüber Politik« (BMWI 2020: 45) allgemein, die sich auch in einem insgesamt niedrigeren Vertrauen der Befragten in Ostdeutschland in (zentrale) politische Institutionen widerspiegelt (Holtmann/Jaeck/Wohlleben 2020). »Im ost-westdeutschen Vergleich hat Ungleichheit bzw. Unterschiedlichkeit sowohl eine sozial-ökonomische Prägung als auch ein politisch-kulturelles Profil.« (Holtmann 2020b)

Tabelle 5: Wandel ausgewählter Einstellungen in West- und Ostdeutschland 2014–2018

	West		*Ost*		*Differenz 2018–2014*	
	2014	*2018*	*2014*	*2018*	*West*	*Ost*
Verbundenheit mit dem Wohnort	77	64	84	72	–13	–12
Lokale Integration	63	66	61	67	3	6
Vertrauen zu regulativen Institutionen	60	65	50	56	5	6
Präferenz für repräsentative Demokratie	39	41	33	29	2	–4
Demokratiezufriedenheit	42	39	32	20	–3	–12
Vertrauen zu parteienstaatlichen Institutionen	42	40	35	30	–2	–5
Wahrnehmung von Responsivität	10	14	10	13	4	3
Politisches Interesse	45	51	47	52	2	1

Quelle: Eigene Darstellung nach Gabriel 2019 und Holtmann 2020.

Konvergenz zeigt sich bei der wahrgenommenen Responsivität sowie beim allgemeinen politischen Interesse, und auch in »der Struktur, im Niveau und in den Bedingungen der politischen Partizipation überwiegen die Gemeinsamkeiten

zwischen alten und neuen Bundesländern« (Gabriel 2019: 212). Doch es reproduzieren sich auch bei den politischen Einstellungen spezifische Ost-West-Differenzen beharrlich, beispielsweise bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, beim Institutionenvertrauen oder bei der Präferenz für das repräsentative bzw. direkte Demokratiemodell und nicht zuletzt beim Wahlverhalten (vgl. Gabriel 2019; Holtmann 2020).

Auch in den Bürger*innendialogen kam diese Unterschiedlichkeit – z. B. bei der Unzufriedenheit, auch über den Transformationsprozess – zum Ausdruck:

> »Viele Teilnehmende der neuen Bundesländer beschrieben den Transformationsprozess rückblickend als vollständige Übernahme des Systems der BRD. (…) Einzelne Teilnehmende bewerteten dies persönlich und fassten diese ›Übernahme‹ deshalb als abwertend auf. Zurück blieben auch Erinnerungen an den Verfall von Wirtschaftsstandorten und die Entvölkerung einzelner Landesteile mit Auswirkungen auf die Infrastruktur sowie die sozialen Beziehungen. Diese Erfahrungen sind immer noch sehr lebendig und beeinflussen viele Teilnehmer*innen aus den neuen Bundesländern bis heute.« (INFO 2020: 99)

Wie wir bereits in vorherigen Abschnitten zeigen konnten, lohnt jedoch auch hier ein genauerer Blick:

> »Tatsächlich bestätigen regional vergleichende Untersuchungen, in welchen Strukturdaten mit Einstellungsdaten auf kreiskommunaler Ebene analytisch verknüpft werden, dass Befragte aus Regionen, die sich entweder günstig oder ungünstig entwickelnde Lebensumfelder bieten, politische Einstellungen hegen, die in Ost- wie Westdeutschland in dieselbe Richtung weisen.« (Holtmann 2020: 496)

So scheint beispielsweise eine Verknüpfung mit Befunden des Disparitätenberichts der Friedrich-Ebert-Stiftung (Fink/Hennicke/Tiemann 2019) fruchtbar. Dadurch könnten Cluster bzw. sogar einzelne Stadt- und Landkreise miteinander verglichen werden, was das Bild einer vorherrschenden Ost-West-Trennlinie deutlich relativieren würde, wie Brachert (2020) in seiner regional vergleichenden Analyse zur politischen Partizipation nachweisen kann: Die Demokratiezufriedenheit, die Präferenz für das Modell der repräsentativen Demokratie, das Vertrauen in politische Institutionen, die wahrgenommene Responsivität von Politiker*innen sowie das allgemeine und persönliche Gerechtigkeitsempfinden fällt sowohl in westdeutschen als auch ostdeutschen »Schockregionen« durchgängig negativer aus als in anderen Landkreisen, beispielsweise in den »Gewinnerregionen«.

Wie wir bereits aus anderen Studien wissen, angefangen vom großflächigen World Happiness Report (Helliwell u. a. 2020) bis zu kleinteiligeren lebensweltlichen Analysen (z. B. von Frankenberger/Buhr 2017), sichern gute wirtschaftliche Kennzahlen allein noch keine Lebenszufriedenheit von Bürgerinnen und Bürgern. Vielmehr sind neben politischer und sozialer Partizipation, einer bedarfsgerechten ärztlichen Versorgung, guter Bildung, einer ausreichenden Zahl und guten Qualität von Betreuungsplätzen für Kinder, bedarfsgerechte Unterstützungs-, Hilfs- so-

wie Teilhabeangebote für ältere Menschen oder nahe Versorgungs- und Kultureinrichtungen zentrale Bausteine für ein gutes Leben vor Ort. Hinzu kommen der Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum, verlässlichem öffentlichen Nahverkehr und nach einer gut ausgebauten digitalen Infrastruktur (BMWI 2019: 15), wobei viele dieser Punkte natürlich mit Blick auf einschlägige Indizes (z. B. Human Development Index) durchaus miteinander zusammenhängen. So nimmt der Wunsch nach einer guten und bezahlbaren medizinischen Versorgung auch in den Bürger*innendialogen eine wichtige Rolle ein (INFO 2020: 42).

Während der gesamten Bürger*innendialogreihe wurde jedoch die gemeinsame Überzeugung deutlich, dass die Unterschiede im Alltag immer seltener eine Rolle spielten. Es bildete sich demnach ein Bewusstsein dafür, dass die Menschen in Deutschland verschieden seien und überall im Land ähnliche Probleme und Herausforderungen bestünden. »Es bestand zudem Konsens darüber, dass die Menschen aus den unterschiedlichen Regionen voneinander lernen können und dies ein wesentlicher Mehrwert eines gemeinsamen Austauschs wäre. Dies belegt das folgende Zitat: ›Ostdeutsche haben Transformationskompetenz. Das kann der Westen vom Osten lernen.‹« (INFO 2020: 103)

4.2 Zukünftige Herausforderungen

Mit dem demografischen Wandel, der Energie- und Mobilitätswende, nicht zuletzt der Digitalisierung befinden wir uns bereits inmitten der nächsten großen Transformationen. Sie treffen die Gesellschaft als Ganzes, aber jeden einzelnen in unterschiedlicher Qualität. Deutschland ist schon heute eine der ältesten Gesellschaften der Welt. Lag das Durchschnittsalter 1990 noch bei rund 40 Jahren, liegt es heute schon bei etwas über 44 Jahren. Bei der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland lassen sich im Längsschnitt zwei Trends beobachten: einerseits ein starkes Ost-West-Gefälle und andererseits ein Gefälle von großstädtischen Wachstumszentren (»Gewinnerregionen«) zu strukturschwachen Regionen (»Schockregionen«), wie wir schon anhand des Disparitätenatlas zeigen konnten. Mit der Abwanderung in die Städte wachsen die Herausforderungen auf dem Land. Die weitere Ausdünnung ländlicher und v. a. peripher gelegener Regionen hat auch Auswirkungen auf die technische und soziale Infrastruktur: fehlende Ärzte, fehlender Nahverkehr, fehlende Kultureinrichtungen – bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen der Kommunen für die finanzielle Bewältigung der vielfältigen Zukunftsaufgaben. Vieles ist bereits heute deutlich spürbar. Die Lebensverhältnisse in prosperierenden Regionen wie z. B. Hamburg, München, Frankfurt, Stuttgart, aber auch Berlin und seinem Umland, Leipzig, Dresden und Erfurt einerseits und strukturschwachen Abwanderungsgebieten andererseits gestalten sich zunehmend ungleich.

Diese Schrumpfungs- und Alterungsprozesse sind in vielen Regionen Ostdeutschlands bereits weit fortgeschritten. Dort, in den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer, werden die Effekte der alternden Gesellschaft durch die Abwanderung junger Menschen noch verstärkt. Prognosen gehen davon aus, dass in den ostdeutschen Flächenländern – bei moderatem Verlauf – die Zahl der Erwerbsfähigen bis ins Jahr 2060 vermutlich im Vergleich zum Ausgangsjahr 2015 um fast zwei Fünftel zurückgegangen sein wird (IWH 2019: 14). Zum einen gibt es dann immer mehr Hochaltrige, die sich mittelfristig nicht mehr allein versorgen werden können und verstärkt auf medizinische und pflegerische Unterstützung angewiesen sind, zum anderen stehen immer weniger Erwerbstätige zur Verfügung, die diese Unterstützung anbieten könnten. Schon heute leben von den rund 3,9 Millionen offiziell in der Statistik geführten pflegebedürftigen Menschen in Deutschland rund 800.000, und damit überproportional viele, in den neuen Ländern. Diese Entwicklungen führen zu komplexen Bedarfslagen und induzieren gleichzeitig vielerlei Innovationsprozesse – technisch wie sozial –, die auch viele ländlich geprägte, ostdeutsche Regionen unverhofft zu Pionieren und Innovationstreibern machen. Angefangen von den Polikliniken bzw. Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und verschiedenen telemedizinischen Lösungen bis zur vielbeachteten »Gemeindeschwester« AGnES (Arztentlastende, Gemeindenahe, E-Health-gestützte, Systemische Intervention).

Ein flächendeckender Ausbau weiterer telemedizinischer Anwendungen soll künftig verstärkt dabei helfen, sowohl Grenzen zwischen Versorgungssektoren als auch räumliche Entfernungen zu überwinden. Dafür wurde in den vergangenen Jahren eine Reihe von Gesetzen verabschiedet (z. B. das Digitale-Versorgung-Gesetz DVG). So ermöglichte erst die Aufhebung des berufsrechtlichen Fernbehandlungsverbotes die Ausweitung telemedizinischer Behandlungen auf Videosprechstunden mit Patientinnen und Patienten, aber auch mit den häufig weiter entfernt lebenden An- und Zugehörigen, die zuvor keinen unmittelbaren Arzt- oder Patienten-Kontakt hatten. Das entlastet gerade die häufig im Berufsleben stehenden und mitunter weiter entfernt lebenden An- und Zugehörigen, die in Deutschland den Großteil der Pflege und Sorgearbeit übernehmen. Um eine flächendeckende, effiziente Versorgung zu gewährleisten, soll die bisher auf die Röntgen- und CT-Diagnostik eingeschränkte beratende Befundbeurteilung zukünftig sektorübergreifend möglich sein. Noch steht Deutschland hier im internationalen Vergleich allerdings am Anfang (vgl. Bertelsmann/Empirica 2018). Weitere geeignete telemedizinische Leistungen (z. B. Telekonsilien) und neue, integrierte Versorgungsformen sollen folgen. Das könnte den Versicherten und ihren Angehörigen Wege ersparen sowie die medizinische und pflegerische Versorgung in der Fläche stärken (vgl. BMWI 2019: 78ff).

Hiervon könnten gerade die dünn besiedelten Gebiete, auch in Ostdeutschland, profitieren – aber nur, wenn es zugleich gelänge, die großen Lücken bei der Qualifizierung des Fachpersonals sowie bei der Breitband-Internetversorgung und der Mobilfunkabdeckung[15] schnell zu schließen. Allerdings stimmen einen die bisherigen Erfahrungen mit dem »flächendeckenden« Breitband- und Mobilfunkausbau sowie das eher schwach ausgeprägte Innovationsverhalten bei Teilen der Leistungserbringer*innen des Gesundheitswesens in Deutschland nicht sonderlich hoffnungsfroh. Davon zeugen auch die Ergebnisse des jährlich von der Europäischen Kommission veröffentlichten »Digital Economy and Society Index« (DESI), bei dem Deutschland regelmäßig nur im Mittelfeld und damit weit abgeschlagen hinter den führenden skandinavischen Staaten Finnland, Schweden, Dänemark und den Niederlanden landet.

Herausforderungen wie der demografische Wandel, aber auch die Energie- und Mobilitätswende sind vermutlich nur im Zusammenspiel mit der Digitalisierung zu bewältigen. Schon heute zeigen sich vielversprechende Einsatzgebiete der Künstlichen Intelligenz: Früherkennung von Krebserkrankungen, präzise Wettervorhersagen, kostengünstige Wartung von Autobahnbrücken, intelligente Stromverteilung, effiziente Verbrechensbekämpfung und vieles mehr (Bader/Buhr 2020). Doch auch die Digitalisierung selbst verursacht neue Herausforderungen, wie uns nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie mit besonderem Blick auf das Bildungswesen deutlich vor Augen führt: eine digitale Spaltung, die wiederum oft einhergeht mit sozialer Ungleichheit, Verlust von Tätigkeiten, der Entwertung von Wissen, einem wachsenden Bedarf an Bildung, permanenter Qualifizierung und sozialer wie rechtlicher Absicherung gegen neue Risiken des digitalen Arbeitens und Wirtschaftens (Datensicherheit, Datenschutz, Privatsphäre, geistiges Eigentum, Mitbestimmung, Sozialversicherung für Cloud- und Crowdworker*innen, Besteuerung und Regulierung transnationaler Plattformanbieter und vieles mehr). Es wird nach Innovationen gesucht, nach neuen Organisationsformen, neuen Regelungsformen und Arbeitsweisen, neuen Geschäftsmodellen, neuen Produkten sowie neuen Dienstleistungen. Innovationen stoßen Wandel an – und sind wiederum selbst oftmals eine Reaktion auf Umbrüche und damit verbundene Krisensituationen, die sie ein Stück weit zu lösen suchen (Howaldt/Kopp/Schwarz 2008; Zapf 1989; Buhr u. a. 2018).

Hier gilt es künftig gezielt anzusetzen, z. B. im Bereich der Dienstleistungsinnovationen, einem Sektor, der die größten absoluten Zuwächse bei Wertschöpfung und Beschäftigung erzielt (IWH 2019; EFI 2020). Historisch fanden sich

---

15 Der 5G-Standard ermöglicht wegen seiner besonderen Eigenschaften, wie z. B. der Übertragung von Daten in Nahezu-Echtzeit, ganz neue Anwendungen in vielen Lebens- und Arbeitsbereichen, die mit bisherigen Mobilfunkstandards nicht erreicht werden können (BMWi 2019).

im eher landwirtschaftlich geprägten Ostdeutschland nur wenige starke Industriestandorte (z. B. Chemnitz, Leipzig), daher konnte sich in vielen Regionen, gerade in Ostdeutschland, in den vergangenen Jahrzehnten komplementär dazu eine vergleichsweise starke Dienstleistungslandschaft etablieren, die künftig durch die wachsende Digitalisierung und den demografischen Wandel und einem damit verbundenen steigenden Bedarf an pflegerischen und medizinischen Diensten sogar noch an Bedeutung gewinnen dürfte.

5. Fazit mit Handlungsempfehlungen

Der Zusammenbruch der DDR hatte viele Ursachen. Besonders prägend war allerdings die spezifische Kombination aus dem Willen zur Überwindung der Teilung Deutschlands und der Orientierung am westdeutschen Demokratie- und Konsummodell. Anders als in den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten, die zuvor Teil des sowjetischen Einflussbereiches waren, fand auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kein aufwendiger Suchprozess nach dem »richtigen« Institutionensystem in einer postkommunistischen Gesellschaft statt; vielmehr führte die Existenz der als attraktiv wahrgenommenen Bundesrepublik dazu, dass deren Institutionenordnung und Konsumniveau als Ziel der ostdeutschen Mehrheit firmierten. Insofern war der Institutionentransfer von West nach Ost gewünscht und funktional zugleich, um sich unter Zeitdruck auf den Weg der doppelten und simultan ablaufenden Transformation von Ökonomie und Demokratie zu begeben. Da dieser Institutionentransfer aus dem Westen weder die Reformbedürftigkeit westdeutscher Institutionen berücksichtigte noch eine Sensibilität dafür entwickelte, wie mit den soziokulturellen Bedingungen im neuen Anwendungsgebiet umzugehen sei, glich der Prozess einem spektakulären, blindflugartigen Hauruckverfahren, das sich zeitverzögert als Schocktherapie herausstellte.

Der Beitritt der ostdeutschen Bevölkerung zum territorialen und politischen Geltungsbereich der Bundesrepublik nach Artikel 23 GG erscheint im Rückblick zumindest ambivalent. Denn dieser spezifische Modus des reform- und kontextaversen Institutionentransfers war zwar situativ funktional und effizient, führte aber mittelfristig zu erheblichen Verwerfungen, die einen großen Teil der ostdeutschen Bevölkerung trafen. Der Preis der Einheit bestand einerseits in der Ignoranz gegenüber spezifischen DDR-Arrangements, die die ostdeutsche Bevölkerung in Teilen als effizient erlebt hatte; andererseits führte der reformfreie Transfer bereits beschädigter und nur eingeschränkt funktionseffizienter westdeutscher Institutionen zu einem jahrelang währenden gesamtdeutschen Reformstau. So zeigt die Analyse des Institutionentransfers im Bereich der Arbeitsbeziehungen

und der Gesundheitspolitik, dass binnen kurzer Zeit weitreichende Nach- und Neujustierungen notwendig wurden, die gesamtdeutsche Relevanz hatten. Auf dem Gebiet der Tarifautonomie waren dies v. a. die Öffnungsklauseln, durch die eine semidezentrale Tarifpolitik etabliert wurde.

Hinzu kamen verbandliche Neuerungen in Form der Verbände ohne Tarifbindung auf Arbeitgeberseite und eine verstärkt mitgliederbezogene Politik auf Gewerkschaftsseite. Diese Elemente haben sich nachhaltig auf die Arbeitsbeziehungen in Gesamtdeutschland ausgewirkt. Ohne sie wäre vermutlich der deutsche Weg verbandlicher Mitsteuerung jenseits von Staat und Markt nicht fortzuführen gewesen. Ähnlich sieht es im Bereich der Gesundheitspolitik aus, wo mit den Polikliniken ein Modell kooperativer medizinischer Versorgung existierte, das in modifizierter Form unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ab 2003 bundesdeutscher Standard wurde. Mit Blick auf die Reformimpulse, die sich aus den ostdeutschen Konstellationen entwickelten, wozu auch die dortigen Kräfteverhältnisse beitrugen, kann die These formuliert werden, dass der Einfluss aus den fünf neuen Ländern auf den Wandel des Modells Deutschland seit 1990 vermutlich so groß war wie aus keiner anderen Region. Da die dort geborenen Veränderungen (z. B. Öffnungsklauseln und OT-Verbände) allerdings auch zugleich als Infragestellung des deutschen Modells verbändegetragener Regulierung begriffen wurden, sind sie nicht einfach als positiver Fortschritt rezipiert, sondern mindestens ambivalent diskutiert worden. Insofern lassen sich Bedeutung und Wirkung dieser Impulse und Veränderungen vermutlich erst mit einem größeren zeitlichen Abstand ermessen. Wenn also keine andere Region in Deutschland den Wandel so befeuert hat wie die fünf neuen Länder, dann gilt genauso, dass dieser Wandel häufig auch polarisierte und damit als ambivalent eingestuft wird. Möchte man ein Resümee ziehen, so kommt man zu einem peripheriegetriebenen Politikwandel, den das politische Zentrum nur begrenzt absorbieren konnte, der aber aufs Ganze betrachtet die Resilienz und Handlungsfähigkeit der Institutionen eher erhöht als blockiert hat.

Institutionen benötigen das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung, damit sie funktional wirken können. Vertrauen braucht positive Erfahrungen und Zeit. Die ostdeutsche Bevölkerung hat den westdeutschen Institutionen einen Vertrauensvorschuss entgegengebracht. Er aber wurde nicht eingelöst und schlug bald in Enttäuschung um. Auffallend sind nicht nur die bis heute bestehenden Unterschiede im Institutionenvertrauen zwischen der ost- und der westdeutschen Bevölkerung, sondern insbesondere die Differenzen zwischen den sozialen Gruppen und Regionen im Osten. Starke Vorbehalte gegenüber den Akteuren des politischen Systems bestehen v. a. gegenüber den Regierungen und den Parteien. Beides Institutionen, die das Ergebnis wettbewerblicher Verfahren sind. Dagegen wird den nicht majoritären Institutionen, wie den Verwaltungen und Gerichten, mittlerweile ein höheres Maß an Vertrauen entgegengebracht. Beson-

ders schwach ausgeprägt ist das Vertrauen in die intermediäre Rolle der Medien, v. a. der Zeitungen. Aber gerade sie wären wichtig, um ein realistisches und differenziertes Bild der Wirklichkeit zu zeichnen und als quasi treuhänderische Instanz zwischen der Bevölkerung und dem politischen System zu vermitteln. Da das Medium Zeitung aber höchst skeptisch wahrgenommen wird, fällt eine potenziell wichtige Instanz weg, womit der Zugang zu einer diskursiven Aneignung von Politik, die sich über Kompromisse und kleine inkrementelle Schritte vollzieht, schwieriger wird.

Die fünf neuen Länder haben durch Bevölkerungsrückgang (z. B. durch Abwanderung), Deindustrialisierung, Aufbau neuer Betriebe und technologischer Strukturen sowie im Zuge ökonomischer und politischer Transformationsprozesse beispiellose Veränderungen in kurzer Zeit erlebt. 1995 waren etwa 80 Prozent der Ostdeutschen nicht mehr auf jenem Arbeitsplatz, den sie 1990 innehatten (vgl. Martens 2020b). Dass die Mehrheit diese Herausforderungen trotz vieler Verluste, Zumutungen und Irritationen schließlich doch bewältigen konnte, spricht für ein hohes Maß an »Umbruchkompetenz« sowohl der politischen Entscheidungsträger*innen als auch der Bürger*innen.

In dieser Studie wurde am Beispiel des Auf-, Ab- und Umbaus der Braunkohlewirtschaft und Solarindustrie aufgezeigt, welche Anforderungen und Prozesse in kurzer Zeit zu bewältigen waren. Die Braunkohlewirtschaft wurde zunächst verkleinert, dann umgebaut, also modernisiert. Auf diese Weise hat sie einen maßgeblichen Beitrag zum Erreichen der CO_2-Reduktionsziele der Bundesrepublik geleistet. Seit einigen Jahren geht es nunmehr um die Abwicklung der Braunkohleindustrie (bis 2038), womit nicht nur in der Lausitz ein massiver Stellenabbau verbunden ist, sondern auch die Auflösung einer regionalen laboristischen Kultur. Zugleich geht es auch darum, neue Technologien einzusetzen, um die massiven Umweltbelastungen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten kumuliert haben, durch Umweltsanierungen abzubauen. Jedoch ging es in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur um den Ab- und Umbau sowie die Abwicklung alter Industrien, sondern auch um den Aufbau neuer Industrien wie der IT-Industrie, v. a. im Dresdner Raum. Zugleich war der Aufbau regenerativer Energien, allen voran die Solarindustrie, von besonderer Bedeutung, womit sich neue Erwartungen und Chancen für den ostdeutschen Standort ergaben.

Ein Knotenpunkt, an dem sich diese ungleichen Erfahrungen von Um-, Ab- und Aufbau verdichten, sind die ländlichen Gebiete, in denen der Zugang zu kollektiven Gütern im Sinne einer umfassenden Infrastruktur eingeschränkt ist. Seit vielen Jahren ist die Landflucht in den ostdeutschen Ländern eine fundamentale Herausforderung, denn vielerorts fehlen Verkehrsanbindungen, Einkaufsmöglichkeiten, Kultureinrichtungen und medizinische Versorgungs- sowie Betreuungsmöglichkeiten.

Nicht verwunderlich ist es deshalb, dass Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in ostdeutschen Schockregionen deutlich negativer ausfallen als in ebenfalls von krisenhaften Entwicklungsverläufen (z. B. Abwanderungsverlust, hohe Arbeitslosigkeit) betroffenen westdeutschen Regionen. West- und Ostdeutsche reagieren in ihren politischen Einstellungen zu krisenhaften Entwicklungen zwar ähnlich sensibel, aber unterschiedlich intensiv und im Osten ausgeprägter (vgl. Holtmann 2020b). Dabei besteht ein möglicher Zusammenhang mit dem »doppelten Transformationsschock«. Die hohen Legitimationsdefizite der Demokratie im Osten Deutschlands schlagen sich darüber hinaus aktuell in hohen Zustimmungswerten rechtspopulistischer Akteure nieder. Insofern hängen die Herausforderungen in den fünf neuen Ländern und ihre Bewältigung in starkem Maße vom sozioökonomischen Kontext ab. Zugleich sind die Antworten aber auch innerhalb der soziokulturellen Dimension anzusiedeln. Es geht also nicht allein um wirtschaftspolitische Strukturpolitik (Arbeitsplätze) und finanziell-investive Herausforderungen, sondern auch darum, wie den ebenfalls starken soziokulturellen Herausforderungen zu begegnen ist. Eine Schlüsselfrage, die sich deshalb anschließt, lautet: Wie kann eine auf Respekt gegründete Kultur wechselseitiger Responsivität entwickelt und stabilisiert werden? Hier ist neben einer gelingenden industriepolitischen Strategie auch eine soziokulturelle Strategie zu verfolgen, die zum eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben befähigt. Dafür ist neben der schon vielfach beschworenen Verbesserung der Infrastruktur und Institutionenordnung die politische und kulturelle Bildung sowie ein umfassendes Netzwerk von Gemeinschaften, Verbänden und Vereinen zu fördern.

5.1 Empfehlungen für Politik und Wissenschaft

– *Institutionen-Monitoring:* Hohes Vertrauen in die Institutionen ist zentral für das Funktionieren des Rechts- und Sozialstaats und hängt von der politischen Kultur ab. Deshalb ist es wichtig, dass regelmäßig differenzierte Erhebungen zum Institutionenvertrauen durchgeführt und rezipiert werden, damit die Akteure zeitnah und zielgenau auf die damit einhergehenden Herausforderungen eingehen können. Leider existiert keine regelmäßige, verlässliche Erhebung, die dieselben Institutionen erfasst. Zugleich fehlt es an sowohl sozial als auch regional differenzierten Erhebungen zu verschiedenen Facetten des Verhältnisses von Bürger*innen und Institutionen. Konkret bedeutet dies: Oberflächliche Einpunktbefragungen zum Institutionenvertrauen bringen uns nicht weiter. Angesichts der Komplexität der Herausforderungen bedarf es tiefer gehender Forschungsarbeiten, Umfragen, kombiniert mit handlungsbezogenen Auswertungen, einer flankierenden politisch-kulturellen Bildungsar-

beit sowie Anreizen für eine Stärkung der für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtigen Institutionen.

- *Demokratie-Monitoring mit lebensweltlichen Bezügen:* Durch ein umfassendes Demokratie-Monitoring (z. B. in umfangreichen und integrativen Lebensweltstudien im Längs- und Querschnitt) sollten die Mikro- und Makroebene intensiver miteinander verknüpft werden. Verschiedene Autoren (z. B. Buhr/Frankenberger/Gensheimer 2019, Holtmann 2020, Hilmer 2020) haben jüngst betont, dass den lokalen Lebensumfeldern und Lebenswelten bei der Analyse von Wahlverhalten, Partizipationsverhalten und Demokratieverständnis eine Schlüsselrolle zukommt. »Wer sie richtig versteht und einordnet, kann wertvolle Schlussfolgerungen für das weitere politische Verständnis ableiten« (Korte 2020: 4).
- *Transformations-Monitoring:* In diesem Zusammenhang gilt es auch, die bisherigen Anstrengungen und Transformationsleistungen in Ost wie West (z. B. Strukturwandel im Ruhrgebiet und in der Lausitz) als »Umbruchkompetenzen« (Platzeck 2009) anzuerkennen und aktiv für die Zukunftsbearbeitung (z. B. Digitalisierung, demografischer Wandel, Energie- und Mobilitätswende etc.) zu nutzen. Die spezifischen Herausforderungen, die z. B. in den fünf neuen Ländern bearbeitet werden mussten, haben zu vielfältigen Reformen der beteiligten Organisationen, Institutionen und institutionellen Arrangements geführt. Diese Veränderungen haben auch gesamtdeutsche Relevanz: Auch wenn sie in der Regel nicht unumstritten waren, bilden die vielfältigen Reformprojekte, die ihren Ursprung in den spezifischen ostdeutschen Konstellationen haben, doch die Basis für das institutionelle Funktionieren bundesdeutscher Basisinstitutionen – wie Sozialpartnerschaft oder einer Gesundheitspolitik für alle – unter veränderten Bedingungen. Beispielsweise war die prominente Einführung von Öffnungsklauseln in der ostdeutschen Metallindustrie 1993 einerseits das Ende der verbindlichen Tarifpolitik für alle. Andererseits konnte dadurch der Rahmen einer verbandsgetragenen Sozialpartnerschaft (in reduzierter Form) weiterentwickelt werden. Hier konnten schon früher und intensiver als andernorts Erfahrungen gesammelt, Strukturen und Institutionen aufgebaut werden, an die nun anzuknüpfen wäre. Dazu bedarf es einer Zusammenführung und Systematisierung der Vielzahl an Transformationsprojekten und der Lehren daraus. Durch ein Transformations-Monitoring könnte der Einfluss und die Funktionalität von Reformen verstärkt öffentlich gemacht und so die Basis für eine gesellschaftliche Aneignung gelegt werden. Dabei geht es nicht um eine kritiklose Anerkennung des gegebenen, sondern um eine positive Weiterentwicklung im Sinne der Betroffenen. Ein solches Monitoring ist also nicht allein quantitativ auszurichten. Es muss flankiert werden von qualitativen Studien zu den einzelnen Institutionen und

Politikfeldern (z. B. Sozialpartnerschaft, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände; Gesundheitspolitik), auch unter Berücksichtigung regionaler Varianzen. Die Studien müssen interdisziplinär angelegt sein und auf einer intensiveren Verknüpfung von Mikro- und Makroebene aufbauen. Denn an der Weiterentwicklung des Basiskonsenses durch eine responsive Institutionenordnung sind die Opinionleaders der lokalen, regionalen und überregionalen Räume zu beteiligen. Für das Transformations-Monitoring gilt es, auf allen Ebenen umfassend zu kommunizieren: von der Ebene der Schulen, wo die existenziellen Fragen der Zivilgesellschaft, der Sozialpartnerschaft etc. einen breiteren Raum einnehmen müssen, bis hin zu überregionalen Kampagnen und Diskussionen über die Notwendigkeit des Vertrauens in Institutionen als Basis einer Politik für alle.

– *Zukunftsmonitoring:* Vor dem Hintergrund von demografischem Wandel, Energiewende und Digitalisierung stellt sich die Frage, wie es um die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit von (einzelnen) Kreisen und Regionen bestellt ist. So scheint beispielsweise eine Verknüpfung mit Befunden des Disparitätenberichts fruchtbar, wodurch Cluster bzw. sogar einzelne Stadt- und Landkreise miteinander verglichen werden könnten und das Bild einer vorherrschenden Ost-West-Trennlinie deutlich relativiert werden müsste. Innovationsorientierte Strukturpolitik könnte, anknüpfend an Programme, die z. B. im Zuge des Kohlekompromisses entstanden, komplementäre Infrastrukturmaßnahmen fördern, um die Potenziale strukturschwacher Regionen und darüber hinaus deren Innovationsbereitschaft und -fähigkeit insgesamt zu erhöhen. Dafür müssen auf regionaler Ebene zur besseren Koordination Institutionen aufgebaut bzw. vorhandene (z. B. im Bereich der Wirtschaftsförderung) gestärkt werden.

Literaturverzeichnis

Agentur für Erneuerbare Energien (2020): Grafik-Dossier: Arbeitsplätze im Bereich Erneuerbare Energien, https://www.unendlich-viel-energie.de/mediathek/grafiken/grafik-dossier-arbeitsplaetze-im-bereich-erneuerbare-energien (abgerufen am 21.9.2020).

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (2020): Bilanzen 1990–2018, https://ag-energiebilanzen.de/7-0-Bilanzen-1990-2017.html (abgerufen am 20.9.2020).

Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. (1994): Chronik 1978–1989. Chronik zu den Friedensgebeten und zu den politisch-alternativen Gruppen in Leipzig, https://www.archiv-buergerbewegung.de/themen-sammlung/zeittafel (abgerufen am 9.6.2020).

Arnold, Michael/Schirmer, Berndt (1990): Gesundheit für ein Deutschland. Ausgangslage, Probleme und Möglichkeiten der Angleichung der medizinischen Versorgungssysteme der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Köln.

Bader, Verena/Buhr, Daniel (2020): Die Ambivalenz des Neuen. Sozialer Fortschritt durch Plattformen, Blockchain und KI? WISO Diskurs 3, Bonn/Berlin.

Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (2018): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018, Berlin.

Bertelsmann/Empirica (2018): SmartHealthSystems. Digitalisierungsstrategien im internationalen Vergleich, Gütersloh.

Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt a. M.

Blum, Ulrich (Hg.) (2010): Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren, 2. Aufl., Halle (Saale).

BMWi (2019): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019, 25.9.2019, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=26 (abgerufen am 23.9.2020).

BMWi (2020): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020, 16.9.2020, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=12 (abgerufen: 23.9.2020).

Brachert, Matthias (2020): Bestimmungsgründe regionaler Unterschiede der politischen Partizipation in Deutschland, in: Holtmann, Everhard (Hg.): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt a. M./New York, S. 219–290.

Brenke, Karl (2009): Die Jahre 1989 und 1990. Das wirtschaftliche Desaster der DDR – schleichender Niedergang und Schocktherapie, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 78, H. 2, S. 18–31.

Brie, Michael (1994): Die Ostdeutschen auf dem Weg vom »armen Bruder« zur organisierten Minderheit?, in: Max-Planck-Gesellschaft, Arbeitsgruppe Transformationsprozesse (Hg.): Arbeitspapiere AG TRAP 4.

Buhr, Daniel/Dietzel, Nikolas/Gold, Stewart/Kohler, Harald (2018): Digitalisierung politisch gestalten: Mehr. Besser. Anders. Für eine soziale Innovationspolitik, Bonn.

Buhr, Daniel/Frankenberger, Rolf/Gensheimer, Tim (2019): Mehr Demokratie ertragen?, in: Baden-Württemberg-Stiftung (Hg.): Demokratie-Monitoring 2016/2017. Studien zu Demokratie und Partizipation, Wiesbaden, S. 85–101.

Bulmahn, Thomas (1996): Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften, in: WZB-Paper, FS III 96–403, Berlin.

Bundesverband Braunkohle DEBRIV (2020): Übersicht und Geschichte der Reviere, https://braunkohle.de/braunkohle-in-deutschland/uebersicht-und-geschichte-der-reviere/ (abgerufen am 20.9.2020).

Buzogány, Aron (2014): 25 Jahre 1989: Osteuropa zwischen Euphorie und Ernüchterung, in: APuZ, Jg. 64, H. 24–26, S. 10–15.

Czada, Roland (1998): Der Vereinigungsprozeß – Wandel der externen und internen Konstitutionsbedingungen des westdeutschen Modells, in: Simonis, Georg (Hg.): Deutschland nach der Wende, Opladen, S. 55–86.

Decker, Frank/Best, Volker/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2019): Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?, Bonn.

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (2020): Das »Sputnik«-Verbot. Proteste gegen die Einstellung der Zeitschrift »Sputnik«, https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/themen/beitrag/das-sputnik-verbot/ (abgerufen am 29.9.2020).

Deutscher Bundestag (1989): Zwischenbericht der Enquete-Kommission »Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung«, Bundestagsdrucksache 11/3267.

Deutscher Bundestag (1990): Endbericht der Enquete-Kommission »Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung«, Bundestagsdrucksache 11/6380.

Dufour, Christian (1998): Industrielle Beziehungen – wie modellhaft ist das deutsche Modell?, in: Cattero, Bruno (Hg.): Modell Deutschland – Modell Europa, Wiesbaden.

Dümcke, Wolfgang/Vilmar, Fritz (Hg.) (1995): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster.

Easton, David (1975): A Re-Assessement of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science, Jg. 5, H. 4, S. 435–457.

Eith, Ulrich (1999): Parteien, in: Weidenfeld, Werner/Korte, Rudolf (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit. 1949–1989–1999, Frankfurt a. M., S. 617–631.

Enkhardt, Sandra (2020): Meyer Burger macht ernst: Standorte für neue Zell- und Modulfabrik mit je 400 Megawatt stehen fest, in: pv magazine, 10.7.2020, https://www.pv-magazine.de/2020/07/10/meyer-burger-macht-ernst-standorte-fuer-neue-zell-und-modulfabrik-mit-je-400-megawatt-stehen-fest/ (abgerufen am 22.9.2020).

Ettel, Anja (2019): Das DDR-Konzept, das nicht totzukriegen ist, in: Welt online, 10.11.2019, https://www.welt.de/wirtschaft/article203292972/Polikliniken-Eine-gute-Loesung-fuer-die-medizinische-Versorgung.html (abgerufen am 24.8.2020).

Ettl, Wilfried/Wiesenthal, Helmut (1994): Tarifautonomie in de-industrialisiertem Gelände. Analyse eines Institutionentransfers im Prozeß der deutschen Einheit, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 46, H. 3, S. 425–452.

Europäische Kommission (2020): The Digital Economy and Society Index (DESI), 18.12.2020, https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/desi (abgerufen am 29.9.2020).

Expertenkommission Forschung und Innovation EFI (2020): Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands, Berlin.

Fell, Hans-Josef (2020): Solarindustrie kommt zurück nach Deutschland, in: pv magazine, 15.7.2020, https://www.pv-magazine.de/2020/07/15/solarindustrie-kommt-zurueck-nach-deutschland/ (abgerufen am 21.9.2020).

Fink, Philipp/Hennicke, Martin/Tiemann, Heinrich (2019): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019, 30.4.2019, http://library.fes.de/pdf-files/fes/15400-20190528.pdf (abgerufen am 23.9.2020).

Forschungsgruppe Wahlen (FGW) (2019): 30 Jahre Mauerfall. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage Juni/Juli 2019, Mannheim.

Frankenberger, Rolf/Buhr, Daniel (2017): Heterogenität als Normalzustand? Politische Lebenswelten in Baden-Württemberg, in: Frankenberger, Rolf/Frech, Siegfried (Hg.): Soziale Milieus. Lebenswelten in Deutschland, Schwalbach/Ts.

Frerich, Johannes/Frey, Martin (1993): Handbuch der Sozialpolitik in Deutschland. Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München.

Frese, Alfons (2019): Der Osten arbeitet drei Stunden länger. In der Metallbranche bleibt die Einheit unvollendet, in: Der Tagesspiegel, 1.10.2019, https://www.tages-

spiegel.de/wirtschaft/der-osten-arbeitet-drei-stunden-laenger-in-der-metallbranche-bleibt-die-einheit-unvollendet/25075910.html (abgerufen am 3.2.2020).

Fritsch, Michael/Wyrwich, Michael (2010): Vom Plan zum Markt, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der deutschen Einheit, 30.3.2010, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47108/vom-plan-zum-markt?p=all (abgerufen am 30.9.2020).

Gabriel, Oscar W. (2019): Politische Partizipation im ausgehenden dritten Jahrzehnt des vereinigten Deutschland, in: Holtmann, Everhard (Hg.): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt a. M./New York, S. 143–217.

Gabriel, Oscar W./Zmerli, Sonja (2006): Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa, in: APuZ, Jg. 56, H. 30–31, S. 8–15.

Geißler, Rainer (1995): Neue Strukturen der sozialen Ungleichheit im vereinten Deutschland, in: Hettlage, Robert/Lenz, Karl (Hg.): Deutschland nach der Wende. Eine Bilanz, München.

Gesamtmetall (2019): Zahlen 2019. Die Metall- und Elektro-Industrie in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.

Haupt, Marlene/Römhild, Christian/Fechter, Charlotte (2020): Abgewickelte Gesundheitsinstitutionen als (Quasi-)Innovationen, in: Sozialer Fortschritt, Jg. 69, H. 6–7, S. 467–487.

Helliwell, John F./Layard, Richard/Sachs, Jeffrey/De Neve, Jan-Emmanuel (2020): World Happiness Report 2020, 20.3.2020, https://worldhappiness.report/ed/2020/ (abgerufen am 21.9.2020).

Hillje, Johannes (2019): Ostdeutsche Medien braucht das Land, in: Zeit online, 23.8.2019, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-08/ostdeutschland-westdeutschland-medien-presse-berichterstattung-osten (abgerufen am 28.9.2020).

Hilmer, Richard (2020): Politische Einheit, gespaltene Meinungsmuster, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der deutschen Einigung, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/ (abgerufen am 28.9.2020).

Hirschman, Albert O. (1970): Exit, voice, and loyalty. Responses to decline in firms, organizations, and states, Cambridge.

Hoffmann, Günter (1997): Die Entstehung von Arbeitgeberverbänden im neuen Bundesgebiet am Beispiel des VME Berlin-Brandenburg, in: Hantsche, Walter/Otto, Stefan/Hoffmann, Günter/Liebscher, Thomas/Steffen, Olaf (Hg.): Aufbau der Verbände und Arbeitsgerichte, Opladen, S. 93–139.

Hofmann, Michael (2020): Soziale Strukturen in Ostdeutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der deutschen Einheit, 4.2.2020, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/303482/soziale-strukturen (abgerufen am 29.9.2020).

Höhne, Benjamin (2006): Vertrauen oder Misstrauen? Wie stehen die Ostdeutschen 15 Jahre nach der Wiedervereinigung zu ihrem politischen System?, Marburg.

Holtmann, Everhard (2009): Signaturen des Übergangs, in: APuZ, Jg. 59, H. 28, S. 3–9.

Holtmann, Everhard (2020a): Politischer Systemwechsel. Die Transformation Ostdeutschlands: Der Weg von der DDR zur Bundesrepublik, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der deutschen Einheit, 4.5.2020, https://www.

bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47082/politischer-systemwechsel (abgerufen am 8.6.2020).

Holtmann, Everhard (2020b): Deutschland 2020: unheilbar gespalten? Anmerkungen zur Ost-West-Differenz im 30. Jahr der Wiedervereinigung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft online, 20.7.2020, https://doi.org/10.1007/s41358-020-00223-6 (abgerufen am 26.8.2020).

Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias/Wohlleben, Odette (2020): Entwicklung der Einstellungen der Menschen in den neuen Ländern zur Demokratie 30 Jahre nach der Deutschen Einheit, Studie im Auftrag des BMWi, Berlin.

Howaldt, Jürgen/Schwarz, Michael/Kopp, Ralf (2008): Innovationen (forschend) gestalten: Zur neuen Rolle der Sozialwissenschaften, in: WSI-Mitteilungen 2, S. 63–69.

Ihle, Dorothee/Meurer, Petra/Stolz, Christopher (2020): Entwicklung des Innovationsstandortes Ostdeutschland: Eine Analyse der FuE- und Patentaktivitäten, der Gründungen sowie der F&I-Förderung, Berlin.

INFO (2020): Abschlussbericht Bürgerdialoge – Deutschland im Gespräch: Wie wollen wir miteinander leben?, Berlin.

IW (2019): Relevanz der Braunkohle, veröffentlichter Foliensatz eines Vortrags von Herrn Dr. Thilo Schaefer, 16.5.2019, https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2019/05/Folienvortrag-Dr.-Schaefer.pdf (abgerufen am 20.9.2020).

IWH (2019): Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall, hg. v. Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Halle (Saale).

Kluge, Jan/Lehrmann, Robert/Ragnitz, Joachim/Rösel, Felix (2013): Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz: Bestandsaufnahme und Perspektiven, Dresden, https://www.ifo.de/DocDL/ifo_Dresden_Studien_71.pdf (abgerufen am 20.9.2020).

Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden.

Korte, Karl-Rudolf (2020): Rezension, in: Holtmann, Everhard (Hg.): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, 7.5.2020, https://regierungsforschung.de/everhard-holtmann-hrsg-die-umdeutung-der-demokratie-politische-partizipation-in-ost-und-westdeutschland/regierungsforschung.de (abgerufen am 20.9.2020).

Landfried, Christine (1995): Architektur der Unterkomplexität: Politische Willensbildung und Entscheidungsstrukturen im Prozeß der deutschen Einigung, in: Lehmbruch, Gerhard (Hg.), Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen, S. 31–54.

Lehmbruch, Gerhard (1990): Die improvisierte Vereinigung: Die Dritte deutsche Republik. Unentwegter Versuch, einem japanischen Publikum die Geheimnisse der deutschen Transformation zu erklären, in: Leviathan – Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 18, H. 4, S. 462–486.

Lehmbruch, Gerhard (1993): Institutionentransfer. Zur politischen Logik der Verwaltungsintegration in Deutschland, in: Seibel, Wolfgang/Arthur Benz/Mäding, Heinrich (Hg.): Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozeß der deutschen Einigung, Baden-Baden, S. 41–66.

Lehmbruch, Gerhard (1994): Institutionen, Interessen und sektorale Variationen in der Transformationsdynamik der politischen Ökonomie Ostdeutschlands, in: Journal für Sozialforschung, Jg. 34, H. 1, S. 21–44.

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hg.) (2019): Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall, Halle (Saale).
Lindenberger, Thomas (2000): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands, in: APuZ, Jg. 50, B 40, https://www.bpb.de/apuz/25409/herrschaft-und-eigen-sinn-in-der-diktatur?p=all (abgerufen am 20.9.2020).
Lorke, Christoph/Kraus, Alexander (2014): Vor dem Aufbruch. 1988 als vergessenes Jahr, in: APuZ, Jg. 64, H. 24–26, S. 40–46.
Mahnkopf, Brigitte (1991): Vorwärts in die Vergangenheit? Pessimistische Spekulationen über die Zukunft der Gewerkschaften in der neuen Bundesrepublik, in: Westphal, Andreas/Herr, Hansjörg/Heine, Michael/Busch, Ulrich (Hg.): Wirtschaftspolitische Konsequenzen der deutschen Vereinigung, Frankfurt a. M., S. 269–294.
Malycha, Andreas (2011): Auf dem Weg in den Zusammenbruch (1982 bis 1990), in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Informationen zur politischen Bildung, Nr. 312, S. 4–18.
Manow, Philip (1994): Gesundheitspolitik im Einigungsprozeß, Frankfurt a. M.
Martens, Bernd (2020a): Die Wirtschaft in der DDR, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der deutschen Einheit, 17.9.2020, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47076/ddr-wirtschaft (abgerufen am 30.9.2020).
Martens, Bernd (2020b): Wirtschaftlicher Zusammenbruch und Neuanfang nach 1990, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der deutschen Einheit, 27.5.2020, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47133/zusammenbruch (abgerufen am 29.7.2020).
Mayntz, Renate (1996): Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie, in: Beyme, Klaus von/Offe, Claus (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen, S. 148–168.
Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation, Opladen.
Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. Aufl., Wiesbaden.
Meyen, Michael/Fiedler, Anke (2011): Blick über die Mauer: Medien in der DDR, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 8.6.2011, https://www.bpb.de/izpb/7560/blick-ueber-die-mauer-medien-in-der-ddr (abgerufen am 20.9.2020).
Müller, Susanne (2009): Von der Zerstörung der Polikliniken zum MVZ. Ärztliche Kooperation im Wandel zwischen Gesetzgebung und Standesinteressen, in: Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen, Jg. 103, H. 9, S. 571–576.
O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C. (1986): Transitions from Authoritarian Rule, Bd. 4: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore/London.
Opp, Karl-Dieter (2015): Mobilisierungsansätze in der Transformationsforschung, in: Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen/Mouna, Gudrun (Hg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden, S. 183–193.
Opp, Karl-Dieter (2017): DDR 89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution*, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 69, Sonderheft 1, S. 571–590.

Paqué, Karl-Heinz (2009): Transformationspolitik in Ostdeutschland. Ein Teilerfolg, in: APuZ, Jg. 59, H. 28, S. 22–27.

Paquet, Robert (2020): Spurensuche im Gesundheitswesen – 30 Jahre nach dem Einigungsvertrag, in: Observer Gesundheit, 7.9.2020, https://observer-gesundheit.de/spurensuche-im-gesundheitswesen-30-jahre-nach-dem-einigungsvertrag/ (abgerufen am 19.9.2020).

Pierson, Paul (2000): Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics, in: American Political Science Review, Jg. 94, H. 2, S. 251–267.

Plassa, Rebecca (2019): Außenpolitik. Die äußeren und inneren Faktoren der deutschen Wiedervereinigung, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der deutschen Einheit, 27.11.2019, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47054/aeussere-und-innere-faktoren (abgerufen am 29.9.2020).

Pollack, Detlef (2000): Wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Wandel in Ostdeutschland. Eine Bilanz nach zehn Jahren, in: APuZ, Jg. 50, B 40, https://www.bpb.de/apuz/25409/herrschaft-und-eigen-sinn-in-der-diktatur?p=all (abgerufen am 20.9.2020).

Prognos (2011): Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland. Studie im Auftrag von Vattenfall Europe AG, Berlin.

Prognos (2018): Deutschland Report, Berlin.

Rammer, Christian/Gottschalk, Sandra/Trunschke, Markus (2020): Innovationstätigkeit der Unternehmen in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung, Berlin.

Rawls, John (1971): A Theory of Justice, Cambridge.

Reiners, Hartmut (2018): Mythen der Gesundheitspolitik, Bern.

Reuband, Karl-Heinz (2012): Vertrauen in die Polizei und staatliche Institutionen. Konstanz und Wandel in den Einstellungen der Bevölkerung 1984–2011, in: Soziale Probleme, Jg. 23, H. 1, S. 5–39.

Ritter, Gerhard A. (2006): Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München.

Roland Rechtsschutz-Versicherungs-AG (2016): Roland Rechtsreport 2016, Köln.

Roland Rechtsschutz-Versicherungs-AG (2018): Roland Rechtsreport 2018, Köln.

Roland Rechtsschutz-Versicherungs-AG (2019): Roland Rechtsreport 2019, Köln.

Roland Rechtsschutz-Versicherungs-AG (2020): Roland Rechtsreport 2020, Köln.

Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (SVRKAiG) (1991): Das Gesundheitswesen im vereinten Deutschland. Jahresgutachten 1991, Baden-Baden.

Schräder, Wilhelm F./Jacobs, Klaus (1997): Von der Poliklinik zum Gesundheitszentrum. Umstrukturierung der ambulanten Versorgung im Land Brandenburg, Berlin.

Schroeder, Klaus (2010): Deutschland nach der Wiedervereinigung, in: APuZ, H. 30–31, S. 13–19.

Schroeder, Wolfgang (2003): Arbeitsbeziehungen in Mittelosteuropa – die Bedeutung der Tarifpolitik, in: WSI-Mitteilungen 1, S. 51–59.

Schroeder, Wolfgang (2000): Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand. Zur Entwicklung der industriellen Beziehungen in Ostdeutschland (1990–2000), Wiesbaden.

Schroeder, Wolfgang/Winter, Thomas von (2019): Korporatismus im deutschen Gesundheitssystem: Voraussetzungen, Bedingungen und Entwicklungen, in: Sozialer Fortschritt, Jg. 68, H. 6–7, S. 477–496.

Simonis, Georg (1998): Das Modell Deutschland – Strukturmerkmale und Entwicklungslinien eines theoretischen Ansatzes, in: ders. (Hg.): Deutschland nach der Wende. Neue Politikstrukturen, Opladen, S. 257–281.

Sinn, Gerlinde/Sinn, Hans-Werner (1991): Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen.

Sonnenmoser, Marion (2003): Politische Traumatisierung in der DDR: Spätfolgen unübersehbar, in: Deutsches Ärzteblatt, PP, H. 2, Februar 2003; S. 73–74.

Statista (2020): Umsatz* mit Erneuerbaren Energien in Deutschland nach Energiequelle im Jahr 2019, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153104/umfrage/umsatz-mit-erneuerbaren-energien-in-deutschland/ (abgerufen am 21.9.2020).

Steiner, André (2000): Thesen zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, H. 18/19, S. 33–38.

Streeck, Wolfgang (1995): Der deutsche Kapitalismus: Gibt es ihn? Kann er überleben?, in: IG Metall (Hg.): Interessenvertretung, Organisationsentwicklung und Gesellschaftsreform. Gewerkschafts- und gesellschaftspolitisches Forum der IG Metall (15./16.6.1995), Frankfurt a. M., S. 33–61.

Thaysen, Uwe (1990): Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Wiesbaden.

Ther, Philipp (2019): Die deutsche Schocktherapie. Der deutsche Sonderweg und die Transformation Ostmitteleuropas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 11, S. 85–96.

Turner, Lowell (1998): Negotiating the new Germany. Can social partnership survive?, in: ders. (Hg.): Fighting for Partnership. Labor and Politics in Unified Germany, Cornell.

Vallentin, Daniel/Wehnert, Timon/Schüle, Ralf/Mölter, Helena (2016): Strategische Ansätze für die Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz – Was lässt sich aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen und dem Rheinischen Revier lernen? Wuppertal Institut im Auftrag von Bündnis 90/die Grünen im Brandenburger Landtag, https://wupperinst.org/uploads/tx_wupperinst/Strukturwandel_Lausitz.pdf (abgerufen am 20.9.2020).

Wegner, Manfred (1996): Die deutsche Einigung oder das Ausbleiben des Wunders. Sechse Jahre danach: eine Zwischenbilanz, in: APuZ, B 40, S. 13–23.

Wiesenthal, Helmut (1995): Grundlinien der Transformation Ostdeutschlands und die Rolle korporativer Akteure, in: ders. (Hg.): Einheit als Interessenpolitik. Studien zur sektoralen Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt a. M., S. 8–33.

Wiesenthal, Helmut (1998): Die Transformation der DDR. Ein analytischer Rückblick auf Verfahren und Resultate, in: Gutachten für die Forschungsgruppe Europa, Centrum für angewandte Politikforschung, München, Berlin, https://www.researchgate.net/profile/ Helmut_Wiesenthal/publication/302078683_Die_Transformation_der_DDR_okonomische_politische_und_kognitive_Koordinaten/links/5759cd8008ae414b8e4407ec/Die-Transformation-der-DDR-oekonomische-politische-und-kognitive-Koordinaten.pdf (abgerufen am 29.7.2020).

Wiesenthal, Helmut (1999): Die Transformation der DDR. Ein analytischer Rückblick auf Verfahren und Resultate, Gütersloh.

Winkler, Gunnar (1987): Lexikon der Sozialpolitik, Berlin.

Wolle, Stefan (2013): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, 4. Aufl., Berlin.

WSI Tarifarchiv (2020): Tarifniveau Ost/West, https://www.wsi.de/de/tarifniveau-ost-west-15328.htm (abgerufen am 29.9.2020).

Zapf, Wolfgang (1989): Über soziale Innovationen, in: Soziale Welt – Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, Jg. 40, H. 1/2, S. 170–183.

Zapf, Wolfgang/Habich, Roland (1996): Die sich stabilisierende Transformation – ein deutscher Sonderweg, in: dies. (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin, S. 329–350.

Integration und Identität – Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung

Tom Thieme und Tom Mannewitz[1]

1. Einführung

Wie ist es um die Entwicklung, den Stand und die Perspektiven der Deutschen Einheit drei Jahrzehnte nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung bestellt? Anhand vier gesellschaftlicher Themenkomplexe geht vorliegende Studie diesen Fragen nach. Dabei werden objektive (Bevölkerungs-, Wahl-, Wirtschaftsstatistiken) und subjektive (Meinungen, Einstellungen und Werteorientierungen) Perspektiven integriert, um so generelle Entwicklungsdynamiken über die vergangenen drei Jahrzehnte abzuleiten und – wo möglich – zu erwartende Trends zu skizzieren. Die vier Abschnitte lauten:

1.1 Bevölkerungsentwicklung und Zusammengehörigkeitsgefühl

Im Fokus dieses Abschnitts stehen die (Binnen-)Wanderung seit der Wiedervereinigung, die Vergreisung und der Bevölkerungsrückgang sowie die dadurch beeinflussten konkurrierenden Identitäten: Unterfranke, Bayer, Westdeutscher, Deutscher, Europäer, Weltbürger – als was begreifen sich »die« Deutschen? Und inwiefern hängt die Identität von der Migration innerhalb Deutschlands ab? Vor allem: Sind konkurrierende Identitäten ein Problem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Zumal sich die letzte Frage auch ausweislich zunehmender Immigration immer mehr stellt. Einer Vergreisung ländlicher Regionen (aber nicht ausschließlich im Osten) steht ein Wachstum einzelner großer Ballungszentren (v. a., aber nicht ausschließlich im Westen) gegenüber. Dabei unterscheiden sich heute Ost und West kaum in ihrer – gewachsenen – Identifikation mit Deutschland und auch nicht in ihrem in europäischer Perspektive geringen Nationalstolz. Zugleich verbindet Ostdeutsche mit ihrer unmittelbaren Heimat (Wohnort/Bundesland) ausweislich subnationaler Vergleiche mehr als Westdeutsche. Was über-

1 Dieser Beitrag wurde in Kooperation mit dem Progressiven Zentrum (DPZ) unter Mitarbeit von Dr. Florian Ranft erstellt.

dies zunimmt, sind – auch aufgrund der gestiegenen Bedeutung von Migration – hybride Identitäten.

1.2 Deutsch-deutsches Zusammenleben: Lebenswirklichkeit und Lebensgefühl

Im Vordergrund des dritten Abschnitts steht die Frage, ob in den letzten drei Jahrzehnten eine Vereinheitlichung Deutschlands stattgefunden hat – und zwar in der Politik, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft. Zu beobachten ist hier eine »neue Unübersichtlichkeit«: Ost und West haben sich über alle Daten hinweg in den drei Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung weder zu einem harmonischen Ganzen zusammengefügt, noch sind die Risse gleichmäßig tiefer geworden. Vielschichtigkeit und Heterogenität prägen das Bild zu Beginn des vierten Jahrzehnts nach der Wiedervereinigung. »Verwestlichungen« des Ostens überlappen »Veröstlichungen« des Westens auf anderem Gebiet ebenso wie parallele Entwicklungslinien. Indes: Bei nur wenigen untersuchten Indikatoren stellte sich eine gleichbleibend große Kluft oder gar eine Drift beider Landesteile ein. Und: Die Ost-West-Kategorien haben sich bisweilen auch als ungeeignet erwiesen, die Realität subnationaler Heterogenität zu beschreiben. So etwas wie »den« Osten gibt es vielfach nicht mehr – ebenso wenig wie »der« Westen noch ein einheitliches Gebilde wäre. Die Frage danach, »wie viel« innere Einheit notwendig ist, ist darum unterkomplex, weil sie ein Entweder-Oder impliziert, das die Möglichkeit regionaler Vielfalt ausblendet.

1.3 Ostdeutsche Repräsentation in den bundesdeutschen Eliten: Realität und Wahrnehmung

Wie ostdeutsch sind die bundesdeutschen Eliten? Das ist die Leitfrage des vierten Abschnitts, der zwar in einigen gesellschaftlichen Bereichen zarte Annäherungen konstatiert, insgesamt aber eine massive Unterrepräsentation von Ostdeutschen anerkennt – in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Was die Wahrnehmung angeht, zeichnen sich darum beträchtliche Parallelen zwischen Ostdeutschen und Migrant*innen ab – bei Selbst- wie bei Fremdbildern. Wiewohl gerade zu Beginn der 1990er Jahre eine Unterrepräsentation aus verschiedenen Gründen (Verstrickungen in das DDR-Herrschaftssystem, Kompetenzmängel, Braindrain im Osten) legitim scheinen mochte, gilt das drei Jahrzehnte später nicht mehr. Stattdessen stellt sie eine Gefahr für die Legitimität der Demokratie, für das Gefühl politischer Selbstwirksamkeit und für die gesamtgesellschaftliche Anerkennung der Ostdeutschen dar.

1.4 Neue Herausforderungen – gefühlte Unsicherheiten?

Globalisierung, Mobilität, Klimawandel und Individualisierung zählen zu den großen Herausforderungen der europäischen Gesellschaften. Wie stark ist Deutschland von diesen Trends betroffen? Wie unterscheiden, wie gleichen sich Ost und West? Wie gehen die Menschen mit den Herausforderungen um – als Chance oder als Risiko? Was kann der eine Landesteil womöglich vom anderen lernen? Ein Blick auf objektive wie subjektive Indikatoren kommt zum Schluss, dass Ost und West als Analysekategorien bei den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts schon jetzt kaum mehr eine Rolle spielen. Globalisierung etwa bedeutet für boomende Wirtschaftsstandorte, die mit Konzernzentralen, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen aufwarten (und auf dem internationalen Markt Alleinstellungsmerkmale präsentieren) können, etwas anderes als für dünn besiedelte Regionen, die nur kleinere Produktionsstandorte aufweisen und dennoch auf dem globalen Arbeitsmarkt konkurrenzfähig sein müssen. Insgesamt betrachtet, fällt die Globalisierungsvulnerabilität darum im Osten größer aus als im Westen. Wer daran etwas ändern will, muss die Wirtschaftsstruktur in den Blick nehmen. Beim Thema Klimawandel verlaufen die zentralen Gräben eher zwischen Nord und Süd (aufgrund der Energiearmut im Süden) sowie zwischen Jung und Alt (wegen des Generationenkonfliktes). Bei der Mobilität schließlich trennt Stadt und Land mehr als Ost und West. Da der Osten jedoch insgesamt ländlicher, der Westen urbaner geprägt ist, könnten beide als Vorreiter zweier unterschiedlicher, aber parallel verlaufender Mobilitätswenden fungieren. Bei der Individualisierung scheint zwischen Ost und West kein sprichwörtliches Blatt Papier zu passen – bei beiden zeichnen sich Milieupluralisierungen ab, aber ihre sozialen und psychischen Begleiterscheinungen sind unterbeleuchtet.

Ost- und Westdeutschland stehen zu Beginn des vierten Jahrzehnts nach der Wiedervereinigung somit vor beträchtlichen Herausforderungen. Die Prozesse der vergangenen drei Jahrzehnte hinterlassen vor diesem Hintergrund erfreulicherweise nur wenige Hypotheken – die variierenden Wirtschaftsstrukturen und die mangelnde Repräsentation Ostdeutscher wären zwei. Eine weitere: Einer dichten Beschreibung der objektiven politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen mithilfe einschlägiger Statistiken stehen massive Leerstellen beim Monitoring auf Einstellungsebene gegenüber – das gilt für einzelne Themen (wie Individualisierung und die Wahrnehmung mangelnder Elitenrepräsentation) wie auch für subnationale Trendstudien, die eine höhere geografische »Auflösung« wie Ost-West-Vergleiche aufweisen und so den veränderten Realitäten Rechnung tragen.

2. Bevölkerungsentwicklung und Zusammengehörigkeitsgefühl

2.1 (Binnen-)Migration seit 1990

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland stellt seit der deutschen Wiedervereinigung ein politisches, mediales und wissenschaftliches Dauerthema dar (siehe u. a. Thilo Sarrazin: »Deutschland schafft sich ab«; Frank Schirrmacher: »Das Methusalem-Komplott«). Drei Aspekte des demografischen Wandels sind dabei von herausgehobener Bedeutung: erstens die Überalterung der Gesellschaft als Folge einer steigenden Lebenserwartung und einer sinkenden Geburtenrate (natürliche Bevölkerungsentwicklung), zweitens der zunehmende Wandel hin zu einer multiethnischen Gesellschaft (Zuwanderung) und drittens die innerdeutschen Wanderungsbewegungen zwischen Ost und West, aber auch zwischen Nord und Süd sowie Stadt und Land (Binnenmigration). Alle drei Faktoren hängen miteinander zusammen: Da vorwiegend Jüngere (und hier wiederum v. a. junge Frauen) auf der Suche nach beruflichen Möglichkeiten zur Ab- bzw. Auswanderung neigen, verschärft die räumliche Diskrepanz zugleich die natürliche Bevölkerungsentwicklung. Und wo mangelnde Perspektiven zur Abwanderung der Einheimischen führen, fehlen wiederum attraktive Zukunftsaussichten (ökonomisch wie soziokulturell) für Zuwanderung von außen, was die Kluft zwischen »Boom«- und Schrumpfregionen weiter wachsen lässt.

Wer die Binnenmigration zwischen Ost und West isoliert (ohne Außenzuwanderung) betrachtet, wird für die vergangenen 30 Jahre eine beständige Abwanderung aus den östlichen Ländern feststellen. Dies geschieht jedoch mit einer nachlassenden Dynamik – der Hauptgrund dafür, weshalb manch düstere Szenarien eines entvölkerten Ostens nicht Realität wurden (Hommel 2019: 2). Zudem setzte die fortwährende Ost-West-Migration nicht mit dem Vereinigungsprozess ein, sondern prägte die gesamte Existenz des »Auswanderungslands DDR« (Geißler 2014: 30). Drei deutsch-deutsche Abwanderungszyklen lassen sich unterscheiden (Martens 2020): Von der staatlichen Teilung 1949 bis zum Bau der Mauer 1961 siedelten 2,7 Millionen Menschen in den Westen über. Gründe dafür waren die fehlende Integration der Vertriebenen, die revolutionären Umwälzungen in Gesellschaft und Ökonomie, politische Repressionen sowie die wachsende Wohlstandsschere zwischen Ost und West. Schwächte sich die Abwanderung bis in die 1980er Jahre ab, führten der Fall des Eisernen Vorhangs und der Vereinigungsprozess zu einer zweiten Welle – fast 800.000 Ostdeutsche siedelten im annus mirabilis 1989/90 in den Westen über. Weitere 1,4 Millionen Menschen folgten in den 1990er Jahren. Die dritte Welle setzte zu Beginn der 2000er Jahre ein (Abb. 1). Vor allem die mangelnden Berufsperspektiven, die hohe Arbeitslosigkeit und ein deutliches Lohngefälle zwischen Ost und West verschärften die Abwanderungsdynamik um ein Weiteres.

Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern
in Tausend

300
250
200
150
100
50
0
-50

1995 2000 2005 2010 2015

West gegenüber Ost
West gegenüber Ost mit Berlin
Ost nach West
Ost mit Berlin nach West
West nach Ost
West nach Ost mit Berlin

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Abb. 1: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern 1990 bis 2020
Quelle: Statistisches Bundesamt 2020a.

Der Ost-West-Migration steht seit 1991 zugleich ein beständiger Zuzug von Westdeutschen in Richtung östliche Bundesländer gegenüber, was die Abwanderungszahlen aus dem Osten relativiert. Fast konstant siedeln jährlich knapp 100.000 Personen in »Gegenrichtung« über – neben Westdeutschen, die ihr berufliches wie privates Glück im Osten versuchen, zunehmend ostdeutsche Rückkehrer, die es aus unterschiedlichen Gründen wieder in die alte Heimat zieht – sei es wegen der in den vergangenen Jahren attraktiveren beruflichen Perspektiven, wegen des Endes ihres Erwerbslebens oder wegen eines ausgebliebenen Gefühls des »Angekommenseins«. Doch obwohl sich der Wanderungssaldo stetig verringerte (2005: 48.976, 2015: 4.804), hielt der Abwanderungstrend bis 2016 an. Insgesamt verlor

der Osten im Zeitraum von 1990 bis 2018 etwa 1,23 Millionen Einwohner durch Binnenwanderung gen Westen.

Zur Trendumkehr kam es im Jahr 2017, als 3997 mehr Menschen von West nach Ost zogen als umgekehrt. Der beinahe ausgeglichene Wanderungssaldo des Jahres 2018 (plus 652 in Richtung Osten) deutet zudem an, dass das Vorjahr kein statistischer Ausreißer war, sondern eine Normalisierung der deutsch-deutschen Binnenmigration im Sinne ausgeglichener Zu- und Fortzüge eingeläutet hat. Auf der Individualebene lassen sich nach drei Jahrzehnten ohnehin kaum noch Aussagen darüber treffen, ob es sich bei den Abwandernden um Ost- oder Westdeutsche handelt – kommen zu den ostdeutschen auch westdeutsche Heimkehrer*innen, Nachkommen aus deutsch-deutschen Beziehungen, Menschen mit zwei und mehr Wohnsitzen sowie eine ungebrochen hohe Anzahl an Berufspendler*innen hinzu – letztgenannte jedoch nach wie vor eindeutig in Ost-West-Richtung. All das führt dazu, dass nicht der Großteil, aber ein großer Teil der Deutschen 30 Jahre nach der Wiedervereinigung eine gleichermaßen ost- wie westdeutsche Lebenserfahrung besitzt. »Die« Ost- oder Westdeutschen auszumachen, ist darum im Jahr 2020 so schwer wie nie.

Was jedoch zunehmend ins Auge fällt: Weder ist der Osten gleich der Osten noch der Westen gleich der Westen. Anstelle der nahezu flächendeckenden »Entvölkerung« großer Teile Ostdeutschlands in den 1990er Jahren lässt sich seit anderthalb Jahrzehnten vielmehr eine Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung in Wachstums- und Schwundregionen erkennen – in Ost und West gleichermaßen. So stehen den ostdeutschen »Leuchttürmen« (z. B. in und um Leipzig und Dresden, in Jena und Erfurt sowie im brandenburgischen Speckgürtel um Berlin) zunehmend Regionen gegenüber, die sich demografisch im »freien Fall« befinden, v. a. die ländlichen Regionen im (Nord-)Osten, aber auch in Sachsen-Anhalt sowie die Lausitz (Abb. 2). Auch die Oberzentren solcher Gegenden zählen zu den Verlierern der Bevölkerungsentwicklung. In manchen Städten ist die Einwohnerzahl um mittlerweile mehr als die Hälfte gegenüber vor 1990 geschrumpft: in Eisenhüttenstadt von gut 53.000 (1988) auf unter 25.000 (2018), in Hoyerswerda von knapp 70.000 (1988) auf weniger als 33.000 (2018), in Weißwasser von über 38.000 (1988) auf 16.000 (2018).

Doch auch im Westen wächst die Diskrepanz zwischen prosperierenden Gebieten (v. a. in den Ballungszentren um München und Hamburg, in Baden-Württemberg und in der Rhein-Main-Region) und strukturschwachen Abwanderungsgebieten (u. a. Teile Niedersachsens und Nordhessens, das Saarland, die Eifel und die Oberpfalz) – freilich mit weniger starken Ausschlägen als im Osten (und speziell im Osten des Ostens). Ungeachtet mancher regionalen Spezifik lassen sich jenseits der Ost-West-Unterscheidung drei zentrale Trends der Binnenmigration erkennen: 1) eine Landflucht in Richtung weniger Großstädte und Ballungsräu-

Veränderung der Bevölkerung (1990-2019)

-36,0 bis -20 | -20 bis -5 | -5 bis 5 | 5 bis 20 | 20 bis 45,8

Rückgang/Zuwachs der Bevölkerung in Prozent

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BiB
© GeoBasis-DE / BKG (2019)

Abb. 2: Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland (Kreisebene), 2017 gegenüber 1995

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2017.

me, 2) beträchtliche Nordost-Südwest-Unterschiede zugunsten der südwestlichen Regionen, 3) besondere Problemlagen in vielen östlichen Regionen sowohl des Ostens als auch des Westens.

Legt man alle drei Trends übereinander, zeigt sich das gesamte Ausmaß der räumlichen Wanderungsdifferenzen. Überspitzt formuliert: Gehen in manchen nordöstlichen, ländlichen Regionen buchstäblich langsam die Lichter aus, sind die südwestlichen Groß- und Universitätsstädte kaum noch in der Lage, den Ansturm an Zuzügen – und entsprechend auf knappen Wohnraum, Kinderbetreuungsangebote, Verkehrsinfrastruktur usw. – zu bewältigen. Die ostdeutschen Großstädte nehmen hier in gewisser Weise eine Mittellage ein, als Zuzugsziel für ostdeutsche Landbewohner auf der einen Seite und als Schrumpfregion in Richtung Westen auf der anderen (Jesse u. a. 2014: 285). Das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass der jeweilige Blick *nur* auf den Osten und *nur* Westen die eigentlichen Härten im Einzelnen verschleiert, da sich in beiden Landesteilen »Boom«-Gegenden und Gebiete mit gravierenden Bevölkerungsrückgängen und Alterungsprozessen anderswo gegenüberstehen. Anhaltende Abwanderung und Vergreisung bzw. sinkende Geburtenraten verstärken sich gegenseitig: Wo zumeist junge Menschen abwandern, werden weniger Nachkommen geboren, was zu einem weiteren Rückzug öffentlicher Infrastruktur und dem Abbau von Arbeitsplätzen führt, was wiederum noch mehr Abwanderung und noch weniger Geburten usw. bedingt (Salzmann 2020: 127).

Stärker als in der Binnenmigration spiegeln sich die Differenzen der Bevölkerungsentwicklung nach wie vor in einer unterschiedlichen Außenzuwanderung nach Ost- und Westdeutschland wider. Bereits zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung unterschieden sich beide Landesteile hierin grundlegend – war die Geschichte der Bundesrepublik von Anbeginn die einer konstanten Zuwanderung von außen (DDR-Bürger*innen, »Gastarbeiter*innen«, Geflüchtete und Asylant*innen sowie Spätaussiedler*innen), blieb der Osten vor und nach 1989 eine weitgehend monoethnische Gesellschaft. Zwar verdoppelte sich – wie in Gesamtdeutschland[2] – der Ausländeranteil von 1990 (1,2 Prozent) bis 2014 (2,5 Prozent), er war damit allerdings viermal niedriger als im Westen (Statistisches Bundesamt 2019a). Verbucht Westdeutschland bis heute anhaltende Zuwanderungsgewinne, war der Osten 2010 dagegen Auswanderungsland.

Zwar kam es durch die EU-Osterweiterung bereits Ende der 2000er Jahre zu einer Intensivierung der Zuwanderung in Ost und West, ein grundlegender Wandel der Außenzuwanderung speziell in den Osten setzte jedoch erst auf dem Höhepunkt des Flüchtlingszustroms 2015 ein. Allein in den beiden Jahren 2015 und 2016 erhöhte sich die Zahl der in Deutschland gemeldeten Ausländer um fast

2 Die Zahl der Ausländer*innen in Deutschland erhöhte sich im Zeitraum von 1990 bis 2018 von 5,34 Millionen auf 10,92 Millionen.

1,9 Millionen. Zugleich ist die Migration nach wie vor von einer regional unterschiedlichen Intensität geprägt. Der Ausländeranteil lag 2018 außer in Niedersachsen und Schleswig-Holstein in allen westlichen Bundesländern zwischen 10 und 20 Prozent – in den östlichen dagegen zwischen 4,9 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und 5,4 Prozent in Thüringen (Statistisches Bundesamt 2020b).

Zieht man die freilich schwer zu erhebenden Daten zu Menschen mit Migrationshintergrund heran, wird die Kluft sogar noch deutlicher. Ziel ist es, auch eingebürgerte Personen, Migrant*innen der zweiten Generation und Spätaussiedler*innen, die von Anfang an die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, in einer Kategorie zu erfassen. Dies sind laut Definition alle dauerhaft in Deutschland ansässigen Ausländer*innen, Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzen oder die mindestens einen Elternteil haben, auf den dies zutrifft. Seit der Migrationshintergrund 2005 in den Zensus aufgenommen wurde, steigt der Anteil stetig. Auch hier resultiert der größte prozentuale Zuwachs zwischen 2015 und 2016 aus der »Flüchtlingskrise«. Doch schon vor dieser Entwicklung wurde ein Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bis 2030 auf 25 bis 30 Prozent prognostiziert (Thum u. a. 2015). 2018 hatten in Deutschland 25,5 Prozent bzw. 20,8 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2019b).

Allerdings lassen sich auch hier, wie angedeutet, massive Ungleichzeitigkeiten des sozialstrukturellen Wandels im regionalen Vergleich feststellen. 95,3 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund lebten 2018 in Westdeutschland und Berlin (Bundeszentrale für politische Bildung 2019). Zwar nimmt ihr Anteil in beiden Landesteilen beständig zu, er liegt im Osten allerdings deutlich unter dem Niveau des Westens (Abb. 3). So ist der ostdeutsche Höchstwert (7,7 Prozent in Brandenburg) nicht einmal halb so groß wie der westdeutsche Tiefstwert (16,2 Prozent in Schleswig-Holstein). Für die anhaltende Kluft sind verschiedene Faktoren verantwortlich, die in einer engen Wechselwirkung zueinander stehen (Thieme 2015b: 78): »Klassische« Zuwanderungsgegenden im »alten« Westen waren jene großstädtischen Ballungsräume, in denen ausländische Arbeitskräfte gesucht wurden –, und die dort gute Bleibeperspektiven fanden. Nachkommende Familienangehörige bzw. Landsleute begaben sich folglich nach 1990 auf jene »bewährten Migrationswege«, wo sich solche »Communitys« bereits etabliert hatten. Im Osten fehlten dagegen entsprechende soziale und kulturelle Perspektiven; verstärkt von der fehlenden wirtschaftlichen Attraktivität. Und daraus resultiert bis heute das vielerorts negative politische Image des Ostens –, was sich mit einer stärker artikulierten Zuwanderungsfeindlichkeit (festgemacht am Ausmaß des Demonstrationsgeschehens) und deutlich stärker als im Westen verbreiteten rassistischen und rechtsextremen Einstellungsmustern deckt (Zick u. a. 2019: 130; Decker/Brähler 2018: 91).

Abb. 3: Menschen mit Migrationshintergrund nach Bundesländern 2018
Quelle: Statistisches Bundesamt, 2019b.

Worin sich beide Regionen weiterhin unterscheiden, sind die Größenverhältnisse der einzelnen Zuwanderergruppen: So spielen türkischstämmige Menschen als die größte Migrantengruppe in Deutschland im Osten keine zentrale Rolle – hier dominieren Menschen mit Migrationshintergrund aus Russland, Syrien und Po-

len (Bundeszentrale für politische Bildung 2019). Worin sich – ungeachtet der Größenordnungen – beide Landesteile ähneln: Der Ausländeranteil bzw. der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund steigt mit der Gemeindegröße. Er ist in den ostdeutschen Großstädten in der Regel etwa doppelt so hoch wie in ländlich geprägten ostdeutschen Landkreisen und höher als in manchen ländlichen Gebieten im Westen, jedoch weniger als halb so groß wie in den westdeutschen Großstädten. Oder anders ausgedrückt: Zwischen den Extremen – multikulturelle westdeutsche Großstädte hier und ethnisch weitgehend homogene ostdeutsche Dörfer da – liegen sprichwörtlich Welten. Mit welchen Auswirkungen für die kollektive Identität im Land und das innerdeutsche Zusammengehörigkeitsgefühl sind solche Gegensätze verbunden?

2.2 Konkurrierende Identitäten: Lokal, regional, national, global

Wiewohl der in den vergangenen beiden Jahrzehnten immer wieder aufflammende Diskurs um eine deutsche »Leitkultur« bisweilen Argwohn und Ablehnung gegenüber kollektiven Identitäten in Teilen der Gesellschaft sichtbar machte – zumal angesichts Deutschlands Charakter als Immigrationsland –, sind kollektive Identitäten eine wichtige gesellschaftliche Ressource. Sie stellen »ein Reservoir an Gemeinschaftlichkeit und Zusammengehörigkeitsempfinden bereit, auf das auch moderne Gesellschaften zur Sicherung eines zu ihrer Existenz notwendigen Mindestmaßes an Integration angewiesen sind« (Bergem 2002: 193). Sie werden beständig aktualisiert durch ein geteiltes Heimatgefühl, kulturelle Mythen, Symbole, das kollektive Gedächtnis, gemeinschaftliche (z. B. wirtschaftliche) Ressourcen sowie gemeinsame Rechte und Pflichten (vgl. Norris 2011: 25). Vor diesem Hintergrund bietet die Nation den meisten Gesellschaften die zentrale Bezugsebene. Das ist in Deutschland nicht anders: 94 Prozent fühlten sich unlängst »stark« oder »ziemlich« mit ihrem Land verbunden (und damit mehr als zum gleichen Zeitpunkt etwa in Belgien, Italien, den Niederlanden, Spanien, Tschechien oder im Vereinigten Königreich; vgl. Europäische Kommission 2019).[3] Zudem ist eine Zunahme der Identifikation mit Deutschland über die vergangenen Jahrzehnte zu beobachten – und zwar in Ost wie West (vgl. Abb. 4).[4] Wenn Bürger*innen dies- wie jenseits der ehemaligen innerdeutschen Grenze sich mit ihrem »Land als Gan-

3 Verglichen wurden die Länderdaten der vierstufigen Eurobarometer-Skala zur Verbundenheit mit dem eigenen Land.

4 Die Trendlinien von Abb. 4 lassen eine etwas geringere Verbundenheit mit Deutschland erkennen als die Eurobarometer-Daten. Das dürfte z. T. daran liegen, dass sie auf Allbus-Daten beruhen, die die Verbundenheit nicht nur zu Deutschland, sondern auch zu seinen Bürgern erfragen.

zem und seinen Bürgern« verbunden sowie einander immer weniger fremd fühlen, spricht dies für eine gelingende Integration beider Landesteile, die jedoch (noch) nicht abgeschlossen ist. Dies suggeriert nicht allein die Statistik, sondern auch der Umstand, dass die Kategorien »Ost« und »West« nach wie vor den Identitätsdiskurs strukturieren.

Die hohe Identifikation mit Deutschland in beiden Landesteilen scheint in gewissem Kontrast zum Nationalstolz der West- *und* Ostdeutschen zu stehen. Hier belegen sie im europäischen Vergleich meist einen der hinteren Ränge – wohl aufgrund der Historie, die vielen ein unbefangenes Verhältnis zum eigenen Land erschwert: Nationalsozialismus, Shoa, zwei Weltkriege und der DDR-Sozialismus haben das Verhältnis der Deutschen zu ihrem Land nachhaltig geformt – und dazu beigetragen, dass sich die Identifikation mit dem eigenen Land lange Zeit weniger aus überbordendem Stolz speiste, sondern (auch) aus der Einsicht in die eigene historische Verantwortung, die im Mythos des »Täters« auftaucht (vgl. Giesen/Seyfert 2013: 40).

So gab es ausweislich des 33 Länder umfassenden European Values Study (2017) nur zwei Länder, in denen der Stolz, Angehöriger der eigenen Nation zu sein, geringer ausfällt: Bosnien-Herzegowina und Nordmazedonien. Dass der Nationalstolz hierzulande geringer als anderswo ausfällt, bedeutet indes nicht, er weise bedenklich geringe Werte auf. Vielmehr bekennen sich ausweislich der Allbus-Daten im Jahr 2016 so viele Menschen wie nie seit Beginn der Befragung zu Nationalstolz – nur sind es eben weniger als in den Nachbarländern. Ob der Trend freilich positiv (gemeinschaftsstiftende Identifikation) oder negativ (ideologische Überhöhung, Ausgrenzung, Abwertung) zu bewerten ist, haben gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, nicht zuletzt die konkreten Manifestationen von Nationalstolz im Alltag ans Licht zu bringen. Allem Anschein nach handelt es sich um eine janusköpfige Entwicklung mit dem symbolträchtigen »Fußball-Sommer« 2006 auf der einen Seite und der Renaissance von Nationalismus und Chauvinismus auf der anderen, die die AfD repräsentiert und ausweislich der Wahl- und Umfrageergebnisse ein beträchtlicher Bevölkerungsanteil goutiert. Auch der Umgang der Bevölkerung mit den Herausforderungen der »Flüchtlingskrise« deutet zumindest auf keine uneingeschränkt positive Bilanz hin. Willkommensschildern auf den Bahnhöfen standen seinerzeit Demonstrationen gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte gegenüber. Zusammengefasst: Die Deutschen in Ost und West fühlen sich drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung ähnlich stark mit ihrem Land verbunden wie andere Gesellschaften auch; der Nationalstolz fällt vergleichbar, jedoch schwächer als in den meisten Ländern Europas aus.

Die Verbundenheit mit Deutschland schwankt von Bundesland zu Bundesland (Tabelle 1). Fällt sie in Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Baden-Württemberg ausnehmend hoch aus, bilden Brandenburg, Bremen und Sachsen die

Tabelle 1: Identifikationspunkte der Deutschen (2017)

	Verbundenheit (»sehr verbunden« und »ziemlich verbunden«) mit …				
	Europa	*Deutschland*	*Bundesland*	*Wohnort*	*Nachbarschaft*
Baden-Württemberg	55	82	82	76	57
Bayern	56	85	82	82	65
Berlin	63	77	73	69	56
Brandenburg	43	68	69	79	69
Bremen	41	73	57	75	53
Hamburg	63	79	83	75	55
Hessen	62	78	67	74	63
Mecklenburg-Vorpommern	60	87	89	88	62
Niedersachsen	56	77	71	78	64
Nordrhein-Westfalen	59	76	68	78	60
Rheinland-Pfalz	64	80	71	78	64
Saarland	66	83	82	80	68
Sachsen	48	73	65	70	62
Sachsen-Anhalt	50	80	68	89	70
Schleswig-Holstein	63	84	78	81	63
Thüringen	50	76	72	78	70
Deutschland	57	79	74	78	62
Eigener Migrationshintergrund	62	78	69	73	60
Eltern mit Migrationshintergrund	61	77	70	73	52

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Unzicker/Boehnke 2019: »Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen z. B. mit seiner Nachbarschaft oder seinem Land. Bitte sagen Sie mir, wie stark fühlen Sie sich verbunden mit: …?«; 5-stufige Skala von »sehr verbunden« (5) bis »überhaupt nicht verbunden« (1).

Zustimmung in Prozent

Verbundenheit-O Verbundenheit-W Stolz-O
Stolz-W Fremdheit-O Fremdheit-W

Abb. 4: Verbundenheit mit Deutschland, Nationalstolz und Fremdheit gegenüber dem jeweils anderen Landesteil in Ost und West 1990–2020

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des Allbus 1991–2018: »Und jetzt möchten wir wissen, wie stark Sie sich mit Ihrer Gemeinde (Stadt) und ihren Bürgern verbunden fühlen. Benutzen Sie für Ihre Antwort bitte die Liste. Und mit Deutschland als Ganzem und seinen Bürgern?«; 4-stufige Skala von »stark verbunden« (1) bis »gar nicht verbunden« (4), abgetragen sind 1 und 2. »Würden Sie sagen, dass Sie: sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz darauf sind, ein(e) Deutsche(r) zu sein?«; 4-stufige Skala von »sehr stolz« (1) bis »gar nicht stolz« (4), abgetragen sind 1 und 2. »Die Bürger im anderen Teil Deutschlands sind mir in vielem fremder als die Bürger anderer Staaten.«; 4-stufige Skala von »stimme voll zu« (1) bis »stimme überhaupt nicht zu« (4), abgetragen sind 1 und 2. Fehlende Daten wurden linear interpoliert.

»Schlusslichter«. Von einem Ost-West-Gegensatz kann – jedenfalls bei der Verbundenheit mit Deutschland – darum insgesamt *aktuell* keine Rede sein (siehe auch Dragolov u. a. 2014: 51; Neller 2006: 23). Die Regionalisierung wie auch die gestiegene Verbundenheit mit dem eigenen Land sprechen in Kombination miteinander für ein Verblassen der Prägung durch die DDR (Ost-Identität als Substitut) sowie der Bedeutung der Transformationsprobleme als potenzielle Identifikationshindernisse, wie sie etwa in den postsozialistischen Gesellschaften Osteuropas vielfach noch heute spürbar sind (vgl. Sterbling 2015: 584).

Nun unterbreitet nicht nur das eigene Land, sondern auch die Region Identifikationsangebote. Die in den vergangenen Jahrzehnten gestiegene Orientierung an subnationalen Bezugsrahmen wird von der Forschung bisweilen gedeutet als

»komplementäre Antwort des Partikularismus auf Konzeptionen des Universalismus, auf Tendenzen abstrakter Rationalisierung und Trends globaler Vergesellschaftung (wie auch als) kompensatorische Reaktion auf die wachsende Wahrnehmung einer Unfähigkeit der nationalstaatlichen Formen moderner Massengesellschaften, effektive politische Steuerung zu gewährleisten, Sinn und Deutung bereitzustellen sowie eine sinnlich erlebbare Heimat (…) anzubieten« (Bergem 2002: 196).

Vor diesem Hintergrund kann die Identifikation mit einer subnationalen Raumeinheit die dortige »Lebensqualität, die Chancen gesellschaftlicher Selbsterneuerung und die Zukunftsfähigkeit (stärken). Eine starke Verwurzelung und Identifikation kann die Wahrscheinlichkeit von bürgerschaftlichem und politischem Engagement erhöhen sowie die Abwanderungsquote verringern« (Gabriel u. a. 2015: 184).

Lässt man die Nation als Bezugspunkt außen vor, unterscheiden sich die Menschen darin, *welche* der regionalen Ebenen für sie am wichtigsten sind. Das Bundesland bietet den wichtigsten subnationalen Identifikationsort in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland. Ohne Weiteres lässt sich der Stadtstaat Bremen hier hinzufügen, bei dem der Wohnort am häufigsten als subnationales Identifikationsobjekt genannt wird (und mit dem Bundesland zusammenfällt). Dieser Befund unterstreicht das vielfach untersuchte ausgeprägte Regionalbewusstsein in diesen Bundesländern (siehe die Beiträge in Wehling 1985 und Koschkar/Werz 2015; siehe auch Hildebrandt/Trüdinger 2020). Erstaunlicherweise fällt Sachsen, dem nach wie vor ein ausgeprägtes Regionalbewusstsein, ja eine »sächsische Identität« (Jesse u. a. 2014: 297) attestiert wird, nicht in die genannte Ländergruppe: Mag also der *Stolz* auf das eigene Bundesland hier auffallend hoch (gewesen?) sein, er spiegelt sich jedenfalls nicht in einer ausnehmend hohen Verbundenheit mit dem eigenen Land wider. Bremen ausgeklammert (s. o.), identifizieren sich in Sachsen so wenige Menschen wie nirgendwo sonst in Deutschland mit dem eigenen Bundesland: Kollateralschäden der recht(sextrem)en Eruptionen im Zuge der »Flüchtlingskrise« sowie des dadurch beschädigten Images (siehe u. a. Backes/Kailitz 2020)? Ungeachtet dieser regionalen Differenzen ist das Bundesland für die meisten Menschen in Deutschland ein zentraler Bezugspunkt jen- bzw. diesseits des Nationalstaats.

Das gilt (gesamtgesellschaftlich betrachtet) in noch etwas stärkerem Maße für den eigenen Wohnort: In Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein (knapp) und Thüringen ist der Wohnort für die Mehrheit der Menschen der primäre regionale Bezugsrahmen. Vier der fünf ostdeutschen Bundesländer fallen in diese Gruppe, sie sind mithin stark überrepräsentiert. Das dürfte auch auf die Altersstruktur dieser Länder zurückzuführen sein, steigt doch mit zunehmender Lebenserfahrung auch die Bindung an den eigenen Wohnort – wegen längerer Wohndauer sowie sinkender Mobilitätserfordernisse und -bereitschaften (vgl. Gabriel u. a. 2015: 184). Ist der Osten hinsichtlich der gesellschaftlichen Vergreisung tatsächlich ein Vorreiter für den Westen, dürfte die Bedeutung des Wohnortes als regionaler Identifikationspunkt damit auch in den westlichen Bundesländern künftig wachsen.

Die unmittelbare soziale Umgebung der Menschen, mithin ihre Nachbarschaft, taugt in keinem der Bundesländer als wichtigstes subnationales Identifikationsobjekt. Das ist einerseits überraschend, spielen sich doch hier – im sozialen »Nahfeld« – die meisten, intensivsten und prägendsten Interaktionen ab. Andererseits kann die Nachbarschaft in den seltensten Fällen mit gemeinschaftsstiftenden Symbolen und Mythen, einem kollektiven Gedächtnis oder verbindlichen kulturellen Praxen aufwarten.

Ähnliches gilt für die Europäische Union bzw. Europa generell. Das supranationale Gemeinschaftsprojekt steht vor dem Hindernis, keine vergleichbar tiefgreifenden Mitbestimmungsmöglichkeiten (Selbstwirksamkeit, Gemeinschaftsgefühl) und keine ähnlich spürbaren alltagspraktischen Auswirkungen (Gesetzgebung, Feiertage, mediale Berichterstattung etc.) zu entfalten wie etwa die Nationalstaaten, die überdies vielfach auf Jahrzehnte oder Jahrhunderte währende Geschichte, Mythen und gemeinsame Traditionen verweisen können, von einer geteilten Sprache und alltagsbestimmenden Kultur ganz zu schweigen. Gemeinsame Werte wie Humanität, Individualismus, Toleranz, Freiheitlichkeit, Gleichberechtigung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, schließlich auch die Bewahrung des Friedens als Gründungsnarrativ können derlei auf affektiver Ebene nur z.T. ersetzen. Vor diesem Hintergrund ist das vergleichsweise geringe Verbundenheitsgefühl der Deutschen zu »Europa« kaum überraschend; mehr schon ist es der Umstand, dass dieses Identifikationsangebot seit etwa zwei Jahrzehnten von einem steigenden Bevölkerungsanteil angenommen wird: Mit Europa identifizieren sich mehr und mehr Menschen in Deutschland, dabei zu einem größeren Anteil West- als Ostdeutsche. 2017 fällt die Verbundenheit allerdings nicht bloß im Osten geringer aus, sondern etwa auch in Bremen. Und Mecklenburg-Vorpommern ist insofern ein »Ausreißer« im Osten, als sich hier so viele Menschen mit Europa verbunden fühlen wie in den meisten westlichen Bundesländern. Das insgesamt angestiegene Verbundenheitsgefühl mit Europa verweist auf die Bedeutungssteigerung »gemeinsamer Kultur, affektiver Bindung sowie (die) Konstanz von Institutionen, Symbolen, Rollen und Normen« (Bergem 2002: 193). Das ist angesichts des vergleichsweise kurzen Zeithorizonts, in dem es die EU gibt, nicht wenig. Dies muss ein Vergleich der unterschiedlichen Identifikationsorte – EU versus Nationalstaat versus Region – in Rechnung stellen: Als etwa im Jahr 555 mit dem Stammesherzogtum Baiern der Vorläufer des heutigen Freistaats aus der Taufe gehoben wurde, sollte es noch knapp eineinhalbtausend Jahre bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Europäischen Union dauern. Und selbst wenn Deutschland in seiner heutigen Form erst seit drei Jahrzehnten existieren mag, reichen seine einzelnen Vorläufer weit in die Vergangenheit. Wen überraschen da die variierenden Verbundenheitsgefühle?

Abb. 5: Verbundenheit mit Europa in Ost und West 1990–2020

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des Allbus 1991–2018: »Und jetzt möchten wir wissen, wie stark Sie sich mit Ihrer Gemeinde (Stadt) und ihren Bürgern verbunden fühlen. Benutzen Sie für Ihre Antwort bitte die Liste. Und mit der Europäischen Gemeinschaft/Union und ihren Bürgern?«; 4-stufige Skala von »stark verbunden« (1) bis »gar nicht verbunden«. Fehlende Daten wurden linear interpoliert.

Mit der Bedeutungszunahme von Migration haben sich u. a. auch die Koordinaten bei den kollektiven Identitäten verschoben – nicht nur im Sinne einer Vervielfältigung, sondern auch im Sinne einer wechselseitigen Überlagerung und Interdependenz. Wer jedoch glaubt (oder befürchtet), die bisherigen Identifikationspunkte der Gesellschaft würden aufgrund der Migration an Bedeutung verlieren, irrt. Ausweislich des »Regionalradars gesellschaftlicher Zusammenhalt« der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2017 unterscheiden sich Menschen mit Migrationshintergrund nämlich nur unwesentlich bis gar nicht vom Rest der Bevölkerung: Die Verbundenheit mit Nachbarschaft, Wohnort und Bundesland fällt minimal geringer aus, die mit Deutschland nahezu identisch, die mit Europa sogar etwas höher (Unzicker/Boehnke 2019).

Dass diese Menschen sich ihrem Herkunftsland (bzw. dem ihrer Eltern) z. T. auch noch nach Jahren (jedoch in abnehmendem Maße mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland) stark verbunden fühlen (vgl. Abb. 6), stellt hierzu keinen zwingenden Widerspruch dar – so wie es auch keinen Widerspruch für viele Menschen ohne Migrationshintergrund darstellt, sich zugleich als Deutscher, Bayer und Münchner zu identifizieren oder als Europäerin, Brandenburgerin und Frankfurterin. Loyalitätskonflikte (z. B. Identität als Deutscher und/oder Türke) mögen unter Menschen mit Migrationshintergrund wahrscheinlicher sein als unter Men-

mehr als 20 Jahre
10-20 Jahre
5-10 Jahre
weniger als 5 Jahre
0 10 20 30 40 50 60 70 80 90 100
stark verbunden · verbunden · nicht sehr verbunden · überhaupt nicht verbunden

Abb. 6: Verbundenheit mit dem eigenen Herkunftsland bzw. dem der Eltern bei Menschen mit Migrationshintergrund in Abhängigkeit von der Wohndauer in Deutschland 2016

Quelle: Eigene Darstellung nach Pokorny 2016: 46.

schen ohne Migrationshintergrund (weil die Identitäten auf derselben Ebene – der Nationalität – liegen), im Alltag spielen sie aber nur selten eine Rolle (z. B. bei Fußballspielen oder internationalen Konflikten). Zusammengefasst: »Bei gelassenem Umgang sind kollektive Identitäten nichts, was es zu fürchten oder zu überwinden gälte. Vielmehr können sie eine legitime und unproblematische Folge expressiver Gemeinschaftsbildung sein, die nicht im Widerspruch zu einer gesellschaftlichen Integration steht« (Schulz/Sackmann 2001: 45). Eine andere Problematik beschreibt der individuelle Mangel an Identifikation mit dem Gemeinwesen, in dem man lebt, in Verbindung mit alternativen Identitäten. Dies mag – Stichwort »Parallelgesellschaften« – eine Herausforderung für die Gesellschaft bedeuten, ausweislich der Zahlen aber v. a. eine lokalisierbare, keine flächendeckende.

2.3 Bevölkerungsbewegungen und konkurrierende Identitäten: Ein Problem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Bei der Bevölkerungsentwicklung gehen ähnliche Problemlagen in Ost und West im Allgemeinen mit regionalen Unterschieden im Besonderen einher. Folgende Großtrends der vergangenen drei Jahrzehnte lassen sich bilanzieren:

1) Aus dem Zusammenspiel von zunehmender Lebenserwartung und niedrigen Geburtenraten resultiert in der gesamten Bundesrepublik eine Überalterung der Gesellschaft, die den künftigen Generationen eine doppelte Hypothek

bei der Erhaltung der sozialen Sicherungssysteme und des allgemeinen Wohlstands auferlegt.

2) Zugleich überlappt und überlagert die Fokussierung auf die Ost-West-Dimension aus gesamtdeutscher Perspektive eine andere regionale Konfliktlinie – nämlich die der Stadt-Land-Gegensätze. Landflucht ist kein Ostphänomen und »Boomstädte« sind kein Westtrend. In beiden Landesteilen verstärken sich solche Trends – dem Zuzug in die Groß- bzw. Universitätsstädte steht die Verödung abgelegener ländlicher Räume gegenüber.
3) Doch auch nicht jede Großstadt profitiert von den Entwicklungen (Ruhrgebiet) und nicht jede ländliche Region unterliegt im innerdeutschen Standortwettbewerb (Schwarzwald). Entgegen mancher Verallgemeinerungen lässt sich bundesweit vielmehr eine Heterogenisierung der Lebenslagen feststellen; existieren mitunter »Gewinner*innen« und »Verlierer*innen« in unmittelbarer räumlicher Nähe (Jena-Gera, Düsseldorf-Duisburg). Auch der allgemeinen Tendenz eines Nordost-Südwest-Gefälles steht in der Realität die Existenz von »Leuchttürmen« und »Krisengebieten« in den jeweils anderen Regionen gegenüber. Dies alles sind freilich weder gänzlich neue noch wiedervereinigungsbedingte Entwicklungen, gleichwohl sich solche Disparitäten zunehmend dynamisieren.
4) Stadt-Land-Diskrepanzen verstärken sich in Kombination mit Ost-West-Unterschieden indes v. a. hinsichtlich der Außenzuwanderung. Da sich das Gros der Außenzuwanderung auf urbane Räume überwiegend im Westen konzentriert, erhöht sich der Problemdruck durch Überalterung und Abwanderung – insbesondere (aber nicht nur) in manchen entlegenen Landstrichen des Ostens.
5) Mit dem Wandel hin zu einer multiethnischen Gesellschaft ist eine Reihe von Herausforderungen verbunden – ökonomisch, soziokulturell, politisch –, die jedoch im Osten stärker als im Westen als Bedrohung denn als Chance des gesellschaftlichen Zusammenhalts wahrgenommen werden. Umgekehrt fühlen sich Ausländer*innen und Menschen mit Migrationshintergrund in den westlichen Bundesländern überwiegend wohl, während der Osten für Zugewanderte ökonomisch wie soziokulturell eher unattraktiv ist.

Das Auseinanderdriften der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland geht indes nur teilweise mit einem Wandel auf der Einstellungsebene zu Fragen von Identifikation und Zusammengehörigkeitsgefühl einher. Obwohl sich die innerdeutschen Lebenssituationen stark und vielfältig unterscheiden – zwischen zuzugsstarken »Schmelztiegeln« und entvölkerten »Randlagen«, zwischen »Neuankömmlingen« und »Dagebliebenen«, aber auch zwischen multikulturell geprägten Gebieten und ethnisch homogenen Regionen –, war die allgemeine Verbundenheit mit Deutschland nie größer als heute. Die Befunde zur deutschen Identität nach 30 Jahren Wiedervereinigung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1) Bei der wachsenden Identifikation mit Deutschland, aber auch bei einer nach wie vor geringen Neigung zum Nationalstolz unterscheiden sich Ost und West kaum voneinander, was 30 Jahre nach der Wiedervereinigung für ein Verblassen der DDR- bzw. Ostidentität spricht, wiewohl solche Einstellungsmuster nicht gänzlich verschwunden sind.
2) Statt der ausschließlich nationalen Orientierung lässt sich in Deutschland zudem eine wachsende Verbundenheit mit den jeweiligen Bundesländern und Wohnorten beobachten, die im Osten leicht überproportional, jedoch nicht grundlegend anders ausgeprägt ist als im Westen. Der Grund dafür liegt auf der Hand und hängt mit den innerdeutschen Wanderungsbewegungen zusammen: Die Dagebliebenen im Osten leben länger in ihrer Region und identifizieren sich entsprechend stärker mit ihrer Heimat, während im Westen durch mehr Zugezogene (Binnen- wie Außenzuwanderung) ein solches Zugehörigkeitsgefühl nicht in gleichem Maße existiert. Durch die Alterung in beiden Landesteilen dürfte die Bedeutung des Wohnortes als regionaler Identifikationspunkt jedoch auch im Westen wachsen – und somit möglicherweise dem Osttrend folgen.
3) Auf der europäischen Ebene sieht es potenziell umgekehrt aus: Bei steigenden Werten in beiden Landesteilen ist die Identifikation mit Europa bzw. der EU im Westen stärker ausgeprägt als im Osten. Dies erklärt sich in erster Linie mit dem unterschiedlichen Zeithorizont des Zugehörigkeitsangebots – während »Europa« im Westen schon lange Teil des sozialen Lebens (offene Grenzen, Schüleraustauschprogramme usw.) war, fehlten solche Erfahrungen im Osten bis 1990. Die räumliche Dimension kommt hinzu – liegen doch Brüssel, Paris und Straßburg für Millionen Westdeutsche deutlich näher als Berlin oder Dresden.
4) Auch unter Menschen mit Migrationshintergrund fällt die Verbundenheit mit Deutschland bzw. den Bundesländern kaum geringer aus als im Bevölkerungsdurchschnitt, zumal bei zunehmender Verweildauer. Mit Europa ist die Identifikation sogar geringfügig höher. Loyalitätskonflikte zwischen Herkunfts- und Aufenthaltsland mögen v. a. in Konfliktsituationen eine Rolle spielen –, sie dominieren jedoch nicht den Lebensalltag von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland.

Identität ist in Deutschland im Jahr 2020 nicht nur unter Menschen mit Migrationshintergrund keine Frage eines *Entweder-Oder*, sondern vielmehr eine von *Mehr-oder-Weniger*. Schon die Umfrageergebnisse zeigen es: Konkurrierend-komplementäre Identifikationsmuster, ja auch »multiple, hybride, gebrochene, Mehrfach- oder Patchwork-Identitäten« (Bergem 2002: 194) sind längst Realität in Deutschland. Niemand begreift sich bloß als Europäerin, Sächsin oder Leipzigerin – vielmehr greifen Menschen auf derlei Angebote kommunikations- und si-

tuationsabhängig zurück. Dies birgt Chancen ebenso wie Risiken – zunächst die Chancen:

1) Multiple Zugehörigkeiten können jene klaren Trennlinien voneinander ausschließenden Identitäten mindern, die dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zeiten einer zunehmenden Binnen- und Außenwanderung entgegenstehen. Wer sich nicht ausschließlich als Deutscher oder Nichtdeutscher, als Ossi oder Wessi, als Bayerin oder Sächsin usw. versteht, wird sowohl in seinem Nahfeld als auch mit Blick auf das »große Ganze« ein kollektives Bewusstsein entwickeln, das parallel lokale, regionale, nationale und globale Bezüge kennt. Die Tschechin von nebenan mag immer Tschechin bleiben, aber zugleich ist sie Europäerin, Erzgebirgerin und Nachbarin – Verbindendes überwiegt Trennendes.
2) Trotz der Heterogenisierung des gesellschaftlichen Lebens – sozial wie demografisch – fördern Mehrfachidentitäten den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine Thüringer Familie, die ihren Lebensmittelpunkt nach Hamburg verlegt, wird zwar aller Voraussicht nach ihrer alten Heimat verbunden bleiben, zugleich jedoch bietet die Identifikation mit Europa und Deutschland die Möglichkeit, auch hier dauerhaft »anzukommen« und sich so nach einer Weile auch als Hamburgerin zu verstehen. Ein weiteres Beispiel: Alteingesessene mögen es anders sehen, aber als Berliner*innen verstehen sich die meisten Menschen, die in Berlin leben, nicht nur die, die berlinern.
3) Die markanteste soziokulturelle Trennlinie – zwischen Ost und West – wird von anderen Identifikationsangeboten überwölbt und verliert so an Bedeutung. Die Integration von Westdeutschen im Osten und umgekehrt hat hier in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht, v. a. in den jungen Generationen – der früher belächelte Klassen-Ossi oder -Wessi spielt im Schulalltag heute nahezu keine Rolle mehr.
4) Zur Zugehörigkeit (zu irgendetwas) gehört immer auch Ab- und Ausgrenzung (von irgendetwas). Hatten Wanderungsbewegungen in der Vergangenheit noch das Problem, nie oder erst nach Jahren »anzukommen«, können multiple Identitäten – quasi ein »Best-of« für verschiedene Lebenslagen – dem oder der Einzelnen Ordnung und Orientierung geben. Die sozialpsychologische Funktion von Identität besitzt gerade im Zusammenspiel von Mikro- und Makroebene erhebliche Relevanz. Statt ausgeschlossen zu sein, bilden verschiedene Zugehörigkeiten die Grundlage von Selbstbewusstsein und Zufriedenheit, die wiederum die Grundlage für die Anerkennung des jeweiligen Gemeinwesens als der richtigen und rechtmäßigen sozialen Ordnung darstellen.

Mag eine Vielzahl von parallelen Identifikationsangeboten die traditionellen Bruchlinien von »innen« und »außen« mindern, ist mit dem Wandel bzw. der Auflösung bestimmter Identitäten zugleich eine Reihe von Gefahren verbunden. Das betrifft sowohl den Bedeutungsverlust historisch gewachsener Bindungen (z. B. der klassische Nationalstaat) als auch das Hinzutreten neuer Zugehörigkeiten (z. B. multiethnische Identitätsvorstellungen):

1) In diesem Zusammenhang sind v. a. sich ausschließende Identitäten ein Problem für das Gemeinschaftsgefühl – ein *Entweder-Oder*. Die despektierliche Rede von (Besser-)Wessis und (Jammer-)Ossis gehört ebenso dazu wie die von der »guten alten Zeit« – der Bundesrepublik wie der DDR. Ein Problem in diesem Zusammenhang sind auch integrationsunwillige Menschen mit Migrationshintergrund, z. B. Türk*innen, die sich nicht als Deutschtürk*innen, sondern *nur* als Türk*innen begreifen. Solche Klischees und Orientierungsmuster mögen gesamtgesellschaftlich rückläufig sein, spielen in bestimmten sozialen und politischen Milieus indes nach wie vor eine beträchtliche Rolle. T-Shirts mit der Aufschrift »Ostdeutschland« sind nicht ohne Grund in rechten Kreisen weit verbreitet – politisch als Abgrenzung vom demokratischen System der Bundesrepublik, gesellschaftlich als Gegenmodell zur multiethnischen Bevölkerung im Westen. Und je stärker die innerdeutsche Trennlinie verwischt, umso stärker dürfte die Gegenreaktion und Bunkermentalität ihrer Befürworter*innen ausfallen.
2) Doch nicht nur sich ausschließende, sondern auch hybride Identitäten können den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergraben, nämlich dann, wenn daraus weder auf der einen noch auf der anderen Seite eine Identifikation entsteht. Deutschtürk*innen berichten davon ebenso wie abgewanderte Ostdeutsche, die im Westen noch nicht und im Osten nicht mehr dazugehören. Kulturelle Spannungspotenziale verstärken sich, wenn soziale Diskrepanzen hinzutreten.
3) Unabhängig davon, ob sich die oder der Einzelne eher an *einer* historisch gewachsenen Bindung orientiert oder an mehreren – die Heterogenität von Zugehörigkeiten fördert die Tendenz, dass keines der Identifikationsangebote letztlich gesamtgesellschaftliche Anerkennung findet, was Konflikte unter konkurrierenden Identitäten schüren und somit den sozialen Zusammenhalt gefährden kann.
4) Eine solche Unübersichtlichkeit der Identifikationsmuster mag die Gräben sich ausschließender Identitäten zuschütten, andere jedoch möglicherweise vertiefen. So, wie sich die Gesellschaft insgesamt individualisiert (Abschnitt 5), zu »maßgeschneiderten« Lebensentwürfen samt ihres sozialen Umfelds tendiert, kann auch eine immer differenziertere und kleinteiligere Zusammengehörigkeit dem gesamtgesellschaftlichen Konsens zuwiderlaufen,

nämlich dann, wenn die »eigene Blase« isoliert ist und individualisierte Wahrnehmungsmuster aufeinanderprallen.

5) Kein Wandel ohne Widerstände – das gilt gerade für solche grundlegenden Fragen von Identität und Zusammengehörigkeit. Politik und Gesellschaft stehen vor einem Balanceakt – einerseits wollen sie den kollektiven Zusammenhalt im Land stärken und dabei auch die Befürworter*innen einbinden, die traditionelle Identitätsmuster bewahren, andererseits die demografische und soziale Heterogenisierung berücksichtigen und den Bedürfnissen nach individueller und multipler Zugehörigkeit Rechnung tragen.

3. Deutsch-deutsches Zusammenleben: Lebenswirklichkeit und Lebensgefühl

3.1 Lebenswirklichkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Wer 30 Jahre nach der Deutschen Einheit die anhaltende Verschiedenheit von Ost und West herausstellen will, verweist zuvörderst auf die nach wie vor bestehenden politischen Differenzen. Dazu zählen die geringere Parteibindung und die höhere Volatilität der Wahlentscheidungen im Osten, v. a. aber die markanten innerdeutschen Differenzen mit Blick auf die Wahlergebnisse. Doch liegen regionale Unterschiede nicht in der Natur der Sache – begründen sie beispielsweise für Bayern und Hamburg nicht mindestens ebenso die Rede von den »zwei getrennten Elektoraten« (Arzheimer/Falter 1998) wie im Ost-West-Vergleich? Wer Spezifika sucht, wird sie finden. Darum soll ein Perspektivwechsel vorgenommen und zunächst auf die Gemeinsamkeiten abgezielt werden. So wählen Ost- und Westdeutsche bei den Bundestagswahlen seit 1990 bis auf eine Ausnahme immer dieselbe Partei zur stimmenstärksten und anschließend regierenden politischen Kraft – lediglich im Jahr 2002 waren die Ostdeutschen das Zünglein an der Waage zugunsten der Wiederwahl Gerhard Schröders – im Westen setzte sich der Unionskandidat Edmund Stoiber durch (Tabelle 2). Auch die grundlegenden Verwerfungen der Parteienlandschaft vollziehen sich in Ost und West parallel, freilich mit unterschiedlichen Intensitäten im Einzelnen: Standen sich bis Mitte der 2000er Jahren ein Vier-Parteien-System im Westen (Union, SPD, Grüne, FDP) und ein Drei-Parteien-System im Osten (Union, SPD, PDS/Linke) gegenüber, hat sich mittlerweile durch die Stabilisierung von FDP und Grünen im Osten, die Etablierung der Linken im Westen und den bundesweiten Aufstieg der AfD ein Sechs-Parteien-System herausgebildet. Das deutsche Parteiensystem vollzieht damit einen Fragmentierungsprozess, wie er in fast allen eu-

ropäischen Demokratien zu beobachten ist. Damit gehen innerdeutsche Angleichungen des Wahlverhaltens einher: Feste Parteibindungen lassen nach, während die Volatilität und die Anzahl von Wechselwählern zunimmt. Der Westen nähert sich deutlich stärker den ostdeutschen Verhältnissen an als umgekehrt – entgegen der in den 1990er Jahren verbreiteten These, der Osten werde sich über kurz oder lang den Verhaltensweisen im Westen anpassen, lässt sich vielmehr ein »Veröstlichungsprozess« beobachten – zumindest bei isolierter Betrachtung bestimmter Trends.

Zugleich bestehen einige Ost-West-Differenzen fort; manche Unterschiede haben sich im Zeitverlauf sogar vertieft. Die »Krise der Volksparteien« mag CDU (weniger die CSU) und SPD in beiden Landesteilen treffen. Im Osten sind indes die Symptome besonders gravierend. Bei allen Bundestagswahlen seit 1990 lag der Stimmenanteil von Union und SPD im Osten unter dem im Westen – einzige Ausnahme auch hier das SPD-Ergebnis 2002, das im Osten um 1,4 Prozentpunkte höher ausfiel als im Westen. Zudem reißt die Lücke immer weiter auf. 2013 erzielten beide Parteien zusammen im Westen knapp 70 Prozent, im Osten nur 45,4. Und erreichten Union und SPD beim historischen Absturz im Jahr 2017 im Westen mit zusammen 56 Prozent zumindest die absolute Mehrheit, waren es im Osten gerade einmal noch 41,5 Prozent. Wird darüber hinaus die Landesebene einbezogen, treten manche Verwerfungen noch deutlicher zutage: Bei der Bundestagswahl 2017 und der Europawahl 2019 in Sachsen wurde die AfD stimmenstärkste Partei, bei der Landtagswahl 2019 in Thüringen Die Linke. Hier blieben CDU und SPD in Addition ihrer Stimmenanteile bei unter 30 Prozent! Die Schwäche der (einstigen) Volksparteien im Osten weist zugleich auf eine zunehmende Regionalisierung des Wahlverhaltens hin, die auch für den Westen gilt: Die Wahlerfolge der AfD in Mitteldeutschland, die von der Linken geführte Regierung in Thüringen, der Wahlsieg der Grünen 2016 in Baden-Württemberg, die dort bereits seit 2011 regieren und die zumindest zeitweise an der Spitze der Umfragen in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg lagen, belegen den Trend der zunehmenden Auflösung des einstigen bipolaren Parteiensystems in beiden Landesteilen ebenso wie die mittlerweile vielfältigen Koalitionsoptionen auf der Landesebene.

Über die Momentaufnahme der gegenwärtigen politischen Situation hinaus lassen sich weitere Ost-West-Unterschiede im Langzeittrend feststellen. Nicht nur Union und SPD sind im Osten schwächer als im Westen, sondern auch FDP und Grüne, was zumeist mit dem Fehlen bzw. der geringeren Größe entsprechender sozialer Milieus (»Besserverdiener«, sozialökologisches Milieu) begründet wird. Umgekehrt sind Die Linke und die AfD eindeutig Ostparteien, wie die gemittelten Resultate der Parteien bei den Bundestagswahlen seit 1990 zeigen (Abb. 7). So ist die AfD im Durchschnitt der beiden Bundestagswahlen seit ihrer Gründung

Tabelle 2: Bundestagswahlen in Deutschland (1990–2017), Ergebnisse in Prozent der Zweitstimmen

	Union		*SPD*		*PDS/Linke*		*Grüne*		*FDP*		*AfD*	
	West	*Ost*	*West*	*Ost*	*West*	*Ost*	*West*	*Ost*	*West*	*Ost*	*West*	*Ost*
1990	44,3	41,8	35,7	24,3	0,3	11,1	4,8	6,2	10,6	12,9		
1994	42,1	38,5	37,5	31,5	1,0	19,8	7,9	4,3	7,7	3,5		
1998	37,0	27,3	42,3	35,1	1,2	21,6	7,3	4,1	7,0	3,3		
2002	40,8	28,3	38,3	39,7	1,1	16,9	9,4	4,7	7,6	6,4		
2005	37,4	25,3	35,1	30,4	4,9	25,3	8,8	5,2	10,2	8,0		
2009	34,9	29,5	24,2	18,3	8,3	26,4	11,3	8,3	15,4	11,0		
2013	42,2	28,5	27,4	17,9	5,6	22,7	9,2	5,1	5,2	2,7	4,5	5,9
2017	34,1	27,6	21,9	13,9	7,4	17,8	9,8	5,0	11,4	7,5	10,7	21,9

Quelle: Bundeswahlleiter.

	D ges.	West	Ost
Sonstige	4,2	4,3	3,7
FDP	11,0	10,6	12,9
Grüne	5,1	4,8	6,2
PDS	2,4	0,3	11,1
SPD	33,5	35,7	24,3
Union	43,8	44,3	41,8

Abb. 7: Wahlergebnisse bei den Bundestagswahlen im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 2017, differenziert nach West- und Ostdeutschland (Angaben in Prozent)
Quelle: Völkl 2020.

2013 im Osten fast doppelt so stark wie im Westen; die PDS/Die Linke über alle acht Wahlen hinweg im Osten sogar sechsmal stärker als im Westen. Auch hier folgt der Westen eher dem Trend im Osten als umgekehrt. Während die PDS/Linke im Osten bei allen Bundestagswahlen mühelos die Fünf-Prozent-Hürde überwand, gelang ihr die Westausdehnung in Fusion mit der WASG erst ab 2005. Und hätten 2013 wie einmalig im Jahr 1990 getrennte Sperrhürden für Ost und West gegolten, wäre die AfD mit 5,9 Prozent (West: 4,5) bereits damals in den Bundestag eingezogen; so gelang es ihr in beiden Landesteilen erst vier Jahre später. Entgegen mancher »Vereinheitlichungen« bestehen indes beim Wahlverhalten charakteristische Differenzen im Ost-West-Vergleich fort, die nicht zuletzt in hohem Maße aus den Unterschieden auf der Einstellungsebene zu Politik im Allgemeinen und zu den Parteien im Besonderen resultieren (Abschnitt 3.2).

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland ist von einer Angleichung beider Landesteile bei zugleich fortbestehenden Unterschieden gekennzeichnet. Vor allem die Arbeitslosenquote in Ost und West hat sich in den vergangenen zehn Jahren deutlich angenähert (Abb. 8). Sie war in den 1990er Jahren und zu Beginn der 2000er Jahre im Osten im Durchschnitt fast doppelt so hoch wie im Westen; die größte Differenz im Jahr 2001 betrug 10,8 Prozentpunkte (Ost 18,8, West 8,0 Prozent). Mit steigender Tendenz in beiden Landesteilen als Folge der Corona-Pandemie lag die Arbeitslosenquote im Juli 2020 im Westen bei 6,0 Prozent;

Abb. 8: Arbeitslosigkeit in Ost und West 1994 bis 2019
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, zitiert nach Statista 2019.

im Osten bei 7,8 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2020). Wird die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bundesländern betrachtet, löst sich der Ost-West-Gegensatz weiter auf. Denn anders als bei Indikatoren wie der Bevölkerungsentwicklung (Abschnitt 2), der Elitenrepräsentation (Abschnitt 4) oder der Exportquote (Abschnitt 5) stehen die östlichen Bundesländer nicht gemeinsam am Ende der Rangfolge, sondern nehmen eine Mittellage zwischen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und Ländern mit annähernder Vollbeschäftigung ein. So ist die Lage am Arbeitsmarkt in vier westlichen Ländern am besten (jeweilige Arbeitslosenquote Bayern: 3,9; Baden-Württemberg 4,4; Rheinland-Pfalz 5,7 und Hessen 5,9 Prozent); allerdings in drei westlichen Ländern bzw. Stadtstaaten (Bremen: 11,8; Hamburg 8,5 und Nordrhein-Westfalen (8,1) sowie im Ost-West-Sonderfall Berlin (10,8) am schwierigsten – hier und zudem im Saarland liegt sie über der Quote im Osten allgemein. Umgekehrt ist der Anteil von Arbeitslosen in Sachsen und Thüringen (jeweils 6,3) näher an der Quote der Westländer als am östlichen Durchschnitt. Stärker als ein Ost-West-Gegensatz durchzieht folglich ein Süd-Nord-Gefälle die Beschäftigungssituation Deutschlands, zudem mit besonderen Problemlagen in manchen urbanen Regionen (Stadtstaaten, Ruhrgebiet).

Anders sieht es bei der anhaltenden Einkommensungleichheit zwischen Ost und West aus. Zwar wachsen die Löhne in beiden Landesteilen weitgehend kontinuierlich und parallel an, die Lücke im Gehaltsgefüge hat sich in den vergangenen 30 Jahren allerdings kaum geschlossen. So lag der durchschnittliche Bruttomonatslohn 2019 im Westen bei 3.340 Euro, im Osten waren es 2.790 Euro bzw. 83,5 Prozent des Westniveaus. Wer zudem die einzelnen Bundesländer in den Blick nimmt, wird anders als bei der Arbeitslosenquote keine tieferliegenden subnationalen Diskrepanzen ausmachen (Tabelle 3). Alle fünf östlichen Bundesländer stehen am Ende des deutschen Lohnrankings. Es werden auch keine anderweitigen regionalen Tendenzen sichtbar wie etwa bei den Arbeitslosenstatistiken. Nirgendwo ist die Gehaltslücke von mehr als 400 Euro größer als zwischen dem Schlusslicht im Westen (Schleswig-Holstein: 3.963 Euro) und dem Spitzenreiter im Osten (Brandenburg: 3.540 Euro). Zwar relativieren sich die Einkommensdifferenzen, wenn die Lebenshaltungskosten in Ost und West berücksichtigt werden, deren Differenz nach Schätzungen zwischen 10 bis 15 Prozent liegt (Habermalz 2018). Diese entspricht aber zum einen nicht der Einkommenslücke, zum anderen überdeckt die allgemeine Draufsicht auf Ost-West-Unterschiede manche regionale Diskrepanz, z. B. zwischen München und der Oberpfalz oder zwischen Leipzig und der Oberlausitz – um nur jeweils ein Beispiel aus Bayern und Sachsen zu nennen. Die Lohndifferenz hängt v. a. mit der jeweiligen regionalen Wirtschaftsstruktur zusammen. Da das Gros der finanzkräftigen Spitzenunternehmen seine Hauptstandorte und damit die Firmenzentralen (mit ihren Topverdienern) im Westen angesiedelt hat, steigt mit der Konkurrenzsituation um Fach- und Spitzenkräfte das Lohnniveau in der gesamten Region, während im Osten solche Magneten fehlen. Zudem ist im Westen die Gewerkschafts- und Tarifbindung ausgeprägter als im Osten, was eng mit den unterschiedlichen Betriebsgrößen in beiden Landesteilen zusammenhängt.

Während sich die Unternehmenszentralen mit den attraktivsten und lukrativsten Arbeitsplätzen (Management, Entwicklung, Forschung) überwiegend im Westen befinden, sind im Osten eher Produktionsstandorte angesiedelt. Vor allem in Krisenzeiten, wie sie bereits vor, aber verstärkt durch den Ausbruch der Corona-Pandemie von Wirtschaftsexpert*innen prognostiziert werden, geht eine solche überproportional starke Beschäftigung in Branchen wie dem schrumpfenden produzierenden Gewerbe mit einem höheren Arbeitslosigkeits- und damit auch Armutsrisiko einher. Abbildung 9 zeigt die Entwicklung der Armutsgefährdungsquote in den vergangenen 15 Jahren. Diese wird definiert als der Anteil von Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens. Ähnlich wie bei der Arbeitslosenquote – beide Indikatoren hängen maßgeblich miteinander zusammen – näherten sich Ost und West zuletzt immer weiter an, jedoch bei einem nach wie vor (2018) um 2,5 Prozentpunkte höheren Armutsrisiko im Osten. Anders als bei der Arbeitslosigkeit – hier

*Tabelle 3: Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst (mit Sonderzahlungen) von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer*innen in Deutschland nach Bundesländern und Geschlecht 2019*

	Männer	*Frauen*	*Insgesamt*
Hamburg	5.366 €	4.271 €	5.001 €
Hessen	5.175 €	4.303 €	4.919 €
Baden-Württemberg	5.056 €	3.892 €	4.720 €
Bayern	4.976 €	4.014 €	4.700 €
Berlin	4.712 €	4.049 €	4.453 €
Nordrhein-Westfalen	4.675 €	3.915 €	4.453 €
Bremen	4.435 €	3.750 €	4.435 €
Deutschland	4.638 €	3.848 €	4.400 €
Rheinland-Pfalz	4.423 €	3.704 €	4.213 €
Niedersachsen	4.356 €	3.646 €	4.157 €
Saarland	4.280 €	3.579 €	4.078 €
Schleswig-Holstein	4.121 €	3.569 €	3.963 €
Brandenburg	3.567 €	3.489 €	3.540 €
Sachsen	3.598 €	3.338 €	3.515 €
Sachsen-Anhalt	3.494 €	3.419 €	3.468 €
Thüringen	3.417 €	3.265 €	3.366 €
Mecklenburg-Vorpommern	3.359 €	3.254 €	3.321 €

Quelle: Statista 2020a.

sanken die Quoten in beiden Landesteilen, im Osten nur stärker, was die Angleichung erklärt – bewegen sich Ost und West beim Armutsrisiko allerdings aufeinander zu: Im Osten sinkt die Gefahr, im Westen nimmt sie zu, was jedoch wie angedeutet eine Momentaufnahme auf dem konjunkturellen Höhepunkt sein könnte und sich in einer Krisenphase womöglich wieder auseinanderbewegt. Im Vergleich der einzelnen Bundesländer nehmen die fünf östlichen auch hier eine Mittelposition ein – so Brandenburg an fünfter Stelle (15,2 Prozent), Thüringen an neunter (17,0) und Sachsen an elfter. Sachsen-Anhalt (19,5) und Mecklenburg-Vorpommern (19,4) liegen dagegen am Ende der Rangfolge und nur der Stadtstaat Bremen (24,9) noch dahinter. So oder so: Die Frage des Armutsrisikos in Deutschland scheint 30 Jahre nach der Deutschen Einheit weniger ein räumli-

Abb. 9: Armutsgefährdungsquote in Ost- und Westdeutschland 2005–2018
Quelle: Statista 2020b.

ches Problem entlang der Ost-West-Dimension zu sein als vielmehr eines spezifischer sozialer Lagen (migrantisch, alleinerziehend, geringqualifiziert).

Im Bereich Gesellschaft zeigen sich ähnlich wie beim Wandel des Wahlverhaltens – eine Folge sozialer Veränderungen – Ost-West-Angleichungen, die stärker den Trend der »Veröstlichung« des Westens als eine »Verwestlichung« des Ostens erkennen lassen – ohne dass eine solche Anpassung intentional das »Vorbild« Osten anstrebt. Eine Annäherung ohne Vereinheitlichung zeigt sich beim Wandel der Familienstrukturen. Unabhängig von Ost und West sprach der Soziologe Thomas Meyer bereits Anfang der 1990er Jahre von einer »Differenzierung privater Lebensformen« (Meyer 1992: 86f.). Galt die »klassische« Klein- bzw. Kernfamilie aus Ehepartnern und ihren Kindern als typische Lebensgemeinschaft in modernen Industriegesellschaften, geht die fortschreitende »Pluralisierung von Privatheitsmustern« (Meyer 2014: 340) mit dem Monopolverlust von Familie einher. Dies vollzog sich in den vergangenen 30 Jahren u.a. durch die Abnahme der Zahl von Mehrkindfamilien und die wachsende Kinderlosigkeit, einen Attraktivitätsverlust von Eheschließungen und einem Anstieg an Scheidungen sowie einer erhöhten Akzeptanz bzw. Entdiskriminierung von nicht ehelichen Partnerschaften, Alleinerziehenden

Abb. 10: Anteil der Alleinerziehenden an allen Familien mit minderjährigen Kindern nach Bundesländern 2017 und 1997 in Prozent

Quelle: Statistisches Bundesamt 2020c.

und -lebenden, was wiederum mit einem Einflussverlust der Kirchen einhergeht (quantitativ: immer weniger konfessionell Gebundene; qualitativ: immer weniger strenggläubige Menschen) – besonders im entkirchlichten Osten; einer Region mit den wenigsten Gläubigen weltweit. So hat sich im Zeitraum von 1970 bis 2000 die Anzahl von Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren im alten Bundesgebiet von 660.000 auf über 1,4 Millionen mehr als verdoppelt; ein Trend, der abgeschwächt auch in den vergangenen beiden Jahrzehnten anhielt.

Im Osten fallen die Zahlen angesichts einer geringeren Heiratsneigung und höherer Scheidungsraten noch drastischer aus, was sowohl der Familienpolitik der DDR als auch den Entwicklungen des Transformationsprozesses nach 1989/90 geschuldet ist. Ledige Mütter mit Kind (darum handelt es sich bei mehr als 80 Prozent der Alleinerziehenden) waren in der DDR nicht nur sozial weniger diskriminiert, sondern auch durch staatliche Unterstützung besser abgesichert. »Alleinerziehend« blieb somit auch nach 1990 (viel mehr als im Westen) eine Normalität – im Osten wächst heute etwa jedes vierte Kind in einer Einelternfamilie auf, wenngleich sich beide Landesteile annähern. Ohnehin wird die Ost-West-Kluft beim Wandel der Familienstrukturen vom Gegensatz ländlicher und urbaner Räume (Stadtstaaten) als Orte sozialer Differenzierung und Individualisierung klar überlagert (Abb. 10).

Ähnliche Entwicklungen in Ost und West stehen jeweils in einem Zusammenhang mit der generellen »Privatisierungsdynamik«. Gleichwohl der familiäre Wandel aus einem komplexen Geflecht gesellschaftlicher Veränderungsprozesse resultiert, lässt sich vereinfacht ausgedrückt folgende Differenzierung ableiten: Im westlichen Bundesgebiet ist er eher ein erwünschter Effekt, geht er doch auf den wachsenden Wohlstand und die Zunahme an Sozialstaatlichkeit zurück. »Da viele Menschen über mehr Ressourcen verfügen als früher und nach Selbstverwirklichung streben, sind ›neue‹ Lebensformen attraktiver und wählbarer geworden« (Meyer 2014: 351). Im Osten hingegen vollzieht sich die Differenzierung möglicherweise stärker erzwungenermaßen, quasi als Erfordernis, die Härten des massiv beschleunigten ökonomischen Strukturwandels nach 1990/89 zu überstehen.

Betrachtet man die Folgen der veränderten Lebensformen und Familienstrukturen, ist zunächst auf die starke Heterogenität der Gruppe der Alleinerziehenden hinzuweisen. So sind nicht alle Alleinerziehenden gleichermaßen allein – im Gegenteil. Es gibt nicht eheliche Gemeinschaften, ebenso neue feste Partnerschaften mit und ohne gemeinsamen Haushalt. Da neue Partner häufig die Elternrolle übernehmen und auch bei getrennten Eltern der Kontakt zum leiblichen Kind nur bei einem Viertel der Familien abgebrochen wird, haben manche Kinder statt nur einem Elternteil zwei (selten auch drei) »Väter« oder »Mütter«. Nichtsdestotrotz arbeitet Meyer drei zentrale Belastungsfaktoren für Alleinerziehende heraus: 1) gegenüber »Normalfamilien« sozioökonomisch deprivierte Soziallagen (»neue Armut«), 2) höhere Anforderungen bei der Erziehungs-, Berufs- und Hausarbeit und 3) notwendige Unterstützung bei der Kinderbetreuung (Meyer 2014: 345f.). Daraus resultieren für Alleinerziehende zudem größere Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Sie sind weniger flexibel bei der Dienst- und Urlaubsplanung als beispielsweise Singles, dafür aber öfter abwesend, beispielsweise durch mehr »Kind-Krank-Tage«, die anders als bei »Normalfamilien« nicht unter beiden Elternteilen aufgeteilt werden. Da parallel zum höheren Anteil Alleinerziehender im Osten die Einkommen und Vermögen niedriger sind als im Westen, dürften hier solche sozialstrukturellen Problemlagen stärker ausgeprägt sein – mit entsprechender Spiegelung auf der Einstellungsebene?

Die größere Pluralität der Familienstrukturen im Osten steht in einem Zusammenhang mit den Unterschieden der geschlechterspezifischen Rollenbilder. Da Frauen in der Arbeitswelt in der DDR Normalität waren – sowohl politisch erwünscht als auch ökonomisch notwendig, um die hohen Zahlen an Republikflüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt zu kompensieren –, besaßen sie ein deutlich höheres Maß an Unabhängigkeit als viele Frauen in westdeutschen Familien, in denen der Mann die Rolle des Alleinverdieners übernahm, Frauen dagegen ohne Einkommen die Hausarbeit und Kindererziehung regelten. So waren Ende der

Erwerbstätigenquoten und Erwerbsquoten der 15- bis unter 65-jährigen Frauen und Männer in **Westdeutschland** (1991–2018), in Prozent

WESTDEUTSCHLAND

Männer: Erwerbsquote; Erwerbstätigenquote
Frauen: Erwerbsquote; Erwerbstätigenquote
Geschlechtsbezogener Abstand der Erwerbstätigenquoten in Prozentpunkten (Männer minus Frauen)

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, auf Anfrage — Bearbeitung: WSI GenderDatenPortal 2020 — WSI

Abb. 11: Erwerbstätigenquoten und Erwerbsquoten der 15- bis 64-jährigen Frauen und Männer in Westdeutschland 1991 bis 2018 (in Prozent)

Quelle: Hobler u. a. 2020: 2.

Erwerbstätigenquoten und Erwerbsquoten der 15- bis unter 65-jährigen Frauen und Männer in **Ostdeutschland** (1991–2018), in Prozent

OSTDEUTSCHLAND

Männer: Erwerbsquote; Erwerbstätigenquote
Frauen: Erwerbsquote; Erwerbstätigenquote
Geschlechtsbezogener Abstand der Erwerbstätigenquoten in Prozentpunkten (Männer minus Frauen)

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, auf Anfrage — Bearbeitung: WSI GenderDatenPortal 2020 — WSI

Abb. 12: Erwerbstätigenquoten und Erwerbsquoten der 15- bis 64-jährigen Frauen und Männer in Ostdeutschland 1991 bis 2018 (in Prozent)

Quelle: Hobler u. a. 2020: 2.

1980er Jahren mehr als 90 Prozent der Frauen in der DDR berufstätig, im Westen gerade einmal reichlich 50 Prozent. Dass die Erwerbstätigkeitsquote im Osten nach 1990 rapide absank, ging indes nicht auf die Übernahme von westdeutschen Rollenbildern zurück, sondern auf die flächendeckend prekäre Beschäftigungssituation nach dem Zusammenbruch der ostdeutschen Ökonomie (Abb. 11). Lagen Ost und West mit einer geringen Zunahme der Frauenbeschäftigung bis Mitte der 2000er Jahre mit knapp unter 60 Prozent weitgehend gleichauf, zeigt sich die stärkere Berufsaffinität der Ostfrauen v. a. im Fahrwasser des gesamtkonjunkturellen Aufschwungs seit 2005. Dies belegt zum einen die Lücke der Erwerbstätigenquote im Jahr 2018 (Ost 73,9, West 71,6 Prozent), vielmehr allerdings noch der geschlechtsbezogene Abstand zwischen erwerbstätigen Männern und Frauen (Ost 4,1, West 8,4 Prozent). Wer diese Zahlen als Indiz eines moderneren Frauenbilds oder gar eines »Gleichstellungsvorsprungs« im Osten interpretiert, betrachtet indes nur eine Seite der Medaille. Denn worin sich Ost und West wenig unterscheiden, ist die geringe Bereitschaft von Männern zur Arbeitsteilung in der Familie. Hüben wie drüben dominieren klassische Rollenverteilungen, wiewohl sich Ost- wie Westmänner zunehmend bei der Kinderbetreuung einbringen, weniger stark jedoch in die Haushaltsführung (vgl. Geißler 2014: 316–319). Das heißt, in der Realität sind ostdeutsche Frauen viel stärker als im Westen in dreifacher Hinsicht gefordert – als Erwerbstätige, als Mütter und als Hausfrauen, was den Emanzipationsvorsprung in ökonomischer Hinsicht durch die soziale Be- und Überlastung relativiert.

3.2 Lebensgefühl in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Politik: Eine Demokratie hält zwar – auch grundsätzlichen – Widerspruch aus, aber wenn die Zustimmung zu ihr unter ein kritisches Maß rutscht, bricht ihr gesellschaftliches Fundament weg. Das erklärt das anhaltende Interesse der Wissenschaft an der gesellschaftlichen Haltung zur Demokratie. Larry Diamond (1999: 68f.) spricht von 30 Prozent der Bevölkerung, die dauerhaft das politische System *nicht* in Frage stellen dürfen, sowie die Zahl von maximal 15 Prozent dezidierten Extremisten, die nicht überschritten werden darf, damit die Demokratie (noch) als konsolidiert, d. h. stabil gelten kann. Dabei sind die praktischen Konsequenzen erfolgender bzw. ausbleibender Unterstützung höchst unterschiedlich (siehe Fuchs 2007):

1) Die Haltung zur »Demokratie als Idee« erfasst deren gesellschaftliche Akzeptanz um ihrer selbst willen. Sie gilt als wichtigste Stabilitätsreserve. Eine ausbleibende Unterstützung des Demokratie-Ideals läuft langfristig auf eine Destabilisierung, schlimmstenfalls auf einen Kollaps der Demokratie hinaus.

Abb. 13: Legitimität der Demokratie in Ost und West 1990–2020 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Zahlen von Gabriel (2020: 237): »Glauben Sie, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, oder gibt es Ihrer Meinung nach eine andere Staatsform, die besser ist?« Angezeigt sind die Antworten »Die Demokratie ist die beste Staatsform.« Fehlende Daten wurden linear interpoliert.

2) Die »Demokratiezufriedenheit« erfasst demgegenüber die Einstellung zur Demokratiepraxis, speist sich mithin aus spürbaren Leistung(sdefizit)en im Alltag. Jemand kann die Demokratie grundsätzlich für eine erstrebenswerte Sache halten (etwa aufgrund ihrer Werte und Prinzipien) und dennoch mit der Wirklichkeit nicht einverstanden sein – z. B. wegen grassierender Korruption, sozialer Ungleichheit oder der Steuerbelastung (siehe Norris 1999, 2011). Ausbleibende Akzeptanz läuft langfristig auf eine Destabilisierung der konkreten Demokratieform hinaus.
3) Das Vertrauen in politische Institutionen gibt schließlich an, ob die Menschen daran glauben, dass die Politik die ihr übertragene Macht nicht missbraucht, selbst wenn sie nicht ständiger öffentlicher Kontrolle unterliegt. Obwohl zwar zwischen Amt und Amtsträger unterschieden wird, leidet das Vertrauen in einzelne (oder mehrere) Institutionen unter einem anhaltenden Mangel an politischer Kompetenz, an Korruption sowie an einer wahrgenommenen fehlenden Leistungsfähigkeit von Politikern und Beamten (»Spill-over-Effekt«). Als günstig gilt ein gesundes Misstrauen, das die Regierenden an ihre Responsivitätsfunktion erinnert und zugleich Entscheidungen zulässt, die kurzfristig keine Wirkung zeitigen.

Abgesehen von einem Knick in der Mitte der 2000er Jahre erzielt die Demokratie-Idee durchweg breite Zustimmung. Dabei fällt sie im Westen höher und

In Prozent

	stimmt gar nicht / stimmt wenig	teils / teils	stimmt ziemlich / stimmt völlig
Bremen	1,1	19,9	79,0
Bayern	3,6	21,0	75,4
Saarland	3,7	20,6	75,6
Niedersachsen	4,5	11,5	84,0
Sachsen-Anhalt	4,6	27,5	67,9
Nordrhein-Westfalen	5,5	19,2	75,3
Schleswig-Holstein	5,8	19,4	74,8
Hamburg	5,8	11,9	82,3
Hessen	5,9	14,4	79,8
Baden-Württemberg	6,0	13,7	80,4
Deutschland gesamt	6,1	18,0	75,9
Rheinland-Pfalz	6,5	15,8	77,8
Thüringen	6,8	26,4	66,7
Mecklenburg-Vorpommern	7,5	22,5	70,0
Berlin	10,1	17,5	72,4
Sachsen	12,9	21,8	65,3
Brandenburg	15,2	23,5	61,3

Abb. 14: Legitimität der Demokratie in den Bundesländern 2017 (in Prozent)

Quelle: Mannewitz/Vollmann (2019: 43): »Wie stark stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? – ›Die Demokratie ist die beste Staatsform.‹«

weniger volatil aus als im Osten, was angesichts der variierenden Erfahrungshorizonte mit diesem Systemtyp nicht verwundert. Zudem hat sich der Osten mit einem Ausgangswert von 70 Prozent Zustimmung dem Westen angenähert – er betrug im Jahr 2014 82 Prozent. Somit hat eine gewisse »Verwestlichung des Ostens« stattgefunden, weshalb die Demokratie heute von einer breiten Mehrheit getragen wird – ähnlich wie in vielen anderen westeuropäischen Demokratien (vgl. Klingemann 2014: 125–127, 146–150). Deutschland – Ost wie West – befindet sich im vorderen Mittelfeld. Indes: Einerseits klären die Daten nicht über die Handlungsabsichten der Befragten auf – aus hoher Demokratiezustimmung muss ebenso wenig eine praktische Demokratieunterstützung folgen wie aus einer prinzipiellen Demokratieablehnung »umstürzlerisches« Verhalten. Andererseits endet der Längsschnitt mit dem Jahr 2014 – also vor der Etablierung der AfD, der Pegida-Hochphase, der »Flüchtlingskrise« sowie der breiten gesellschaftlichen Debatte über den Klimawandel und damit vor potenziell die Demokratielegitimität untergrabenden gesellschaftlichen Krisenmomenten.

Allerdings könnte der Blick auf den Ost-West-Vergleich tieferliegende Diskrepanzen zwischen den Regionen (etwa zwischen nördlichen und südlichen, zwischen urbanen und ländlichen, zwischen traditionsreichen und jungen Ländern) verdecken. Die Fixierung von Politik und Medien, Wissenschaft und Umfrageforschung auf den Ost-West-Unterschied trübt den Blick für regionale Gegen-

Abb. 15: Demokratiezufriedenheit in Ost und West 1990–2020 (Mittelwerte)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Allbus 1991–2018 und der Zahlen von Campbell (2019: 73), der die Allbus-Skala (1–6) umgepolt und transformiert hat: 0 entspricht in der Abb. »sehr unzufrieden«, 5 »sehr zufrieden«; eigene Berechnungen für 2018: »Kommen wir nun zu der Demokratie in Deutschland: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?« Fehlende Daten wurden linear interpoliert.

sätze, die quer zu ihm liegen und z. B. bestimmte Bundesländer vom Rest des Bundesgebiets trennen (siehe Mannewitz 2015). Das wäre umso dramatischer, als regionale Zugehörigkeiten beträchtliches Identifikationspotenzial entfalten und politische Einstellungen emotional aufladen könnten, wie die subnationalen Konflikte in Spanien und Großbritannien verdeutlichen. Leider liegen kaum Daten für einen deutschlandweiten Regionalvergleich jenseits der Ost-West-Dichotomie vor – mit Ausnahme des Regionalradars der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2017 (Mannewitz/Vollmann 2019). Ihm zufolge gab es jüngst ein leichtes West-Ost-Gefälle bei der Unterstützung der Demokratie um ihrer selbst willen. Regionalen Differenzen innerhalb des Ostens und innerhalb des Westens zum Trotz befinden sich am unteren Ende des Rankings fast ausschließlich »neue« Länder (siehe Abb. 14). Gleichwohl erreicht der Anteil von Demokratieskeptikern nirgendwo auch nur annähernd die von Larry Diamond postulierte, kritische Marke von 30 Prozent: Die Demokratie ruht auf stabilem gesellschaftlichem Fundament 30 Jahre nach der Wiedervereinigung – trotz der gesellschaftlichen Polarisierung im Zuge der »Flüchtlingskrise«.

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Wirklichkeit ist wegen ihrer größeren Abhängigkeit von der Leistungsbewertung deutlich größeren Schwankungen ausgesetzt als die generelle, prinzipielle Demokratieunterstützung (Abb. 15). Aufgrund dieser Abhängigkeit vom »Tagesgeschäft« darf

der Langfristtrend nicht als Hinweis für eine etwaige demokratische Reifung des Ostens fehlinterpretiert werden. Vielmehr ist er bloß ein Seismograf »spezifischer, leistungsabhängiger Unterstützung des politischen Regimes« (Gabriel u. a. 2015: 154). Die – in Ost und West – Anfang der 1990er Jahre zunächst gesunkene, dann jedoch gestiegene Demokratiezufriedenheit erlaubt drei Interpretationen: a) die wahrgenommene Leistungsfähigkeit des politischen Systems hat zugenommen; b) die Ansprüche an das politische System haben sich verändert; c) eine Mischung aus a und b. Viel spricht für die dritte Sichtweise: Hatten sich zu Beginn der 1990er Jahre Ost- und Westdeutsche vielerorts enttäuscht über den Wiedervereinigungs- und Transformationsprozess (Bewältigung der Wiedervereinigungskosten, grassierende Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Desorientierung und Anomie, Entwertung von Biografien etc.) gezeigt, schlug sich ab den 2000er Jahren das verbesserte Wirtschaftsklima in einer gestiegenen Demokratiezufriedenheit nieder. Hinzu traten die ersten Auswirkungen des Generationenwandels: *Junge* West- und Ostdeutsche weisen hinsichtlich ihrer Einstellungen zur Demokratie (als Idee wie in der Realität) praktisch keine Unterschiede auf – anders als ihre Eltern (vgl. Gabriel u. a. 2015: 156–160). Dieser gesellschaftliche Bedeutungsverlust einer (direkten wie indirekten) DDR-Sozialisation erklärt – zum Teil – auch die Angleichung des Ostens an den Westen; ungeachtet einer gewissen Persistenz von Wertüberzeugungen. Die Zahlen mögen anlässlich der jüngeren gesellschaftspolitischen Entwicklungen zumal im Osten Deutschlands auf den ersten Blick frappieren (z. B. Entstehung von Pegida, Unmut angesichts der »Flüchtlingskrise«, Etablierung der AfD). Allerdings gelten substanzielle Repräsentation und expressives Wahlverhalten als wichtige Prädiktoren der Demokratiezufriedenheit (Ezrow/Xezonakis 2011; Hamlin/Jennings 2011; Reinl/Schäfer 2018; Stecker/Tausendpfund 2016). Das würde bedeuten, dass gerade die Etablierung der AfD zu einer Stabilisierung der Demokratiezufriedenheit beigetragen haben könnte, weil im Nachgang von Bundes- und Landtagswahlen mehr Menschen als zuvor ihre Interessen im Parlament vertreten sahen und weil die Protestwähler unter ihnen das Gefühl hatten, mit ihrer »Denkzettelwahl« etwas bewirkt zu haben.

Abbildung 16 unterstreicht, dass der Ost-West-Vergleich keinerlei größere Binnendifferenzen innerhalb des Ostens oder Westens verdeckt: Die tiefste regionale Kluft verläuft bei der Demokratiezufriedenheit – auch im Jahr 2017 – immer noch zwischen »alten« und »neuen« Bundesländern. Das verweist auf die im Vergleich zu anderen möglichen Ursachen nachhaltige Bedeutung der deutschen Teilung für die aktuelle Demokratiezufriedenheit – sei es wegen auseinandergehender normativer Beurteilungsmaßstäbe, die die meisten Menschen vor der Wiedervereinigung entwickelten (= direkte Effekte), sei es wegen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprobleme, von denen vornehmlich der Osten betroffen war (= indirekte Effekte). Trotz Angleichungspro-

In Prozent

	stimmt gar nicht / stimmt wenig	teils / teils	stimmt ziemlich / stimmt völlig
Hamburg	7,4	24,9	67,7
Bayern	8,8	31,8	59,4
Saarland	9,2	25,7	65,1
Schleswig-Holstein	10,9	27,0	62,1
Mecklenburg-Vorpommern	11,0	35,9	53,1
Rheinland-Pfalz	12,2	26,4	61,4
Baden-Württemberg	12,9	25,2	62,0
Nordrhein-Westfalen	13,0	29,0	58,1
Deutschland gesamt	13,7	29,1	57,3
Bremen	14,3	29,6	56,1
Hessen	14,6	25,2	60,2
Niedersachsen	15,2	22,8	61,9
Berlin	18,0	25,7	56,3
Thüringen	18,4	40,3	41,3
Sachsen-Anhalt	20,1	39,1	40,7
Sachsen	21,9	38,5	39,5
Brandenburg	23,7	37,5	38,8

Abb. 16: Demokratiezufriedenheit in den Bundesländern 2017 (in Prozent)
Quelle: Mannewitz/Vollmann 2019: 44.

zessen gibt es also selbst heute noch einen relevanten Ost-West-Unterschied bei der Demokratiezufriedenheit. So oder so indiziert die gesunkene, gleichwohl beträchtliche Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis aber *nicht unbedingt* ein ernst zu nehmendes Problem. In Verbindung mit der gestiegenen Unterstützung der Demokratie als Idee verweist sie vielmehr auf die Ausbreitung eines Typs politischer Kultur, den die Forschung als »selbstbewusste« (Dalton/Welzel 2014) oder »kritische« (Norris 1999) Bürgerschaft bzw. als »unzufriedene Demokraten« (Klingemann 2014) bezeichnet. Er gilt – da gleichermaßen demokratieaffin und (aufgrund seiner hohen Erwartungen) demokratiekritisch – als »Treiber für politische Reformen« (Mannewitz/Vollmann 2019: 31). Die Konsequenzen der Zunahme dieses Bevölkerungsteils hängen von der Responsivität der Politik ab. Dieser Bevölkerungsanteil in den Bundesländern schwankt, so die Momentaufnahme von 2017, zwischen 2 (Saarland) und 13 Prozent (Bremen) (Mannewitz/Vollmann 2019: 51) und spricht gegen einen klaren Ost-West-Gegensatz. Problematischer als »unzufriedene Demokraten« sind »unzufriedene Demokratieskeptiker«, also die Kombination aus prinzipieller Demokratieablehnung und hoher Demokratieunzufriedenheit. Vergleichsweise viele Menschen mit einem solchen Einstellungsmuster gibt es – Stand 2017 – in Brandenburg (9 Prozent) und Sachsen (8 Prozent); das sind auch jene Länder, in denen die AfD in der jüngeren Vergangenheit besonders erfolgreich abschloss (Mannewitz/Vollmann 2019: 51). Die restlichen Ostländer schneiden deutlich besser ab.

Tabelle 4: Politisches Institutionenvertrauen in Ost und West 1994–2018 (Mittelwerte)

		1994	*2002*	*2008*	*2012*	*2018*
Bundesverfassungsgericht	Ost	2,9	3,5	3,4	3,6	3,7
	West	3,9	3,9	3,9	4,1	4,3
Justiz	Ost	2,5	3,0	2,8	3,2	3,2
	West	3,3	3,2	3,3	3,6	3,7
Bundestag	Ost	2,1	2,5	2,3	2,6	2,8
	West	2,7	2,8	2,8	3,0	3,2
Bundesregierung	Ost	2,2	2,5	2,4	2,7	2,8
	West	2,5	2,6	2,8	2,9	3,1
Parteien	Ost	./.	1,9	1,9	2,0	2,3
	West	./.	2,2	2,2	2,3	2,5

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Allbus 1994–2018 und der Zahlen von Campbell (2019: 80), der die Allbus-Skala (1–7) umgepolt und transformiert hat: 0 entspricht »überhaut keinem Vertrauen«, 6 »sehr großem Vertrauen«. Eigene Berechnungen für 2018 sowie für das Vertrauen in die Parteien: »Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala: 1 bedeutet, dass Sie ihr überhaupt kein Vertrauen entgegenbringen; 7 bedeutet, dass Sie ihr sehr großes Vertrauen entgegenbringen. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung wiederum abstufen. Wie ist das mit dem …«.

»Je konkreter, lebensweltlich fassbarer und unmittelbarer die Ebene der Demokratie, umso mehr nimmt die Unterstützung ab.« (Mannewitz/Vollmann 2019: 45). Das unterstreicht ein Blick auf das Institutionenvertrauen. Drei weitere Aspekte sind hier bemerkenswert: Erstens, im Osten wie im Westen ist das Misstrauen gegenüber allen Institutionen im Zeitverlauf – z.T. diskontinuierlich – geschmolzen. Sie alle stehen heute besser da als vor zwei bzw. zweieinhalb Jahrzehnten. Das verdient vor dem Hintergrund alarmistischer Lamenti über eine politische Vertrauenskrise (siehe jüngst etwa Ackermann 2020; Fratzscher 2020) eigens Aufmerksamkeit. Zweitens, der im Vergleich zum Westen stärkere Vertrauensanstieg im Osten (bei niedrigerem Ausgangsniveau) begründet eine Angleichung des Ostens an den Westen bei fast allen Institutionen – lediglich beim Bundestag haben sich beide Regionen parallel entwickelt. Beide Aspekte deuten auf eine Häufung positiver Erfahrungen mit dem Handeln politischer Führung in den vergangenen Jahrzehnten hin, aber auch auf veränderte Sozialisationen, vorwiegend im Osten. Drittens, »parteienstaatliche« Institutionen (hier: Bundestag, Bundesregierung, Parteien) generieren durchweg geringeres und stärker schwankendes Vertrauen als »rechtsstaatliche« (hier: Bun-

In Prozent

	überhaupt kein / geringes Vertrauen	teils / teils	großes / sehr großes Vertrauen
Saarland	16,1	41,7	42,2
Mecklenburg-Vorpommern	16,6	44,2	39,3
Hamburg	18,0	42,4	39,6
Schleswig-Holstein	18,1	42,8	39,1
Bayern	20,4	44,6	35,0
Rheinland-Pfalz	20,4	47,1	32,5
Baden-Württemberg	21,0	43,2	35,9
Niedersachsen	21,2	40,8	38,0
Deutschland gesamt	21,5	43,2	35,3
Nordrhein-Westfalen	21,9	42,3	35,8
Sachsen-Anhalt	22,3	47,8	29,9
Thüringen	22,3	42,9	34,9
Hessen	23,1	41,6	35,4
Bremen	23,5	38,3	38,2
Sachsen	24,0	45,5	30,5
Berlin	24,4	41,0	34,6
Brandenburg	28,5	44,9	26,6

Abb. 17: Gemitteltes Institutionenvertrauen in den Bundesländern 2017 (in Prozent)
Quelle: Mannewitz/Vollmann 2019: 46.

desverfassungsgericht, Justiz, darüber hinaus: Bundeswehr, Polizei, Verwaltung). Diesen – keineswegs auf Deutschland beschränkten – Befund führt die Literatur u. a. auf die größere tagespolitische Präsenz in den Medien, die stärkere Personalisierung durch Amtsinhaber und die Konfliktträchtigkeit der Aufgaben zurück (siehe u. a. Zmerli 2012, 2016). Für den – hier nicht dokumentierten, aber nachgewiesenen – Vertrauenseinbruch bei Parteien Anfang der 2000er Jahre gelten u. a. die »krisenhaften Entwicklungen in Politik und Arbeitsmarkt während der Zeitspanne von 2002 bis 2005« (Gabriel u. a. 2015: 105) als verantwortlich: v. a. die Einführung von »Hartz IV« und die Überschreitung der Arbeitslosenzahl von fünf Millionen.

In subnationaler Hinsicht gibt es keine größeren Verwerfungen beim Institutionenvertrauen. Es herrscht in allen Ländern ein gesundes Misstrauen (Abb. 17). Ein klarer Ost-West-Unterschied lässt sich kaum belegen – einerseits, weil das generelle Misstrauen (hier allerdings gemittelt über politische Parteien, Gerichte, die Polizei, die jeweiligen Landesregierungen, die jeweiligen Landtage, die Bundesregierung, den Bundestag und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk) nicht bloß im Osten (mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern), sondern darüber hinaus auch z. B. in Bremen und Nordrhein-Westfalen *vergleichsweise* hoch und das Vertrauen wiederum etwa im Saarland, in Mecklenburg-Vorpommern und in Hamburg *vergleichsweise* hoch ausfällt; andererseits, weil die Länder insgesamt recht nahe beieinander liegen.

Abb. 18: Positive Beurteilung der je aktuellen Wirtschaftslage Deutschlands in Ost und West 1990–2020 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Allbus 1990–2018: »Und nun einige Fragen zur wirtschaftlichen Lage (= Formulierung von 1991, 1992, 1996, 2000, 2002, 2006, 2010, 2012). Beginnen wir mit einigen Fragen zur wirtschaftlichen Lage (= Formulierung von 1994, 1998, 2004, 2008, 2014–2018). Benutzen Sie für Ihre Antworten bitte die Liste. Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland?«; 5-stufige Skala von »sehr gut« (1) bis »sehr schlecht« (5). Angegeben sind die kumulierten Werte von »sehr gut« und »gut«. Fehlende Daten wurden linear interpoliert.

Wirtschaft: Das Stimmungsbild zur nationalen wirtschaftlichen Lage steht in engem Zusammenhang mit den ökonomischen Rahmendaten in Deutschland. Deshalb unterliegt diese Einstellung beträchtlichen zyklischen Schwankungen: Durchlief die Volkswirtschaft eine Baisse (wie 1993 und 2003), dauerte es nicht lange, bis sich dies im Meinungsklima niederschlug. Entsprechend spiegeln sich – dem generellen Aufwärtstrend seit Mitte der 2000er Jahre in Ost und West zum Trotz – auch kleinere Flauten auf der Einstellungsebene wider, etwa die Finanzkrise von 2008. Der ARD-Deutschlandtrend deutet auf einen ähnlichen Effekt bei der Corona-Krise von 2020 hin: Nur noch 40 Prozent der Deutschen bewerten die aktuelle Wirtschaftslage als gut oder sehr gut (Ehni 2020). Wegen der Relevanz dieser Einstellung für die Demokratiezufriedenheit, das Institutionenvertrauen und viele weitere politische Orientierungen (vgl. Gabriel u. a. 2015: 111) könnte das politische System – sofern die wirtschaftlichen Folgekosten zunehmen –, beschädigt aus dieser Krise hervorgehen.

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Landes sticht die Nähe zwischen Ost- und Westdeutschen ins Auge. Nennenswerte Unterschiede im Urteil gibt es kaum – sie sind ohne Weiteres mit der Wirtschaftslage vor Ort erklärbar,

Abb. 19: Positive Beurteilung der je aktuellen eigenen Wirtschaftslage in Ost und West 1990–2020 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Allbus 1990–2018: »… Und Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute?«; 5-stufige Skala von »sehr gut« (1) bis »sehr schlecht« (5). Angegeben sind die kumulierten Werte von »sehr gut« und »gut«. Fehlende Daten wurden linear interpoliert.

die für viele als Indikator der nationalen Lage dienen dürfte (vgl. Abold/Wenzel 2005: 228–230). Ein wenig anders sieht es bei der Einschätzung der *eigenen* wirtschaftlichen Situation (Abb. 19) aus. Die Ausgangsniveaus Anfang der 1990er Jahre unterschieden sich – wenig überraschend – enorm voneinander. Bis zum Ende der Dekade verliefen die Einschätzungen z. T. noch gegenläufig – erst seit der Jahrtausendwende entwickeln sie sich nahezu parallel, wobei die Stimmung im Osten durchweg negativer ausfällt. Dass die Einschätzung der privaten wirtschaftlichen Umstände häufig vorteilhafter ausfällt als die der nationalen, ist kein Spezifikum der Allbus-Daten, sondern Allgemeingut in der Demoskopie – v. a. in den »mageren Jahren«: Die Kluft zwischen eigener und nationaler Situation ist bei der Einstellungsmessung dann am größten, wenn die Wirtschaft auch tatsächlich zurückgeht. Erstaunlich und erfreulich zugleich ist der Umstand, dass – von den ersten »Hartz-IV«-Jahren abgesehen – eine Mehrheit der Westdeutschen die eigene Wirtschaftslage durchweg als positiv einschätzt; das trifft zwar auf den Osten so nicht zu, aber die Entwicklung kennt hier zumindest seit knapp zwei Jahrzehnten nur eine Richtung: nach oben. Seit etwa einer Dekade beurteilt überdies wenigstens die Hälfte der Ostdeutschen die eigene Wirtschaftslage als gut oder sehr gut. Daran ändert überraschenderweise auch die Corona-Krise wenig: Obwohl die Wirtschaft durch sie geradezu weggebrochen ist, beurteilen so viele Deutsche wie nie – 80 Prozent – die eigenen wirtschaftlichen Umstände als gut bis sehr gut

	gut/sehr gut	schlecht/sehr schlecht
Schleswig-Holstein	90	10
Baden-Württemberg	89	10
Bayern	88	11
Thüringen	88	11
Mecklenburg-Vorpommern	87	8
Hessen	87	11
Sachsen-Anhalt	86	11
Saarland	86	12
Bremen	86	13
Sachsen	86	14
Brandenburg	85	12
Niedersachsen	85	13
Berlin gesamt	83	16
Nordrhein-Westfalen	82	16
Hamburg	81	19

Abb. 20: Beurteilung der derzeitigen eigenen Wirtschaftslage in den Bundesländern 2017 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Unzicker/Boehnke 2019: »Wie beurteilen Sie Ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage?«; 4-stufige Skala von »sehr gut« (4) bis »sehr schlecht« (1). Fehlende Werte bis 100: »weiß nicht« und »verweigert«.

(Ehni 2020). Dies lässt sich als Argument für das Maßnahmenpaket der Bundesregierung interpretieren.

Wie misslich die ausbleibende systematische Erhebung von Einstellungen auf regionaler Ebene ist, unterstreicht – einmal mehr – der Regionalradar der Bertelsmann-Stiftung von 2017. Er liefert bloß eine Momentaufnahme. Und doch hält er Überraschendes bereit, denn obwohl die Einstellungen in den Bundesländern zur individuellen Wirtschaftssituation überall ähnlich zufriedenstellend aussehen, gibt es Grautöne – und diese verlaufen keineswegs entlang der Ost-West-Grenze. Am schlechtesten beurteilen die Hamburger, die Nordrhein-Westfalen und die Berliner die eigene Lage, am besten die Schleswig-Holsteiner, die Baden-Württemberger und – auf dem gemeinsamen dritten Rang – die Bayern sowie die Thüringer. Mit der tatsächlichen Wirtschaftslage vor Ort ist dieses Klima mithin kaum erklärbar. Der rudimentäre Wissensstand (zum Trend wie zu den Ursachen) stellt ein Desiderat der Einstellungsforschung dar.

Gesellschaft: Für soziale – d. h. auf die Gesellschaft und ihre Teile bezogene – Einstellungen dürfte die Verbreitung von Postmaterialismus eine prägende Rolle spielen. Es handelt sich um ein Wertemuster, das geprägt ist durch die Präferenz für individuelle Selbstverwirklichung und Partizipation, für soziale Anerkennung und Entscheidungsautonomie. Es ist vielen konkreten Meinungen und Einstellungen gewissermaßen vorgeschaltet (Welzel 2009: 126–134)

Abb. 21: Postmaterialismus in Ost und West 1990–2020 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Allbus 1990–2018: »Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Auf dieser Liste finden Sie einige Ziele, die man in der Politik verfolgen kann. Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müssten, welches Ziel erschiene Ihnen persönlich am wichtigsten?« – Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land/Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung/Kampf gegen die steigenden Preise/Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung« – Befragte, die »Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung« und »Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung« für die wichtigsten Ziele halten, werden als »Postmaterialisten« kategorisiert. Fehlende Daten wurden linear interpoliert.

und hat in den vergangenen Jahrzehnten in vielen westlichen Industriegesellschaften konventionelle Präferenzen (»Materialismus«) wie Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Wertehaushalt der Gesellschaft verdrängt und eine »stille Revolution« (Inglehart 1977) begründet, die sich etwa im Aufstieg grüner Parteien, der zunehmenden Protestneigung der Bevölkerung, der steigenden Bedeutung von Klima- und Umweltschutz sowie Nachhaltigkeit, Bürgerbeteiligung und Individualisierung bemerkbar macht. Postmaterialismus gilt darüber hinaus als zentraler Bestandteil eines übergreifenden emanzipatorischen Wertemusters, dessen Priorisierung von Selbstentfaltung an Boden gewinnt (siehe Inglehart/Welzel 2005).

Gemäß der These von der »stillen Revolution« hängt der Postmaterialisten-Anteil einer Gesellschaft von den generellen Sozialisationsbedingungen ab. Der langfristige, jedoch diskontinuierliche Anstieg im Osten (der eine Angleichung an den Westen begründet) spricht demnach insgesamt für eine Verbesserung der Lebenssituation vieler Menschen – sei es durch eine günstigere Wirtschaftslage, durch die gestiegene Arbeitsplatzsicherheit oder die Überwindung der Transformationsprobleme. Auch der Generationenwandel macht sich hier bemerkbar. Das »postmaterialistische Tal« im Westen, das von 1992 bis etwa

Abb. 22: Konservative Geschlechterrollen in Ost und West 1990–2020 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Allbus 1990–2018: »Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir nun zu jeder Aussage auf dieser Liste, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: »Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.«; 4-stufige Skala von »stimme voll und ganz zu« (1) bis »stimme überhaupt nicht zu« (4). Angegeben sind die kumulierten Werte von »stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu«. Fehlende Daten wurden linear interpoliert.

2008 reicht, spricht für eine anhaltende Wirkung der eigenen Wirtschaftslage: »Kurzfristig bessere Lebensbedingungen führen zu zyklischen Schüben in Richtung mehr Postmaterialismus; langfristig bessere Lebensbedingungen führen zu generationalen Verlagerungen in Richtung Postmaterialismus.« (Welzel 2009: 120). Und umgekehrt.

Wenn es einen Aspekt gibt, bei dem eine »Veröstlichung« des Westens stattgefunden hat, dann betrifft er die Vorstellungen vom Verhältnis der Geschlechter zueinander. Die Auffassung, die Frau solle sich zu Hause um Küche und Kind kümmern, vertrat Anfang der 1990er Jahre noch mehr als die Hälfte der Westdeutschen, 2016 war es nur noch ein Viertel. Und auch im Osten ist der Anteil an Menschen mit traditionellem Rollenbild eingebrochen: von 33 auf 14 Prozent. Für die verschiedenen Ausgangsniveaus werden – wenig überraschend – die gesellschaftlich (bzw. politisch) vermittelten Rollenbilder aus der Zeit vor 1989/90 verantwortlich gemacht: Versorgerehe in der Bundesrepublik, Doppelverdienermodell in der DDR. Somit ist eine Ablösung der klassischen Alleinverdienerehe zugunsten emanzipativer Rollenverständnisse zu beobachten. »So gesehen, durchläuft der Westen eine nachholende Modernisierung« (Gabriel u. a. 2015: 95). Der Trend zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Geschlechter ist somit im

Osten und Westen unübersehbar – zumindest auf Einstellungsebene. Er spricht gleichfalls für die Ausbreitung von dem, was Inglehart und Welzel (2005) als »self-expression values« bezeichnen.

3.3 Wie viel »innere Einheit« braucht es?

Wer objektive wie subjektive Indikatoren für das politische, wirtschaftliche und soziale Leben in Deutschland über die vergangenen drei Jahrzehnte hinweg betrachtet, kommt um den Befund einer »neuen Unübersichtlichkeit« kaum herum: Ost und West haben sich – insgesamt betrachtet – in den drei Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung weder zu einem harmonischen Ganzen zusammengefügt, noch haben sich die Lebenswelten kraftvoll voneinander weg bewegt. Stattdessen prägen Vielschichtigkeit und Heterogenität das Bild zu Beginn des vierten Jahrzehnts nach der Wiedervereinigung: Vor allem Annäherungen sind über die Jahre zu beobachten, etwa im Sinne einer »Verwestlichung« des Ostens (z. B. Arbeitslosenquote, Demokratieeinstellungen, Institutionenvertrauen), einer »Veröstlichung« des Westens (z. B. steigende Wählervolatilität, Bedeutungszunahme von Einelternfamilien, schrumpfender Gendergap bei der Erwerbstätigkeit, zunehmend emanzipative Geschlechterrollen im Haushalt) oder einer beiderseitigen Annäherung (z. B. Armutsgefährdung, Verbreitung postmaterialistischer Haltungen). Indes: Die »Verähnlichung« beider Landesteile lässt die These einer Vorbildrolle eines der beiden Landesteile kaum zu – weder im Sinne einer aktiven »Missionierung« noch im Sinne einer »Imitation«. Zwar mögen infolge der staatlichen Einheit, der Globalisierung und der gestiegenen Mobilität gesellschaftspolitische, ökonomische und lebensweltliche Ideen stärker und schneller als zuvor in den jeweils anderen Landesteil diffundiert sein, aber dabei handelt es sich um gesellschaftliche Austausch- und Interaktionsprozesse.

Schließlich ist in vielen Punkten auch schlicht eine Parallelität der Entwicklungen zu konstatieren. Das liegt daran, dass Ost und West häufig von ähnlichen Trends betroffen sind. Sie durchlaufen dieselben Entwicklungen, aufgrund unterschiedlicher Ausgangs- und Rahmenbedingungen, aber auf verschiedenen Niveaus. Das trifft etwa auf die Fragmentierung des Parteiensystems zu: Da es zu Beginn der 1990er Jahre im Osten an Parteibindungen fehlte, die Sozialstruktur sich erheblich von der des Westens unterschied (und mit ihr das Einstellungsgefüge) und mit der PDS eine dezidierte Ostpartei existierte, waren die politischen Ausgangsbedingungen verschieden. Die Bedeutungszunahme der Partei Die Linke (in beiden Landesteilen, im Osten aber stärker) verdankt sich nicht nur einer Strategie der »Westexpansion«, sondern auch gestiegener – v. a. subjektiver – Prekarität in der Wahlbevölkerung hier wie da. Und wiewohl die AfD der Linken in

Teilen den Rang abzulaufen scheint (im Sinne einer neuen Ostpartei; vgl. Ripperger/Giesel 2019), weil sie an spezifisch ostdeutsche objektive Gegebenheiten (z. B. notorisch geringerer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund) und Befindlichkeiten (z. B. Fremdenangst und -feindlichkeit, Misstrauen gegenüber der Demokratie) besonders gut anknüpfen konnte, sitzt sie auch in westdeutschen Landtagen, hat sie auch im Westen Stimmenzuwächse verbuchen können – zuvörderst, weil die »Flüchtlingskrise« als politisches Gelegenheitsfenster hier wie da offenstand. Was schließlich die geringe Parteienbindung angeht, gehörte sie zu den Ausgangsbedingungen im Osten 1990. Im Westen waren zuvor schon die festgefügten Sozialmilieus erodiert, die den Wähler und die Wählerin einst an eine der Parteien banden. Von der dadurch bewirkten Vervielfältigung der Parteienlandschaft ist indes nicht bloß Deutschland betroffen.

Bemerkenswert bei einer Bilanzierung der lebensweltlichen Entwicklungen sind zwei Umstände: Erstens, obwohl es durchaus auch Anzeichen für eine *anhaltend* hohe Ähnlichkeit von Ost und West seit den 1990ern gibt (z. B. generelle politische Dominanz der Union, ähnliche Einschätzung der Konjunktur), fehlt es an solchen, die eine *starke Drift* oder eine *konstant große Verschiedenheit* nahelegen. Bei kaum einem der untersuchten Aspekte bewegen sich die beiden Landesteile voneinander weg (Ausnahme: Stärke der Volksparteien), bei keinem blieben etwaige Anfangsunterschiede unverändert bestehen. Zweitens, vielfach ist ein Verblassen der Kategorien »Ost« und »West« zu beobachten – etwa bei Wahlen (z. B. regionale Stärke der AfD, der Partei Die Linke und der Grünen), auf dem Arbeitsmarkt, bei der Armutsgefährdung und der Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage (jeweils wegen der »Mittellage« ostdeutscher Länder). In vielen Fällen relativiert allein ein Blick auf die Bundesländer vermeintliche Ost-West-Gegensätze. Das führt vielfach zur Einsicht, die relevanten Spaltungslinien verlaufen entlang gänzlich anderer Regionen.

Wie könnte es anders sein? Für die Komplexität der Lage im Jahr 2020 ist das Zusammenspiel unterschiedlicher Kräfte verantwortlich. Zu nennen ist die Überlappung von

- *historischen Vorprägungen* (z. B. variierende Erfahrungshorizonte mit der Demokratie, z. T. sozialistisch-autoritäre Mentalitätsbestände im Osten),
- *sozialstrukturellen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen* (z. B. variierende konfessionelle Bindung und Prägung durch Migration, unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen und Landesregierungen),
- der Exposition *verschiedener Einflüsse* (Erosion sozialer Milieus im Westen, Transformationsproblematik und »Aufbau Ost« im Osten),
- der (z. T. gleichmäßigen, z. T. variierenden) Exposition *identischer Einflüsse* (Globalisierungsdruck, Wertewandel, Individualisierung).

Mit dem Zusammenbruch des zentralen Einheitsstaates DDR fiel überdies ein entscheidender Homogenisierungsfaktor im Osten weg. Der bundesdeutsche Föderalismus ist vor diesem Hintergrund zwar kein »Treiber« der regionalen Heterogenität, aber ein »Ermöglicher« im Sinne einer Voraussetzung. Binnenmigration, eine gemeinsame Medienlandschaft, schließlich die staatliche Einheit als solche wirken als Katalysatoren wechselseitiger Annäherung.

Bei alldem wird ein Defizit zumal bei den subjektiven Indikatoren besonders deutlich: Es fehlt ein systematisch vergleichendes Monitoring zu relevanten politischen Einstellungen auf Bundesländerebene. Abgesehen vom »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« der Bertelsmann-Stiftung, der 2020 seine Fortsetzung fand (siehe Brand u. a. 2020), aber auf ein spezifisches Thema abzielt, gibt es keine komparative Trenderhebung auf subnationaler Ebene. Die diversen »Monitore« einzelner Bundesländer (z. B. Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen) sind dazu wegen unterschiedlicher Themen, Items und Erhebungsverfahren, schließlich auch wegen fehlenden Vergleichsansatzes keine Alternative. Die Topoi »Ost« und »West« büßen zusehends an Relevanz ein. In Verbindung mit der möglicherweise destabilisierenden Wirkung regional konzentrierter politischer Einstellungen – man denke an Sachsen während und nach der »Flüchtlingskrise« (siehe etwa Backes/Kailitz 2020) – sind subnationale Vergleichserhebungen und -analysen künftig unersetzlich.

Das gilt umso mehr, als sie die Kontroverse um Deutschlands »innere Einheit« vom Kopf auf die Füße stellen könnten: Solange die Ost-West-Dichotomie den Diskurs bestimmt, bleibt dieser im *Entweder-Oder* gefangen: »Einheit oder Gegensatz« lauten die Erwartungen gegenüber möglichen lebensweltlichen Entwicklungen. Unzählige Ausformungen regionaler Heterogenität werden dadurch jedoch diskursiv ausgeblendet: tertium datur! Prozesse regionaler Differenzierung relativieren Befürchtungen, die mit einer etwaig ausbleibenden »Verähnlichung« (zumal im Sinne einer »Verwestlichung« des Ostens) einhergehen – sei es, weil sie bestehende Ost-West-Unterschiede ergänzen und überlagern; sei es, weil sie das »Warum?« einer »inneren Einheit« ins Bewusstsein rufen.

»Innere Einheit« in einem umfassenden Sinne ist weder möglich noch wünschbar noch notwendig. Sie ist schlechterdings unmöglich zu erreichen, weil dies ungeheure staatliche Steuerungsmaßnahmen verlangen würde. Sie ist vielfach nicht wünschbar, weil die regionale Vielfalt objektiver wie subjektiver Lebensbedingungen z. T. Ergebnis demokratischer Entscheidungen ist (etwa Wahlen und Abstimmungen). Und sie ist oft auch gar nicht notwendig – Einstellungen zur Demokratie, die als »Fieberthermometer« einer Gesellschaft fungieren, können durchaus regional verschieden ausfallen, solange sie kein kritisches Maß überschreiten. Schließlich geht der Topos »innere Einheit« bisweilen an der eigentlichen Problematik vorbei – etwa beim Blick auf Armutsgefährdungsquoten. Hier wäre eine

»Verähnlichung« der Regionen nur insofern wünschenswert, als dies mit einer allgemeinen Eindämmung der Armutsgefährdung einhergeht. Vor diesem Hintergrund gibt es wenig Grund für das Streben nach umfassender »innerer Einheit«. Die Gleichwertigkeit (nicht: Gleichheit) der Lebensverhältnisse indes ist so ein Grund – nicht zuletzt, weil sie (vermittelt über eine größere Demokratiezufriedenheit) der Demokratiestabilität zugutekäme.

4. Ostdeutsche Repräsentation in den bundesdeutschen Eliten: Realität und Wahrnehmung

4.1 Repräsentation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Die Antwort auf die Frage nach Über-, Unter- oder dem Bevölkerungsanteil entsprechender Repräsentation von Ostdeutschen in der bundesdeutschen Elite gestaltet sich aus mehreren Gründen schwierig. Zum einen, weil sich 30 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht uneingeschränkt von den Ost- bzw. Westdeutschen und auch nicht über die ost- oder westdeutsche Elite sprechen lässt (vgl. Abschnitt 2 dieser Studie). Wer als junger Erwachsener nach dem Fall der Mauer in den jeweils anderen Landesteil abwanderte und dort blieb, hat mehr als die Hälfte seines Lebens in der neuen Heimat verbracht, von der Generation ohne »Teilungs«-Sozialisation und/oder aus deutsch-deutschen Beziehungen ganz abgesehen. Und was gerade für die Frage nach der Herkunft der bundesdeutschen Eliten von besonderer Bedeutung ist: Wie umgehen mit dem »Sonderfall« Berlin – einem Schmelztiegel nicht nur Ost- und Westdeutscher, sondern auch internationaler Austauschbeziehungen mit einem hohen Maß an sozialer Mobilität (Um-, Zu- und Fortzüge), der zudem durch die Fusion von Stadtbezirken wie in Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg eine plausible Ost-West-Unterscheidung kaum möglich macht?

Zum anderen stellt sich die Frage, wen der Begriff der »Elite« (aus dem französischen Wort »élire« für auswählen bzw. auslesen abgeleitet) überhaupt bezeichnet und wer unter ihm zu fassen ist. Die Sozialwissenschaften geben hierauf ganz unterschiedliche Antworten (Thieme 2015a: 55–65). Weithin Konsens besteht in einem allgemeinen Verständnis von Elite als demjenigen Personenkreis, der an der Spitze der sozialen Hierarchie steht. In der Praxis existieren indes ganz unterschiedliche Vorstellungen – wenn von Bildungs-, Geld-, Leistungs- und Werteeliten die Rede ist. Zudem lässt sich eine enge Auffassung von Elite als einer kleinen Gruppe in politischen Schlüsselpositionen (Machtelite) und ein weites Verständnis von Elite als den führenden Repräsentanten in Politik, Wirtschaft, Verwal-

tung, Justiz, Wissenschaft, Militär, Medien, Kunst und Kultur (Funktionseliten) differenzieren. Zwangsläufig hängt die Bewertung vom jeweiligen Maßstab ab, weswegen manche Beurteilungen der deutschen Elitensituation weit auseinanderlaufen. So sahen einige Betrachter in der doppelt ostdeutschen Exekutive Gauck und Merkel eine ausgeprägte Überrepräsentation des Ostens. Wer hingegen den Pluralismus verschiedener Elitenbereiche abbilden will, wird zu einem anderen Ergebnis der Repräsentationsverhältnisse kommen.

All diese Einschränkungen verlangen nach Konzessionen. 1) Um die Verschiebungen der ost- und westdeutschen Bevölkerungsgröße im Zeitverlauf auszugleichen und einen stabilen Maßstab anlegen zu können, wird der ostdeutsche Anteil durchgängig auf ein Sechstel der Gesamtbevölkerung in Prozent gemittelt und gerundet (16,7 Prozent).[5] 2) Als ostdeutsch gilt, wer sowohl eine primäre (Familie) als auch eine sekundäre (soziales Umfeld) ostdeutsche Sozialisation erfahren hat.[6] 3) Um ein differenziertes Bild für verschiedene Elitenbereiche aufzeigen zu können, wird ein weites Verständnis von Eliten als denjenigen Personen angelegt, die über die einflussreichsten Positionen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur verfügen.

Ein Überblick der Toppositionen über die verschiedenen Elitenbereiche hinweg zeigt ein klares Bild: Zum einen sind Ostdeutsche nach wie vor deutlich unterrepräsentiert, zum anderen hat sich der geringe Anteil an Führungskräften in Spitzenämtern in den vergangenen 30 Jahren kaum verändert. So befanden sich nach einer Zusammenstellung Raj Kollmorgens unter den 4.000 Schlüsselpositionen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien, Militär, Justiz, Wissenschaft und Gesellschaft (Verbände, Vereine, Kirchen und Kultur) im Jahr 2016 nur etwa 6 bis 8 Prozent Ostdeutsche – im Jahr 1995 waren es 5 bis 7 Prozent. Die »Topelite« (350 Personen) bestand 2012 gerade einmal zu 2,8 Prozent aus Ostdeutschen (Tabelle 5). Nach den Erhebungen der Potsdamer Elitenstudie liegt der Anteil höher – und zwar bei konstant 13 bis 15 Prozent, was in etwa dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entspricht. Die Diskrepanz kommt durch die stärkere Gewichtung der politischen Elite zustande, in der Ostdeutsche weniger stark un-

5 Die Autoren einer von der Deutschen Gesellschaft e.V. im Jahr 2017 herausgegebenen Studie über die ostdeutschen Eliten gehen von einem durchschnittlichen Anteil von 17 Prozent aus, der jedoch aufgrund der Bevölkerungsabnahme im Osten bei gleichbleibender Population im Westen weiter gesunken ist. Vgl. Kollmorgen 2017: 45.

6 Die Zuordnung als Ostdeutsche folgt dem Vorschlag von Raj Kollmorgen: Als solche gelten alle, die in der DDR geboren wurden und dort mindestens bis zum 14. Lebensjahr aufwuchsen, sowie alle nach dem 3.10.1990 in den neuen Bundesländern und Ostberlin Geborenen und im Wesentlichen dort Aufgewachsenen mit Eltern, die 1989 Bürger der DDR waren. Westdeutsche, die nach 1989 in die östlichen Bundesländer zogen, aber auch deren Kinder, selbst wenn sie Teile ihrer Jugend in den neuen Bundesländern verbrachten, zählen demgemäß nicht dazu. Für Kinder aus deutsch-deutschen Beziehungen ist der Lebensmittelpunkt ausschlaggebend. Vgl. Kollmorgen 2020.

terrepräsentiert sind als in Wissenschaft und Wirtschaft, zumal wenn die landespolitische Ebene einbezogen wird (vgl. Kollmorgen 2017: 56f.).

Tabelle 5: Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten (in Prozent)

Erhebung/Studie Elitenebene	*1990/91*	*1995*	*2007*	*2012/16*
Top Elite	–	–	–	2,8 (2012)
Elite insgesamt (Top Elite und 2. Ebene) – Sample auf Basis der Potsdamer Studie	–	13,5	14,3	ca. 13–15 (2007/2012)
Elite insgesamt (Top Elite und 2. Ebene) – eigenes Sample	–	ca. 5–7	ca. 6–8	ca. 6–8 (2016)

Quelle: Kollmorgen 2017: 57.

Tatsächlich legt ein differenzierter Blick auf die verschiedenen Teileliten große Unterschiede der ostdeutschen Repräsentation offen. Zur Politik: Eine Studie der Universität Leipzig im Auftrag des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) zeigt, dass zumindest im Osten auch mehrheitlich Ostdeutsche »das Sagen« haben (vgl. Bluhm/Jacobs 2016: 9f.). 70 Prozent der Kabinettsmitglieder in ostdeutschen Landesregierungen kamen im Jahr 2016 aus den östlichen Bundesländern (35 von 50), im Jahr 2004 waren es allerdings 75 Prozent (39 von 52) gewesen. Bezieht man die Ebene der Staatssekretäre ein, zeigt der Trend jedoch eine Zunahme an ostdeutschen Spitzenkräften. Hatten – anders als auf der Ministerebene – hier im Jahr 2004 mit 74 Prozent (35 von 47) die Westdeutschen deutlich dominiert, waren es zwölf Jahre später nur noch 54 Prozent. Der Trend zu mehr Einheimischen zeigt sich nicht zuletzt an der Spitze der Landesregierungen. War das Verhältnis von ost- und westdeutschen Ministerpräsidenten in den 1990er Jahren durch prominente »Importe« wie Kurt Biedenkopf und Bernhard Vogel in etwa ausgeglichen, blieben in den vergangenen 15 Jahren Westdeutsche wie Erwin Sellering in Mecklenburg-Vorpommern (2008–2017) und Bodo Ramelow in Thüringen (seit 2014) Ausnahmen. Die besseren und verbesserten Aufstiegschancen von Ostdeutschen dürften maßgeblich die Erwartungen vieler Wähler von Spitzenpolitikern mit Regionalbezug und damit verbundener Landeskompetenz widerspiegeln.

Allerdings: Ostdeutsche spielen in der Bundesregierung bis heute eine untergeordnete, in den westdeutschen Landesregierungen überhaupt keine Rolle. Gab es während der Kanzlerschaft Helmut Kohls zumindest partiell die Bereitschaft, den Gedanken der deutschen Vereinigung auch in politischen Spitzenämtern zu spiegeln, wenngleich nicht in Schlüsselressorts (Tabelle 6), war unter Gerhard Schröder der »Quoten-Ossi« gelebte Praxis. Erst in der Ära Merkel wurden Ostdeutsche in der Bundesregierung sichtbarer, zuvörderst an deren Spitze. Im Ka-

binett Merkel III waren bis zum Wechsel Manuela Schwesigs in die Staatskanzlei nach Schwerin erstmalig drei Ostdeutsche Teil der Regierung, was dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil nahezu entsprach. Auf der Ebene der parlamentarischen Staatssekretäre sieht es umgekehrt aus – hier hat sich der Anteil von 2004 (18 Prozent bzw. fünf Personen) bis 2016 (3 Prozent bzw. eine Person) deutlich verringert (vgl. Bluhm/Jacobs 2016: 11). Bemerkenswert zudem: Bei neun von insgesamt zwölf ostdeutschen Regierungsmitgliedern seit 1990 handelt es sich um Ministerinnen – was sich so oder so deuten lässt. Positiv ausgedrückt ließen sich bessere Karrierechancen im Osten für Frauen mit einem moderneren Rollen- und Geschlechterverständnis erklären. Negativ gewendet könnte hinter dem Typus »Ossifrau« das Kalkül der Parteien stehen, gleich zwei Proporzregelungen »abzuräumen«.

Tabelle 6: Ostdeutsche Mitglieder in der Bundesregierung seit 1990 (sämtliche Mitglieder, auch bei Wechseln während der Legislaturperiode)

Kabinett	*Ostdeutsche Mitglieder*	*Anteil (in Prozent)*
Kohl IV (1990–1994)	Günther Krause Angela Merkel	6,3
Kohl V (1994–1998)	Angela Merkel	5,0
Schröder I (1998–2002)	Christine Bergmann	4,5
Schröder II (2002–2005)	Manfred Stolpe	6,7
Merkel I (2005–2009)	Angela Merkel Wolfgang Tiefensee	10,5
Merkel II (2009–2013)	Angela Merkel Johanna Wanka	9,1
Merkel III (2013–2018)	Angela Merkel Manuela Schwesig Johanna Wanka	13,6
Merkel IV (seit 2018)	Angela Merkel Franziska Giffey	11,1

Quelle: Eigene Darstellung nach Deutscher Bundestag 2019.

Zur Wirtschaft: Viel stärker als in der Politik spiegelt sich die Unterrepräsentation von Ostdeutschen in anderen Elitenbereichen wider – in Massenmedien, Justiz und Wissenschaft, v. a. aber in wirtschaftlichen Spitzenfunktionen. Das Ungleichgewicht von ostdeutschen Spitzenpolitikern auf der einen Seite und westdeutschen Topmanagern auf der anderen bezeichnet Kollmorgen (2017: 59) als »sek-

torale Asymmetrien«, aus denen möglicherweise »ernsthafte funktionale Defizite in der transsektoralen Elitenkommunikation« resultieren – wenn ostdeutsche Politiker mit westdeutschen Managern zu diskutieren und zu verhandeln haben. Das Paradebeispiel der ökonomischen Topelite wurde vielfach zitiert (vgl. o. A. 2019, Neuscheler 2018, Menzig/Richter 2019): Kein einziges Dax-Unternehmen hat seinen Sitz im Osten, kein Vorstandsvorsitzender hat eine DDR-Biografie und nur vier von 193 Vorstandspositionen (1,6 Prozent) haben Ostdeutsche inne. Ein Trend zu nennenswert mehr Repräsentation ist angesichts des extrem niedrigen Niveaus auf der Topebene nicht erkennbar.

Anders sieht es aus, wenn die »zweite Reihe« von wirtschaftlichen Führungspositionen und speziell die ostdeutschen Unternehmen einbezogen werden. Hier lässt sich eine Erhöhung des Anteils ostdeutscher Spitzenkräfte bei zugleich anhaltender Dominanz von Westdeutschen feststellen. So hat sich in den 100 umsatzstärksten ostdeutschen Firmen der Anteil von ostdeutschen Unternehmensleitern von 20 Prozent (2004) auf 25 Prozent (2016) erhöht. Unter Berücksichtigung der Stellvertreterebene ergibt sich ein Zuwachs des Anteils an der ostdeutschen Wirtschaftselite von 35 auf 39 Prozent (Tabelle 7). Zugleich sind Ostdeutsche selbst in Ostdeutschland in den Chefetagen regionaler Unternehmen noch immer in der Minderheit.

*Tabelle 7: Anteil Ostdeutscher an ausgewählten Elitenbereichen in Ostdeutschland (in Prozent; * = Schätzungen)*

Sektor	*1994/95*	*2004*	*2015/16*
Wirtschaft	–	35	39
Medien	20*	31	28
Justiz	1–3*	3	6
Verwaltung	3–5*	26	46
Wissenschaft	15*	15*	19

Quelle: Eigene Darstellung nach Kollmorgen 2020: 308.

Zur Gesellschaft: Hier treten die sektoralen Asymmetrien bei der Elitenrepräsentation am deutlichsten zutage. Auf der einen Seite stehen massive Ungleichheiten zwischen Ost und West: 2018 bzw. 2019 (je nach Erhebungszeitpunkt) gab es keinen einzigen ostdeutschen Chefredakteur einer überregionalen Tages- oder Wochenzeitung, keinen Universitätsrektor, niemanden in der höchsten militärischen Funktionsebene und nur einen ostdeutschen Bundesrichter. Die Wahl Ines Hertels am 3. Juli 2020 war die erste einer Ostdeutschen zur Bundesverfassungsrichterin. Und mit der Neuberufung von Gesine Grande (Brandenburgi-

sche TU) und Enrico Schleiff (Goethe-Universität Frankfurt a. M.) stehen 2020 erstmals seit vier Jahren wieder Ostdeutsche an der Spitze staatlicher Universitäten. Insgesamt sind wie bei den Führungskräften von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sowie bei Universitätsprofessoren (5–10 Prozent) Ostdeutsche jedoch nach wie vor stark unterrepräsentiert. Nicht einmal im Osten dominieren die Ostdeutschen – in allen zentralen gesellschaftlichen Elitenbereichen befinden sie sich in der Minderheit, freilich bei Unterschieden im Ausmaß und der Entwicklungsdynamik (Tabelle 7). Vor allem in Justiz und Wissenschaft klafft zwischen Ost- und Westdeutschen noch immer eine massive Repräsentationslücke, wenn auch die Unterschiede kleiner werden.

Auf der anderen Seite existieren Elitenbereiche, in denen die ostdeutsche Unterrepräsentation deutlich weniger ins Gewicht fällt – hier sind v. a. die Spitzenkräfte in der ostdeutschen Verwaltung und mit einigen Abstrichen in den Chefetagen der regionalen Medien, des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie den Landesmedienanstalten herauszustellen. So hat sich im Osten der Anteil in der öffentlichen Verwaltung im Zeitraum von 1995 bis 2015/16 von weniger als 5 Prozent auf knapp die Hälfte der Führungskräfte fast verzehnfacht; im Mediensektor ist es immerhin fast ein Drittel, wenn auch jüngst wieder mit abnehmender Tendenz. Zwei Grundlinien der unterschiedlichen Repräsentationsgrade je Elitenbereich lassen sich herausstellen: Zum einen fällt in einigen Feldern der staatlichen Eliten (Politik, Verwaltung, öffentlich-rechtliche Medien) das Ostdefizit weniger stark aus als in der Privatwirtschaft. Zum anderen sind Ostdeutsche auf jenen Schlüsselpositionen eher vertreten, bei denen eine spezifisch ostdeutsche Verankerung und Expertise notwendig ist bzw. erwartet wird – z. B. auf der landespolitischen Ebene, in den Verwaltungen der Bundesländer oder in den regionalen Medien.

Was bisher von den Sozialwissenschaften nicht untersucht wurde, ist die Frage nach der Sichtbarkeit und damit nach dem Einfluss ostdeutscher Intellektueller in den öffentlichen Debatten und Kontroversen der Bundesrepublik. Ungeachtet einer Vielzahl von Begriffsverständnissen – als Fremd- oder Selbstbezeichnung, in affirmativer wie in pejorativer Hinsicht oder je nach Wissenschaftsdisziplin – lassen sich Menschen als »Intellektuelle« bezeichnen, »die wissenschaftlich, künstlerisch, religiös, literarisch oder journalistisch tätig sind, dort Kompetenzen erworben haben und qualitativ ausgewiesen sind und die in die öffentlichen Auseinandersetzungen und Diskurse kritisch oder affirmativ intervenieren und Position beziehen« (Möbius 2006: 42). Oder wie es der Publizist Alexander Kissler (2016) im Editorial des Cicero-Intellektuellenrankings 2017 prägnant formuliert: »Intellektuelle sind Menschen, die vor Publikum vernehmbar denken«. Wie stark vernehmbar sind nach diesem Verständnis die Denker des Ostens?

Für die Beantwortung der Frage bietet der Blick auf die seit 2006 in unregelmäßigen Abständen (zuletzt 2019) von der Zeitschrift *Cicero* erstellte Liste zu

Tabelle 8: Anteil Ost- und Westdeutscher unter den 100 wichtigsten deutschsprachigen Intellektuellen ohne gebürtige Österreicher und Schweizer (in Prozent; absolute Zahlen in Klammern)

Jahr	Ostdeutsche	Westdeutsche
2006	14,0 (13)	86,0 (80)
2007	12,9 (12)	87,1 (81)
2012	9,3 (8)	90,7 (78)
2017	5,8 (5)	94,2 (81)
2019	8,0 (7)	92,0 (80)

Quelle: Eigene Darstellung nach Cicero, verschiedene Ausgaben (2006–2019).

den »500 wichtigsten Intellektuellen« im deutschsprachigen Raum einen lohnenden Anhaltspunkt. An der Methodik des Rankings lässt sich Kritik üben – misst die Anzahl der Zitationen der Intellektuellen tatsächlich deren Einfluss oder nicht eher die Reaktion auf schrille und provokante Thesen (Thilo Sarrazin und Uwe Tellkamp)? Ein Indiz für die (Un-)Sichtbarkeit ostdeutscher Meinungsmacher ist die Liste allemal. Wer wie in Tabelle 8 dargestellt die Herkunft der 100 führenden Intellektuellen beleuchtet, wird drei Trends erkennen. Zum ersten lässt sich wie in allen anderen gesellschaftlichen Elitenbereichen eine fortwährende Unterrepräsentation der Ostdeutschen feststellen. In keinem einzigen Untersuchungsjahr lag die Quote nahe oder über dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil, obschon die Repräsentationslücke bei den ersten beiden Ausgaben des Rankings in den Jahren 2006 und 2007 minimal ausfiel. Auch darin zeigt sich, zum zweiten, dass die Kluft zwischen ost- und westdeutschen Meinungsführern nicht geringer, sondern sogar größer geworden ist. Im Jahr 2017 gehörten gerade einmal fünf nach Kollmorgen als Ostdeutsche definierte Personen zu den 100 wichtigsten Intellektuellen: der bereits 1976 nach Westdeutschland ausgebürgerte Liedermacher Wolf Biermann (Platz 30), der Lyriker Durs Grünbein (40), die Schriftsteller Christoph Hein (45) und Ingo Schulze (90) sowie der Theaterintendant Frank Castorf (98). Letztgenannter war 2019 nicht mehr vertreten; stattdessen kamen die Schriftsteller Uwe Tellkamp (68) und Marion Maron (72) sowie der Wissenschaftspublizist Gerald Hüther – der als 29. am besten platzierte Ostdeutsche. Hüther lebt und wirkt wie Biermann seit seiner Flucht aus der DDR Ende der 1970er Jahre jedoch seit mehr als 40 Jahren im Westen und kann daher nur begrenzt als Sprachrohr ostdeutscher Belange gelten. Zum dritten zeigen die Platzierungen der ostdeutschen Intellektuellen, dass sich an der Spitze fast ausschließlich Westdeutsche befinden. Lediglich Wolf Biermann gehörte auf Platz acht (2006) einmal zu den ersten zehn; die Schriftstellerin Christa Wolf zählte bis zu ihrem Tod 2011 in den ersten beiden Ausgaben des Rankings zu den führenden 20 Intellektuellen (2006 und 2007). Vor allem die

im Prozess der Friedlichen Revolution und Wiedervereinigung laut vernehmbaren politischen Intellektuellen wie Richard Schröder, Jens Reich und Friedrich Schorlemmer gehören, anders als noch in den 2000er Jahren, mittlerweile nicht mehr zu den 100 führenden Geistesgrößen der Bundesrepublik.

4.2 Einstellungen zur und Folgen der mangelnden Repräsentation von Ostdeutschen

Die Ostdeutschen sind in den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten massiv unterrepräsentiert. Was sind mögliche Ursachen hierfür, was etwaige Konsequenzen? Obwohl systematische Erhebungen zu Meinungen, Einstellungen, Bewertungen und Wahrnehmungen der Ost- (aber auch der West-) Deutschen zu diesem Problem bislang noch fehlen (vgl. Kollmorgen u. a. 2020), gestattet die Umfrageforschung der vergangenen Jahre punktuell Einblicke in mögliche einstellungsbezogene Ursachen und Konsequenzen der Unterrepräsentation. Dabei erstaunen die Parallelen, die zwischen Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund auftauchen – nicht nur hinsichtlich der Einkommensstruktur und ihrer Stereotypisierung durch Westdeutsche (vgl. Foroutan u. a. 2019: 12–19), sondern auch mit Blick auf die Wahrnehmung, Bürger zweiter Klasse zu sein. Ostdeutsche sehen sich selbst (35 Prozent) wie auch Muslime (34 Prozent) ähnlich benachteiligt; Westdeutsche hingegen erkennen die Ungleichbehandlung von Muslimen (36 Prozent) in stärkerer Weise an als die von Ostdeutschen (18 Prozent) (Abb. 23).

Zugleich vollzieht sich seit der Wiedervereinigung ein leichter Wandel. Obwohl es skeptisch stimmen mag, wenn Ostdeutsche auch drei Dekaden nach der Wiedervereinigung der Auffassung sind, ihnen werde soziale Anerkennung versagt, vertraten 1990 noch fast neun von zehn Befragten diese Ansicht. Dieses Gefühl sprach – zumindest Ende der 1990er Jahre – v. a. für den Eindruck einer subjektiven ökonomischen Benachteiligung und Frust über die strukturellen Hinterlassenschaften der DDR bzw. der deutsch-deutschen Teilung (vgl. Walz/Brunner 1998: 119f.). Als einer der stärksten Faktoren trat seinerzeit die Zustimmung zur Aussage hervor, Ostdeutsche seien am Arbeitsmarkt benachteiligt. Wiewohl vergleichbare Studien jüngeren Datums fehlen, liegt es nahe, dass heute noch ähnliche Faktoren das Gefühl beeinflussen, Bürger zweiter Klasse zu sein.

Die Wahrnehmung von Disparitäten setzt sich in ähnlicher Weise beim Zugang zu gesellschaftlichen Positionen fort, der ja eigentlich unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion usw. sein sollte: Etwa ein Drittel der Ostdeutschen glaubt, hier benachteiligt zu werden (38 Prozent). Mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Ostdeutschen sieht dieses Problem auch gegenüber Muslimen (Abb. 25). In Westdeutschland geht die Kluft weiter auseinander: Hier hält zwar auch jeder Zweite

Tendenzielle Zustimmung zur Aussage:
Muslime Ostdeutsche
„... werden wie Bürger zweiter Klasse behandelt.“
%
100 90 80 70 60 50 40 30 20 10 0
36,4 18,2 33,8 35,3
in Westdeutschland in Ostdeutschland

Abb. 23: Wahrnehmung als Bürger zweiter Klasse – Muslime und Ostdeutsche

Daten sind gewichtet. Ohne muslimische Befragte. Ohne »Weiß nicht/Keine Antwort«. »Weiß-nicht-/Keine-Antwort«-Quoten in Westdeutschland für Split Muslime = 5,4 %, Split Ostdeutsche = 5,6 %; in Ostdeutschland Split Muslime = 11,6 %, Split Ostdeutsche = 4,9 %.

Quelle: Eigene Darstellung nach Foroutan u. a. 2019: 22.

Zustimmung in Prozent
100 90 80 70 60 50 40 30 20 10 0
87 84 81 78 74 69 74 80 76 71 73 80 74 74 74 57
1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020

Abb. 24: Wahrnehmung der Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse 1990–2020 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung nach diversen Daten von EMNID, Der Spiegel, 22.7.1991, RP online, 2.10.2006 u. a.; fehlende Daten wurden linear interpoliert.

Tendenzielle Zustimmung zur Aussage:
Muslime Ostdeutsche
„... haben nicht den gleichen Zugang zu Positionen."

%
100
90
80
70
60
50
40
30
20
10
0

52,3
18,6
54,1
37,3

in Westdeutschland
in Ostdeutschland

Abb. 25: Wahrnehmung von Ungleichheit beim Zugang zu gesellschaftlichen Positionen

Daten sind gewichtet. Ohne muslimische Befragte. Ohne »Weiß nicht/Keine Antwort«. »Weiß-nicht-/Keine-Antwort«-Quoten in Westdeutschland für Split Muslime = 10,5 %, Split Ostdeutsche = 11,9 %; in Ostdeutschland Split Muslime = 15,9 %, Split Ostdeutsche = 11,3 %.

Quelle: In Anlehnung an Foroutan u. a. 2019: 24.

die Muslime für benachteiligt (52 Prozent), aber nur jeder Fünfte die Ostdeutschen (19 Prozent). Erklärt allein diese ungleiche Perzeption bzw. Sensibilität womöglich einen Teil der Unterrepräsentation von Ostdeutschen (aber auch Muslimen als zentraler migrantischer Gruppe) in den bedeutsamen gesellschaftlichen Eliten?

Mangelnde Sensibilität seitens derer, die privilegierten Zugang zu gesellschaftlichen Schlüsselpositionen haben, mag ein Faktor unter vielen sein. Ein anderer: Mit Blick auf Muslime hätten 54 Prozent der Ost- und 52 Prozent der Westdeutschen ein schlechtes Gefühl, wenn diese in wichtige Führungspositionen auf dem Arbeitsmarkt kämen. Derlei Einstellungen wären umso problematischer, sollten sie sich just bei jenen häufen, die Elitenpositionen zu vergeben haben – und das sind in aller Regel die Eliten selbst, weil sie ihren Nachwuchs meist selbst rekrutieren. Leider fehlen hierzu genauere Aufschlüsselungen.

Was überrascht: 10 Prozent der Westdeutschen sowie 8 Prozent (!) der Ostdeutschen äußern dasselbe Gefühl der Statusbedrohung, wenn sie danach gefragt werden, was sie davon halten, wenn mehr Ostdeutsche in Führungspositionen kämen (vgl. Foroutan u. a. 2019: 28). Stehen sich folglich die Ostdeutschen selbst im Wege? Wofür spricht die Aufstiegsabwehr bei einem Teil von ihnen gegenüber der eigenen Gruppe?

Tendenzielle Zustimmung zur Aussage:
Muslime Ostdeutsche
„… haben nicht den gleichen Zugang zu Positionen."
%
100
90
80
70
60
50
40
30
20
10
0
52,3
18,6
54,1
37,3
in Westdeutschland
in Ostdeutschland

Abb. 26: Aufstiegsabwehr gegenüber Ostdeutschen und Muslimen

Daten sind gewichtet. Ohne muslimische Befragte. Ohne »Weiß nicht/Keine Antwort«. »Weiß-nicht-/Keine-Antwort«-Quoten in Westdeutschland für Split Muslime = 4,2 %, Split Ostdeutsche = 2,9 %; in Ostdeutschland Split Muslime = 4,4 %, Split Ostdeutsche = 2,2 %.

Quelle: Eigene Darstellung nach Foroutan u. a. 2019: 28.

Daneben führt die Elitenforschung weitere – ostdeutsche – kulturelle Spezifika als Ursachen für die Unterrepräsentation an:

»Dazu (gehören) ein den Ostdeutschen fremd- oder selbstzugeschriebenes Verliererstigma, das zu einem bescheidenen bzw. wenig selbstbewussten Auftreten führt und mit einem durchsetzungsstarken Elitenhabitus raumnehmender Sprache und Gesten (…) unvereinbar sei. Auch wird vermutet, dass die Erfahrungen des radikalen Umbruchs 1989/90 unter den Ostdeutschen eher Lebensentwürfe hervorgerufen haben, die Sicherheit vor Karriere betonen. Verstärkt würde diese Orientierung durch ein gleichzeitig weit verbreitetes Elitenmisstrauen unter Ostdeutschen, die solche Positionen nicht als anstrebenswertes Ziel erscheinen lassen« (Vogel 2020).

In der Tat geben die stärkere Verbreitung materialistischer Wertemuster sowie das geringere politische Institutionenvertrauen im Osten einer solchen Interpretation Nahrung. Allein: Empirische Überprüfungen dieser – durchaus plausiblen – Vermutungen stehen derzeit noch aus. Dasselbe gilt für die einstellungsbezogenen Konsequenzen der Unterrepräsentation in Eliten. So »legen sowohl eine naive identitätspolitische aber auch eine repräsentationstheoretisch verfeinerte Lesart nahe, dass die personelle Unterrepräsentation der Ostdeutschen ein politisches Problem ist, das als Erklärungsfaktor für die in Ostdeutschland verbreitete kollektive Depri-

vation und darüber vermittelt für die geringere Demokratiezufriedenheit dort in Betracht zu ziehen ist« (Vogel 2020). Zudem ist bei einer Reihe von Faktoren auf der Einstellungsebene nicht ausgemacht, ob sie eher Ursache oder Folge der ostdeutschen Unterrepräsentation unter den Eliten sind (sofern auf Individualebene überhaupt eine Korrelation vorliegt): etwa Vorstellungen von sozialer Mobilität, die Neigung zu politischer Teilhabe oder Einstellungen zur politischen Selbstwirksamkeit. Sind Ostdeutsche deswegen politisch weniger aktiv als Westdeutsche, weil sie aufgrund ihrer geringen Repräsentation resignieren – oder ist ihre Unterrepräsentation in den Eliten Ausdruck ihrer stärkeren Passivität? Sind Ostdeutsche Einkommens- und Prestigeunterschieden als Leistungsanreiz deswegen weniger zugeneigt, weil sie spüren, dass sie es trotz Anstrengung in der Praxis nur selten in die Eliten schaffen – oder streben sie nicht in Elitenpositionen, weil sie die damit verbundene soziale Differenzierung ablehnen? Halten Ostdeutsche die Politik u. a. deswegen für weniger responsiv als die Westdeutschen, weil sie kaum ihresgleichen in politischen Führungspositionen kennen – oder machen sie einen Bogen um derartige Posten, weil sie mit ihnen nichts Gutes verbinden?

4.3 Eliten »zweiter Klasse«?

Der Zusammenbruch der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 gingen mit dem »radikalen Austausch der Führungsschichten« einher (Geißler 2014: 148). Die alte Monopolelite wurde fast vollständig durch westdeutsche Spitzenkräfte ersetzt, was mit Ausnahme weniger Bereiche wie den Kirchen und z. T. der Wissenschaft zu einer massiven Unterrepräsentation der ostdeutschen Eliten führte. Dieser Elitentransfer hat drei maßgebliche Gründe:

1) Ein Teil der Spitzenfunktionäre (z. B. in der Justiz, den Medien und beim Militär) war aufgrund der Verstrickungen in das Herrschaftssystem der SED-Diktatur aus politischen Gründen diskreditiert und kam für Top-Positionen daher nicht in Frage.
2) In manchen Sektoren (z. B. Wirtschaft und Verwaltung) fehlte den ostdeutschen Eliten die spezifische Sachkompetenz.
3) Durch die fortdauernde Abwanderung von überwiegend jungen, hochqualifizierten und zudem regimekritischen Menschen (»Braindrain«) aus der DDR in Richtung Westen entstand während der deutschen Teilung nur in Ansätzen eine politische und intellektuelle ostdeutsche Gegenelite.

Gab es nach 1990 also offenbar gute Gründe für die »Westimporte« in Richtung Osten, erklärt dies jedoch nicht die auch 30 Jahre später klaffende Repräsentationslücke von Ostdeutschen an der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie. Zwar gibt es sektorale Unterschiede – so ist die Repräsentation in der Politik und in be-

stimmten staatlichen Elitenbereichen geringer als in der Privatwirtschaft – und es gibt Differenzen bei den Alterskohorten, wie das zunehmende Vorrücken von Ostdeutschen auf Professuren (vgl. Höltschi 2019) oder die Liste der Wochenzeitung *Die Zeit* zu den »100 wichtigsten jungen Ostdeutschen« zeigt (vgl. Machowecz u. a. 2019). Umgekehrt ist der Osten in so gut wie keinem Elitenbereich entsprechend seinem Bevölkerungsanteil vertreten, oder die Zahlen sind in manchen Bereichen, so bei den führenden Intellektuellen, sogar rückläufig. Die vielfältigen Ursachen der Unterrepräsentation sind von den Sozialwissenschaften breit herausgearbeitet worden, ohne eine Quantifizierung der Einflussfaktoren. Dazu zählen:

1) Nachwuchs- bzw. Elitenrekrutierung vollzieht sich häufig innerhalb informeller Netzwerke und nach gleichförmigen Mustern wie sozialem Status, biografischen Hintergründen und gemeinsamen Interessen. Überspitzt formuliert: Man bleibt unter sich und unterstützt seines- bzw. ihresgleichen – Männer fördern Männer, Juristen fördern Juristen, DGF-Stipendiaten fördern DFG-Stipendiaten und eben Westdeutsche (eher) Westdeutsche. Das passiert z. T. bewusst, vielfach aber sicher unbewusst, weil Menschen eher Personen akzeptieren, die ihnen ähnlich sind.
2) Da vielfach junge Westdeutsche nach der Wiedervereinigung Karriere machten, sind zahlreiche Toppositionen noch immer »blockiert«, gleichwohl die Pensionierung der »Aufbauhelferkohorte« bereits im Gange ist.
3) Umgekehrt waren gerade bei institutionalisierten Laufbahnordnungen wie in der Verwaltung oder beim Militär für lange Zeit Ostdeutsche ohne »DDR-Ballast« noch zu jung. Wer 1990 im Alter von 14 Jahren (durch Konfirmation oder Jugendweihe) in den Kreis der Erwachsenen aufgenommen wurde, ist erst jetzt 30 Jahre nach der Wiedervereinigung im besten Karrierealter. Das Aufrücken ostdeutscher Spitzenkräfte, das Zeit braucht, erklärt manche Kohortenunterschiede zwischen wenig älteren und vermehrt jüngeren Ostdeutschen und lässt auf eine zukünftig stärkere ostdeutsche Repräsentation hoffen.
4) Zudem sind 30 Jahre nach der Einheit noch immer ausgeprägte Mentalitätsunterschiede spürbar – den Ostdeutschen fehlt es an Meinungsstärke, Ellenbogen und dem »Stallgeruch der Macht« (Kollmorgen 2020). Aber auch unterschiedlich starke Präferenzen bestimmter Werthaltungen bremsen Aufstiegsambitionen – viele Ostdeutsche ziehen eine sichere berufliche Perspektive einem risikoreichen Karriereweg vor.

Die fehlende Sicht- und Hörbarkeit von ostdeutschen Eliten in den zentralen gesellschaftspolitischen Debatten birgt eine Reihe von Gefahren – für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit für die Legitimation des demokratischen Gemeinwesens ebenso wie für die mentale Verfasstheit vieler Menschen im Osten. Zuletzt erschienene Buchtitel, ihrerseits »Seismografen einer gesellschaft-

lichen Stimmung und eines ostdeutschen Selbstbewusstseins« (Bechtel 2020: 12) wie »Integriert doch erstmal uns!« (Köpping 2018) oder »Wer wir sind: Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein« (Hensel/Engler 2018) zeigen die Diskrepanz der subjektiven Lebenswahrnehmungen in Ost und West an. Im Einzelnen sind dies:

1) Die Unterrepräsentation ostdeutscher Eliten und damit einhergehend die unzureichende Interessenvertretung ostdeutscher Belange ist möglicherweise ein Faktor für die schwächere Legitimation des demokratischen Systems im Osten. Das führt zu Kommunikationslücken und Entfremdungen – zwischen »denen da oben« und Bevölkerung; ebenso wie zwischen Ost- und Westdeutschen.
2) Die gefühlte Bedeutungslosigkeit verstärkt somit möglicherweise die soziale und politische Passivität der Ostdeutschen (»es interessiert doch sowie niemanden …«), es fördert das Misstrauen in die Demokratie, ihre Institutionen und Repräsentanten und steigert nicht zuletzt die generelle Ablehnung oder gar Feindschaft gegenüber der Politik und der Gesellschaft.
3) Das geringe ostdeutsche Selbstwertgefühl wie die Wahrnehmung »Bürger zweiter Klasse«, beides Folgen der mangelnden Elitenrepräsentation, werden ihrerseits zu Ursachen der Repräsentationslücke, wenn der Glaube an die eigenen Aufstiegschancen fehlt und eine ostdeutsche Diskriminierung bei der Auswahl von Spitzenpositionen vermutet wird (selbsterfüllende Prophezeiung).

Wer die Schieflage der unzureichenden Repräsentation ostdeutscher Akteure und Belange beseitigen will, muss folgende Gratwanderung meistern: einerseits in aller Deutlichkeit die genuinen ostdeutschen Erfahrungen und Spezifika im öffentlichen Diskurs zu thematisieren, ohne jedoch andererseits neue Trennlinien und Diskriminierungen zu befördern. Was sich tun ließe:

1) Nach dem Ende des Jubiläumsjahres 2020 darf das Thema Ost-West-Repräsentation nicht aus der öffentlichen Diskussion verschwinden – im Gegenteil: Politik, Medien und Wissenschaft sollten statt Momentaufnahmen zu zeichnen kontinuierlich die ostdeutsche Eliten-Entwicklung sowie ihre Wahrnehmung in der Gesellschaft auf den Prüfstand stellen und sich ebenso kritisch wie transparent mit den Befunden auseinandersetzen.
2) Mit Vorsicht sind Überlegungen zu einer »Ost-Quote« anzustellen. Den berechtigten Vorteilen (Selbstrekrutierung verhindern, Repräsentanz und Gehör für bestimmte marginalisierte Gruppen bzw. Positionen fördern) stehen ebenso plausible Bedenken gegenüber (die Freiheitsbeschränkungen bei der Auswahl von Personen; Schaffung neuer Ungerechtigkeiten). Die Durchmischung von ost- und westdeutscher Bevölkerung (siehe Abschnitt 2) macht eine zweifelsfreie Zuordnung mit zeitlichem Fortlauf ohnehin zunehmend schwieriger.
3) Stattdessen ließen sich Programme intensivieren, mit deren Hilfe den Ostdeutschen bessere Aufstiegschancen ermöglicht würden: durch die Förderung

des Wissens- und Erfahrungsaustauschs von Ost- und Westdeutschen, die regionale Ansiedlung von Führungsakademien, Spezialausbildungen und Exzellenzclustern, die Verstärkung von Mentoringprogrammen speziell für Ostdeutsche sowie die finanzielle Unterstützung von potenziellen Spitzenkräften.
4) Wie überall: Der Schlüssel von Integration liegt in der Bildung. Manche im Osten stärker als im Westen ausgeprägte soziale Notlage sollte durch Bildungsangebote kompensiert werden, ohne jedoch die sozialen Benachteiligungen anderswo (Brennpunkte im Westen, migrantische Problemlagen) außer Acht zu lassen.
5) Doch nicht nur der Bildungszugang, sondern auch die Bildungsinhalte können die Bedürfnisse vieler Ostdeutscher nach einer verstärkten Wahrnehmung unterstützen – in diese Richtung gehen beispielsweise Jana Hensels kluge Gedanken zur Etablierung einer »Infrastruktur für ostdeutsches Wissen und Denken« (Hensel 2019).

Zur Wahrheit gehört jedoch auch: Von einer erhöhten Elitenrepräsentation der Ostdeutschen dürfen keine Wunderdinge erwartet werden. Nicht jede Not im Osten wird sich dadurch wenden lassen, nicht jeder wird sich dadurch besser repräsentiert fühlen und mehr Vertrauen in das gesellschaftspolitische System der Bundesrepublik aufbauen und nicht überall werden sich Deprivationserfahrungen und der Mangel an Selbstbewusstsein auflösen. Zudem besteht die Gefahr, dass mehr Eliten aus Ostdeutschland zwar die Schieflage zwischen den beiden Landesteilen mindern, sich jedoch neue Gräben im Osten vertiefen – zwischen »oben« und »unten«, »Gewinnern« und »Verlierern«. Aus der erhöhten Repräsentation können auch Nachteile erwachsen: wenn die Leute nämlich merken, dass sich dadurch für sie im Alltag gar nicht so viel verändert – man denke an die Einbindung der Bevölkerung an Runden Tischen bei lokalen Bauprojekten. Die Bevölkerung wird zwar »mitgenommen«, d. h. aber nicht, dass alle Interessen auch berücksichtigt werden (können). Eine Folge könnte Frust sein – und er verstärkt wiederum das Misstrauen gegenüber der Politik. Hier ist Fingerspitzengefühl gefragt.

5. Neue Herausforderungen – Gefühlte Unsicherheiten?

5.1 Betroffenheit durch Globalisierung, Mobilität, Klimawandel und Individualisierung

Globalisierung, zunehmende Mobilität, Klimawandel und die Individualisierung zählen zu den zentralen Herausforderungen nicht nur der deutschen Gesellschaft. Zudem sind nicht alle Landesteile gleichmäßig von allen Entwicklungen betroffen:

Die Dynamiken und Geschwindigkeiten unterscheiden sich bisweilen beträchtlich. Und da die einzelnen lebensweltlichen Erfahrungen zugleich prägend auf die Einstellungsebene wirken, sind entsprechend differenzierte Wahrnehmungsmuster anzunehmen. Kurz gesagt: Vor welchen neuen Herausforderungen steht Deutschland, und wie ist die Gesellschaft mental auf diese Proben vorbereitet?

Kaum ein Begriff wird zur Beschreibung und Erklärung des gegenwärtigen tiefgreifenden und beschleunigten sozialen Wandels so häufig verwendet wie der der Globalisierung (vgl. Bernauer u. a. 2015: 562). Zugleich besteht wenig Einigkeit darüber, was darunter überhaupt zu verstehen ist. Dies hängt zuvörderst mit der Vielgestaltigkeit von Globalisierungsprozessen zusammen. Sie umfassen nicht nur die Wirtschaft, wiewohl die immer intensiveren internationalen ökonomischen Verflechtungen (grenzüberschreitende Waren- und Dienstleistungsströme, Investitionen, Personal- und Wissenstransfer) einen hohen Stellenwert besitzen, sondern sie sind auch eng mit den gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekten verflochten. Diesem weiten Verständnis folgend, lässt sich Globalisierung definieren als Vorgang der zunehmenden Entgrenzung und Vernetzung von Staaten in nahezu allen relevanten gesellschaftlichen Teilbereichen, der hin zu einer Weltgesellschaft führt (vgl. Huinink/Schröder 2019: 260).

Um Globalisierung und damit die Frage nach Gewinnern und Verlierern solcher Entwicklungsprozesse zu messen, bietet sich eine Vielzahl von Indikatoren an: die Außenhandels- und Direktinvestitionsquote der Wirtschaft; das grenzüberschreitende Kommunikationsverhalten und Verkehrsaufkommen im Sozialen; das Mitwirken eines Landes in internationalen Organisationen sowie die Aktivität ausländischer Nichtregierungsorganisationen im Politischen. Im innerdeutschen Regionalvergleich Ost und West bzw. zwischen den Bundesländern fehlt es allerdings zumeist an entsprechenden Datengrundlagen. Der folgende kursorische Blick beschränkt sich daher auf die Faktoren Außenhandel, Internetverfügbarkeit und Verkehrsbelastung.

Deutschland gehört mit seinem Handelsbilanzüberschuss zu den Gewinnern der Globalisierung. Vor allem Regionen mit stark exportorientierten Branchen wie der Automobilindustrie, dem Maschinenbau und der Hochtechnologie profitieren von der Ausweitung potenzieller Warenströme und Absatzmärkte. Die Zuwächse in der Wirtschaft gehen mit höheren Löhnen, mehr Handel und mehr Investitionen im Baugewerbe und in die soziale Infrastruktur einher. Allerdings ist das Exportvolumen regional unterschiedlich verteilt. Von Leuchttürmen wie Leipzig, Jena und Dresden einmal abgesehen, hinkt der Osten hinterher. Der Anteil der fünf östlichen Bundesländer (ohne Berlin) am Gesamtexport der Bundesrepublik lag im Jahr 2018 mit 7 Prozent nicht einmal halb so hoch, wie es dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entspräche. Knapp die Hälfte davon entfiel auf Sachsen (3,1 Prozent). Der Freistaat liegt damit auch beim Export der Bundeslän-

Export der Bundesländer 2018
pro Kopf, in 1 000 EUR

Bremen
Hamburg
Baden-Württemberg
Saarland
Rheinland-Pfalz
Bayern
Nordrhein-Westfalen
Niedersachsen
Hessen
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen
Brandenburg
Mecklenburg-Vorpommern
Berlin
Deutschland 16
0 10 20 30 40

Abb. 27: Pro-Kopf-Export der Bundesländer 2018 (in 1.000 Euro)
Quelle: Statistisches Bundesamt 2019c.

der pro Kopf an der Spitze des Ostens, im Vergleich mit den westlichen Ländern jedoch nur vor Schleswig-Holstein sowie vor dem Sonderfall Berlin (Abb. 27).

Doch während die starke internationale Verflechtung durch mehr Export einem Teil der deutschen Wirtschaft nutzt, sind andere Branchen durch die Konkurrenz billigerer ausländischer Importe bedroht (vgl. Bollmann/Kloepfer 2018). Davon sind v. a. Regionen mit einem hohen Anteil von Unternehmen im einfachen produzierenden Gewerbe betroffen, die aufgrund des hohen Lohnniveaus in Deutschland international kaum konkurrenzfähig sind, was zu Arbeitsplatzver-

Abb. 28: Breitbandverfügbarkeit in Deutschland (≥ 16 Mbit/s)

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2019a: 43.

lusten und Standortverlagerungen führt. Doch »Verliererbranchen« und »Verliererregionen« gibt es ebenso wie Nutznießer der Globalisierung »hüben wie drüben« – sei es die Schwerindustrie im Ruhrgebiet oder in Mitteldeutschland, sei es die Textilindustrie (Bayern, hier Oberpfalz/Hof und Sachsen) oder die Spielzeug- und die Elektrobranche (Franken und Thüringen). Zugleich dürfte der Osten durch seine geringere Exportquote von solchen Standortnachteilen im besonderen Maße betroffen sein.

Wie gut sind die deutschen Regionen auf die Herausforderungen der Globalisierung im Bereich der Kommunikationstechnologie gewappnet? Die Rede vom »digitalen Entwicklungsland« mag eine Polemik sein – doch mit Blick auf den flächendeckenden Breitbandausbau gibt es hierzulande in der Tat noch viele weiße Flecken auf der Internetlandkarte. Die Grafik aus dem aktuellen Breitbandatlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zeigt einerseits diesen Nachholbedarf, andererseits deutliche regionale Disparitäten (Abb. 28). Unabhängig von den Technologiearten und der Breitbandleistung ist die flächendeckende Verfügbarkeit vor allem in dicht besiedelten Gegenden Standard, während sie im ländlichen Raum vielerorts fehlt. Und da die Bevölkerungsdichte im Osten insgesamt niedriger ist als im Westen, sind die Lücken der Netzabdeckung hier entsprechend größer. Was aus betriebswirtschaftlicher Sicht der Netzbetreiber plausibel sein mag – zu hohe Investitions- und Erschließungskosten für zu wenige Menschen –, ist es aus sozialer Sicht nicht. Die Förderung flächendeckender Breitbandtechnologie sollte deswegen prioritär sein und bleiben. Denn wenn ein Teil der Gesellschaft an den sich rasant verändernden Kommunikationsgewohnheiten nicht teilhat, wachsen die globalisierungsbedingten Gräben zwischen Gewinnern und Verlierern der Entwicklung weiter, was wiederum auf der Einstellungsebene eher das Gefühl des Auseinanderdriftens statt das der Festigung des sozialen Zusammenhalts vermitteln dürfte.

Auch die Bereiche Klimawandel und Verkehrsmobilität haben sich in den vergangenen Jahren stark dynamisiert. Durch die weltweite Erderwärmung und ihre Negativfolgen verstärkte sich das Interesse am Thema Umwelt- und Klimaschutz massiv. In Umfragen wird es regelmäßig als eines der wichtigsten politischen Themen genannt; vielfach begleitet von lautstarken Klimaprotesten auf der Straße. Zwar betreffen die globalen Herausforderungen des Klimawandels Ost wie West, Nord wie Süd gleichermaßen – jedoch unterscheiden sich die Regionen in ihren Voraussetzungen, wie sich der mit dem Klimawandel verbundene Strukturwandel bewältigen lässt. Hier sind zwei zentrale Bereiche zu nennen: zum einen der generelle Umstieg auf erneuerbare Energien zur Verringerung der Treibhausgasemissionen; und damit verbunden zum anderen der Übergang zur Elektromobilität als Grundlage eines klimafreundlichen und nachhaltigen Verkehrssystems.

Abb. 29: Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung in den Bundesländern 2017 (in Prozent)

Quelle: Agentur für Erneuerbare Energien 2019.

Wer den Stand der Energiewende in Deutschland bilanziert, wird andere Disparitäten feststellen als einen Ost-West-Gegensatz – nämlich den zwischen Stadtstaaten und eher ländlich geprägten Bundesländern, zwischen Norden und Süden sowie zwischen Regionen mit Abbaugebieten fossiler Energieträger und ohne. Festgemacht am Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung, stehen die beiden Ostländer Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen symptomatisch für beträchtliche regionale Unterschiede (Abb. 29) – zum einen wegen

unterschiedlicher naturräumlicher Voraussetzungen, zum anderen wegen variierender Bevölkerungsdichte und Größenunterschieden bei den Flächen für erneuerbare Energieanlagen abseits von Wohnregionen. Mecklenburg-Vorpommern lag im Jahr 2017 mit einem Anteil von 71,9 Prozent an regenerativen Energien an der deutschen Spitze – in Sachsen mit seinem Braunkohlerevier in der Lausitz waren es dagegen gerade einmal 13,5 Prozent. Und nicht anders sieht es im Westen aus – Schleswig-Holstein (69,3) und Niedersachsen (45,3) auf der einen Seite, Nordrhein-Westfalen (10,8) und das Saarland (19,2) auf der anderen.

Durch den Atom- (bis Ende 2022) und Kohleausstieg (bis Ende 2038) werden sich zudem die Gewichte von Stromimporteuren und -exporteuren in Deutschland weiter verschieben. Bereits heute zeigt der Stromaustauschsaldo zwischen den Ländern massive Ungleichgewichte – die bevölkerungsreichen Industrieregionen im Süden (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen) sind auf die Einfuhr des Energieüberschusses aus dem Norden (Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern) angewiesen (vgl. AEE 2019). Die Energiewende als Voraussetzung für die Klimawende steht folglich nicht nur vor der Herausforderung des Ausbaus erneuerbarer Energien, sondern auch vor der des Transits. Konflikte mit der Bevölkerung, aber auch Fragen des Naturschutzes werden folglich in geografisch zentral gelegenen Landesteilen Deutschlands wie in Hessen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Nordbayern eine größere Rolle spielen als in Grenzregionen. Auch in dieser Frage dominieren jedoch spezifische Problemlagen einen Ost-West-Gegensatz.

Das sieht mit Blick auf die Fortschritte der Verkehrswende anders aus. Zwar sind beide Landesteile gegenwärtig noch weit von den angestrebten Anteilen der Elektroautos an allen Kraftfahrzeugen entfernt – von den bis 2030 von der Politik anvisierten zehn Millionen Elektroautos waren Anfang 2019 gerade einmal 83.175 zugelassen; von 300.000 Ladepunkten standen 17.400. Indes zeigt das insgesamt geringe Ausmaß deutliche regionale Unterschiede. Mit Ausnahme des kleinen Saarlands weisen alle fünf östlichen Flächenländer den niedrigsten Anteil an elektrisch betriebenen Autos pro 100.000 Pkw auf (Abb. 30). So liegt der Anteil in Sachsen-Anhalt (71) fast viermal niedriger als beim Spitzenreiter Hamburg (281), aber auch in den östlichen Freistaaten und »Autoländern« Sachsen (113) und Thüringen (100) ist er nicht einmal halb so hoch wie beim gemeinsamen Nachbarn Bayern (252). Neben anhaltenden Vermögens- und Einkommensunterschieden, die eine kleinere potenzielle Käuferklientel im Osten erklären, dürfte auch das geringere Problembewusstsein für Klima- und Umweltfragen eine Rolle spielen (vgl. Abschnitt 5.2).

Doch nicht nur die Herausforderungen der Verkehrswende, sondern auch die der allgemeinen Verkehrsbelastung als eine zentrale Facette von Umweltverschmutzung betrifft die deutschen Regionen gleichermaßen, allerdings mit un-

Abb. 30: Anteil Elektroautos pro 100.000 Personenkraftwagen am 1.1.2019
Quelle: Kraftfahrtbundesamt 2019, eigene Berechnung und Darstellung.

terschiedlicher räumlicher Intensität. Die zunehmende Trennung von Wohnen und Arbeiten, die Zersiedelung ganzer Landstriche, die partielle Erosion von Infrastruktur, schließlich auch die soziale Segregation haben zu neuen Mobilitätsherausforderungen für die Gesellschaft geführt: Arbeits- und Freizeitwege sind über die Jahre im Schnitt länger geworden, allerdings wegen der heterogenen Infrastruktur in ungleichem Maß, denn urbane Räume sind anders betroffen als rurale – Überlastung einerseits, Unterversorgung andererseits.

Das betrifft den Personen- und Güterverkehr gleichermaßen, und dies hat exogene wie endogene Ursachen. Vor allem die Globalisierung hat massive Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen auf dem Luft-, Wasser- und Landweg. Bundesweit hat sich die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke (DTV) seit 1990 um mehr als 20 Prozent erhöht, seit 1960 sogar fast verfünffacht. Im Jahr 2017 erreichte sie mit durchschnittlich 51.800 Pkw pro Zählstelle innerhalb von 24 Stunden auf Autobahnen einen Rekordwert (Abb. 31). Noch deutlicher fällt der Zuwachs des Schwerlastverkehrs aus. Hier erhöhte sich die Gesamtfahrleistung von Lkw im Zeitraum von 1991 bis 2018 um 66 Prozent (vgl. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2019b: 150). Für den Zeitraum bis 2030 wird zudem eine starke Zunahme des Güter- und Personenverkehrs erwartet. Der Güterverkehr soll laut der Prognose um durchschnittlich 38 Prozent wachsen, was sowohl den Binnen- (um 31 Prozent) als auch den grenzüberschreitenden Verkehr betrifft (um 42 Prozent). Für das Lkw-Aufkommen rechnen Experten mit einer Steigerung von 39 Prozent (vgl. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2020).

Kraftfahrzeuge pro 24 Stunden auf deutschen Autobahnen

60.000
50.000
40.000
30.000
20.000
10.000
0

1960 1970 1980 1990 2000 2012 2013 2014 2015 2016 2017

Abb. 31: Kraftfahrzeuge pro 24 Stunden auf deutschen Autobahnen[7]

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2019b.

Dazu kommt die verstärkte räumliche Mobilität von Personen durch die Parallelität zweier wesentlicher innergesellschaftlicher Prozesse: des Bevölkerungsrückgangs und der Individualisierung. Zum einen geht mit einer rückläufigen Einwohner*innenzahl der Wegfall an sozialer Infrastruktur einher. So sinkt die Zahl der Schulen, Krankenhäuser, Betriebe, Supermärkte und Polizeidienststellen sowie der Bahn- und Busverbindungen. Weitere Wege auf der Straße sind die Konsequenz. Obwohl Ost und West von »Landflucht« und »Boomstädten« gleichermaßen geprägt sind, trifft die Ausdünnung die überalternden Abwanderungsgegenden des Ostens im besonderen Maße. Zum anderen führt die wachsende Segregation sozialer Milieus zu einer fortschreitenden »Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz« (Salzmann 2020: 139) und somit zu längeren Pendler*innenwegen.[8] Abbildung 32 zeigt, wie sich die Länge des Arbeitsweges im bundesdeutschen Durchschnitt von 8,7 Kilometer im Jahr 2000 bis zum Höchststand von 10,5 Kilometer im Jahr 2014 entwickelt hat (aktuellere Daten für Gesamtdeutschland existieren nicht). Damit einher geht ein höherer Zeitaufwand. Im Jahr 2016 benötigten laut Datenreport 2018 des Statistischen Bundesamtes 27 Prozent der Erwerbstätigen für den einfachen Arbeitsweg mehr als 30 Minuten, 2004 waren es 23 Prozent. Vor allem aber stieg der Anteil der Berufspendler an allen Beschäf-

7 Gemessen wird die durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke (DTV) mit an Zählstellen auf Autobahnen in ganz Deutschland gemessenen KFZ je 24 Stunden.

8 Statistisch zählen Pendler*innen als Personen, deren Arbeitsort außerhalb ihrer Wohngemeinde liegt.

Abb. 32: Mittlere Pendeldistanzen zwischen Wohnsitz und Arbeitsplatz (in Kilometern)
Quelle: Dauth/Haller 2018.

tigten stark an: um zwölf Prozent im Zeitraum von 2004 bis 2016. Insgesamt liegt die Pendler*innenquote in Deutschland bei 60 Prozent (Datenreport 2018: 163–165). Im Osten dürften Zeit, Weg und Personenanteil nach wie vor höher liegen als im Westen, sind doch die Pendlerströme in Richtung Westen auch 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung nicht versiegt. Im Gegenteil: Seit einigen Jahren nimmt der Anteil der Ost-West-Pendler*innen sogar wieder zu, was außer mit der allgemeinen Beschäftigungssituation zuvörderst mit der anhaltenden innerdeutschen Lohnungleichheit zusammenhängt (Ulrich 2020: 1).

Die oben angedeutete Individualisierung der Gesellschaft ist geprägt durch ein Abschmelzen gesellschaftlicher Großgruppen (z. B. aktive Kirchgänger*innen oder gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer*innen) und die Entstehung neuer »sozialer Milieus« – also Gruppen Gleichgesinnter, die einander als ähnlich empfinden, ähnliche kulturelle Wertorientierungen haben, ihre Umwelt in ähnlicher Weise interpretieren sowie gestalten und sich dadurch von Menschen anderer sozialer Milieus unterscheiden (vgl. Müller 2012: 176f.). Dieser Prozess ist durch Ungleichzeitigkeiten geprägt: »Alte« Milieus schrumpfen zwar, aber weniger schnell, als neue Milieus hinzukommen, was mit einer Pluralisierung bzw. Heterogenisierung der Gesellschaft einhergeht –, v. a. in den oberen sozialen Schichten, die es sich eher leisten können, alteingesessene Bindungen zu lösen und den eigenen Lebensweg zu reflektieren (Abb. 33). Und wenn die Individualisierungsintensität mit den sozialen Lagen zusammenhängt, sind wiederum

Abb. 33: Soziale Milieus in Deutschland

Quelle: Sinus-Institut 2021.

Ungleichzeitigkeiten zwischen Ost und West die Folge. Zwar haben sich seit 2010 die gesamtdeutschen Milieustrukturen angenähert – der Soziologe Michael Hofmann spricht »von einem einheitlichen deutschen Sozialraum« (Hofmann 2020). Zugleich sind Ostdeutsche in den traditionellen Lebenswelten und den unteren sozialen Milieus noch immer überrepräsentiert, während bürgerliche Mitte, liberale, sozial-ökologische und expeditive Lebenswelten schwächer ausgeprägt sind als im Westen. Gitta Scheller sieht darin eine durch die sozialistische Vergangenheit gebrochene Individualisierung, die den Heterogenitätsvorsprung des Westens erklärt (Scheller 2015: 342).

Unabhängig von Ost und West ist die Folge der wachsenden Anzahl sozialer Milieus eine wachsende soziale Segregation, weil Menschen eher zu Gleichgesinnten ziehen. Viele Vorteile dieses Prozesses wie soziale Aufstiegschancen, der Zugewinn an individueller Entscheidungsfreiheit und gutnachbarschaftlichen Beziehungen unter »Seinesgleichen« sind allerdings überschattet: Viele nehmen Multioptionalität nicht als Chance, sondern als Überforderung wahr – als Gefahr des individuellen Scheiterns (beruflich, politisch, privat), was mit einer zunehmenden Unübersichtlichkeit und Komplexität im Privatleben einhergeht – mit Folgen auf der Einstellungsebene?

Abb. 34: Globalisierung als individuelle Chance oder Risiko? Einstellungen in den Bundesländern 2017 (Mittelwerte)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Unzicker/Boehnke 2019: »Sehen Sie die Globalisierung für sich persönlich eher als Bedrohung oder als Chance? Auf einer Skala von 0 bis 10, bei der 0 für Bedrohung und 10 für Chance steht, wo würden Sie sich verorten?«

5.2 Einstellungen zu Globalisierung, Mobilität, Klimawandel und Individualisierung

Die Vermutung liegt nahe, die Einstellungsmuster könnten entlang der – stark vereinfachenden – Grenze zwischen jenen verlaufen, die der britische Journalist David Goodhart (2017) als »Somewheres« und »Anywheres« bezeichnete.[9] Die einen: vielfach abgehängte, weniger gebildete Sesshafte, wohnhaft meist in den »Verliererregionen« der Globalisierung. Die anderen: intellektuelle, mobile, kosmopolitische Globalisierungsgewinner aus den urbanen Zentren. Wiewohl er stark vereinfacht (u. a. weil häufig die »Inbetweens« außer Acht gelassen werden), trägt dieser Konflikt, den Wolfgang Merkel (2017) mittlerweile gar als Cleavage zwischen Kommunitaristen und Kosmopoliten bezeichnet, einen Teil zur Erklärung bei, worauf die gesellschaftliche Polarisierung zurückzuführen ist und warum neue politische Kräfte, allen voran die AfD, an Boden gewinnen. Stimmte Goodharts These, müssten sich skeptische, pessimistische und kritische Stimmen gegenüber den genannten Herausforderungen im Osten, zumal in den abgehängten Regionen mehren, weil es diese Gegenden sind, in denen v. a. »Somewheres« leben.

9 Vgl. für eine empirische Untersuchung des Zusammenhangs zu migrationsbezogenen Einstellungen Pickel/Pickel 2018.

	Bevölkerung insgesamt	Umdenken über Mobilität notwendig
Es gibt zu viele Staus	82 %	83 %
Durch den Verkehr sind die Innenstädte überlastet	77 %	83 %
Die Luftverschmutzung durch den Verkehr ist zu groß	64 %	79 %
Der Verkehr verursacht eine hohe Lärmbelastung	62 %	66 %
Die Straßen und Brücken werden durch das Ausmaß des Verkehrs zu stark belastet	60 %	63 %
Die Belastungen für das Klima, die Erderwärmung	56 %	70 %
Es werden zu viele nicht nachwachsende Rohstoffe wie Öl und Gas verbraucht	52 %	67 %
Es gibt zu viele Unfälle	50 %	49 %

© IfD Allensbach im Auftrag von acatech

Abb. 35: Mobilitätsprobleme aus Sicht der Bevölkerung

Quelle: Köcher 2019: »Nun zur Mobilität, also wie die Menschen heute unterwegs sind und wie Waren und Güterheute transportiert werden: Was sind in Ihren Augen die größten Probleme, die dadurch verursacht werden?«

Leider gibt es keine regionale Längsschnittanalyse, die über die Befindlichkeiten der Menschen aufklärt. Aber wir wissen aufgrund u. a. der Eurobarometer-Daten (vgl. Europäische Kommission 2019), wie Ost- und Westdeutsche etwa zur Globalisierung stehen. Nach ihrer Meinung gefragt, fallen Westdeutschen vielfach zuerst die damit einhergehenden Export- und Investitionschancen (12 Prozent), die Langfristigkeit der Globalisierung (12 Prozent) und die schwere Kontrollierbarkeit durch die Regierungen (12 Prozent) ein. Skeptischer dagegen die Ostdeutschen: Die Globalisierung nütze v. a. Großunternehmen (15 Prozent), zerstöre aber Arbeitsplätze, unsere Lebensweise und die Umwelt (13 Prozent) – Export- und Investitionschancen stehen erst an dritter Stelle (12 Prozent). Zugleich assoziieren insgesamt rund zwei Drittel der West- (68 Prozent) *und* Ostdeutschen (66 Prozent) etwas Positives mit dem Begriff »Globalisierung«.

Erst wenn es um die persönlichen Folgen der Globalisierung geht, tun sich zwischen den Bundesländern Unterschiede auf – sie sind aber nicht gravierend. Zu den optimistischsten Regionen gehören Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Hamburg, zu den pessimistischsten Brandenburg, das Saarland und Sachsen (vgl. Unzicker/Boehnke: 185). Hierin spiegelt sich weder ein klarer Ost-West-Gegensatz wider noch einer zwischen prosperierenden und abgehängten Regionen. Es ist auch keine Kluft zwischen export- und eher inlandsorientierten Ländern: Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise weist 2019 eine Exportquote von bloß 15,5 Prozent auf, der südliche Nachbar Brandenburg eine minimal höhere von 17,9 Prozent (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2020). Bei beiden unterscheiden sich die Meinungen zur Globalisierung aber erheblich. Und wäh-

Mir ist besonders wichtig,	
dass ich möglichst flexibel und unabhängig bin	82 %
dass ich verlässlich bzw. planbar unterwegs bin	71 %
dass ich möglichst sicher unterwegs bin	68 %
dass ich möglichst schnell ankomme	66 %
dass es möglichst wenig kostet	54 %
dass ich möglichst angenehm, komfortabel unterwegs bin	45 %
dass ich mich bewege bzw. an der frischen Luft bin	40 %
dass es nicht voll ist, ich nicht unter vielen Menschen bin	31 %
dass ich möglichst umweltfreundlich unterwegs bin	30 %
dass ich etwas nebenher machen kann, z. B. arbeiten oder lesen	11 %

© IfD Allensbach im Auftrag von acatech

Abb. 36: Prioritäten der eigenen Mobilität (in Prozent)

Quelle: Köcher 2019: »Wenn es um Ihre eigene Mobilität geht, also wie Sie in der Regel unterwegs sind: Was ist Ihnen da besonders wichtig? Was von dieser Liste würden Sie nennen?«

rend das Saarland mit einer Exportquote von 42,1 und Hamburg mit einer Exportquote von 43,4 Prozent eindeutig zu den Globalisierungsgewinnern gehören, gehen die Einstellungen in der Bevölkerung beider Länder auseinander. Objektive Faktoren scheinen jedenfalls für die Einstellungen zur Globalisierung nachrangig zu sein.

Unabhängig von Ost und West: Die Einstellungen zum Klimawandel und -schutz sowie die Ansichten zur individuellen Mobilität stehen in einem beträchtlichen Spannungsverhältnis zueinander; widersprechen sich sogar teilweise. Das wichtigste Verkehrsmittel ist für die Deutschen nach wie vor das Auto – etwa zwei Drittel (65 Prozent) nutzen es an mindestens 100 Tagen im Jahr; danach folgen der ÖPNV (24 Prozent), das eigene Fahrrad (18 Prozent) und die Bahn (8 Prozent) (vgl. ADAC 2019). Zugleich zählt für die Deutschen neben der angespannten Verkehrssituation und der Sicherheit die Umweltbelastung zu den größten Mobilitätsproblemen (vgl. Abb. 36 und ADAC 2019) – allesamt Herausforderungen, die v. a. im Straßen-, weniger im Schienenverkehr auftauchen.
Diese Herausforderungen dürften sich noch verschärfen, als die Mehrheit der Pkw-Besitzer*innen bzw. -Fahrer*innen sich gerade nicht vorstellen kann, auf das eigene Auto zu verzichten – v. a. aufgrund der mit ihm verbundenen Flexibilität, Planbarkeit, (gefühlten) Sicherheit, Schnelligkeit und Kosteneffizienz (vgl. Abb. 36). Vor diesem Hintergrund sind Einstellungen gegenüber einzelnen verkehrspolitischen Maßnahmen mit Vorsicht zu genießen: Dass 89 Prozent sich für einen Ausbau von Bus und Bahn im ländlichen Raum aussprechen, 86 Prozent den Infrastrukturausbau für alternative Kraftstoffe gut fänden und 84 Prozent mehr Fahrradwege unterstützen würden (vgl. ADAC 2019), ist keineswegs

Sie sind damit…"

weniger zufrieden	gar nicht zufrieden		sehr zufrieden	zufrieden
31 %	14 %	Bevölkerung insgesamt	9 %	40 %
		Stadt und Land		
34 %	29 %	Dörfer	4 %	27 %
35 %	20 %	Kleinstädte	6 %	31 %
34 %	10 %	Mittelstädte	7 %	41 %
24 %	4 %	Großstädte	15 %	54 %

Abb. 37: Zufriedenheit mit dem ÖPNV in Stadt und Land

Quelle: Köcher 2019: »Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit dem öffentlichen Nahverkehr bei Ihnen vor Ort? Würden Sie sagen, Sie sind damit gar nicht zufrieden, weniger zufrieden, zufrieden oder sehr zufrieden?«

ein Hinweis darauf, dass die Menschen auch mehrheitlich vom »klassischen« Pkw abrücken würden. Dasselbe gilt für die hypothetische Frage, was die individuelle ÖPNV-Nutzungshäufigkeit steigern würde (74 Prozent: kostenlose Tickets; 71 Prozent: vergünstigte Tickets; 65 Prozent: dichtere Fahrtaktung; 64 Prozent: mehr Direktverbindungen; vgl. ADAC 2019). Wenn das zentrale Mobilitätskriterium Flexibilität und Unabhängigkeit ist und als zentrales Hindernis für die Veränderung des individuellen Mobilitätsverhaltens die eigene Bequemlichkeit genannt wird (54 Prozent; Köcher 2019), dürften Items, die hypothetisches Mobilitätsverhalten messen sollen, wenig belastbar sein.

Die Wünsche an die Mobilität der Zukunft sind heterogen: 59 Prozent wollen einen Ausbau des Nahverkehrs, 58 Prozent eine intelligentere Verkehrsführung, 51 Prozent einen automatischen Notruf im Pkw und 47 Prozent mehr Homeoffice (vgl. IfD 2019), damit sie nicht täglich zur Arbeit fahren müssen. Gerade der letzte Punkt spricht dafür, dass das derzeitige Maß an Mobilität nur z. T. selbst gewollt ist und dass Klimaschutz wie gesellschaftliche Zufriedenheit beim Mobilitätsverhalten Hand in Hand gehen können. Ob die Corona-Pandemie dieser Debatte einen nachhaltigen Impuls versetzt hat, muss die Zukunft zeigen.

Was auffällt: Die zentrale Kluft mit Blick auf die Mobilität verläuft zwischen Stadt und Land –, nicht nur beim Verhalten, sondern auch bei den Einstellungen. Mobilität ohne Auto halten nur 19 Prozent im ländlichen Raum für denkbar, dafür aber 53 Prozent der Menschen in der Großstadt.[10] Im ländlichen Raum erachten nur 11 Prozent, in der Großstadt dafür aber 36 Prozent der Menschen das ÖPNV-Angebot als ausreichend; und 10 Prozent auf dem Land, aber ganze

10 Mehr als 100.000 Einwohner.

Abb. 38: Beurteilung des Klimawandels als Problem in Ost und West 2008–2020 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des Politbarometers 2008, 2012, 2014, 2015, 2016, 2017 und 2018; 4-stufige Skala von »sehr großes Problem« (1) bis »kein Problem« (4). Angegeben sind die kumulierten Werte von »sehr großes Problem« und »großes Problem«. Fehlende Daten wurden linear interpoliert.

23 Prozent in der Großstadt sagen, es werde »allgemein genug für Verkehr und Mobilität getan« (vgl. ADAC 2019). Dementsprechend heißt es insgesamt: »Zufriedenheit mit dem öffentlichen Nahverkehr in den Städten, Unzufriedenheit auf dem Land« (Köcher 2019: 20). Alles in allem sind die Zahlen vor dem Hintergrund einer erforderlichen verkehrspolitischen Wende (aus Gründen des Umweltschutzes und der Infrastruktur) folglich ernüchternd.

Dabei ist es nicht so, dass der Klimawandel als wichtige Größe der eigenen Mobilitätsplanung die Deutschen nicht beschäftigen würde: Im internationalen Vergleich sind ausweislich des European Social Survey (ESS) 2016, an dem 23 Länder teilnahmen, 94 Prozent der Ost- sowie 96 Prozent der Westdeutschen von der Existenz des Klimawandels überzeugt[11] – ähnlich viele wie in den meisten westeuropäischen Staaten, wo sich die Ablehnung bei etwa 5 Prozent bewegt. In den meisten osteuropäischen Staaten – an der Spitze Russland (17 Prozent Ablehnung) – stößt der Klimawandel auf deutlich mehr Skepsis.

11 »Sie haben vielleicht von der Auffassung gehört, dass sich das Klima auf der Erde verändert, weil die Temperaturen über die letzten 100 Jahre gestiegen sind. Wie ist Ihre persönliche Meinung dazu? Denken Sie, dass sich das globale Klima gegenwärtig verändert? Bitte wählen Sie eine Antwort aus dieser Liste.«; 4-stufige Skala von »verändert sich eindeutig« (1) bis »verändert sich eindeutig nicht« (4). Genannt sind die kumulierten Antworten »verändert sich eindeutig« und »verändert sich wahrscheinlich«.

Abb. 39: Anomie in Ost und West 1991–2020 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des Allbus 1991–2018; angegeben ist der Bevölkerungsanteil, der allen vier Items der Anomie-Skala zustimmt. Diese umfasst die o. g. Aussagen. Fehlende Werte wurden interpoliert

Und auch von der Schädlichkeit des Klimawandels ist hierzulande eine Mehrheit überzeugt:[12] 41 Prozent der Ost- bzw. 44 Prozent der Westdeutschen glauben, er würde sich weltweit negativ auf die Menschheit auswirken – mehr sind es nur in Spanien (47 Prozent), Island, Portugal und Schweden (jeweils 45 Prozent). Im internationalen Vergleich ist schließlich die Sorge der Deutschen ausweislich des ESS 2016 so hoch wie in kaum einem anderen Land: »Sehr« und »äußerst« besorgt über den Klimawandel äußern sich 36 Prozent der Ost- und 46 Prozent der Westdeutschen (vgl. ESS 2017).[13] Nur in Spanien und Portugal sind es mehr. Da die Items zum Klimawandel nur Teil dieser einen ESS-Welle waren, sind Längsschnittvergleiche leider nicht möglich.
Zugleich scheint das Problembewusstsein – zwar nicht sprunghaft, aber langfristig – zumindest im Westen etwas gestiegen zu sein: Beurteilten 2008 noch 77 Prozent der Ost- bzw. 80 Prozent der Westdeutschen den Klimawandel als »großes« oder »sehr großes« Problem, sind es 2018 bereits 77 (Ost) bzw. 83 Prozent (West) (vgl. Abb. 39). Dem Institut für Demoskopie Allensbach (2019) zufolge stieg überdies die Sorge um den Klimawandel von 37 Prozent im Jahr 2017

12 »Wie gut oder schlecht wird sich der Klimawandel Ihrer Meinung nach auf die Menschen weltweit auswirken? Bitte wählen Sie eine Zahl von 0 bis 10, wobei 0 äußerst schlecht und 10 äußerst gut bedeutet.« Genannt sind die kumulierten Antworten 0 bis 4.

13 5-stufige Skala von »überhaupt nicht besorgt« (1) bis »äußerst besorgt« (5).

auf 61 Prozent im Jahr 2019.[14] Unter den jungen Menschen (16 bis 29 Jahre) ging die Sorge gar von 44 auf 68 Prozent hoch. Der Klimawandel trennt mithin v.a. die jüngere von der älteren Generation.

Die Individualisierung ist, wie die anderen gesellschaftlichen Herausforderungen, eine Medaille mit zwei Seiten: »Analog zur Pluralisierung von Werten und Normen zeigen sich die Sonnenseiten der Individualisierung (…) in der Selbstgestaltung von Lebenswegen und -konzepten, während die Schattenseiten sich u.a. in Vereinzelung und Vereinsamung dokumentieren können« (Heitmeyer 2008: 577). Eine mögliche weitere Folge ist die gesellschaftliche Ausbreitung von »Anomie«, wie Psychologen eine »unzureichende soziale Integration« bezeichnen, die sich in Gefühlen der Entfremdung sowie Macht- und Hilflosigkeit ausdrückt (Lamnek 2018: 293). In unregelmäßigen Abständen erfasst der Allbus über folgende Skala die Verbreitung daraus resultierender Einstellungsmuster:

1) Egal, was manche Leute sagen: Die Situation der einfachen Leute wird nicht besser, sondern schlechter.
2) So wie die Zukunft aussieht, kann man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen.
3) Die meisten Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute.
4) Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht.

Bei allen Items haben die Befragten die Möglichkeit, den Aussagen entweder zuzustimmen oder sie abzulehnen. Der Zeitverlauf stellt sich wie in Abbildung 39 dar. Im Osten wie im Westen war Anomie unmittelbar nach der Wiedervereinigung kaum verbreitet. Sie stieg in den 1990er Jahren gleichwohl in beiden Landesteilen an – im Osten stärker, im Westen schwächer. Den Höhepunkt erreichte sie im Jahr 2004 mit 32 (West) bzw. 49 (Ost) Prozent – just, als die »Hartz-IV«-Reformen das Land in Beschlag nahmen. Mittlerweile bewegt sich die Anomie fast wieder auf dem unmittelbaren Nachwendeniveau von 20 (West) bzw. 30 (Ost) Prozent; beide Landesteile liegen seit geraumer Zeit um die 10 Prozentpunkte auseinander. Ein Hinweis darauf, dass die gesellschaftliche Transformation im Osten noch nicht abgeschlossen ist? Jedenfalls scheint die gesellschaftliche Individualisierung nicht der einzige Treiber für die Verbreitung von Anomie zu sein, weil sonst über die letzten Jahrzehnte ein leichter Anstieg zu verzeichnen gewesen wäre. Worauf der Anstieg zwischen 2016 und 2018 hindeutet – statistisches Rauschen oder Nachwirkungen der »Flüchtlingskrise« –, müssen künftige Erhebungen zeigen. Für eine Einordnung ist es noch zu früh.

14 Auswahl des Themas »Klimawandel« aus einer Liste von Themen. Ausgewählt werden sollten Themen, von denen die Befragten sagen würden: »Ja, das macht mir große Sorgen«.

Abb. 40: Gefühl der Einsamkeit in Ost und West 2014–2018 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des Allbus 2010, 2014, 2018. 2010 und 2014: »Wie häufig kam es in den letzten 4 Wochen vor, dass Sie sich einsam fühlten?«; 5-stufige Skala von »immer« (1) bis »nie« (5); 2018: Wie häufig hatten Sie in den vergangenen 4 Wochen das Gefühl, dass Sie einsam sind?«; 5-stufige Skala von »nie« (1) bis »sehr oft« (5). Verzeichnet sind die kumulierten Antworten von 3, 4 und 5.

Klarer stellt sich die Lage bei der Verbreitung von Einsamkeitsgefühlen dar (vgl. Abb. 41). Zwar liegen Daten nur aus drei relativ nah beieinander liegenden Allbus-Wellen vor, doch sie deuten sowohl auf einen Bedeutungsverlust von Einsamkeit als auch eine bereits vollzogene innere Einheit. Das Gefühl, in den letzten vier Wochen einsam gewesen zu sein, ging in Ost wie West zwischen 2014 und 2018 um 6 Prozentpunkte zurück: auf 13 (Ost) und 14 (West) Prozent. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch andere Studien (vgl. Eyerund/Orth 2019). Dabei zeigten sich aber Unterschiede zwischen den Ländern: »Der Anteil von einsamen Personen an der Bevölkerung ist mit 13,4 Prozent im Saarland am höchsten. Darauf folgen Brandenburg (12,9 Prozent) und Thüringen (12,1 Prozent). Am geringsten sind die Anteile derjenigen, die sich einsam fühlen, in Hamburg mit 5,5 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit 8,2 Prozent« (Eyerund/Orth 2019: 8f.). Zugleich: Wie glaubwürdig sind derartige Angaben? Immer mehr Menschen leben allein. Warum sich dies nicht in den Umfragen niederschlägt, darüber lässt sich spekulieren. Ein tatsächlich ausbleibendes Einsamkeitsempfinden ist *eine* Erklärung von vielen. Womöglich werden Alleinlebende (soziale Isolation) durch Umfragen schlechter erreicht; womöglich trauen sich viele Menschen aus Scham nicht, vor anderen zuzugeben, dass sie sich einsam fühlen.

5.3 Vorreiter Osten?

Bei den zentralen Herausforderungen der (nicht nur deutschen) Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts – Globalisierung, Mobilität, Klimawandel und Individualisierung – zeigt es sich so deutlich wie bei kaum einem anderen Feld: Die Kategorien »Ost« und »West« verblassen in ihrer Bedeutung. Und wo sie eine Rolle spielen, wirken sie nur indirekt. Das gilt etwa für die wirtschaftliche Globalisierung – von ihr ist Deutschland als Ganzes erfasst; und es gibt »Gewinnerregionen« im Osten ebenso wie im Westen – wie es auch abgehängte Landstriche beiderseits der früheren deutsch-deutschen Grenze gibt. Doch die meisten Gegenden, denen die Globalisierung etwas nützt, liegen nach wie vor hauptsächlich im Westen, während viele Oststandorte sich Billiglohnkonkurrenz ausgesetzt sehen. Beides hat seine Ursache in der Wirtschaftsstruktur: im Westen Forschungs-und-Entwicklungsabteilungen, Firmensitze und Großkonzerne, im Osten kleine und mittelständische Unternehmen sowie hauptsächlich einfaches produzierendes Gewerbe. Im Westen die Konferenztische, im Osten die Fließbänder. Die Globalisierungsvulnerabilität könnte deswegen unterschiedlicher nicht ausfallen: Produktionsstandorten fällt es insgesamt schwerer, sich gegen Konkurrenz aus dem Ausland zu behaupten als Entwicklungsstandorten, die mit ihrem Know-how über Alleinstellungsmerkmale verfügen. Dadurch dürften viele Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Neustart ostdeutscher Regionen nach einem sprichwörtlichen Tal der Tränen infolge der Wiedervereinigung enttäuscht worden sein – etwa beim »Solar Valley« (Bitterfeld-Wolfen).

Auch beim Breitbandausbau, der eine zentrale Voraussetzung dafür bietet, dass Menschen sich gesellschaftlich integriert fühlen und dass sie die Möglichkeit erhalten, auch von den Lichtseiten der Globalisierung zu profitieren, zeigen sich Ost-West-Unterschiede nur indirekt: Zwischen beiden Landesteilen gibt es beträchtliche Unterschiede – der Osten ist »noch mehr« Entwicklungsland als der Westen –, doch ist dafür die Historie vor 1989/90 nur indirekt verantwortlich: Infolge der Wiedervereinigung und der dreifachen Transformation (politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich) in den 1990er Jahren unterlag die ostdeutsche Sozialstruktur einem grundlegenden Wandel, genauer gesagt einer Zersiedelung. Vereinfacht ausgedrückt: Wenigen Metropolen stehen im Osten viele dünn besiedelte Landstriche gegenüber; im Westen ist es (mit Abstrichen) tendenziell umgekehrt

So muss es auch nicht überraschen, dass Ostdeutsche mit »Globalisierung« andere – negativere – Aspekte assoziieren als Westdeutsche. Für sich persönlich sehen die meisten – ob Ost-, ob Westdeutsche – indes mehr Vor- als Nachteile in der Globalisierung. Das dürfte dem Umstand geschuldet sein, dass Menschen die individuelle Situation immer etwas besser beurteilen als die gesamtgesellschaftliche Lage. Daraus lassen sich erste vorsichtige Thesen ableiten:

1) Die schwierige Ausgangslage im Osten – Vergreisung, Zersiedelung, schwächere Wirtschaftsstruktur – machen besondere politische Anstrengungen erforderlich, damit dieser Landesteil auch an der Globalisierung teilhat. Will der Osten nicht gänzlich den Anschluss verlieren, kommt er beispielsweise an einer aktiven Werbung um externe Fachkräfte kaum vorbei.
2) Damit ist noch kein Wort darüber verloren, ob die Wirtschaft durch eine »Leuchtturmpolitik« oder eine gleichmäßige Förderung auch wirtschaftsschwacher Regionen gefördert werden soll. Bei einigen Fragen scheint eine flächendeckende Förderung schon aus gesellschaftspolitischen Erwägungen notwendig (z. B. Breitbandausbau), bei anderen dürften gezielte Maßnahmen stärker greifen (z. B. in der Wirtschaftsförderung entsprechend dem Potenzial).
3) Eine »Politik der Leuchttürme« macht den Osten nur dann globalisierungsfest, wenn damit ein struktureller Wandel der Wirtschaft einhergeht. Die Ansiedelung von Produktionsstandorten mag ein Schritt von vielen sein, die Wirtschaftskraft im Osten zu stärken, mit ihm geht jedoch eine steigende Globalisierungsvulnerabilität einher.

Der Klimawandel ist die wohl drängendste globale Herausforderung, der sich die Menschheit im 21. Jahrhundert ausgesetzt sieht. Seine Bewältigung ist zudem mit beträchtlichem Konfliktpotenzial beladen, weil auf globaler wie auf lokaler Ebene Meinungen, Werte, Wissens- und Erfahrungsbestände, schließlich auch Interessen kollidieren. Umso besser also, dass sich das Thema bislang wenig eignet, um im Sinne eines Ost-West-Konflikts interpretiert und aufgeladen zu werden. Sicher: Zu einem – etwas – geringeren Anteil als Westdeutsche mögen Ostdeutsche von der Gefährlichkeit der Erderwärmung überzeugt und dem Thema gegenüber insgesamt weniger aufgeschlossen sein. Doch die zentralen Interessensgegensätze tragen auf der Makroebene nicht West- und Ostdeutsche, sondern der energiereiche Norden und der energiearme Süden mit der (geografischen) Mitte aus. Und auf der Mikroebene verlaufen die »Gräben« eher zwischen Jung und Alt (generationeller Aspekt) bzw. zwischen »Somewheres« und »Anywheres« (soziokultureller Konflikt) als zwischen Ost und West. Von Umwelt- und Klimaschutzthemen fühlen sich v. a. gut ausgebildete, besserverdienende Menschen im urbanen Raum angesprochen. Zugleich: Von denen gibt es im Westen mehr als im Osten. Das führt zu folgenden Thesen:

1) Da die Themen Klimawandel und Erderwärmung die gesellschaftlichen Debatten der nächsten Jahrzehnte (mit-)prägen werden, ist von einer weiteren Bedeutungsabnahme der Ost-West-Kategorien auszugehen. Anders als bei den Herausforderungen der 1990er und 2000er Jahre (z. B. Wiedervereinigung, Reform des Sozialstaates, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit), verläuft der zentrale Cleavage hier nämlich nicht zwischen Ost und West.

2) Das gilt umso mehr, als diese Herausforderung das Potenzial hat, Gräben zwischen Ost und West zuzuschütten: Hier wie da ähneln sich die Herausforderungen, denen sich Städte gegenüberstehen, denen sich ländliche Gegenden gegenüberstehen und denen sich Nord wie Süd gegenüberstehen.
3) Das macht es erforderlich, die Thematik nicht in einen rein ökonomischen Gesellschaftskonflikt umzudeuten, bei dem der Osten wenig, der Westen jedoch viel zu gewinnen hätte. Dergestalt könnte der Ost-West-Gegensatz eine Renaissance erleben. Stattdessen wäre der Klimawandel eine Gelegenheit, um dem Osten in wirtschaftsstruktureller Sicht auf die Sprünge zu helfen.

Allenfalls indirekt schlägt der Ost-West-Gegensatz auch beim Thema Mobilität durch. Die größte Reibungsfläche haben Stadt und Land – und im Westen gibt es im Jahr 30 nach der Wiedervereinigung nun einmal mehr Stadt und im Osten mehr Land. Der Stadt-Land-Unterschied offenbart sich indes nicht nur im Mobilitätsverhalten, sondern auch in den Einstellungen zur Mobilität. Bei dem Thema zeichnet sich überdies keine moralische Aufladung ab – die Probleme sind alltagsweltlicher Natur und decken sich kaum mit politischen Gemeinschaften (z. B. Ost vs. West, Bundesländer). Gleichwohl lassen sich auch hier Thesen ableiten, die den Ost-West-Unterschied nutzbar machen:

1) Weil der Osten ländlicher, der Westen urbaner geprägt ist, könnten beide als Vorreiter fungieren: die westdeutschen Großstädte als Vorreiter einer städtischen Mobilitätswende, die Fragen intelligenter Verkehrsführung, der allgemeinen Verkehrsentlastung und des Emissionsschutzes aufwirft; der Osten als Vorreiter einer ländlichen Mobilitätswende, die um Infrastruktur auch in entlegenen Landstrichen, einen intelligenten ÖPNV und z. B. auch Mobilitätserfordernisse (Stichworte: Homeoffice, digitale Behördengänge und Arztbesuche) kreist. Dabei müssen bisherige Entwicklungen einfließen – sich zersiedelnde Landstriche im Westen könnten von den Erfahrungswerten des Ostens profitieren, aufstrebende Städte im Osten von denen westdeutscher Ballungszentren.
2) Wenn zugunsten des Klimaschutzes die Mobilitätswende – in der Stadt wie auf dem Land – mit Elektrofahrzeugen gelingen soll, ist die Politik gefragt. Ostdeutschland droht abgehängt zu werden. Der Anteil an E-Autos ist ohnehin im ganzen Land gering, im Osten (nicht zuletzt wegen der geringeren Kaufkraft) geradezu vernachlässigbar.

Die größte Leerstelle tut sich beim Thema Individualisierung auf: Zwar ist seit Jahren bekannt, dass sich soziale Milieus pluralisieren, dass Multioptionalität für mehr und mehr Menschen eine Herausforderung bzw. Chance ist, von der sie ein Leben lang begleitet werden, und dass Anomie und Vereinsamung zu den Schattenseiten der Individualisierung gehören; eine (regional vergleichende) sys-

tematische Bestandsaufnahme auf Individualebene, zumal im Längsschnitt, steht aber aus. Damit fehlt es – einmal mehr – schlicht an belastbaren Daten dazu, wie die Bevölkerung in den unterschiedlichen Regionen die wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen wahrnimmt und beurteilt. Dass sie hiervon in unterschiedlichem Maße objektiv betroffen ist und dass sich bei anderen Einstellungsmonitorings, die seismografisch die subnationale Stimmungslage verzeichnen, Differenzierungsprozesse abzeichnen, sollte Grund genug sein, auch hier »nachzurüsten«. So lassen sich aus dem beträchtlichen Konfliktpotenzial resultierende Überraschungsmomente wie 2011 in Stuttgart (»Stuttgart 21«) oder 2015 in Sachsen (»Flüchtlingskrise«) frühzeitig zu bannen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Abold, Roland/Wenzel, Eva (2005): Die Größe des Kuchens und seine Verteilung. Einschätzung der Wirtschaftslage und der sozialen Gerechtigkeit 1994–2002, in: Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans (Hg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden, S. 221–247.

Ackermann, Ulrike (2020): Das Schweigen der Mitte. Wege aus der Polarisierungsfalle, Darmstadt.

ADAC (2019): Umfrage: Klimaschutz und individuelle Mobilität, https://www.adac.de/der-adac/verein/corporate-news/klimaschutz-mobilitaet/ (abgerufen am 3.9.2020).

Agentur für Erneuerbare Energien (AAE) (2019): Anteil Erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung (2017, in %), https://www.foederal-erneuerbar.de/uebersicht/bundeslaender/BW%7CBY%7CB%7CBB%7CHB%7CHH%7CHE%7CMV%7CNI%7CNRW%7CRLP%7CSL%7CSN%7CST%7CSH%7CTH%7CD/kategorie/strom/auswahl/510-anteil_erneuerbarer_/sicht/diagramm/#goto_510 (abgerufen am 3.9.2020).

Allbus-Basisumfrage 1991, ZA1990 Datenfile Version 2.0.0, Köln.

Allbus 1992, ZA2140 Datenfile Version 2.0.0, Köln.

Allbus 1994, ZA2400 Datenfile Version 2.0.0, Köln.

Allbus 1996, ZA2800 Datenfile Version 2.0.0, Köln.

Allbus 1998, ZA3000 Datenfile Version 2.0.0, Köln.

Allbus 2000 (Integrierte Version), ZA3450 Datenfile Version 2.0.0, Köln.

Allbus 2002, ZA3700 Datenfile Version 2.0.0, Köln.

Allbus 2004, Deutschland, ZA3762 Datenfile Vers. 2.0.0, Köln.

Allbus 2006, Deutschland, ZA4500 Datenfile Vers. 2.0.0, Köln.

Allbus 2008, ZA4600 Datenfile Version 2.1.0, Köln.

Allbus 2010, ZA4610 Datenfile Version 1.1.0, Köln.

Allbus 2012, ZA4614 Datenfile Version 1.1.0, Köln.

Allbus 2014, ZA5240 Datenfile Version 2.1.0, Köln.

Allbus 2016, ZA5250 Datenfile Version 2.1.0, Köln.

Allbus 2018, ZA5270 Datenfile Version 2.0.0, Köln.
Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W. (1998): Annäherung durch Wandel? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive, in: APuZ, Jg. 48, B 52, S. 33–43.
Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (2020): Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen.
Bechtel, Theresa (2020): 30 Jahre Deutsche Einheit – ost- und westdeutsche Ein(zel)heiten, in: Polis, H. 2, S. 12–14.
Bergem, Wolfgang (2002): Identität, in: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Wiesbaden, S. 192–200.
Bernauer, Thomas/Jahn, Detlef/Kuhn, Patrick M./Walter, Stefanie (2015): Einführung in die Politikwissenschaft, 3. Aufl., Baden-Baden.
Bluhm, Michael/Jacobs, Olaf (2016): Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung, Leipzig.
Bollmann, Ralph/Kloepfer, Inge (2018): Das geteilte Land, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.2.2018, https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/deutschland-ein-geteiltes-land-15456747.html (abgerufen am 3.9.2020).
Brand, Thorsten/Follmer, Robert/Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie, Gütersloh.
Bundesagentur für Arbeit (2019): Arbeitslosigkeit in Ost und West gleicht sich an, zitiert nach statista.com, 16.9.2020, https://de.statista.com/infografik/19504/arbeitslosenquote-in-west—und-ostdeutschland/#:~:text=Laut%20Bericht%20ist%20die%20Wirtschaftskraft,%C3%A4hnlich%20gut%20wie%20in%20Westdeutschland%E2%80%9C (abgerufen am 3.9.2020).
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2017): Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland (Kreisebene), 2017 gegenüber 1995, https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/B90-Bevoelkerung-Kreise-ab-1995.html (abgerufen am 3.9.2020).
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2019a): Bericht zum Breitbandatlas. Teil 1: Ergebnisse, https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/DG/Digitales/bericht-zum-breitbandatlas-ende-2019-ergebnisse.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen am 3.9.2020).
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2019b): Verkehr in Zahlen 2019/2020, Berlin.
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2020): Verkehrsprognose 2030, https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/verkehrsprognose-2030.html (abgerufen am 7.9.2020).
Bundeszentrale für politische Bildung (2019): Bevölkerung mit Migrationshintergrund I. In absoluten Zahlen, Anteile an der Gesamtbevölkerung in Prozent, 20.9.2020, https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i (abgerufen am 1.10.2020).
Campbell, Ross (2019): Popular Support for Democracy in Unified Germany. Critical Democrats, Cham.
Cicero (2006, 2007, 2012, 2017, 2019): Die 500 wichtigsten Intellektuellen, verschiedene Ausgaben.

Dalton, Russell J./Welzel, Christian (2014): The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens, Cambridge.
Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen.
Deutsche Gesellschaft e.V. (Hg.) (2017): Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten, Perspektiven, Berlin.
Deutscher Bundestag (2019): Zusammensetzung der Bundeskabinette 1990 bis 2020 – Namensliste. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994–2003, Berlin.
Diamond, Larry (1999): Developing Democracy. Toward Consolidation, Baltimore.
Dragolov, Georgi/Ignácz, Zsófia/Lorenz, Jan/Delhey, Jan/Boehke, Klaus (2014): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland, Gütersloh.
Ehni, Ellen (2020): »Ja« zum Familienbonus, in: tagesschau.de, 4.6.2020, https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-2231.html (abgerufen am 7.9.2020).
Europäische Kommission (2019): Eurobarometer 91.4 (2019), Gesis Datenarchiv ZA7575 Datafile Version 1.0.0, Brüssel.
European Social Survey (2017): ESS Round 8 (2016–2017), Technical Report, London.
European Values Study (2017): Integrated Dataset (EVS 2017), Gesis Datenarchiv ZA7500 Datafile Version 3.0.0, Köln.
Eyerund, Theresa/Orth, Anja K. (2019): Einsamkeit in Deutschland. Aktuelle Entwicklungen und soziodemografische Zusammenhänge, IW-Report Nr. 22, Köln.
Ezrow, Lawrence/Xezonakis, Georgios (2011): Citizen Satisfaction With Democracy and Parties' Policy Offerings, in: Comparative Political Studies, Jg. 44, H. 9, S. 1152–1178.
Fuchs, Dieter (2007): The Political Culture Paradigm, in: Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): Oxford Handbook of Political Behavior, Oxford/New York, S. 161–184.
Foroutan, Naika/Kalter, Frank/Canan, Coşkun/Simon, Mara (2019): Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung, in: DEZIM Institut, Berlin, 26.3.2019, https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Ost-Migrantische_Analogien/OstMig_Booklet_A4.pdf (abgerufen am 7.9.2020).
Fratzscher, Marcel (2020): Die Vertrauenskrise des Staates, in: Zeit online, 31.1.2020, https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-01/deutschland-vertrauen-politik-staat-umfrage (abgerufen am 7.9.2020).
Gabriel, Oscar W. (2020): Einstellungen und Demokratie, in: Fass, Thorsten/ders./Maier, Jürgen (Hg.) (2020): Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium, Baden-Baden, S. 230–247.
Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias/Leidecker-Sandmann, Melanie/Maier, Jürgen/Maier, Michaela (2015): Deutschland 25: Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen, Bonn.
Geißler, Rainer (2014): Die Sozialstruktur Deutschlands, 7. Aufl., Wiesbaden.
Giesen, Bernhard/Seyfert, Robert (2013): Kollektive Identität, in: APuZ, Jg. 63, H. 13–14, S. 39–43.
Goodhart, David (2017): The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics, London.

Habermalz, Christiane (2018): Hohe Lohndifferenz zwischen Ost und West, in: Deutschlandfunk, 3.8.2018, https://www.deutschlandfunk.de/arbeitnehmer-verdienste-in-deutschland-hohe-lohndifferenz.769.de.html?dram:article_id=424629 (abgerufen am 7.9.2020).

Hamlin, Alan/Jennings, Colin (2011): Expressive political behaviour: Foundations, scope and implications, in: British Journal of Political Science, Jg. 42, H. 3, S. 645–670.

Heitmeyer, Wilhelm (2008): Gesellschaftliche Integration, Anomie und ethnisch-kulturelle Konflikte, in: Imbusch, Peter/ders. (Hg.): Integration – Desintegration. Ein Reader zur Ordnungsproblematik moderner Gesellschaften, Wiesbaden, S. 571–590.

Hensel, Jana (2019): Wie alles anders bleibt: Geschichten aus Ostdeutschland, Berlin.

Hensel, Jana/Engler, Wolfgang (2018): Wer wir sind: Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein, Berlin.

Hildebrandt, Achim/Trüdinger, Eva-Maria (2020): History is not Bunk. Tradition, Political Economy and Regional Identity in the German Länder, in: German Politics and Society, doi: 10.1080/09644008.2020.1749265, S. 1–18.

Hobler, Dietmar/Pfahl, Svenja/Mader, Esther (2020): Erwerbstätigenquoten und Erwerbsquoten 1991–2018, https://www.wsi.de/data/wsi_gdp_EA-Beteiligung_PDF_01-1.pdf (abgerufen am 3.9.2020).

Hofmann, Michael (2020): Soziale Strukturen in Ostdeutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der deutschen Einheit, 4.2.2020, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/303482/soziale-strukturen (abgerufen am 7.9.2020).

Höltschi, René (2019): Deutsche Eliten: Sag mir, wo Ostdeutschlands Ökonomen sind, in: Neue Zürcher Zeitung, 7.10.2019, https://www.nzz.ch/wirtschaft/eliten-in-deutschland-sag-mir-wo-ostdeutschlands-oekonomen-sind-ld.1512968 (abgerufen am 7.9.2020).

Hommel, Frank (2019): Trotz gestoppter Abwanderung verliert Sachsen an Einwohnern, in: Freie Presse, 18.2.2019, S. 2.

Huinink, Johannes/Schröder, Torsten (2019): Sozialstruktur Deutschlands, 3. Aufl., München.

Inglehart, Ronald (1997): The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton.

Inglehart, Ronald/Welzel, Christian (2005): Modernization, Cultural Change and Democracy. The Human Development Sequence, New York.

Dauth, Wolfgang/Haller, Peter (2018): Klarer Trend zu längeren Pendeldistanzen, in: IAB-Kurzbericht Nr. 10, http://doku.iab.de/kurzber/2018/kb1018.pdf (abgerufen am 7.9.2020).

Institut für Demoskopie Allensbach, IfD (2019): Klimaschutz polarisiert. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Renate Köcher, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 217, 18.9.2019, https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/FAZ_Sept2019_Klimaschutz.pdf (abgerufen am 7.9.2020).

Jesse, Eckhard/Schubert, Thomas/Thieme, Tom (2014): Politik in Sachsen, Wiesbaden.

Kissler, Alexander (2016): »Dagegenhalten ist alles«, in: Cicero. Magazin für Politische Kultur, 21.12.2016, https://www.cicero.de/kultur/cicerorangliste-2017-dagegenhalten-ist-alles (abgerufen am 7.9.2020).

Klingemann, Hans-Dieter (2014): Dissatisfied Democrats. Democratic Maturation in Old and New Democracies, in: Dalton, Russell J./Welzel, Christian (Hg.): The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens, New York, S. 116–157.

Köcher, Renate (2019): Mobilität und Klimaschutz. Gesellschaftliches Problembewusstsein und individuelle Veränderungsspielräume (Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag von acatech): 23.9.2019, https://www.acatech.de/publikation/mobilitaet-und-klimaschutz/ (abgerufen am 7.9.2020).

Kollmorgen, Raj (2017): Ostdeutsche in den Eliten. Problemdimensionen und Zukunftsperspektiven, in: Deutsche Gesellschaft e.V. (Hg.): Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten, Perspektiven, Berlin, S. 54–65.

Kollmorgen, Raj (2020): Zwischen Austausch und Marginalisierung: Ostdeutsche in den Eliten nach der Vereinigung, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege zur Deutschen Einheit, 26.5.2020, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/310065/ostdeutsche-in-den-eliten (abgerufen am 7.9.2020).

Kollmorgen, Raj/Vogel, Lars/Foroutan, Naika (2020): Projektdetails: Soziale Integration ohne Eliten? Ausmaß, Ursachen und Folgen personeller Unterrepräsentation ausgewählter Bevölkerungsgruppen in den bundesdeutschen Eliten, https://dezim-institut.de/das-dezim-institut/abteilung-konsens-konflikt/drittmittel-projekt-soziale-integration-ohne-eliten/soziale-integration-ohne-eliten/ (abgerufen am 7.9.2020).

Köpping, Petra (2018): Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten, Berlin.

Koschkar, Martin/Werz, Nikolaus (Hg.) (2015): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden.

Kraftfahrtbundesamt (2019): Bestand an Personenkraftwagen am 1. Januar 2019 nach Bundesländern und ausgewählten Kraftstoffarten absolut, 1.1.2019, https://www.kba.de/DE/Statistik/Fahrzeuge/Bestand/Umwelt/fz_b_umwelt_archiv/2019/2019_b_umwelt_dusl.html?nn=2598042 (abgerufen am 3.9.2020).

Lamnek, Siegfried (2018): Theorien abweichenden Verhaltens I. »Klassische Ansätze«, 10. Aufl., Paderborn.

Machowecz, Martin/Schwarz, Patrik/Mania-Schlegel, Josa/Böldt, Daniel (2019): Die 100 wichtigsten jungen Ostdeutschen, in: Die Zeit im Osten, Nr. 46.

Mannewitz, Tom (2015): Politische Kultur im subnationalen Vergleich – Anregungen zur Revitalisierung eines Forschungsgegenstandes der deutschen Politikwissenschaft, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 62, H. 1, S. 31–48.

Mannewitz, Tom/Vollmann, Erik (2019): Muster regionaler Demokratieunterstützung in Deutschland 2017, in: Bertelsmann-Stiftung (Hg.): Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, Gütersloh, S. 22–61.

Martens, Bernd (2020): Der Zug nach Westen – Jahrzehntelange Abwanderung, die allmählich nachlässt, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege zur Deutschen Einheit, 7.5.2020, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47253/zug-nach-westen (abgerufen am 7.9.2020).

Metzing, Maria/Richter, David (2019): Braucht der Osten eine Ost-Quote?, in: DIW Roundup. Politik im Fokus, Nr. 135, Berlin.

Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hg.): Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy, Wiesbaden, S. 9–23.

Meyer, Thomas (1992): Modernisierung der Privatheit. Differenzierungs- und Individualisierungsprozesse des familiären Zusammenlebens, Wiesbaden.

Meyer, Thomas (2014): Private Lebensformen im Wandel, in: Geißler, Rainer (Hg.): Die Sozialstruktur Deutschlands, 7. Aufl., Wiesbaden, S. 41–454.

Möbius, Stephan (2006): Intellektuellensoziologie – Skizze zu einer Methodologie, in: Sozial. Geschichte Online, Nr. 2, 2010, S. 37–63.

Müller, Hans-Peter (2012): Werte, Milieus und Lebensstile – Zum Kulturwandel unserer Gesellschaft, in: Hradil, Stefan (Hg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde, Frankfurt a. M., S. 175–195.

Neller, Katja (2006): Getrennt vereint? Ost-West-Identitäten, Stereotypen und Fremdheitsgefühle nach 15 Jahren deutscher Einheit, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans/Schoen, Harald (Hg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich, München, S. 13–36.

Neuscheler, Tillmann (2018): In den Dax-Vorständen gibt es kaum Ostdeutsche, in: FAZ online, 3.10.2018, https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/in-den-dax-vorstaenden-gibt-es-kaum-ostdeutshate-15816624.html (abgerufen am 7.9.2020).

Norris, Pippa (1999): Introduction: The Growth of Critical Citizens?, in: dies. (Hg.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance, Oxford, S. 1–27.

Norris, Pippa (2011): Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited, Cambridge.

O. A. (1991): Nur noch so beliebt wie die Russen, in: Der Spiegel, 22.7.1991, https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13489545.html (abgerufen am 7.9.2020).

O. A. (2006): Ostdeutsche fühlen sich als Bürger zweiter Klasse, in: RP online, 2.10.2006, https://rp-online.de/politik/deutschland/ostdeutsche-fuehlen-sich-als-buerger-zweiter-klasse_aid-17306957 (abgerufen am 7.9.2020).

O. A. (2019): Diese Dax-Vorstände stammen aus dem Osten, in: manager magazin, 4.3.2019, https://www.manager-magazin.de/fotostrecke/dax-vorstaende-aus-ostdeutschland-fotohatrecke-167302.html (abgerufen am 7.9.2020).

Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2018): Migration als Gefahr für die politische Kultur? Kollektive Identitäten und Religionszugehörigkeit als Herausforderung demokratischer Gemeinschaften, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 12, H. 1, S. 297–320.

Pokorny, Sabine (2016): Was uns prägt. Was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern, Sankt Augustin/Berlin.

Reinl, Ann-Kathrin/Schäfer, Constantin (2018): Hilft populistisches Wählen gegen Demokratiemüdigkeit? Einfluss der Bundestagswahl auf die Demokratiezufriedenheit von AfD-Wählern, 19.11.2018, https://www.pw-portal.de/meta-ticker-bundestagswahl-2017/40846-hilft-populistisches-waehlen-gegen-demokratiemuedigkeit (abgerufen am 8.9.2020).

Ripperger, Anna-Lena/Giesel, Jens (2019): Auf dem Weg zur neuen Ostpartei?, in: FAZ online, 2.9.2019, https://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-sachsen/wahlen-in-sachsen-und-brandenburg-ist-afd-hatue-ostpartei-16363772.html (abgerufen am 7.9.2020).

Salzmann, Vanessa (2020): Die Sozialstruktur Deutschlands, in: Salzmann, Vanessa/Frevel, Bernhard (Hg.): Polizei in Staat und Gesellschaft. Politikwissenschaftliche und soziologische Grundzüge, S. 121–141.
Scheller, Gitta (2015): Die Wende als Individualisierungsschub? Umfang, Richtung und Verlauf des Individualisierungsprozesses in Ostdeutschland, Wiesbaden.
Schulz, Tanjev/Sackmann, Rosemarie (2001): »Wir Türken …«. Zur kollektiven Identität türkischer Migranten in Deutschland, in: APuZ, Jg. 51, B 43, S. 40–45.
Sinus-Institut (2019): Sinus-Milieus in Deutschland, https://www.sinus-institut.de/sinus-loesungen/sinus-milieus-deutschland/ (abgerufen am 3.9.2020).
Statista (2020a): Bruttomonatsverdienst nach Bundesländern und Geschlecht 2019, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/209211/umfrage/loehne-und-gehaelter-in-deutschland-nach-bundeslaendern-und-geschlecht-2010/ (abgerufen am 3.9.2020).
Statista (2020b): Armutsgefährdungsquote in Ost- und Westdeutschland von 2005 bis 2018, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1041202/umfrage/armutsgefaehrdungsquote-in-ost-und-westdeutschland/ (abgerufen am 3.9.2020).
Statistisches Bundesamt (2018): Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
Statistisches Bundesamt (2019a): Anzahl der Ausländer in Deutschland (gemäß Ausländerzentralregister) von 1990 bis 2018, Wiesbaden, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/5062/umfrage/entwicklung-der-auslaendischen-bevoelkerung-in-deutschland/ (abgerufen am 7.9.2020).
Statistisches Bundesamt (2019b): Jede vierte Person in Deutschland hatte 2018 einen Migrationshintergrund, in: Pressemitteilung Nr. 314, 21.8.2019, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/08/PD19_314_12511.html (abgerufen am 7.9.2020).
Statistisches Bundesamt (2019c): Statistisches Jahrbuch 2019, Wiesbaden.
Statistisches Bundesamt (2020a): Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern, nach Jahren, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/_Grafik/_Interaktiv/wanderungen-bund-neue-laender.html (abgerufen am 7.9.2020).
Statistisches Bundesamt (2020b): Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern am 31.12.2019, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender.html (abgerufen am 7.9.2020).
Statistisches Bundesamt (2020c): Anteil der Alleinerziehenden an allen Familien mit minderjährigen Kindern in Deutschland nach Bundesländern in den Jahren 1997 und 2017, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/897640/umfrage/anteil-der-alleinerziehenden-an-allen-familien-mit-minderjaehrigen-kindern/#professional (abgerufen am 7.9.2020).
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2020): Außenhandel – Exportquote im Bundesländervergleich, https://www.statistik-bw.de/HandelDienstl/Aussenhandel/AH-XP_exportquote.jsp (abgerufen am 7.9.2020).
Stecker, Christian/Tausendpfund, Markus (2016): Multidimensional government-citizen congruence and satisfaction with democracy, in: European Journal of Political Research, 55/3, S. 492–511.

Sterbling, Anton (2015): Kollektive Identitäten, in: Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden, S. 581–586.

Thieme, Tom (2015a): Eliten und Systemwechsel. Die Rolle der sozialistischen Parteiführungen im Demokratisierungsprozess, Baden-Baden.

Thieme, Tom (2015b): Sind wir ein Volk? Zur demografischen Entwicklung in Deutschland seit der Wiedervereinigung, in: Deutschland Archiv, Bonn, S. 72–81.

Thum, Marcel/Delkic, Elma/Kemnitz, Alexander/Kluge, Jan/Marquardt, Gesine/Motzek, Tom/Nagl, Wolfgang/Zwerschke, Patrick (2015): Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland, Bonn.

Ulrich, Christoph (2020): Die Anzahl der Pendler steigt, in: Freie Presse, 9.3.2020, S. 1.

Unzicker, Kai/Boehnke, Klaus (2019): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt: Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017, Gesis Datenarchiv (ZA7486 Datenfile Version 1.0.0), Köln.

Vogel, Lars (2020): Der geringe Anteil Ostdeutscher in den Eliten – ein verkanntes Problem, 13.5.2020, https://regierungsforschung.de/der-geringe-anteil-ostdeutscher-in-den-eliten-ein-verkanntes-problem/ (abgerufen am 7.9.2020).

Völkl, Kerstin (2020): Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der Deutschen Einheit, 27.5.2020, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47513/wahlverhalten-in-ost-und-westdeutschland (abgerufen am 7.9.2020).

Walz, Dieter/Brunner, Wolfram (1998): »It's the economy, stupid!« – Revisited. Die Ostdeutschen als »Bürger zweiter Klasse«? – Benachteiligungsgefühle in Ostdeutschland kurz vor der Bundestagswahl 1998, in: Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Walz, Dieter (Hg.): Politische Einheit – kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998, Frankfurt a. M., S. 113–130.

Wehling, Hans-Georg (Hg.) (1985): Regionale politische Kultur, Stuttgart.

Welzel, Christian (2009): Werte- und Wertewandelforschung, in: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hg.): Politische Soziologie. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 109–139.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn.

Zmerli, Sonja (2012): Soziales und politisches Vertrauen, in: Keil, Silke I./Deth, Jan W. van (Hg.): Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008, Baden-Baden, S. 139–172.

Zmerli, Sonja (2016): Vertrauen in Institutionen. Die Bedeutung politischer Unterstützung angesichts krisenhafter Entwicklungen, in: Bertelsmann-Stiftung (Hg.): Der Kitt der Gesellschaft. Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland, Gütersloh, S. 175–205.

Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess

Michael Lühmann

1. Vorwort

Es gebe sie nicht, »*die* Ostdeutschen«, allenfalls eine ausdifferenzierte »ostdeutsche Gesellschaft«, die »andere kulturelle Codes hat und durch andere biografische Erfahrungen geprägt ist«, schrieb jüngst der Historiker Jörg Ganzenmüller und verwies in dem Zusammenhang abwägend darauf, dies sei kein Problem, solange ostdeutsche Identität nicht »als Gegenentwurf zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung konstruiert wird, sei es als Selbstbeschreibung oder als Fremdzuschreibung.«[1] Dabei, das Reden über Ostdeutschland, es ist schon längst ein polarisiertes. Spätestens seit dem Aufkommen von Pegida im Jahr 2014, den rassistischen Ausschreitungen in Freital und Heidenau 2015, einer ostdeutschen Schlagseite weniger auf der Einstellungsebene denn der Tatebene rechter Gewalt und den massiven Wahlerfolgen der AfD, der es bei der Bundestagswahl 2017 gelang, in Sachsen nach Zweitstimmen stärkste Kraft zu werden, füllt das Bild des *braunen Ostens* wieder Zeitungstitel und Nachrichtenmeldungen. Parallel dazu setzte eine Gegendebatte ein, die sich gegen diese Zuschreibungen wehrte, die ostdeutsche Selbstbehauptung gegen vermeintliche Vorwürfe des *Westens* stellte und/oder auf die Existenz eines *anderen*, *engagierten*, *nichtrechten* Ostens verwies und die nicht zuletzt die Jahre der Transformation kritisch thematisierte, das Leben in und mit der Transformation, die Rolle des *Westens* darin. Dabei ist diese Diskussion längst nicht mehr nur eine populäre Debatte. Auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung wendet sich, nicht zuletzt herausgefordert durch die beschriebene Debattenlage, wieder stärker dem Konstrukt Ostdeutschland zu – die Sozialwissenschaften, mit erneuerten Ansätzen aufwartend, ebenso wie die Geschichtswissenschaften, die sich Fachlogiken folgend zunehmend der Historisierung der Transformationsjahre zuwenden.

Was nahezu alle Debattenorte und Zugriffe zu einen scheint, ist der Umstand, dass diese nicht mehr nur die DDR sowie transformationslogische Effekte umkreist, sondern, in Anbetracht von neuem Ostbewusstsein *und* Rechtsruck als

1 Ganzenmüller: Ostdeutsche Identitäten, o. S.

verschränktem Effekt, wieder, die stärker bedrängte und bedrängende ostdeutsche Identität: Der Ostdeutsche *als* das Andere und der Ostdeutsche *gegen* das Andere, das so wenig passen will zum eher positiven Diskurs um die Revolution von 1989 und zum schon umstritteneren Blick auf die deutsche Einheit 1990. In diesem Spannungsfeld findet die *neue* Suche nach ostdeutscher Identität und Anerkennung statt, die mehr Fragen aufwirft, als Antworten zu liefern. Eine suchende Debatte nach Identität, die sich im Gegensatzpaar *gefährdet* und *gefährdend* zusammenfügt. Letzteres ein Hinweis darauf, dass ich mich in dieser Studie auch fokussieren werde auf Demokratiegefährdung von rechts, ohne den gesamten Rahmen *Ostdeutschland* zu vernachlässigen. Im Folgenden will ich also – in einer auf Essenz und Destillat basierenden und hoffentlich Diskussion hervorrufenden Studie – Fragen aufwerfen, Schlaglichter und Konjunkturen von Begriffen und Deutungen darstellen. Überdies zentrale und widersprüchliche Blicke auf ostdeutsche Identitäten und die Frage nach Anerkennung bzw. Missachtung, nach Selbst- und Fremdzuschreibungen darlegen, um daraus zu destillieren, wo neue Blicke, Zugänge, Diskurse notwendig wären, worauf beim Reden über *den* Osten, *die* Ostdeutschen zu achten wäre und wo zukünftige Gestaltungschancen für eine kontroverse, gleichwohl gelingende, integrative Debatte liegen könnten.

Dabei ist die vorliegende Studie eine Herausforderung insofern, als die gewünschte Bandbreite mit der notwendigen Tiefe des Themas in knappem Rahmen nicht nur zu erfassen, sondern zugleich daraus Empfehlungen abzuleiten sind, die sich aus dem Gesagten ergeben. Durch diese Aufgabenstellung muss bisweilen zum einen sehr stark verdichtet und bisweilen verkürzt werden, zum anderen muss mancher Blick selektiv, schlaglichtartig bleiben, mehr als Illustration denn als abschließender Diskussionsstand. Das bedeutet, dass der Bericht in zwei Bereiche geteilt ist, die gleichwohl durch eine Klammer zusammengehalten werden. In einem ersten Teil wird, notwendigerweise verdichtet und stärker theoretisch abgesichert, der Ist-Zustand diskutiert: Wie steht es um ostdeutsche Zuschreibungen, um ostdeutsche Selbst- und Fremdwahrnehmung? Wie steht es um (kollektive) ostdeutsche Identitätsbilder, wo werden diese womöglich gebrochen und wo sind sie möglicherweise problematisch? Problematisch insofern – und das ist die Klammer zum zweiten Teil, der stärker praktische Auswege, neue Sichtweisen und Ansätze auf Basis der theoretischen Herleitungen diskutiert –, als gefährdete ostdeutsche Identität auch kippen kann in eine (andere) gefährdende ostdeutsche Identität. Die Abschnitte 3 (Der Blick auf Ostdeutschland) und 4 (Identitäten und Anerkennungen im Einigungsprozess) sind sozusagen das wissenschaftlich fundierte Rüstzeug, mit dem dann in Abschnitt 5 (Identifikation von Blindstellen und Kritik) sowie Abschnitt 6 (Vorschläge für die Zukunftsgestaltung) praktisch und unter Hinzuziehung von unterschiedlichen Debatten und Debattenteilnehmer*innen diskutiert werden soll, wie mit den beschriebe-

nen Schwierigkeiten ostdeutscher Identitätsdiskurse produktiv umgegangen werden kann.

Eine Herausforderung ist auch, dass sich diese Studie in einem politisch, publizistisch und medial hart umkämpften und aufgeladenen Feld bewegt, in dem es eine Vielzahl an Verletzlichkeiten, Empfindsamkeiten und Gefühlen zu berücksichtigen gilt, um deren Brisanz ich aus jahrelanger Arbeit im Feld, insbesondere des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus weiß. Mir ist, und der Hinweis scheint mir notwendig, nicht daran gelegen, aus der akademischen Warte heraus zu (ver-)urteilen, zu stereotypisieren oder monokausal engzuführen, sondern aus einem analytischen Blick, der gleichwohl nie frei von normativen Prämissen (und eigenem Erleben der Transformationszeit in Ost und später in West) ist und sein kann, bisweilen zuspitzende und zugespitzte Hinweise zu liefern, wie sich die Debatte um Ostdeutschland, um 30 Jahre vereinte Bundesrepublik in Europa produktiv machen lässt, ohne in die ab- und ausschließenden Muster vergangener Dekaden zu verfallen. In diesem Sinne wünsche ich eine hoffentlich anregende Lektüre, in der Hoffnung, die Debatte im besten Falle ebenso mit analytischen Darstellungen als auch normativen Wertungen zu befruchten.

2. Fragestellungen

2.1 Dimensionen ostdeutscher Identitätskonstruktion

Wie gefährdet und gefährdend kann also ostdeutsche Identitätssuche sein? Wie hat sie sich verändert, oder steht sie schon wieder an ihrem Anfang? Warum gibt es überhaupt eine Suche nach *ost*deutscher Identität, nach einem Kollektiv, das die SED nie erschuf? Welche Ostdeutschland-Bilder gibt es, welche Selbst-, welche Fremdzuschreibungen? Wer produziert sie, wie wirken sie? Entwerten sie, oder sind sie notwendige Kritik? Wie steht es um *ostdeutsche* Kritik an Ostdeutschland, wie um *westdeutsche*? Wie um ostdeutsche Konstruktionen des Selbst? Gibt es so etwas wie, zugespitzt, *toxische* Teile in den Konzepten von Identitätssuche – Stichwort »national-befreite Zonen«, »sächsischer Exzeptionalismus«, der Widerstand gegen das *Bild* eines *Berlin-Kreuzberg*, der Begriff »Mitteldeutschland«, der dem *mdr* seinen Namen gibt, aber auch Teil extrem rechter Raumkonstruktion ist? Wie problematisch ist das *im Osten* bis heute (wieder) stärker genutzte »Wir«? Wen meint es bzw. meint es Black, Indigenous and People of Color mit, welche Rolle spielen hier Fragen von »Fremd«-Sein in der DDR und hernach in Ostdeutschland? Kurz: Wie offen, geschlossen, abgeschlossen, einschließend bzw. ausschließend ist die Debatte?

2.2 Potenziale von und Gefährdungen durch ostdeutsche Identitätskonstruktion

Und wo sind die Anknüpfungspunkte einer für Demokratiefestigung »nutzbaren« ostdeutschen Identität? Ist diese Frage überhaupt zulässig? Lassen sich Transformationserfahrungen und Transformationsgeschichte(n) positiv für Narrative nutzen? Wie *Avantgarde* sind die Ostdeutschen? Wie steht es um die Erinnerung an die Revolution von 1989, an die Einheit von 1990? Und auch hier, wie steht es um den Missbrauch dieser epochemachenden Erfahrungen durch extrem rechte Kräfte, die von einer »Wende 2.0« träumen? Und wo lassen sich solche Diskurse in eine gesamtdeutsche, gar europäische Perspektive einweben? Kurz: Welche positiven Selbstbilder, Identitätskonstruktionen – wenn ihnen überhaupt große Potenziale innewohnen – lassen sich identifizieren, diskutieren, stärker in den Diskurs holen, um aus dem Schwarz-Weiß ein produktives Grau in der Fremd- und Selbstzuschreibung *ostdeutsch* werden zu lassen?

2.3 Regionale und generationelle Differenzen

Hat *die* ostdeutsche Identitätskonstruktion regionale Unterschiede verwischt, den Nord-Süd-Gegensatz, den von Zentrum (Ost-)Berlin vs. Peripherie? Wie steht es überhaupt um regionale (die alte Grenze übergreifende?) Identitäten? Wieso wird von sächsischem Exzeptionalismus geredet, während sich Mecklenburger womöglich eher »norddeutsch« fühlen – laut Mecklenburg-Vorpommern-Monitor zu 91 Prozent?[2] Wie verläuft die Debatte in Regionen, die nur noch Abwanderung kennen, wie in *boomenden* Städten wie Leipzig? Welche Rolle spielen auch unterschiedliche regionale politische Kulturen als Konglomerat von Politik, Medien, Zivilgesellschaft, lokaler Erinnerungskultur, Parteihochburgen? Was hat es mit *den* Ostdeutschen auf sich, wenn in Rostock die AfD bei den Europawahlen 2019 auf 12,4 Prozent der Stimmen kommt – und in Heilbronn auf 13,0 Prozent –, im südthüringischen Paska aber auf 51,7 Prozent der Wähler*innenstimmen und umgekehrt die Grünen in Leipzig mit 20,2 Prozent die Wahlen gewannen, in Jena mit 20,4 Prozent, im Saale-Orla-Kreis aber nur auf 5,4 Prozent für die Bündnisgrünen votierten?[3] Kurz wie regional different ist das Bild *des Ostdeutschen*? Und, wie verteilt sich das Gefühl, *ostdeutsch zu sein* generationell (und, hinzu, nach Geschlecht)? Auch hier der zunächst oberflächliche Verweis auf Wahlergebnisse: Wählten allein in Sachsen in der Altersgruppe der 45- bis 60-jährigen Män-

2 Forsa: Mecklenburg-Vorpommern. Monitor 2019, Tabellen, S. 42.

3 Bundeswahlleiter: Europawahl 2019; Ergebnisse zu Paska: Thüringer Landesamt für Statistik, Europawahl 2019 in Thüringen – endgültiges Ergebnis.

ner 39,8 Prozent AfD, so taten die Frauen in der Altersgruppe 18 bis 25 Jahre dies zu nur 15,6 Prozent, Frauen über 70 gar nur zu 14,3 Prozent.[4] Wie also steht es um die Generation der »unberatenen« »Wendekinder«, die als »Dritte Generation Ostdeutschland« das Ost-Sein nicht nur progressiv auszugestalten versuchen, sondern daraus auch Forderungen etwa bezüglich Repräsentanz ableiten, der aber auch die Terrorist*innen des NSU zugeordnet werden können? Was ist aus den 40-jährigen Revolutionär*innen geworden,[5] aus ihren unterschiedlichen Träumen, etwa jenem dritten Weg, der schon 1990 nicht mehrheitsfähig war, und wie lässt sich die Rechtsdrift in Teilen dieser Generation, dieses Milieus erklären? Wie hängt das mit Abwanderung aus Ostdeutschland oder (innerer) Abwendung von der Bundesrepublik zusammen? Kurz: Wo bricht das Bild *des Ostdeutschen*, wo verändern, widersprechen sich regionale und generationelle Lagen und welche Potenziale liegen in der Auflösung eines ostdeutschen *Gesamt*zusammenhangs?

3. Der Blick auf Ostdeutschland – Zuschreibungen, Konjunkturen, Befunde

3.1 Zuschreibungen

Was ist da bloß los in Ostdeutschland angesichts der immensen AfD-Erfolge? Ein Problem des (von der Transformation traumatisierten) ostdeutschen Mannes?[6] Der Ostdeutschen, die aufgrund ihrer DDR-Vergangenheit bis heute anders ticken? »So bewerten die Ostdeutschen die Demokratie kritischer, Minderheiten werden weniger akzeptiert und knapp ein Fünftel der Ostdeutschen nennt, unter bestimmten Umständen, eine Diktatur als beste Staatsform. Zudem ist die Wahlbeteiligung niedriger, während rechte Parteien stärker reüssieren. Ebenso sind Ostdeutsche seltener Mitglied in Parteien oder Vereinen«, so das Bild ostdeutschen Demokratiedefizits.[7] Einen breiten Deutungskorridor skizziert überdies die Bielefelder Mitte-Studie »›Blühende Landschaften‹ oder ›Dunkeldeutschland‹, Solidargemeinschaft oder Ellenbogengesellschaft, Aufbruch oder Ostalgie,

4 Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik.

5 Zur Rede von der »Revolution der Vierzigjährigen« vgl. Wolle, Die versäumte Revolte 1968, S. 46.

6 Vgl. zur Figur des *ostdeutschen Mannes* und der Frage »Was ist da los im Osten« Lühmann: Ostdeutsche Lebenslügen; vgl. auch Rennefanz: Nach Chemnitz; Schröder: Wer beherrscht den Osten?; Kraske: Der Riss; Heft, Brauner Osten.

7 Bösch: Sonderfall Ostdeutschland?

›wilder Osten‹ oder rückwärtsgewandt und rückständig? Vor allem aber: Impulsgeber oder Gefahr für die Demokratie?«[8]

Auch die Erzählung von der abgehängten und deshalb stärker rechtsaffinen Region jenseits der alten Grenze hat(te) wieder Hochkonjunktur[9] – von Westdeutschen erst geplündert, hernach *unter den Nagel gerissen* und bis heute von Zeitungsredaktionen, Intendanzen und Niederlassungsleitern beherrscht – der Osten als Kolonie[10] – oder als »Kolonie de luxe« (Ingo Schulze), als einzige Kolonie, die die Besatzung wählte und wiederwählte?[11] Dabei, gibt es diese eine rechtsaffine Region? Die AfD-Ergebnisse jedenfalls verweisen auf ein ostdeutsches Nord-Süd-Gefälle, ähnlich dem der »alten« Bundesrepublik.[12] Während die AfD, als Indikator hierfür, im Norden in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen und dem Saarland in aktuellen Umfragen auf 5 bis 7 Prozent kommt, stand die Partei in Rheinland Pfalz beispielsweise bei 9 Prozent, in Hessen bei 10 und in Baden-Württemberg in Umfragen lange Zeit bei 12 Prozent. Die Landtags- und Kommunalwahlen des Frühjahrs 2021 haben hier jedoch zu einer »Flurbereinigung« geführt, nach massiven Verlusten ist die AfD in allen drei Ländern nur noch, teils deutlich, einstellig. Im Osten hingegen changiert die AfD zwischen 14 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern, und damit deutlich näher an Baden-Württemberg als an Sachsen, wo die AfD noch immer in Umfragen bei 26 Prozent liegt oder an Thüringen oder Sachsen-Anhalt mit 23 Prozent.[13] Aber nicht nur hinsichtlich der schon in der Einleitung erwähnten Gefälle in der Zustimmung zu unterschiedlichen Parteien, sondern auch hinsichtlich soziostruktureller Kennmarken und politischer Kulturen existiert ein starkes Nord-Süd-Gefälle in Ost und West. Überdies dürften ältere Prägungen

8 Küpper u. a.: Problem der Ostdeutschen, S. 243.

9 Die Feststellung u. a. bei Kubiak: Deutsch-deutsche Identitäten, S. 35; Heft: Brauner Osten.

10 So der eine ältere, einst auch westlinke Debatten aufgreifende Tagungstitel »Kolonie Ost? Aspekte von ›Kolonialisierung‹ in Ostdeutschland seit 1990«; vgl. zur medialen Rezeption Schönian: Wer das Sagen hat; Hierse: Keine Kolonie im nahen Osten.

11 »[Jens] Reich bemerkte dazu ironisch »Die DDR ist somit die erste ›Kolonie‹ der Geschichte, bei der die ›Kolonisierten‹ unter Androhung von Gewalt den Einmarsch der ›Kolonialherren‹ forderten.«, zitiert nach Dietrich: Kulturgeschichte, Bd. 3, S. 2321.

12 Der wichtige Hinweis findet sich u. a. bei Manow: Populismus – in Ost und West, S. 302. Ders.: Die Politische Ökonomie des Populismus, S. 38ff.; Paqué: Der Aufstieg der AfD. Auch Frank Bösch weist darauf hin, dass »die AfD ihre Hochburgen in den reicheren südlichen Teilen in Ost und West, seltener im ärmeren ländlichen Norden« hat, was ihn zu der Überlegung führt, »ob nicht eine Unterscheidung in Nord-Süd zunehmend ähnlich markante statistische Differenzen aufzeigen würde wie die übliche Unterscheidung in Ost und West.«, in: Sonderfall Ostdeutschland?, o. S.

13 Vgl. die entsprechenden Umfrageergebnisse bei Wahlrecht.de, Landtagswahlumfragen, Stand 7.4.2021.

nachwirken, Autoritarismus und Rassismus etwa,[14] welche auf die lange Wirkdauer politischer Kultur verweisen, die »von ihrem Wesen etwas Beharrendes, sich nur langsam Veränderndes« hat.[15] Ähnlich langsam verändert sich der Mangel an Repräsentanz von Ostdeutschen in Elitepositionen, der als Befund konsensual ist.[16] Der Umgang mit diesem Befund – Stichwort Ost-Quote, Wer ist Ostdeutscher? – ist hingegen heftig umstritten.[17]

Was ist *der* Osten überhaupt, wer und was *der* »Ossi«, der, wenn überhaupt, zumeist einseitig und allzu häufig kollektiv betrachtet wird –, was einerseits vor dem Hintergrund des »kulturelle(n) und soziale(n) Gepäck(s) des ›Herkommens‹« durchaus Sinn macht, andererseits »der Vielfalt der Lebenswege und Erfahrungen letztlich nicht gerecht« wird.[18] Und doch gibt es ihn wieder, den Rekurs auf den Ostdeutschen, ungeduldiger, fordernder, und auch geschlossener?[19] Aber wird damit nicht einer problematischen *Essenzialisierung* ostdeutscher *Kollektividentität* das Wort geredet, etwa in jüngeren Untersuchungen zum sehr alten Befund des Ostdeutschen als *Migranten,* des *Ossis* als *symbolischem Ausländer*?[20] Jüngere, reaktualisierte Zuschreibungen betreffen nach AfD-Erfolgen, Pegida, Freital und Heidenau, Chemnitz und der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen 2020 also wiederum den kollektiven Ostdeutschen als *Gefährder* der Demokratie. Ursächlich hierfür seien antidemokratische Rudimente der DDR-Sozialisation und/oder relative fraternale Deprivation als Folge der Transformation, die beide für die Herausbildung rechter und autoritärer Einstellungsmuster angeführt werden.[21] Die

14 Vgl. Kowalczuk: Die Übernahme, S. 215–233; Behrends u. a.: Fremde und Fremd-Sein in der DDR, S. 11f. Der noch nicht beforschte Befund, wonach die Hochburgen der AfD in etwa den Grenzen Kursachsens bis 1815 gleichen sowie den Hochburgen der »rechtskonservativen« DSU im Jahr 1990, dürfte an diese Überlegungen anschließen.

15 Berg-Schlosser: Politische Kultur, S. 291; vgl. auch Werz/Koschkar: Regionale politische Kultur; Mannewitz: Politische Kultur; Neumann: Ostdeutsche Besonderheiten?; Bergem: Integration und Differenz.

16 Vgl. etwa Kollmorgen: Zwischen Austausch und Marginalisierung; ders.: Wo bleiben sie denn?; Vogel, Der geringe Anteil.

17 Die Diskussion etwa bei Kollmorgen: Wo bleiben sie denn?, S. 336f.; ders.: Die falsche Therapie; Kowalczuk: Die Übernahme, S. 83ff.

18 Mau: Lütten Klein, S. 217.

19 Neu seien ostdeutsche *Forderungen*, so Maier: Quotenossi; zum Ossi als stilisiertem, fordernden Verlierer bereits 1998 Pollack/Pickel: Die ostdeutsche Identität, S. 23; zur Klage, der Westen höre nicht zu, bspw. Rennefanz: Hört uns doch endlich zu!, *Der* Ostdeutsche als Opfer der Verhältnisse, auf die Spitze getrieben (»aufgezwungen«) bspw. bei Stiede: Zonenkinder begehren auf, o.S.: »Wir können und sollten unseren Erfahrungsschatz, unsere Erinnerungen, die DDR in uns wertschätzen und uns der Scham und Unsicherheit entledigen, die uns Kohl, Treuhand und die D-Mark aufgezwungen haben.«

20 Foroutan u. a.: Ost-Migrantische Analogien; Pates/Schochow: Der Ossi; Köpping: Integriert; heftige Kritik bei Lorenz: Der Osten.

21 Das heißt, »diejenigen Formen wahrgenommener Benachteiligung, die entweder aus dem Vergleich der eigenen Person mit der anderer Personen oder aus dem Vergleich der Situation

Vehemenz der Auseinandersetzung im Modus von Angriff und Abwehr lässt unterdessen den Ostdeutschen als verantwortlichen Akteur verschwinden oder infantilisiert ihn.[22]

Dabei gab es auch eine Phase positiver Ostdeutschlandbeschreibung. Etwa jenen Versuch, Ostdeutschland bzw. Ostdeutsche als *Avantgarde* zu beschreiben, eng verbunden mit der Annahme, »Suchbewegungen ostdeutschen Experimentierens, Ausprobierens und ggf. auch Erfindens« seien eng verknüpft mit einer abrufbaren Ressource der *Umbruchkompetenz*.[23] Abgestellt wird hier vornehmlich auf die von Engler beschriebene »erzwungene Post-Erwerbsarbeitsgesellschaft«:[24] jene (neoliberal überformte) Transformationsgesellschaft, in der die Ostdeutschen die für die neuen, unsicheren Zeiten[25] passgenaueren Modi der Verstoffwechslung, Anpassung und Verarbeitung vorhalten würden. Modi, mit denen sie sich neuen Gegebenheiten mit erlernten Mustern anpassen, indem sie überholen, ohne einzuholen und sich dabei selbst als Ostdeutsche finden.[26] Damit zeigten *die* Ostdeutschen *dem* »Westen«, ob ihrer Umbruch- und Transformationskompetenz dann, wie in und nach Krisen seine Zukunft liegen könne.[27]

---

der eigenen Gruppe mit der einer anderen Gruppe resultieren«, Wolf: Relative Deprivation, S. 68. Mehrere Studien haben gezeigt, dass genau diese fraternale relative Deprivation für die Ausbildung fremdenfeindlicher Ressentiments bedeutsam ist, vgl. Zick u. a.: Der Osten, S. 71; Küpper: Macht Armut menschenfeindlich? Auf den Zusammenhang von »Ideologien der Ungleichwertigkeit« und relativer Deprivation weist auch Mansel: Krisenfolgen, S. 55, hin.

22 Eine Debatte, die quer liegt zu den aktuellen Opfererzählungen, die derzeit Hochkonjunktur haben: Die Infantilisierung beschreiben bereits Michelsen u. a.: Rechtsextremismus; vgl. auch Lühmann: Ostdeutsche Lebenslügen; ders.: Der ostdeutsche Monolith; Rudolph: Die Zuspätrevoltierenden; Pollack: Was am Opferdiskurs der Ostdeutschen falsch ist.

23 Thomas: Ostdeutsche Zukunftspotenziale, S. 376; Engler: Avantgarde; Busse/Dürr: Das neue Deutschland.

24 Kollmorgen: »Avantgardismus«, S. 54; Engler: Avantgarde

25 Holtmann: Die langen Wege, S. 24f.; zur neoliberalen Überformung instruktiv Ther: Die neue Ordnung.

26 Engler: Avantgarde, S. 22; zum Bild des Ostdeutschen vgl. Ahbe: Konstruktion des Ostdeutschen.

27 Buck/Hönke: Pioniere der Prekarität, S. 38ff.; Kubiak: Deutsch-Deutsche Identitäten, S. 35; Engler: Avantgarde; Kollmorgen: »Avantgardismus«; Platzeck: Zukunft braucht Herkunft; Beyme: Vorreiter des Westens; Richter/Borgwardt: Ostdeutschland als Avantgarde? Avantgarde-Zuschreibungen sind unterschiedlich gewichtet etwa bezüglich Geschlechterrollen, Einstellungen, (partei-)politischer Bindungen, Fertilität, Schrumpfungs- und Tertiärisierungsprozesse. Ostdeutschland als »Verdichtungsraum für auch andernorts zu beobachtende Verwerfungen« kann als frisches Bild so gelesen werden (Mau: Lütten Klein, S. 14). Auch wenn sich das Bild der Ostdeutschen als Avantgarde eher nicht durchsetzte, der Ertrag umstritten ist, so ist es dennoch immer wieder – selbst in der Coronakrise – reaktivierbar, als Selbst- und Fremdzuschreibung zugleich, vgl. Brückweh: Das vereinte Deutschland, S. 10; hysterisch: Milev: Kriegsrecht; gefühlig: Hensel: Corona; kritisch: Kollmorgen: Corona.

Dem gegenüber steht ein sehr dystopisches Bild der Ostdeutschen als *Nachhut*, in dem der Typus des rechtsaffinen Ostdeutschen dominiert: Der oft männliche und mittelalte Ostdeutsche, der ob seines Einstellungshaushaltes als rassistisch, (extrem) rechts, mindestens Rechtspopulismus-affin gelten muss, der abgeholt wurde, wo er »stehengeblieben war«.[28] Jener Ostdeutsche, der das Straßenbild der *Baseballschlägerjahre* ebenso prägte wie Pegida und der die wichtigste Wählergruppe der AfD bildet.[29]

Eng verbunden mit diesem Bild ist das von Ostdeutschland als *Labor*, was zunächst neutral auf die speziellen Bedingungen hinweist, in denen sich die Transformation wie unter dem Brennglas vollzog, als Sonderfall gewissermaßen, in dem Transformation, Ko- und versetzte Transformationen beobachtbar sind.[30] Aus dem »Experiment Einheit« wurde ein »Labor der Zukunft«. Unter Laborbedingungen ließ sich der Transfer von Institutionen, Eliten und intermediären Strukturen »als ein Prozessbegriff, der kontrollierten Wandel anzeigt«[31] beobachten. Aber eben auch hier schon eine vom Transformationsforscher Alexander Thumfart vor fast zwei Dekaden beschriebene, bedrohliche *Uncivility*, die sich wie folgt ausdrückt(e): »Gleichgültigkeit, Intoleranz, Xenophobie, Nationalismus, Pluralismusaversion, Kooperationsverweigerung«.[32] Eine *Uncivility*, die etwa in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, in Freital und Heidenau in Pogromen und pogromartigen Übergriffen gipfelte und damit beständig die Frage re-aktualisierte, wie sehr Ostdeutschland nicht auch ein Labor und »Sonderfall« bezüglich rechter Einstellung und, vor allem, auf Tatebene, rechter Manifestationen sei. Sonderfall auch deshalb, weil in Ostdeutschland, so Thumfart »wechselseitige Fremdbilder und Abwertungsvermutungen (…) nicht, wie andernorts, abgebaut werden, sondern (…) zusammen mit einer Verpuppung in der Eigengruppe erhalten (bleiben).«[33] Kurzum, die Zuschreibungen zu Ostdeutschland changieren schon seit Dekaden zwischen Hoffnung und Warnung, zwischen Avantgarde und Nachhut, zwischen gefährdeter und gefährdender Identität.

28 Frei u. a.: Zur rechten Zeit, S. 206. Dass »rechtsradikale Kader und Medien – oftmals aus Westdeutschland – (…) ostdeutsche Problembürger als die neue Avantgarde der Reaktion [glorifizieren]«, darauf weist Quent: Deutschland rechts außen, S. 235, hin, vgl. auch Salheiser: Akzeptanz, S. 355f.: So »erscheinen viele Ostdeutsche heutzutage eher als ›Avantgarde‹ (…) eines ›*conservative backlash*‹«.

29 Lühmann: Lebenslügen; Best: Rechtsextremismus in Ostdeutschland; zum Bild: Bangel: Baseballschlägerjahre; vgl. auch Begrich: Sie waren nie weg; Kraske: Der Riss. Kritik, allerdings gänzlich empiriefrei, übt, Locke: Die Mär.

30 Thumfart: Ostdeutschland; Weingarz: Laboratorium?; Bauer-Volke/Dietzsch: Labor Ostdeutschland; zu Ko-Transformation siehe Ther: Die neue Ordnung; ders.: Das andere Ende; zu versetzten Transformationen Bösch: Geteilt und verbunden, S. 34ff.

31 Martens: Die Einigung als Experiment, o.S.; Thumfart: Ostdeutschland.

32 Thumfart: Ostdeutschland, S. 152ff.

33 Ebd.

Einen weiteren, grundlegenden Wandel der Paradigmen beschreibt Alexander Leistner: »Lange dominierte ein ›Diktaturparadigma‹ die zeitgeschichtliche Forschung (…) als Oppositions-, Herrschafts- und (vergleichende) Diktaturgeschichte bzw. als Totalitarismusforschung. Kultur- und alltagsgeschichtliche Zugänge blieben lange Zeit eher randständig, mehr noch erfahrungsgeschichtliche Zugänge. Demgegenüber waren die Forschungen zur Transformation nach 1989 durch ein ›Integrationsparadigma‹ geprägt. Letztlich war hier eine Perspektive bestimmend, die den Grad der Angleichung bzw. des fortbestehenden Abstands der ostdeutschen zur westdeutschen Gesellschaft vermaß. (…) Beide Perspektiven erzeugten Blindstellen: In der ersten Variante war Forschung zum Teil verknüpft mit einer Nivellierung subjektiver, eigensinniger Erinnerungen an die DDR. In der zweiten mit einer Nivellierung der Wucht des Transformationsprozesses, der rasanten Deindustrialisierung und der damit einhergehenden biografischen Umbrüche. Gegen das Diktatur- und Integrationsparadigma hat sich immer schon und zuletzt vehementer ein ›Repräsentanzparadigma‹ formiert. Kritisiert werden hegemoniale Deutungen (‚westdeutscher Blick‹) und die Unsichtbarkeit der Transformationsfolgen. Beschleunigt wurde dies zuletzt durch die Berichterstattung über die Wahlerfolge der AfD in Ostdeutschland. Etwas zugespitzt geht es in diesem recht jungen Diskurs um Repräsentation (gegen die Dominanz westdeutscher Eliten und Perspektiven), um Sichtbarkeit (ostdeutscher Abwertungserfahrungen) und um Identität.«[34]

3.2 Konjunkturen und Befunde der Forschung

Ein Blick in die Konjunkturen der Ostdeutschen- und Ostdeutschlandbeschau –, deren kurze *Boom*phase nun auch schon mehr als zwei Dekaden zurückliegt[35] –, mag helfen, etwas klarer zu konturieren, was an Wissen über den Osten Deutschlands vorhanden ist.[36] Die Konjunkturen der sozialwissenschaftlichen Forschung können dabei zügig umrissen werden.

34 Leistner: Rezension zu Kowalczuk. Ob das derzeitig starke Repräsentanzparadigma hilfreich für die künftige Auseinandersetzung ist, darf aber angezweifelt werden, was im Laufe des Berichtes deutlich werden sollte.

35 Vgl. Kollmorgen: Das Ende Ostdeutschlands?, S. 3ff.

36 Eine aktuelle Bestandsaufnahme, die an eine Tagung im März 2020 in Kooperation der Bundeszentrale für politische Bildung/Redaktion Deutschland Archiv und der Robert-Havemann-Gesellschaft entstand, ist inzwischen erschienen und einige Beiträge wurden hier angemerkt, wenn sie zuvor als vorliegendes Thesenpapier der Tagung auch in diesen Bericht Eingang gefunden haben. Eine systematische Auswertung der 80 Beiträge konnte aufgrund zeitlicher Überschneidungen nicht mehr vorgenommen werden. Aber als künftige Einführung in Konjunkturen und Befunde der Forschungen zu Ostdeutschland wird dieses zweibändige Werk die nächsten Jahre mutmaßlich ein wesentlicher Maßstab sein. Kowalczuk/Ebert/Kulick (Hg.): (Ost)Deutschlands Weg I u. (Ost)Deutschlands Weg II.

3.2.1 Die sozialwissenschaftliche Debatte

Dem Transformationsforscher Alexander Thumfart stellvertretend folgend, lassen sich bis 2011 etwa fünf Phasen ausmachen. Einer ersten, wilden Phase wenig aussagekräftiger sozialwissenschaftlicher Ad-hoc-Forschung folgte ein »Weg in die Zwickmühle«: jene »Phase des Zugriffs mittels Modernisierungstheorie«, die Ostdeutschland jenseits eines Eigensinns als einen »weiteren Anwendungsfall einer allgemeinen Prozesslogik« untersuchte,[37] dem Pfad der »nachholenden Modernisierung« folgend – ein sozialwissenschaftlicher Zugriff, der Modernisierung unter dem Blickwinkel eines westdeutsch-bundesrepublikanischen *role models* analysierte, von dessen Stoßrichtung bis heute die Sachstandsberichte der Bundesregierung zur Deutschen Einheit erzählen.[38] Jene lange Zeit wirkende und, so Raj Kollmorgen zuspitzend, womöglich noch heute wirksame hegemoniale »Sonderfall- und Beitrittsperspektive, welche die alte Bundesrepublik als Muster und Maßstab der ostdeutschen Transformation und ihrer Erforschung verankerte«, habe »das in der ostdeutschen Bevölkerung wie in den Eliten weit verbreitete Verständnis der ostdeutschen Umwälzung als an der westdeutschen Norm(alität) zu orientierenden Anpassungs- und Angleichungsprozess diskursiv mit konstituiert.«[39] Eine Folge westdeutscher Überformung, Ansprüche, Deutungsmuster, Förder- und damit verbundenen Wissenschaftslogiken,[40] die der Transformationsforschung lange eingeschrieben blieben.[41] Und dass diese womöglich längst nicht gewichen sind, zeigt, wie schon angerissen, der Blick etwa in den jüngsten

37 Thumfart: Die große Transformation, S. 228ff.; vgl. auch Kollmorgen: »Avantgardismus«; ders.: »Exit West«.

38 Der Hinweis findet sich bei Kubiak: Der Fall »Ostdeutschland«, o.S.: »Dies zeigt auch schon exemplarisch, wie der ›Osten‹ und ›Ostdeutsche‹ eingeordnet werden. ›Ostdeutsche‹ seien rückständig und noch nichtvollkommen in der Moderne angekommen. Konzentriert wird sich auf die vielen sozialstrukturellen Kennzahlen, aber auch auf die unterentwickelte demokratische Zivilgesellschaft, die sich noch nicht an die Verhältnisse im Westen angleichen konnten. Der Bericht zum Status der deutschen Einheit arbeitet im jährlichen Rhythmus auf, wie weit die wirtschaftliche, sozialstrukturelle und zivilgesellschaftliche Angleichung des ›Ostens‹ an den ›Westen‹ vorangeschritten ist.« Ähnlich Engler in: ders./Hensel: Wer wir sind, S. 39: »Die Ostdeutschen waren [in den 90ern] Gegenstand von Zuschreibungen, Vermutungen, bald jovialen, bald wenig freundlichen Portraits, in denen ihre Vergangenheit oftmals als Ballast erschien, von dem sie sich nun trennen sollten, um in dem neuen Gemeinwesen handlungsfähig zu werden.« Vgl. die Entsprechung im aktuellen *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019*, S. 11f.

39 Vgl. Kollmorgen: »Exit West«, These 2.

40 Vgl. Kollmorgen: »Exit West«, insbesondere These 3.

41 Was auch daran liegen mag, dass der »postsozialistischen Transformation« nun mal eingeschrieben ist, dass »der Wandel (…) in der Entwicklungsrichtung westlicher Zivilisation, politisch in Richtung Demokratie, ökonomisch in Richtung kapitalistisches Wirtschaftssystem [erfolgte].«, so Kornai: The Great Transformation, S. 217–218, zitiert nach Kollmorgen u. a.: Transformation und Transformationsforschung, S. 18.

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019: Einer kurzen *Eloge* auf die mutigen Bürger*innen der DDR folgt in Abschnitt II das Thema Angleichung der Lebensverhältnisse, das nichts über Anpassungen West verrät (trotz Strukturwandel etwa im Ruhrgebiet), sondern allein Ostdeutschland adressiert – den baulichen Zustand im Osten, die Lasten der Umweltverschmutzung, die Ansiedelung von innovativen Unternehmen, das Anwachsen der Wirtschaftskraft im Vergleich zum »westdeutschen Niveau«.[42] Zugespitzt: Umweltprobleme, verfallende Städte, Demokratieunzufriedenheit, Strukturwandel – nichts davon scheint den Westen zu treffen; die Angleichung der Lebensverhältnisse wird weiter im Duktus des Nachholens und Aufholens vorgetragen – Feinstaub in Stuttgart, verfallenden Regionen im Westen und deutlich zweistelligen Wahlergebnisse für die AfD in Baden-Württemberg zum Trotz.

Dabei war die Transformationsforschung hier schon deutlich weiter. Die anfängliche Setzung, der Transfer des Westens in den Osten müsse nur möglichst umfassend gelingen, fand Ergänzung bzw. wich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre einer offeneren, methodisch pluraleren Phase der »Verbindung von Struktur, Kultur und historischer Dimension«, so Thumfart – also der eigentlich banalen Erkenntnis, »Transformationsverläufe« würden »wesentlich beeinflusst, gerichtet sowie pfadabhängig gestaltet und ex-post verstehbar durch die Geschichte, die diese unter Beobachtung stehende Gesellschaft (im doppelten Sinne) gemacht hat.«[43] Von hier aus war der Weg in die *Politische-Kultur-Forschung*, die vierte Phase, nicht mehr weit, die künftig von *Gepäck* oder *Hinterlassenschaften* sprach, von Defiziten auf Differenz umstellte.[44] Ostdeutschland galt fortan nicht mehr als *verlorenes* Land, sondern die Ostdeutschen wie beschrieben als *Avantgarde*, Ostdeutschland als *Labor*. Von hier aus spaltete sich die politische Kulturforschung dann auf, einerseits in transnationale Zugriffe, etwa jenen produktiven Pfad, ostdeutsche Transformation stärker in die osteuropäische Transformationsgeschichte einzubinden[45] und andererseits in jenen fruchtbaren Versuch, *das Ostdeutsche* in regionale Untereinheiten aufzuspalten, subnational, mithilfe regionaler politischer Kulturforschung, ostdeutsche Transformation und Überhänge aus der DDR einzubetten in regionale, lokale Bedingungen.[46]

42 Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019, S. 11f.

43 Thumfart: Die große Transformation, S. 232.

44 Vgl. etwa Heinrich-Böll-Stiftung u. a.: Differenz in Einheit. Vgl. zu Phasenmodell, Modernisierung, Theorienpluralismus mit Fluchtpunkt regionale Differenzierung in globalisierten Verhältnissen Birkner, Regionale Disparitäten.

45 Die Bandbreite wird etwa abgebildet in Kollmorgen u. a., Handbuch Transformationsforschung.

46 Instruktiv Werz/Koschkar: Regionale politische Kultur, so auch bereits Lorenz: Wandel durch Annäherung, S. 25f.: »Ostdeutschland sollte in dieser Forschung als ausdifferenzierte Region neben anderen betrachtet werden, ohne (…) systematische empirische Unterschiede zwischen den früheren Staatsgebieten aus politischen Gründen unter den Tisch zu kehren.«; Mannewitz: Politische Kultur, Neumann: Ostdeutsche Besonderheiten? Festzuhalten bleibt aber,

Allerdings hatte dieser Trend auch zur Folge, dass Ostdeutschland als Gegenstand an Aufmerksamkeit verlor und sich, erinnerungslogischen und förderlogischen Prozessen folgend, punktueller und seltener Aufmerksamkeit verschaffte.[47] Ein daran anschließender, jüngerer, populärer werdender Zweig der Transformationsforschung versucht sich dennoch, in der Einlösung der Verbindung von Mikroebene und Makroebene, dem Gegenstand *Osten* zu nähern, indem »die Thematisierung ›des Ostens‹ selbst und dabei vor allem das Ins-Verhältnis-Setzen von Ost und West sowie die subjektiven Erfahrungen der beteiligten Akteure und Akteursgruppen nicht nur in konzeptionellen Entwürfen, sondern mit umfangreichen Praxisdaten, einer anspruchsvollen Methodologie und einem dezidiert theoretischen Hintergrund« bearbeitet werden.[48] Überdies zeigen Verlagsankündigungen, dass das Thema Ostdeutschland im Einheitsjahr und der neuen Themenkonjunktur wieder an Fahrt aufnimmt.[49]

3.2.2 Die zeithistorische Debatte

Auch die Zeitgeschichte hat nach den Meistererzählungen zur (jüngeren) Bundesrepublik und ihren (langen) Wegen, Suchen, Ankünften und Ordnungen sowie Phasenbeschreibungen wie Modernisierung, *dynamischen Zeiten* und Jahren *nach dem Boom*, inzwischen auch Ostdeutschland und die 1990er Jahre »entdeckt«.[50] Davor aber stand die auch professionsbedingte Phase des DDR-Beforschens, deren Konjunkturen denen der Transformationsforschung nicht ganz un-

dass Politikwissenschaft damit dem Fachtrend der »Mathematisierung« folgt (Probst: Was ist Politik?). Ausnahmen liefern Michelsen u. a.: Rechtsextremismus; Bergem: Integration und Differenz; Wohlleben: Die lange Transformation. Zum »Problem« der Daten und ihrer Auswertbarkeit: Kollmorgen: Subalternisierung, S. 305ff.

47 Lorenz: Wandel; Bohr/Krause: 20 Jahre Deutsche Einheit; die Liste der Forschungsvorhaben bis 2011 bei Krüger: Forschungsvorhaben; Kollmorgen spricht von einem neuen Schub seit 2005 bzw. 2014/15, der unter der Überschrift »Reflexive Distanzierung, Generationswechsel und Historisierung als Chancen der Erneuerung« ein »langfristig fruchtbares Forschungsfeld« sieht, Kollmorgen: »Exit West«, These 5.

48 Matthäus/Kubiak: Neue Perspektiven«, S. 4; zum Ertrag Pates/Schochow: Der »Ossi«; Haag u. a.: Erinnern; Lettrari: Wendekinder. Kritisch wäre anzumerken, dass das Hinterfragen des Bildes vom kollektiven Ostdeutschen in der Transformationsforschung bisweilen schwach ausgeprägt ist und historische Tiefe vermissen lässt. Der kollektive Ostdeutsche als das subalterne *Andere* ist dennoch so etwas wie *State oft the Art*. Kritik daran bei Pollack: Opferdiskurs; Fröhlich: Opfert nicht rum; einordnend Mau: Soziokultur.

49 Pollack: Das unzufriedene Volk; Matthäus: Der andere Blick auf den »Osten«; Auenmüller: Getrennt vereint.

50 Einen Überblick über Ansätze, Fragestellungen und Methodologie liefert Brückweh: Das vereinte Deutschland und *in extenso* die Studie, die Kerstin Brückweh im vorliegenden Band vorgelegt hat; weitere Hinweise liefert das Themendossier »Weder Ost noch West« bei Zeitgeschichte-online, Einlösung lieferte jüngst etwa Kowalczuk: Die Übernahme.

ähnlich sind: Auch für die geschichtswissenschaftliche DDR-Forschung gilt, dass die frühen 1990er Jahre wilde, ertragreiche, *boomende* Jahre waren, mit ähnlichen Konflikten, Ost-West-Differenzen, Institutionalisierungen, Förderlogiken und -konjunkturen. So begann »die öffentlich-politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur (…) sofort nach deren Ende«, und dies mit einer Intensität, die keinen Vergleich scheuen muss.[51] »Dass die DDR eine von der SED bestimmte Diktatur war, stand zwar – anders als vor 1989 – nicht mehr ernsthaft zur Debatte. Aber deren Etikettierung als totalitär, modern, parteibürokratisch, stalinistisch, als Erziehungs-, Konsens-, Fürsorge-Diktatur beflügelte die Debatte. Der wissenschaftliche und politische Streit um Alltag, Normalität, Weichspülen und Verharmlosen war zeitweilig heftig«, so Kleßmann weiter, der damit wesentliche Debattenstränge verdichtet.[52] Eine andere, für die Ostdeutschland- und DDR-Debatte wichtige Unterscheidung bezieht sich auf die Erinnerungskultur, auch auf das Nachwirken der DDR, ihr Nachleben: Denn bei aller Unterschiedlichkeit existiert die DDR als historischer *Erfahrungsraum*[53] und als vielgestaltiger Erinnerungsort.[54] Überhaupt, die Erinnerung: Es macht in Hinblick auf Deutungen zur DDR und ihrem ostdeutschen Nachleben einen großen Unterschied, wo sich Protagonist*innen, Beobachter*innen und Deuter*innen in der Erinnerungslandschaften verorten.[55]

Besonders deutlich wird dies wiederum im Hinblick auf den Rechtsextremismus. Schon die Tatsache, dass – etwa in den Erhebungen des Thüringen-Monitors 2005 (!) – »ein kontinuierlich starker und höchst signifikanter Zusammenhang zwischen einem positiven DDR-Bild und dem Wunsch nach einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung mit dem Rechtsextremismus« gemessen wurde, deutet darauf hin, dass es fatal wäre, die DDR-Sozialisation und die positive Identifika-

51 Kleßmann: Phasen und Konjunkturen, S. 31.

52 Ebd.; vgl. neben frühen Erträgen etwa der Enquetekommissionen hierzu die Forschungs-/Debattenüberblicke etwa bei Mählert: Auslaufmodell?; Sabrow: DDR-Erinnerung; Ihme-Tuchel: Die DDR; Mählert: Die DDR als Chance; den umfänglichen Literaturbericht von Wolff: In der Teilung vereint, und die Studie von Kerstin Brückweh.

53 Das Plädoyer für lange ostdeutsche Erfahrungsräume bei Kowalczuk: Die Übernahme, S. 85ff.; Ha: Realität; Lühmann, Eine Erfahrungsgemeinschaft sowie im Abschnitt 6.

54 Heterogenität und Spezifik ostdeutscher Erinnerung bei Haag: Im Dialog über die Vergangenheit, S. 43–59.

55 Ob sich also der Zugriff über das v. a. offiziell geprägte, »auf den Opfer-Täter-Gegensatz fokussiert[e]« Diktaturgedächtnis vollzieht oder über »das vielfach dominante (…) Arrangementgedächtnis, das vom richtigen Leben im Falschen weiß« und anders als das dichotome Diktaturgedächtnis die Graustufen des DDR-Alltags einpreist, und dabei »zwischen ironischer Anrufung und ostalgischer Verehrung der ostdeutschen Lebensvergangenheit oszilliert« oder über das Fortschrittsgedächtnis kommt, welches die DDR »vor allem von ihrem Anfang her denkt«, als »legitime Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung.« (Sabrow: DDR erinnern, S. 18f.).

tion mit ihr als wichtigen Erklärungsfaktor auszublenden.[56] Kurzum, das Wegführen des Blicks von Herrschaft, ohne diese völlig auszublenden, auf Alltag und Erfahrung ist instruktiv. Wie eng verwoben die Sphären dennoch sind, zeigt sich in kaum einem anderen, vor allem politisch und medial umkämpften Begriff wie dem des »Unrechtsstaats«, aber auch der Frage, »wem« die Revolution »gehöre«, oder der nach der Rolle der Treuhand.[57]

Ein solcher Zugriff – ergänzt um einen, der das Jahr 1989 als Zäsur (transnational) zumindest befragt[58] und die Erweiterung der Fragestellungen – hat in jüngster Zeit ertragreiche Perspektiven hervorgebracht: etwa den (erneuerten) Versuch, Rechtsextremismus und Rassismus in einer langen Linie zu verhandeln, eine »lange Geschichte der Wende« oder die »schwierige Geschichte der Transformation Ostdeutschlands« zu beschreiben, die Aufarbeitung aufzuarbeiten.[59] Kurz, auch die Historiker*innen setzen, 30 Jahre nach Revolution und Einheit und damit auch Fachlogiken folgend, dazu an, die DDR und Ostdeutschland stärker zu verbinden, Ost und West stärker zu verflechten,[60] die »flotten Formeln der 1990er Jahre« hinter sich lassend, einer integrierenden Nachkriegsgeschichte zugewandt, die sich lang wirkender Grundkonflikte bewusst ist.[61] Ein Vorteil einer solchen »integrierten Nachkriegsgeschichte«, liege darin, »von der Geschichte staatlicher Apparate auf die Geschichte sozialer und kultureller Phänomene umzublenden:«[62] »Deutsch-deutsche Geschichte liegt damit nicht in den Gegenstän-

56 Vgl. Edinger: Thüringen-Monitor 2005, S. 72; vgl. auch Best, Demokratie mit doppelter Diktaturvergangenheit.

57 Zur ersten Orientierung Holtmann, Ein Unrechtsstaat?; Zur reaktualisierten Debatte »Wem gehört die Friedliche Revolution?« vgl. den umfänglichen Überblick auf den Seiten der Robert-Havemann-Gesellschaft, https://www.havemann-gesellschaft.de/themen-dossiers/streit-um-die-revolution-von-1989/ (abgerufen am 21.4.2021); zur Treuhand, instruktiv für das gesamte Forschungsfeld Böick: Die Treuhand; ders.: Zwölf Thesen zu Wirtschaftsumbau und Treuhandanstalt.

58 Siebold: Die Zäsur 1989. Interessant und instruktiv wurde diese Perspektive bereits auf die erfahrungsgeschichtliche Dimension der Zäsur von 1945 angewendet, auch (ordnend) auf 1968, produktiv auch für das Jahr 1973.

59 Vgl. Tagungsbericht: Rechtsextremismus als Gegenstand der Zeitgeschichte; Brückweh u. a.: Die lange Geschichte der »Wende« (vgl. hierzu auch den Forschungsbereich Transformation am HAIT); Bösch: Geteilte Geschichte; Hochscherf u. a.: Divided, but not disconnected; Böick/Brückweh: Weder Ost noch West; und die assoziierten Beiträge zum Themenschwerpunkt, vgl. darüber hinaus die vielen Hinweise bei Wolff: In der Teilung vereint; Kowalczuk: Aufarbeitung der Aufarbeitung.

60 Kowalczuk: Die Übernahme; Bösch: Geteilte Geschichte; Bajohr u. a.: Mehr als eine Erzählung.

61 Vgl. etwa den Hinweis bei Kowalczuk: Die Übernahme, hier das Kapitel 10: Ungebrochene Traditionen: Bürden der Vergangenheit als Last der Gegenwart, S. 215–233; vgl. Behrends u. a.: Fremd-Sein, S. 11f.

62 Wolff, In der Teilung vereint: S. 390, einen voluminösen Vorschlag in die Richtung unterbreitete Dietrich: Kulturgeschichte der DDR.

den selbst, sondern in den an sie herangetragenen Fragestellungen.«[63] Diese sind schließlich oft auch passgenauer zu populären Debatten und deren notwendiger wissenschaftlicher Begleitung, etwa bezüglich Transformationsgeschichte(n), ostdeutscher Identität und ostdeutscher politischer Kultur, auch zu den Spezifika der Demokratieentwicklung, des Rassismus und des Rechtsextremismus in Ostdeutschland.[64] Dies sollte dazu führen, die Ost-West-Dichotomie, etwa die westdeutscher West-Bindung und ostdeutscher Aufarbeitung, zu überwinden, auch durch Hinwendung zu »Kategorien wie Biografien, Familie, Identitäten, Organisationen und Institutionen«, ergänzt durch »Kategorien wie Emotionen (Ängste, Hoffnungen et cetera), Erinnerung.«[65] Wie das am Beispiel von Emotionen, vor allem aber Biografien (hier im Sinne von Generationen), Ängsten, Hoffnungen, Enttäuschungen, gruppiert um die Frage von ostdeutscher Identität, funktionieren könnte, wo die Chancen eines solchen Zugriffs jenseits von Verkürzungen und Schlagworten liegen, soll im Folgenden intensiver diskutiert werden – als durchaus interdisziplinärer Vorschlag, wie ein Blick auf *den* Osten, *die* Ostdeutschen geworfen werden kann, ohne in Stereotype zu verfallen oder die gesamtdeutsche Perspektive im Einheitsjahr auszublenden.

4. Identitäten und Anerkennungen im Einigungsprozess

Ich will, bevor ich zu Fragen von Identitäten und Anerkennungen komme, an dieser Stelle noch einmal auf den Titel der Studie zu sprechen kommen, der, je nachdem, wie er gelesen wird, schon ein einziger Fallstrick sein kann: »Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess.« Braucht es *mehr* oder *weniger* fest umrissene Identitätskonstrukte für Anerkennung? Und was wäre das, im Falle ostdeutscher Identität? Bin ich *noch* Ostdeutscher, weil ich 1980 in Leipzig geboren bin, seit 2002 in Göttingen lebe, am ehemaligen *Zonenrandgebiet*, mit einer im Norden geborenen Frau, der der Begriff westdeutsch fremd ist, weil sie *NRW* kaum kennt, und Kindern, die ost- und norddeutsche Großeltern haben. Oder was bin ich, der seit 18 Jahren *im Westen* lebt, einem *Westen*, der sich nicht als *Westen* sieht, sondern, ich komme nochmals auf Göttingen, darüber debat-

63 Wolff: S. 390.

64 Exemplarisch Michelsen u. a.: Rechtsextremismus; Herbert: Ausländer – Asyl – Pogrome; Behrends u. a.: Fremd-Sein; Kleßmann: »Deutschland einig Vaterland«?; instruktiv: Wowtscherk: Zeitbombe, der auf Kontinuitäten und Dynamisierungen von Übergriffen/Pogromen gegen Gastarbeiter*innen in der DDR und Ostdeutschland hinweist. Jüngst der Streit um ostdeutschen Antisemitismus, ausgelöst von Brumlik: Ostdeutscher Antisemitismus.

65 Wolff: In der Teilung vereint, S. 390, Hinweise dazu auch in der Studie von Kerstin Brückweh.

tiert, ob die südniedersächsische Stadt noch eben nord- oder schon süddeutsch sei. Wie ich schon unter Verweis auf Bösch und an späterer Stelle ausführlich diskutiert habe, keine unwesentliche Kategorisierung im *Westen*, aber eben auch im *Osten*. Wer ist also gemeint, wenn über ostdeutsche Anerkennung, Gehör und Quote diskutiert wird, über *Identitäten und Anerkennungen*? »Identitäten und Anerkennungen im Vereinigungsprozess«, ganz offenkundig ist der erste Teil des Titels nicht ganz einfach, evtl. ist er – Stichwort Identitätspolitik – eine Bürde und auch eine Anmaßung insofern, als es in der Bundesrepublik, wenn wir das Thema ost- wie gesamtdeutsch betrachten, womöglich (oder eher mit Sicherheit) gesellschaftliche Gruppen gibt, die noch mehr um Anerkennung kämpfen (müssen). Gleichstellung, Chancengleichheit[66] (Alltags-)Rassismus, rechter Terror und die vielen rechten Morde sind hier die Stichworte.[67]

Aber auch mit dem zweiten Teil des Titels ist es kompliziert: »im Vereinigungsprozess«. Was meint Vereinigung – Institutionen, »innere Einheit«, Anpassung an ein gemeinsames Ideal oder nur ein westdeutsches, so der häufige Vorwurf. Und, wo und wann fängt dieser *Vereinigungsprozess* an? 1989, in der Revolution, als die Einheit noch nicht flächendeckend Thema war (in Plauen hingegen schon)?[68] Mit Gorbatschow, Ungarn, der Öffnung der Mauer, mit der *Einheitswahl* im März 1990, mit der Währungsunion, mit dem 3. Oktober? Und, wird da nicht zu viel übersehen? Die *lange* Geschichte der *Wende*, die tiefen Spuren der Geschichte, auch jene von Rassismus und Rechtsextremismus? Und wenn dann Autor*innen schreiben, ostdeutscher Rassismus, ostdeutsche »Fremdenfeindlichkeit« sei auch das »Aufspießen westdeutschen Toleranzgelabers«, ein ostdeutscher Widerstandsakt wider die westdeutsche Nichtanerkennung und Abwertung, die diese Mittel wählt, um dem Westen sein tolerantes, vielfältiges Selbstbild streitig zu machen – schließt sich da nicht ein gefährlicher Kreis in einem um Anerkennung kämpfenden Identitätsangebot, das den Vereinigungsprozess vergiftet, weil es neue Mauern errichtet, wo Brücken gebaut gehören?[69] Ein Dialog aus der Mini-Serie *Warten auf'n Bus* lässt aufhorchen. Hannes: »Wenn der rechte Ossi den

66 Vgl. etwa den Hinweis, wonach gerade einmal 1,8 % der Oberbürgermeister einen Migrationshintergrund besitzen, bei einem Bevölkerungsanteil von 26 % (darunter keine Frau), vgl. Mediendienst Integration: Oberbürgermeister.

67 In Bezug auf die Frage nach den Ostdeutschen als *Bürger zweiter Klasse* bereits Kollmorgen: Subalternisierung, S. 308.

68 Die (mikro-)regionale Verteilung von Identität als Ergebnis historischer Prozesse dürfte ein produktives Feld der Forschung sein, Hinweise dazu lieferte jüngst Neumann: Ostdeutsche Besonderheiten?; zu Plauen 1989, dem die Kamerabilder fehlen, u. a. Kowalczuk: Endspiel, S. 398; zum Plauener Bemühen, dies zu würdigen: https://www.wendedenkmal.de/.

69 Das Bild popularisierte u. a. Jana Hensel. Vgl. Wegner/Amend: Warum beschweren sich die Ossis?, ab 2:48; kritisch: Nguyen: Doppelt heimatlos; Lühmann: Der ostdeutsche Monolith; aufgegriffen u. a. von Zick: Verlorene Mitte, S. 276. vgl. auch Simon: Wut schlägt Scham, S. 50.

Ausländer schlägt, meint der eigentlich den Wessi.« Ralle: »Wo hast'n dit her?« Hannes: »Aus der Zeitung. Stimmt aber och«.[70]

Sinnvoll scheint deshalb ein Ansatz, der zwar von ostdeutscher Identitätsproduktion (Ralle: »East Gender, man, verdammt! (…) Mein soziales Geschlecht ist ostdeutsch.«)[71] ausgeht – literarisch, journalistisch, publizistisch, wissenschaftlich –, dies aber zugleich mit einem hoch differenten Erfahrungs- und Diskursraum kontrastiert, der regionale und generationelle Besonderheiten kombiniert mit der gemeinsam geteilten Geschichte und ihrer Fortschreibung nach 1990. Was also gebraucht wird, ist ein Blick sowohl auf das demokratische als auch auf das bedrängte und nicht zuletzt das bedrängende, »toxische« Potenzial ostdeutscher Identität – auf *gefährdete* und *gefährdende* Identität.

4.1 Kollektive ostdeutsche Identität?

Eine Szene am Kai von Greifswald: ein warmer, langer Sommerabend, im Hafen treffen sich junge Menschen, Typus urbanes Publikum, es herrscht ausgelassene Stimmung, es gibt Fisch, Falafel und Craft-Beer-Stände, die Musik erinnert an die Palmen, die hier weitgehend fehlen. Ein größere Ansammlung eines männlichen Phänotyps, der gemeinhin unter dem Begriff Hipster gehandelt wird, Bärte und Flip-Flops tragend, den Jute-Beutel entspannt über die Schulter gehängt, steht, etwas Klischee-untypisch um drei Autos herum: einen Trabant, einen Wartburg und einen Barkas (Letzterer schon immer auch der Traum meiner Jugend, weil das Schiebedach des »B 1000« des Nachbarn Freiheit verhieß, die allerdings meist unerreicht blieb, weil die größeren Nachbarjungs immer schneller waren, wenn die seltenen Ausfahrten anstanden). Was ein Kindheitstraum blieb, konserviert, aber nicht in die heutige Zeit hinübergerettet, scheint für jene Mitt- bis Endzwanziger indes weit mehr zu sein. Die Autos auf Hochglanz, stolz vorgezeigt, ganz Interessierte dürfen mal Probesitzen, man fachsimpelt, lacht, scherzt, Wörter wie »urst« und »knorke« fallen, mit einem polternden Lachen ausgesprochen. Die T-Shirts räumen letzte Zweifel aus, das kurvige »S« von Sachsenring in Zwickau, das dem Trabant sein Logo leiht auf dem einen, *Born in Ostdeutschland* auf einem anderen T-Shirt. Man ist ostdeutsch und stolz darauf, eine F6 in der linken, ein Sterni-Export in der rechten Hand.[72]

70 Warten auf'n Bus, D 2020.

71 Ebd.

72 = Sternburg Export, ein Leipziger Bier, welches u. a. wegen des roten Sterns auf dem Etikett und einem Stern auf dem Kronkorken eines der wenigen Ost-Produkte mit *Street-* und *Szenecredibility* in linken Kreisen westdeutscher Universitätsstädte ist.

Ob ich diese Szene aus dem Sommer 2019 richtig erinnere oder hier und da etwas dazulege, was ich gelesen, anderswo gesehen, im Kopf als Bild zusammengebaut habe, so ganz sicher bin ich mir nicht, aber plausibel scheint mir das Bild, wohl auch, weil es dem entspricht, was ich mir unter Ostbewusstsein vorstelle – ein bewusstes Jonglieren mit Bildern und Symbolen, mit Sprache und mit *Codes*, also jenen Artefakten, die Milieus die wohlige Glutwärme der Zugehörigkeit spendet. Nun sind die Zeiten der Milieus, insbesondere der sozialmoralisch überwölbten, längst Geschichte, im Osten Deutschlands wohl noch länger als im Westen. Während im Westen die Milieus im und nach dem großen Strukturbruch der 70er Jahre zerstoben, weil Säkularisierung, der Abschied vom Malocher, der Aufstieg durch Bildung, die Division des bürgerlichen Milieus in Wagner und Schlingensief, in alte und neue Bürgerlichkeit, ihnen zusetzte, blieb auch im Osten wenig an alten Milieus erhalten. Die Diffusion der ostdeutschen Gesellschaft in eine weitgehend kleinbürgerliche oder arbeiterliche, die nur wenige Restmilieus konservierte – im katholischen Eichsfeld, im Umfeld der protestantischen Pfarrhäuser, in Pankow (?) – jedenfalls konnte nach den turbulenten zwei Jahren von Revolution und Einheit, die so trist anfingen, wie sie euphorisch endeten, um dann in eine lange Phase der Unsicherheit und (Erwartungs-)Enttäuschung, der mangelnden Anerkennung und der Abwertung, der Missachtung und Zurücksetzung zu münden, kaum auffangen. Warum dieser Exkurs? Nun, er steckt ab, in welchen diskursiven Räumen (kollektive) ostdeutsche Identität verhandelt werden kann und auch verhandelt wird.

(Kollektive) Identität selbst ist derzeit in aller Munde: Da ist die heftig umstrittene vermeintliche Identitätspolitik von links, wider die, zugespitzt, Hegemonie des alten weißen (westdeutschen?) Mannes, da ist die menschenfeindliche, völkisch-identitäre Identitätskonstruktion von neurechts.[73] Und jenseits der – sehr ungleichen – Debatten finden weitere Identitätskonstruktionen und -politiken statt, auch jene der aktiven ostdeutschen Kollektivierung vs. deren Konstruktion oder den Kampf über die Deutungshoheit der Vergangenheit.[74] Das (boomende) Konzept der kollektiven Identität, es bleibt dennoch umstritten und problema-

73 Kastner/Susemichel: Zur Geschichte linker Identitätspolitik; Müller: Rechtspopulismus als Identitätspolitik; zur Einordnung: Dyk: Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen; zum ostdeutschen Unbehagen an westdeutscher Deutung vgl. die Kritik der dritten Generation Ost an den »betagte[n] westdeutsche[n] Herren«, in deren »Interpretationen der Geschichte« sie sich »nicht oder falsch vertreten sahen.« (zitiert nach Brückweh: Das vereinte Deutschland, S. 6). Die Debatte um Identitätspolitik soll hier aus Platzgründen nicht weiter aufgemacht werden, aber der Hinweis, dass hier zahlreiche Fallstricke lauern und sogenannte Identitätspolitik selbst diskursiver Kampfbegriff ist, scheint von Nöten.

74 Ahbe: Konstruktion; zu aktivem ostdeutschen Selbstbekenntnis vgl. Initiativen wie *Wir sind der Osten*, *3te Generation Ost* oder das Etikett der *Wendekinder*. Zu nennen sind aber auch Versuche aus der extremen Rechten, das »ostdeutsche Volk« anrufend, »vollende die Wende« und ähnliche Slogans in den identitätspolitischen Diskurs zu werfen, dem entgegen Ebert/Schwa-

tisch, in seiner Konturierung eher unklar.[75] Ein »leerer Signifikant«, über dessen Ausfüllung es ein zähes Ringen gibt.[76] Pragmatisch, auch im Sinne der Frage nach Anerkennung und Identität im Einigungsprozess, nach gefährdeter und gefährdender Identität, wird hier davon ausgegangen, dass (zumindest die Suche) nach kollektiven (Teil-)Identität(en) »unvermeidbar« sei, weshalb ein Ausblenden der (real existierenden) Debatte darüber nur wenig Sinn macht.[77]

Auf einem anderen Blatt steht dann die Frage, ob diese kollektive Identität zwangsläufig *ostdeutsch* sein muss – schließlich muss sie im eigenen Erleben keine Rolle spielen[78] bzw. können andere Identitäten dominieren. So hat etwa auch Susanne Rippl jüngst in einer qualitativen Studie herauszuarbeiten versucht, wie sehr starke mediale Narrative in Bezug auf Ostdeutschland in den geführten Interviews tatsächlich aufgegriffen und zur Beschreibung von (ostdeutscher) Identität herangezogen werden. Die Ausgangsfrage der Studie lautete: »Insbesondere emotional aufgeladene und populistisch aufbereitete einfache Botschaften verbreiten sich schnell. Über die Polarisierung werden kollektiv besonders wirksame Bilder und Narrative geschaffen. Dennoch stellt sich die Frage, ob über diese mediale Verbreitung zugleich eine große Relevanz dieser negativen Kategorien für den Einzelnen entsteht.«[79] Das womöglich überraschende Ergebnis: Schon der Pretest der Studie, damit ist der vorgelagerte Test der Interviews auf ihr »Funktionieren« gemeint, zeigte, dass die Befragten sehr wenig mit der Thematik anfangen konnten.[80] Auch in Zusammenschau der Ergebnisse zeigte sich ein, wie die Autor*innen betonen, überraschend geringer Bezug auf ostdeutsche Selbst- und Fremdzuschreibung, die hier ungekürzt wiedergegeben werden soll: »Insgesamt ist es den Befragten sehr schwer gefallen, etwas Konkretes mit ›ostdeutsch sein‹ zu verbinden. Oft entstanden vor der Antwort Denkpausen. Keiner der In-

be/Kowalczuk: Nicht mit uns; zur Debatte der Überblick bei der Robert-Havemann-Gesellschaft, Streit um die Revolution von 1989.

75 Antweiler: Kollektive Identität, S. 443 und S. 450f; Sterbling: Kollektive Identitäten, S. 581; Giesen/Seyfert: Kollektive Identität.

76 Giesen/Seyfert: Kollektive Identität, S. 39f. Grundlegende Kritik formuliert Niethammer: Kollektive Identität, dem Uffa Jensen, Kollektive Identität, o. S., allerdings entgegenhält, mit seiner Kritik die Betonung der Kultur für die Wissenschaft zu übergehen. Vgl. auch Kollmorgen, Subalternisierung, S. 304, demzufolge »tendenziell leere Signifikanten (…) markanter Ausdruck von Prozessen hegemonialer Diskursgestaltung [sind]«, und der das auch für »ostdeutsch« annimmt (ebd., S. 325–340, insbesondere S. 334f.).

77 Weshalb »demokratiekompatible kollektiven Identität« in den Blick kämen, vgl. Westle: Kollektive Identität, S. 275ff.

78 »Alex aus Good bye, Lenin wäre 1990 nie auf die Idee gekommen, sich als ostdeutsch zu bezeichnen« (Staud: Die ostdeutschen Immigranten, S. 273). Vgl. auch Ahbe: Ostdeutsche Erinnerung, S. 1; der Überblick bei Neller: DDR-Nostalgie, S. 53ff., Salheiser: Akzeptanz, S. 344f., Rippl u. a.: Zwischen medialen Narrativen und eigenem Erleben.

79 Rippl u. a.: Zwischen medialen Narrativen und eigenem Erleben.

80 Ebd.

terviewten äußerte sich extrem positiv, im Sinne von Stolz auf Ostdeutschland. Ebenso wenig ergaben die Interviews extrem negative Konnotationen. In zwei Interviews wurden explizit negative Selbstbeschreibungen geäußert, in dem Sinne, dass zu viel ›gejammert‹ würde oder dass die Zuordnung ›ostdeutsch zu sein‹ keinen Stolz erzeuge und allgemein eher mit Negativem verbunden sei. Negative Assoziationen, die mit dem heutigen Ostdeutschland verbunden wurden, waren die Begriffe ›Nazis‹ oder AfD (in zwei der Interviews genannt) und reale Konflikte, wie existierende Lohnungleichheiten, die in drei der Interviews benannt wurden, allerdings ohne diese Motive in einen ›Opfer-Diskurs‹ einzubetten. Positive Narrative zu der Zeit nach der Wende ergaben die Interviews nicht. Für das Gros der Befragten (mit Ausnahme einer Person mit unterschwellig hoher Salienz) hat das Thema eine eher geringe Alltagsrelevanz und wurde weit weniger emotional betrachtet als anfänglich erwartet. Selbst im Verlauf der Interviews wurden kaum starke Emotionen sichtbar. Es überwog eine Haltung, die die Thematik in die Vergangenheit verweist und die Gegenwart – teilweise als Wunsch formuliert – im Sinne eines ›wir sind jetzt eins‹ oder ›für die Jungen zählt das nicht mehr‹ konstruiert. Eine starke emotionale Polarisierung zwischen Ost und West konnten wir in den Interviews nicht finden.«[81]

Worauf Susanne Rippl und ihre Co-Autorinnen hinweisen, provoziert zwangsläufig die Frage, woher dann die ganzen Narrative kommen, die sich in einer neuen Suche nach ostdeutscher Identität verdichten, in der Frage nach dem »Wer wir sind«, in der Aussage, es gebe »Ostbewusstsein«, und wie sich das mit anderen, bei Rippl angedeuteten, Bildern ins Verhältnis setzen ließe: Etwa *die* Ostdeutschen als *(monolithische) Opfergemeinschaft*, als *kolonisierte und angeschlossene* Gesellschaft, als ost-west-ostwestdeutsche *Konstruktion*, als Übergangsphänomen oder reaktualisierte *Grenzziehung*, als *Selbstentdeckung* oder doch *nur* als (mehr neutrale) *Erfahrungsgemeinschaft.*

Ein kurzer Blick in die Theorie mag helfen: Allgemein lässt sich zunächst festhalten, dass unter kollektiven Identitäten »alle Vergemeinschaftungs- und Vergesellschaftungsvorgänge« zu verstehen sind, »die zu deutlich abgrenzbaren sozialen Einheiten führen, wobei kommunikative Prozesse Selbst- und Fremdidentifikation und entsprechende Einstellungen von konstitutiver Bedeutung erscheinen.«[82] Etwas enger formuliert, ist kollektive Identität »demnach im Kern (1) die Wahrnehmung und das Erleben von Kontinuität und Brüchen bei Mitgliedern der Eigengruppe und (2) die Perspektive anderer Kollektive auf die Eigengruppe in der Wahrnehmung bei Mitgliedern des Eigenkollektivs.«[83] Wichtig in dem Zusammenhang ist, dass kollektive Identität keine Konstante ist, nichts, in das sich Individuen hinein-

81 Rippl u. a.: Zwischen medialen Narrativen und eigenem Erleben.
82 Sterbling: Kollektive Identitäten, S. 581f.
83 Antweiler: Kollektive Identität, S. 452.

begeben und nichts, was einfach vorgefunden wird; sondern kollektive Identitäten werden (narrativ) konstruiert.[84] Und sie sind ein Beziehungsprodukt des Individuums mit einer *Wir-Gruppe*: »Kollektive Identität bezieht sich auf wahrgenommene oder erlebte Kontinuitäten in Kollektiven.«[85] Die Frage *Wer sind wir?* hängt zusammen mit der Frage *Wer bin ich?* und verweist damit auf die individuelle und kollektive Ebene von Identität, mithin auch Alterität und *othering*, und wird damit letztlich in Interessekonkurrenzen auch emotional einsetzbar.[86] Dabei kann das *Wir* unterschiedlich ausgefüllt werden, essenzialistisch über Kultur, Sprache, Herkunft, Geschichte oder konstruktivistisch beispielsweise über die Idee der Nation.[87] Und: Das *Wir* verändert auch die Sicht – aus einem hochzufriedenen Sachsen kann ein zurückgesetzter Ostdeutscher werden, innerhalb der gleichen Befragung.[88] Was lässt sich aus der Theorie für den ostdeutschen Fall ableiten?

Erstens: Dass eine Pluralisierung von Identitäten einem *melting pot* gleich eine gesamtdeutsche Identität hervorbringen würde, war schon 1990 unwahrscheinlich. Die »still entschlafene« Rede von der »inneren Einheit«, die sich unter anderem aus Bildern sich in den Armen liegenden Menschen an Grenzübergängen erhoffen ließ, war womöglich nicht nur ein Opfer des Vereinigungsprozesses und ostdeutsche Identität nicht nur ihr Produkt.[89] Schließlich sind Identitätsprozesse nachgerade ein natürlicher und (bezüglich Prozessen der Demokratisierung)[90]

---

84 Und dabei v.a. diskursiv abwertend, als *das Andere*: Kubiak: Der Fall »Ostdeutschland«; moralisch und ökonomisch geteilt: Hollenstein: Das doppelt geteilte Land, S. 8; als Diskurs der Subalternisierung: Kollmorgen: Subalternisierung; als (*Nolens-volens*)-Ist-Zustand: Kowalczuk: Übernahme, S. 89f.; ein Überblick bei Sitte-Zöllner: (Un)Doing East, S. 139ff.

85 Mit allen paradoxen Folgen: »So kann jemand beispielsweise sehr zufrieden mit seiner persönlichen Situation sein und sich, sobald eine Identität als Ostdeutscher angeregt wird, durchaus über die Ungerechtigkeit der Benachteiligung von Ostdeutschen ärgern« (Mummendey/Kessler: Deutsch-deutsche Fusion, S. 303).

86 Antweiler: Kollektive Identität, S. 451. Diesen Effekt diskutiert etwa Kollmorgen: Subalternisierung, S. 312f.: »Andererseits ist zu vermuten, dass viele Ostdeutsche gelernt haben, dass ein öffentliches Beklagen des minderen Status – ganz unabhängig vom »Objektivitätsgehalt« der behaupteten Missachtung – im politischen Raum Türen für zusätzliche Forderungen und Förderungen öffnet.« (S. 313); Entsprechung findet das etwa bei Köpping: Integriert; Bangel: Euer Höcke; dem entgegen Lühmann: Eigene Geschichte.

87 Sterbling: Kollektive Identitäten, S. 582f.

88 Der Hinweis bspw. bei Pollack: Opferdiskurs; Neumann: Ostdeutsche Besonderheiten? Zur sächsischen Spezifik: Ahbe: Aufbruch und Illusion, S. 20; Steinhaus u.a.: So geht sächsisch!, Lühmann: Sächsische Befunde.

89 Zur Rede der »inneren Einheit«: Ahbe: Große Erzählung, S. 15. Womöglich ist die »Entdeckung ostdeutscher Gemeinschaftsgefühle (…) nicht nur der ernüchternden Begegnung mit dem ›Wessi‹ geschuldet, (…), sondern auch der bei aller Ambivalenz doch tief prägenden Erfahrungsgeschichte der Arbeitskollektive der DDR.« (Niethammer: Das Kollektiv, S. 279).

90 Gerade in Demokratisierungswellen komme »spezifischen kollektiven Identitätsvorstellungen als Grundlage sozialer und politischer Mobilisierung, als individuell einsetzbare Handlungs-

maßgeblicher Begleiter von Transformationsprozessen.[91] Insbesondere die Transformation in Osteuropa hat überdies gezeigt, welch ethnischer Zündstoff in Ablösungs-, Übergangs-, Entmischungs- und Neuordnungsprozessen kollektiver Identität stecken kann.

Zweitens bedürfen »Prozesse des sozialen Wandels und der Transformation« der Übersetzung. Insbesondere »politischen Eliten und ›sinnstiftenden Reflexionseliten‹ sowie ihnen verbundene Trägergruppen« kommt »eine hervorragende Bedeutung in der ›Konstruktion‹ neuer sozialer Ordnungen sowie in der Bereitstellung kollektiver Identifikationsangebote als deren Legitimitätsgrundlage zu.«[92] Insofern ist beim Blick auf Prozesse kollektiver Identitätsbildung die Sprecher*innenrolle von Bedeutung, aber auch die Rolle von Eliten und ihrer Repräsentanz, Akzeptanz und Anerkennung (z. B. als Ostdeutsche).[93]

Drittens wird die Suche nach Identität als Prozess von Aushandlung ständig aktualisiert: Exemplarisch wird das derzeit an der Debatte über die Rolle der Treuhand oder die begriffliche Auseinandersetzung um Einheitsdeutungen. Schließlich sei die »Arbeit an der gemeinsamen Identität (…) immer auch Arbeit am Mythos (Blumenberg), an der Anpassung der Vergangenheit an die Gegenwart«:[94] Debatten um das *Trauma* Treuhand, um *Anschluss*, *Kolonie Ost*, *inneres Exil* verweisen auf solche zeitlichen Verhandlungen, ebenso manche »Legende«, die die Beschreibung von DDR-Realität heute noch zu strukturieren vermag.[95]

Viertens: Identitäten sind auch Reaktionen. Je stärker Identitätssuche auf Transformationsbilder von *nachholender* Modernisierung traf, von *innerer Einheit* bei bestehenden sozialen Klüften, desto stärker könnte es »zu einer Betonung der eigenen Kultur, Tradition, Herkunft und zum Kampf gegen kulturelle (…) Dis-

---

ressourcen wie auch als Legitimitätsgrundlage neuer politischer und institutioneller Ordnungen vielfach eine weittragende Bedeutung zu.« (Sterbling: Kollektive Identitäten, S. 583).

91 Die Ursprünge, Richtungen und Dynamiken dieser (mutmaßlich schon vor 1989 einsetzenden) Identitäts- und Transformationsprozessen und deren (kollektive) Verhandlung in den vergangenen 30 Jahren bleibt ein interessantes Feld der Transformationsforschung. Zu denken ist an den Kanon von Bildern (Ungarn, Prag, Leipzig), Szenerien (Kohl in Dresden, Kohls Strickjacke, Schily mit einer Banane in der Hand) und Aussagen (Lafontaines Rede von »den Freunden in Wien«, Kohls »blühende Landschaften«), die eine Ordnung von Erwartung und Erwartungsenttäuschung schaffen konnten und hernach ostdeutsche Identität formten: Das kollektive »Wir-Gefühl« entstammt womöglich einer »kollektiven Enttäuschungserfahrung« (Rittner: Kulturtechniken, S. 11).

92 Sterbling: Kollektive Identitäten, S. 582 öffnet das Feld für Politik, Publizistik, Wissenschaft, Film und Medien.

93 »Bei der Bildung des Wir-Bewusstseins werden von (führenden) Mitgliedern bestimmte gegenwärtige Werte, Normen und Praktiken (…) bestimmte Traditionen und Aspekte der Geschichte ausgewählt oder betont.« (Antweiler: Kollektive Identität, S. 447).

94 Giesen/Seyfert: Kollektive Identität, S. 41. Den Raum für Mythen beschreibt anhand der Revolution 1989 auch Schoenmakers: Geteiltes Erbe?, S. 217ff.

95 vgl. etwa Großbölting: DDR-Legenden

kriminierung« gekommen sein, in der »kulturelle Eigenheiten, Grenzen« selbstbewusst herausgestellt werden, bis hin zur »bewusste(n) Übernahme oder Umdeutung von stigmatisierenden Zuschreibungen.«[96] Die Entdeckung des *Ossis* war wohl auch diese Form der Selbstentdeckung, die sich in *DDR-Nostalgie*, *Ostalgie* und *Ostidentität* niederschlug und die sich *heute* im trotzigen *Ost-Ost-Ostdeutschland*-Schlachtruf ostdeutscher Fanszenen ebenso wiederfindet wie in der nicht minder trotzigen Aussage, eben »Ossi« zu »sein«.[97]

Fünftens: Außer auf diese Reaktion auf Zuschreibungen rekurrieren neuere Ansätze zu Theorien kollektiver Identität auf »die Dynamik und die strategische, politische beziehungsweise manipulative Seite von *Ethnizität«,* also die Zieldurchsetzung gegenüber konkurrierenden Kollektiven, ein Primat der Grenzziehung gegenüber realen Unterschieden der Lebensweise, die erst durch die Grenzziehung entsteht: »Menschen nutzen Grenzen und Unterschiede, um damit bestimmte Ziele gegenüber konkurrierenden Kollektiven durchzusetzen (…)«, wobei »die Grenzziehung (‚wir/sie, we/they‹) wichtiger ist als die kulturell verschiedenen Lebensweisen in den unterschiedenen Einheiten. (…) Die Gemeinsamkeiten der Lebensweise (…) und Unterschiede zu anderen sind eher das Resultat der Grenzbildung als deren Basis.«[98] Wie schon der Hinweis auf den »toxischen« ethnischen

96 Ein Prozess, der aus Einwanderungsgesellschaften bekannt ist (ohne dass ich damit behaupten will, der Ostdeutsche sei ein Migrant; dieser Punkt wird an späterer Stelle verhandelt, Antweiler: Kollektive Identität, S. 447). »Das heißt dann […], dass ich Ossi bin. Mehr noch, dann will ich es auch sein. Ganz bewusst, gern und schon aus Prinzip« (Schönian: Ostbewusstsein, S. 10). Auf diesen Prozess weist auch Kollmorgen: Subalternisierung, S. 337f., hin. Zum Trotz gesellt sich hier die Überbetonung auf positive Orientierungen und eine Fokussierung auf die soziale Identität ostdeutsch (die andere Marginalisierung überblendet). Die lange Dauer bis in die Nachwendegeneration bei Faus: In den Einstellungen gespalten?, S. 26f.

97 Neller: DDR-Nostalgie, S. 37–57. Beim Punktspiel Dresden gegen Paderborn: »Da war es wieder da, dieses besondere ›Ostgefühl‹. 8000 Dresden-Fans skandierten ›Ost-Ost-Ostdeutschland‹, als wollten sie eine eigene Ost-Identität beschwören« (Riegen/Schurig: Der Osten, o.S.); Staud: Die ostdeutschen Immigranten, S. 273f.; Gallinat/Kittel: Zum Umgang, S. 312, konstatieren eine »Trotz-Identität«. Kritisch Marko Martin: DDR-Exilliteratur als terra incognita, S. 320: »Auch diejenigen, die heute als Nachgeborene oder noch in der DDR-Sozialisierte mit Gründen skeptisch werden, wenn der ostdeutsche Staat auf verfallene Häuser und knatternde Zweitakter-Trabants reduziert wird, könnten deshalb mit Autoren wie Reiner Kunze, Helga M. Novak, Sarah Kirsch und Günter Kunert, mit den Balladen von Bettina Wegner und Wolf Biermann oder im Blues der Renft-Band entdecken, dass keineswegs »alles grau« war. Was leuchtete, waren allerdings nicht die »guten Seiten« einer Überwachungsdiktatur, sondern im Gegenteil individueller Selbstbehauptungswille – gefährdeter als im Westen und deshalb womöglich auch intensiver. Und da bis heute immer wieder ein »Ost-Stolz« eingefordert wird: Hier wäre er, emanzipatorisch statt verdruckst, machtkritisch anstatt nostalgisch.«

98 Antweiler: Kollektive Identität, S. 448; vgl. zum rechtspopulistischen Identitätsbegriff als Vermittler von völkischer Ideologie und Vergangenheit, der Identität als »›pseudotraditionelle‹ Welt« legitimatorisch auflädt, auch Nicke: Begriff der Identität; Pickel/Pickel: 30 Jahre, S. 11,

Gehalt von Identitätsprozessen in der Transformation ist die manipulative Seite von kollektiver Identität etwas, das Aufmerksamkeit bedarf, weil es, Kollektivprozessen innewohnend, nicht nur das *Eigene* als das *Andere* zu konstruieren vermag bzw. so konstruiert wird. Sondern, weil das andere Eigene in Konkurrenz zu einer *dritten Gruppe* gebracht werden kann – aus *gefährdeter* Identität würde *gefährdende* Identität.[99]

4.2 Gefährdete Identität?

Nachgerade klassisch ist die vor allem aus der Einstellungsforschung stammende Frage nach Situation und Sozialisation.[100] Die Sozialisationshypothese geht, verdichtet, für den ostdeutschen Fall[101] (noch immer) davon aus, dass »Wertorientierungen, die in der Periode der DDR gewonnen wurden (…) Differenzen in den politischen Einstellungen in der Gegenwart (speziell in der Demokratiezufriedenheit)« bedingen.[102] Hingegen folgt die Situationshypothese der Annahme, Einstellungsdifferenzen basierten auf Transformationsfolgen und -erfahrungen, die sich aus mangelnder Anerkennung, Abwertung, subjektiven wie objektiven Ungleichheiten bezüglich Repräsentation, ökonomischem Status und/oder Sozialstruk-

---

sprechen von »neuen Identitätsmauern«, deren »symbolische Wirkung nicht zu unterschätzen« sei. Zumindest irritiert ein kollektivbeschwörendes »Wir« als Überbleibsel einer Sozialisation, die im Sprechen über Ostdeutschland manchen Blick verstellt und durchaus auch anschlussfähig ist für populistisches, wohl auch rassistisches Kollektivieren, vgl. Kowalczuk: Die Übernahme, S. 83ff., hier S. 87.

99 Salheiser: Akzeptanz, S. 355, spricht davon, dass es in Teilen eine »sozio-kulturelle Kollektividentität einer Mehrheitsgesellschaft« gebe, »sich in erster Linie als Abstammungs- und historische Schicksalsgemeinschaft (begreift) und (…) daher mit der Exklusion beziehungsweise rechtlichen Ungleichbehandlung von ethnischen, kulturellen und sozialen ›Fremdgruppen‹ (korrespondiert)«.

100 Pickel: Ostdeutsche »Sonder«-mentalität; Pollack: Ostdeutsche Identität; Ahbe: Konstruktion; Westle: Kollektive; Michelsen u.a.: Rechtsextremismus; Faus: In den Einstellungen gespalten? Einen profunden Überblick über Situations- und Sozialisationshypothese liefern Pickel: Zwei politische Kulturen, S. 54ff., und Neller: DDR Nostalgie, S. 64ff. Die eher akademisierte Frage serviert Kowalczuk: »Und was hast du bis 1989 getan?« mit dem Hinweis ab, dass »das Leben vor und nach 1989 (…) bei den meisten viel stärker miteinanderverknüpft [ist,] als historische Epochenzäsuren vorgeben.«

101 Für den osteuropäischen Fall diskutiert diese Frage u.a. Jacobs: Tücken der Demokratie; die jüngsten Präsidentschaftswahlen in Polen liefern hier ob der Spaltung in den »liberalen Westen« und den stärker »autoritären Osten« Hinweise in alle Richtungen: Identitätskonstruktionen (pro-europäisch vs. Abwehr des »Fremden«), sehr alte Grenzziehungen, Generationen, Peripherie-Zentrum, Transformationserfahrung; vgl. zum Ursachenbündel den Direktor des Deutschen Polen-Instituts: Loew: Gespaltenes Land.

102 Vgl. jüngst Pickel/Pickel: 30 Jahre, S. 6. Aus historischer Sicht etwa Kleßmann: »Deutschland einig Vaterland«?

tur ergeben und die eng mit medialen, diskursiven Prozessen korrespondieren.[103] Sozialisations- und Situationshypothese und ihre (realistischeren) Mischformen sind bis heute immer wieder und noch immer Teil harter akademischer und publizistischer Auseinandersetzung – zumindest was die Anteile, Bezüge und Verstärkungen an Antworten auf Fragen zu *ostdeutschen* Einstellungen gegenüber der Demokratie, zu Identitätskonstruktionen und zur Ausprägung rassistischer und extrem rechter Einstellungen *und* Handlungen betrifft.[104]

Dabei ließen sich neben einem ausschließlich auf sozialstrukturelle, ökonomische Bedingtheiten abstellenden situativen Ansatz zwei weitere Erklärungsmuster finden: das der bereits diskutierten Ostidentität, die »dem Gefühl mangelnder Anerkennung und Abwertung der Ost- durch die Westbürger« entspringt einerseits und andererseits das jenen Prozesses fraternaler relativer Deprivation,[105] der erst aus dem Vergleich erwächst und »im Osten ein Gefühl relativer Benachteiligung (…) durch geringen Abbau der Ungleichheiten sowie negative subjektive Wahrnehmungen«[106] und in deren Folge das Gefühl produziert, systematisch benachteiligt zu sein.[107] Im Gefühl der fraternalen relativen Deprivation ist vieles (mit-)angelegt, was sich an situativen Abwertungen summieren und ihren Folgen ablesen lässt.[108]

Mau spricht *erstens* von sozialstruktureller Petrifikation, einer Mobilitätsblockade, die Aufstiegschancen limitierte, weshalb Ostdeutschland ein »Land der kleinen

103 Vgl. die unterschiedlichen Ansätze bei Pickel: Zwei politische Kulturen, S. 54ff;

104 Zu den Grenzen der These, Abgehängt-Sein sei allein erklärungsmächtig für rechte Regression Ost, verwies jüngst eine ifo-Studie auf einen »Effekt«, der »nur in Ostdeutschland messbar« sei: »Die AfD-Ergebnisse in Ostdeutschland sind also weniger Ergebnis eines gefühlten sozialen oder wirtschaftlichen ›Abgehängt-Seins‹ als vielmehr Ausdruck einer niedrigeren Toleranz gegenüber modernen Lebensformen und einer höheren Skepsis gegenüber Politikern.« (Rösel/Samartzidis: Wert- statt Geldmangel, S. 12 und S. 13). Eine breite(re) Palette diskutieren jüngst Küpper u. a.: Problem der Ostdeutschen, S. 262ff. Auf das Zusammenspiel von »kulturellen Abgrenzungsrhetoriken und wirtschaftlichen Bedrohungsszenarien« weist Manow: Ursachenkomplex, S. 40, hin.

105 Fraternale (kollektive) relative Deprivation ist dabei abzugrenzen von der individuellen, die persönliche Benachteiligung gegenüber Einzelpersonen beschreibt. Allerdings können individuelle Deprivationserfahrungen (müssen es aber nicht), im Sinne eines *Spill-over*-Effekts kollektives Deprivationserleben begünstigen (vgl. Rippl/Baier: Das Deprivationskonzept, S. 647).

106 Pickel/Pickel: 30 Jahre, S. 8.

107 Die Bielefelder Konfliktforschung fokussiert soziale Kämpfe im Postfordismus, Abstiegsängste und Prekarität, die die »beunruhigte und beunruhigende Mitte« umtreibt – beunruhigend, weil »Feindseligkeit in der Mitte inzwischen zur Normalität gehört« (Heitmeyer: Deutsche Zustände, Folge 5, S. 27 und S. 29). Beunruhigte und beunruhigende Mitte ist eine interessante Analogie zu gefährdeter und gefährdender Identität.

108 Wuchtvoll zusammengefasst: in ökonomischer sowie gesellschaftlicher, politischer, diskursiver »Marginalisierung, Unterordnung und Ausgrenzung ostdeutscher Soziokulturen, Identitäten und Lebensgeschichten« (Kollmorgen: Subalternisierung, S. 325).

Leute« blieb, während die sich öffnenden Aufstiegschancen von westlichen Transfereliten genutzt wurden. Hinzu tritt *zweitens* eine Entwertung der (defizitären) ostdeutschen Soziokultur in Form der Entwertung von Erfahrung, Zurücksetzung der Herkunftskultur, Anpassungs- und Umstellungserwartungen mit der Folge, dass das Gespräch über Herkunft und Transformation durch »gespaltene Erinnerungen«[109] belastet wird. *Drittens* spricht Mau von politischer Duldungsstarre und Demokratiedefiziten dahingehend, dass, die Vereinigung Spielräume zerstört und vorpolitische Räume entleert hätte, in die nun westliche intermediäre Strukturen nicht einwurzeln konnten. Dies wiederum habe Räume nach rechts geöffnet. Ein Raum, der, *viertens*, an die Aufwallung nationaler Gefühle im Einigungsprozess anknüpfen konnte und heute Abwertungen gegenüber Migrant*innen mitbegründe. Diese Mischung trifft, *fünftens*, auf eine »Veränderungserschöpfung«, die das »Bewahren und Verteidigen« zentralisiert und Gemeinschafts- und Sicherheitsverluste auch kompensierte durch ethnisch identitäre Abschließungsprozesse.[110] Insbesondere die ersten Punkte verdichten sich etwa im Gefühl, *Bürger zweiter Klasse* zu sein, nicht »den gerechten Anteil am Lebensstandard« zu erhalten bis hin zum Gefühl, sich »fremd im eigenen Land« zu fühlen.[111]

Diese inzwischen vielfach ausgearbeiteten, plausibilisierten und auch kritisierten Erklärungsmuster bedürfen gleichwohl der Ergänzung um sozialisatorische Ansätze – jenseits der Verkürzungen der »Töpfchen-These« und jener von der »Verwahrlosung und Gewaltbereitschaft« als Folge »erzwungener Proletarisierung«.[112] Um Ergänzung vor allem im Hinblick auf Erinnerungskonstruktionen, die Ostdeutsche zu passiven Akteuren degradieren, deren Anteil an ostdeutschen Bedingungen marginalisieren und im schlimmsten Falle infantilisieren und damit den Diskurs vereinseitigen und (eigene) Verantwortung delegieren: Schließlich, so könnte man im Gegensatz zu dieser passiven Opfererzäh-

109 Vgl. auch Schoenmakers: Geteiltes Erbe?, S. 211f., die diesen Prozess anhand der Umbenennung etwa von Straßennamen beschreibt (ohne allerdings den ostdeutschen Furor im »Denkmalsturz« zu thematisieren).

110 So verdichtet beschrieben (und hier in aller Kürze etwas anders strukturiert zusammengefasst) bei Mau: Ostdeutsche Frakturen für immer?

111 Eine ausführlichere Debatte um das nicht unproblematische Bild des *Bürgers zweiter Klasse* findet sich in den Abschnitten 4 und 5, ausführlich diskutiert bereits bei Kollmorgen: Subalternisierung, S. 305–314.

112 Vgl. die Kontroversen um den *Töpfchen-Streit*, mit der der Kriminologe Christian Pfeiffer DDR-Erziehung und »Fremdenfeindlichkeit« in Beziehung setzte; analog die Äußerungen des ehemaligen brandenburgischen Innenministers Jörg Schönbohm, der 2005 einen Babymord mit »von der SED erzwungene Proletarisierung« erklärte (zitiert nach Heft: Kindsmord in den Medien, S. 156). In eine ähnliche Richtung argumentiert Nicole Völtz: Wirken der DDR, S. 218, wonach Entbürgerlichung und Entchristlichung im Osten einen »Werteverfall« begünstigt hätten. Die Relevanz solcher Thesen hält sich in Grenzen, die diskursive Wirkmacht solcher Debatten ist allerdings umso stärker.

lung zuspitzend feststellen, »sind Ostdeutsche selbstdenkende, selbsthandelnde politische Subjekte. (…). 87 Prozent der Ostdeutschen stimmten damals einer Vereinigung nach Artikel 23 des Grundgesetzes zu (…). Es waren die Ostdeutschen, die jahrelang ihre eigenen Produkte boykottierten. Sie waren es, die den westdeutschen Kurt Biedenkopf mit 58 und 56 Prozent wiederwählten. Trotz Treuhand, trotz Elitentransfer. Und es waren Ostdeutsche, die den Osten von rechts terrorisierten«.[113]

Ein Begriffspaar, welches den ostdeutschen Anteil an der *Transformationsdepression* beschreibbar macht, ist etwa das von *Erwartung* und *Enttäuschung* – zusammengefügt in der *Erwartungsenttäuschung*:[114] »Die Ostdeutschen sind in die Wiedervereinigung mit großen, möglicherweise überzogenen Hoffnungen (…) hineingegangen. In einer Phase der Euphorie gaben sie auf das untergehende System der DDR keinen Pfifferling mehr und setzten ganz und gar auf die Effektivität und Humanität des Westens«, so das Urteil von Pollack, der darauf hinweist, dass der Zusammenhang zwischen Demokratieakzeptanz und Transformationserfahrung nicht monokausal vor oder nach 1989 abgeholt werden kann: »Schließlich standen die Ostdeutschen »auch bezüglich des Leistungsprinzips und der Akzeptanz von aus Leistungsunterschieden resultierenden sozialen Differenzen (…) unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus ganz und gar auf der Seite westlicher Grundüberzeugungen (…) 1990 waren es mehr Ostdeutsche als Westdeutsche, welche die Belohnung von Leistung und die Leistungsabhängigkeit des Lebensstandards gegenüber egalitärer Einkommensverteilung und einer Sicherung des Mindestlebensstandards bevorzugten.«[115] Auch sprachen sie sich im Juni 1990 »stärker dafür aus, dass der Einzelne für sich selbst eine größere Verantwortung übernehmen sollte«.[116] Erst die Enttäuschungen über die Leistungsfähigkeit des Staates und das Gefühl der fraternalen Deprivation hätten zu einem Rückzug in Gleichheitsvorstellungen und zu geringerer Demokratiezufrie-

113 Lühmann: Eigene Geschichte. Den (ostdeutschen) Verantwortungsdiskurs im Sinne einer Erinnerungskorrektur bzw. -überprüfung betont auch Simon: Wut schlägt Scham, S. 50; drastisch: Rudolph: Die Zuspätrevoltierenden. Willisch kritisiert diese »*Personalisierung* und *Naturalisierung* von politischen Entscheidungen und Umbruchsgestaltung« (Willisch: »Abgehängte Regionen«, S. 131).

114 Auf das Potenzial von Erwartung und Enttäuschung als theoretischem Setting verwies jüngst Alexander Leistner: Rezension zu Kowalczuk: »Es könnte sich für zukünftige Forschung lohnen, mit diesem analytischen Gerüst den Transformationsprozess stärker (erfahrungsgeschichtlich) zu historisieren: als Neuaushandlung des Verhältnisses von Erfahrung und Erwartung; als gegenwärtige Vergangenheit kumulierter Enttäuschungserfahrungen, die gegenwärtige fatalistische Zukunftserwartungen geprägt hat.«

115 Pollack: Innere Einheit.

116 Ebd.

denheit geführt.[117] Kaum ein Bild mag diese Diskrepanz zwischen aufgeladener Erwartung und späterer Enttäuschung einfangen wie jenes, das Ingo Schulze seinem Protagonisten Enrico T. wenige Tage vor der Volkskammerwahl im März 1990 in den Mund legte:

»Im Westen wurden die Straßen unterirdisch beheizt, die Tankstellen schlossen nie, und weil die Leute im Westen gar nicht mehr wußten, was sie noch schöner machen sollten, hackten sie aus lauter Spaß die Straßen wieder auf, die sie gerade erst mit Asphalt überzogen hatten. (…) Osten klang nach bewölktem Himmel und Omnibus und Baugrube. Westen nach Asphaltstraßen mit gläsernen Tankstellen, nach Terrassen mit Strohhalmgetränken und Musik über einem blauen See. (…) Vera und ich – soviel wir uns sonst stritten – waren uns einig, wenn es um den Westen ging.«[118]

Dass die wichtigste Hoffnung des Jahres 1990, die fast jeder Ostdeutsche 1990 unterschrieben hätte, »nicht (erneut) enttäuscht zu werden«, eine große Bürde ist,[119] wäre eine vertiefte Diskussion wert. Diese hier womöglich vorformulierten Erwartungsenttäuschungen, sie gipfeln im Diskurs aber in einer Delegation *von Verantwortung*, die der Leipziger Moritz Rudolph jüngst insbesondere bezüglich der Absage an Alternativen verdichtete: »Insgeheim wissen wohl auch die Zuspätrevoltierenden, zu denen sehr viele DDR-Stillhalter und spätere Kohl-Wähler gehören, dass sie es damals vermasselt haben. (…) Damit wird klar, dass das einzig Eigene, was sie historisch vorzuweisen haben, der Verrat am Eigenen ist.« Und: Dass Merkel »den ostdeutschen Wüterichen ähnlich und überlegen ist (…) macht diese rasend. Sie hat geschafft, wovon sie nur träumen: Kohl zu stürzen. (…) Dass eine aus ihren Reihen zu so etwas fähig war (…), obwohl sie doch als Ossis angeblich nichts weiter seien als ein Haufen gebeutelter Opfer, kränkt sie zutiefst. Es zeigt ihnen, was möglich gewesen wäre.«[120]

4.3 Gefährdende Identität?

Bereits hier, im Jahr 1990, und wohl auch (zeitlich) davor, beginnt das Erklärungsmuster für die neue, rechte Regression in Ostdeutschland, die (auch im Hass auf die »Ostdeutsche« Merkel) auf Ungleichwertigkeitsgefühlen, auf fraternaler relativer Deprivation aufbaut und »mit weiteren kollektiven Abwertungen

117 Ebd. Interessant der Hinweis, dass bereits der »Konsumsozialismus« das Versprechen von Gleichheit in der Zukunft gegen bescheidenen Wohlstand im Hier und Jetzt der 70er Jahre eintauschte. Enttäuschung hatte somit womöglich verstärkende Vorläufer (vgl. Malycha, Konsumsozialismus, S. 87).

118 Schulze: Neue Leben, S. 135.

119 Kowalczuk: Die Übernahme, S. 64. Zu Hoffnungen und Erwartungen ebd., S. 61ff. und S. 266ff.

120 Rudolph: Die Zuspätrevoltierenden. Etwas milder im Ton: Pollack: Opferdiskurs.

gegenüber anderen sozialen Gruppen, wie Migrant*innen und Muslim*innen, zu einem ›Narrativ des zurückgesetzten Ostdeutschen‹ verknüpft und zu eigenen Gunsten bestärkt« wird.[121] Dieses stärker auf situative Faktoren (und auf daraus folgende Identitätskonstruktion) abhebende Erklärungsmuster spezifisch ostdeutschen Rechtsextremismus und Rassismus hat auch beredte Kritik erfahren[122] und wird, nicht allein deshalb, inzwischen durch Rückgriffe auf die Vorgeschichte in der DDR ergänzt.[123]

Gleichwohl, jene starke Polarisierung, in der entweder »die problematische DDR-Geschichte zur Erklärung von Politikdefiziten seit 1990 herangezogen« wird, »oder die Schwierigkeiten der Transformation« als »hauptsächliche Ursache für wachsenden Rechtsextremismus« ist längst nicht mehr so dichotomisch.[124] Dennoch bleibt die Frage, was am ostdeutschen Rassismus, an der Wirkmächtigkeit, am Reüssieren der ostdeutschen extremen Rechten *ostdeutsch* sei, bzw. wie viel Anteil sie haben, umstritten: Denn auch wenn die Vorgeschichte, etwa Blindstellen DDR-spezifischen Rechtsextremismus,[125] inzwischen neben Transformationseffekten bestehen, muss sich der stärker in ostdeutscher historischer Kontinuität und lokaler politischer Kultur argumentierende Zugriff noch immer des Vorwurfs erwehren, soziale Schieflagen der Transformation überdecken[126]

121 Pickel/Pickel: 30 Jahre, S. 11.

122 Manow: Populismus, S. 79ff., zeigt etwa, dass Deprivation und Wahl der AfD als Indikator für Rechtsextremismus gar nicht so eng zusammenhängen müssen, wie vielfach behauptet, macht aber auch die Diskussion darüber auf, ob frühere Arbeitslosigkeit ein wichtiger Indikator sei. Der Blick auf regionale Verteilung von AfD-Wahl und Deprivationsfaktoren in Ost *und* West lässt aber Indikatoren von Deprivation in den Hintergrund rücken – im Osten wie auch (noch stärker) im Westen!

123 Zum Rechtsextremismus in der DDR exemplarisch u. a. Lorke: Hooliganismus; Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation; Wagner: Spät-DDR; Waibel: Neonazismus in der DDR.

124 Zitat Poutrus u. a.: Historische Ursachen, S. 16, vgl. für die ältere Debatte ebd.; Friedrich: Ein Produkt der autoritären DDR?; Quent: Ostdeutsches Phänomen? Die Spezifika diskutieren jüngst etwa Best u. a.: Trends und Ursachen; Frei u. a.: Zur rechten Zeit, S. 14: »Für das Verständnis unserer gegenwärtigen Situation ist es unabdingbar, die in diesem Kontext oft vernachlässigte Geschichte Ostdeutschlands vor und nach 1990 einzubeziehen.«

125 Lühmann: Rassismus und die extreme Rechte in »Ostdeutschland«; Frei u. a.: Zur rechten Zeit; Behrends u. a.: Fremd-Sein; instruktiv: Wowtscherk: Zeitbombe. Literarische Hinweise liefern etwa Jürgen Fuchs' Romane »Fassonschnitt« (1984) und »Das Ende einer Feigheit« (1988), vgl. den Hinweis bei Martin, DDR-Exilliteratur als terra incognita, S. 325f.; vgl. überdies grundlegend und zeitgenössisch Weiß: Junge Faschisten in der DDR.

126 Quent: Sonderfall Ost, S. 112, etwa führt aus, der »Verweis auf die ›braunen Ursprünge‹ des Rechtsextremismus im DDR-System fungiert diskursiv entlastend gegenüber den aktuellen Ungleichheitsmechanismen, welche heute die Entstehung des Rechtsextremismus begünstigen«. Für Quent: Ein ostdeutsches Phänomen, o.S., resultieren »Regionale Unterschiede«, gerade »nicht aus der Herkunft aus einem ost- oder westdeutschen Bundesland.« Engler: Verheißung und Enttäuschung, S. 76, spricht diesbezüglich nach wie vor von »ordinäre[r] Ideologie«,

oder den *Westen* von Vorwürfen entlasten oder freisprechen zu wollen.[127] Auch die Leipziger Autoritarismus-Studie hält fest, dass zwar die Bundesrepublik im Ganzen »von rechtsextremen Einstellungen durchzogen«, überdies »Ressentiments gegenüber Gruppen, die als fremd oder anders wahrgenommen werden, manifest oder mindestens latent vorhanden« seien. Das treffe aber »doch noch stärker auf die (Bevölkerung) im Osten zu«, was sich insbesondere an der Dimension der »Ausländerfeindlichkeit« zeige: »Zwischen der letzten und der aktuellen Erhebungswelle ist die geschlossene Ausländerfeindlichkeit angestiegen (2016: 20,4 Prozent vs. 2018: 24,1 Prozent). Der Zuwachs fällt in den neuen Bundesländern drastischer aus (2016: 22,7 Prozent vs. 2018: 30,9 Prozent).«[128] So problematisch es also wäre, die DDR auszublenden oder den Westen von rechter Kontinuität freizusprechen, so sehr sind beide Behauptungen womöglich *Artefakte* eines vor allem medial ausgetragenen Identitätsdiskurses, der sich um notwendige historische Absicherung sowie den Blick in Parallelen und Kontinuitäten in Osteuropa drücken mag.[129] Schließlich wird in der Debatte um Ostdeutschland allzu oft ausgeblendet, dass der Vergleich mit dem Westen eben gerade nicht ausreicht, sondern der Blick nach Osteuropa auch davon zeugt, dass autoritäre, ressentimentgeladene Einstellungen durchaus ein Erbe der Jahre vor 1989 ist, wobei Ostdeutschland dann, bei aller rechten Regression und Wahlerfolgen der AfD dennoch im ostmitteleuropäischen Vergleich bezüglich autoritärer Muster, rechter Manifestationen und Wahlerfolgen der extremen und populistischen Rechten

indem er beide Ansätze empiriefrei überhöht, um sich dann für die Transformation zu entscheiden.

127 »Gesellschaftspolitisch ist dieser Diskurs hochproblematisch, weil die Betonung des *Sonderfalls* Ost die Abgrenzung gegenüber dem vermeintlichen *Normalfall* West impliziert« (Quent: Sonderfall Ost?, S. 101; ders.: Deutschland recht außen, S. 104ff. und S. 231ff.); Heft: Brauner Osten; Bangel: Es ist auch Euer Höcke; dem entgegen Simon: Wut, S. 50.

128 Decker/Brähler: Flucht ins Autoritäre, S. 110. Hinzu der Hinweis, »dass im Westen des Landes sozio-ökonomische Marginalisierung für die Wahl der AfD von größerer Relevanz ist als im Osten, während umgekehrt im Osten Fremdenfeindlichkeit stärker ausschlaggebend ist als im Westen.« (zitiert nach Mullis/Zschocke: Regressive Politiken, S. 9).

129 Dass sich stärkere *Situationisten* und stärkere *Sozialisationisten* nicht widersprechen, sondern eher ergänzen, und dass der Blick auf osteuropäische Ähnlichkeiten instruktiv sein könnte, darauf weist etwa Birsl: Rechtsextremismusforschung reloaded, S. 262f., hin. Die Härte dieser Auseinandersetzung exemplarisch bei Engler: Verheißung und Enttäuschung. Interessant für die Debatte der Hinweis nach einem erweiterten Vergleichsmodus der relativen Deprivation, dahingehend, dass der gefühlte ostdeutsche Nachteil gegenüber der alten Bundesrepublik in Osteuropa als »unfairer Wettbewerbsvorteil« gesehen wurde (Slachta, Die DDR und der Ostblock, S. 116). Auch interessant in diesem Zusammenhang ist der Befund, dass im Sachsen-Monitor 2018 die Gruppe derer mit »starken Ressentiments«, eine eigene Auswertungskategorie, sich stark mit Osteuropa verbunden sehen. Auf die Frage »Ich fühle mich den Menschen in Osteuropa näher als den Menschen in Westdeutschland« stimmten 17 % voll bzw. eher zu, beim Ressentiment-Typ hoch 46 % (dimap: Sachsen-Monitor 2018, Auswertungstabellen, S. 27f.)

und den Versuchen, Rechtsstaatlichkeit zu suspendieren wie in Ungarn oder Polen, dennoch ein demokratisches Erfolgsmodell ist.

Der Hinweis auf den Identitätsdiskurs weist zugleich auf das gefährdende Potenzial ostdeutscher *Essenzialisierung* hin: »Eine ostdeutsch-nationale Identitätspolitik«, so Quent, sei nicht nur *nicht* geeignet, »Freiheit vor Nationalisten zu verteidigen«, sie stimme vielmehr im Gegenteil in jenen »Chor der radikalen Rechten ein, die die ethnische und kulturelle Differenz der Ostdeutschen zum Hort völkischer Erneuerung erklären«, mehr noch, diese »partikularistische, ›regionalistische Identitätspolitik‹« würde fälschlicherweise harmonisieren, wo Konflikt vonnöten sei und sie tappe »in die Falle der radikalen Rechten und lässt sich für rückwärtsgewandte Kollektivierungen vereinnahmen.«[130]

Gerade das so erfolgreiche Auftauchen der AfD in Ostdeutschland, mit allen bereits referierten regionalen, geschlechtsspezifischen und generationellen Unterschieden, ist in dem Zusammenhang eine Herausforderung, die wiederum zeigt, wie scharf die Auseinandersetzung noch immer ist, welche Rolle Identitätskonstruktion spielt und wie heftig umstritten diese auch unter (ostdeutschen) Deuter*innen ist: Für Anette Simon etwa ist die AfD ein (ostdeutscher) »Versuch, erneut ein Kollektiv zu bilden: gegen Beschämungen und Entwertungen, die uns vermeintlich und zum Teil wirklich der Westen zugefügt hat.« Und damit, so fügt Simon wütend an, sei die AfD »keine ›Emanzipationsbewegung des Ostens‹, wie das etwa Jana Hensel behauptet«, sondern eine Herausforderung, dass »die Ostdeutschen miteinander über ihre eigene Vergangenheit und ihre Verdrängungen streiten, als sich immer nur in Abwehrkämpfen gegen westliche Zuschreibungen zu verbünden.«[131]

Umstritten, schwer aufzulösen und weiterer Erforschung angeraten bleibt dabei die Frage, ob die Zuschreibung *ostdeutschen* Rassismus und Rechtsextremismus rechte ostdeutsche Kollektivierung befördert bzw. verstärkt und/oder ob ostdeutsche Identitätsbildung, an ältere rassistische Einstellungsmuster anschließend, neue ostdeutsche Identitätsmauern errichtet und *vice versa* – Pegida dürfte hierfür das bekannteste Beispiel liefern, aber auch die Debatten um die jüngere rechte Ereignisgeschichte in Ostdeutschland bis hin zum Wahlsieg der AfD bei den Bundestagswahlen 2017 in Sachsen.[132]

130 Quent: Deutschland rechts außen, S. 250. Dies konfligiert mit der »aufgeklärt-demokratische(n) Identität, wie sie sich in der alten Bundesrepublik schrittweise über Jahrzehnte und nicht frei von gesellschaftlichen Konflikten ausgebildet hat«, in der der zweifellos auch im Westen vorhandene Nazi »der Andere« ist, so Ganzenmüller: Ostdeutsche Identitäten in Bezug auf Frei: 1945 und wir.

131 Simon: Wut, S. 50, die einen harten, ehrlichen ostdeutschen Diskurs einfordert.

132 Heftig geführt wurde dieser Streit im Zusammenhang mit dem Aufkommen von Pegida als ostdeutschem Phänomen, in dem ostdeutsche Identitätsbildung als Widerstandserzählung, die wohl eher spezifisch sächsischer bzw. Dresdner Exzeptionalismus sein dürfte, gegen das

4.4 Brüche und Brechungen ostdeutscher Identität

Dabei verweist das sächsische Beispiel auf ein Desiderat, das langsam abgebaut wird, auf regionale Differenzierungen in Ostdeutschland, nicht nur bezüglich Rassismus und Rechtsextremismus.[133] Und die Differenzierungen reichen weit über Regionalität hinaus und hinterfragen womöglich das Bild hart umgrenzter ostdeutscher Identität, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

4.4.1 Migration und Region

In einem Punkt schließlich ist Ostdeutschland, als Erfahrungsraum von Migrationen, frei von Urteilsstrukturen ganz objektiv ein *Sonderfall*: weil die DDR »eine durchgehend negative Bevölkerungsentwicklung« aufwies.[134] Einen für die Frage von Identitäten und Anerkennungen lange Zeit unterbelichteten Aspekt liefert die Ausreisebewegung.

Biografische Interviews haben gezeigt, dass es vor 1989 durchaus Anerkennung und Interesse für die Ausreisenden gab (sich aber auch Fragen der »Entheimatung« und »Entbindung« stellten),[135] die dann im Zuge des Übergangs von Revolution zur Einheit eine ganz neue Richtung einschlugen: Indem etwa die von Oskar Lafontaine vorgetragenen und vom *Spiegel* popularisierten Warnungen vor einer Überlastung des westdeutschen Sozialsystems durch ostdeutsche Zuwanderung wohl schon früh den Pfad von Nichtverständigung und *Ab*erkennungsmustern einschlugen.[136] Auch das Ostdeutschland der 90er und 00er Jahre konnte

Berliner Zentrum, gegen »Überfremdung« in Form identitären, rassistischen, völkischen Denkens aufgeführt wurde. Steinhaus u. a.: So geht sächsisch!, S. 180, haben in ihrer Pegida-Studie argumentiert, dass die Kehrseite, aber gleichzeitig die »negative Bestätigung« des Sachsen-Exzeptionalismus, der ihres Erachtens nach eine politisch-kulturelle Hauptursache für den weit überdurchschnittlichen Anteil fremdenfeindlicher Gewalt in Sachsen bildet, verantwortlich sein könnten. Eine zufriedenstellende, methodisch ergänzte, Diskursanalyse des medialen/publizistischen Umgangs mit Pegida steht noch aus, dürfte aber erkenntnisreich sein.

133 So der Hinweis bei Birsl: Rechtsextremismusforschung reloaded, S. 263

134 Martens: Zug nach Westen. Dass die DDR zeitlebens ein »Auswanderungsland« war, darauf weist u. a. Geisler: Sozialstruktur, S. 30, hin (zitiert nach Martens, Zug nach Westen). Zur frühen Migration Roesler: »Rübermachen«. Dabei folgt die DDR ab 1961 einem »ganz eigenen Migrationsregime« Osteuropas, das weitgehend »durch die strikten Ausreisebeschränkungen von den übrigen Migrationssystemen separiert war.« (Möhring: Zwischen Ost und West, S. 372). Die »eigensinnige Anfechtung dieses Regimes«, durch 1989 beschleunigte Flucht und Ausreise beschreibt »Migrantische Praxis (…) als Movens der Geschichte« (ebd., S. 374).

135 Vgl. hierzu Wehr: Vergessene Migrationsgeschichte/n?

136 Zum Muster im *Spiegel* 1990 etwa: »Da brennt die Sicherung durch«, Nr. 4, 22.1.1990, »Wieso kommen die noch?«: »Vor allem bei den Ärmeren (…) kocht nun Haß hoch. Besonders heftig entladen sich die sozialen Konflikte auf den Fluren von westdeutschen Sozial- und

den Abwanderungstrend nicht aufhalten: So verlor der Osten nach Ausreise und Flucht bis 1990 in einer zweiten Welle allein in der ersten gesamtdeutschen Legislaturperiode bis 1994 1,4 Millionen Menschen an den Westen, was durch den Zuzug westdeutscher »Ersatzeliten«, der »Buschzulage« folgend, in den Osten nicht abgefedert wurde.[137]

Eine dritte Abwanderungswelle verstärkte sodann einen weiteren Trend der Abwanderung: Während das männliche Abwanderungssaldo sich früher ausglich, Mitte der 90er Jahre zwischenzeitlich gar mehr Männer in den Osten migrierten als umgekehrt, blieb das weibliche Saldo bis in die 00er Jahre negativ.[138] »Vermehrt zogen junge Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen fort, darunter insbesondere Frauen. 18- bis 30-Jährige stellten in den ersten zwei Jahrzehnten des Einigungsprozesses 40 Prozent aller Abwanderer gen Westen und 55 Prozent aller seit 1989 abgewanderter Personen waren weiblich«, was ein in der europäischen Dimension einmaliges Frauendefizit hervorrief und die Überalterung des Ostens weiter verschärfte.[139] Nicht ohne Grund ist nach der Sorge um ärztliche Versorgung in einer *Allensbach*-Umfrage aus 2019 die zweitgrößte Sorge in den östlichen Ländern, dass »gut ausgebildete Arbeitskräfte nicht in der Region bleiben, sondern abwandern.«[140] Köcher beschreibt die fortbestehende Existenz eines *Teufelskreises*, wonach Abwanderung zu rascher Alterung und Ausdünnung ländlicher Regionen führe, mit Folgen für Infrastruktur und Attraktivität der Regionen. Damit aber »geht Zukunft objektiv wie subjektiv verloren« und Gefühle des Abgehängtseins führen zu einer »Hinwendung zu Parteien, die als Gegner der etablierten politischen Elite empfunden werden«.[141]

Wohnungsämtern.«, Nr. 8, 19.2.1990; zur Rolle Lafontaines: »Eisige Atmosphäre«, Nr. 51, 18.12.1989.

137 Martens: Zug nach Westen, vgl. Werz: Abwanderung. Genauere Zahlen liefert Wolff: Migration im Kontext, S. 2. Vgl. auch die Visualisierung bei Bangel u. a.: Die Millionen, o.S. Hier zeigt sich u. a. eine starke Nord-Nord- und Süd-Süd-Wanderung, die den Befund einer Nord-Süd-Spaltung auch bei der innerdeutschen Migration nach 1989 visuell untermauert; vgl. auch Bundesinstitut für Bevölkerungsentwicklung: Fakten. Eine Kulturgeschichte der »Buschzulage« steht noch aus, obwohl dieses Wort Begriff »nur einer von vielen umgangssprachlichen Begriffen (ist), die eine klare gesellschaftliche Asymmetrie der Macht belegen, die wiederum dazu beitrug, dass sich das Verhältnis zwischen West- und Ostdeutschen nicht so entwickelte wie erwünscht, sondern in Richtung einer vorurteilsbeladenen Gegenüberstellung von Ossis und Wessis.« (Ther, Preis der Einheit, o.S.).

138 Werz: Abwanderung, S. 25; Martens: Zug nach Westen.

139 Mit vielen Verweisen Martens: Zug nach Westen; Stedtfeld/Kühntopf: Jung, weiblich, geht.

140 Köcher: Ost-Identität, S. 8: »43 % ziehen die Bilanz, dass es in ihrer Gegend für junge Leute nicht attraktiv sei, 42 %, dass generell viele die Region verlassen (…) 31 % der Ostdeutschen [klagen], dass es in ihrer Region zu wenig junge Menschen gebe.«

141 Ebd. »Von Ostdeutschen im Alter von 45 Jahren und älter fürchtet jeder Dritte, dass er den Anschluss verliert. Weit überdurchschnittlich prägt diese Sorge die Anhänger der AfD«, so Köcher weiter. Ähnlich argumentiert Willisch: »Abgehängte Regionen«, S. 132, der in den

Der (Dauer-)Befund ist in vielerlei Hinsicht instruktiv: Dass schrumpfende Regionen anfällig für rechtsextreme Einstellungen sind, ist wissenschaftliche Phalanx und verstärkt den Teufelskreis aus rassistischen Einstellungen und Handlungen in Ostdeutschland, weil die Effekte im Osten häufiger und deutlicher sind. Aber nicht nur das Abgehängtsein führt zu einer auf Abwehr gepolten (ostdeutschen) Identität – ostdeutsch fühlen sich der gleichen Umfrage zufolge 62 Prozent der AfD-Anhänger*innen, während die von CDU, SPD, Grünen und FDP sich in etwa so (gesamt-)deutsch fühlen wie Westdeutsche. *Auch* das Fehlen des *eher* jungen, *eher* weiblichen »Korrektivs« im ländlichen Raum stärkt rechtes Denken und Handeln schon aus der Dominanz *gebliebener,* überproportional männlicher, mittelalter AfD-Wählerschaften.[142] Wenn zu dieser regionalen Problematik – Zick sprach auf dem bpb-Kolloquium in Berlin von einer Provinzialisierung antidemokratischer Orientierungen, Konfliktdynamiken und -strukturen[143] – dann noch eine regionale politische Kultur hinzutritt, die *das Eigene* überhöht, wie in manchen sächsischen Regionen, dann entsteht vor dem Hintergrund weitergegebener, lang wirkender, generationell angebundener rechter Einstellungsmuster eine explosive Mischung. Der Verweis auf den vielfach beschriebenen sächsischen Exzeptionalismus, der sich nicht nur in Einstellungsmustern, sondern auch in der politischen Auseinandersetzung findet, etwa das Betonen des Sächsischen vs. den Vorwurf, »unsächsisch« zu agieren, wie er bisweilen in der politischen Auseinandersetzung in Sachsen aufploppt, ist letztlich auch ein Hinweis darauf, welche Gefahren in der Überhöhung von Identität als regionaler Sonderkultur innewohnen.[144]

»abgehängten Regionen« noch weitere Fragmentierungen (»aktive Verlierer vs. passive Gewinner«) – Stichwort prosperierender Agrarsektor bspw. – identifiziert, sowie spaltende Modi des Umgangs usw., was letztlich rechten Populismus stütze.

142 Eine Ursache dieser Situation ergibt sich aus dem Umstand, dass die »Arbeitsgesellschaft nach der Wende nirgends so gründlich zerstört worden ist wie im ländlichen Raum der DDR jenseits der Großstädte«. Hier sei der Anteil der »Überflüssigen«, die keine Aussicht auf eine regelmäßige Beschäftigung hätten und für die das im Postfordismus ohnehin ins Wanken geratene meritokratische Aufstieg-durch-Bildung-Versprechen eher bedrohlich denn motivierend klinge, besonders hoch. Diese »Überflüssigen« greifen auf eigene Alltagspraktiken zurück, »[d]eren wichtigste Bezugspunkte (…) der eigene Körper und die Ethnizität [sind] – beides Bezugspunkte, die angeboren, quasi unveränderlich und nicht erwerbbar oder verteilbar sind«, so Willisch: Gettoisierung, S. 55. Dass das nicht auf alle und allein auf Regionen zutrifft, sondern bis in »abgehängte Stadtteile« reichen kann, darauf weisen Mullis/Zschocke: Regressive Politiken, S. 11ff. hin; dass eher die Klein- und Mittelstädte betroffen seien, Raj Kollmorgen, vgl. Machowecz: Die Leute. Die Folgen diskutieren am sächsischen Beispiel Hanneforth/Nattke: Rechtsextremismus im ländlichen Raum.

143 Zick: Thesenpapier, S. 2.

144 Vgl. dazu Steinhaus u. a.: So geht sächsisch!

4.4.2 Region und regionale politische Kultur

Als Regionen können in diesem Sinne »nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare, relativ homogene subnationale räumliche Einheiten verstanden werden«, als »Raum, der durch die territoriale Verdichtung kultureller, sprachlicher, landsmannschaftlicher (…) Eigenarten und v. a. durch ein raumbezogenes Zusammengehörigkeitsgefühl (Identität) der Bevölkerung gekennzeichnet ist«, wobei dies dann politische Bedeutung erhält, »wenn diese einerseits als lebensweltliche Kategorie von einer Mehrheit ihrer Bewohner anerkannt werden und andererseits diese Anerkennung gesellschaftlich folgenreich wird.«[145]

Schon seit den 1980er Jahren wurde darauf hingewiesen, dass »die politische Kultur eines Landes, einer Region oder einer Kommune« begrenzt werde »durch ein entsprechendes Wir-Bewußtsein«,[146] womit eher regionale Bezüge an Gewicht gewännen und dadurch auch andere, regionale, untergründig tradierte Indikatoren ins Blickfeld rückten, die im Zusammenhang mit der Frage nach regionalen Ungleichheiten beispielsweise Erklärungen unterhalb der Dichotomie Westdeutschland vs. Ostdeutschland erwartbar werden lassen. Exemplarisch nennt Hans-Georg Wehling, »Identitätsfragen, (…) Entwicklung eines regionalen Parteiensystems, Regierungshandeln und Eigenheiten der regionalen Medienlandschaft«. Ein spezifisches Geschichtsbewusstsein wäre zu ergänzen. Hieraus leiten Werz und Koschkar »einen Bruch zwischen den globalen Verhältnissen auf der einen sowie den lokalen Bedingungen von Individuen und Gruppen auf der anderen Seite« ab, auf denen »kultureller Nationalismus und diverse territoriale Gemeinschaften« gedeihen könnten. Das heißt nicht, dass die Unterschiedlichkeit

145 Bergem: Integration und Differenz, S. 193. Dies zeigt sich bspw. besonders deutlich in Sachsen mit einer »ausgeprägten ›sächsischen Identität‹, einem ›Sonderbewusstsein der Bürger‹, ›allenfalls vergleichbar mit Bayern‹«. Demzufolge »zeichnet sich die politische Kultur in Sachsen durch ein starkes eigenes Selbstverständnis aus, das sich zwar mit ›ostdeutschen Momenten‹ verbindet, dessen Selbstwahrnehmung aber vielmehr ›sächsisch‹, als ostdeutsch geprägt sei.« (Jesse u. a.: Politik, S. 334). Dieser Zusammenhang bei Faus u. a.: Politische Kultur in Süd- und Ostdeutschland, S. 9. Dies kritisch einordnend Steinhaus u. a.: So geht sächsisch! Zum Zusammenhang von regionaler politischer Kultur in Sachsen und Rechtsextremismus und Rassismus auch Lühmann: Sächsische Befunde; dies eher zurückweisend Neumann: Ostdeutsche Besonderheiten?; um Schadensbegrenzung bemüht Backes/Kailitz: Hochburg? Auf lang wirkende politisch kulturelle Prägungen weist Petra Morawe: Die Oberlausitz – eine abgehängte Region?, am Beispiel der Oberlausitz hin, die aufzeigt, wie langfristige Prägungen und kurzfristigere Modi der Verarbeitung ein spezifisches Konglomerat bilden können, in der u. a. Zivilgesellschaft hinter Gemeinschaft zurücktritt.

146 Wehling (Hg.): Regionale politische Kultur, zitiert nach Werz/Koschkar: Regionale politische Kultur, hier S. 7, folgende Zitate S. 6f.

regionaler politischer Kulturen Ostdeutschlands die DDR als historischen Erfahrungsraum auszuhebeln vermag.[147]

Deutlich wird dies beim Blick in den Sachsen-Monitor 2018. Demnach sind 80 Prozent der in Sachsen Befragten tendenziell der Meinung, Sachsen brauche den Vergleich mit den westlichen Bundesländern nicht zu fürchten, 75 Prozent meinen, Sachsen gehe es besser als den anderen ostdeutschen Ländern und 88 Prozent sind »stolz« auf »das in Sachsen Erreichte«.[148] Dennoch finden 52 Prozent der Befragten, »Ostdeutsche« seien »Bürger zweiter Klasse«, was den Schluss zulässt, dass hier entweder Identitätskonstrukte getrennt betrachtet werden – der ostdeutsche Verlierer, der sächsische Gewinner – oder aber selbst in Sachsen *Ostdeutschland* als *das Andere* gilt. »‚Wir sind nicht der Osten, wir sind Sachsen‹. Dieser sächsische Exzeptionalismus hat sich bis heute in der Landespolitik erhalten und ist eine der Quellen für die ›Überhöhung des Eigenen, Sächsischen, Ostdeutschen, Deutschen‹, für Ängste und Aggressionen gegenüber Menschen und Verhältnissen, die als das Andere und Fremde definiert werden.«[149]

Hinzu kommt, dass der Blick in die Regierungsbezirke Leipzig, Dresden und Chemnitz zentrale Befunde *ostdeutscher* Selbst- und Fremdzuschreibung regional geradezu pulverisieren lässt: Zwar blieben Unterschiede in der politischen Kultur Ost und der politischen Kultur West bestehen, aber im Zusammenschnitt des 2017er Sachsen-Monitors und des Allbus zeigen sich an zwei Beispielen die Grenzen des *Ostens* im *Osten*: So ist die Demokratiezufriedenheit im Regierungsbezirk Leipzig in etwa so hoch wie in Westdeutschland (71 Prozent Leipzig vs. 73 Prozent West), in den Regierungsbezirken Chemnitz (55 Prozent) und Dresden (52 Prozent) aber deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 61 Prozent. Bei der Frage nach dem gerechten Anteil, also nach relativer Deprivation, glauben laut Sachsen-Monitor 2017 im Regierungsbezirk Leipzig nur 32 Prozent der Befragten, weniger oder sehr viel weniger als den gerechten Anteil zu bekommen, in Chemnitz hingegen 55 Prozent. Damit liegt Leipzig nicht nur deutlich unter dem ostdeutschen Schnitt von 65 Prozent, sondern auch unter dem westdeutschen Schnitt von 33 Prozent (2018).[150] Ähnlich hoch sind die Diskrepanzen

---

147 Wie die in der DDR gebürtige Filmwissenschaftlerin Angelika Nguyen auf Versuche, ein ostdeutsches Betroffenheitskollektiv zu erschaffen, ausführte, kann sie sehr wohl *den Ossi* erkennen, weil sich die Ossis in Geschichten, in Erinnerungen, in der Sprache, in Bildern und Artefakten der untergegangenen DDR wiederentdecken können – allein die Haltung, die Einstellung, die Frage, wie des Erlebten gedacht wird, divergieren erheblich (Nguyen: Doppelt heimatlos?, o. S.).

148 Vgl. dimap, Sachsen-Monitor 2018, Ergebnistabellen, S. 13f. und im Folgenden S. 41f.

149 »Sächsischsein ist zum Politikersatz geworden«, so Ahbe: Aufbruch, S. 20, unter Verweis auf Michelsen u. a.: Rechtsextremismus, S. 192.

150 Vgl. Neumann: Ostdeutsche Besonderheiten?, S. 80f. und Seite 84f., zu den Allbus-Daten 2018 Pickel/Pickel: 30 Jahre, S. 9f.

im Sachsen-Monitor: »Bürger zweiter Klasse« – in Leipzig schreiben das 40 Prozent den Ostdeutschen zu, in Chemnitz fast zwei Drittel, in größeren Städten teilen das Bild 33 Prozent, in Orten mit weniger als 20.000 Einwohner*innen fast doppelt so viele (63 Prozent).[151] Der Exkurs kann hier nicht weitergeführt werden, verweist aber auf Brechungen ostdeutscher Identität bezüglich regionaler Verteilungen infolge von Migrationen (Chemnitz schrumpft, Leipzig *boomt*, auch wegen des hohen westdeutschen Zuzugs), ostdeutscher Binnendifferenz (Nord/Süd, sächsischer Exzeptionalismus), aber auch regionaler politischer Kultur, die auch innerhalb Sachsens gebrochen ist zwischen liberaler Messestadt Leipzig, der Kapitale Dresden mit ihrer eigenen Mischung aus Opferstatus und Täterbiografie, Chemnitz als schrumpfender Stadt.[152] Ein letzter Blick in den Sachsen-Monitor verweist auf eine weitere Brechung: Bei den 18- bis 29-Jährigen wird das Gefühl, »Bürger zweiter Klasse« zu sein, von 36 Prozent geteilt, in der Gruppe der 45- bis 59-Jährigen (einer Hauptwählergruppe der AfD) zu 64 Prozent – ein Hinweis auf generationelle Unterschiede ostdeutscher Identitätskonstruktion.[153]

4.4.3 Generation(en)

»Der Begriff der Generation hat (nicht nur Dauer-)Konjunktur«, er ist zugleich auch »ein geschichtlicher Grundbegriff«, der »eine spezifische Ausprägung des Denkens, Fühlens und Handelns zu erklären (verspricht), indem die unterstellte dauerhafte und gleichartige Wirkung von Sozialisationsbedingungen auf eine Gruppe von Menschen als kollektive Erfahrung aufgefasst wird.«[154] Ist der Begriff der Generation spätestens seit Budes Porträt der westlichen 68er eine, bisweilen inflationäre, Ordnungskategorie, so wurde in den vergangenen beiden Dekaden das Konzept der Generationen auch für die DDR ausgearbeitet. Und es erfreut sich in jüngster Zeit mannigfaltiger ostdeutscher (Selbst-)beschreibung.[155] Überdies gilt es weiterhin als erkenntnisbringende analytische Kategorie,[156] die indes nicht verabsolutiert werden sollte: Denn, »wer analytisch mit dem Generationenbegriff arbeitet, geht das Risiko ein, Selbstinszenierungen zu reproduzieren; und

151 Den Befund bestätigen Brachert u. a.: Partizipation, S. 300: »In Westdeutschland und stärker noch in Ostdeutschland sind Großstädter deutlich häufiger mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden als Bewohner von Landgemeinden.«

152 Zu Dresden vgl. S. 298ff. in diesem Bericht.

153 dimap, Sachsen-Monitor 2018, Ergebnistabellen, S. 41f.

154 Jureit: Generation; zur Konjunktur Weisbrod: Generation.

155 Noch immer instruktiv Schüle u. a.: Die DDR. Als konziser Einstieg jüngst auch Fulbrook: Kein ganz normales DDR-Leben.

156 Der Zugriff dient zunächst dazu »historischen Wandel in einer lebensgeschichtlich überschaubaren Zeitspanne kollektiv wahrzunehmen«. Dies bedeutet auch, dass es »generationsspezifische Erfahrungsfristen und Erfahrungsschwellen [gibt], die, einmal institutionalisiert oder überschritten, gemeinsame Geschichte stiften.« (Jureit: Generation, o.S.).

es besteht zudem berechtigte Sorge, dass aus altersspezifischen Erfahrungszusammenhängen konkrete Verhaltensweisen abgeleitet werden. Generationseinheiten sind aber nicht zwangsläufig auch Handlungseinheiten.«[157] Es wäre ein eigener Kurzbericht, die Befunde generationeller Selbst- und Fremddeutungen als (mögliche Alternative) zu anderen kulturellen Auffüllungen ostdeutscher Identität zu verhandeln, deshalb will ich es bei einigen für die Frage von gefährdeter und gefährdender Identität instruktiven Punkten belassen.[158]

Erstens scheint es bei der Deutung des Vergangenen einen (auch in der Wahl- und Einstellungsforschung sichtbaren) generationellen *gap* zu geben zwischen den älteren, mittleren und jüngeren Generationenzusammenhängen, wobei sich Ältere und Jüngere näher sind. So konnte mit dem *Antifaschismus* zwar der »Aufbaugeneration und ihren Kindern ein politischer Mythos (…) geschaffen werden, doch hatte er nicht ausreichend Kraft, sich auf die folgenden Generationen zu übertragen.«[159] Im Gegenteil:[160] Denn *zweitens* zeigten schon insbesondere die Jahrgänge ab 1970 schon vor 1989 eine sehr reservierte Haltung gegenüber DDR, Sozialismus und Antifaschismus und eine sich erhöhende Zustimmung zum Nationalsozialismus, was für Ahbe nicht nur »die rechtsextreme Jugendszene Ende der 80er Jahre« erklärt, sondern auch den »fremdenfeindlichen Gewaltausbruch in den neuen Bundesländern bis 1993.«[161] Es scheint, als seien es jene *unberatenen* »letzten Kinder der DDR«[162] und der Übergangszeit, die die 1990er

157 Ebd.

158 Die in Anschluss an die starken Wahlergebnisse der AfD auch in der Altersgruppe U30 in Sachsen-Anhalt und die von Marco Wanderwitz, dem Ostbeauftragten der Bundesregierung, über die lange Nachwirkungen der DDR (auch) auf jüngere Generationen kann hier nicht mehr eingearbeitet werden, verweist aber auf die Notwendigkeit weiterer Forschung und weiterer Debatte.

159 Zimmerling: Mythen in der Politik der DDR, S. 167; vgl. insgesamt im Folgenden Lühmann: Antifaschismus in Ostdeutschland. Auf die Weitergabe des »braunen Stafettenstabes«, auf die »Neue, alte Gefahr« wies bereits Ende der 80er Jahre Konrad Weiß: Junge Faschisten in der DDR, S. 6, hin.

160 Vgl. im Folgenden Ahbe: Der DDR-Antifaschismus; vgl. auch Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation. So zeigten Hinweise des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung zum Geschichtsbewusstsein der DDR-Jugend, dass »inzwischen die aufklärende und erzieherische Wirkung des erstarrten DDR-Antifaschismus auf die Jugend (…) [gering] war.« Die Umfragen belegen überdies den massiven Loyalitätsverfall in den letzten Jahren der DDR und die Popularität rechter Denkmuster (vgl. Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation, S. 42f.) Forderungen wie »Deutschland den Deutschen!« wurde von Schüler*innen (44 %) und Lehrlingen (67 %) erschreckend häufig geteilt (Quent: Deutschland rechts außen, S. 105f.). Anfang der 90er Jahre kam die Forderung »Deutschland den Deutschen« unter sächsischen Jugendlichen auf Zustimmungsraten von 40 % (14- bis 18-Jährige) bzw. 35 % (14- bis 25-Jährige); vgl. Förster u. a.: Jugend Ost, S. 18.

161 Ahbe: Der DDR-Antifaschismus, S. 49.

162 Lindner: Die Generation der Unberatenen. Kaum eine DDR-Generation ist mit so disparaten Attributen belegt wie jene nach 1970 geborenen Wendekinder, die etwa (die Geburtskohor-

Jahre, den frühen Terror gegen Linke, die ostdeutschen Fanale von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen,[163] die anschließenden *Baseballschlägerjahre* prägten, jenen vor allem im Osten ausgetragenen Kampf um rechte Hegemonie,[164] aus denen sich der NSU rekrutierte und dem heute eine der beiden dominanten Wählerkohorten der AfD entstammt. Ein düsterer Blick auf eine Generation, der hoffnungslos machen würde, gäbe es nicht eine andere Seite derselben Generationenlage, die sich als *3te Generation Ost,* als künstlich geschaffener, hybrider, generationeller Zusammenhang, eben jenen Pathologien entgegenstellt, forscht, appelliert, organisiert, netzwerkt.[165] Kurz: In kaum einem Generationenzusammenhang verdichtet sich die Frage nach *gefährdeter* und *gefährdender* Identität so sehr wie in jener *Generation* der *Wendekinder*, die auf der einen Seite etwa als *3te Generation Ost* Gefährdungen von Identität durch Nichtanerkennung thematisieren und selbstbewusst progressiv aufzufüllen versuchen und auf der anderen Seite jenem (älteren) Angehörigen dieses Generation, der als NSU (und dessen sozialisatorischen Umfeld) mordend durch die Republik zog.[166]

Und doch ist, *drittens*, der genauere Blick auf diesen Generationenzusammenhang und die vorherige, instruktiv für die Frage von gefährdeter und gefährdender Identität: In Sachsen wählten bei der Bundestagswahl 2017 in den Jahrgängen 1972 bis 1982 35,6 Prozent der Männer AfD, in der Kohorte bis 1972 gar 39,8 Prozent.[167] Ein Muster, das sich, auf niedrigerem Niveau, bereits bei

---

ten bis 1985 verlängernd) eine sich progressiv verstehende »3te Generation Ostdeutschland« konstruieren, die aber auch den NSU hervorbrachte, die, je nach Beschreibung einen »Transformationsschock« erlitten hatte, der v. a. von den Eltern abstrahlte, die »Transformationskompetenz« erwarben oder einfach nur von einer glücklichen Kindheit in eine chancenreiche Zukunft einwanderten, so verdichtet jüngst bei Fulbrook: Kein ganz normales DDR-Leben. Als Einstieg in die disparate Deutungslandschaft und die Protagonist*innen der Deutung: o. A., Die Wendekinder.

163 Am Beispiel Hoyerswerda Wowtscherk: Zeitbombe; vgl. auch Salheiser: Akzeptanz, S. 348. Zur (gesamtdeutschen) Gewaltserie der frühen 1990er Jahre vgl. etwa Speit: Der Terror von rechts. Zum (nicht zu unterschätzenden) westdeutschen Einfluss insbesondere in Form der »Asyldebatte«: Herbert: Ausländer – Asyl – Pogrome; Möhring: Zwischen Ost und West, S. 399–404; Poutrus: Umkämpftes Asyl.

164 Und nun deren Kinder, mithin auch Ideenwelten, die 2015 in Freital und Heidenau wüteten. Auf solche, auch personellen, Kontinuitäten haben hingewiesen Michelsen u. a.: Rechtsextremismus.

165 Die Aktivitäten passen nicht in einen Fußnotenapparat, insofern sei auf das Netzwerk und seine Aktivitäten selbst verwiesen: http://netzwerk.dritte-generation-ost.de/, hierzu: Lettrari u. a. (Hg.): Wendekinder; zum Begriff dies. u. a.: Einleitung, S. 9ff. Sehr kritisch hierzu jüngst, Rabe: Das Schweigen der dritten Generation Ost, o. S.

166 Vgl. den Facebook-Post der *dritten Generation Ost*, https://www.facebook.com/dritte.generation.ost/posts/1918713491526274/, publizistisch verarbeitet etwa bei Rennefanz: Mundlos und ich.

167 Jeweils Zweitstimmen. Bei Wählenden im Alter von bis zu 25 Jahren kam die AfD bei Männern auf 21,1 % und bei Frauen auf 15,6 %. Noch weniger Stimmen bekam die AfD nur bei

der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern zeigte, auch dort war die AfD in der Altersgruppe der 35- bis 44-jährigen Männer mit knapp 30 Prozent überproportional erfolgreich, sowie, knapp dahinter, die der 45- bis 59-jährigen Männer.[168] Auch ein Blick in den Thüringen-Monitor von 2019 belegt überproportional starke rechte Einstellungsmuster in dieser Altersgruppe: 61 Prozent der Befragten in diesen beiden Altersgruppen sehen eine »Überfremdung der Bundesrepublik« – in der Gruppe der unter 25-Jährigen sind es »nur« 19 Prozent, in der Gruppe *Ü60* noch 51 Prozent.[169] Dass »Weiße zu Recht in der Welt führend seien«, führt ebenfalls zu hohen Zustimmungsraten (16–19 Prozent) in der Gruppe der Über-35-Jährigen, bei den Jüngeren (U25) liegt die Zustimmungsrate noch bei 7 bis 8 Prozent. Auch die Überlegenheit »mancher Gruppen von Menschen« führt auf deutlich höherem Niveau (die Position ist bei der Gruppe *Ü35* mehrheitsfähig) zu ähnlichen Ergebnissen.[170] Interessant sind diese Befunde deshalb, weil es auch diese Altersgruppen sind, die einerseits am stärksten das Gefühl, von »Westdeutschen (…) als Menschen zweiter Klasse (behandelt)« zu werden, teilen[171] und andererseits zumindest in der Gruppe *Ü45* auch das Gefühl am stärksten ist, weniger als den gerechten Teil zu bekommen und sich überproportional stark »immer wieder«, »häufig« oder »andauernd« als Ostdeutsche benachteiligt zu fühlen[172] oder am deutlichsten empfinden, dass die Nachteile der Einheit überwiegen.[173] Was also lässt sich ableiten? Das Gefühl gefährdeter Iden-

Frauen über 70 (14,3 %), vgl. Landeswahlleiterin: Repräsentative Wahlstatistik, Tabelle 9.

168 Lühmann: Demaskiert zur Kenntlichkeit. Die AfD-Wählerschaft Ost unterscheidet sich von der westlichen insofern, als Letztere älter, gleichwohl männlich, eine regressive Antithese zur Fundamentalliberalisierung der Bundesrepublik und zu den Emanzipation(en) im Rahmen der *Neuen Sozialen Bewegungen* und ihrer (grünen) parteipolitischen *Kinder* sind (vgl. Lühmann: Die Kräfte der Gegenreform, o. S., und Frei u. a.: Zur rechten Zeit, S. 137–160). Eine systematische Prüfung solcher Einstellungsmuster im Rahmen der sächsischen Längsschnittstudie, die beim bpb-Kolloquium nicht thematisiert wurden, sind deshalb lohnend, weil die sächsische Längsschnittstudie diese Alterskohorte abbildet (Berth: Zusammenwachsen oder Auseinander-driften?); Hinweise auf einen Rechtsruck sind spärlich ausgewertet, die Selbstverortung als eher rechts/rechts war aber 2017 auf einem Höchststand (vgl. Förster, Über eine Studie, S. 132f., die unkommentierte Grafik auf S. 132).

169 Interessant an dem Befund ist, dass er, je näher er ans Wohnumfeld rückt (Bundesrepublik, Thüringen, eigenes Wohnumfeld), deutlich abschmilzt, es ist also mutmaßlich eine »westliche« Vermutung, die, wie schon angedeutet, das Bild etwa von Berlin-Kreuzberg als Gefahr imaginiert (vgl. Reiser: Thüringen-Monitor 2019, Tabelle A24).

170 Ebd., Tabellen A33 und A35. Man könnte die Liste der Items, die unter rechtsextremen Einstellungen zusammengefasst werden (ebd., S. 52, Abb. 38), fortsetzen, bei den allermeisten sticht die mittelalte Altersgruppe heraus, bisweilen sekundiert von der Gruppe Ü 60, wohingegen die Gruppe unter U25 hier sehr deutlich abfällt.

171 Ebd., Tabelle A105.

172 Reiser: Thüringen-Monitor 2019, Tabelle A8, die Gruppe der 45- bis 59-Jährigen stimmt den drei Kategorien zu 24 % zu, Ü60 zu 16 % und U35 zu 10 %.

173 Ebd., Tabelle A7, Gruppe der 35- bis 59-Jährigen 20–21 %, U35 7–10 %, Ü60 19 %.

tität und das Reaktionsmuster gefährdende Identität können sehr eng beieinanderliegen, was am Blick auf die Generation der *Wendekinder* und ihre *distanzierte* Vorgängergeneration folgendes Ergebnis zeitigen kann: Das Gefühl, *Bürger*in zweiter Klasse* zu sein, als Ostdeutscher benachteiligt zu werden, nicht den gerechten Anteil zu erhalten, überdies seine Meinung nicht ohne Nachteile frei äußern zu können,[174] geht überproportional oft Hand in Hand mit rechten Einstellungen, die andere Gruppen abwerten – aus gefährdeter Identität wird gefährdende Identität. Deutlich wird dies beim Blick in die Sachsen-Monitore, die etwas feinteiliger differenzieren und zeigen, dass Befragte der Gruppe »Ressentimenttyp hoch« – gleichbedeutend mit starken rechten Einstellungsmustern – auch besonders stark auf *Items* wie dem Gefühl *Bürger*in zweiter Klasse* zu sein ansprechen: Während diese Gruppe der Einschätzung zu 81 Prozent zustimmt, tut dies die Gruppe mit niedrigen Ressentiments lediglich zu 48 Prozent.[175] Ähnlich die Einschätzung, dass die Nachteile der Einheit überwiegen (32 Prozent zu 11 Prozent) oder dass die Bundesrepublik in »gefährlichem Maße überfremdet« sei (93 Prozent Zustimmung gegenüber 45 Prozent in der Gruppe mit »niedrigem« Ressentimentlevel).[176] Kurzum, und nochmals: Gefährdete und gefährdende Identität sind bisweilen symbiotisch verbunden, mit starken generationellen Abstufungen.

Eine *vierter* Befund bezieht sich auf die (Nicht)-Existenz einer ostdeutschen 68er-Generation.[177] Über die gesamtdeutsch vorgetragene, (rechts)konservative Delegitimierung des (westdeutschen) Jahres 1968 und das im öffentlichen Bewusstsein und im ostdeutschen Diskurs[178] fehlende ostdeutsche Pendant gehen zwei Dimension der *versäumten Revolte* von 1968 zwischen Ostsee und Erzgebirge verloren. Erstens jene hoffnungsvollen Aufbrüche in eine sozialistische Moderne, die mit dem Kahlschlag 1965 und spätestens mit der Niederschlagung des Prager Aufstands 1968 eine im Aufbruch befindliche Generation ihrer Hoffnung beraubte und auf Jahre paralysierte.[179] Und zweitens jenen für die *Fundamentalliberalisierung* der Bundesrepublik so notwendigen Diskurs über die Verstrickung der Vorgängergeneration in den Nationalsozialismus. Der Politologe Wolfgang Kraushaar fasst das wie folgt zusammen: »In einem Staat, der sich als antifaschistisch verstand, meinte man sich nicht mit den autoritären Ressentiments und dem Nationalsozialismus auseinandersetzen zu müssen. Dadurch ist es zu einer

174 Ebd., Tabelle A110.

175 dimap: Sachsen-Monitor, Ergebnistabellen, S. 42.

176 Ebd., S. 18 und S. 32.

177 Zur Debatte um eine 68er-Generation siehe Wolle: Der Traum von der Revolte; Lühmann: 1968 OST. Auch Kowalczuk: »1968«, S. 351f., beklagt, dass eine Thematisierung von 1968 im Osten und eine Überlagerung durch westliche Diskurse kaum stattfinde.

178 Zur »konservativen Wende« in Ostdeutschland und den langen Ursachen des Rechtsrucks nach 1968 siehe Lühmann: 1968 OST.

179 Lühmann: Wer nicht für uns ist.

Verlängerung dieser braunen Ur-Suppe durch die DDR-Zeit hindurch bis in die heutige Zeit gekommen. (…) Das stärkt bis heute Pegida und die AfD. Im Osten Deutschlands war man von einem bestimmten Erbe eingeholt worden.«[180] Der westliche Blick der gleichen Generation, der von Kraushaar, der von 1968 Ost nichts weiß, mag sehr scharf sein, aber dass der Befindende aufgrund seiner westdeutschen Sozialisation dafür deutlich mehr Kritik bekam als der Befund selbst, ist womöglich paradigmatisch für diese und für andere Debatten.[181]

Ein *fünfter* Hinweis betrifft die »Generation« der »Nachwendegeborenen«. Noch immer unterscheiden sich die ostdeutschen von ihren westdeutschen Kohorten, was, so die Studie der Otto-Brenner-Stiftung, auf zweierlei verweist: zum einen auf das Nachwirken der Transformation (als Erzählung der Eltern), zum anderen auf regionale Disparitäten, Chancen und Zukunftsaussichten. Und darauf, dass die Ost-West-Unterschiede sich durchaus auflösen können, wenn andere Kategorien gewichtet werden: »So ist die Diskrepanz zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung bei den Frauen der Nachwendegeneration im Schnitt deutlich größer als bei den Männern. Es springt ins Auge, dass sich bei einer geschlechterspezifischen Betrachtung die Eigen- und Fremdwahrnehmung hinsichtlich der Wichtigkeit von Leistung bei Männern gar nicht unterscheidet, bei Frauen jedoch umso deutlicher eine Diskrepanz hervorsticht.«[182] Kurzum, Fragen nach Generation, Geschlecht, Region und sozialer Lage könnten die Dichotomie Ost vs. West aufbrechen helfen, deren Erkenntniswert bisweilen kaum über die Reproduktion eines diffusen Bildes von ostdeutsch sein/fühlen hinausreicht – auch deshalb, weil es womöglich in den nachwachsenden Generationen nicht mehr ist als das: ein diffuses Gefühl.[183] Gleichwohl, es wird dies die Generation sein, die alles

---

180 Zoll/Kraushaar: Zu den 68ern; heftige Kritik übte der Historiker Stephan Stach: Westdeutschland erklärt's dem Osten, o. S., der das Interview zu jenem »nicht eben kleinen Korpus« von Texten zählt, »in denen westdeutsche ExpertInnen die Anfälligkeit für autoritäres und rechtsextremes Gedankengut als vermeintlich ostdeutsches Problem pathologisieren und mit Verweis auf angebliche Versäumnisse in der DDR meinen, ihrer Beweispflicht nachgekommen zu sein.«

181 »Schwierig wird es für die zeithistorische Forschung dann, wenn eine Berechtigung dafür, über Ostdeutschland forschen zu dürfen, aus der eigenen ostdeutschen Biografie abgeleitet wird beziehungsweise im Gegenzug so bezeichneten Westdeutschen die Kompetenz qua Geburtsort abgesprochen wird.« (Brückweh, Das vereinte Deutschland, S. 8).

182 Faus: Im vereinten Deutschland geboren, S. 43.

183 Faus: Im vereinten Deutschland geboren, S. 42ff. und S. 73ff.; interessant der Befund, dass die Verbundenheit zu Region, Bundesland Ost bzw. West nur geringfügig differiert. Bei der Frage, ob man sich ost- oder westdeutsch fühle, bejahen dies aber nur 8 % der Westdeutschen, während 22 % der Ostdeutschen dieser Herkunft eine größere Rolle zuschreiben (ebd., S. 28ff.). Vgl. zur Deutung auch Faber: Das lange Nachleben der DDR. Zum Generationentransfer Kubiak: Deutsch-deutsche Identitäten, S. 36f. Interessantes Material liefert die noch nicht erschienene Auswertung der Einstellungen von »Mauerkindern« und der »Generation Nachwende« bei Rippl: Politische Einstellungen, Preprint.

neu verhandelt, irgendwo zwischen Ostbewusstsein auf der einen und der Feststellung auf der anderen Seite, dass es, »mit Verlaub, absolut immer eine Scheißidee ist, sich identitätsstiftend auf seine Herkunft zu berufen.«[184]

4.4.4 *Integration*

Integriert doch erstmal uns! Die Forderung der sächsischen Integrationsministerin Petra Köpping inklusive »Wahrheitskommission« hat eine heftige Diskussion ausgelöst, ähnlich war dies nach der Vorstellung der Studie zu ostmigrantischen Analogien, die Parallelen der Fremd- und Selbstzuschreibungen zweier Gruppen in den Blick nahm, die unter Abwertungserfahrungen litten.[185] Auch Kubiak plädiert, in Anschluss daran, für Integrationsprozesse in postmigrantischen Analogien zu denken: »Wie junge Ostdeutsche sind auch Vertreter*innen der zweiten und dritten ›migrantischen‹ Generation nie aktiv migriert und finden sich trotzdem (teilweise auch nur ihnen zugeschriebenen) in Prozessen der ›Integration‹ und ›Identitätsdiffusion‹ wieder.«[186] Inwieweit und wofür aber die Stärkung einer ostdeutschen Identität als Vorwurf an die vermeintlich Diskriminierenden instruktiv sein soll, bleibt fraglich. Am ehesten ist noch, in Anschluss an die beschriebene Annahme, dass Identitätsbildung *nolens volens* zum Transformationsprozess dazugehört, mit Gerd Dietrich gesprochen, dass das Wiedererlangen der »Deutungshoheit über das eigene Leben (…) Bedingung ihrer (der Ostdeutschen) Integration in die neue Gesellschaft« ist, die im besten Fall für Normalität von Differenz sensibilisiert.[187] Als Alternative diskutierte Bergem unlängst, kleinteiliger zu denken, regionaler, wonach die »Hinwendung zu regionalen, also subnationalen Identitäten die Ost-West-Differenz« relativiere. Und: ob über »Hybridität, Melange, Transkulturalität (…) in jeweils spezifischer Weise das Empfinden regionaler Zugehörigkeit, der aus dem kulturellen Gedächtnis rekonstruierte Erinnerungs- und Erzählzusammenhang DDR, das Bewusstsein der Staatsbürgerschaft im Nationalstaat Deutschland und die noch wachsende Selbstwahrnehmung als Europäer« folgen könne.[188]

184 Schönian: Ostbewusstsein; Lorenz: Der Osten, S. 11.

185 Köpping: Integriert; Foroutan u. a.: Ost-Migrantische Analogien; massive Kritik übte Richard Schröder, vgl. Hähnig/Pontius: Dem Westen.

186 Kubiak: Die Nachwendegeneration, S. 88f.

187 Bittner: Kulturtechniken, S. 15.

188 Weiter führt er aus, die »Identifikation mit der eigenen Region« habe das Potenzial, die »dichotomisch-teil-nationale Abgrenzung« Ost–West »weniger rigide« ausfallen zu lassen« (Bergem: Kultur als Identitätsgenerator, S. 198). Am sächsischen *Vigilantismus* und *Exzeptionalismus* bricht sich diese Hoffnung gleichwohl, zumindest ist, so Jesse: Politische Kultur in Sachsen, S. 205, etwa der Widerstand gegen »Berlin« eine in Sachsen immer mobilisierbare Ressource. Das gilt auch *vice versa* (vgl. Reisin: Eine halbgare Studie).

Beiden Ansätzen ist eingeschrieben, dass sich Ostdeutschland noch immer in einem doppelten Schwebezustand befindet, zwischen DDR und Ostdeutschland *und* zwischen Ost und West:[189] »Weder wollen sie die DDR ›wiederhaben‹, noch fühlen sie sich in der BRD heimisch. Identifikatorisch leben sie also im Niemandsland«, so das (kollektivierende) Urteil Thomas Ahbes 2018, der fragt, warum es bis heute »keine Große Erzählung (gebe), die die Ostdeutschen integriert?«[190] Jedenfalls haben die *blühenden Landschaften* nicht das erzählerische Potenzial des *Wirtschaftswunders* und die *innere Einheit* scheint es auch nicht zu sein. Dieser Blick in *den Westen* müsse aber ergänzt werden um die Einsicht, dass die massiven Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik von 1967/68 (mit dynamischen Vorläufen) bis in die die 80er Jahre mit Nato-Doppelbeschluss und Bonner Hofgarten (und dazu die weiteren Kämpfe der *Neuen Sozialen Bewegungen*, der Terror der RAF und auch der emotionale Streit um NS-Vergangenheit, die Frage der *Nation* und der *Befreiung*), die Bundesrepublik womöglich erst bei sich hat ankommen lassen.[191] Integration im und durch Konflikt, womöglich ist dies ein Weg, auf den sich Ostdeutschland gerade begibt, mit einem hoffentlich produktiven Ende.

Ein *dritter* Ansatz der Integration, jenseits der Debatte und recht konkret, wurde erst jüngst wieder deutlich herausgearbeitet: »Wer starke Bindungen an die soziale und politische Gemeinschaft hat, wer sich gerecht behandelt fühlt und auch die bundesdeutsche Gesellschaft als gerecht einstuft, wählt häufiger systemtragende Parteien. Umgekehrt sind Protestwähler unter Befragten mit schwachen sozialen und politischen Bindungen viel stärker vertreten als in sozial gut integrierten Bevölkerungsgruppen. Diese Tendenz zeigt sich im Osten deutlicher als im Westen.«[192] Die Frage der – regional im Osten sehr unterschiedlich wahrgenommenen – Angleichung von Lebensverhältnissen, sie scheint bei allen anderen Debatten weiterhin zentral: Löhne, Renten, das schwer zu lösende Problem der Vermögen, Besitzverhältnisse und Erbschaften, aber auch das der Elitenrepräsentation, mindestens auf der symbolischen Ebene, bleiben eben auch dann virulent, wenn kulturelle Fragen dominanter (gemacht) werden.

189 Jana Simon (Jg. 1972): »Wir sind nicht mehr in der DDR, aber auch noch nicht ganz in der Bundesrepublik angekommen«, zitiert nach Dietrich, Kulturgeschichte, Bd. 3, S. 2328.

190 Ahbe, Aufbruch und Illusion, S. 19; Ahbe, Revolution und Vereinigung, S. 16.

191 Vgl. etwa die Rede von der *intellektuellen Neugründung*, von der *Fundamentalliberalisierung*, vom *Verfassungspatriotismus*, vom *Tag der Befreiung* usw., die heute von der AfD herausgefordert werden (vgl. Jarausch, Die Umkehr; Rathgeb, Deutschland kontrovers).

192 Brachert u. a.: Partizipation, S. 309. »Desintegrationserfahrungen und Benachteiligungsgefühle begünstigen in Ost- wie Westdeutschland abwertende Einstellungen gegenüber Minderheiten. Das Ausmaß der tatsächlichen Desintegration und der subjektiven Wahrnehmung von Benachteiligung ist jedoch in Ostdeutschland weit höher«, so bereits Klein/Heitmeyer: Integrationsbilanz, S. 21. Abwertung als integrativer Moment wäre wenig wünschenswert, der gesamtdeutsche »Erfolg« der AfD mag aber darauf verweisen.

4.5 Vom Umgang mit gefährdeter und gefährdender Identität

Ostdeutsche Identität, kollektive Identität, gefährdete und gefährdende Identität, Migration, Region und regionale politische Kultur, Integration und Generation, ein ganzes Füllhorn an nur scheinbar parallelen, unverbundenen Debatten und Befunden. Warum scheinbar? Nun, weil in manchen Regionen Ostdeutschlands alles zusammenkommt, etwa in Dresden in den vergangenen Jahren: eine angenommene gefährdete kollektive ostdeutsche, sächsische oder abendländische Identität, männlich dominiert, regional angebunden, demokratisch desintergiert, auf einem politisch-kulturellen Humus gewachsen, der politische (und auch mediale) Auseinandersetzung meidet und auf einer selektiven Erinnerungskultur aufbaut und im Ergebnis in gefährdende, extrem rechte Identitätskonstruktionen kippt. So weit gekippt ist, dass das Verwaltungsgericht Dresden in seinem Urteil gegen den rechten Terror der *Freien Kameradschaft Dresden* Pegida *expressis verbis* als Radikalisierungs- und Vernetzungsort rechten Terrors benannte.[193] Es lohnt, einzelne Aspekte noch einmal näher zu beleuchten, um die (historische) Tiefe und Verwobenheit der Problematik zu verstehen und daraus Ansätze abzuleiten, wie aus dem Dilemma gefährdeter und gefährdender Identität herauszukommen wäre.

4.5.1 Opferstadt ohne erinnerte Täterbiografie: Dresden

Warum Dresden, fragen sich Menschen seit vielen Jahren an zu vielen Montagen, an denen von Lutz Bachmann, Jürgen Elsässer und Götz Kubitschek über die AfD bis hin zur Identitären Bewegung (unter Beobachtung stehende) extreme Rechte Menschenfeindlichkeit predigen, vor treuen Anhänger*innen, die, wie die Wählerschaft der AfD, eher männlich, (mittel-)alt ist, durchsetzt von ein paar Frauen und jüngeren Nazis. Die Antwort ist sicherlich vielschichtig.[194] Und doch kann die politische Kultur und, als Teil davon, die Erinnerungskultur bei der Beantwortung jener Frage helfen, warum Dresden nicht nur im Außenbild, sondern auch im Denken der *Neuen Rechten* als Kapitale der (rechten) Bewegung gesehen wird – deren vermeintlich unpolitische Variante die der Kulturstadt mit einer spezifischen *Opfer*geschichte ist. Dabei ist die in Dresden nur von wenigen Initiativen memorierte *Täterbiografie* Dresdens ein wichtiges Puzzleteil für die Erklärungskraft rechter Mobilisierung – jedenfalls mehr als die Rede vom *Tal der Ahnungslosen* – und auch im Kampf gegen die rechte Regression.

193 Schneider: Pegida ist der gemeinsame Nenner.

194 Hinweise liefern etwa Herrmann: Warum gerade Dresden?; Steinhaus u. a.: »So geht sächsisch!«.

Sein schönstes Werk, so soll es der Erbauer der ersten, namensgebenden Dresdner Semperoper an seinem Lebensabend gesagt haben, sei ja nicht das berühmte Opernhaus gewesen, sondern die Barrikaden, die er im Mai 1849 errichten ließ, auf denen er für die in Dresden eingetroffene Reichsverfassungskampagne Partei ergriff. Doch alles künstlerische und architektonische Geschick reichte nicht aus. Die Revolution von 1848/49 obsiegte auch im Rahmen der sächsischen Kämpfe nicht, die Maiaufstände wurden wie in anderen deutschen Städten auch niedergeschlagen – und Semper floh aus Dresden. Der Grund: Einen »Demokraten I. Klasse« wollte man in Dresden nicht. Nun wäre es historisch schlicht falsch, Sachsen damit zur Ausnahme unter protodemokratischen deutschen Staaten zu erklären. Regression, Kulturkampf, Sozialistengesetz – das geeinte Reich war unter Bismarck und auch hernach kein demokratisches Gebilde im heutigen Sinne[195]. Aber es gab sie doch, die feinen und die gröberen Unterschiede, von denen der Historiker Frank Lothar Kroll berichtet: Demnach war Sachsen etwa um 1900 »der einzige deutsche Flächenstaat, in dem es zwischen 1871 und 1918 nicht zu einer fortschreitenden Liberalisierung, sondern zu einer reaktionären Rückbildung des Wahlrechts kam.«[196] Zugleich galt die sächsische Hauptstadt Dresden um 1900 als *die* Hochburg des parteipolitischen Antisemitismus[197] und als jene Stadt, in der die Bücher schon am 8. März 1933 erstmals brannten.[198] Auch verdrängt oder laut beschwiegen wird der Umstand, dass der *völkische Protestantismus* in seiner Radikalität in Dresden nahezu einmalig gewesen sein mag, dass die Dresdner Frauenkirche, aufwendig saniert in den Jahren 1938–1942,[199] zum Zentrum der zum Nationalsozialismus konvertierten Deutschen Kirche avancierte. Hier wurden die »28 Thesen der sächsischen Volkskirche zum inneren Aufbau der Deutschen Evangelischen Kirche« mit einem Bekenntnis zu »Blut und Rasse«, zu »Bluts- und Wesensgemeinschaft« mit nur einer Gegenstimme und einem abschließenden dreifachen »Kampf Heil« und dem Singen des »Horst-Wessel-Liedes« auf der Landessynode schon im März 1933 verabschiedet.[200] Von Dresden aus sollte ein »entjudaisiertes Evangelium«[201] verbreitet werden: »Der theologische Leitgedanke (…) bestand darin, daß es einem unabweisbaren Bedürfnis der

195 Zur hochinteressanten, dieses Bild einfangenden Debatte um die Modernität und Demokratisierungsansätze im Kaiserreich vgl. jüngst Richter, Hedwig (2020): Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München; dies. (2021): Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich, Berlin.

196 Kroll: Geburt der Moderne, S. 115.

197 Vgl. Piefel: Antisemitismus und völkische Bewegung, S. 86–90 und S. 165–176.

198 Und damit bereits zwei Monate vor den »offiziellen« Bücherverbrennungen, vgl. TU Dresden: Bücherverbrennung im März 1933 in Dresden.

199 Claussen: Gottes Häuser, S. 202.

200 Fischer: Die sächsische Landeskirche im Kirchenkampf 1933–1937, S. 24.

201 Göhring: Alles oder nichts, S. 141ff.

neuen Zeit entspreche, Christentum und Nationalsozialismus zu einer, den Staat des Dritten Reiches geistig tragenden weltanschaulichen Einheit zu verbinden.«[202] Blickt man indes auf die *Homepage* der Dresdner Frauenkirche, wird dergleichen bis heute *nicht* erwähnt. Stattdessen klafft auf der Seite der »Tausendjährigen (!) Geschichte« der Dresdner Frauenkirche eine Lücke – allein die Bombardierung und der Einsturz der Kuppel zwei Tage danach findet Erwähnung.[203] Und auch die Neuzeit zeigt eine nahezu einmalige Ansammlung rechter Manifestationen, die schon 89/90 sichtbar wurde, literarisch festgehalten im gleichnamigen Roman Peter Richters, der an Dresden beschreibt, wovor Konrad Weiß im März 1989 warnte, vor der neuen alten Gefahr junger Faschisten in der DDR. Und so verwundert es in der Rückschau wenig, dass ausgerechnet in Dresden einer der ersten rassistischen Morde nach 1990, der an Jorge João Gomondai im Jahr 1991, verübt wurde. Und dass Anfang der 2010er, in Erinnerung und Anlehnung an die *Opfergeschichte* der Stadt, Dresden zum Aufmarschort der alljährlich größten Nazi-Demonstration Europas wurde und 2014 zur Bühne und Kulisse für Pegida. Denn bis heute dominiert das Bild der unschuldig bombardierten sächsischen Kapitale die so mannigfaltige wie einzigartige Täterbiographie der Stadt. Mit dem Resultat, dass Dresden bis heute Anziehungspunkt für die neue und alte Rechte ist, die überdies auf ein seit Jahrzehnten gut vernetztes rechtes Hinterland bauen können. Eine Erinnerung aber, so Aleida Assmann, »die Dresden auf die unpolitische Kunst- und Kulturhauptstadt reduziert, sieht ab von der realen Komplexität dieses historischen Standorts und seine Eingliederung in die Geschichte des Faschismus und zweiten Weltkriegs.«[204] Und verpasst so die notwendige erinnerungspolitische Korrektur, welche die klassischen Verdrängungsstrategien des Aufrechnens, Externalisierens, Ausblendens, Schweigens und Umfälschens endlich verdrängen könnte.[205]

202 Matthias Wolfes: Protestantische Theologie und moderne Welt, Berlin 1999, S. 160.

203 Frauenkirche Dresden: Tausendjährige Geschichte. Selbst die DDR konnte sich dem Dresdner Mythos nicht entziehen. So wiederholte sie die propagandistische Legende, wonach »Jagdflugzeuge mit Bordwaffen die durch Straßen irrenden, in den Großen Garten und an die Elbwiesen geflüchteten Einwohner zusammenschossen«. Und so hieß es in der Parteizeitung der DDR-Blockpartei NDPD 1953: »In einem Augenblick, da die Niederlage des verbrecherischen Nazisystems längst entschieden war, wurde die letzte, noch völlig unversehrte deutsche Großstadt, zugleich eine der schönsten Städte Europas, in Schutt und Asche gelegt. Dieser amerikanisch-englische Überfall auf das mit Flüchtlingen überfüllte Dresden war militärisch sinnlos – es war vorsätzlicher Mord an Zehntausenden wehrloser Menschen, in der Mehrzahl Frauen und Kinder.« (Zitate bei Poutrus: Bomben auf Elbflorenz, S. 123f.). Dabei, Dresden ragt, bei aller Vorsicht beim Aufwiegen von Zahlen, in keiner einzigen Statistik heraus – weder nach Anzahl der Todesopfer, relativ wie absolut, noch nach prozentualer Zerstörung der Gesamt- oder Innenstadt oder der Bombenlast.

204 Assmann: Der lange Schatten. Impulsreferat.

205 Dies.: Der lange Schatten, S. 169–180; die Mechanismen werden diskutiert auf S. 311f. (im Bericht).

Auch in Freital lässt sich eine solche Nichterinnerung in Zusammenhang mit rechten Übergriffen bringen: Dass sich am gleichen Ort – dem Hotel Leonardo, das zwischenzeitlich als Unterkunft für Geflüchete genutzt wurde – im Jahr 2015, mit einer Pause von 23 Jahren, rassistische Angriffe wiederholen konnten, all das hat auch etwas mit dem Erinnern bzw. Nichterinnern vor Ort zu tun. Und nicht nur dies, neben mangelnder Erinnerungskultur trafen wir während Forschungsaufenthalten 2016 auf eine »unpolitische Politik«, auf unpolitische Verwaltung, auf eine unpolitische Bürgerschaft, auf das Gefühl, Politik störe den Frieden und dürfe allenfalls neutral stattfinden[206] – paradox vor dem Hintergrund der hochpolitischen, ursprünglich sozialdemokratischen Stadtgeschichte.[207] Kurz, was in Dresden als gefährdete sächsische, abendländische oder ostdeutsche Identität verhandelt wird, kippt dort besonders deutlich in gefährdende Identitätskonstruktionen, die bekämpft, was nicht *dazugehören* soll. Hierzu gehören auch die jüngsten rechten Aufwallungen entlang der Bundesstraße 96, die in Corona-Zeiten zutiefst antidemokratische Ressentiments bündeln und denen die sächsische Politik zu Unrecht noch immer und immer wieder den Dialog entgegensetzt, statt notwendige Ab- und Ausgrenzung. Mit dem längst bekannten Resultat, dass die extrem rechte AfD bei der Bundestagswahl in Sachsen nach Zweitstimmen die stärkste Kraft wurde und seither in Sachsen verlässlich die besten Umfrageergebnisse im Bundesvergleich erzielt –, obwohl die sächsische Union gerade nicht einem vermeintlichen *Linksruck* folgt oder je gefolgt wäre.

4.5.2 Auswege – Ein kurzer Blick in ostdeutsche Gegenwehr

Was lässt sich aus dem Gesagten lernen, was hat Dresden mit Ostdeutschland zu tun? Nicht viel und doch so viel: Dresden ist ein Paradebeispiel dafür, was passiert, wenn belastende Geschichte ausblendende Opfererzählungen dominieren. Aber ist es redlich, um Anerkennung zu kämpfen, wenn die dunklen Flecken ausgeblendet bzw. missachtet werden? Dresden ist also auch Metapher für einen notwendigen ostdeutschen Kampf um Erinnerung. Wer nur die Opfergeschichte memoriert, ohne sich der Tätergeschichte zu stellen, wer Treuhand und Transformation mit Ausländerfeindlichkeit in Zusammenhang bringt, der führt eine Ausblendungsdebatte. Es ist also wichtig und an der Zeit, dass Ostdeutschland beides erzählt, Transformationsgeschichte(n) und *Baseballschlägerjahre*. Es braucht eine ostdeutsche Debatte um die tief liegenden Wurzeln des Bildes vom *braunen Osten*, denn nur so wird der Kampf um Anerkennung auch ein zutiefst redlicher. Und wenn dereinst als Ergebnis dieser Auseinandersetzung der *braune Osten* Geschichte geworden ist, eine unbequeme, aber aufgearbeitete und hernach verar-

206 Michelsen u. a.: Rechtsextremismus, S. 58ff., Quent: Deutschland rechts außen, S. 107.
207 Walter: Symbolverlust und Identitätswechsel.

beitete, dann dürfte auch das Reden über diesen *braunen Osten* endlich Geschichte sein. Es wäre dies am Ende eine ostdeutsche Erfolgsgeschichte, die zu Recht Stolz auf Erreichtes reklamieren könnte, die die Spaltung im Osten und in Ost und West überwinden helfen könnte und die ostdeutsche Gesellschaft in toto (demokratisch) bei sich ankommen lassen dürfte. Diesen schmerzhaften Kampf zu führen hieße, und hier lässt sich – von den (noch immer laufenden) Auseinandersetzungen mit dem dunklen deutschen Erbe in der Bundesrepublik – vom Westen lernen: Wie eine Gesellschaft sich fundamentalliberalisiert, in dem sie sich Vergangenem stellt. Das wäre, neben aller Berechtigung einer breiten Debatte über den ostdeutschen Erfahrungsraum, ein lohnenswertes (und dringend notwendiges) ostdeutsches Projekt.

Stehen Dresden und Freital paradigmatisch für einen schwierigen Umgang mit der eigenen Vergangenheit, die dem rechten *Normalzustand* in der politischen Auseinandersetzung allzu oft zu wenig entgegensetzt, muss der Blick nicht weit schweifen, um in Ostdeutschland Beispiele lokaler Gegenwehr zu entdecken. In Leipzig, in Jena, selbst im einst zur *Chiffre* gewordenen Hoyerswerda wird Erinnerungskultur als Teil des gesamtgesellschaftlichen Kampfes gegen Rassismus und die organisierte extreme Rechte deutlich ernster genommen – mit spürbaren Ergebnissen zumindest auf der Ebene pogromartiger Übergriffe, aber teilweise auch auf Ebene der Wahlergebnisse.[208] Dieser Befund gilt auch für die Stadt Rostock. Trotz eines nahezu einmalig rechtsradikal durchdrungenen Hinterlandes vor allem im Osten Mecklenburg Vorpommerns,[209] einer allenfalls sozioökonomischen Mittellage etwa in Bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen und der Erfahrung massiver Transformation erhält die AfD hier deutlich schlechtere Wahlergebnisse als im Rest Ostdeutschlands und konnte es rechten Aufmärschen in den letzten Jahren nie gelingen, zahlenmäßig die Oberhand zu behalten. Neben vielfältigen Hinweisen scheint aber auch hier lokale politische Erinnerungskultur eine wichtige Strategie zur Bekämpfung des »Stigmas« zu sein, nicht (mehr) nur Ort als des Pogroms von »Lichtenhagen« 1992 zu gelten, welches zeitgenössisch Pate stand für »das Bild des hässlichen Deutschen«[210] und als »Erfolgsmodell«, als »prägendes Narrativ« »für die Sozialisation der rechtsextremen Szene« galt.[211]

208 Interessant jedenfalls der Hinweis, dass in Hoyerswerda der Versuch der AfD, einen Oberbürgermeister zu stellen, an den Wahlurnen deutlich scheiterte (16,2 % im zweiten Wahlgang), während in Freital der Oberbürgermeister mitsamt Teilen der Fraktion inzwischen unter Beifall der AfD aus der CDU ausgetreten ist, vgl. zu Freital Meyer: Klare Kante.

209 Extrem rechte »Geländegewinne« sind dicht beschrieben etwa am Beispiel Ostvorpommern: Borstel, Braun gehört zu bunt dazu!

210 Heinrich: Rostock Lichtenhagen 1992–2017, S. 293.

211 Ebd., S. 300.

Erinnerungskultur als Zusammenspiel medialer, politischer und initiativer Erinnerungskultur könnte also *ein* ostdeutsches *role model* für Ostdeutschland werden. Wie kann darüber hinaus ein spezifisch ostdeutscher Kampf gegen Rassismus und die extreme Rechte gelingen? Nun, mutmaßlich, wie beschrieben, vor Ort durch Politik, Zivilgesellschaft und Medien. Nochmals das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, das Land, dass lange Jahre »seit den ausländerfeindlichen Übergriffen von Rostock-Lichtenhagen 1992 und durch die diversen rechtsextremistisch motivierten Straftaten – u. a. durch Überfälle auf Campingplätze – in den Folgejahren« als »eine Hochburg der rechtsextremistischen Bewegung«[212] galt, so Steffen Schoon in seinem Blick auf die regionale politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Eine politische Kultur, die sich im Umgang mit Rechtsextremismus lange Zeit durch »eher unbeholfene[s] Agieren von Kommunen, Verbänden, Vereinen, Lehrern und anderen potentiellen Autoritäten« ausgezeichnet habe, so Schoon weiter, die zwischen Verharmlosung oder Negieren der extremistischen Bewegungen einerseits und der reflexartigen, strikten Ausgrenzung der entsprechenden Jugendlichen andererseits lavierten.«[213] Dies habe sich aber »mittlerweile« geändert. Schoon konstatiert einen »souveränere[n] und selbstbewusstere[n] Umgang mit dem Rechtsextremismus«, in dem auch die Bürger*innen inzwischen »ein größeres Verständnis für demokratisch-politische Prozesse, Rechtsstaatlichkeit und die Akzeptanz von Pluralität« entwickelt, nicht zuletzt durch Programme wie »Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!« hätten. Dies auch durch ein damit womöglich zusammenhängendes »deutliches Ansteigen des bürgerschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit« in den Städten und Gemeinden des nordöstliche Bindestrichlandes.[214]

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt wird seit Jahren eingefordert, hat aber bisweilen überwiegend »Identitätsprosa« hervorgebracht: Es braucht ein intergenerationelles und innerostdeutsches Gespräch. Über die DDR und die vergangenen 30 Jahre, auch eines, dass Überhänge aus der DDR und ostdeutsche Aktualisierung einbezieht, und dass generationelle Lagen, unter Einschluss von Transformations- und Deprivationserfahrungen thematisiert. Dies auch unter Einschluss eines Blickes nach Osteuropa als mindestens dem *Westen* ebenbürtiger Vergleichsfolie. Und nicht zuletzt braucht es noch immer einen Ausbau politischer Bildung.[215] Auf diese ostdeutschen Bedingungen wird es *auch* spezifische ostdeutsche

212 Schoon, Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, S. 222f.

213 Ebd., S. 223.

214 Ebd.

215 Insofern ist die Analyse des »Ost-Beauftragten« Marco Wanderwitz im Rahmen der Vorstellung des aktuellen 2020er-Berichts zum Stand der deutschen Einheit, wonach Rechtsextremismus ein spezifisches Problem von steigender Intensität in Ostdeutschland sei, und dass politische Bildung hier helfen könnte, richtig. Die Ableitung aber, jetzt mit »besorgten Bürger*innen« reden zu wollen, halte ich für falsch (s. Abschnitt 6).

Antworten brauchen. Und was hierbei zentral scheint: Diese Auseinandersetzung muss als ostdeutscher Verantwortungsdiskurs laufen und nicht als Entlastungsdiskurs, der Ursachen für Rechtsextremismus und Rassismus von der ostdeutschen Eigengeschichte abkoppelt und der Versuchung erliegt, ostdeutsche Verantwortung zu externalisieren.

5. Identifikation von Blindstellen und Kritik

»Ostdeutsch ist eine Herkunft, ein sozialer Ort, eine Erfahrung, für manche sogar ›Heimat‹. Es stellt eine Abgrenzung dar, die ausgrenzt.«[216] Viel knapper, neutraler und zugleich offen lässt sich *ostdeutsch* kaum auf den Punkt bringen. Und hier muss auch Kritik ansetzen, die bereits im kursorischen Blick auf kollektive ostdeutsche Identität, auf gefährdete und gefährdende Identität sowie Brüche und Brechungen angedeutet wurde. Wo liegen also thematische Blindstellen, wo könnte es theoretisch-konzeptuellen Erweiterungs- bzw. Korrekturbedarf geben und wie steht es um gesellschaftspolitische Problembearbeitungen im Vereinigungsprozess bezüglich (dominanter) Diskurse bzw. Narrative.

Die ostdeutschen Debatten sind gerade sehr im Fluss, medial und auch wissenschaftlich; insofern sind die folgenden, thesenhaften, auf dem bisher Zusammengetragenen basierenden Hinweise bisweilen mehr ein zuspitzender, verstärkender Appell denn Identifizierung großer Lücken. Dabei soll eine Prämisse von Steffen Mau voranstehen:

> »Was lässt sich nunmehr – nach 30 Jahren – zu Ostdeutschland sagen? Was bietet die Nachbetrachtung mit zeitlichem Abstand mehr als eine Fußnotenkorrektur und den unentwegten Kampf um Deutungshoheit darüber, was die DDR gewesen ist und was nicht, und welche der heute erkennbaren Frakturen Ostdeutschlands als Erbe der DDR gelten dürfen und welche als Brüche der Transformationszeit? Zunächst einmal muss es um eine selbstbewusste und differenzierte Aneignung der Geschichte gehen, jenseits von Verteufelung oder Verherrlichung der DDR. Ähnliches kann man auch in den Anforderungskatalog der Analyse des Vereinigungsprozesses hineinschreiben. Wer den Weg in die Einheit und den ostdeutschen Transformationspfad verstehen will, muss sich gegenüber dem politisch Wünschbaren weitgehend immunisieren. Immerhin handelt es sich um ein politisch umkämpftes Deutungsfeld, wo stets die Vereinnahmung oder Abwehr von Erkenntnissen droht.«[217]

216 Kowalczuk: Die Übernahme, S. 90; vgl. auch Paqué/ders.: »Absturz ins Nichts«, die trennende Erfahrungsräume thematisieren.

217 Mau: Soziokultur, S. 11.

5.1 Thematische Blindstellen

So richtig es ist, auf Marginalisierung und Nichtanerkennung hinzuweisen, so wichtig ist es, die Schattenseiten und Disparitäten ostdeutscher Identitätsproduktion stärker in den Blick zu nehmen. Abgrenzung, die ausgrenzt, wird bisher noch zu wenig in den Blick genommen. Ja, die Mehrheit steht zur Demokratie, wählt demokratische Parteien. Aber statt »empowernde(r) Identitätspolitik«[218] braucht es *auch* die Perspektiven, Erzählungen, Hoffnungen jener Menschen, die sich neuen identitären Schließungen entgegenstellen, die sich vor Ort engagieren, in *vielfältigen* Zusammensetzungen und Identitäten.

5.1.1 Auf die Zivilgesellschaft schauen

Was es also braucht, ist zum einen die wissenschaftliche Erforschung jener Räume, in denen eine starke, aktive Zivilgesellschaft sich etwa rechten, identitären Manifestationen entgegenstellt. Welche Rolle spielen diese Gruppen in den Auseinandersetzungen um gefährdete und gefährdende Identität? Wer wird adressiert, wer unterstützt diese Gruppierungen, welchen Beitrag leisten sie zur Stabilisierung demokratischer Aushandlungsprozesse? Der Hinweis jedenfalls, dass etwa in Städten, in denen zivilgesellschaftliche Gegenwehr gegen rechte Identitäten und Manifestationen stark sind und in der Überzahl und auch (lokal-)politisch unterstützt werden, Pegida-Ableger nur wenig Chancen hatten, weist der Debatte die Richtung: Während Pegida in Dresden noch immer demonstriert, war der Spuk in Leipzig zügig vorbei; während die AfD in Rostock immer mit heftiger Gegenwehr zu rechnen hat, ist dies in der sächsischen Provinz bisweilen anders und auch dort sehr unterschiedlich: Während sich die Pogrome in Hoyerswerda nicht wiederholten, in Freital 2015 aber schon, während die AfD bei den Oberbürgermeisterwahlen in Hoyerswerda schwach abschnitt, war dies in Görlitz nur durch eine kurzzeitige Einigkeit von *Antifa*-Gruppen bis hin zur CDU zu verhindern. Nicht nur der Beitrag der vermeintlich im Osten schwächeren Zivilgesellschaft gehört in den Zusammenhang. Sondern auch die Frage – die Breite der Bündnisse aus unterschiedlichen Hintergründen zeigt es an –, welche Identitätskonstruktionen hier jenseits von gefährdet und gefährdend vorherrschen und wie inklusiv und demokratiefördernd diese sein können, sollte stärker Beachtung finden als bisher. Kurz: Wenn auch vermeintlich schwächer ausgeprägt als »im Westen«, so macht dennoch die vorhandene Stärke, Wahrnehmung und (breite) Unterstützung ostdeutscher Zivilgesellschaft (Ostritz, NoPegida etc.) vielfach den

218 Kubiak: Nachwendegenerationen, S. 87. Kubiak weist selbst darauf hin, dass dieses Konzept umstritten und für extrem rechten Missbrauch anfällig sein kann.

Unterschied. Eine Aufgabe für Förderpolitiken und Bundesprogramme ebenso wie für die Politik als Stütze und Partnerin der Zivilgesellschaft selbst.

5.1.2 (Post-)Migrantische Perspektiven einbeziehen

Jenseits der nun auch schon fast zwei Dekaden alten »Erkenntnis«, die Ostdeutschen seien (Im-)Migranten[219] in der neuen, vereinten Bundesrepublik, bleiben im öffentlichen Diskurs die realen Geschichte(n) von Migrant*innen *in* der DDR und *in* Ostdeutschland häufig unsichtbar. Dabei brauchte es nicht nur zur Komplettierung des Bildes von Ostdeutschland die Geschichten von Ostdeutschen, die eine Migrationsbiographie besitzen – DDR-«Vertragsarbeiter*innen«, aus politischen Gründen in die DDR Geflüchtete, Menschen, die zum Studieren in die DDR kamen und blieben, aber auch alle nach 1989/90 in den Osten migrierte Menschen und jene, die wieder gingen, die dem Osten den Rücken kehrten. Es braucht diese Perspektiven auch deshalb, weil sie den ostdeutschen Identitätsdiskurs dahingehend herausfordern, dass diese Gruppen besonders stark von rassistischer Gewalt bedroht sind. Die Behauptung ähnlicher, vergleichbarer Diskriminierungserfahrung von Ostdeutschen und Migrant*innen, bricht sich in diesem notwendigen Blick.[220] Ist also die Forderung, erstmal *uns* (in der Regel nicht-migrantische Ostdeutsche) zu integrieren, nicht zu exklusiv und bleibt sie mithin blind? Beide Fragen können klar mit »Ja« beantwortet werden, und deshalb gilt es, Transformationsgeschichte(n) um unterschiedliche Migrationsgeschichte(n)[221] zu ergänzen.[222] Und damit das Bild ostdeutscher Identitäten nicht nur anzureichern und zu komplettieren. Sondern auch zumindest ein Stück weit zu immunisieren gegen ein enges Identitätskonzept, das ostdeutsche Herkunft so auflädt, dass es zumindest Anknüpfungspunkte für gefährdende Aufladungen liefert. Das verschiedentlich in Wahlkämpfen der AfD, aber auch der CDU als Negativfolie bemühte Bild des migrantisch geprägten Berlin-Kreuzberg, das die vermeintliche Gefährdung »bewahrenswerter« ostdeutscher *Normal*identität illustrieren soll, gehört mit Sicherheit in diesen Kontext.

---

219 Darauf weisen hin: Ha: Realität; Nguyen: Heimatlos? Die These vom Ost-Immigranten bei Staud: Immigranten, aus dem Jahr 2003 (!).

220 »Ali Schwarzer, der 2015 wegen des grassierenden Rassismus von Leipzig nach Mannheim gezogen ist, kritisierte die entsprechende Ausblendung tatsächlich ›ost-migrantischer‹ Erfahrungen und Erzählungen schon angesichts des Hashtags #DerAndereOsten: ›Da hilft es auch nicht, wenn Menschen unter dem Hashtag #DerAndereOsten beteuern, ›wie wunderbar es sich hier leben lässt. Es stimmt halt nicht, wenn du Schwarz bist.‹« (zitiert nach Reisin: Eine halbgare Studie).

221 Interessant etwa der Hinweis, dass das migrations-»kritische« Sachsen nachgerade das Produkt historischer Migrationsbewegungen unvergleichlichen Ausmaßes ist (vgl. Vogel: Normalfall Migration, o. S.).

222 Vgl. zunächst Ha: Realität; Behrends u. a.: Fremd-Sein; Ransiek: Anders-Sein.

5.1.3 Frauen verändern die Republik (und die Sicht)

Frauen sind weit überproportional abgewandert, verdienen in manchen Regionen des Ostens mehr als Männer, sie wählen weit unterproportional die AfD. Sie sind dennoch laut sächsischer Längsschnittstudie enger verbunden mit der DDR, was auch aus ihrer (emanzipierteren) Rolle in der DDR resultieren mag. Und womöglich eine Nachwirkung jenes *Kulturschocks* sein könnte, den ostdeutsche Frauen erlebten, als sie auf eine Bundesrepublik trafen, die etwa in der Debatte um § 218, Frauenerwerbsarbeit oder Kinderbetreuung deutlich rückständig wirkte. Überdies, Frauen haben die Republik verändert und verändern sie noch.[223] Sie kritisieren und protegieren prominent ostdeutsche Identität, aber gesprochen wird allzu oft über den pathologischen (mittelalten) ostdeutschen Mann.[224] Dabei wäre es mit Blick auf Abwanderungsprozesse und Demografie von hoher Bedeutung, den weiblichen Blick auf den Osten und ostdeutsche Identitätsprozesse zu lenken, weil dieser Blick auch eine Rolle spielen dürften bei Überlegungen, aus dem Osten abzuwandern. Überdies ist auffällig, dass gerade jene Versuche, positiv besetzte Bilder von Ostdeutschland in den Vordergrund zu rücken, publizistisch, wissenschaftlich, auf der Ebene von Initiativen sehr stark von Frauen getragen werden und gerade nicht von mittelalten Männern, die den Blick auf den Osten bisweilen dominieren, und die eher die regressiven Spielarten ostdeutscher Identitätsbildung adressieren und formulieren.

5.1.4 Aufarbeitung, anders

Zweifellos hat der Blick der »alten westdeutschen Männer« manche schwarzweiß gezeichnete Engführung ostdeutscher Biografien bewirkt, etwa auf die Frage, wer was vor 1989 getan hat. Aber wie steht es um den Diskurs manchen *Aufarbeitungsfunktionärs*, der die DDR entlang ausgetretener, abgesicherter Pfade von Herrschaft und Unrecht durchschreitet, die nur wenige Ostdeutsche betreten mögen und die fern anderer, zugewucherter Pfade verlaufen, fern von rassistischen und rechten Traditionen, ebenso fern bisweilen vom *Alltag*

223 Instruktiv: Brandes/Decker: Ostfrauen verändern die Republik.

224 Entsprechungslos ist dieses Bild indes nicht: Zum einen wirkt sich »die Geschlechtszugehörigkeit im Osten am stärksten auf die Art der Nutzung des Stimmrechts aus. Ostdeutsche Frauen sind unter Nichtwählern und den Wählern systemtragender Parteien prozentual wesentlich stärker vertreten als Männer. Demgegenüber zählt jeder vierte Mann, aber nur gut jede zehnte Frau in den neuen Ländern zu den potenziellen Protestwählern.« Zum anderen: »Ostdeutsche Männer unterscheiden sich in ihrem Wahlverhalten wesentlich stärker von westdeutschen Männern, als dies für Frauen zutrifft« (vgl. Brachert u. a.: Partizipation, S. 307), auf der Einstellungsebene widersprechen Zick u. a.: Verlorene Mitte, S. 127ff., diesem Befund. Einstellung und Verhalten sind aber zu trennen. Hinweise auf das Thema liefert Buchholz: Erzählung von den DDR-Frauen.

der Menschen vor und nach 1989.[225] Transformationsgeschichte(n) sollten erzählt, die Aufarbeitung der (Fehler, Blindstellen, Engführungen) der Aufarbeitung beginnen und die Aufarbeitung der Verarbeitung und Erinnerung weichen. Insofern wären auch Umstrukturierung, Umbenennung und ein bereits in Gang gesetzter Generationswechsel weiterhin dringend zu diskutieren. Dies gilt im Zuge der Jubiläen und ihrem Nachgang auch für die gesamte professionelle ostdeutsche Erinnerungslandschaft,[226] der zu wünschen wäre, dass sie den ostdeutschen Erfahrungsraum DDR stärker entideologisiert und entpolarisiert zugunsten eines Wechsels von Herrschaft zu Alltag und dort zu politisieren und zu polarisieren, wo – Stichwort Rechtsextremismus und Rassismus – Ursprünge lange Zeit unterbelichtet geblieben sind. Und es auf der anderen Seite zu unterlassen, die Prozesse seit 1990 durch eine politische Brille zu lesen, die linke Politik bisweilen in einem Atemzug mit der SED/DDR verhandelt, weil es politisch opportun ist. Kurz, die Politik hat sich endlich aus der institutionalisierten Aufarbeitung als politischem Kampffeld zurückzuziehen und der Wissenschaft das Feld zu überlassen. Der ostdeutsche Erfahrungsraum als Wahlkampf-*Backup* – erinnert sei an die (Nicht-)Debatten um Nachfolgepartei(en), von der es historisch nicht nur eine gibt, oder den Begriff des *Unrechtsstaates* – ist schließlich nicht nur unredlich, er hat in den vergangenen Jahren auch immer wieder Wunden aufgerissen.

Gleiches gilt ganz besonders für die Jahre nach 1990 und auch hier im Bereich rechter Manifestationen, die ebenfalls stärker aufgearbeitet gehören. Dass ein Teil der ehemaligen Aufarbeiter*innen inzwischen in Teilen einen erheblichen Rechtsdrift aufweisen, dass Aufarbeitung nur wenig zur rechten Welle durch und nach Pegida beitragen konnte und es ein Journalist war, der das Thema der *Baseballschlägerjahre* wieder aufs Tableau hob, zeigt, wie weit weg die institutionalisierte und auch zentralisierte Aufarbeitung sein mag.[227] Nochmals: Die Dezentralisierung, Professionalisierung und Verjüngung der Aufarbeitung muss Hand in Hand gehen mit *neuen* Fragestellungen, Zugriffen und weiteren zeitlichen Räumen bis in die aktuelle Gegenwart. Und einem professionell unterleg-

225 Für Gerd Dietrich: Rezension, war es schon 2014 »nur noch eine Frage der Zeit, dass es der offiziellen Geschichtspolitik ergehen muss wie der Titanic: Man glaubte sie unsinkbar, feierte in allen Sälen und die Bordkapelle spielte bis zuletzt. Das unter der Oberfläche weit größere und mächtigere Arrangementgedächtnis aber, bei Ahbe noch ein ›Laien-Diskurs‹, wird den professionellen ›Untergang‹ des bisher allein dominierenden Diktaturgedächtnisses herbeiführen.«

226 Vgl. die knappe Diskussion bereits bei Goudin-Steinmann/Hähnel-Mesnard: Gedächtnis, S. 14f., und Kowalczuk: Aufarbeitung, vgl. auch die jüngste Kritik an dem Geschäftsführer der sächsischen Gedenkstätten Siegfried Reiprich oder die an der Leitung der Gedenkstätte »Runde Ecke« in Leipzig (Prüwer/ Schlehahn: Der Revolutionswächter, S. 14ff.).

227 Bangel, Baseballschlägerjahre.

ten Generationenwechsel (beispielsweise von Historiker*innen und Sozialwissenschaftler*innen), der sich künftig abbilden muss: in Beiräten, in Kommissionen, auf Podien, in Publikationen, in der Wissenschaftsförderung, in der gesamten Aufarbeitungslandschaft.

5.1.5 Der Westen und der Osten

Es mag sein, dass der Westen, auch aus seiner spezifischen Distanz zum Nationalen und starker Regionalismen, kein Bild von sich hat und sich auch deshalb selbst dethematisiert. Daher ist die Erkenntnis, dass die heutige Bundesrepublik nicht mehr die alte ist, wohl auch noch unterwegs. Es mag sein, dass der Westen auch deshalb den Osten konstruiert, aber er tut das nicht exklusiv. Vielmehr gibt es in Ost wie West stark differierende Erzählungen *vom Westen* und *vom Osten*. Aber nicht nur in der westdeutschen Erzählung *vom Osten* als *dem Anderen*, auch in der ostdeutschen Erzählung *vom Osten* (und *dem Westen*!) als *dem Anderen* wird derzeit eben jene bereits beschriebene *ostdeutsche Essenzialisierung* wirkmächtig, die in einem sehr kollektiven Bild Ansprüche (gegenüber dem Westen) formuliert, ohne eigene Blindstellen zu diskutieren. Interessant jedenfalls eine Aufstellung von *Die Zeit im Osten* aus dem Jahr 2019, die versuchte, anhand von 47 Zitaten Erzählungen über *den Osten* zu sammeln. Dabei drehen sich mehr als ein Drittel der Statements um die beiden Kategorien »Wir Wessis sind auch schuld« und »Ihr Wessis seid auch schuld«, auch in anderen Kategorien wie beispielsweise »Man muss den Frust verstehen« und »Die Ossis sind Avantgarde« werden Fehler *des* (kollektiven) *Westens* verhandelt, wohingegen die ostdeutsche Verantwortung für den Einigungsprozess gar nicht verhandelt wird.[228] Es ist diese Einseitigkeit der Ost-West-Debatte, die dringend Ergänzungen bedarf – nicht nur in der Differenzierung ostdeutscher Erzählungen *vom Osten*, sondern auch ostdeutscher Erzählungen *vom Westen* und *vice versa*. Denn die Behauptung, *der Westen* habe sich nicht verändert, ist womöglich auch eine ostdeutsche Konstruktion, wie das Bild *des Ostens* selbst in Teilen auch.[229] Verschränken wir beide Geschichten und ergänzen wir sie um viele Perspektiven: Nord–Süd, Generationen, Geschlechter, Migrationshintergründe. Aber auch um die Perspektiven ab- und rückgewanderter Ostdeutscher,[230] um die jener *West*deutschen, die seit Dekaden im Osten leben, aber auch um die Perspektiven »gesamtdeutscher« Paare, also jenen noch immer seltenen Ehen zwischen

228 Vgl. Barkouni u. a.: Das musste mal gesagt werden

229 Die Behauptung des Westens als »Normal-Null« einer ostdeutschen Fremdzuschreibung ist womöglich nur die Kehrseite des Westens als »Normalnull« in der westdeutschen Fremdzuschreibung, vgl. zum Bild des Westens als Normal-Null Große: Blickwende.

230 Hinweise in Lettrari: Wendekinder.

Ost- und Westdeutschen. Tun wir all dies, um die unterschiedlichen Eigenlogiken und Erfahrungsräume und auch die wechselseitigen Wahrnehmungen in den Blick auf und in Ostdeutschland zu bekommen – auch weil das der Realität näherkommt![231]

5.2 Theoretisch-konzeptuelle Erweiterungen

5.2.1 Lokale und regionale politische Kultur vs. ostdeutscher Monolith

Wie sich gezeigt hat, bricht sich im Regionalen und Lokalen bisweilen das monolithische Bild Ostdeutschlands. Am in sich wiederum differenten, sächsischen Beispiel ist das nachvollziehbar.[232] Gleichwohl scheint in der Erforschung (Ost-) Deutschlands der Appell der Regionalität vor allem noch ein wenig eingelöster, wenngleich jüngst ertragreiche Aspekte herausgearbeitet worden sind.[233] Insofern steckt im regionalen Ansatz die Chance, die *Essenzialisierung* ostdeutscher Identität einzufangen und Ostdeutschland in seiner regionalen Verschiedenheit vor einer gemeinsamen Vergangenheit zu verstehen: Schließlich, das macht den Ansatz lokaler Politische-Kultur-Forschung ertragreich, differieren Befunde zum *braunen Osten* weitaus stärker als das transportierte Bild. In Rostock ist die AfD – ein elektoraler Indikator, mehr nicht – schwächer als in vielen Regionen Baden-Württembergs, während die AfD im Süden des Ostens nahezu mehrheitsfähig scheint; schon 2013 fuhr sie ihre stärksten Ergebnisse im Erzgebirge ein – und in Baden-Württemberg,[234] wohingegen sie im Eichsfeld vergleichsweise schwach ist.

Hat die rechte Dauermobilisierung nur in Dresden überlebt, in Teilen auch in Cottbus und eine Zeitlang beispielsweise in Suhl, so hat diese Empörungswelle schon in Leipzig nicht Fuß fassen können – also machen wir (das wissenschaftliche, diskursive, öffentliche Wir) Pegida nicht zum *Ost*-Problem, sondern binden es zurück an regionale Resonanz und fragen nach den Bedingungen dafür. Schließlich endet lokale politische Kultur, so sie nicht quantitative Einstellungsforschung meint, nicht bei *Items*, die Identitätsfragen abzubilden vorgeben,

231 Zu wechselseitigen Wahrnehmungen vgl. jüngst Bertelsmann Stiftung (Hg.): 30 Jahre Deutsche Einheit.

232 Neumann: Ostdeutsche Besonderheiten?; Lühmann: Sächsische Befunde; Kleffner/Meisner: Unter Sachsen.

233 Deutschland sei »europaweit ein Sonderfall, mit einer hoch fragmentierten politischen Kultur, Folge der Kleinstaaterei, in der die Menschen Jahrhunderte lang lebten, nur lose verbunden unter dem Dach des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, mit einem Kaiser zumeist im weit entfernten Wien.«, so Wehling (zitiert nach Sturm: Regionale politische Kulturen, S. 76).

234 Ein interessantes Forschungsfeld wäre der Eliten-getragene konservative Ideentransfer aus dem Süden 1990ff.

sondern sie fokussiert ein Bündel aus Politik vor Ort, Parteien, Zivilgesellschaft, Kirche, Medien, Erinnerungskultur und vielem mehr in einem langen Prozess.[235]

Gerade mit Blick auf *ostdeutsche* Spezifika von Rassismus und Rechtsextremismus kann der genaue Blick helfen – auf (bisweilen sehr lang wirkende) religiöse, kulturelle und historische Überwölbung(en) politisch-kultureller Konflikte,[236] aber auch auf politische Verantwortlichkeiten, auf Zivilgesellschaft usw. –, Unterschiede zwischen der Residenzstadt Dresden, der Handelsstadt Leipzig, der Hafenstadt Rostock, der Universitäts- und Technologiestadt Jena, der abgehängten »Provinz«-Städte Cottbus, Bautzen, Görlitz, den ländlichen Regionen zu erklären. Daran anschließen kann und muss die Suche nach gelingendem ostdeutschem Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus – als durchaus anwendungsorientierte Wissenschaft, basierend auf solidem geschichtswissenschaftlichem, soziologischem Fundament.

5.2.2 Erinnerungskultur

Die Erforschung von regionaler Erinnerungskultur ist ein wichtiger Schlüssel für die kommenden Jahre, denn in der Draufschau ergibt sich das zu untersuchende Bild: Wo Erinnerungskultur wirkt, wie in Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda, dort hat sich nicht wiederholt, was in Freital und Heidenau 2015 zu sehen war, wo die Erinnerung an die Pogrome von Anfang der 90er verdrängt wurde.[237] Schließlich: Erinnerungskultur heißt nicht nur kritisch umzugehen mit Vergangenem, sondern auch mit Strategien seiner Verdrängung – Aufrechnen, Externa-

235 »Das Gros der Autor_innen trägt die Brille des methodischen Nationalismus, beschreibt also nationale Gesellschaften, am ehesten noch getrennt in Ost und West« (Mullis/Zschocke: Regressive Politiken, S. 26), was Mullis/Zschocke zu dem Schluss kommen lässt: »Es fehlt an Forschung, die an konkrete Orte geht und die Formierung von Gesellschaft als je lokalisierte Praxis betrachtet. Es bedarf Forschung, die qualitativ von lokalen Settings aus, Gesellschaft als Ganzes in den Blick nimmt« (ebd., S. V). Ein Plädoyer für das von Michelsen u. a.: Rechtsextremismus, umgesetzte, nicht nur, aber auch wegen zu geringer Fallzahlen und zu starker Kleinräumigkeit kritisierte *Setting* regionaler Rechtsextremismusforschung in Ostdeutschland, die unabhängig davon überdies die dringend angemahnten Nord-Süd-Differenzen in den Blick nehmen sollte.

236 Stange: Evangelikale; Lühmann: Meinungskampf von rechts. Sachsen gilt selbst konservativen Politologen wie Eckhard Jesse als das »konservativste Bundesland neben Bayern« und ist seit Jahren das Schlusslicht bei der Anerkennung gesellschaftlicher Diversität, so eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die zuletzt 2014 die sehr schwach ausgeprägte Anerkennung von Diversität in Sachsen gemessen hatte (vgl. die Hin- und Nachweise bei Lühmann, Meinungskampf, S. 12f.).

237 Die Hinweise bei Lühmann: Monolith. Exemplarisch für Rostock-Lichtenhagen herausgearbeitet bei Heinrich: Rostock Lichtenhagen 1992–2017; als Beispiel für Hoyerswerda: https://www.hoyerswerda-1991.de/.

lisieren, Ausblenden, Schweigen und Umfälschen.[238] Es lohnt, die Strategien kurz zu erläutern: *Aufrechnen* meint eine Strategie der Schuldabwehr, eine Selbstentschuldungsstrategie, die aufrechnet – etwa indem sie Spezifiken und Verantwortlichkeiten für ostdeutschen Rechtsextremismus gegen den Westen aufrechnet (das funktioniert auch *vice versa*). *Externalisieren* meint die Abspaltung von Schuld, am bekanntesten der DDR-Antifaschismus, der den Faschismus in den Westen abschob oder auf die Verhältnisse – die wirtschaftlichen Bedingungen sind schuld und nicht Rassismus. *Ausblenden* wiederum meint, »was damals nicht wahrgenommen wurde, weil man es nicht wahrhaben wollte, konnte später nicht zu einem Gegenstand der Erinnerung werden.«[239] Es gab keinen Rechtsextremismus in der DDR, die Sachsen seien immun gegen Rechtsextremismus, sind Spielarten dieser Verdrängungsstrategie. Bliebe noch das *Schweigen*, das in doppelter Weise wirkt, nämlich als »das sprachlose Schweigen der Opfer« und als »das Schweigen der Täter, das ein *Ver*schweigen und damit auch Ausdruck fortgesetzter Macht ist.«[240] Das (notwendige) Reden über Rassismus in der DDR und über die *Baseballschlägerjahre* setzt hier an. Nicht zuletzt muss das *Umfälschen* noch erwähnt werden, das als Strategie dort ansetzt, wo Schuld überhört wird und alles, was als Entschuldung passt, überbetont wird – ein selektiver Blick auf gefährdete Identität unter Auslassung gefährdender Identität folgt etwa einem solchen Muster. Es wäre lohnend und ist dringend angeraten, den Diskurs im Wissen um diese (nicht zwangsläufig bewusst eingesetzten) Strategien zu weiten. Denn erst dann zwingt Erinnerungskultur, die Arbeit am kollektiven Gedächtnis, zu Korrekturen von Narrativen wie Nichtnarrativen, sie zwingt zur kritischen Einordnung und kann Ausgangspunkt einer aufgeklärten Debatte über Identitäten und ihre möglichen Belastungen sein.[241] Und auch Ausgangspunkt ostdeutscher Gegenwehr – nur wenn die dunklen Seiten der jüngeren Geschichte benannt werden, kann erinnert und abgeleitet werden.

Erinnerung, so unbequem sie ist, ist das, was Gesellschaften auch demokratisch bei sich ankommen lassen kann: Was dem Westen 1967/68 (mit allen Überschüssen) war, ist dem Osten (ebenfalls mit Überschüssen) womöglich 2019/20: Nach 30 Jahren, herausgefordert von Vergangenem, generationell sehr unterschiedlich, lokal different, Bilanz zu ziehen, zu fragen, *den Osten* neu auszuhandeln. Hier liegt eine große Chance: Jenseits von Identitätspolitik Debatten zu führen, politische Bildung zu stärken, Erinnerung vor Ort neu zu verhandeln und suchend zu begleiten, Diskurse zu ordnen. Einen solchen aktuellen, erinnerungspolitischen Konflikt beschreibt Alexander Leistner am 89er-Erbe: »Die Er-

238 Vgl. hierzu und im Folgenden: Assmann: Der lange Schatten, S. 169–182.
239 Assmann: Der lange Schatten, S. 175.
240 Ebd., S. 176.
241 Vgl. auch die instruktiven Hinweise bei Schoenmakers: Geteiltes Erbe?, S. 2f.

innerung an Basisdemokratisierung und die *Verhandlungsdemokratie* der Runden Tische wurde gegenüber den charismatischen Demonstrationen einer *Volksversammlungsdemokratie auf der Straße* weitestgehend marginalisiert. Die Erinnerung an den Aufbau der *parlamentarischen Demokratie* im Zuge der Wiedervereinigung ist retrospektiv überlagert von den wirtschaftlichen Schieflagen des Transformationsprozesses«, weil die Wiedervereinigung »weitreichende Anspruchshorizonte, das schöpferische Potenzial und die Veränderungshoffnungen der Opposition« des Jahres 1989 verschwinden ließ und »eigensinnige« Wiederaneignungen erfuhr.[242] Alexander Leistner verweist auf die »charismatische Aufladung der Straßenproteste als Entmachtungsbewegung«, die »in Ostdeutschland eigensinnige Vorstellungen einer »Demokratie des Volkes« entstehen lassen, die (auch) dazu führen, dass Politikkonzepte der extremen Rechten unter Bezugnahmen auf »1989 als Widerstandsnarrativ« stark an Resonanz gewinnen« bis hin zu dissidenter »doppelter Systemopposition« manch rechts radikalisierter Bürgerrechtler*innen.[243] Hier kann und muss die Arbeit am kollektiven Gedächtnis ansetzen. Einen weiteren Hinweis liefert der Blick auf Dresden: Wer Pegida als Radikalisierungsort rechten Terrors[244] verstehen will, der kann nicht um die (unerinnerte!) lange historische rechte Täterbiografie der Stadt umhin.[245] Erinnerung(-skultur) ist schmerzhaft, wichtig, lehrreich. Und: sie kann Identität stiften *und* gegen antidemokratische Umdeutungen imprägnieren.

5.2.3 Transformationsgeschichte(n) und Meistererzählungen

Das gilt auch für das Reden über die Transformation. Ich will das Thema kurz halten, weil es mutmaßlich andernorts intensiver diskutiert wird.[246] Wichtig scheint die Feststellung, dass womöglich »die Entwicklungen nach 1989/90 ein erinnerungskulturelles Vakuum dar(stellen)«. Da aber »der gemeinsame Wissensvorrat wichtiger Identitätsbaustein und Element der Legitimierung gesellschaftlicher Ordnungen ist«, wäre ein noch zu webendes plurales Bild der Transformation sicher eine wichtige Ergänzung zum medialen, publizistischen und wissenschaftlichen Diskurs – auch um dort bestehende Meistererzählungen und andere inter-

242 Leistner, Oppositionelle Akteurskonstellationen, S. 69f.

243 Leistner: Oppositionelle Akteurskonstellationen, S. 74. Vgl. auch die Debattenseite der Robert-Havemann-Gesellschaft.

244 Zu Pegida als Radikalisierungsort rechten Terrors: Das Landgericht Dresden geht in seinem Urteil gegenüber der Freien Kameradschaft Dresden von einem »entscheidenden Einfluss von Pegida« für die Radikalisierung der Täter*innen aus (vgl. Theil: Pegida im Fokus).

245 Vgl. zur langen und verdrängten »Täterbiografie« Dresdens Lühmann: Sächsische Befunde, sowie bereits S. 298ff. in diesem Bericht.

246 Brückweh: Das vereinte Deutschland, S. 6–10; dies./Böick: Weder Ost noch West; Bretschneider: Transformationsgeschichte(n).

essierte Erzählungen zu ergänzen bzw. zu brechen.[247] Insofern ist auch hier eine Arbeit an *Begriffen* notwendig. Dabei sind integrative Ergänzungen zu Meistererzählungen aber erwartbar – etwa der Hinweis auf biografische Zufallsfaktoren[248] oder ein Hinweis darauf, warum die ökologische Erfolgsgeschichte des Ostens kaum verfangen konnte.[249] Gerd Dietrich bescheinigt den Ostdeutschen hingegen, schon viel weiter zu sein: »Die Mehrheit der Ostdeutschen weiß um ihren Anteil an der friedlichen Überwindung der Diktatur, um nicht von Stolz zu reden. Sie weiß damit auch um ihren Anteil an den Zuständen und Prozessen, von denen sie nun profitiert oder unter denen sie leidet.«[250]

Auch thematisch bedarf es Ergänzungen, ein zentrales Beispiel: Statt etwa die Partei *Die Linke* dominant als Nachfolge zu befragen, sollte die Linke als Transformationspartei verstanden werden, die zwischen Mustern der »Verwestlichung« und sozusagen veröstlichter Identitätssuche Identitätspolitik liefernd, ein wichtiger parteipolitischer Ort der Transformationszeit war[251] – und damit letztlich auch den diktaturaffinen Teil der DDR in die Demokratie integrierte. Umgekehrt hieße das aber auch, dass sich andere Nachfolgeparteien ihrer historischen Rolle ernsthaft stellten[252] und *auch* ihren Beitrag an der Art der Transformation nach 1989/90 kritisch reflektierten.

Was, und dies führt zu den neuen selbst ernannten Sachwaltern ostdeutscher Transformationsgeschichte und Meistererzählungen, der AfD fernliegt und den Dialog vergiftet: »Persönliche Kränkungen und zerbrochene Lebensträume erklären einen Teil der Wut im Osten der Republik. Eine Rechtfertigung dafür, dass sich diese Wut ausgerechnet an (…) Flüchtlingen (abreagiert) kann sie jedoch niemals sein. Die große Herausforderung für die Politik besteht darin, das eine vom anderen sauber zu trennen: Jenen zuzuhören, die endlich ihre Geschichte erzählen wollen. Und mit den anderen, die diesen Staat ablehnen, unerschrocken so umzugehen, wie diese es verdienen.«[253] Gerade hier ist vor allem Politik gefordert, die sich zur Frage verhalten muss, ob das Kon-

247 Bretschneider: Transformationsgeschichte(n); zu Meistererzählungen auch Brückweh: Das vereinte Deutschland, S. 6f.

248 Stegmayer: Transformationsbiografien.

249 Huff: Die DDR-Umweltbewegung und der Westen.

250 Dietrich: Kulturgeschichte, Bd. 3, S. 2330

251 Holzhauser: Spalten oder Brücken bauen?; das gilt auch für Biografien, wie etwa die von Gerd Dietrich: »Die wissenschaftliche Biografie ihres Autors, die im Institut für Marxismus-Leninismus beginnt, sich in der Akademie der Wissenschaften der DDR fortsetzt und in der leitenden Mitarbeit im Unabhängigen Historikerverband ihre Selbstverständigung abschließt, ist ein Lehrstück. Das individuelle Leben ändert sich ebenso wie das gesellschaftliche Bewusstsein. Dies zu erkennen und mentalitätsgeschichtlich anzuerkennen bleibt ein Erfordernis.« (Thomas/Thomas, Bilderstörung, S. 45).

252 Hinweise bei Maier: Vergiss mein nicht!, Lühmann: Die letzte ideologische Reserve.

253 Ziener: Ringen um Anerkennung

zept »Mit Rechten reden« wirklich zielführend ist, insbesondere mit Blick auf den Umstand, dass die bereits beschriebenen Akteure der Zivilgesellschaft bisweilen eine Schieflage beklagen, die Axel Salheiser auf den Punkt bringt: »In Ostdeutschland kursierte indessen bis in die Kreise politischen Spitzenpersonals lange Zeit das Missverständnis, ›Toleranz‹ gegenüber rassistischen, antisemitischen, faschistoiden oder neo-nationalsozialistischen Orientierungen zähle gewissermaßen zu den staatsbürgerlichen Tugenden. Dies hat die Handlungsspielräume und den Einfluss antidemokratischer Kräfte in Ostdeutschland besonders in den letzten Jahren bedrohlich ausgeweitet und zu einer systematischen Schwächung der gesellschaftlichen Abwehrkräfte gegenüber Angriffen auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung geführt.«[254]

5.2.4 Ost und West (häufiger) transzendieren

Der Graben zwischen Ost und West, die »Mauer in den Köpfen«, sie werden sich nicht per Dekret einreißen lassen. Mindestens aber irritieren sie, etwa hinsichtlich der Nord-Süd-Spaltung,[255] aber auch hinsichtlich erklärungsbedürftiger Variablen. So legt eine Studie nahe, dass »in Sachsen und Thüringen (…) 39 Prozent (…) ein riskantes Trinkverhalten an den Tag (legen). Die westdeutschen Bundesländer liegen alle deutlich darunter, einzig in Nordrhein-Westfalen ist der Anteil der männlichen Risikotrinker mit 36 Prozent ähnlich alarmierend.«[256] Der Befund kann auf regionale Trinkkulturen zurückzuführen sein, er kann aber auch einen Hinweis darauf liefern, wie Umbruchsprozesse verarbeitet werden, im Osten *und* im Ruhrgebiet.

»Ob übrigens das Ruhgebiet weiterhin so duldsam bleibt, unter solchen Aspekten eine durchaus offene Frage«, so Alexander Thumfart, darauf hinweisend, dass Transformation und Bruch nicht *exklusiv ostdeutsch* sind.[257] »Vor kurzem bin ich mit dem Auto durch den ganzen Ruhrpott: Bochum, Recklinghausen – Mann, Mann, Mann, was ist denn hier los? Zechen kaputt, überall Ruinen. So eine Ruhrpott-Tour würde so manchem Ossi die Augen öffnen (…) Viele im

---

254 Salheiser: Akzeptanz, S. 356.

255 »Dabei wird allerdings immer weniger das West-Ost-Gefälle für sich genommen im Vordergrund stehen, sondern es werden sich immer mehr all jene Unterschiede zeigen, die sich seit Langem abzeichnen, in welcher geografischen Dimension auch immer (zum Beispiel zwischen einerseits Baden-Württemberg/Bayern und dem Norden und Nordosten Deutschlands).« Paqué: Die Wirtschaftsstrategie der deutschen Vereinigung, S. 118; ein anderer Hinweis: »Sowohl in Ost als auch in Westdeutschland ist die Demokratiezufriedenheit in Transformationsgewinnerregionen deutlich höher ausgeprägt als in Regionen mit starken Transformationsschocks. Dabei fällt in Ostdeutschland der Unterschied deutlich stärker aus.« (Brachert u. a.: Partizipation, S. 311).

256 Berlin-Institut: So geht Einheit, S. 51.

257 Thumfart: Die politischen Institutionen, S. 365.

Osten wissen nicht, wie viel auch im Westen kaputtgegangen ist. Mancher ist ja bis heute nicht wirklich dort gewesen. Es halten sich so viele Klischees: Der Besser-Wessi lebt im ewigen Wohlstand«, so die Entsprechung beim Autor Clemens Meyer.[258]

Auch zu sprechen wäre über Bildproduktion, zumindest könnte ostdeutscher vs. westdeutscher Identität innewohnen, dass 20 Jahre Kunde von einem *Verlorenen Land*, hohen Auflagen für *Zonenkinder*, nach dem *Turm*, *Good Bye, Lenin!*, des im Westen populären *Leben der Anderen* und des im Osten populären *Gundermann* etc. das Bild des Ostens klarer konturiert ist als das des Westens, auch weil es *den* Westfilm womöglich gar nicht gibt.[259] Ähnlich dichotomisch sind die Sprecher*innenpositionen zu Ostdeutschland und der noch immer offizielle Ton der Berichterstattungen – allesamt Baustellen für die Zukunft.[260]

5.2.5 Den »Westen« wahrnehmbar machen

Wir müssen nicht nur über *den Osten*, sondern, so es ihn gibt, auch über *den Westen* reden. Regalmeter erzählen inzwischen vom großen Bruch um 1973, vom Ende der *trentes glorieuse,* vom *Abschied vom Malocher*; die Bundesrepublik, die westliche Welt *nach dem Boom*, sie war nicht mehr dieselbe wie zuvor.[261] 1979 brachen dann im zweiten Ölpreisschock zentrale Grundlagen der westlichen und, in Afghanistan, Iran, auch der restlichen Welt; der »Neoliberalismus« setzte zum großen Sprung an.[262] Auch die Hochphase der Volksparteien, sie brach in der Folge, es folgten Jahrzehnte der Krisendiagnosen, die Milieus zerstoben und beendeten auch Beheimatungen und Stabilitäten: »Veränderungen in der Arbeitswelt,

258 Meyer: Eine Ruhrpott-Tour, verdichtet bei Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl.

259 Herr Lehmann ist ein West-Berlin-Film, Manta-Manta thematisiert den Ruhrpott, das Großstadtrevier Hamburg usw., allenfalls die Lindenstraße könnte als »westdeutsch« gelten, aber mit deren Abtritt ist auch dieses Abbild des alten Westens verschwunden.

260 »Schwierig wird es für die zeithistorische Forschung dann, wenn eine Berechtigung dafür, über Ostdeutschland forschen zu dürfen, aus der eigenen ostdeutschen Biografie abgeleitet wird beziehungsweise im Gegenzug so bezeichneten Westdeutschen die Kompetenz qua Geburtsort abgesprochen wird.« (Brückweh, Das vereinte Deutschland, S. 8). Die Notwendigkeit eines *anderen* Duktus zeigt der Blick in den *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019*, S. 11f.: Einer kurzen Eloge auf die (zweifellos) mutigen Bürgerinnen der DDR folgt in Abschnitt II das Thema Angleichung der Lebensverhältnisse, das nichts über Anpassungen West verrät (trotz Strukturwandels etwa im Ruhrgebiet), sondern allein Ostdeutschland adressiert. Der bauliche Zustand im Osten, die Lasten der Umweltverschmutzung, die Ansiedelung von innovativen Unternehmen, das Anwachsen der Wirtschaftskraft, alles im Vergleich zum »westdeutschen Niveau«.

261 Doering-Manteuffel/Raphael: Nach dem Boom; jüngst: Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl.

262 Bösch: Zeitenwende 1979; Ther: Die neue Ordnung. Auswirkungen bei Doering-Manteuffel u. a.: Vorgeschichte der Gegenwart.

wissensbasierte Produktion, Expansion des Dienstleistungsbereichs, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und erhöhte Mobilität« haben – mit massiv spürbaren Folgen insbesondere für die Sozialdemokratie – etwa das »alte solidargemeinschaftliche Milieu (…) wegmodernisiert«.[263]

Und als die *fundamentalliberalisierte* Republik 1989, nach der uneingelösten sozialmoralischen Wende, auf ihre Vollendung drang, löste die anachronistisch gewordene nationale Frage einen nicht minder anachronistischen konservativen *Backlash* aus, der Rot-Grün 1998 *verspätet* an die Macht brachte.[264] Ermattet von der Rede vom *Reformstau* und vom *kranken Mann Europas* war es eine *linke* Regierung, die den Bonner Korporatismus, die katholische Soziallehre, das Aufstiegsversprechen kassierte und damit die Berliner Republik von der Bonner Tradition entkoppelte. Hartz IV war nicht nur ein Bruch für den Osten, sondern auch für den Westen, das Auftauchen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) beendete endgültig die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie. Und wenn die AfD ein regressives Aufwallen des Ostens ist, dann auch und gerade des Westens.[265] Auch die *westliche* AfD ist ein Produkt der regressiven Gegenreform, die nicht nur (und nicht zum ersten Mal) die Widerstandskräfte der alten Bundesrepublik gegen die rechte Aufwallung herausfordert, sondern versucht, die Bundesrepublik regressiv zu *restaurieren*, mit massiven Erfolgen im wohlhabenden Baden-Württemberg.[266] Das zähe Ringen zwischen der AfD und der Grünen, die gesellschaftliche Polarisierung,[267] es ist auch ein Ringen um die zweifellosen bundesrepublikanischen Brüche seit den 1970er Jahren, nur ohne *westdeutsche* Selbstthematisierung.

Jedenfalls, der *Bruch*, er begann im *Westen* früher und dauerte länger an (auch weil Kohl in den 90er Jahren *Reformen* verschleppte), während er im Osten 1990 unmittelbar Wirkung entfaltete (auch weil die DDR den Bruch nach 1979 hinauszögerte). Damit aber wäre die Vereinigung Deutschlands nur die Mittlerin je-

263 Lösche: Sozialmoralische Milieus, S. 22.

264 Richter u. a.: Das rot-grüne Projekt.

265 Thumfart: Die politischen Institutionen, S. 360, weist darauf hin, dass, »mitbedingt durch die Geschichte(n) der Transformation seit 1990«, die gesamte Bundesrepublik, mit *teilweise* ungleichen Verteilungen in Ost und West unter Stress stehe und damit aber mit Blick auf weltweite Bewegungen der Infragestellung und Destabilisierung von Demokratien »kein Sonderfall« sei und auch »keinen Sonderweg« gehe.

266 Frei u. a.: Zur rechten Zeit, S. 137–160.

267 »Aktuell vervielfältigen und polarisieren sich politische Kulturen, gleichzeitig entfernen oder entkoppeln sie sich von den demokratischen Strukturen, die ihrerseits den Kontakt zur (politischen) Gesellschaft verlieren.« Dies äußere sich etwa dadurch, dass »sowohl die Akzeptanzbereitschaft kollektiver demokratischer Entscheidungen als auch die individuelle Kompromissbereitschaft und -fähigkeit (…) spürbar ab(nehmen)« würde. (Thumfart, Die politischen Institutionen, S. 363 und S. 367).

ner globalen Prozesse, die in Ost und West *auch* wirkten, im Osten nur schneller, unvermittelter, radikal bruchhafter und ohne Vermögensreserven.

5.2.6 Ostdeutsche Lösungen für ostdeutsche Probleme (erforschen)

Wir wissen viel zu wenig über gelingendes ostdeutsches zivilgesellschaftliches Engagement, zu wenig über jene, die sich nicht depraviert fühlen, über jene ostdeutsche Mehrheit jenseits von Pathologisierung(en).[268] Schließlich gibt es regional sehr unterschiedliches Engagement, in Ostritz, in Jamel, in Hoyerswerda, in Rostock, in Jena, dem Geburtsort des NSU, in Leipzig-Connewitz.[269] Es gibt beispielsweise eine Vielzahl gelingender Kämpfe gegen Rechtsextremismus im Osten, die lokal, regional ausgetragen werden. Diese, gleichwohl viel zu wenig beachteten und noch weniger erforschten, ostdeutschen *Erfolgsgeschichten* stärker zu betonen, statt einen vermeintlich westdeutschen Zeigefinger walten zu lassen, scheint unbedingt lohnend.[270] Es wäre dies auch eine gute Gelegenheit, das 2017 von der »Ost-Beauftragten« Iris Gleicke gegebene und dann zurückgezogene Versprechen, ostdeutsche *Best-Practice*-Beispiele zu erforschen, endlich umzusetzen.[271] Es wäre dies die Möglichkeit, jenes die Identitätsdebatte so sehr aufladende, und man muss sagen, vergiftende Erzählmuster des *braunen Ostens* zu brechen – indem von Gegenwehr erzählt wird, die sich eben auch in der Auseinandersetzung findet und die ein trotziges Ostbewusstsein, das auch aus der Zuschreibung des *braunen Ostens* erwächst, wandeln könnte in ein Bild des *anderen Ostens*, der in der Debatte um Ostdeutschland allzu oft unter die Räder gerät.

268 »Anstatt jedoch verächtlich auf ›die‹ Ostdeutschen herabzuschauen, sollten jene Akteur*innen und Institutionen stärker unterstützt werden, die demokratische, zivilgesellschaftliche Strukturen vor Ort aufgebaut haben und verteidigen. Nur durch authentische Erfahrungen demokratischer Selbstwirksamkeit können habituelle, kognitive und emotionale Widerstände auch bei jenen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung aufgebrochen werden, die in hohem Maße Systemdistanz und Systemkritik artikulieren.« (Salheiser, Akzeptanz, S. 349).

269 »Was es braucht, sind Vorbilder: aus Gera, Görlitz oder Geisa. Ob dafür Quoten nötig sind? Wer weiß. Dass wir darüber reden, ist wichtig. Denn wir sollten unbedingt über ›den Osten‹ nachdenken – um ihn schnellstmöglich ruhigen Gewissens beerdigen zu können. Und mit ihm vielleicht die Wut vieler Menschen.« (Lorenz, Der Osten, S. 11).

270 Hinweise bei Hanneforth/Nattke: Rechtsextremismus im ländlichen Raum. So auch zu verstehen das bereits zitierte Plädoyer von Salheiser: Akzeptanz, S. 349.

271 Ich habe mit Kolleg*innen das Konzept für eine solche Studie beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das für Ostdeutschland zuständig ist, vorgelegt, sie harrt nach wie vor der Umsetzung.

5.2.7 Den westlichen Export des Rechtsextremismus erforschen

In diesen Zusammenhang gehört auch die rechte Erfolgsgeschichte im Osten, auch als lange wirksame Verflechtungs- und vor allem westliche Exportgeschichte seit den 1980er Jahren. Und es gilt dringend, bundesrepublikanische Spezifika in diesem Feld zu erforschen: Warum ist Dortmund eine Hochburg der extremen Rechten, warum der Erfolg der AfD in Baden-Württemberg, die bei den Landtagswahlen 2016 zwei Direktmandate holte (und 2021 wieder verlor). Und warum ist Schleswig-Holstein, Anfang der 1990er herausgefordert durch den Einzug der DVU und den durch Neonazis verübten Mordanschlag in Mölln im gleichen Jahr, heute weitestgehend rechte Diaspora? Was hingegen nicht (mehr) sein darf bzw. sollte, ist, auch in Anbetracht der Geldströme, der Infrastrukturhilfen und des Eliten- und Ideentransfers, den *Westen* aus der Verantwortung zu entlassen. Höcke, Kalbitz und Gauland, Kubitschek, Weißmann und Elsässer, sie sind die Ideentransporteure, die im Osten auf dankbare Abnehmer treffen. Und auf ein spezifisch rechtsaffines, -offenes Milieu mit Ideenkongruenzen, in der es einen antikommunistischen, anti-*links-grünen* Kitt geben mag, über dessen gemeinschaftsstiftende Wirkung mehr Wissen benötigt wird.

Das aber entlässt den *Osten* nicht aus der Verantwortung: Eine Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Gegenwart von Alltagsrassismus, rechten Aufmärschen, Wahlerfolgen, Gewalt und Terror im Osten wird *auch* ohne den Westen thematisiert werden müssen, als neue Herausforderung der *Aufarbeitung*, unter Einschluss jener historischen Lücke, die das Nationale in der Revolution von 1989 (und den Jahren davor) nicht ausreichend gesehen hat. Es kann nicht sein, dass Autoren wie Clemens Meyer und Peter Richter mehr sehen als die versammelte aufarbeitende Zunft.[272]

5.2.8 Das lange Nachleben des »Antifaschismus« und des »Antikommunismus«

In diesen Zusammenhang gehört auch unbedingt, wie mehrfach schon belegt, eine Debatte über das lange Nachleben des ost- wie westdeutschen Antikommunismus und des brüchigen Antifaschismus in der DDR. Denn dass rechter Protest in einem Land gärt, wo »das ›antifaschistische‹ System (…) als Herrschaftssystem« etwas »anstaute«,[273] scheint plausibel. Inwieweit ein diskursiv befeuerter, antikommunistischer Hintergrund auf die rechte Regression in ost-west-deutschen Kombinationen wirkt, welche Rolle westdeutsche Reflexe von den *Roten Socken*

272 Der weiteren Untersuchung anempfohlen sei auch der auf Regionen abstellende Befund, dass spezifische politische Kultur, enttäuschte Erwartungen und Verletzungen ebenso zu beachten seien wie die sich »zeitgleich erfüllenden Hoffnungen und erfolgreichen biografischen Aufbrüche westdeutscher Nationalisten nach Ostdeutschland« (Frei u. a.: Zur rechten Zeit, S. 185f.).

273 Simon: Wut, S. 49; Lühmann: Antifaschismus.

bis zu den Kampagnen gegen und Debatten um Bodo Ramelow »westdeutsche Lebenslügen« mit »ostdeutschen Verhärtungen« bis hinein ins Milieu der Bürgerrechtler*innen rechts verbünden, bedarf dringend der Analyse.[274]

5.2.9 Methodisches

Wir müssen auch darüber reden, wie der Osten beforscht wird. Drei Punkte dazu: *Erstens*, auch wenn die politische Kulturforschung inzwischen etabliert scheint, so ist diese doch nach wie vor sehr quantitativ ausgerichtet. Hierzu folgern Mullis und Zschocke: »Wir erkennen (…) hinsichtlich der empirischen Grundlage vieler Forschungsarbeiten eine grundlegende Schwäche: Entweder sie begnügen sich in der Beschreibung von Statistiken und Korrelationen (…). Dabei stellen quantitative Abfragen Prozesse und Einstellungen nur in ihrer bereits artikulierten Form dar. Politische Wirklichkeiten und Entscheidungsbildung werden auf diese Weise vom Ende her gedacht und homogenisiert: Es gibt A oder B. Wie A oder B zustande kommen und welche Kämpfe darum geführt wurden und werden, kann nur bedingt erfasst werden. Es mangelt also grundlegend an qualitativer Forschung zum Thema.«[275]

Zweitens gibt es ähnlich argumentierende, beredte Kritik an Diskursanalysen, die das derzeitige *Setting* ergänzen, denn »diese kann sich leicht als viel zu starr erweisen, da ihre großflächigen Tableaus dem stets prekären Prozess des Aushandelns und Aneignens von Strukturen nicht gerecht werden. Es (…) gehen gerade widersprüchliche Quellenbefunde verloren, um die scheinbar allgemeinen Merkmale der Identitätskonstruktionen zu betonen.«[276]

Drittens halte ich das von Hélène Camarade jüngst vorgetragene Plädoyer für kontrafaktische Geschichtsschreibung für bedenkenswert.[277] Ob sich dies wissenschaftlich vermittelte, ist fraglich, aber im Bereich der politischen Bildung dürften Fragen nach Umtauschkurs, Konföderation, Transformation *ohne* Treuhand, Lafontaine statt Kohl oder *Bündnis 90* statt *Allianz für Deutschland* einiges Potenzial innewohnen.

---

274 Maier: Vergiss mein nicht!; Lühmann: Die letzte ideologische Reserve; Lorenz: Der Osten; zum Rechtsdrift von Bürgerrechtler*innen siehe Kowalczuk: Reiprich.

275 Mullis/Zschocke: Regressive Politiken, S. 27. Das gilt auch für die Ableitungen, allein eine (produktive) Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Bild vom *Bürger zweiter Klasse*, die, wie bereits angesprochen, Kollmorgen produktiv kritisiert hat, würde womöglich mehr freilegen, als die Umfrageforschung verstellt. Hinweise auf produktive, Forschungswissen infrage stellende Ergebnisse liefert etwa Rippl, die in qualitativen Interviews das Bild ostdeutscher Identität als strukturierende Variable hinterfragt (vgl. Rippl u. a.: Zwischen medialen Narrativen und eigenem Erleben.).

276 Jensen: Rezension.

277 Camarade: Bilanzen und kontrafaktische Geschichtsschreibung, S. 4f.

Viertens wohnt allen Ansätzen im Kern ein interdisziplinärer (Vergleichs-)Ansatz inne, der endlich die unproduktive Teilung etwa in Geschichte vor 1990 und Sozialwissenschaft nach 1990 überwinden würde und zugleich andere Disziplinen, von der Sozialpsychologie über die Stadtforschung, Demografie und Geografie, stärker einbindet.

5.3 Diskurse

5.3.1 Die Identitätskonstruktion dekonstruieren und rekonstruieren

Identitätsdiskurse können, wenn Sie als Anklage des Anderen daherkommen, Verantwortung externalisieren, etwa der über die ostdeutsche Verantwortung dafür, »keine Experimente«, wohl aber im »Osten endlich den Westen als Kopie«[278] gewollt zu haben – ein Weg, der in Thüringen und Sachsen inklusive Treuhand und westlichem Elitentransfer Jahrzehnte immer wieder per (Wieder-)Wahl ins Recht gesetzt wurde, während intermediäre Strukturen schwach blieben. Identitätsdiskurse können auch entlasten, indem sie disparate Befunde über Grenzziehung konstituieren, wobei die Realität bisweilen erst durch Grenzziehung geschaffen bzw. verstärkt wird.

5.3.1.1 Vom Bürger zweiter Klasse

Ob *der Bürger zweiter Klasse* in einer hoch mobilen, regional disparaten, noch immer in Kategorien wie *Gewinner* und V*erlierer* denkenden ostdeutschen Gesellschaft in Abgrenzung zum Westen *auch* ein solches Konstrukt ist? Immer wieder belegen Studien die hohe Zustimmung Ostdeutscher bei der Frage, ob sie sich als »Bürger zweiter Klasse« fühlen. Früh schon hat Raj Kollmorgen darauf hingewiesen, dass der Befund insofern nicht einfach ist, da die Varianz der Ergebnisse zu groß ist, überdies sind die kontrollierenden Variablen rar, die Bedeutung des Bildes des *Bürgers zweiter Klasse* mindestens unklar. Außerdem könne das Bild auch ein Artefakt sein, das erst durch statistische Erhebung und mediale Auswertung entstünde und das im Kampf um (gefährdete) Identitäten durchaus zum Mittel der Auseinandersetzung werden kann.[279] »Integriert doch erstmal uns«, der Ruf kann eben aus diesem Gefühl der Abwertung kommen, aber auch als Anspruch politisch eingesetzt werden und nicht zuletzt abwertend sein, gegenüber Gruppen, den vermeintlich mehr Integrationsbemühungen angediehen seien. Der Satz »Integriert doch erstmal uns«, der Petra Köpping den Buchtitel lieh, entstammt

278 Kowalczuk: Die Übernahme, S. 104.

279 Kollmorgen: Subalternisierung, S. 305ff.

eher aus letzteren Überlegungen und verweist auf die zwei Seiten der Chiffre des *Bürgers zweiter Klasse*.

Zwei jüngere Befunde sollen kurz gewürdigt werden. Zum einen die Studie zu Postmigrantischen Analogien, zum anderen die jüngste Studie der Bertelsmann-Stiftung.[280] Laut der Bertelsmann-Studie sind 59 Prozent der Ostdeutschen der Meinung, »wie Bürger zweiter Klasse behandelt« zu werden, und gestehen das zugleich nur 49 Prozent der Migrant*innen zu. Fragt man Westdeutsche zu diesen beiden Bildern, sehen sie das bezüglich Migrant*innen ganz ähnlich (49 Prozent), aber nicht bezüglich der Ostdeutschen (21 Prozent).[281] Dass *der* Westen Marginalisierungsempfindungen *sehen* kann, ist also offenkundig, nur er gesteht diese Migrant*innen deutlich stärker zu als der Gruppe der Ostdeutschen – zu Recht, zu Unrecht, das dürfte die umstrittene Frage sein. Blicken wir also in die Ergebnisse der Studie von Naika Foroutan u. a.: Hier geben 41 Prozent der befragten Westdeutschen an, »Ostdeutsche sehen sich ständig als Opfer«, aber auch 28,5 Prozent der Ostdeutschen stimmten dem zu, was Foroutan als »internalisiertes westdeutsches Stereotyp« beschreibt – das ist im Übrigen das Absprechen von ostdeutscher Urteilsfähigkeit *par excellence*. Und ein Hinweis darauf, dass der Begriff des *Bürgers zweiter Klasse* inzwischen durchaus ein Kampfbegriff ostdeutscher Identitätspolitik geworden ist, der in Ost wie West umstritten ist, und der auch von anderen Aufladungen weiß.

Interessant jedenfalls, dass im Sachsen-Monitor 2018 die Selbstzuordnung zum »Bürger zweiter Klasse« am stärksten in den Gruppen jener Menschen ausschlägt, die ein hohes Ressentiment-Level haben (47 Prozent stimmen »voll und ganz zu« gegenüber 12 Prozent bei niedrigem Ressentimenttyp), eher im ländlichen Raum und in Klein- und Mittelstädten gefühlt wird (63 bzw. 64 Prozent gegenüber 33 Prozent in Städten über 100.000 Einwohner*innen) und zwischen dem Direktionsbezirk Leipzig (40 Prozent) und dem Direktionsbezirk Chemnitz (65 Prozent) stark variieren.[282] Ähnlich variieren die Befunde zur Frage, ob die Befragten einen gerechten Teil, weniger oder mehr als diesen bekommen, also das Gefühl der Deprivation teilen.[283] Dabei ist interessant, was diejenigen konkretisieren, die glauben, weniger oder viel weniger zu bekommen, als ihnen zustehe. Die Benachteiligung Ostdeutschlands allgemein spielt ebenso eine nur marginale Rolle wie das Gefühl, »Verlierer« der Wende zu sein, im Zentrum hingegen überdeutlich die Frage nach Löhnen und Renten, deutlich abgeschla-

280 Foroutan u. a.: Ost-Migrantische Analogien.

281 Migrant*innen sehen sich selbst zu 60 % als *Bürger*innen zweiter Klasse*, für die Ostdeutschen als Gruppe sehen sie das zu 36 % so, vgl. Bertelsmann-Stiftung (Hg.): 30 Jahre Deutsche Einheit, S. 34ff.

282 Vgl. dimap: Sachsen-Monitor 2018, Ergebnistabellen, S. 42f.

283 Ebd., S. 47ff.

gen auf Platz vier erst die nicht anerkannte Lebensleistung – ein Hinweis darauf, dass es auch ganz konkret um finanzielle Anerkennung geht, dass es also ganz banal und doch so nachvollziehbar um Geld geht, um viel Geld. Warum ist dieser Exkurs wichtig? Weil er *erstens* zeigt, dass das Bild des *Bürgers zweiter Klasse*, vor allem im Hinblick auf die seit vielen Jahren relativ hohe stabile Zustimmung, deutlich vorhanden ist und deshalb der Diskussion und Bearbeitung bedarf. Weil das Bild bei genauer Betrachtung *zweitens* auch auf dahinter liegende Bilder verweist, die eigene Ansprüche artikulieren, ohne sie zu universalisieren und andere Gruppen, etwa Migrant*innen, exkludiert. Und weil es *drittens* zeigt, dass das Bild nach unterschiedlichen Faktoren extrem stark variiert – das Bild des »Bürgers zweiter Klasse« entzieht sich (und sollte sich auch entziehen!) einfachen Deutungen und einfachen Lösungsansätzen. Und es sollte zumindest, in Anschluss an Kollmorgen und jüngst an Pollack auch als Diskursfigur verstanden werden und nicht als Fakt *an sich*. Und, der Sachsen-Monitor 2018 zeigt es deutlich an, bisweilen ist »die individuelle Lage (…) besser als die kollektive Stimmung«, was sich in der »sekundären Ethnifizierung« als Ostdeutsche, auch als *Bürger zweiter Klasse* durch »ein Gefühl der Marginalisierung und kollektiven Herabsetzung« erklären lasse, die indes »ownership« überspiele: »Die Pläne und Ziele, die verfolgt wurden, die Fehler, die dabei passiert sind, sowie die institutionelle Ordnung, die dabei entstanden ist – das waren sämtlich ›unsere eigenen‹ Handlungen und Handlungsfolgen. Davon ist in den Neuen Bundesländern wenig zu spüren – eher schon von dem leicht selbstmitleidigen Gefühl, mit dem man sich über eine (wie auch immer unabwendbare) Selbstauslieferung an eine neue Ordnung grämt.«[284] Sicher ist die Offe-Deutung nicht der Weisheit letzter Schluss, aber sie in die Debatte mit einzubeziehen, statt einfachen Ableitungen zu folgen, wäre womöglich hilfreich im Sinne von *de*konstruieren und *re*konstruieren.

5.3.1.2 Von erzählter Identität

In diesen Zusammenhang gehört auch, dass Identität auch ein Deutungskampf von Deutungseliten ist. Bisweilen disparat steht etwa Richters *89/90* oder Meyers *Als wir träumten* neben Hensels *Zonenkinder* oder Tellkamps *Turm*, Geipels *Umkämpfte Zone* oder Schönians *Ostbewusstsein*; die Werke Erich Loests und Ingo Schulzes neben so manchem gefühligen *Wende*roman: »Jenes literarische Gejammer, die Identitätsprosa, dieser Versuch der Opfer-Diagnose«, mit der Autor*innen wie »Hensel und Bangel« in der *Zeit im Osten* »ein (Ostgefühligkeits-)Bild vom Osten in die Welt« setzten, das »zu viel Uwe Tellkamp mit anderen Mit-

284 Mau/Offe: Vom Einheitsrausch zum AfD-Kater?, S. 360f.

teln« sei und »zu wenig Ingo Schulze – mit kühler Sicht, ohne Weinerlichkeit & ohne (ostdeutsches Selbst-)Mitleid«, so der ostdeutsche Journalist Alex Fröhlich jüngst in einer polemischen Replik.[285] Er spielt auch auf jenen jüngeren Diskursstrang an, der bisweilen tut, was Steffen Mau kritisiert: »Man darf die Ostdeutschen nicht identitätspolitisch ethnisieren, zum Stamm erheben, aber soziokulturell und soziopolitisch fehlen entscheidende Trägergruppen, die integrieren und eine eigene Rolle in sozialen Wandlungsprozessen spielen könnten.«[286] Mau stellt dabei vor allem auf gesellschaftliche Eliten ab, aber der Befund ließe sich auch auf die Deutungseliten erweitern: Es gibt in der Ostdeutschlanddebatte derzeit viel ostdeutsche Identitätspolitik und zu wenige, sehr einseitige Deutungseliten und Diskurse. Hier brauchte es dringend Erweiterungen, die sich auch in der politischen Auseinandersetzung finden lassen müssten, publizistisch, politisch-bildnerisch, wissenschaftlich. Kurz: Es gilt den Identitätsdiskurs ernst zu nehmen, aber analytisch stärker den disparaten ostdeutschen Erfahrungsraum zu betrachten: *Vielfältige* Erzählungen an die Stelle der (Suche) nach einer großen zu setzen, wäre ein lohnender (Neu-)Anfang.

5.3.2 Der Ostdeutsche als »das Andere«

Dass die Konstruktion des Ostdeutschen als das *Andere* eine solche wäre, scheint mir fraglich. 17 Jahre *nach* der Analyse des Ostdeutschen als (Im-)Migranten ist der postulierte Erkenntnisgewinn ehrlich gesagt marginal und, wie die Debatte auch, überzeichnet: Ostdeutsche seien schon deshalb »keine Migrant*innen im eigenen Land, denen ihre Heimat verlustig gegangen sei, wie wiederholt formuliert wurde« oder gar »eine Art Kolonie ›des Westens‹«, weil »beide Behauptungen (…) die Verhältnisse in Vergangenheit und Gegenwart auf höchst problematische Weise (vereinfachen), indem aus disparaten Tatbeständen, wie Elitenbildung und Eigentumsstruktur in der ostdeutschen Gesellschaft, die Forderung nach einer Solidaritätsgemeinschaft ›der Ostdeutschen‹ begründet wird. So werden aber die Gegensätze und Konflikte in Ostdeutschland weitgehend ignoriert und wird das ohnehin dominante Opfer-Narrativ in Ostdeutschland nur bestätigt. Das spielt letztlich nur den rechtsradikalen Menschenfeinden in die Hände, denn es stützt deren Vorstellung von Gleichheit nach Herkunft. Es ist aber ganz praktisch das Gegenteil von innergesellschaftlicher Solidarität, die nach der Bedürftigkeit von

285 Tweet von Alexander Fröhlich vom 19.3.2019, https://twitter.com/alx_froehlich/status/1108129967148273664, in Textform gegossen und nicht minder polemisch bereits ders.: Opfert nicht rum.

286 Mau/Offe: Vom Einheitsrausch zum AfD-Kater?, S. 364.

Menschen fragt, und zwar von allen Menschen in Ostdeutschland«, so der (ostdeutsche) Historiker Patrice Poutrus.[287]

Und in der Tat, zu *einseitig* scheint auch mir der Diskurs um *den* Ostdeutschen: subaltern, marginalisiert, vom Westen ignoriert. Der Osten, *kolonisiert*, *angeschlossen*, die Ostdeutschen *im inneren Exil*, nicht integrierte *Migranten*, »fremd im eigenen Land«, die *Traumata* – vielfältige und ostdeutsche Kritik an einem solchen Bild: internalisiertes *westdeutsches* Stereotyp. Ostdeutsche, so Kubiak, reagierten eben sehr stark auf negativ konnotierte Pauschalisierungen, etwa wenn sie *pauschal* und *homogen* rechtsextrem genannt werden.[288] Der ebenso intensiv aufgeladenen Identitätsdiskurs ist eigentlich ein zunächst unproblematisches Produkt gesellschaftlicher Verarbeitungsprozesse einer idealtypischen Generation nach 1989/90. Aber er ist inzwischen in einer trotzigen, die Debatte schließenden und Debattenteilnehmer*innen ausschließenden Selbstviktimisierungsspirale angekommen, deren Ertrag auch deshalb fraglich ist,[289] weil er ostdeutsches Erinnern und Verarbeiten in einem kollektivierenden *Wir* zu homogenisieren sucht.[290] Mit den deutlichen Worten des Journalisten Andrej Reisin: »Bemerkenswert ist jedenfalls, wie die Vielfalt ostdeutscher Biografien und regionaler Identitäten, die verschiedenen politischen Einstellungen, sexuellen Orientierungen, die Unterschiede zwischen Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg, zwischen ländlichen Räumen und Berlin nun ausgerechnet in einer gesamtostdeutschen Identitätszuschreibung aufgehen sollen, die sich entlang einer Diskriminierungserfahrung konstituiert.«[291]

5.3.3 Von der Spezifik und dem Wir

In diesem Zusammenhang gilt es jenes *Wir* zu hinterfragen, dass sich erstens gern mitgemeint fühlt und zweitens andere (alle?) Ostdeutschen eingemeindet.[292] Kowalczuk bezeichnet es am Beispiel der Debatte um SED-Diktatur und Unrechtsregime als »Reflex«, »dass man damit angeblich auch das Leben jedes einzelnen Menschen in diesem System abwerten würde (…) weil sie fälschlicherweise glau-

287 Poutrus: Für eine neue Ostdeutschland-Erzählung.

288 Kubiak: Nachwendegenerationen, S. 87.

289 »Ostdeutsche zu exotisieren, indem man sie mit Migranten, ihre Heimat mit Kolonien in Verbindung bringt, ist der Debatte kaum zuträglich. Eine weitere identitätspolitische Konfliktlinie löst keine Probleme. Viele Ostdeutsche haben 30 Jahre gekämpft, um im kapitalistischen Wirtschaftssystem anzukommen, manche kämpfen noch immer. (…) Was bringt es, all jene auf ein von sich selbst gerührtes ›Wir‹ einzuschwören? Eher müsste man ihnen zurufen: Der Osten ist tot, der Ossi ist tot! Am Leben sind fünf Bundesländer mit 16 Millionen Menschen!« (Lorenz, Der Osten, S. 11).

290 Das Muster dekonstruiert Reisin: Eine halbgare Studie.

291 Ebd.

292 Kowalczuk: Die Übernahme, S. 87.

ben, dass damit auch ihr eigenes Leben entwertet werden würde.«[293] Der gleiche Mechanismus wirkt auch bei anderen Themen wie (den zweifellos vorhandenen) Spezifika ostdeutschen Rassismus und Rechtsextremismus, insbesondere dessen massiver Gewaltneigung. Das bisweilen gewollt mitgemeinte *Wir* belastet die Debatte und die Suche nach Lösungen beträchtlich.

Dass das *Wir* bisweilen herausgefordert wird, ist die andere Seite der gleichen Medaille – wo der genaue Blick für regionale, generationelle Aspekte fehlt, ist das *Wir* nicht weit. Und manchmal wirft sich das *Wir* wuchtvoll in Debatten, um sie zu ersticken. Der genauere Blick in die Spezifik ostdeutscher, regionaler und generationeller Lagen und auf das *Wir* würde auch jenen Engagierten helfen, die sich zwischen trotziger Verteidigung gegen pauschale Vorwürfe und realen ostdeutschen rechten Manifestationen bisweilen zerreiben.

5.3.4 Verantwortung statt Infantilisierung

Hinter diesem *Wir* verschwindet nicht nur Differenz, sondern allzu oft auch (Mit-) Verantwortung – insofern, als (zweifellos vorhandene) westliche Verantwortung diskursiv überhöht und (zweifellos vorhandene) ostdeutsche Verantwortung diskursiv ausgeblendet bzw. minimiert wird – und Urteilsvermögen. Die Behauptung, *ostdeutsche* Kritik am ostdeutschen *Opferdiskurs* sei internalisiertes westdeutsches Stereotyp – in der Rolle des »guten Ostdeutschen«, der von »ostdeutschem Selbsthass« (Hensel) getrieben sei, wie in und im Umfeld der Studie zu ostmigrantischen Analogien diskutiert wurde – ist ein Beispiel für Infantilisierung.[294]

Verantwortungsdiskurse betreffen aber weitere Felder: War und ist es nicht (auch) eine inzwischen anachronistische ostdeutsche Ausgrenzungsdebatte, die die Partei *Die Linke* und ihre Wähler*innen an den (erinnerungspolitisch aufgeladenen) Rand drängt(e), und wo es ging, von der Macht ausschloss, noch immer ausschließt?[295] Auch dieser ostwestdeutsche Desintegrationsdiskurs gehört erzählt. Auch die ostdeutsche Verantwortung für den Weg der Transformation, (verantwortliche) Entscheidungen ostdeutscher Wähler*innen und Konsument*innen,

293 Kowalczuk: Aufarbeitungsfunktionäre.

294 So werfen Ostdeutsche der Eigengruppe zu 32,1 % vor, »noch nicht richtig im Westen angekommen zu sein«, zu 26,7 %, sich nicht genügend von Extremismus zu distanzieren (was bei den hohen Wahlergebnissen einer rechtsextrem durchwirkten AfD und einem auch ostdeutschen Diskurs um eine vermeintlich »linksextreme« Linke eigentlich wenig verwundern dürfte), und 28,5 % der Ostdeutschen meinen, dass sich Ostdeutsche »ständig als Opfer« sehen würden (Foroutan u. a.: Ost-Migrantische Analogien, S. 15–19). Massive, auch methodische Kritik übt Reisin: Eine halbgare Studie.

295 Zu verweisen ist hier auf den Abgrenzungsbeschluss der CDU, die Koalitionen mit der Linken und AfD *gleichermaßen* ausschließt. Auf die dahinterstehende Extremismustheorie, im Übrigen westlichen Ursprungs, einzugehen, sprengt den Rahmen (Hinweis von Lühmann: Pegida passt nach Sachsen).

die mit der Forderung nach der D-Mark, ihren Wahl- (und deren Bestätigungen, trotz Treuhand und westlichem Elitentransfer) und Konsumentscheidungen den Weg der ostdeutschen Wirtschaft mitgestalteten, auch auf der Basis von Erwartungen, die enttäuscht wurden bzw. enttäuscht werden mussten.[296] Und schließlich: »Weder Abstiegsängste noch Post-Wende-Traumata taugen da als Rechtfertigung. Ostdeutsch, arm oder ängstlich zu sein, ist keine Rechtfertigung für Rassismus.«[297] Bei allem Wissen über Deprivationseffekte, Identitätsbildungsprozesse, Stereotype[298] und politisch-kulturelle Prägung, das hier gebündelt vorliegt, sollte im öffentlichen Diskurs Verantwortung für Handeln auf Mikroebene nicht auf Makroebene entschuldigt werden.

5.3.5 Von der Aufarbeitung zur Verarbeitung

Nun ist ein solcher Diskurs alles andere als einfach, allzumal daneben auch noch der einer *gefühlten Dämonisierung* ostdeutschen Lebens vor 1989 steht, wie sie der Aufarbeitungslandschaft eingeschrieben sein mag, die auf MfS (und weniger auf SED) abstellt und (wahre wie notwendige) Geschichten erzählt, in denen sich Menschen aber nicht wiederfinden können oder wollen. Um

296 Lühmann: Ostdeutsche Lebenslügen; »Ich erinnere mich an eine Szene kurz vor der Währungsunion, mitten in Leipzig, da verkauften Wessis auf der Straße für 4,50 D-Mark überlagerten Joghurt, riesige Becher. Die Leute standen Schlange, rissen den Deckel ab und schütteten sich das Zeug in den Hals. Daneben war ein Stand mit Ost-Eis am Stiel für 50 Pfennig, das hab' ich gekauft.« (Meyer, Eine Ruhrpott-Tour, online-Ressource).

297 Lorenz: Der Osten; »Apropos #Identitätspolitik: Im Prozess der deutschen Vereinigung war der Wechsel von ›Wir sind das Volk‹ zu ›Wir sind ein Volk‹ die Mutter aller chauvinistischen Ideologieproduktionen und daran hatten Ostdeutsche einen wesentlichen Anteil«, so der ostdeutsche Historiker Patrice G. Poutrus auf Twitter (zitiert nach Reisin, Eine halbgare Studie); vgl. auch unbedingt den instruktiven Hinweis bei Arndt: Ostdeutschland inmitten intersektioneller Zukünfte, S. 166: »Rassismus war in der DDR so verboten, das mensch ihn nicht mal zur Anzeige bringen konnte. Dabei grassierte er überall und tradierte die Idee von der weißen Überlegenheit. Inmitten der Orientierungslosigkeit der Aufbruchsjahre war Weißsein ein Anker, mit dem sich weiße Ostdeutsche in den westdeutschen Fluten über Wasser halten konnten – auf Kosten aller Deutscher of Colour. Letztlich sind nicht die enttäuschten Träume, die verratenen Hoffnungen und die von Ilko-Sascha Kowalczuk herausgearbeiteten Diskriminierungserfahrungen, die Ostdeutsche zu Ostdeutschen werden ließen, für den Rassismus in Ostdeutschland verantwortlich. Denn es gibt keine Gesetzmäßigkeit, dass Diskriminierung in Diskriminierung übersetzt wird.«

298 Das Verhältnis von Ost und West ist überlagert von Stereotypen – beiderseits. Die Rezepte für den gelingenden Abbau von Ost-West-Stereotypen scheinen noch nicht gefunden, die Hoffnung etwa von Thumfart, Politische Kultur, S. 14, wonach der »Abbau von abgrenzenden Stereotypen durch eine aufrichtige öffentliche Auseinandersetzung um die differenten Gerechtigkeitsvorstellungen und eine ebenso aufrechte Suche nach und Prüfung von gemeinsam akzeptierbaren Gerechtigkeitsnormen« integrativ wirken könne, scheint noch nicht über den Status einer Hoffnung hinausgewachsen zu sein.

es zuzuspitzen: In der Gegenüberstellung von System und Opposition, aber auch von Revolution und DDR finden sich längst nicht alle Ostdeutschen wieder, weil es die Alltagsgeschichte der DDR nicht ausreichend mitnimmt, schon gar nicht die der 90er und 00er Jahre irgendwo zwischen Treuhand, steigender Arbeitslosigkeit, der Einführung von Hartz IV, Pogromen und den *Baseballschlägerjahren*.

Was es also braucht, ist »eine Transformation der beschriebenen Narrative und Diskurse«,[299] weg von Unterdrückung und Unrecht, hin zu Verarbeitungsdiskursen, die den Alltag vor und nach 1990 zusammendenken, die Erwartung und Enttäuschung thematisieren, Verantwortung Ost und Verantwortung West[300] – kurz: historisierende Einordnung jenseits von Repolitisierungen und Repolarisierungen und neuer Engführungen.[301] Was es braucht, ist eine offene ostdeutsche Auseinandersetzung, auch gern stärker mit dem Blick weiter nach Osten als dem bisweilen schiefen wie verklärten in den Westen. Diese Auseinandersetzung läuft über Dialog, über politische Bildung, über Erinnerungsmarken, über Kulturinstitutionen, über literarische und mediale Produktion, über einen Wandel von der Aufarbeitung zur Verarbeitung, weniger über wirtschaftliche Kennmarken. Es braucht überdies eine wissenschaftliche Institution, die sich dem Wandel in Ostdeutschland widmet, der nicht erst 1989 einsetzte – interdisziplinär, gebündelt und abgesichert, mit dem Ziel, die Vielgestaltigkeit des Ostens und nicht seine identitätspolitische Verkürzung aufzuklären, die die Ostdeutschen als Akteure ernst nimmt, auch dort, wo es sprichwörtlich stinkt und weh tut, als Basis eines gesamtdeutschen Dialogs und Beitrag zum europäischen Integrationsdiskurs.

6. Vorschläge für die Zukunftsgestaltung

Einfache Rezepte, dies sollte die Diskussion um ostdeutsche Identitäten gezeigt haben, die gibt es leider nicht. Ebenso wenig eine Garantie, dass die Vorschläge verfangen, insbesondere dort, wo über gefährdende Identität zu sprechen ist. Um es mit den auf dem Kolloquium »(Ost-)Deutschlands Weg 1989–2020ff.« der Re-

299 Krüger: Osten im Aufsturz.

300 Böick, Zwölf Thesen zu Wirtschaftsumbau und Treuhandanstalt, S. 413ff., etwa betont, dass (ostdeutscher) Mauerfall *und* Volkskammerwahl »massive Rückwirkungen« hatten, auch weil (westliche) Debatten um graduellen Übergang dadurch auf sofortige Umstellung wechselten. Die damit verbundene »zentrale« Zäsur der »schockartigen« Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion war eine *Folge* dessen und verschärfte zugleich die Umstellung der DDR-Wirtschaft, in deren Folge die Treuhand als Beschleunigerin des unternehmerischen Ausnahmezustands gelten muss.

301 Ebd.

daktion Deutschland Archiv am 2. und 3. März 2020 in der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin vorgetragenen Worten des Transformationsforschers Alexander Thumfart zu sagen:

»Ob die Erhöhung der Zahl an Partizipationskanälen (etwa Ombudspersonen) eine sinnvolle Lösung ist, muss darum auch stark bezweifelt werden. Denn es beteiligen sich ja zumeist die, die sich immer schon beteiligen und die Art der Beteiligung ist zudem fragwürdig geworden. Mehr Responsivität vermag auch nicht wirklich zu überzeugen, denn Politiker*innen sind schon in der Dauererklärung, die nur jene hören, die sie hören wollen. Weitere Institutionen der politischen Kontrolle ex post (Untersuchungsausschüsse, Jurys, Zeitbegrenzungen) mögen hilfreich sein, adressieren aber kaum die Entkoppelung von Struktur und Kultur. Die Leitfrage wäre daher eher: wie kann es einer Gesellschaft gelingen, so etwas wie eine Sichtbarkeit ihrer selbst kommunikativ und kollektiv herzustellen? Eine Verständigung über ihre Gestalten, Bruchlinien, Verwerfungen, Verfasstheiten, Ungleichheiten, Ausgrenzungen, Verluste – ihre Hoffnungen, Wünsche, Ängste? Ihre Zivilität und ihre Weisen der Herstellung von Kompromissen? Über Institutionen der Bildung? Schulen, Hochschulen? Der ›Wir müssen reden‹-Initiativen? Den Werte-Botschafter*innen? Von Oral History (Ther), Kino, demokratischen Schreibwerkstätten? Dem ›Parlament der Unsichtbaren‹ und Generationsgesprächen face-to-face? Einem ›Demokratie-Tribunal‹? Unserem Reflexions-Treffen (Kolloquium »(Ost-)Deutschlands Weg 1989–2020ff.« der Redaktion Deutschland Archiv am 2. und 3. März 2020 in der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin, Anmerkung M.L.) hier? Dem BMBF Projekt ›Diktaturerfahrung und Demokratie‹ mit seiner dezidierten Orientierung auf ›partizipatorischer Erinnerungsforschung‹?«[302]

Was also wären Lösungswege, jenseits, aber auch diesseits der skizzierten Skepsis? Die Jahrestage von Revolution und Einheit, der neue Diskurs um Ostdeutschland, auch in seinen Überspanntheiten, bieten zumindest eine herausragende Gelegenheit. Denn 30 Jahre Abstand zu einem Ereignis heißt auch Bilanz ziehen, zurückblicken und vorwärts schauen. Was ist also zu tun? Vor zehn Jahren schlug Raj Kollmorgen ein ganzes Bündel vor, das hier auch diskutiert wurde: Komplexität anerkennen, materieller Ausgleich, Gleichstellungspolitik, Diskurstransformation und Gegendiskurse sowie Liebe.[303] Zumindest das mit den Gegendiskursen scheint gelungen, allerdings, wie beschrieben, um den Preis neuer Abgrenzungen, geschlossen(er)en Identitäten (vor denen Kollmorgen warnte) und innerostdeutschen Spaltungen, die von einem *Wir* bisweilen überdeckt werden.[304] Und, so der Eindruck, Komplexität reduziert. Der materielle Ausgleich ist auf einem langen Weg, aber er wird die Vermögensungleichheit kaum schließen können – und, in

302 Thumfart: Thesenpapier, S. 5.

303 Kollmorgen: Subalternisierung, S. 345ff.

304 Weshalb Kollmorgen in der Diskussion auf dem bpb-Kolloquium die »weiterhin notwendige Transformation der deutschdeutschen Diskurse, eine Problematisierung des Problems Ostdeutschland und der Ostdeutschen, welche die regionale Selbstentwicklung ebenso stärkt wie das ostdeutsche Selbstbewusstsein« einforderte, »ohne die Vielfalt und also Differenzierung in Ost- und Westdeutschland zu ignorieren.« (Kollmorgen: Thesenpapier, S. 3).

Hinblick auf gefährdende Identität, auch kaum Erfolg zeitigen, weil etwa die AfD gerade kein Phänomen monetärer Entwertung ist, sondern vor allem der Ausdruck politisch-kultureller Konflikte, die politisch gelöst werden müssten. Bliebe die Liebe, die sich am wenigsten verordnen lässt – aber via Ost-West-Heiraten Verständnis fördern und beispielsweise Vermögensungleichheiten *en passant* und *à la longue* ausgleichen könnten – und die Gleichstellungspolitik, die aber weiter daran krankt, dass die Definition dessen, was ostdeutsch, mithin förderfähig sei, ein Politikum bleibt.

Ohnehin zeigte sich beim Kolloquium »(Ost-)Deutschlands Weg 1989–2020ff.« der Redaktion Deutschland Archiv am 2. und 3. März 2020 in der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin eine interessante Debatte zur Frage, wie *ostdeutsch* die Ostdeutschlanddebatte noch sein sollte: Plädierte Manow für eine Entgrenzung,[305] machte sich Zick in der Diskussion auf dem bpb-Kolloquium für eine »Analyse weiterer intergruppaler innergesellschaftlicher Konfliktkonstellationen« jenseits von Ost und West stark,[306] Matthäus für einen Perspektivwechsel des Westens und überhaupt relationales Denken,[307] das auch Arndt aus intersektioneler Perspektive anmahnte,[308] so war das Plädoyer der politische Bildung und der Arbeit am kollektiven Gedächtnis letztlich auch eines für Differenzierungen und Pluralisierungen.[309] Und, es ging letztlich dann doch auch um die Frage, wie »Wie kann zusammengehören, was gewachsen ist.«[310]

Was also kann konkret getan werden? Zunächst: Es braucht weiter das Bemühen, Löhne und Renten anzupassen, die bei allen Debatten um die Konstruktion des Ostdeutschen noch immer im Mittelpunkt von relativer Deprivation stehen mögen,[311] und Programme, die helfen, auch die Deprivation der *ganz(en) Anderen*

305 Weil die Populismus unterliegenden Prozesse größer sind als der ostdeutsche Raum, größer als der gesamtdeutsche Raum und, wenn überhaupt, mindestens so geteilt in Nord und Süd sind, wie in Ost und West (Manow: Populismus – in Ost und West, S. 302). In eine ähnliche Richtung Ther: Preis der Einheit.

306 Dies verbunden mit dem Hinweis, dass kollektive Identität, die den *Bürger zweiter* Klasse ins Zentrum stellt, anfällig machen kann für Abwertungen, wie bereits diskutiert wurde (vgl. Zick: Thesenpapier, S. 2f.).

307 Vgl. das Plädoyer für eine (neue) »Ostdeutschlandforschung, die dann keine mehr ist«, bei Matthäus: Zum Theorieproblem »des Ostens«.

308 Arndt: Ostdeutschland inmitten intersektioneller Zukünfte.

309 Schwarz: »1989« in der historisch-politischen Bildung.

310 Simon: Die sozialpsychologische Seite der Zukunft, S. 509. Und dass Ost und West, dass Identitäten sich unterscheiden können, und dass das produktiv sein kann, darauf verweist Gerd Dietrich mit dem vorletzten Satz seines 2332-seitigen *Opus Magnum*: »Jene ausgeprägten kulturellen Ost-West-Differenzen sollten nicht als Gefahr für eine deutsche Gesellschaft, sondern als Bereicherung und als stabilisierender Faktor gesehen werden.« (Kulturgeschichte, Bd. 3, S. 2332).

311 So jedenfalls lassen sich die Feinanalysen des Sachsen-Monitors lesen (dimap: Sachsen-Monitor 2018, Ergebnistabellen, S. 49f.). Etwas über zwei Drittel der Befragten nennen Löhne und

zu sehen. Darüber hinaus aber braucht es Dialog, Strukturen, symbolische Korrekturen und einen neuen Umgang mit dem, was unter gefährdeter und gefährdender Identität hier vorgetragen wurde.[312]

6.1 Dialog, aber anders

30 Jahre zweifellos passierter Fehler, deutsch-deutscher Debatte, Nichtanerkennung, Ignoranz, zu langer Dominanz des Diktaturgedächtnisses, Stereotype, nicht thematisierte Erwartungsenttäuschungen, Aufrechnen, Schweigen, Verdrängen usw. können nicht ungeschehen gemacht werden. Aber wollen wir als Debattenteilnehmer*innen das weiter aufrechnen, Identitäten verfestigen, essenzialisieren, alte durch neue Mauern ersetzen? Oder nicht doch anfangen, in West und Ost, das Leben in West und Ost einer ehrlichen Selbstbefragung unterziehen? Als kritische Selbstbefragung ostdeutscher Verantwortung, als kritische Selbstbefragung westdeutscher Verantwortung? Etwa bezüglich der Entscheidungen, die Ostdeutsche in Ostdeutschland getroffen haben und derer, die in Westdeutschland für (und über) Ostdeutschland gefällt wurden, Stichwort »ownership«. Ebenso bedürfen Stereotypisierungen einer kritischen Revision. Und nicht zuletzt braucht es neue Bezugnahmen, neue, ergebnisoffene Vergleichsmuster, etwa im Rahmen der verflochtenen Geschichte vor und nach 1989 *und* zwischen Ost und West: Setzen wir den Steinkohlekumpel aus dem Ruhrgebiet mit dem Braunkohlekumpel aus der Lausitz an einen Tisch, den arbeitslosen Werftarbeiter aus Bremerhaven mit der aus Rostock. Die *Boomtown* Leipzig mit Essen oder Gelsenkirchen. Setzen wir Menschen mit und ohne Migrationshintergrund an einen Tisch, Opfer von Gewalt und Diskriminierung. Verschränken und integrieren wir Lebensgeschichten des Erfolges und des Misserfolges, von Anerkennung und Nichtanerkennung, von Umbruch und Aufbruch, von Kontinuität und Wandel und suchen nach dem Verbindendem – als öffentlichen Diskurs, als Forschungsansatz, als Ansatz für die politische Bildung.

Dabei ist mir eine Bemerkung sehr wichtig: Es kann nicht um Dialog um des Dialoges willen allein gehen, nicht alle, die *Sorgen* formulieren, haben tatsächlich Sorgen, manche haben nur Ressentiments, beklagen keine gefährdete Identität, sondern verbreiten gefährdende Identität. Kurz: Die Idee, »mit Rechten reden«, gehöre in diesen Zusammenhang von notwendigem Dialog, lehne ich

---

Renten bei der Frage nach dem gerechten Anteil, bei den über 70-Jährigen sind es sogar 88 %, bei den unter 30-Jährigen schlägt das Thema soziale Gerechtigkeit deutlich aus (beide Gruppen votieren deutlich unterproportional für die AfD).

312 Simon: Die sozialpsychologische Seite der Zukunft, S. 510f.; Möglichkeiten, Paradoxien und Grenzen von Dialogformaten diskutieren Buochmann/Döring: Zusammenhalt gestalten.

entschieden ab. Es sollte mit Blick auf die Ausführungen zur politischen Kultur klar geworden sein, dass es nicht der Dialog *mit* Rechten ist, sondern die Haltung *gegenüber* Rechten, die den Unterschied machen. Der besonders dialogorientierte Umgang mit Pegida hat jedenfalls nicht zu deren Schwinden geführt, auch ein besonders konservatives, auf die »Rückeroberung« der Wählerschaft zielendes Politik- und Dialogangebot macht im bundesweiten Vergleich nicht den Unterschied, sondern die besonders starke Abgrenzung, wie in Bayern so in NRW, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Der »Schweriner Weg« der Ausgrenzung der extremen Rechten im Parlament ist auf jeden Fall elektoral das erfolgreichste Modell im Osten und wohl auch ein Grund dafür, dass die AfD dort in aktuellen Umfragen, Stand April 2021, nur noch auf 14 Prozent der Stimmen kommt und nicht wie in Sachsen auf 26 Prozent.

6.2 Strukturen

Es braucht dafür auch *dauerfinanzierte Bundesprogramme*, die, *erstens*, soziale Innovationen als transformatives Handeln unterstützen: Ansätze, Ideen, konkrete Umsetzungen, die im Osten aus dem Boden sprießen und bisweilen auch der (jeweiligen lokalen) Vermittlung bedürfen, mindestens aber der Anschubfinanzierung.

Es gilt *zweitens* (lokale) erinnerungskulturelle Initiativen zu fördern – ein zentralisiertes Erinnern via Einheits- und Freiheitsdenkmal erfüllt das nicht! Das gilt für das Erinnern an düstere Kapitel lokaler Geschichte (etwa Pogrome), an belastende lokale Geschichte (Werksschließungen), aber auch die hellen Seiten, etwa die Revolution. Erinnerung bringt Menschen zusammen, bewirkt bestenfalls Auseinandersetzung und Anerkennung vor Ort.

Es braucht *drittens* eine noch besser finanzierte *und* politisch unterstützte Zivilgesellschaft,[313] die lokale Demokratieinitiative fördert, Rassismus und Rechtsextremismus bekämpft.

Es braucht, *viertens*, dauerfinanzierte Begleitforschung mit neuem, offenem Blick, jenseits des Aufarbeitungsparadigmas und jenseits universitärer Zwänge oder ständiger Drittmittel-Unsicherheiten.

Es braucht, *fünftens,* noch zu diskutierende Programme mit dem Ziel, die Repräsentation ostdeutscher Eliten zu fördern, weil diese als vermittelnde Identitätsproduzenten wirksam werden können.

Und es braucht *sechstens* eine Offensive in der politischen Bildung, schulisch wie außerschulisch.[314] Ein konkreter Vorschlag: einen Zusammenschnitt der

313 So eine zentrale Forderung bei Salheiser: Akzeptanz.

314 Kubiak: Nachwendegenerationen, S. 8, hat darauf hingewiesen, dass schon die Art und Weise der Behandlung der DDR in der Schule Abwertungserfahrungen hervorrufen könne.

rbb-Miniserie *Warten auf'n Bus* schauen und diskutieren – es gibt kein TV-Format, das die gesamte Ostdeutschland-Debatte so auf den Punkt bringt, wie die nach dem Drehbuch des Cottbuser Dramatikers Oliver Bukowski. Nehmen wir uns für all das die nächsten zehn Jahre Zeit. Und ziehen erneut Bilanz, wenn die ostdeutsche Selbstermächtigung des Herbstes 1989 mehr Jahre zurückliegt, als die DDR je alt geworden ist.

6.3 Symbolische Korrekturen

Was überdies dringend notwendig und vergleichsweise einfach zu bewerkstelligen ist, sind symbolische Korrekturen. Es ist nicht einzusehen, dass der Beauftragte für Ostdeutschland nach 30 Jahren noch immer »Beauftragter der Bundesregierung für die *neuen* Bundesländer« heißt und dass diese Stelle allein beim Bundeswirtschaftsministerium angesiedelt ist statt beim Bundeskanzleramt, auch weil das nicht zuletzt den Fokus auf ein *Aufholen* der ostdeutschen Wirtschaft zur westlichen *Norm* impliziert. Diskutierbar wäre auch, warum diese Position überhaupt eine politische sein soll und nicht außerhalb politischer Vereinnahmung einzurichten wäre. Es ist auch nicht einzusehen, dass der jährliche Sachstandsbericht zur deutschen Einheit noch immer genau so klingt wie seit Jahren, als Sachstandsbericht, der das Aufholen des Ostens gegenüber dem Muster des Westens nicht lassen kann.[315] Es ist auch kaum einzusehen, dass eine Bundesstiftung, die sich historisch mit der DDR und inzwischen auch mit Ostdeutschland beschäftigt, noch die Aufarbeitung im Namen führt, die, so ihr gesetzlicher Auftrag »die umfassende Aufarbeitung der Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in SBZ und DDR zu befördern« hat und »den Prozess der Deutschen Einheit zu begleiten und an der Aufarbeitung von Diktaturen im internationalen Maßstab mitzuwirken.«[316] Auch kaum einzusehen ist, warum, wenn doch die wissenschaftliche Bearbeitung Ostdeutschlands offenkundig viele Lücken hat, Lehrstühle zumindest in Ostdeutschland nicht die Ostdeutschlandforschung im Namen tragen, warum es nicht, jenseits der beschränkten Forschungsstruktur von Sonderforschungsbereichen, ein Zentrum für Ostdeutschlandforschung gibt, das Ostdeutschland interdisziplinär beforscht. Statt temporärer Förderung braucht es eine grundlegende Bereitschaft zur dauerhaften Finanzierung eines solchen Projektes – und der Ergänzung des bisherigen Berichtswesens durch unabhängige

315 Maier: Wie ein geteiltes Land.
316 Bundestiftung Aufarbeitung: Stiftungsauftrag.

Forschung jenseits von temporären, kurzfristigen und hochpolitischen wie politisierten Auftragsforschungsarbeiten.[317]

Nicht minder unverständlich ist der weiterhin bestehende Rückstand der Repräsentation ostdeutscher Eliten. Nun bin ich kein Anhänger einer Ostquote, zu schwierig scheint mir allein die Festlegung, wer oder was ostdeutsch sei, und nicht zuletzt halte ich eine Exklusivstellung ostdeutscher Minorität im Angesicht anderer Repräsentationsdefizite für problematisch. Aber allein eine stärkere Sensibilisierung für das Thema und zumindest die intensive Suche nach Fördermöglichkeiten scheint ausbaufähig. Nicht zuletzt bliebe das monetäre Momentum. Löhne, Gehälter, Renten, sie sind immer noch unterschiedlich und selbst der Effekt, dass geringere Löhne auf geringere Kosten etwa für Miete treffen, ist insofern ein hohler Verweis, weil die Eigentumsquoten und -höhen weiter differieren und etwa in einer *boomenden* Stadt wie Leipzig von drastisch steigenden Mieten aufgezehrt werden – begleitet von massiven Auseinandersetzungen etwa im von Mietsteigerungen und Gentrifizierungsprozessen besonders betroffenen Leipzig-Connewitz. Das Gefühl von Marginalisierung, gepaart mit realer Verdrängung ist ein explosives Gemisch, das letztlich nicht exklusiv ostdeutsch ist – vom *Häuserkampf* im Frankfurter Westend über die Hamburger Hafenstraße, Berlin-Kreuzberg bis nach Leipzig-Connewitz sind massive, gewalttätige Auseinandersetzungen wahrlich kein Novum –, aber im Osten setzt es an anderen Verdrängungserfahrungen und Vermögensstrukturen an.

Nicht zuletzt gilt es, jene Akteur*innen zu stützen, die in der ostdeutschen Debatte allzu oft die Scherben aufkehren, die manch problematische, identitär überwölbte ostdeutsche Selbstermächtigung mit sich bringt. Es sind die Widerstandskräfte der Zivilgesellschaft, die es braucht, um die rechte Regression in Ostdeutschland zu bekämpfen und nicht der ins-Recht-setzende Dialog mit den Feinden der Verfassung – ein Auftrag für die Politik und die politische Kultur und ein Auftrag an die diese Prozesse begleitende politische Kulturforschung.

6.4 Ostdeutscher Erfahrungsraum statt ostdeutscher Identität

Identitäten und Identitätspolitik sind unausweichlich. Aber, das sollte klar geworden sein, der Grat auf dem sie wandeln – zwischen realen und gefühlten Anerkennungsdefiziten als gefährdeter Identität und Mustern der Abwertung von Drittgruppen als gefährdende Identität – ist äußerst schmal. Lange Jahre hat Wissenschaft und Publizistik nicht gesehen, dass schon in der Revolution von 1989 emanzipative neben national-regressiven Momenten bestanden, hernach Treu-

317 Als Autor einer Rechtsextremismus-in-Ostdeutschland-Studie kenne ich das Problemfeld aus erster Hand.

hand und *Baseballschlägerjahre* und heute die AfD neben dem *anderen Osten* – also jenem, der sich gegen die rechte Vereinnahmung ostdeutscher Problemlagen wehrt. All das war und ist ostdeutscher Suche nach Identität eingeschrieben. Und es ist und bleibt wichtig, in der Debatte die Vielfältigkeit und Vielgestaltigkeit *des Ostens* zu sehen und nicht unzulässig in einem identitätspolitischen Ganzen zu vermischen. Nein, wenn der Ostdeutsche den Ausländer schlägt, dann meint er nicht den Wessi, wie es Ralle in *Warten auf'n Bus* sagt, sondern er schlägt den Ausländer, weil er ihn als Ausländer liest, markiert und bekämpft, mithin rechte Taten identitätspolitisch verbrämt.

Wie also umgehen mit der Komplexität ostdeutscher Identität, mit ihren widersprüchlichen Ausprägungen, mit ihren Ansätzen der Komplexitätsreduktion und Schuldabwehr, mit realen Gemeinsamkeiten und real Trennendem. Ich schlage vor, ostdeutsche Identität als gegebene und unvermeidbare Chiffre zu verstehen, als Diskursfigur, als Suche nach Anerkennung, als Versuch, disparate mit kollektiven Erfahrungen in Übereinstimmung zu bringen und dies zugleich zu problematisieren und zu kritisieren. Aufgrund der beschriebenen Kipppunkte von Identität, problematischen Aufladungen und historischen Verkürzungen plädiere ich deshalb dafür, statt von ostdeutscher Identität zu sprechen von einem *ostdeutschen Erfahrungsraum* auszugehen – als räumliche, zeitliche, historische und auch zunächst neutrale Beschreibung.

Was meint Erfahrungsraum, was meint darin ostdeutsch und warum wäre dieser Begriff hilfreich in der Debatte?

Zum *Ersten*: Der Begriff des ostdeutschen Erfahrungsraums geht nicht von einer spezifischen Gruppe Menschen aus, die ebenso inklusiv wie exklusiv sein kann, sondern darüber hinaus. Er bezieht Erfahrungen ein, die Ostdeutsche in Ostdeutschland und der DDR gemacht haben, er bezieht auch jene ein, die seit 30 Jahren dort leben, er bezieht Menschen ein, die sich von gefährdender ostdeutscher Identität ausgeschlossen fühlen können oder sein werden. Er bezieht auch Menschen ein, die nicht mehr im Osten leben, aber den Erfahrungsraum teilen. Erfahrungsraum ist also zunächst auf der personalen Ebene ein neutrales Konstrukt, dem sich alle, die ihn teilen, zugehörig fühlen oder sich zu ihm verhalten können, ohne dies per Herkunft reklamieren zu müssen und das zwangsläufig auch Exklusionstendenzen erschafft.

Zum *Zweiten* zielt Erfahrungsraum im Wortsinne auf zweierlei ab: Erfahrung und Raum. Kommen wir zunächst zur Erfahrung: Mit dem Begriff Erfahrung ist gemeint, dass vollkommen disparate Versatzstücke, aber auch kollektive Erlebnisse zunächst ganz neutral geteilt werden, sei es bezüglich der DDR, sei es bezüglich der Jahre der Transformation. Diese aber können, vor dem Hintergrund der gemeinsam geteilten, rahmenden Geschichte, sehr unterschiedlich sein: Wer führte ein richtiges Leben im falschen System, wer ein falsches im Richtigen, ein fal-

sches im Falschen, ein richtiges im Richtigen? Die Erfahrung der DDR teilen alle diese Menschen, egal ob *Täter* oder Opfer, passive wie aktive Unterstützer, passive wie aktive Gegner, Dagebliebene und Weggezogene, Kinder der DDR und ihre in einem vereinten Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kinder, die am heimischen Tisch über die DDR reden oder sie beschweigen. Sie alle erlebten 1989/90 als einen massiven Umbruch, mit ganz unterschiedlichen Gefühlen, Hoffnungen, Sorgen, Ängsten und nicht zuletzt bewussten politischen Entscheidungen bei der überwältigenden Teilnahme an den ersten freien Volkskammerwahlen 1990 oder, in deutlich geringerer Zahl, an den Demonstrationen in der DDR, von Plauen über Leipzig bis nach Berlin. Gorbatschow in Berlin, Genscher in Prag, Kohl in Dresden, Demonstrationen, die erste D-Mark, die Einheit. Und hernach die Treuhand, die Massenarbeitslosigkeit, Bischofferode, aber auch politische Freiheiten, gesellschaftliche Aufstiege, sanierte Häuser, aber auch die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, die Alltagspräsenz von *Baseballschläger-Glatzen,* Pegida und Chemnitz 2018 – und nicht zuletzt ein Reden über den Osten, im Osten und im Westen. Aber nichts davon wurde einheitlich erlebt, nicht jede Erfahrung wurde kollektiv geteilt, schon gar nicht unmittelbar erlebt. Und, zentral, Ostdeutschland als Erfahrungsraum heißt auch: Die Ableitungen aus den Erfahrungen sind so unterschiedlich, dass sie letztlich wieder auf die einzelnen Personen zurückfallen und nicht auf die Ostbiografie an sich. Vielmehr heißt Erfahrung und Ableitung auch, dass es eine ganze Menge sehr, sehr alter Konflikte gibt, die nicht erst nach 1990 entstanden, sondern schon in der DDR angelegt waren, die nichts mit dem *westlichen* Blick auf *den Osten* zu tun haben. Deshalb bleibt es wichtig, immer wieder auf die einzelnen Biografien und auf die Ableitungen hinzuweisen, die die Menschen vor dem Hintergrund eines geteilten Erfahrungsraums treffen und getroffen haben und auch zurückweisen, dass es da eine Systematik oder eine Struktur gibt, die einen zu dem werden lässt, was man ist. Die bisweilen disparate politische Entwicklung allein im überschaubaren Milieu der Bürgerrechtler*innen, die von Herkunft, Alter und Milieu nicht sehr weit gespreizt sind, zeigt, dass gemeinsame, sehr spezifische Erfahrung zu vollkommen unterschiedlichen Deutungsmustern der Gegenwart führen können.

Bliebe, *drittens*, der Raum des Erfahrungsraumes, zum einen als Raum im Sinne eines Zimmers, dass vollgestopft ist mit Erinnerung, Erfahrung, mit Jugendpostern, die einem heute peinlich sind, vertrauten Gegenständen und neuen Anschaffungen. Aber auch als erkennbarer Raum, der sich bis heute auf allen möglichen und eben nicht nur geografischen Karten abbilden lässt. Jener in sich komplexe Raum, der – Stichwort: erkennbare Grenzen – Probleme, Herausforderungen und unterschiedliche Bestände markiert: Eigentumsquoten, Überalterung, AfD-Zustimmung, rechtsextreme Übergriffe, (abnehmende) Arbeitslosigkeit, zivilgesellschaftliches Engagement, Parteibindung, Corona, Anteil von

Migrant*innen an der Gesamtbevölkerung – es gibt nicht viele Karten, auf denen sich Ostdeutschland transzendieren ließe. Nahezu jeder visuelle Zugriff in den genannten und weiteren Feldern zeigt in einer bisweilen unschärfer werdenden Linie *den Osten*. Und das Zimmer, es ist noch immer vollgestopft mit Erinnerungsstücken, die jene*r zu teilen nicht imstande ist, der oder die nicht in diesem Zimmer aufgewachsen ist und dem oder ihr bei allem gegenseitigen Kennenlernen und Dialog dennoch das reale Erfahrungswissen fehlt (oder die Sensibilität), um die Einrichtung zu verstehen. Und es macht selbst im Osten einen großen Unterschied, ob jemand nach 1989 sein Zimmer tapeziert hat, komplett ausgeräumt und neu eingerichtet, als Museum konserviert hat oder mit menschenfeindlichen Devotionalien ergänzt.

Im ostdeutschen Erfahrungsraum kommt, anders als in ostdeutscher Identität, all die Disparität und all das Kollektive zusammen. Es ist die Basis und die Arena, in dem der Osten stattfindet und in dem nicht verhandelt werden sollte, *wie* der Osten nun *ist,* wie er auf *einen* Nenner zu bringen sei, wer dazugehört, wer nicht, wer Schuld hat, wer nicht, sondern in dem verhandelt werden sollte, was *alles* Osten *ist,* welche Vielgestaltigkeit bei geteilter Geschichte ihm eingeschrieben ist – offen, neugierig, ehrlich.

Das heißt, und damit komme ich auf die große Klammer der Studie zurück, auch darüber zu sprechen, was an toxischen Lasten in diesem Erfahrungsraum schlummert und immer wieder aufbricht, wie unterschiedlich die Reaktionen darauf sind, wo sich die Emanzipation davon vollzieht und wie das funktioniert, statt ostdeutsche Identität zu essenzialisieren und damit Konflikt, Differenz und Auswege zu erschweren. Und dafür braucht es meines Erachtens eine offene, ehrliche ostdeutsche Debatte, wie sie etwa auch Anette Simon unlängst eingefordert hat. Diese Debatte sollte sich statt am konstruierten Westen an sich selbst reiben, am und im vielgestaltigen Erfahrungsraum Ostdeutschland. *Das* wäre die Aufgabe von Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft der nächsten Jahre. Und dafür braucht es Dialog mit und unter den richtigen Akteur*innen – mit Rechten reden gehört nicht in dieses Konzept, weil es gefährdende Identität per Diskurs nobilitiert –, dringend Strukturen (Forschungseinrichtungen, Wissenschafts-Bürger*innen-Dialoge, Politikberatung, Diskursräume etc.). Und es braucht ein aktives ostdeutsches Zurückdrängen jener Bilder, die den Osten immer wieder als das problematische Andere beschreibbar werden lassen, weil etwa Rechtsextremismus, Rassismus und Einstellungen zur Demokratie deutlich abweichen. Abweichen im Übrigen von einer Norm, die nicht etwa westdeutsch ist, sondern die dem demokratischen Auftrag des Grundgesetzes eines Nie-Wieder folgt. Und ja, letztlich braucht es auch viel Geld, um jene Ungerechtigkeiten (Lohnunterschiede, Rentenunterschiede, Vermögensunterschiede) zu lindern, die einer Debatte leider allzu oft ebenfalls im Weg stehen.

7. Nachwort

Es gebe sie nicht, »*die* Ostdeutschen«, allenfalls eine ausdifferenzierte »ostdeutsche Gesellschaft«, die »andere kulturelle Codes hat und durch andere biografische Erfahrungen geprägt ist«, schrieb jüngst der Historiker Jörg Ganzenmüller und verwies in dem Zusammenhang abwägend darauf, dies sei kein Problem, solange ostdeutsche Identität nicht »als Gegenentwurf zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung konstruiert wird, sei es als Selbstbeschreibung oder als Fremdzuschreibung.« Der Einstiegssatz zu dieser Studie ist letztlich auch schon verdichtete Essenz. Es gibt ihn nicht, den Ostdeutschen, die ostdeutsche Identität. Und dort, wo sie dennoch auftaucht, weil Identität, auch ostdeutsche, unvermeidlich ist, dort ist sie zumindest dahingehend zu problematisieren, dass der Identitätskonstruktion beides eigenschrieben ist: Die Anrufung gefährdeter Identität als auch herangetragener Prozess von außen, der inzwischen ein ostdeutsches Eigenleben, einen diskursiven ostdeutschen Eigensinn gewonnen hat. Und die Effekte gefährdender Identität, die gerade nicht inklusiv wirkt und die innerhalb Ostdeutschlands auch, wenn auch nicht ausschließlich, demokratiegefährdende Momente besitzt. Die Hinweise auf beide Effekte habe ich ebenso versucht zu beschreiben und an einigen Beispielen zu exemplifizieren, wie ich versucht habe, Auswege zu skizzieren, von denen ich überzeugt bin, dass sie als Maßnahmenbündel Wirkung erzielen sollten bzw. könnten.

Dass es keine Patentrezepte für den Umgang mit dem Komplex gibt, teilt sich die Studie dabei mit dem Prozess der Einheit seit 1989/90 selbst. Insofern gilt es, wie nach 1989/90 auch, neue Wege zu beschreiten, Mut und Hoffnung zu haben. Nur dieses Mal inklusive des Wissens darum, dass es keine Abkürzungen gibt, keine falschen Versprechen und sich eben nicht alles automatisch zu einem guten, gemeinsamen Ende bringen lässt. Sondern dass es einen sensibleren, auch wachsameren Blick auf die Prozesse seither geben sollte und den starken Einbezug des vielgestaltigen Erfahrungsraumes Ostdeutschland selbst, die der Historiker Patrice Poutrus jüngst in vier Thesen goss: *Erstens*: »Seid historisch ehrlich und fordert Ehrlichkeit ein!«; *zweitens*: »Unsere Solidarität muss universal sein!«, *drittens*: »Erzählen wir die vielen unterschiedlichen Geschichten!« und schließlich *viertens*: »Widersteht der gefühligen Anrufung einer ostdeutschen Identität und sucht die Auseinandersetzung um politische Verantwortung, ökonomische Macht und deren Folgen für Ostdeutschland!«[318]

Das – und manch andere aufgeführte Punkte mehr – könnte kurz zusammengefasst das Programm für eine *neue ostdeutsche Erzählung* in und auf Basis eines *ostdeutschen Erfahrungsraumes* sein, an deren Ende für den Osten wie für die

318 Poutrus: Für eine neue Ostdeutschland-Erzählung.

gesamte Bundesrepublik das Ziel stehen sollte und könnte, dass Anette Simon jüngst formulierte: dass endlich »zusammen gehören (kann), was gewachsen ist.«

Literaturverzeichnis

Ahbe, Thomas (2004): Die Konstruktion der Ostdeutschen. Diskursive Spannungen, Stereotype und Identitäten seit 1989, in: APuZ, Jg. 54, H. 41–42, S. 12–22.

Ahbe, Thomas (2007): Der DDR-Antifaschismus. Diskurse und Generationen – Kontexte und Identitäten. Ein Rückblick über 60 Jahre, Leipzig.

Ahbe, Thomas (2013): Die ostdeutsche Erinnerung als Eisberg. Soziologische und diskursanalytische Befunde nach 20 Jahren staatlicher Einheit, in: Goudin-Steinmann, Elisa/Hähnel-Mesnard, Carola (Hg.): Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989. Narrative kultureller Identität, Berlin, S. 27–58.

Ahbe, Thomas (2018): Aufbruch und Illusion. Ostdeutsche Transformationserfahrungen in der sich wandelnden westlichen Welt, in: Dresdner Hefte, Jg. 35, H. 1, S. 14–22.

Ahbe, Thomas (2019): Revolution und Vereinigung. Viele Erfahrungen und eine Große Erzählung, in: Journal für politische Bildung, Jg. 9, H. 4, S. 10–17.

Antweiler, Christoph (2017): Kollektive Identität, in: Kühnhardt, Ludger/Mayer, Tilman (Hg.): Bonner Enzyklopädie der Globalität, Wiesbaden, S. 443–453.

Arndt, Susan (2021): Ostdeutschland inmitten intersektioneller Zukünfte, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 149–169.

Arzheimer, Kai (2006): Von »Westalgie« und »Zonenkindern«. Die Rolle der jungen Generation im Prozess der Vereinigung, in: Falter, Jürgen W. u. a. (Hg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich, München, S. 212–234.

Assmann, Aleida (2006): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München.

Assmann, Aleida (2008): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im 21. Jh. Impulsreferat auf dem Kolloquium »Erinnern als Engagement für Frieden, Demokratie & Menschenrechte«, Dresden, o. S.

Auenmüller, Jakob (2020): Getrennt vereint – Stimmen und Klänge der Nachwendezeit. Zum Umgang mit Musik aus der DDR und den neuen Bundesländern nach 1990, Bielefeld.

Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (Hg.): Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen.

Bajohr, Frank u. a. (Hg.) (2016): Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen.

Bangel, Christian (2019): Baseballschlägerjahre, in: Die Zeit, 7.11.2019.

Bangel, Christian (2019): Es ist auch euer Höcke, in: Zeit online, 19.3.2019, https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-03/rechtspopulismus-westdeutschland-ostdeutschland-ursprung-ideologie (abgerufen am 8.3.2021).

Bangel, Christian u. a. (2019): Ost-West-Wanderung: Die Millionen, die gingen, in: Zeit online, 2.5.2019, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug (abgerufen am 8.3.2021).

Bauer-Volke, Kristina/Dietzsch, Ina (2004): Labor Ostdeutschland – Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel, Bonn.

Behrends, Jan C./Lindenberger, Thomas/Poutrus, Patrice G. (2003): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zur Einführung, in: dies. (Hg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin, S. 9–21.

Begrich, David (2019): Baseballschlägerjahre in Ostdeutschland: Sie waren nie weg, in: taz.de, 2.12.2019, https://taz.de/Baseballschlaegerjahre-in-Ostdeutschland/!5642847/ (abgerufen am 8.3.2021).

Bergem, Wolfgang (1999): Kultur als Identitätsgenerator in ostdeutschen Regionen. Zum Verhältnis von Integration und Differenz im vereinten Deutschland, in: Reese-Schäfer, Walter (Hg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Opladen, S. 181–205.

Berg-Schlosser, Dirk (2015): Vergleichende Methoden in der Transformationsforschung: Politische Kultur, in: Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden, S. 291–301.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hg.) (2015): So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist, Berlin.

Bertelsmann-Stiftung u. a. (Hg.) (2020): 30 Jahre deutsche Einheit. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im vereinten Deutschland, Gütersloh.

Berth, Hendrick u. a. (2021): Zusammenwachsen oder Auseinander-driften? Die deutsche Wiedervereinigung aus der Sicht einer Gruppe Ostdeutscher 1987–2020, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 95–108.

Best, Heinrich/Salheiser, Axel/Salomo, Katja (2014): Demokratie mit doppelter Diktaturvergangenheit. Überlegungen und Befunde zur Ausprägung eines spezifisch ostdeutschen Rechtsextremismus, in: Brähler, Elmar/Wagner, Wolf (Hg.): Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West, Gießen, S. 149–167.

Best, Heinrich (2016): Trends und Ursachen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland, in: Frindte, Wolfgang u. a. (Hg.): Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden, S. 119–130.

Beyme, Klaus von (2011): Der Osten kann zum Vorreiter des Westens werden! Ostdeutschland im Lichte der Sozialwissenschaften, in: Astrid Lorenz (Hg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, Opladen, S. 43–57.

Birkner, Hans Joachim (2015): Regionale Disparitäten, in: Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden, S. 673–678.

Birsl, Ursula (2016): Rechtsextremismusforschung reloaded, in: Neue Politische Literatur, Jg. 61, H. 1, S. 251–276.

Bittner, Regina (2009): Kulturtechniken der Transformation, in: APuZ, Jg. 59, H. 28, S. 9–15.

Böick, Markus (2018): Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung. 1990 – 1994, Göttingen.

Böick, Markus (2021): Zwölf Thesen zu Wirtschaftsumbau und Treuhandanstalt. Die Rolle(n) und Folgen des Wirkens der Treuhand, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil I – 1989 bis heute, Bonn, S. 415–435.

Böick, Marcus/Brückweh, Kerstin (2019): Weder Ost noch West. Ein Themenschwerpunkt über die schwierige Geschichte der Transformation Ostdeutschlands, in: Zeitgeschichte-online, 18.3.2019, https://zeitgeschichte-online.de/themen/weder-ost-noch-west (abgerufen am 9.3.2021).

Bösch, Frank (Hg.) (2015): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen.

Bösch, Frank (2019): »Sonderfall Ostdeutschland?« Zum Demokratieverständnis in Ost und West, in: Zeitgeschichte-online, 18.3.2019, https://zeitgeschichte-online.de/themen/sonderfall-ostdeutschland (abgerufen am 9.3.2021).

Bösch, Frank (2019): Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München.

Bohr, Kurt/Krause, Arno (2011): 20 Jahre Deutsche Einheit. Bilanz und Perspektiven, Baden-Baden.

Borstel, Dierk (2011): Braun gehört zu bunt dazu!: Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern, Münster 2011.

Brachert, Matthias u. a. (2019): Abschlussbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – Arbeitsstab Angelegenheiten der neuen Bundesländer – zum Projekt »Politische Partizipation in Ostdeutschland«, Halle (Saale).

Brandes, Tanja/Decker, Markus (2019): Ostfrauen verändern die Republik, Berlin.

Bretschneider, Uta (2019): Individuelle Umbruchserfahrungen und Transformationsgeschichte(n), in: Zeitgeschichte-online, 18.3.2019, https://zeitgeschichte-online.de/themen/individuelle-umbruchserfahrungen-und-transformationsgeschichten (abgerufen am 9.3.2021).

Brückweh, Kerstin (2020): Das vereinte Deutschland als zeithistorischer Forschungsgegenstand, in: APuZ, Jg. 70, H. 28–29, S. 4–10.

Brumlik, Micha (2020): Ostdeutscher Antisemitismus: Wie braun war die DDR?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 65, H. 1, S. 114–120.

Buchholz, Ramona Katrin (2013): »Vergessen durch Erinnern« – Die Erzählung von den DDR-Frauen in der Interviewliteratur seit 1989, in: Steinmann, Elisa/Hähnel-Mesnard, Carola (Hg.): Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989. Narrative kultureller Identität, Berlin, S. 111–126.

Buck, Elena/Hönke, Jana (2013): Pioniere der Prekarität – Ostdeutsche als Avantgarde des neuen Arbeitsmarktregimes, in: Pates, Rebecca/Schochow, Maximilian (Hg.): Der »Ossi«. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer, Wiesbaden, S. 23–53.

Bundesstiftung Aufarbeitung (2021): Stiftungsauftrag, https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/stiftung/stiftungsauftrag (abgerufen am 9.3.2021).

Bundeswahlleiter (2019): Europawahl 2019, Ergebnisse, https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse.html (abgerufen am 9.3.2021).

Busse, Tanja/Dürr, Tobias (Hg.) (2003): Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance, Berlin.

Bundesinstitut für Bevölkerungsentwicklung (2020): Fakten zu Binnenwanderungen, https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Migration/Binnenwanderung.html (abgerufen am 9.3.2021).

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)/Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (2019): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019, Berlin 2019, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2019.html (abgerufen am 8.4.2021).

Camarade, Hélène (2021): Von der Revolution zur Wiedervereinigung. Bilanzen und kontrafaktische Geschichtsschreibung Betrachtungen aus französischer Perspektive, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil I – 1989 bis heute, Bonn, S. 147–162.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen.

Dietrich, Gerd (2014): Eisberg der Erinnerung. Rezension über Elisa Steinmann/Carola Hähnel-Mesnard (Hg.): Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989. Narrative kultureller Identität, in: Kulturation, Online Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik, http://www.kulturation.de/ki_1_rezi.php?id=136.

Dietrich, Gerd (2018): Kulturgeschichte der DDR, 3 Bde., Göttingen.

Dietrich, Gerd/Steinmann, Elisa/Hähnel-Mesnard, Carola (Hg.) (2014): Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989. Narrative kultureller Identität, in: Kulturation. Online Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik, http://www.kulturation.de/ki_1_rezi.php?id=136 (abgerufen am 9.3.2021).

dimap (2018): Sachsen-Monitor 2018. Ergebnistabellen, https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/auswertungstabllen-sachsen-monitor-2018.pdf (abgerufen am 9.3.2021).

Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz (2012): Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen.

Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/Schlemmer, Thomas (Hg.) (2016): Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen.

Dyk, Silke van (2019): Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus, in: APuZ, Jg. 69, H. 9–11, S. 25–32.

Ebert, Frank/Schwabe, Uwe/Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019): Nicht mit uns: Gegen den Missbrauch der Friedlichen Revolution 1989 im Wahlkampf, 18.8.2019, https://www.havemann-gesellschaft.de/fileadmin/robert-havemann-gesellschaft/aktuelles/2019/Offene_Erklaerung_AFD/Offene_Erklaerung__Nicht_mit_uns__aktualisierte_Fassung_vom_9._September_2019_.pdf (abgerufen am 9.3.2021).

Edinger, Michael/Hallermann, Andreas/Schmitt, Karl (2005): 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2005, Jena.

Ely, Bianca u. a. (Hg.) (2016): Wie war das für euch? Die Dritte Generation Ost im Gespräch mit ihren Eltern, Berlin.

Engler, Wolfgang (2004): Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin.

Engler, Wolfgang/Hensel, Jana (2018): Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein, Berlin.

Engler, Wolfgang (2019): Verheißung und Enttäuschung. Die Ostdeutschen und die Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 64, H. 8, S. 73–80, https://www.blaetter.de/ausgabe/2019/august/verheissung-und-enttaeuschung (abgerufen am 9.3.2021).

Eppelmann, Rainer u. a. (Hg.) (2003): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn.

Faber, Annegret (2019): Identitäten: Das lange Nachleben der DDR, in: mdr.de, 4.11.2019, https://www.mdr.de/wissen/antworten/identitaet-ostdeutsch-westdeutsch-nach-wende-geboren-100.html (abgerufen am 9.3.2021).

Faus, Jana/Faus, Rainer/Gloger, Alexandra (2015): Politische Kultur in Süd- und Ostdeutschland. Ergebnisse einer qualitativ-quantitativen Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Faus, Rainer/Storks, Simon (2019): Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration, Frankfurt a. M.

Fischer, Joachim (1972): Die sächsische Landeskirche im Kirchenkampf 1933–1937, Göttingen.

Förster, Peter u. a. (1993): Jugend Ost. Zwischen Hoffnung und Gewalt, Wiesbaden.

Förster, Peter (2020): Über eine Studie, die schon mehrmals sterben sollte, noch immer lebt und weiterleben muss, in: Berth, Hendrik, u. a. (Hg.): 30 Jahre ostdeutsche Transformation. Sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Perspektiven der Sächsischen Längsschnittstudie, Gießen, S. 33–142.

Forsa Politik- und Sozialforschung (2019): Mecklenburg-Vorpommern, Monitor 2019, Tabellen, Berlin.

Franke, Kathrin u. a. (2013): Vom DDR-Subjekt zum Ostdeutschen. Die Geschichte einer diskursiven Sichtbarmachung, in: Pates, Rebecca/Schochow, Maximilian (Hg.): Der »Ossi«. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer, Wiesbaden, S. 221–238.

Frauenkirche Dresden: Tausendjährige Geschichte, https://www.frauenkirche-dresden.de/geschichte/ (abgerufen am 9.3.2021).

Frei, Norbert (2005): 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München.

Frei, Norbert u. a. (2019): Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin.

Friedrich, Walter (2001): Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Produkt der autoritären DDR?, in: APuZ, Jg. 51, H. 46, S. 16–23.

Fröhlich, Alexander (2019): Liebe Ossis, opfert nicht rum, in: tagesspiegel.de, 5.1.2019, https://www.tagesspiegel.de/berlin/30-jahre-nach-dem-mauerfall-liebe-ossis-opfert-nicht-rum/23808982.html (abgerufen am 9.3.2021).

Foroutan, Naika u. a. (2019): Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung, Berlin, 26.3.2019, https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Ost-Migrantische_Analogien/Booklet_OstMig_1_web.pdf (abgerufen am 9.3.2021).

Foroutan, Naika (2020): Abstract zum Kolloquium »(Ost-)Deutschlands Weg 1989–2020ff.« der Redaktion Deutschland Archiv am 2. und 3. März 2020 in der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin.

Fulbrook, Mary (2019): Kein ganz normales DDR-Leben, in: Deutschlandfunk.de, 26.5.2019, https://www.deutschlandfunk.de/generationen-diktatur-und-alltag-kein-ganz-normales-ddr.1184.de.html?dram:article_id=445259 (abgerufen am 9.3.2021).

Gallinat, Anselma/Kittel, Sabine (2009): Zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit: Einige anthropologische Überlegungen, in: Thomas Großbölting (Hg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Berlin, S. 304–328.

Ganzenmüller, Jörg (2020): Ostdeutsche Identitäten: Selbst- und Fremdbilder zwischen Transformationserfahrung und DDR-Vergangenheit, in: Deutschland Archiv, 24.4.2020, www.bpb.de/308016 (abgerufen am 9.3.2021).

Geisler, Rainer (2014): Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden.

Giesen, Bernhard/Seyfert, Robert (2013): Kollektive Identität, in: APuZ, Jg. 63, H. 13–14, S. 39–43.

Göhring, Martin (1966): Alles oder nichts. 12 Jahre totalitärer Herrschaft in Deutschland, Bd. 1, Tübingen.

Goudin-Steinmann, Elisa/Hähnel-Mesnard, Carola (2013): Erinnerung, Narration und Identität: das kulturelle Gedächtnis der Ostdeutschen, in: dies (Hg.): Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989. Narrative kultureller Identität, Berlin, S. 11–24.

Großbölting, Thomas (Hg.) (2009): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Berlin.

Ha, Noa K. (2019): Die Realität der ostdeutschen Migrationsgesellschaft wird zu wenig benannt, in: Heinrich-Böll-Stiftung: Heimatkunde, 9.11.2019, https://heimatkunde.boell.de/de/2019/11/09/die-realitaet-der-ostdeutschen-migrationsgesellschaft-wird-zu-wenig-benannt (abgerufen am 9.3.2021).

Haag, Hanna/Heß, Pamela/Leonhard, Nina (Hg.) (2017): Volkseigenes Erinnern. Die DDR im sozialen Gedächtnis, Wiesbaden.

Hähnig, Anne/Pontius, Jakob (2019): Dem Westen wird alles in die Schuhe geschoben!, in: Die Zeit im Osten, Nr. 18, 25.4.2019, https://www.zeit.de/2019/18/nachwendezeit-richard-schroeder-petra-koepping-osten-westen (abgerufen am 9.3.2021).

Hanneforth, Grit/Nattke, Michael (2020): Wo sich Rassist und Populist Gute Nacht sagen. Rechtsextremismus im ländlichen Raum am Beispiel Sachsens, in: Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (Hg.): Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen, S. 339–360.

Harwardt, Darius (2019): Tagungsbericht: Rechtsextremismus als Gegenstand der Zeitgeschichte, in: H-Soz-Kult, 1.2.2019, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8177 (abgerufen am 9.3.2021).

Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit, in: Feministische Studien, Jg. 36, H. 2, S. 357–366.

Heft, Kathleen (2020): Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse, Opladen.

Herbert, Ulrich (2016): Ausländer – Asyl – Pogrome. Das hässliche Gesicht des neuen Deutschlands, in: Bajohr, Frank u. a. (Hg.): Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen, S. 145–158.

Herrmann, Dietrich (2015): Warum gerade Dresden?, in: boell.de, 14.1.2015, https://www.boell.de/de/2015/01/14/dresden-staat-zivilgesellschaft-pegida (abgerufen am 9.3.2021).

Heinrich-Böll-Stiftung/Probst, Lothar (Hg.) (1999): Differenz in der Einheit. Über die kulturellen Unterschiede der Deutschen in Ost und West, Berlin.

Heinrich, Gudrun (2018): Rostock Lichtenhagen 1992–2017: Aufarbeitung und Erinnerung als Prozess der lokalen politischen Kultur – Ein Essay, in: Koschkar, Martin/Ruvituso, Clara (Hg.): Politische Führung im Spiegel regionaler politischer Kultur, Wiesbaden, S. 293–309.

Heitmeyer, Wilhelm (2007): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normaler Dauerzustand?, in: ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt a. M., S. 15–36.

Hensel, Jana (2020): Der Osten sollte vorangehen, in: Zeit online, 26.4.2020, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-04/lockerungen-ostdeutschland-coronavirus-massnahmen-infektionsrate (abgerufen am 9.3.2021).

Hierse, Lin (2019): Keine Kolonie im nahen Osten, in: taz.de, 5.9.2019, https://taz.de/Thueringen-als-China-Deutschlands/!5620891/ (abgerufen am 9.3.2021).

Hinck, Gunnar (2019): Den Osten gibt es nicht, in: taz.de, 20.7.2019, https://taz.de/Essay-zum-Gebiet-der-ehemaligen-DDR/!5607631&s=Daf%C3%BCr+ist+die+Mauer+inzwischen+zu+lange+Vergangenheit/ (abgerufen am 9.3.2021).

Hochscherf, Tobias/Laucht, Christoph/Plowman, Andrew (Hg.) (2010): Divided, but not disconnected. German Experiences of the Cold War, New York.

Hollenstein, Oliver (2012): Das doppelt geteilte Land: Neue Einblicke in die Debatte über West- und Ostdeutschland, Wiesbaden.

Holtmann, Everhard (2015): Die langen Wege der deutschen Einigung. Unsicherheiten und ihre Bewältigung nach dem Umbruch von 1989/90, in: Richter, Franziska/Borgward, Angela (Hg.): Ostdeutschland als Avantgarde? Transformationsprozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Berlin, S. 17–25.

Holtmann, Everhard (2020): Die DDR – ein Unrechtsstaat?, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der deutschen Einheit, 11.5.2020, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47560/unrechtsstaat (abgerufen am 9.3.2021).

Holzhauser, Thorsten (2020): Spalten oder Brücken bauen? Die Transformationspartei PDS und ihre Rolle in der Vereinigungsgesellschaft, in: Ihme-Tuchel, Beate (2010): Die DDR, 3. Aufl., Darmstadt.

Huff, Tobias (2021): Die DDR-Umweltbewegung und der Westen – Handlungsspielräume, Wahrnehmung, Nachhall. Über Umweltbewusstsein und den Einfluss von Umweltgruppen in der DDR, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil I – 1989 bis heute, Bonn, S. 299–315.

Jacobs, Jörg (2004): Tücken der Demokratie, Antisystemeinstellungen und ihre Determinanten in sieben post-kommunistischen Transformationsländern, Wiesbaden.

Jarausch, Konrad (2004): Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München.

Jensen, Uffa/Assmann, Aleida/Friese, Heidrun (Hg.) (2000): Identitäten. Erinnerung, Geschichte, Identität 3, Frankfurt a. M.

Jesse, Eckhard (2016): Regionale politische Kultur in Sachsen. Befunde eines sächsischen Weges, in: Werz, Nikolaus/Koschkar, Martin (Hg.): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden, S. 189–209.

Jesse, Eckhard/Schubert, Thomas/Thieme, Tom (2014): Politik in Sachsen, Wiesbaden.

Jureit, Ulrike (2017): Generation, Generationalität, Generationenforschung, Version: 2.0, in: Docupedia Zeitgeschichte, 3.8.2017, http://docupedia.de/zg/jureit_generation_v2_de_2017.

Kastner, Jens/Susemichel, Lea (2019): Zur Geschichte linker Identitätspolitik, in: APuZ, Jg. 69, H. 9–11, S. 11–17.

Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hg.) (2017): Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen, Berlin.

Klein, Anna/Heitmeyer, Wilhelm (2009): Ost-westdeutsche Integrationsbilanz, in: APuZ, Jg. 59, H. 28, S. 16–21.

Kleßmann, Christoph (2009): »Deutschland einig Vaterland«? Politische und gesellschaftliche Verwerfungen im Prozess der deutschen Vereinigung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Jg. 8, H. 1, S. 85–104, https://zeithistorische-forschungen.de/1-2009/4555 (abgerufen am 9.3.2021).

Kleßmann, Christoph (2019): Am Ende der großen Kämpfe? Phasen und Konjunkturen der DDR-Historiografie, in: INDES, Jg. 8, H. 1, S. 25–34.

Kocka, Jürgen (2003): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: Deutschland Archiv, Jg. 36, H. 5, S. 764–771.

Köcher, Renate (2019): Das ostdeutsche Identitätsgefühl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.7.2019.

Köpping, Petra (2018): Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten, Berlin.

Kollmorgen, Raj (2003): Das Ende Ostdeutschlands? Zeiten und Perspektiven eines Forschungsgegenstandes, in: Berliner Debatte Initial, Jg. 14, H. 2, S. 1–15.

Kollmorgen, Raj (2011): Zwischen »nachholender Modernisierung« und ostdeutschem »Avantgardismus«. Ostdeutschland und deutsche Einheit im Diskurs der Sozialwissenschaften, in: ders./Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hg.): Diskurse der deutschen Einheit, Wiesbaden, S. 27–65.

Kollmorgen, Raj (2011): Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher nach der Vereinigung, in: ders./Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hg.): Diskurse der deutschen Einheit, Wiesbaden, S. 301–359.

Kollmorgen, Raj (2019): »Exit West«. Fünf Thesen zur Geschichte der (ost)deutschen Transformationsforschung, in: Zeitgeschichte-online, 18.3.2019, https://zeitgeschichte-online.de/themen/exit-west (abgerufen am 10.3.2021).

Kollmorgen, Raj (2020): Zwischen Austausch und Marginalisierung: Ostdeutsche in den Eliten nach der Vereinigung, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der Deutschen Einheit, 26.5.2020, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/310065/ostdeutsche-in-den-eliten (abgerufen am 10.3.2021).

Kollmorgen, Raj (2019): Ost-Quote: Die falsche Therapie, in: Die Zeit im Osten, 11.4.2019.

Kollmorgen, Raj (2020): Wo bleiben sie denn? Zur Marginalisierung Ostdeutscher in der Elitenrekrutierung, in: Berth, Hendrick u. a. (Hg.): 30 Jahre ostdeutsche Transformation. Sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Perspektiven der Sächsischen Längsschnittstudie, Gießen, S. 333–356.

Kollmorgen, Raj (2020): Was hat denn Corona mit der DDR zu tun?, in: OTZ online, 8.4.2020, https://www.otz.de/politik/was-hat-denn-corona-mit-der-ddr-zu-tun-id228878177.html (abgerufen am 10.3.2021).

Kollmorgen, Raj (2020): Ostdeutsche Elite als Problem und Aufgabe. Thesenpapier zum Kolloquium »(Ost-)Deutschlands Weg 1989–2020ff.« der Redaktion Deutschland Archiv am 2. und 3. März 2020 in der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin.

Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (2015): Transformation und Transformationsforschung: Zur Einführung, in: dies. (Hg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden, S. 11–27.

Kornai, János (2006): The Great Transformation of Central Eastern Europe. Success and Disappointment, in: Economics of Transition, Jg. 14, H. 2, S. 207–244.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2015): »Wir brauchen keine Aufarbeitungsfunktionäre«, in: Deutschlandfunk Kultur, Tacheles, 28.2.2015, https://www.deutschlandfunkkultur.de/ilko-sascha-kowalczuk-wir-brauchen-keine.990.de.html?dram:article_id=312844 (abgerufen am 10.3.2021).

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2016): »1968« – ein ostdeutscher Erinnerungsort? Ereignisse, Reaktionen, Nachwirkungen, in: Bernd Florath (Hg.): Annäherungen an Robert Havemann, Göttingen, S. 351–406.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2018): Und was hast Du bis 1989 getan?, in: Süddeutsche Zeitung, 23.11.2018.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019): Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019): Die Aufarbeitung der Aufarbeitung. Welche Zukunft hat die DDR-Geschichte?, in: INDES, Jg. 8, H. 1, S. 107–115, zugleich Deutschland Archiv, 24.7.2019, https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/294350/die-aufarbeitung-der-aufarbeitung-welche-zukunft-hat-die-ddr-geschichte (abgerufen am 10.3.2021).

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2020): Weshalb verglich Sigfried Reiprich die Ausschreitungen in Stuttgart mit der »Reichskristallnacht«?, in: Berliner Zeitung, 2.7.2020, https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/weshalb-verglich-sigfried-reiprich-die-ausschreitungen-in-stuttgart-mit-der-reichskristallnacht-li.90869 (abgerufen am 10.3.2021).

Kowalczuk, Ilko-Sascha/Ebert, Frank/Kulick, Holger (Hg.) (2021): (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil I – 1989 bis heute, Bonn.

Kowalczuk, Ilko-Sascha/Ebert, Frank/Kulick, Holger (Hg.) (2021): (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn.

Kraske, Michael (2020): Der Riss. Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört, München.

Kroll, Frank-Lothar (2013): Geburt der Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg, Berlin.

Krüger, Anne K. (2011): Aktuelle sozialwissenschaftliche Forschungsvorhaben mit Bezug zu Ostdeutschland nach 1989, in: Astrid Lorenz (Hg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, Opladen, S. 465–500.

Krüger, Thomas (2018): Vortrag »Osten im Aufsturz – Wo steht die politische Bildung?« anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Akademie Schwerin, 14.6.2018, https://www.bpb.de/presse/270974/vortrag-osten-im-aufsturz-wo-steht-die-politische-bildung-anlaesslich-des-25-jaehrigen-bestehens-der-akademie-schwerin-schwerin-7-juni-2018 (abgerufen am 10.3.2021).

Kubiak, Daniel (2021): Die Nachwendegeneration – zwischen ambivalenter Solidarität mit den Eltern, Abwertungserfahrungen und »Othering«-Prozessen. Über Prägungen junger Ostdeutscher durch den Vereinigungsprozess, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 81–92.

Kubiak, Daniel (2018): Der Fall »Ostdeutschland«. »Einheitsfiktion« als Herausforderung für die Integration am Fallbeispiel der Ost-West-Differenz, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 12, H. 1, S. 12–25, https://doi.org/10.1007/s12286-017-0372-7 (abgerufen am 10.3.2021).

Kubiak, Daniel (2020): Deutsch-Deutsche Identitäten in der Nachwendegeneration, in: APuZ, Jg. 70, H. 28–29, S. 35–39.

Küpper, Beate/Zick, Andreas (2011): Macht Armut menschenfeindlich? Zusammenhänge in acht europäischen Ländern, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 9, Berlin, S. 84–105.

Küpper, Beate/Schröter, Franziska/Zick, Andreas (2019): Alles nur ein Problem der Ostdeutschen oder Einheit in Wut und Hass? Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Ost- und Westdeutschland, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn, S. 243–282.

Landeswahlleiterin/Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2017): Statistische Berichte B VII/1–6. Deutscher Bundestag – Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik, Kamenz.

Leistner, Alexander (2020), Rezension zu: Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München 2019. ISBN 978-3-406-74020-6, in: H-Soz-Kult, 24.8.2020, https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-29011 (abgerufen am 8.4.2021).

Leistner, Alexander (2021): Oppositionelle Akteurskonstellationen im Herbst 1989, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien und Essays zur Lage des Landes. Teil 1 1989 bis heute, S. 61–77.

Lettrari, Adriana/Nestler, Christian/Troi-Boeck, Nadja (Hg.) (2016): Die Generation der Wendekinder – Elaboration eines Forschungsfeldes, Wiesbaden.

Lettrari, Adriana/Nestler, Christian/Troi-Boeck, Nadja (2016): Einleitung: Der Werkzeugkasten zur Elaboration eines Forschungsfeldes, in: dies. (Hg.): Die Generation der Wendekinder – Elaboration eines Forschungsfeldes, Wiesbaden, S. 3–26.

Lindner, Bernd (2006): Die Generation der Unberatenen. Zur Generationenfolge in der DDR und ihren strukturellen Konsequenzen für die Nachwendezeit, in: Schüle, Annegret u. a. (Hg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig, S. 93–112.

Locke, Stefan (2020): Die Mär von den Baseballschlägerjahren, in: faz.net, 3.7.2020, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/der-riss-ein-im-westen-willkommenes-erzaehlmotiv-16781371.html (abgerufen am 10.2.2021).

Lorenz, Astrid (2011): Wandel durch Annäherung. Eine neue Sicht auf Deutschland, in: dies. (Hg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, Opladen, S. 11–26.

Lorenz, Julia (2019): Debatte Regionale Identität. Der Osten muss sterben, um zu leben, in: taz am wochenende, 29./30.6., S. 11.

Lorke, Christoph (2012): »Ungehindert abreagieren«. Hooliganismus in der späten DDR im Spannungsfeld von Anstandsnormen, Sozialdisziplinierung und gesellschaftlichen Randlagen, in: Deutschland Archiv, 3.5.2012, http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/135223/hooliganismus-in-der-ddr?p=all (abgerufen am 10.2.2021).

Lösche, Peter (2010): Sozialmoralische Milieus und politische Lager, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 23, H. 1, S. 21–23.

Loew, Peter Oliver (2020): Polen war immer ein gespaltenes Land, in: Welt am Sonntag, 12.7.2020, https://www.welt.de/debatte/kommentare/article211463867/Stichwahl-um-Praesidentschaft-Polen-war-immer-ein-gespaltenes-Land.html (abgerufen am 10.3.2021).

Lühmann, Michael (2009): Die Zukunft der anderen Vergangenheit. Erkundungen im Labor Ostdeutschland, in: Butzlaff, Felix u. a. (Hg.): Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009, Wiesbaden, S. 183–209.

Lühmann, Michael (2014): Die Kräfte der Gegenreform sind angetreten, in: Der Freitag, 17.9.2014.

Lühmann, Michael (2015): Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Es gibt keinen Dritten Weg, in: Deutschland Archiv, 7.12.2105, https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/216974/wer-nicht-fuer-uns-ist-ist-gegen-uns-es-gibt-keinen-dritten-weg (abgerufen am 10.3.2021).

Lühmann, Michael (2016): Meinungskampf von rechts. Über Ideologie und Programmatik konservativer Christen, neurechter Medien und der AfD, Paper für Weiterdenken, Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dresden.

Lühmann, Michael (2016): Demaskiert zur Kenntlichkeit, in: Der Freitag, 8.9.2016.

Lühmann, Michael (2017): Ostdeutsche Lebenslügen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 62, H. 11, S. 59–64.

Lühmann, Michael (2018): 1968 OST – Was vom »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« übrig blieb, in: Deutschland Archiv, 17.8.2018, https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/273977/1968-ost-was-vom-sozialismus-mit-menschlichem-antlitz-uebrig-blieb (abgerufen am 19.3.2021).

Lühmann, Michael (2018): Sächsische Befunde, Blicke ins eigene Land, in: Dresdner Hefte, Jg. 35, H. 1, S. 32–40.

Lühmann, Michael (2019): Der ostdeutsche Monolith funktioniert als Opfer, in: Kreuzer online, 26.8.2019, https://kreuzer-leipzig.de/2019/08/26/der-ostdeutsche-monolith-funktioniert-als-opfer/ (abgerufen am 10.3.2021).

Lühmann, Michael (2019): Der Osten muss erst mal seine eigene Geschichte aufarbeiten, in: Zeit online, 27.3.2019, https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-03/rechtsextremismus-ostdeutschland-verantwortung-erwiderung (abgerufen am 10.3.2021).

Lühmann, Michael (2020): Die letzte ideologische Reserve der CDU, in: Gegenblende. Debattenmagazin, 19.2.2020, https://gegenblende.dgb.de/++co++68c9b324-52f8-11ea-911f-52540088cada (abgerufen am 10.3.2021).

Lühmann, Michael (2020): Eine Erfahrungsgemeinschaft – und trotzdem Individuen. Michael Lühmann im Gespräch mit Julius Stucke, in: Deutschlandradio Kultur, 20.7.2020, URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/historiker-zum-erklaermuster-ostbiografie-eine.1008.de.html?dram:article_id=479862.

Lühmann, Michael (2021): Antifaschismus in Ostdeutschland. Eine (noch immer) eigene Geschichte, in: Deycke/Alexander u. a. (Hg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen, S. 361–382.

Lühmann, Michael (2021): Rassismus und die extreme Rechte in »Ostdeutschland«, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien und Essays zur Lage des Landes. Teil 1 1989 bis heute, Bonn, S. 727–741.

Machowecz, Martin (2016): Interview mit Raj Kollmorgen, »Die Leute verlieren die Fassung«, in: Die Zeit, 21.4.2016.

Mählert, Ulrich (Hg.) (2016): Die DDR als Chance – Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin.

Mählert, Ulrich/Wilke, Manfred (2004): Die DDR-Forschung – ein Auslaufmodell? Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989, in: Deutschland Archiv, Jg. 37, H. 3, S. 465–474.

Maier, Anja (2019): Sag Ja zum Quotenossi, in: taz.de, 1.4.2019, https://taz.de/Kommentar-Teilhabe-fuer-Ostdeutsche/!5582154/ (abgerufen am 10.3.2021).

Maier, Anja (2020): Vergiss mein nicht!, in: taz, 15.2.2020.

Maier, Anja (2020): Bericht zum Stand der deutschen Einheit. Wie ein geteiltes Land, in: taz, 11.9.2020.

Malter, Bettina u. a. (2014): Tut doch nicht so, als sei alles in Ordnung, in: Zeit-Magazin, 7.9.2014, https://www.zeit.de/zeit-magazin/2014-09/ostdeutsche-manifest-mauerfall (abgerufen am 10.3.2021).

Malycha, Andreas (2016): Konsumsozialismus. Kontroversen um die Wirtschaftsstrategie im SED-Politbüro unter Erich Honecker, in: INDES, Jg. 6, H. 4, S. 80–87.

Mannewitz, Tom (2015): Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden.

Manow, Philip (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin.

Manow, Philip (2019): Politischer Populismus als Ausdruck von Identitätspolitik? Über einen ökonomischen Ursachenkomplex, in: APuZ, Jg. 69, H. 9–11, S. 33–40.

Manow, Philip (2021): Populismus – in Ost und West. Eine Datenanalyse, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 301–318.

Mansel, Jürgen/Endrikat, Kirsten/Hüpping, Sandra (2006): Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt a. M., S. 39–66.

Martens, Bernd (2010): Die Einigung als Experiment, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der deutschen Einheit, 30.3.2010, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47589/einigung-als-experiment?p=all (abgerufen am 10.3.2021).

Martens, Bernd (2010): Der Zug nach Westen – Jahrzehntelange Abwanderung, die allmählich nachlässt, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Lange Wege der deutschen Einheit, 7.5.2020, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47253/zug-nach-westen (abgerufen am 10.3.2021).

Martin, Marko (2021): »Etwas ist ausgeblieben« DDR-Exilliteratur als terra incognita. Bis heute, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutsch-

lands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil I – 1989 bis heute, Bonn, S. 317–327.

Matthäus, Sandra/Kubiak, Daniel (Hg.) (2016): Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung, Wiesbaden.

Matthäus, Sandra/Kubiak, Daniel (2016): Neue Perspektiven auf »den Osten« jenseits von Verurteilung und Verklärung – Eine Einleitung, in: dies (Hg.): Der Osten. Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung, Wiesbaden, S. 1–15.

Matthäus, Sandra (2020): Zum Theorieproblem »des Ostens«. Potenziale relationaler Theoriepespektiven für eine Ostdeutschlandforschung, die dann keine mehr ist, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 463–479.

Matthäus, Sandra (Hg.) (2021): Der andere Blick auf »den Osten«. Zum Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung, Bielefeld, i. E.

Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin.

Mau, Steffen (2020): Der Osten als Problemzone? Eine Skizze zur ostdeutschen Soziopolitik, in: APuZ, Jg. 70, H. 28–29, S. 11–16.

Mau, Steffen (2020): Ostdeutsche Frakturen für immer? Zwischen Entwertungsgefühlen und Ohnmachtserfahrungen – welche Wege führen heraus?, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil I – 1989 bis heute, Bonn, S. 363–375.

Mau, Steffen/Offe, Claus (2020): Vom Einheitsrausch zum AfD-Kater? Steffen Mau und Claus Offe im Gespräch mit Claudia Czingon über 30 Jahre deutsche Einheit, in: Leviathan, Jg. 48, H. 3, S. 358–380.

Mediendienst Integration (2020): Oberbürgermeister. Nur 2 Prozent haben einen Migrationshintergrund, 10.9.2020, https://mediendienst-integration.de/artikel/nur-2-prozent-haben-einen-migrationshintergrund.html (abgerufen am 10.3.2021).

Meyer, Clemens (2019): Eine Ruhrpott-Tour würde manchem Ossi die Augen öffnen, Interview, in: Stern.de, 14.9.2019, https://www.stern.de/kultur/buecher/clemens-meyer-ueber-ostdeutschen-frust—die-afd-und-eckkneipen-8888968.html (abgerufen am 10.3.2021).

Meyer, Robert D. (2020): Rechte Kante. Freitals Oberbürgermeister Uwe Rumberg ist aus der CDU ausgetreten, in: neues-deutschland.de, 24.6.2020, https://www.neues-deutschland.de/artikel/1138257.freital-rechte-kante.html (abgerufen am 10.3.2021).

Michelsen, Danny u. a. (2017): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Ursachen – Hintergründe – regionale Kontextfaktoren, Göttingen (unveröffentlichter Abschlussbericht des Forschungsprojekts »Ursachen und Hintergründe für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Ostdeutschland sowie die Ballung in einzelnen ostdeutschen Regionen«, Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Überarbeitete Fassung.)

Milev, Yana (2020): Kriegsrecht und Polit-Agenda von »Ausnahmezustand Corona«: Expertin zur Gefahr rechtsfreier Räume, in: Sputnik-Radio, 20.3.2020, https://de.sput-

niknews.com/interviews/20200320326639483-coronavirus-ausnahmezustand-gefahr/.

Möhring, Maren (2015): Mobilität und Migration in und zwischen Ost und West, in: Bösch, Frank (Hg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen, S. 369–410.

Morawe, Petra (2020): Die Oberlausitz – eine abgehängte Region? Einblicke und Ausblicke aus der vermeintlichen Provinz, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 121–129.

Müller, Jan-Werner (2019): Das wahre Volk« gegen alle Anderen. Rechtspopulismus als Identitätspolitik, in: APuZ, Jg. 69, H. 9–11, S. 18–24.

Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD – Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte, Prif Report 5, 2019, https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_downloads/PRIF0519.pdf (abgerufen am 10.3.2021).

Mummendey, Amélie/Kessler, Thomas (2000): Deutsch – deutsche Fusion und soziale Identität: Sozialpsychologische Perspektiven auf das Verhältnis von Ost- zu Westdeutschen, in: Esser, Hartmut (Hg.): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden, S. 277–307.

Neller, Katja (2006): DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen, Wiesbaden.

Neumann, Alexandra (2020): Ostdeutsche Besonderheiten? Über Unterschiede politischer Kultur in Ost- und Westdeutschland mit Fokus auf den Freistaat Sachsen, in: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (Hg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten, Wiesbaden, S. 75–95.

Nguyen, Angelika (2018): Doppelt heimatlos?, in: Zeit online, 4.6.2018, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/ostdeutschland-heimat-ddr-filme-das-schweigende-klassenzimmer (abgerufen am 11.3.2021).

Nicke, Sascha (2018): Der Begriff der Identität, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Rechtspopulismus, 17.12.2018, https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/241035/der-begriff-der-identitaet (abgerufen am 11.3.2021).

Niethammer, Lutz (2000): Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Hamburg.

Niethammer, Lutz (2009): Das Kollektiv, in: Martin Sabrow (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München, S. 269–280.

Noelle-Neumann (1992): Elisabeth, Aufarbeitung der Vergangenheit im Schatten der Stasi, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.8.1992.

O. A. (1989): Eisige Atmosphäre, in: Der Spiegel, 18.12.1989.

O. A (1990): »Da brennt die Sicherung durch«, in: Der Spiegel, 22.1.1990.

O. A (1990): »Wieso kommen die noch?«, in: Der Spiegel, 19.2.1990.

O. A. (2019): Erfolgreich, nüchtern und enttäuscht: Die Wendekinder, mdr.de, 22.10.2019, https://www.mdr.de/zeitreise/stoebern/damals/generation-wende106.html (abgerufen am 12.3.2021).

O. A. (2020): Die lange Geschichte der »Wende«. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989, https://zzf-potsdam.de/de/forschung/linien/

die-lange-geschichte-der-wende-lebenswelt-systemwechsel-ostdeutschland-vor-waehrend (abgerufen am 12.3.2021).
Paqué, Karl-Heinz (2017): »Der Aufstieg der AfD lässt sich nicht allein durch Wirtschaft und Arbeit erklären«. Karl-Heinz Paqué zum Thema Populismus nach der Bundestagswahl 2017, in: Friedrich Naumann Stiftung/freiheit.org, 12.10.2017, https://www.freiheit.org/der-aufstieg-der-afd-laesst-sich-nicht-allein-durch-wirtschaft-und-arbeit-erklaeren (abgerufen am 11.3.2021).
Paqué, Karl-Heinz (2020): Die Wirtschaftsstrategie der deutschen Vereinigung – eine Zwischenbilanz nach mehr als 30 Jahren. Aus wirtschaftlicher Sicht ein Teilerfolg – aber Zukunftsaufgaben bleiben, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 111–119.
Paqué, Karl-Heinz/Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019): »Absturz ins Nichts«, in: Friedrich Naumann Stiftung/freiheit.org, 8.11.2019, https://www.freiheit.org/de/deutsche-einheit-absturz-ins-nichts (abgerufen am 19.3.2021).
Pates, Rebecca/Schochow, Maximilian (Hg.) (2013): Der »Ossi«. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer, Wiesbaden.
Pickel, Gert (1998): Eine ostdeutsche »Sonder«-mentalität acht Jahre nach der Vereinigung? Fazit einer Diskussion um Sozialisation und Situation, in: Pickel, Susanne/Pickel, Gert/Walz, Dieter (Hg.): Politische Einheit – kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998, Frankfurt a. M., S. 157–177.
Pickel, Gert (2002): Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?, Wiesbaden.
Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2020): 30 Jahre Mauerfall – 30 Jahre Mauer in den Köpfen? Über die Stabilität unterschiedlicher politischer Einstellungen in Ost- und Westdeutschland, in: regierungsforschung.de, 22.4.2020, https://regierungsforschung.de/wp-content/uploads/2020/04/22042020_regierungsforschung.de_Pickel-und-Pickel_Mauer-in-den-K%C3%B6pfen.pdf (abgerufen am 11.3.2021).
Piefel, Matthias (2004): Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879–1914, Göttingen.
Platzeck, Matthias (2009): Zukunft braucht Herkunft. Deutsche Fragen, ostdeutsche Antworten, Hamburg.
Pollack, Detlef (1998): Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Phänomen, in: Meulemann, Heiner (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Wiesbaden, S. 301–318.
Pollack, Detlef (2006): Wie ist es um die innere Einheit Deutschlands bestellt, in: APuZ, Jg. 56, H. 30–31, S. 3–7.
Pollack, Detlef (2019): Was am Opferdiskurs der Ostdeutschen falsch ist, in: tagesspiegel.de, 21.10.2019, https://www.tagesspiegel.de/politik/ausser-klagen-nichts-zu-sagen-was-am-opferdiskurs-der-ostdeutschen-falsch-ist/25131744.html (abgerufen am 11.3.2021).
Pollack, Detlef (2020): Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, München.
Pollack, Detlef/Pickel, Gert (1998): Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung?, in: APuZ, Jg. 48 H. 41–42, S. 9–23.

Poutrus, Patrice G./Behrends, Jan C./Kuck, Dennis (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, in: APuZ, Jg. 50, H. 39, S 15–21.
Poutrus, Patrice G. (2005): Bomben auf Elbflorenz. Antiamerikanismus in der SED-Propaganda zur Erinnerung an die Zerstörung Dresdens, in: Sabrow, Martin (Hg.): Zeit-Räume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschungen 2005, S. 118 – 130.
Poutrus, Patrice G. (2019): Was zu tun ist – Für eine neue Ostdeutschland-Erzählung, in: weiterdenken.de/ Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, 25.6.2019, https://www.weiterdenken.de/de/2019/06/25/was-zu-tun-ist-fuer-eine-neue-ostdeutschland-erzaehlung-11-dezember-2019 (abgerufen am 11.3.2021).
Poutrus, Patrice G. (2019): Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin.
Probst, Lothar (2016): Was ist Politik? Für eine Politikwissenschaft jenseits von Mathematik und Moralphilosophie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 61, H. 10, S. 106–114.
Prüwer, Tobias/Schlehahn, Britt (2019): Der Revolutionswächter, in: Kreuzer, Jg. 30, H. 6, S. 14ff.
Quent, Matthias (2012): Rechtsextremismus – ein ostdeutsches Phänomen?, in: APuZ, Jg. 62, H. 16–17, S. 38–42.
Quent, Matthias (2016): Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern, in: Frindte, Wolfgang u. a. (Hg.): Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden, S. 99–117.
Quent, Matthias (2019): Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, München.
Ransiek, Anna (2013): Anders-Sein in der DDR – Narrative Bezüge nach der Transformation, in: Steinmann, Elisa/Hähnel-Mesnard, Carola (Hg.): Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989. Narrative kultureller Identität, Berlin, S. 79–96.
Rabe, Anne (2021): Erbe der SED-Diktatur. Das Schweigen der dritten Generation Ost, in: Deutschlandfunk Kultur, 14.06.2021, URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/erbe-der-sed-diktatur-das-schweigen-der-dritten-generation.1005.de.html?dram:article_id=498660.
Raphael, Lutz (2019): Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin.
Rathgeb, Eberhard (2005): Deutschland kontrovers. Debatten 1945–2005, Bonn.
rbb (2020): Warten auf'n Bus, D 2020.
Reiser, Marion u. a. (2020): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019, Jena.
Reisin, Andrej (2019): Ossis benachteiligt wie Migranten? Eine halbgare Studie mit lautstarken Fans, in: ÜberMedien, 9.4.2019, https://uebermedien.de/37154/ossis-benachteiligt-wie-migranten-eine-halbgare-studie-mit-lautstarken-fans/ (abgerufen am 12.3.2021).
Rennefanz, Sabine (2011): Uwe Mundlos und ich, in: Berliner Zeitung, 31.12.2011.
Rennefanz, Sabine (2012): Eisenkinder. Die stille Wut der Wendegeneration, München.
Rennefanz, Sabine (2018): Nach Chemnitz fragen viele: Was ist da los im Osten? Sind die alle rechts?, in: Berliner Zeitung, 8.9.2018.

Rennefanz, Sabine (2019): Osten: Hört uns doch endlich zu!, in: Emma, 27.9.2019, https://www.emma.de/artikel/hoert-zu-337153 (abgerufen am 12.3.2021).

Richter, Saskia/Schlieben, Michael/Walter, Franz (2007): Das rot-grüne Projekt – Rückblick auf eine Koalition, in: Böll-Jahrbuch, S. 10–25.

Richter, Hedwig (2020): Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München.

Richter, Hedwig (2021): Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich, Berlin.

Riegen, Oliver von/Schurig, Jörg (2019): Der Osten entscheidet, in: Sächsische Zeitung, 31.7.2019.

Rippl, Susanne u. a. (2018): Ostdeutsche Identität: Zwischen medialen Narrativen und eigenem Erleben, in: Deutschland Archiv, 16.5.2018, https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/269349/ostdeutsche-identitaet-zwischen-medialen-narrativen-und-eigenem-erleben#footnode2-2 (abgerufen am 12.3.2021).

Rippl, Susanne (2020): Politische Einstellungen der »Mauerkinder« und der »Generation-Nachwende«. Analysen der Daten des kumulierten Allbus 1991–2018, Preprint.

Rippl, Susanne/Baier, Dirk (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 57, H. 4, S. 644–666.

Robert-Havemann-Gesellschaft (2019): »Wem gehört die Friedliche Revolution?« – Debatte zum Beitrag der DDR-Opposition zur Friedlichen Revolution, https://www.havemann-gesellschaft.de/themen-dossiers/streit-um-die-revolution-von-1989/ (abgerufen am 12.3.2021).

Robert-Havemann-Gesellschaft (2019): Wende 2.0? – Debatte um die Instrumentalisierung der Friedlichen Revolution für den Wahlkampf, https://www.havemann-gesellschaft.de/themen-dossiers/streit-um-die-revolution-von-1989/ (abgerufen am 12.3.2021).

Rösel, Felix/Samartzidis, Lasare (2018): Wert- statt Geldmangel: AfD triumphiert im Osten dort, wo es an Toleranz und Vertrauen in die Politik fehlt, ifo Dresden berichtet 3, S. 9–13.

Roesler, Jörg (2004): »Rübermachen«. Politische Zwänge, ökonomisches Kalkül und verwandtschaftliche Bindungen als häufigste Motive der deutsch-deutschen Wanderungen zwischen 1953 und 1961, Berlin.

Rudolph, Moritz (2019): Die Zuspätrevoltierenden, in: Merkur 847, Jg. 73, H. 12, S. 73–77.

Sabrow, Martin u. a. (Hg.) (2007): Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte, Bonn.

Sabrow, Martin (Hg.) (2009): Erinnerungsorte der DDR, München.

Sabrow, Martin (2009): Die DDR erinnern, in: ders. (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München, S. 11–27.

Salheiser, Axel (2021): Welche Akzeptanz hat die repräsentative Demokratie in Ostdeutschland?, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost) Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 343–357.

Schneider, Alexander (2020): »Pegida ist der gemeinsame Nenner«, in: Sächsische.de, 17.1.2020, https://www.saechsische.de/plus/pegida-ist-der-gemeinsame-nenner-5160218.html (abgerufen am 12.3.2021).

Schochow, Maximilian (2013): Erzählungen über ein fremdes Land. Die Töpfchen-These oder: Von der richtigen Erziehung, in: Pates, Rebecca/ders. (Hg.): Der »Ossi«. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer, Wiesbaden, S. 175–187.

Schönian, Valerie (2019): Wer das Sagen hat, in: Die Zeit im Osten, Nr. 16, 11.4.2019.

Schröder, Richard (2019): Wer beherrscht den Osten? Ein Debattenbeitrag, in: Deutschland Archiv, 4.7.2019, https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/293406/wer-beherrscht-den-osten (abgerufen am 12.3.2021).

Schüle, Annegret/Ahbe, Thomas/Gries, Rainer (Hg.) (2005): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig.

Schürer, Ulrike u. a. (2013): Vom DDR-Subjekt zum Ostdeutschen. Die Geschichte einer diskursiven Sichtbarmachung, in: Pates, Rebecca/Schochow, Maximilian (Hg.): Der »Ossi«. Mikropolitische Studien über einen symbolischen Ausländer, Wiesbaden, S. 221–238.

Schoenmakers, Christine (2021): Geteiltes Erbe? Die DDR im gesamtdeutschen kollektiven Gedächtnis, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost) Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 207–229.

Schoon, Steffen Schoon (2016): Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Historische Belastungen, pragmatisches Handeln und norddeutsche Identität, in: Werz, Nikolaus/Koschkar, Martin (Hg.): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden, S. 211–232.

Schulze, Ingo (2019): Im Gespräch mit Christine Heuer, »Eine Art Kolonisierung deluxe«, in: Deutschlandfunk, 7.10.2019, https://www.deutschlandfunk.de/ingo-schulze-zur-wiedervereinigung-eine-art-kolonisierung.694.de.html?dram:article_id=460421 (abgerufen am 12.3.2021).

Schwarz, Christina (2020): »1989« in der historisch-politischen Bildung– Herausforderungen, Chancen und Zukunftsperspektiven, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 449–461.

Siebold, Angela (2019): Die Zeitgeschichtsforschung und die Zäsur 1989, in: INDES, Jg. 8, H. 1, S. 35–45.

Simon, Anette, (2019): Wut schlägt Scham. Das »Wir sind das Volk« der AfD als nachgeholter Widerstand, in Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 64, H. 10, S. 41–50.

Simon, Anette (2021): Die sozialpsychologische Seite der Zukunft (Nicht-)Perspektiven zukünftigen Handelns: Wie kann zusammengehören, was gewachsen ist?, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 509–512.

Slachta, Krisztina (2021): Die DDR und der Ostblock. Der lange Weg bis 1989 im Osten Europas, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil I – 1989 bis heute, Bonn, S. 109–120.

Stach, Stephan (2018): Westdeutschland erklärt's dem Osten. … oder warum die DDR-Geschichte als Erklärungsgrund nicht ausreicht, in: Zeitgeschichte-online, 3.1.2018,

http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/westdeutschland-erklaerts-dem-osten (abgerufen am 12.3.2021).

Stange, Jennifer (2014): Evangelikale in Sachsen – Ein Bericht, Dresden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2019): Statistische Berichte B/VII, 1–6, Deutscher Bundestag – Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik, Kamenz.

Staud, Toralf (2003): Die ostdeutschen Immigranten, in: Busse, Tanja/Dürr, Tobias (Hg.): Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance, Berlin, S. 266–281.

Stedtfeld, Susanne/Kühntopf, Stephan (2012): Jung, weiblich, geht. Abwanderung und Geschlechterungleichgewichte in ostdeutschen Landkreisen, in: Bevölkerungsforschung Aktuell, Jg. 33, H. 5, S. 12–19.

Stegmayer, Dominik (2021): Transformationsbiografien am Beispiel des VEB Werk für Fernsehelektronik – von »Arbeit für alle« über Kurzarbeit zur Hysteresis. Praxiserfahrungen aus Oberschöneweide im Osten Berlins, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil I – 1989 bis heute, Bonn, S. 437–452.

Steinhaus, Maria/Heim, Tino/Weber, Anja (2017): So geht sächsisch! – Pegida und die Paradoxien der »sächsischen Demokratie«, in: Heim, Tino (Hg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 143–196.

Sterbling, Anton (2015): Kollektive Identitäten, in: Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Handbuch Transformationsforschung, S. 581–586.

Stiede, Anna (2019): Zonenkinder begehren auf. Für unteilbare Solidarität!, in: Ost-Journal, Jg. 3, H. 5, 2.10.2019, https://www.ost-journal.de/zonenkinder-begehren-auf-fuer-unteilbare-solidaritaet-anna-stiede/ (abgerufen am 12.3.2021).

Sturm, Roland (2016): Regionale politische Kulturen im deutschen Föderalismus, in: Werz, Nikolaus/Koschkar, Martin (Hg.): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden, S. 75–92.

Süß, Walter (2000): Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, Berlin.

Theil, Astrid (2018): Gericht verhängt Haftstrafen gegen Rechtsextreme – Pegida im Fokus, in: fr.de, 18.1.2020, https://www.fr.de/politik/pegida-soll-radikalisiert-haben-haftstrafen-rechtsextreme-dresden-13449024.html (abgerufen am 12.3.2021).

Ther, Philipp (2014): Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin.

Ther, Philipp (2019): Das andere Ende der Geschichte – Über die Große Transformation, Berlin.

Ther, Philipp (2020): Der Preis der Einheit. Die deutsche Schocktherapie im ostmitteleuropäischen Vergleich, in: Deutschland Archiv, 2.3.2020, https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/305972/der-preis-der-einheit (abgerufen am 9.4.2021).

Thomas, Karin/Thomas, Rüdiger (2020): Bilderstörung. Fehlwahrnehmungen im deutschen Verständigungsprozess am Beispiel der Kunst, in: APuZ, Jg. 70, H. 28–29, S. 40–45.

Thomas, Michael (2011): Ostdeutsche Zukunftspotenziale – oder: Wie man das Rad doch noch einmal neu erfinden muss, in: Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hg.): Diskurse der deutschen Einheit, Wiesbaden, S. 361–384.

Thüringer Landesamt für Statistik (2019): Europawahl 2019 in Thüringen – endgültiges Ergebnis, https://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=EW&wJahr=2019&zeigeErg=GEM&wknr=075&gemnr=75079 (abgerufen am 12.3.2021).
Thumfart, Alexander (2003): Ostdeutschland als Gegenwart einer gemeinsamen Zukunft. Ein Laborversuch, in: Busse, Tanja/Dürr, Tobias (Hg.): Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance, Berlin, S. 136–158.
Thumfart, Alexander (2011): Die große Transformation. Wege der Transformationsforschungen. Von regional zu global, in: Lorenz, Astrid (Hg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, Opladen, S. 225–243.
Thumfart, Alexander (2020): Die politischen Institutionen als Garanten der Demokratie? Thesenpapier zum Kolloquium »(Ost-)Deutschlands Weg 1989–2020ff.« der Redaktion Deutschland Archiv am 2. und 3. März 2020 in der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin.
Thumfart, Alexander (2021): Die politischen Institutionen als Garanten der Demokratie?, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 359–375.
TU Dresden (2018): Bücherverbrennung im März 1933 in Dresden, 24.4.2018, https://tu-dresden.de/ua/dokumentationen/publikationen/verbrennung1933 (abgerufen am 12.3.2021).
Völt, Nicole (2010): Vom Wirken der DDR auf die sächsische Gesellschaft, in: Hermann, Konstantin (Hg.): Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven, Dresden, S. 217–228.
Vogel, Lars (2020): Der geringe Anteil Ostdeutscher in den Eliten – ein verkanntes Problem, Essay, 13.5.2020, in: regierungsforschung.de, https://regierungsforschung.de/der-geringe-anteil-ostdeutscher-in-den-eliten-ein-verkanntes-problem/ (abgerufen am 12.3.2021).
Vogel, Lutz (2021): Normalfall Migration. Ein Blick zurück ins Sachsen des 19. Jahrhunderts, in: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde: Sachsen: Weltoffen!, http://www.isgv.de/aktuelles/sachsen-weltoffen/normalfall-migration (abgerufen am 12.3.2021).
Wagner, Bernd (2020): Rechtsradikalismus in der Spät-DDR, in: Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (Hg.): Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen, S. 21–44.
Wahlrecht.de (2021): Landtagswahlumfragen, https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/ (abgerufen am 12.3.2021).
Waibel, Harry (2014): Der gescheiterte Antifaschismus der SED – Antisemitismus, Rassismus und Neonazismus in der DDR, Frankfurt a. M.
Walter, Franz (2016): Symbolverlust und Identitätswechsel. Freitals radikaler politisch-kultureller Orientierungswechsel im 20. Jahrhundert, in: Dresdner Hefte, Jg. 34, H. 1, S. 86–92.
Wegner, Jochen/Amend, Christoph (2019): Jana Hensel, warum beschweren sich die Ossis?, Podcast: Alles gesagt?, 14.2.2019, https://www.zeit.de/gesellschaft/2019-02/jana-hensel-alles-gesagt (abgerufen am 12.3.2021).
Wehling, Hans-Georg (1985): Regionale politische Kultur in Deutschland, Stuttgart.

Wehr, Laura (2016): Vergessene Migrationsgeschichte/n? Die Ausreise aus der DDR in der Erinnerung von Übersiedler-Eltern und -Kindern, in: Deutschland Archiv, 14.12.2016, https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/238655/vergessene-migrationsgeschichte-n-die-ausreise-aus-der-ddr (abgerufen am 12.3.2021).

Weingarz, Stephan (2003): Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozess als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften, Münster.

Weisbrod, Bernd (2005): Generation und Generationalität in der Neueren Geschichte, in: APuZ, Jg. 55, H. 8, S. 3–8.

Werz, Nikolaus (2001): Abwanderung aus den neuen Bundesländern von 1989 bis 2000, in: APuZ, Jg. 51, H. 39, S. 23–31.

Werz, Nikolaus/Koschkar, Martin (Hg.) (2016): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden.

Westle, Bettina (2013): Kollektive Identität in Deutschland – Entwicklungen und Zwischenbilanz, in: Keil, Silke I./Thaidigsmann, Isabell S. (Hg.): Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung, Wiesbaden, S. 273–298.

Willisch, Andreas (2008): Drogen am Eichberg oder Feuer im Ausländerheim. Die Gettoisierung ländlicher Räume, in: ders./Heinz Bude (Hg.): Exklusion. Die Debatte über die Überflüssigen, Frankfurt a. M., S. 50–63.

Willisch, Andreas (2020): »Abgehängte Regionen« – Wo es sie gibt und wo nicht? Kurze Thesen zu einem besonders den Osten plagenden Dilemma, in: Ilko-Sascha Kowalczuk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.), (Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews. Teil II – Gegenwart und Zukunft, Bonn, S. 131–133.

Wohlleben, Natalie (2019): Die lange Transformation Ostdeutschland dreißig Jahre nach der Friedlichen Revolution, 14.1.2019, https://www.pw-portal.de/die-lange-transformation-ostdeutschland-dreissig-jahre-nach-der-friedlichen-revolution (abgerufen am 12.3.2021).

Wolf, Carina/Schlüter, Elmar/Schmidt, Peter (2006): Relative Deprivation. Riskante Vergleiche treffen schwache Gruppen, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt a. M., S. 67–85.

Wolfes, Matthias (1999): Protestantische Theologie und moderne Welt, Berlin.

Wolff, Frank (2018): In der Teilung vereint. Neue Ansätze der deutsch-deutschen Zeitgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 58, H. 1, S. 353–391.

Wolff, Sascha (2006): Migration und ihre Determinanten im ost-westdeutschen Kontext nach der Wiedervereinigung: ein Literaturüberblick, Göttingen.

Wolle, Stefan (2001): Die versäumte Revolte. Die DDR und das Jahr 1968, in: APuZ, Jg. 51, H. 22–23, S. 37–46.

Wowtscherk, Christoph (2014): Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991, Göttingen.

Zick, Andreas (2020): Wege aus rassistisch motivierter Menschenfeindlichkeit. Thesenpapier zum Kolloquium »(Ost-)Deutschlands Weg 1989–2020ff.« der Redaktion Deutschland Archiv am 2. und 3. März 2020 in der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin.

Zick, Andreas/Krause, Daniela/Küpper, Beate (2015): Der Osten erhebt die feindselige Stimme?, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.): Wut, Verachtung und Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, S. 61–77.

Ziener, Markus (2018): Ostdeutschland. Das lange Ringen um Anerkennung, in: Deutschlandfunk Kultur, Politisches Feuilleton, 2.10.2018, https://www.deutschlandfunkkultur.de/ostdeutschland-das-lange-ringen-um-anerkennung.1005.de.html?dram:article_id=429485 (abgerufen am 12.3.2021).

Zimmerling, Raina (2000): Mythen in der Politik der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen, Opladen.

Zoll, Elisabeth (2018): Interview: Politikwissenschaftler Kraushaar zu den 68ern, in: swp.de, 12.1.2018, https://www.swp.de/politik/inland/politikwissenschaftler-kraushaar-zu-68ern_-_modernisierungsschub-fuer-die-deutsche-gesellschaft_-24529230.html (abgerufen am 12.3.2021).

Die konstruierte Ost-West Spaltung – Akteure und Kulturen der Gesellschaftsgestaltung

Oliver Hidalgo und Alexander Yendell

1. Einleitung

Die vorliegende Studie formuliert als Grundthese, dass die aktuell feststellbare Spaltung der deutschen Gesellschaft in eine Ost-Identität und eine West-Identität weniger das Resultat von objektiv messbaren Parametern (z. B. Bildungs-, Kultur- und Einkommensunterschiede, signifikante Diskriminierungen, die 40-jährige Existenz der beiden deutschen Staaten) als vielmehr von sozialen Konstruktionen ist, die in der Hauptsache erst *nach* der Wende von 1989/90 einsetzten (oder sich seitdem zumindest massiv verstärkt haben). Die (indirekten) Nachwirkungen und Langzeitfolgen der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR sowie des Wiedervereinigungsprozesses in Deutschland auf bzw. für die aktuellen Denk- und Handlungsmuster von relevanten politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Ost- und Westdeutschland werden im Rahmen der Studie insofern in den theoretischen Kontext einschlägiger Prozesse der kollektiven Identitätsbildung gestellt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass Emotionen sowie der soziale Wunsch nach Anerkennung, aber auch beiderseitige Vorurteile und Ressentiments die gefühlte Spaltung Deutschlands 30 Jahre nach der formalen Einheit intersubjektiv nachvollziehbarer erklären als ökonomische ›hard facts‹.

Im Zentrum der Studie steht somit gerade *nicht* die Vorstellung, dass die vor dem Mauerfall in der Bundesrepublik bzw. der DDR auf konträre Weise ausgebildeten Sozialisationen, Einstellungen oder politischen Positionen im wiedervereinigten Deutschland allen Bemühungen zum Trotz nicht überwunden werden konnten, auch wenn solche Kontinuitäten in der jeweiligen politischen Kultur in Ost und West zum Teil durchaus noch existieren. Der Schwerpunkt unserer Analysen liegt gleichwohl auf Entwicklungen, die ihre Ursache bzw. ihren Referenzpunkt in den Identitätsbildungen haben, die sich erst *nach* 1990 herauskristallisierten. Zu zeigen ist mithin, inwieweit das geflügelte Wort von der ›Mauer in den Köpfen‹ unter dem Strich nicht als etwas aufzufassen ist, was die historische Teilung Deutschlands bis in die Gegenwart hinein konserviert, sondern was zumindest in weiten Teilen der Bevölkerungen in Ost wie West erst nach dem Mauerfall aufgebaut wurde oder aufgebaut werden konnte.

Die folgenden Ausführungen sind somit insgesamt bestrebt, die Ost-West-Spaltung in Deutschland sowie die ihr zugrunde liegenden Identitäten der Entfremdung als Resultat markanter Bruchlinien zu extrapolieren, die den Wiedervereinigungsprozess seit drei Jahrzehnten signifikant belasten. Zum Nachweis greifen wir auf sozialwissenschaftliche und sozialpsychologische Theorieansätze zurück, die sich anhand der Sekundäranalyse repräsentativer Bevölkerungsumfragen sowie weiterer Datensätze und eigener Forschungsergebnisse zur politischen Kultur in den alten und neuen Bundesländern zumindest ihrer Tendenz nach bestätigen lassen. Die messbaren Veränderungen in den Einstellungen der Bürger*innen in Ost und West zwischen 1990 und 2020, die jenen Bruch markieren, können auf diese Weise eruiert und mit identifizierbaren Problemfaktoren (z. B. soziale, ökonomische, subjektive und kollektive Deprivation, autoritäre Persönlichkeitsstrukturen; fehlende persönliche und soziale Kontakte zu Migrant*innen; politscher Aufstieg der AfD) abgeglichen werden. Darüber hinaus erfolgt im Verlauf der Studie unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten eine Einordnung der aktuell auf dem Gebiet der ehemaligen DDR signifikant angestiegenen Protest- und Empörungskultur, die für sich reklamiert, den revolutionär-demokratischen Charakter der Massendemonstrationen gegen das SED-Regime fortzusetzen. Ressentiments und Vorurteile, die aus dem verbreiteten, sowohl quantitativ wie qualitativ feststellbaren Sozialgefühl resultieren, im Kontext der deutschen Geschichte (Unrechtsregime der DDR; Wiedervereinigung als feindliche Übernahme; Flüchtlingskrise) zum wiederholten Male um berechtigte Anliegen betrogen worden zu sein, sind in diesem Zusammenhang als Erklärungsvariablen aus der Kultur- und Einstellungsforschung heranzuziehen. Auf regionale Unterschiede und Besonderheiten wird zumindest am Rande eingegangen. Zusätzlich fließen auch einige von uns bereits früher, im Rahmen der Protestforschung, erhobene qualitative Daten sowie eine punktuelle Analyse aussagekräftiger politischer Diskurse in die Darstellung ein.

Vor dem Hintergrund der so gewonnenen Erkenntnisse bietet die Studie eine konkrete, übergreifende Problemanalyse und leitet hieraus Handlungsempfehlungen dazu ab, wie auf den sozialwissenschaftlich eruierten Feldern künftig Verbesserungen zu erzielen sind und der bisherige Transformations- und Vereinigungsprozess in Deutschland in den kommenden Jahren zu unterstützen ist. Ein Ausblick auf neue Entwicklungen im Zuge der aktuellen Corona-Krise wird dabei trotz des noch bestehenden Mangels vorliegender belastbarer Daten versucht.

2. Theoretische Annahmen

2.1 Die Social Identity Theory

Gemäß den Prämissen der *Social Identity Theory* (Tajfel 1982; Tajfel/Turner 1986) beruht eine positive Unterscheidung der eigenen sozialen Gruppenidentität im Normalfall auf der Abgrenzung von einer relevanten, negativ konnotierten *Out-Group*. Im Kern geht der Ansatz davon aus, dass es kollektive Identitäten gibt, die durch Abgrenzung von anderen – als fremd wahrgenommenen – Sozialgruppen gestärkt werden. Die eigene Identität resultiert nach diesem Ansatz aus dem Vergleich mit und der Differenz zu anderen Gruppen. Das Verhalten von Individuen wird demnach durch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (In-Group) bestimmt, die sich im Verhältnis zu anderen Gruppen (Out-Groups) definiert (vgl. Tajfel/Turner 1986: 10). Die emotionale Bindung an eine solche In-Group nimmt zu, wenn eine geringe Mobilität (social mobility) besteht, die Gruppe zu verlassen und die Gruppenzugehörigkeit dadurch von umso größerer Bedeutung für das Selbst-Konzept eines Individuums ist (Tajfel/Turner 1986: 11, 16). Vom Individuum wird wiederum angenommen, dass es ein generelles Bedürfnis nach einem positiven Selbstwert hat, den die Identifikation mit der Gruppe durch deren Wertigkeit erhöht: Dies bestärkt das Individuum, die eigene Gruppe bzw. die In-Group aufzuwerten. Innerhalb eines solchen Aufwertungsprozesses vergleicht das Individuum die eigene mit der fremden Gruppierung und neigt dazu, die fremde Gruppe schlechter zu bewerten. Häufig spricht es letzterer negative Eigenschaften zu nach dem Motto »Die eigene Gruppe muss immer besser sein als die andere«. Einen bedeutenden Verstärker für die Identifikation mit der In-Group – und damit auch für die soziale Abgrenzung von der Fremdgruppe – stellt das Ausmaß an von der Gruppe gewünschter Verbindlichkeit und Loyalität dar. Je loyaler eine Person gegenüber ihrer Gruppe glaubt sein zu müssen, desto eher nimmt sie eine ablehnende Haltung gegenüber anderen ein. In dieser Theorie geht es also zunächst einmal darum, dass es überhaupt eine Konstruktion von einer »Eigengruppe« und einer »Fremdgruppe« gibt und damit auch, wer zusammenhält und wogegen man möglicherweise zusammenhält.

Eine solche Wir-ihr-Unterscheidung lässt sich etwa besonders leicht und massiv entlang von religiösen Identitätsmustern vornehmen, mündet diese doch performativ in die dichotomische Differenzierung von Gläubigen und Nichtgläubigen (vgl. Ysseldyk/Matheson/Anisman 2010). Aber auch nationale (Anderson 2005), ethnische, sprachlich-kulturelle (Bettini 2018), parteiideologische oder klassenökonomische Gegensätze, sportliche oder lokale Rivalitäten, Merkmale des Alters, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung usw. können die Ausdifferenzierung eines ›Wir‹ von einem davon abzugrenzenden ›Anderen‹ motivie-

ren. Solche kollektiven Zugehörigkeitsgefühle sind teilweise auch bei institutionellen Organisationen, Berufsgruppen und Firmen anzutreffen, bedürfen hierfür jedoch zumeist einer gezielten Förderung der jeweiligen *corporate identity*. Die bloße geografische Situierung von Personen reicht zumindest im Hinblick auf größere soziale Gruppen in der Regel hingegen nicht aus, um das ›Selbst-Bewusstsein‹ einer kollektiven Identität zu erzeugen.

Entscheidend ist, dass sich jenes offensichtlich konstruierte Sozialgefühl einer kollektiven Gruppenidentität im Zweifelsfall nur einstellt, wenn es eine relevante Gegengruppe gibt, mit der sich das jeweilige Prestige vergleichen und die eigene Selbsteinschätzung erhalten oder verbessern lässt. Die Unterscheidbarkeit und Abgrenzung der eigenen Gruppe ist für die Ausbildung einer kollektiven Identität mithin unersetzlich, da eine soziale Gruppe nur unter dieser Voraussetzung sich als solche wahrnimmt bzw. von anderen wahrgenommen wird. Bestimmte kollektive Gruppenidentitäten können dabei sogar die bestehenden multiplen Identitätsmuster von Individuen, d. h. ihre Zugehörigkeit zu mehreren sozialen Gruppen wenigstens temporär überlagern – bis hin zur sogenannten »Identitätsfalle« (Sen 2007), wenn Gruppenidentitäten zu stereotypen Feindbildern avancieren und den Blick auf die grundsätzliche Vielfalt der Identitäten einer Person in der Innen- und/oder Außenwahrnehmung verstellen. Letzteres korrespondiert mit der (subjektiven) Einschätzung, wie bedeutsam (= salient) ein bestimmtes Identitätsmerkmal im Vergleich zu anderen ist.

Das verbreitete Sozialgefühl der Spaltung einer Nation im Sinne z. B. einer Zwei-Klassen-Gesellschaft ist in diesem Zusammenhang zweifellos als verhältnismäßig starke, andere individuelle Identitäten nivellierende Form kollektiver Zugehörigkeit aufzufassen. Besonders erklärungsbedürftig scheint in diesem Fall jedoch, wenn sich wie beim Beispiel Deutschland das saliente Unterscheidungsmerkmal offenbar bevorzugt anhand der geografischen Situierung herausbildet. Gemäß der *Social Identity Theory* kann die dafür notwendige Entgegensetzung von Ost- und Westdeutschland als relevante In-Group und Out-Group zwar im Prinzip durchaus darauf basieren, dass sich die wechselseitigen Feindbilder zwischen der ›kapitalistischen‹ Bundesrepublik und der ›kommunistischen‹ DDR (welche v. a. von der SED-Propaganda nachhaltig geschürt worden waren) letztlich auch im wiedervereinigten Deutschland aufrechterhalten haben. Mit Blick auf die revolutionäre politische und sozioökonomische Situation in der DDR im Sommer/Herbst 1989, die zunächst Massenausreisen von DDR-Bürger*innen aus Prag, Warschau und Budapest in den Westen und danach den schnellen Kollaps des SED-Regimes nach sich zog, kann von einer *Kontinuität* historisch konstruierter Feindbilder jedoch von vornherein nur sehr bedingt die Rede sein.

Stattdessen ist danach zu fragen, unter welchen Einflüssen, Umständen und (enttäuschten) Erwartungen sich *trotz* der verbreiteten Aufbruchstimmung so-

wie der wechselseitigen Sympathiebekundungen, die in beiden Teilen Deutschlands nach dem Mauerfall im ganzen Land deutlich zu spüren waren, sukzessive eben doch (wieder) eine ostdeutsche von einer westdeutschen Identität abgegrenzt hat – entlang eines geografischen Kriteriums also, dem politische, kulturelle und ökonomische Kategorien in evidenter Manier nachgeordnet sind, selbst wenn Letztere die Salienz der Ost-West-Unterscheidung unterstützen. Auch die vor 1990 unbekannte sprachliche Distinktion zwischen ›Ossi‹ und ›Wessi‹ (oder auch ›Besser-Wessi‹[1] und ›Jammer-Ossi‹) können in diesem Kontext als überzeugende Indizien dafür herhalten, dass die Spaltung Deutschland in eine ostdeutsche und westdeutsche Identität kaum als ein Rückfall in die kultivierten Feindbilder der Vergangenheit, sondern in erster Linie als ein sozialpsychologisches, kollektives Abgrenzungsmuster zu verstehen ist, das sich erst unter den von der Wiedervereinigung Deutschlands geschaffenen postsozialistischen Bedingungen herauskristallisieren konnte. Analog lässt sich auch empirisch keineswegs feststellen, dass sich die Regime wie die Bevölkerungen in der Bundesrepublik und der DDR in den Jahren vor 1989 noch mehrheitlich als Gegner oder Feinde verstanden hätten,[2] und das bemerkenswerterweise trotz des damals formal noch virulenten Systemgegensatzes zwischen Ost und West, Warschauer Pakt und NATO, sowie der politisch-ideologisch konstanten Verteufelung des westdeutschen Konkurrenzstaates durch die DDR-Propaganda.

Die *Social Identity Theory* lenkt das Visier der Forschung stattdessen auf den Aspekt, warum aufgrund der historisch-politischen Konstellation und Ausgangssituation nach 1989/90 die Salienz der komparativen Kategorien Ost und West wenigstens bis zu einem bestimmten Grad unvermeidlich war. Allein die bloße, neu implementierte Koexistenz der (nunmehr) ›alten‹ und ›neuen‹ Bundesländer[3] präfigurierten hier die Identitätsmuster, anhand derer sich die Individuen aus beiden Teilen Deutschlands in den Folgejahren notgedrungen vergleichen und unterscheiden sollten – mit dem vorprogrammierten Ergebnis, dass sich die Bürger*innen des ökonomisch besser gestellten, technisch modernisierten und

1 Dieses Kofferwort aus Besserwisser, Westen und Wessi kürte die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) 1991 zum »Wort des Jahres«.

2 Sehr erhellend ist diesbezüglich das Kapitel »Annäherung und Entfremdung: 1973–1989« in Heinrich August Winklers Standardwerk *Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933–1990* (Winkler 2005: 315–488). Darin wird nicht nur die Zunahme an Kontakten, Informationen (Stichwort: ›Westfernsehen‹) sowie auch die wachsende ökonomische Verflechtung zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Zuge der nationalen und internationalen Entspannungspolitik seit den 1970er Jahren deutlich, sondern ebenso die nicht intendierten Nebenfolgen der wirtschafts- und sozialpolitischen Kurskorrektur unter Honecker, aus der zwar steigender Wohlstand, aber ebenso eine enorme Verschuldung der DDR bei westlichen Industriestaaten resultierte, die in den späteren Zusammenbruch des SED-Regimes mündete. Dazu auch Heydemann 2002.

3 Die »neuen Bundesländer« waren das »Wort des Jahres« der GfdS im Jahr 1990.

politisch tonangebenden Westens über den komparativ erfahrenen Prestigegewinn freuten, während der Vergleich für die Mehrzahl der Bürger*innen aus der ehemaligen DDR im Grunde nur negativ ausfallen *konnte*.

Für die Studie ist vor dem Hintergrund der soeben angestrengten theoretischen Überlegungen nun offenkundig zu überprüfen, inwiefern sich die von Tajfel und Turner genannten Strategien im Fall von negativen Vergleichsergebnissen auch am Beispiel der Wiedervereinigung des ehedem geteilten Deutschlands verifizieren lassen, als da wären:

a) die individuelle Mobilität, d. h. der Versuch der statusniederen Gruppe, durch Anpassung beispielsweise an ökonomische Bedingungen (oder auch durch Umzug) in die ranghöhere aufzusteigen;
b) die soziale Kreativität, die auf eine Änderung der bislang dominierenden Vergleichskategorien (etwa ökonomischer Status, Lebensstandard, politisches System) zugunsten einer positiveren Einschätzung der eigenen Gruppe zielt (beispielsweise wenn die eigene Gruppe als besonders solidarisch bezeichnet wird). Auch die (bewusste oder nicht bewusste) Übernahme einer kollektiven Opferrolle kann für eine Aufwertung der In-Group im Vergleich zur Out-Group sorgen;
c) die bewusste Suche nach Wettbewerb und direkter Konfrontation mit dem Ziel, den Status der beiden relevanten Gruppen unter Umständen neu bewerten zu können. Dies kann sich z. B. darin äußern, dass die eigene Gruppe durch Verbundenheit mit ihrer Region oder Nation sich zur Speerspitze der ›wahren‹ deutschen Identität stilisiert.

Die genannten Strategien wären zugleich im Sinne einer sich spiralförmig *verfestigenden* Ost-West-Spaltung der Identitätsbildung im Deutschland nach der Wende zu interpretieren.

2.2 Relative Deprivation

Ein weiterer relevanter Erklärungsansatz, den wir in Betracht ziehen werden, ist die Deprivationstheorie. Im Kampf um knappe Ressourcen neigen die Mitglieder einer Gruppe unter ungünstigen makroökonomischen Bedingungen dazu, Mitglieder einer anderen Gruppe zu verunglimpfen. Es sind v. a. Menschen mit einem niedrigen sozialen Status, die in Krisenzeiten dazu neigen, Feindbilder zu konstruieren (McCutcheon 2000: 88f.). Außer auf eine solche objektive Benachteiligung weist diese Theorie auch auf die vielleicht sogar noch größere Bedeutung der relativen Benachteiligung hin, bei der sich eine Person nach subjektiver Wahrnehmung als sozial benachteiligt bezeichnet, ohne (auf den ersten Blick) im Vergleich mit der Gemeinschaft tatsächlich objektiv benachteiligt zu sein. Rippl

und Baier (2005: 645) unterscheiden zwischen individueller Benachteiligung – bei der sich eine Person als benachteiligt betrachtet – und kollektiver Benachteiligung – bei der eine Person die eigene Gruppe als benachteiligt betrachtet. Rippl und Baier glauben, dass v. a. das Gefühl der kollektiven Diskriminierung einen wesentlichen Einfluss auf fremdenfeindliche und islamfeindliche Einstellungen hat. Forschungsergebnisse unterstützen die Deprivationsthese, aber ihre Befürworter argumentieren, dass eher die subjektive als die objektive wirtschaftliche Benachteiligung eine Rolle spielt (Edinger/Hallermann 2001; Winkler 2003; Becker 2007; Decker/Kiess/Brähler 2016).

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Gründe für die Wahl der AfD wird häufig die These der Modernisierungsverlierer diskutiert (u. a. Kroh/Fetz 2016; Bergmann/Diermeier/Niehues 2017; Lengfeld 2017; Lengfeld/Dilger 2018; Lux 2018; Tutić/von Hermanni 2018; Rippl/Seipel 2018). Die Schlüsselargumente können als Teil einer Deprivationsthese betrachtet werden, wonach insbesondere Arbeitnehmer*innen und Menschen mit geringer formaler Bildung im Kontext von Globalisierungsprozessen und Arbeitsplatzunsicherheit (Arbeitsplatzverlust, prekäre Beschäftigung) erhöhten volkswirtschaftlichen Kosten ausgesetzt sind. Diese Unsicherheit betrifft zunehmend auch andere soziale Schichten: Angehörige der Mittelschicht fürchteten den Verlust von Reichtum und traditionellen Werten. Faktoren der Modernisierungsverliererthese sind: prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen, relative Deprivation und Benachteiligungsgefühle sowie die Angst vor der Globalisierung (Pickel 2019). Im deutschen wissenschaftlichen Diskurs wird insbesondere die Modernisierungsverliererthese kontrovers diskutiert. Während die Studien von Lengfeld (2017) und Schröder (2018) keine Relevanz der Theorie erkennen lassen und emotionale Faktoren unterstreichen, zeigt eine Untersuchung von Rippl und Seipel (2018) als Reaktion auf die Studie von Lengfeld, dass ökonomische Deprivation eine bedeutende Rolle bei der Erklärung des Votums für die AfD spielt, auch wenn die Wirkung nicht so stark ist wie der Faktor des kulturellen Backlash. Für rechtsextreme Einstellungen stellen Decker und Brähler (2016a und 2018) fest, dass nicht objektive Faktoren der Deprivation wie Arbeitslosigkeit oder Einkommen entscheidend sind, sondern neben den stärksten Faktoren Autoritarismus, Verschwörungsmentalität und mangelnde Anerkennung als Bürger*in die negative subjektive Einschätzung der eigenen und der wirtschaftlichen Gesamtlage in Deutschland einen signifikanten Einfluss hat, wenngleich diese Einflüsse statistisch gesehen eher schwach sind. Somit hat die subjektive bzw. relative Deprivation eine stärkere Bedeutung bei der Erklärung antidemokratischer und rechtsextremer Einstellungsmuster.

Die Theorie relativer Deprivation besitzt ideengeschichtliche Vorläufer, die bis zu Marx' Beschreibung der relativen Armut in *Lohnarbeit und Kapital* sowie dem von Alexis de Tocqueville identifizierten (nach ihm benannten) Ef-

fekt reichen: Nach diesem bricht eine revolutionäre, gewaltbereite Stimmung in weiten Teilen einer Bevölkerung in der Regel nicht etwa dann aus, wenn soziale Ungleichheiten, Diskriminierungen sowie die sie säumenden Repressalien am größten sind, sondern sobald die schlimmsten Versäumnisse bereits gemildert wurden und die Reformen zu greifen beginnen (Elster 2011: XV). Die hieraus ableitbare Konzeption der relativen Deprivation, wonach massive Frustrationen und Benachteiligungsgefühle bis hin zu Revolutionen keineswegs zwingend (oder sogar weit weniger) angesichts absoluter, objektiver Ungerechtigkeiten stattfinden als vielmehr in Situationen, in denen die noch bestehenden Relikte von Ungleichbehandlungen und relativen Unterschieden kollektiv als umso unerträglicher empfunden werden, wurde später v. a. von James Davies und Ted Gurr ausbuchstabiert. Davies (1962) lokalisierte als Hauptursache relativer Deprivation einen nicht linearen Fortschritt: Wann immer es zu Unterbrechungen und Rückschlägen einer grundsätzlich positiven sozioökonomischen und/oder politischen Entwicklung komme, sei das Auftreten einer sozialen Unzufriedenheit, die eine revolutionäre Dynamik annehmen kann, am wahrscheinlichsten. Gurr (1970) beschrieb und analysierte hierzu ergänzend die konkreten Voraussetzungen, unter denen individuelle Benachteiligungsgefühle und Frustrationen politisch mobilisiert werden und zu einer wirksamen Protest-, Aggressions- und Gewaltressource avancieren.

Relative Deprivation meint somit unter dem Strich die Kluft zwischen dem, was Menschen tatsächlich bekommen, und dem, was sie sich – gerade angesichts des sozioökonomischen Fortschritts – erhoffen und erwarten. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist, dass sich das Sozialgefühl relativer Benachteiligung sogar jenseits objektiv zu konstatierender Mängel einzustellen vermag, wann immer ein Vergleich negativ für ein Individuum innerhalb einer Bezugsgruppe oder für eine soziale Gruppe im Verhältnis zu einer anderen Gruppe ausfällt. Letzteres suggeriert nicht nur, dass allein die Existenz sozialer Ungleichheiten für die Ausbildung des Gefühls relativer Deprivation ausreicht (Dubet 2017), sondern auch, dass relative Deprivation und soziale Identität (siehe dazu Abschnitt 2.1) nicht selten zwei Seiten der gleichen Medaille bezeichnen.

Im Hinblick auf den deutschen Wiedervereinigungsprozess drängt es sich nun förmlich auf, dass das Sozialgefühl relativer Deprivation bei vielen Menschen, die in der DDR sozialisiert wurden, verhältnismäßig schnell entstehen konnte; zum einen als nahezu logische Begleiterscheinung der negativen Bilanz im Ost-West-Vergleich nach 1990 (siehe dazu abermals den Abschnitt zur *Social Identity Theory*), zum anderen und in der Hauptsache aber wegen der infolge der Wende erheblich gestiegenen Erwartungen, was ökonomischen Wohlstand, soziales Prestige etc. angeht. Selbst *ohne* einige problematische Entscheidungen oder auch nachweisbare Fehler in der ökonomischen und politischen Gestaltung der deut-

schen Einheit wären angesichts des damals anfallenden, immensen Strukturwandels gravierende Rückschläge sowie daraus resultierende soziale Unzufriedenheiten kaum zu vermeiden gewesen.

Davon abgesehen aber scheint evident, dass infolge zentraler Entscheidungen der damaligen Bundesregierung (etwa die Operationalisierung der Wiedervereinigung als »Beitritt« der neuen Bundesländer gemäß dem damaligen Art. 23 anstatt über den hierfür eigentlich vorgesehenen Art. 146 GG) bzw. der Privatisierungspolitik der Treuhand (die bei der Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft westdeutsche Firmen gegenüber ausländischen Investoren z. T. willkürlich anmutend bevorzugte und zumindest in der Wahrnehmung vieler DDR-Bürger*innen deutlich zu viele Firmen liquidierte, statt sie zu sanieren, vgl. Böick 2018; Jacobs 2020) zahlreiche Chancen der (symbolischen) Gegensteuerung verpasst wurden. Das mangelnde Vertrauen in Expertise und Know-how der DDR-Bürger*innen sowie die Tatsache, dass 1990 nur wenige große Firmen in den Besitz von Ostdeutschen übergingen, sorgten hier dafür, dass die deutsche Einheit bei vielen Bürger*innen der ehemaligen DDR, die damals ihre Arbeitsplätze sowie einen Großteil ihrer sozialen Anerkennungsstrukturen[4] verloren, das Gefühl einer Art »feindlichen Übernahme« schürte (Milev 2020). Die Spätfolgen dieser geradezu traumatischen Erfahrung schlagen sich offenkundig in einer wenigstens z. T. bis in die Gegenwart andauernden Entfremdung zwischen Ost und West nieder und überlagern subjektiv sogar viele unverkennbare Erfolge, was etwa die seitdem in Ostdeutschland etablierte Infrastruktur oder den objektiven Lebensstandard angeht. Zu belegen ist weiterhin, wie auch die explizit gegebenen und am Ende nicht eingehaltenen Versprechen vonseiten westdeutscher Politiker*innen (Stichwort »blühende Landschaften«) das kollektive Sozialgefühl relativer Deprivation in Ostdeutschland über das alternativlose Maß gesteigert haben. Die mit der Einheit letztlich unvermeidlichen biografischen Brüche, die plötzlich verspürte weitgehende Nutzlosigkeit der zuvor erworbenen Wissensstände etc. konnten so in jedem Fall nicht hinreichend kompensiert werden.

Die Theorie relativer Deprivation ist schließlich auch als weiterführende, die Thesen der *Social Identity Theory* komplementär bestätigende Erläuterung geeignet, weshalb nach der Wende von 1989/1990 alsbald diejenigen sozialen Kräfte erlahmten oder blockiert wurden, die trotz der geschilderten Problemkreise die Ausbildung einer gesamtdeutschen Identität[5] gefördert hätten. Unter der Bedin-

4 Zur überragenden Bedeutung der Anerkennung zur Ausbildung eines positiven Selbstwertgefühls sowie zur Vermeidung von Gefühlen der Missachtung und Entwürdigung siehe v. a. Honneth 1998 und Taylor 2009.

5 Vor allem im Kontext der Fußballweltmeisterschaft 1990, bei der auch die große Mehrzahl der DDR-Bürger*innen die siegreiche BRD euphorisch feierte, schien eine solche gesamtdeutsche Identität zumindest temporär bereits erreicht.

gung der im Vergleich zu Westdeutschland kollektiv empfundenen Deprivation konnte sich – wie zu demonstrieren sein wird – bei vielen Ostdeutschen erst ein fortgesetztes Verliererimage einstellen, das den Untergang der DDR überdauerte. Entlang jener relativen Deprivation des Ostens gegenüber dem Westen lässt sich jedenfalls intersubjektiv nachvollziehbar eine kontinuierliche Linie vom real existierenden Sozialismus in der DDR über die (Selbst-)Wahrnehmung vieler Ostdeutscher als ›Menschen 2. Klasse‹, die im Prozess der deutschen Einheit zunächst besiegt und anschließend betrogen und entwürdigt wurden, bis hin zu neuen Benachteiligungsgefühlen im Zuge der Flüchtlings- oder der Coronakrise ziehen.

Das sozialpsychologische Phänomen relativer Deprivation, welches z. B. Auernheimer (1991; 2020: 72ff.) drastisch als »innenpolitischen Kolonialismus« des Westens schildert, dem die Ostdeutschen nach 1990 zum »Opfer« gefallen seien, macht zugleich plausibel, warum die Bürger*innen der neuen Bundesländer signifikant öfter eine Affinität zu Verschwörungstheorien zeigen als diejenigen der alten. Zumindest subjektiv lässt sich die kollektiv verspürte Benachteiligung des Ostens angesichts der erwähnten Kontinuitätsvermutung oftmals offenbar nurmehr mithilfe von Verschwörungstheorien erklären bzw. intellektuell und emotional bewältigen. Damit verbunden ist die ebenfalls empirisch nachweisbare Suche nach Sündenböcken,[6] die mit dem verbreiteten Sozialgefühl relativer Deprivation erfahrungsgemäß einhergeht. Dass viele Ostdeutsche mittlerweile sehr häufig in muslimischen Flüchtlingen und Migrant*innen (sowie ihren politischen Unterstützer*innen) die ›wahren‹ Schuldigen an der eigenen Misere vermuten, könnte hiermit in direktem oder indirektem Zusammenhang stehen. Aus diesem Grund werden im empirischen Teil der Studie feststellbare islamfeindliche und antisemitische Ressentiments mit dem Sozialgefühl relativer Deprivation sowie zusätzlichen Erklärungsansätzen (wie z. B. autoritären Persönlichkeitsstrukturen, siehe Abschnitt 2.3) abgeglichen. Zu überprüfen ist hier zudem, ob bzw. inwieweit das populäre Feindbild Islam bzw. der Aufstieg des Rechtspopulismus in den neuen Bundesländern davon herrühren, dass Muslime und Ostdeutsche zwar scheinbar recht ähnlichen Vorgängen der kollektiven Abwertung ausgesetzt sind (vgl. Foroutan/Kubiak 2018; Faus/Hartl/Unzicker 2020: 31–37), die Muslime aber eben deshalb als relevante, negativ konnotierte Out-Group taugen, über deren Abgrenzung bzw. Ausgrenzung viele Ostdeutsche heute ein positiveres Selbstwertgefühl zu beziehen vermögen.

6 Zur identitätsstiftenden Funktion des Sündenbocks siehe allgemein den kulturanthropologischen Ansatz von René Girard (1998).

2.3 Autoritarismus

Ein weiterer potenziell nützlicher Ansatz ist die Theorie der autoritären Persönlichkeit, die Theodor W. Adorno und seine Koautoren*innen skizzierten (Adorno u. a. 1950). Sie ist von beachtlicher Bedeutung in der sozialpsychologischen und soziologischen Forschung über antidemokratische Einstellungen, Vorurteile und Rechtsextremismus (Decker/Brähler 2018). Die autoritäre Persönlichkeit ist gekennzeichnet durch den Glauben an absoluten Gehorsam oder Unterwerfung unter eine Autorität sowie durch die Unterdrückung von Schwächeren bzw. Minderheiten. Autoritäre Menschen entwickeln eine autoritäre, strenge und auch gewaltsame Persönlichkeit insbesondere gegenüber Untergebenen. Auch der Abwehrmechanismus der Projektion, den die Psychoanalyse beschreibt, kommt im Autoritarismus zum Ausdruck, z. B. wenn die eigene Minderwertigkeit auf Zuwanderer übertragen wird und diese zur Stabilisierung der eigenen »Ich«-Schwäche abgewertet werden (Adorno u. a. 1950; Reich 1933). In diesem Kontext ist für Adorno auch der »Aberglaube« relevant, weil er offensichtlich mit dem Ethnozentrismus verbunden ist und eine Tendenz erhält, die Verantwortung eines Einzelnen auf externe Mächte außerhalb seiner Kontrolle zu projizieren. Aberglaube ist nach Adorno (ebd.) ein Hinweis darauf, dass das »Ich« bereits aufgegeben hat, weil es nicht mehr über sich selbst bestimmen kann.

Ein neueres und zurzeit viel diskutiertes Konzept, das zu einer solchen autoritären Dynamik passt, ist das der Verschwörungsmentalität (Imhoff/Decker 2013). Dahinter steckt die Idee, dass politische Entscheidungen von rational kalkulierenden Menschen getroffen werden, die verschworen im Hintergrund agieren. Bestimmte Gruppen oder Einzelpersonen forcierten im Geheimen und mit meist bösen Absichten diese Verschwörung und kontrollierten Gesellschaften dann bis in die kleinste Einheit. Nach Decker, Schuler und Brähler (2018: 122–123) schützt die Verschwörungsmentalität vor dem Umgang mit der Komplexität gesellschaftlicher Probleme und ermöglicht es, autoritäre Aggressionen gezielt gegen bestimmte Gruppen und Personen zu lenken.

Die autoritäre Geisteshaltung steht im Zusammenhang mit anderen Aspekten der Persönlichkeit wie Unsicherheit und geringem Selbstwertgefühl (Larsen/Schwendiman 1969) sowie einer geringen Selbstakzeptanz (Kornyeyeva/Böhnke 2013). Die ursprüngliche Theorie bei Adorno basierte auf der Tatsache, dass das Erziehungsideal in der deutschen Gesellschaft lange Zeit darin bestand, dass Kinder körperlich gezüchtigt wurden. Obwohl die moderne Gesellschaft offener geworden ist und die körperliche Bestrafung von Kindern nun verboten und weniger verbreitet ist, sehen Vertreter*innen dieses Ansatzes den Autoritarismus immer noch als allgegenwärtig. Sie weisen darauf hin, dass die Menschen heute gesellschaftlichen Zwängen ausgesetzt sind (Decker/Brähler 2016b) und auf verschie-

denen gesellschaftlichen Ebenen nicht genügend Anerkennung erhalten (Decker/Yendell/Brähler 2018). Der Kern des Arguments ist, dass autoritäre Menschen nicht in ausreichendem Maße die Gelegenheit haben, ihre eigenen, wahren Bedürfnisse zu befriedigen und der Autoritarismus sich aus der eigenen Anpassung der Menschen an diese sozialen Zwänge ergibt. Adorno bezog sich in seiner Theorie zur autoritären Persönlichkeit auf Sigmund Freuds Ausführungen zum »Narzissmus der kleinen Differenzen« aus dessen Werk *Das Unbehagen in der Kultur*:

> »Ich habe mich einmal mit dem Phänomen beschäftigt, daß gerade benachbarte und einander auch sonst nahe stehende Gemeinschaften sich gegenseitig befehden und verspotten, so Spanier und Portugiesen, Nord- und Süddeutsche, Engländer und Schotten usw. Ich gab ihm den Namen ›Narzißmus der kleinen Differenzen‹ (…) Man erkennt nun darin eine bequeme und relativ harmlose Befriedigung der Aggressionsneigung, durch die den Mitgliedern der Gemeinschaft das Zusammenhalten erleichtert wird.« (Freud 1930: 27)

Aus Sicht der Vertreter*innen des Autoritarismusansatzes scheint diese Form des Zusammenhalts allerdings nicht für alle Gemeinschaftsmitglieder zu gelten, sondern nur für diejenigen, die vor dem Hintergrund einer autoritären Sozialisation eben solche Einstellungsmuster vorweisen und damit anfällig für rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen sind. Autoritäre Einstellungen und daran anlehnend narzisstische Persönlichkeitseigenschaften stehen nachweislich in Zusammenhang mit der Wahl der AfD (Yendell u. a. 2018), deren Wählerpotenzial im Osten bislang deutlich höher als im Westen ist. Im Osten sind autoritäre Einstellungen signifikant häufiger vorzufinden als im Westen Deutschlands (Decker/Brähler 2018). Eine These ist, dass das Gesellschaftssystem in der DDR zur autoritären Sozialisation der Kinder beigetragen hat, z. B. weil sie sich noch mehr als Kinder im Westen in Erziehungseinrichtungen unterordnen und im Kollektiv funktionieren mussten. Da aber auch Westdeutsche nicht vom Autoritarismus verschont blieben, wird auch das Gesellschaftssystem bzw. die Wirtschaftsordnung in der BRD als eine Form sekundären Autoritarismus diskutiert. Den Zwang, sich der Wirtschaftsordnung und dem Wettbewerbsdruck unterzuordnen, gepaart mit der Wichtigkeit der Wirtschaftskraft Deutschlands für die deutsche Identität, bezeichnen Vertreter*innen dieses Ansatzes als »sekundären Autoritarismus«. Anstelle eines Führers trete die Identifikation mit der Wirtschaftskraft, die als eine Art narzisstische Plombe fungiere und mit autoritären Einstellungsmustern einhergehe (Decker u. a. 2015, Decker/Brähler 2016a).

Eine (weitere) These für das höhere Autoritarismuslevel in Ostdeutschland ist, dass aufgrund der mangelnden Flexibilität bzw. Möglichkeit der Anpassung an neue Verhältnisse und dem Zusammenhang zwischen Autoritarismus und niedriger Bildung autoritäre Persönlichkeiten seltener bereit sind, ihre Region zu verlassen, sodass der Braindrain von Ost nach West zu einem überproportionalen Anteil autoritär Eingestellter im Osten geführt hat. Dies hat zur Folge, dass Dif-

ferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen auch auf der Ebene der politischen Einstellungen signifikant sind.

2.4 Terror Management Theory

In den theoretischen Abschnitten 2.1 bis 2.3 wurde bereits transparent, dass die bislang vorgestellten Theorien – die *Social Identity Theory*, die These von der relativen Deprivation sowie das Konzept autoritärer Persönlichkeitsstrukturen – zusätzliche Erkenntnisgewinne generieren, wenn ihre Prämissen miteinander verknüpft sowie ggf. noch mit weiteren Variablen und Erklärungsansätzen abgeglichen werden. Letzteres gilt insbesondere für die sogenannte *Terror Management Theory* (Greenberg/Solomon/Pyszczynski 1997; Greenberg/Solomon/Arndt 2008). Nach dieser Theorie entspringt das sozialpsychologisch verbreitete Begehren, ein positives Bild der eigenen Kultur zu entwerfen und gegenüber anderen Kulturen zu verteidigen oder auch zu überhöhen, einer der Grundmotivationen des menschlichen Lebens, nämlich dem Umgang mit der eigenen Sterblichkeit. So hilft das Vertrauen in die Überlegenheit der eigenen Weltanschauung sowie die subjektive Überzeugung, Teil von bedeutsamen, auf Dauer gestellten, wenn man so will ›unsterblichen‹ Entitäten wie einer Kultur, Nation oder Religion zu sein, den Gedanken an den eigenen Tod zu vermeiden. Im Umkehrschluss resultiert aus dem Gefühl, die eigene Kultur sei von Unterwerfung, Unterwanderung oder Ähnlichem bedroht, bei vielen Menschen ein vermindertes Selbstwertgefühl, was die eigene Sterblichkeit umso mehr vor Augen führt. Jener Effekt könnte sich durch eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur bei Individuen (siehe Abschnitt 2.3) nochmals erheblich verstärken.

Die *Terror Management Theory* kann entsprechend komplementär für die Erklärung herangezogen werden, warum das in Ostdeutschland infolge der problematischen Begleiterscheinungen und Versäumnisse des Wiedereinigungsprozesses ohnehin markante Sozialgefühl relativer Deprivation durch das symbolische Bedrohungspotenzial ›des‹ Islams, (sprich: die damit einhergehende Angst vor dem ›Untergang‹ der eigenen Kulturnation) weiter gesteigert und die Bedrohung deshalb insgesamt auch als massiver eingeschätzt wird als im westlichen Teil der Republik. Die hieraus wenigstens bis zu einem gewissen Grad resultierenden divergenten Einschätzungen über die Integrationswilligkeit und -fähigkeit von Muslimen tragen insofern tendenziell zu einer weiteren Spaltung in eine westdeutsche und eine ostdeutsche Identität bei, da sich wechselseitiges Unverständnis und Entfremdung zwischen den Bürger*innen in Ost und West heute bevorzugt (und keineswegs zufällig) an Fragen der Integration und Identitätspolitik entzünden (vgl. Koopmans 2017).

Vor dem kombinierten Hintergrund aus relativer Deprivation einerseits sowie erhöhtem Bedarf an positiver Identität und Terror Management anderseits ließe sich mithin einsichtig erläutern, warum eine Art symbolischer Sieg über ›den‹ Islam sowie die Bestätigung der Überlegenheit der eigenen Werte derzeit im Osten Deutschlands dringlicher gebraucht werden als im Westen. Es ist daher durchaus anzunehmen, dass das seit längerer Zeit in ganz Deutschland und Europa verbreitete sozialpsychologische Grundgefühl, im Zuge der aktuellen globalen Flucht- und Migrationsbewegungen käme es zu einer signifikanten Verschiebung der kulturellen Kräfteverhältnisse zugunsten ›des‹ Islams und zulasten ›des‹ christlichen Abendlandes (vgl. Frindte 2013; Hafez/Schmidt 2015; Pickel/Pickel 2018), im Osten Deutschlands in besonderer Weise durchschlägt. Vor dem Hintergrund der Überlegungen der Terror Management Theorie ist es daher auch nicht paradox, dass sich etwa ausgerechnet im weitestgehend säkularisierten Osten die Pegida-Bewegung bevorzugt als Verteidigerin des christlichen Abendlandes inszeniert. Der logische Nexus zur dort besonders virulenten politischen Protest- und Empörungskultur (bis hin zum Vigilantismus) als dominierendem Teil des politischen Diskurses ist bei den folgenden empirischen Untersuchungen folgerichtig aufzuzeigen.

2.5 Kontakthypothese

Ein weiterer fruchtbarer Ansatz, der sich ebenfalls komplementär zum bislang skizzierten Theorienspektrum verhält, ist die sogenannte Kontakthypothese, die davon ausgeht, dass Kontakte zwischen Gruppen Vorurteile abbauen und Brücken zwischen verschiedenen Gruppen bilden (Allport 1954; Pettigrew 1998). Sie ist ebenso banal wie auch empirisch vielfach belegt (Pettigrew/Tropp 2006 und 2008) und eine der wichtigsten Theorien beispielsweise zur Erklärung von Vorurteilen und Intergruppenkonflikten. Sie ist für unsere Analyse aus mindestens zwei Gründen bedeutend: erstens für das Verhältnis von Ostdeutschen und Westdeutschen und zweitens zur Erklärung, warum etwa Ausländerfeindlichkeit und Muslimfeindlichkeit im Osten Deutschlands stärker ausgeprägt sind als im Westen, weil die Gesellschaft im Osten weniger plural als die im Westen ist (Yendell 2014). Es ist davon auszugehen, dass diese Differenzen Einfluss auf die Identitätskonstruktionen haben. Überspitzt formuliert führen der ›multikulturelle Westen‹ und der ›ethnisch homogene Osten‹ möglicherweise zur Verstärkung von recht verschiedenen Identitäten und damit zu potenziellen Gruppenkonflikten, z. B. dann, wenn wie im Osten eine auf Herkunft basierende Identität bzw. eine ethnische Identität vorherrscht, während im Westen aufgrund der Pluralität und spezifischen Zuwanderungshistorie eher bürgerliche bzw. politische Identitäten bis hin

zu transnationalen Identitäten dominieren. Im Osten erleben wir v. a. im Kontext von Pegida eine massive Ablehnung westdeutscher ›Multikultis‹, während im Westen der Osten aufgrund von Ressentiments in der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber Fremden oftmals als Hochburg des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus erlebt wird (Yendell/Pickel 2019a und 2019b).

In diesem Kontext ist auf die unterschiedliche Einwanderungshistorie in beiden Teilen Deutschlands hinzuweisen. Zwar gab es anders als häufig dargestellt in der DDR Erfahrung mit Migration v. a. durch Vertragsarbeiter*innen, allerdings verhinderte die Staatsführung nach Kräften Kontakte zu Migrant*innen, die ohnehin nach vier bis fünf Jahren in ihre Heimat zurückkehren mussten. Die Geschichte der Migration in Westdeutschland ist eine andere und bis heute spürbar, weil der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund hier mit 29,1 Prozent deutlich höher liegt als in Ostdeutschland (8,2 Prozent).

Ergänzend zur Kontakthypothese scheint die parasoziale Kontakthypothese (Horton/Wohl 1956) relevant. Sie geht davon aus, dass nicht nur direkte, sondern auch indirekte Kontakte, beispielsweise über die Medien, einen Einfluss auf Einstellungen gegenüber anderen Gruppen haben. So können etwa schlechte Nachrichten über Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Osten Deutschlands das Image des Ostens und seiner Bewohner verschlechtern.

2.6 »Anywheres« und »Somewheres« als Akteure der Transformation?

Die theoretisch nunmehr konturierte, seit 1990 gewachsene Ost-West-Spaltung der Identitätsstrukturen in Deutschland ist im weiteren Argumentationsverlauf der Studie auf ihre ausgreifende Diskursmacht bzw. ihre implizit angelegten Diskurskonstituenten zu überprüfen. Vor diesem Hintergrund liegt der Verdacht einigermaßen auf der Hand, dass sogar faktisch vom deutschen Einigungsprozess (weitgehend) unabhängige Entwicklungen gleichwohl in diesem vorgezeichneten Licht gedeutet werden. Speziell dürfte dies für den während der vergangenen Jahrzehnte vollzogenen regionalen und globalen Strukturwandel gelten, der in der Wahrnehmung vieler Bürger*innen aus den neuen Bundesländern mit den (Fehl-)Entwicklungen der deutschen Einheit oftmals in direkte Kausalität gebracht wird, und das, obwohl dazu auf sehr viel allgemeinere Ursachen aufmerksam zu machen ist wie die globalisierte Ökonomie, die digitale Revolution oder die weiter wachsenden Diskrepanzen zwischen Stadt und Land. Sowohl diskursanalytisch als auch statistisch ist gut zu belegen, wie die mittlerweile viel zitierte, im Grunde recht holzschnittartige Gegenüberstellung von (modernen) »Anywheres« and (rückständigen) »Somewheres« (Goodhart 2017), d. h. einer hoch gebildeten, extrem mobilen, polyglotten, radikal liberalen, in der digitalen

Welt versierten Elite, für welche die traditionellen Restriktionen von Zeit und Raum ihre Bedeutung verloren haben, einerseits und einer kulturkonservativen, lokal verwurzelten, heimatverbundenen, einkommensschwächeren, für Nationalismus und Populismus anfälligen Mittel- und Unterschicht andererseits heute entlang des deutsch-deutschen Verhältnisses reformuliert werden.

Die deutsche (Un-)Einheit repräsentiert und reflektiert jenen Gegensatz geradezu sinnbildlich durch den enormen Exodus an jungen, urbanen, hoch qualifizierten, aufstiegswilligen Menschen, die seit 1989 von den neuen in die alten Bundesländer übersiedelten, und den (v. a. in den ländlichen Gegenden) Zurückgebliebenen, die mit dem Tempo des Strukturwandels offenbar nicht Schritt halten konnten und können. Die faktische Bedeutung des Wiedervereinigungsprozesses für die bis zu einem gewissen Grad zu bestätigende Aufspaltung in Anywheres und Somewheres wird hier zwar offenkundig überschätzt, wie sich anhand von fehlenden Differenzierungsleistungen und schon vor Längerem einsetzenden Gegenbewegungen demonstrieren lässt. Der Diskursmacht, die heute sowohl auf deutscher wie europäischer Ebene einen kommunitaristischen Osten von einem kosmopolitischen Westen abstrahiert (vgl. de Wilde u. a. 2019), ist nichtsdestotrotz schwer beizukommen. Die augenfällige Ostalgie, die derzeit beachtlich viele Menschen in den neuen Bundesländern erfasst hat, ist im Rahmen der Studie insofern weniger als authentische Sehnsucht nach der untergegangenen DDR zu deuten, sondern vielmehr in einen weiteren, dem Grund nach globalen Kontext zu stellen, der die deutsch-deutsche Frage eklatant übersteigt.

2.7 Demokratie, Revolution und Populismus als umstrittene Begriffe

Allgemein gesprochen lässt sich v. a. die Demokratie als substanziell umstrittener Begriff eruieren, für den sich keine einheitlichen Standards des öffentlichen wie wissenschaftlichen Sprachgebrauchs herauskristallisiert haben (vgl. Gallie 1956; Hidalgo 2014 und 2019). Was unter »Demokratie« jeweils inhaltlich verstanden wird, besitzt demnach eine solch enorme Bandbreite, dass eine normative, verbindliche allgemeine Definition oder auch nur eine klare Eingrenzung kaum möglich ist. In der Praxis führt dieser Umstand nicht nur zu einer kaum noch überschaubaren Heterogenität von politischen Systemen, Gesellschaftsformen und Lebenswelten, die für sich das Attribut des Demokratischen in Anspruch nehmen (vgl. Lijphart 1999; Vanhanen 2003; Lembcke u. a. 2016; Schmidt 2019), sondern zugleich zu einer Fülle *widersprüchlicher* Ideen, die allesamt für sich beanspruchen, den Charakter der Volksherrschaft authentisch abzubilden. Kontroversen und ihrer Tendenz nach unendliche Streitfragen bilden sich insbesondere entlang der Fragen heraus, ob sich eine Demokratie nun eher durch ihre Affinität

zu Freiheit oder Gleichheit (1), direkten oder repräsentativen Strukturen und Institutionen (2), Mehrheitsentscheidungen oder rechtsstaatlichem Setting (3), Pluralismus oder einer allgemein geteilten sozialen Identität (4), individuellen oder kollektiven Ansprüchen (5) sowie schließlich zu universalen Werten oder aber zur Priorität partikularer (nationaler, regionaler und lokaler) Interessen (6) auszeichnet (Hidalgo 2014).

Jene Komplexität, Heterogenität und innere Widersprüchlichkeit der Demokratie münden folgerichtig in ebenso konträre Auffassungen darüber, ob eine Demokratie nun eher eine konfliktorientierte, agonale und somit letztlich revolutionäre Grundlage hat (vgl. z. B. Lefort 1990; Gauchet 1990; Barber 1994; Arendt 2000; Rancière 2002; Mouffe 2007) oder vielmehr in erster Linie durch rationales, deliberatives, problemlösungsorientiertes Diskutieren, Räsonieren und Entscheiden charakterisiert ist (vgl. z. B. Fishkin 1991; Habermas 1994; Rawls 1998; TaIisse 2005; Connolly 2008). Gleiches gilt für die Frage nach dem Verhältnis zwischen Demokratie und Populismus (vgl. Hidalgo 2018 und 2021): Sehen die einen hier einen strikten Gegensatz am Werk, der den Populismus als Gefahr, ja geradezu als Selbstzerstörungsmechanismus der Demokratie identifiziert (z. B. Abts/Rummens 2007; Schieren/Diewald-Kerkmann 2014; Müller 2016; Brömmel/König/Sicking 2017; Finchelstein 2017; Jesse/Panreck 2017), so vermuten andere im Populismus ein möglicherweise wirksames Korrektiv, um einer Entfremdung zwischen der politischen Klasse und dem Volk zu begegnen, bürokratische Verkrustungen aufzubrechen, Politikverdrossenheit und Ohnmachtsgefühle der Bürger*innen zu bekämpfen sowie im Ganzen demokratische Prozesse zu beleben (vgl. Decker 2006; Mudde/Rovira/Kaltwasser 2012; Hartleb 2012; de la Torre 2015). Bisweilen wird der Populismus sogar als antielitärer, antiinstitutioneller Ausdruck echter Demokratie etikettiert (vgl. Laclau 2005; Jörke/Selk 2017).

Vor dem Hintergrund der hier nur recht grob skizzierten theoretischen Kontroverse um die Begriffe der Demokratie, Revolution und des Populismus leuchtet es unmittelbar ein, dass auch etwa rechtspolitische Bewegungen wie Pegida oder Parteien wie die AfD grundsätzlich sehr unterschiedlich interpretier- und verstehbar sind, ohne dass die dabei angeführten Argumente, Kriterien und Positionen für die Gegenseite jeweils verbindliche Wirkung entfalten müssten. Ob solche (rechts-)populistischen Akteure mitsamt ihren Sympathisanten und Anhängern daher als Totengräber oder Erneuerer der Demokratie respektive als Fortsetzer oder Verräter der friedlichen und demokratischen Revolution von 1989 angesehen werden, in welcher das ›Volk‹ der DDR sich gegen die damals kollektiv empfundenen Unterdrückungen und Ungerechtigkeiten des SED Regimes zur Wehr setzte, bleibt wenigstens bis zu einem bestimmten Grad eine Sache der jeweiligen Perspektive und ist kaum intersubjektiv stichhaltig zu beantworten. Für die hier verhandelte Problematik der gespaltenen Identitäten von Ost- und West-

deutschen bedeutet dies, dass sich diese nicht zuletzt entlang eines divergierenden Demokratieverständnisses verstärken und z. T. auch erst manifestieren können. Dabei stößt die jeweilige Sicht auf den Demokratiebegriff inklusive der prädestinierten Verhältnisbestimmung zu den Ideen der (friedlichen) Revolution bzw. zum Populismus verhältnismäßig leicht auf das Unverständnis der Gegenseite. Und während sich die Kontrahenten aus ihrer Perspektive jeweils nur nachvollziehbar auf die (widersprüchlichen) Legitimitätsressourcen der Demokratie berufen können,[7] ist die Weigerung, dem anderen dasselbe zuzugestehen, nahezu vorprogrammiert.

Im Rahmen dieser theoretisch modellierten Konstellation gerät die Idee der Demokratie in Gefahr, die Spaltung der Identitäten in Ost- und Westdeutschland noch weiter zu verfestigen, statt die unterschiedlichen Perspektiven und Interessen zu integrieren und/oder auszubalancieren. Wie verfahren die aktuelle Situation ist, in der sich die Narrative von der angeblichen ›Undankbarkeit‹ und ›Jammerei‹ der Ossis sowie der ›Besserwisserei‹ der Wessis halten und die Kluft dazwischen sogar vertiefen, hat stellvertretend für viele eine Debatte im Berliner *Tagesspiegel* Anfang 2019 gezeigt. Dort hatte zunächst der in Brandenburg geborene Alexander Fröhlich die sozioökonomische Lage in Ostdeutschland als längst nicht so schlecht bezeichnet, als dass damit Sympathien für die AfD und Pegida zu rechtfertigen wären. Er appellierte an »die Ossis«, sich selbst endlich besser in das wiedervereinigte Deutschland zu integrieren, statt sich »zu Opfern zu machen« und sogar gegenüber der Gruppe der Migrant*innen zurückgesetzt zu fühlen (Fröhlich 2019).[8] Hierauf erwiderte Christian Hönicke, dass der Osten nach wie vor »überall hinterherhinkt: Löhne (–22 Prozent), Arbeitslosigkeit (+1,8 Prozent), geleistete Wochenarbeitszeit (+5,5 Prozent), Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (–27 Prozent), Vermögen (–57 Prozent), Wohneigentum (–14 Prozent).« Insofern sei es »gerade in einer Demokratie« absolut legitim und geboten, wenn »darüber offen diskutiert« wird, dass das ostdeutsche »Flächendrittel der Bundesrepublik wirtschaftlich systematisch benachteiligt und sozial stigmatisiert werde«. Und »dankbar« bräuchten die Ostdeutschen ohnehin niemandem zu sein, weil sie sich des SED-Regimes aus eigener, demokratischer Kraft entledigt hätten (Höni-

7 Wie hier nicht näher ausgeführt werden kann, ließe sich aus den oben genannten sechs gegensätzlichen Prinzipienpaaren folgerichtig sowohl eine starke Affinität der Demokratie zum Populismus (= Gleichheit/Antielitismus, direkte Herrschaftsinstitutionen, Mehrheitsregel, soziale Homogenität, Gemeinschaftsdenken und Partikularität) als auch gerade das liberale Gegenteil ableiten (= Freiheit, repräsentative Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, Pluralität, individuelle Ansprüche und universale Werte als Chiffren einer antipopulistischen Demokratie). Siehe dazu Hidalgo 2019.

8 Zu dieser Perspektive siehe insbesondere die Streitschrift von Köpping (2018), die das Verhältnis zwischen Ostdeutschen und Migrant*innen auf die polemische Formel zuspitzte: »Integriert doch erst einmal uns!« Fröhlichs Artikel richtet sich explizit gegen Köpping.

cke 2019). Das Problem an solchen Stellungnahmen ist offensichtlich, dass sie viel zu undifferenziert argumentieren und nicht nur wichtige Hintergründe und Relativierungen (z. B. die Lebenshaltungskosten oder die Kaufkraft sowie die faktische Situation von Migrant*innen) ausblenden, sondern es einfach nicht schaffen, die Leistungen von ›Ossis‹ und ›Wessis‹ gleichermaßen anzuerkennen. Dadurch verfestigen sie auf ihre Weise im Osten wie Westen das Sozialgefühl, in einer grundlegend gespaltenen Nation zu leben, statt ausgewogen über die jeweiligen Verdienste und Versäumnisse im Kontext des ökonomischen und demokratischen Transformationsprozesses zu diskutieren.

3. Forschungshypothesen und Forschungsdesiderate

Das in den vorangegangenen Abschnitten präsentierte multiperspektivische Theorieangebot lässt sich im Folgenden in mehrere zusammenhängende Forschungshypothesen überführen, die im Kontext der hier verhandelten Fragen zu den aktuellen Transformations- und Identitätsbildungsprozessen in Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung empirisch zu überprüfen sind. Diese Hypothesen, die zugleich ein Scharnier zwischen den Theorieansätzen in Abschnitt 2 und den empirischen Ergebnissen in Abschnitt 4 bilden, lauten wie folgt:

a) Obwohl die historischen Kontinuitäten, die vom politischen und sozialen Leben in der DDR bzw. der Bonner Republik in die Gegenwart der wiedervereinigten Bundesrepublik führen, keinesfalls zu ignorieren sind, ist das derzeit feststellbare Sozialgefühl einer massiven politischen, sozioökonomischen und kulturellen Spaltung Deutschlands überwiegend eine Entwicklung, die sich erst *nach* dem Mauerfall auf Basis konstruierter Identitäten in Ost und West vollzog. Eine nachweisbare Verbundenheit mit der DDR, Ostalgie etc. drückt unter diesen Vorzeichen keine reale Sehnsucht nach dem untergegangenen SED-Regime aus, sondern vielmehr das (individuelle und kollektive) Gefühl eines Anerkennungsdefizits von Ostdeutschen, gepaart mit Parametern wie mangelnde soziale Sicherheit in der heutigen Bundesrepublik. Im Ganzen ist dieser Fokus des Diskurses als nachvollziehbarer Versuch vieler Menschen im Osten Deutschlands zu bewerten, ein im Vergleich zum Westen positiveres Selbstbild des eigenen Kollektivs zu evozieren – wozu wenigstens z. T. auch die Kultivierung einer Opferrolle beiträgt.
b) Das aktuell, d. h. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung verbreitete Gefühl wechselseitiger Entfremdung zwischen Ost- und Westdeutschen ist insgesamt weniger auf objektiv wirksame Faktoren und nachweisbare Unterschiede (z. B. in Bildung, Einkommen und Vermögen) sowie signifikant auseinanderklaf-

fende Lebenswelten zurückzuführen als vielmehr auf subjektive Einschätzungen, Erfahrungen, Emotionen sowie die daraus resultierenden Realitätswahrnehmungen. Im Osten Deutschlands führte dies bei vielen zum kollektiven Sozialgefühl relativer Deprivation sowie zur Auffassung, dass die deutsche Einheit in erster Linie zum Vorteil der alten Bundesländer durchgeführt und organisiert wurde. Das Selbstbild als Verlierer*innen der deutschen Einheit wird häufig eingebettet in ein Narrativ, das aktuell empfundene Benachteiligungen (etwa im Kontext der Flüchtlingskrise) in eine kontinuierliche Linie mit der Niederlage im Systemgegensatz zwischen Ost und West stellt. Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch enttäuschte Erwartungen, die v. a. Politiker*innen aus dem Westen im Zuge der deutschen Einheit geschürt hatten. Im Westen Deutschlands trifft diese negative Bilanz der vergangenen drei Dekaden überwiegend auf Unverständnis und wird nicht selten mit Undankbarkeit, Ablenkung von eigenen Versäumnissen sowie fehlender Selbstverantwortung und Eigeninitiative assoziiert. Auch ein westdeutscher Gestus der Überlegenheit und Besserwisserei ist wenigstens latent noch vorhanden. Die beiden Narrative schaukeln sich in evidenter Manier wechselseitig hoch und sind infolgedessen dazu angetan, die (konstruierten) Gräben zwischen Ost und West weiter zu vertiefen und zu perpetuieren.

c) Die identitätspolitische Spaltung Deutschlands (siehe Forschungshypothesen a und b) schlägt sich überdies in tendenziell unterschiedlichen Konstruktionen deutscher Identität nieder, die im Ost- und Westteil der Bundesrepublik am Werk sind. Die Diskrepanz lässt sich v. a. daran festmachen, dass im Osten Deutschlands eine autoritäre, sozialdarwinistische, für Verschwörungstheorien offene Perspektive, wonach sich das deutsche Volk im Konkurrenzkampf mit anderen Nationalitäten behaupten muss und auch innergesellschaftlich das Recht des Stärkeren gilt, etwas öfter anzutreffen ist als im Westen. Gleiches gilt für die Vorstellung einer eher homogen-einheitlichen (im Gegensatz zu einer heterogen-pluralistischen Zusammensetzung der) eigenen Nation, die im Osten Deutschlands ebenfalls mehr Widerhall findet als im Westen. Reale Unterschiede in den Bevölkerungsstrukturen der alten und neuen Bundesländer entwickeln in dieser Hinsicht eine normative Kraft des Faktischen.

d) Dass ausländer- und islamfeindliche Einstellungen im Osten Deutschlands heute etwas stärker ausgeprägt sind als im Westen, hat weniger damit zu tun, dass die einschlägigen Ressentiments in den neuen Bundesländern kulturell stärker verwurzelt wären. Stattdessen sind sie eher auf die (Banalität der) Kontakthypothese sowie dem erhöhten Bedarf an einem subjektiven Anerkennungsgewinn bzw. Überlegenheitsgefühl der eigenen In-Group im Gefolge von *Social Identity*, *Terror Management* und empfundener relativer Deprivation zurückzuführen.

e) Indem eine autoritäre Persönlichkeit, Narzissmus sowie die jeweilige Altersstruktur einer regionalen Bevölkerung empirisch als die hauptsächlich wirksamen Ursachen von rechtsextremen Einstellungen nachweisbar sind, bilden sie zugleich ein weiteres Indiz dafür ab, dass die realen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen z. T. massiv überschätzt werden. Die Vorstellung, dass Rechtsextremismus ein Problem darstellt, mit dem sich der Osten vom Westen entschieden abhebt, hält einer empirischen Überprüfung insofern nur sehr bedingt stand. Für die gleichwohl in zumindest geringem Maße nachweisbare stärkere Ausprägung autoritärer und rechtsextremer Einstellungen im Osten kann in erster Linie der dort herrschende größere Mangel an Vertrauen (in Personen und Institutionen) herangezogen werden.
f) Zu den gegensätzlichen Mustern, die die aktuellen Identitätsbildungen in Ost- und Westdeutschland weiterhin voneinander trennen, zählen überdies die bisweilen auffällig divergierenden Verständnisse der Begriffe »Revolution«, »Demokratie« und »Zivilgesellschaft«. Diese sind zwischen vielen Ost- und Westdeutschen derzeit in spezieller Weise umkämpft, was sich insbesondere anhand der konträren Einschätzung von Protestbewegungen wie Pegida ablesen lässt. Die in den neuen Bundesländern kultivierte Erinnerung an die friedliche Revolution von 1989 und das damit assoziierte Erkämpfen der Demokratie gegen eine als korrupt empfundene Elite ist in dieser Hinsicht von kaum zu unterschätzender Bedeutung.
g) Im Ganzen unterliegt das derzeit dominante Sozialgefühl einer politischen, sozioökonomischen und kulturellen Spaltung Deutschlands der Tendenz einer prekären Selbstverstärkung im Sinne einer *Selffulfilling Prophecy*. Indem die Spaltung zwischen Ost und West als wirkungsmächtiges Narrativ fungiert, das die gegenwärtigen Identitäts- und Realitätskonstruktionen in Deutschland stark imprägniert, werden allgemeine Transformationsprozesse, wie sie hauptsächlich der globale Strukturwandel (Modernisierung, Digitalisierung, Urbanisierung/Stadt-Land-Gefälle, soziale Mobilität) hervorbringt, nicht selten als kausale Auswirkungen einer (angeblich kontinuierlichen) Benachteiligung von Ostdeutschen herangezogen und in ihrer Eigenlogik mithin gravierend unterschätzt. Die tendenzielle Selbstverstärkung dieses Prozesses erhält – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Kontakthypothese – zusätzlichen Auftrieb durch die faktisch wahrgenommene und normativ aufgeladene Entgegensetzung eines »multikulturellen Westens« gegenüber einem »ethnisch homogenen Osten«.

Der anschließende empirische Teil in Abschnitt 4 wird die soeben angeführten, aus Abschnitt 2 abgeleiteten Forschungshypothesen a) bis g) im Hinblick auf aussagekräftige Indizien aus der Sozial- und Einstellungsforschung überprüfen. Für eine noch differenziertere Einschätzung, Verortung und z. T. auch Relativierung

der auf diese Weise nachweisbaren Zusammenhänge und Korrelationen wären jedoch bestenfalls noch weitere Hypothesen zu testen gewesen. Hiervon berührt sind insbesondere die folgenden gelisteten Aspekte, die allerdings den Rahmen der Studie gesprengt hätten und deswegen von uns im empirischen Teil – wenn überhaupt – nur sehr sporadisch zur Sprache kommen. Deswegen werden sie an dieser Stelle auch nur erwähnt, um eine bessere Gesamteinschätzung der Reichweite sowie der (noch) existenten blinden Flecken unserer Studie zu gewährleisten.

h) Die identitätspolitische Ost-West-Spaltung in Deutschland (siehe Forschungshypothese a) konnte sich allem Anschein nach auch deswegen in der akut feststellbaren Schärfe manifestieren, weil sie seit 1990 gerade in den neuen Bundesländern von einem signifikanten Verlust traditioneller regionaler Identitätsmuster gesäumt wurde. Dort, wo sich hingegen kollektive Gefühle regionaler Zugehörigkeit (z. B. in Sachsen bzw. im Erzgebirge) bewahrten oder auch neu etablierten, sind diese in ihrer Tendenz nicht als alternative, multiple Formen der Identitätsbildung zu bewerten, sondern lassen sich unter die überlagernde Ost-West-Spaltung subsumieren (vgl. z. B. Faus/Storks 2019). Inwieweit Ost-Berlin einen Sonderfall darstellt, ist derzeit aufgrund der schwierigen Datenlage (siehe unten: Forschungsdesiderate) nicht zufriedenstellend zu klären.
i) Trotz der von uns bevorzugt verfolgten These einer *subjektiven* relativen Deprivation des Ostens gegenüber dem Westen Deutschlands (siehe Forschungshypothese b) sind Indizien und Aspekte *objektiv* gegebener relativer Deprivation (bei der nicht selten sogar davon die Rede ist, dass »der Osten vom Westen verwaltet und beherrscht« werde, siehe Milev 2019) nicht zu vernachlässigen. Dass wir uns dennoch bemüht haben, die empirisch nicht zu leugnenden Belege für eine objektive relative Deprivation des Ostens gegenüber dem Westen (z. B. die nach wie vor nicht paritätischen Lebensverhältnisse oder die nicht proportionale Vertretung von Ostdeutschen in Spitzenpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil) in den Zusammenhang des Gefühls subjektiver relativer Deprivation zu stellen, heißt nicht, dass wir das Problem der objektiven relativen Deprivation marginalisieren. Doch wollen wir im Gegenzug auch nicht verhehlen, dass die in anderen Studien und Publikationen erbrachten Zeugnisse für objektive relative Deprivation (vgl. z. B. Mau 2019; Auernheimer 2020) wenigstens aus unserer Sicht z. T. sehr einseitig und pauschal verallgemeinern, ohne im Zweifelsfall diejenigen Entwicklungen hinreichend zu registrieren, die als Erfolge im deutschen Einheitsprozess gelten können und müssen.
j) Dass der gesellschaftliche Diskurs im Osten der BRD den von Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel provozierten allgemeinen Strukturwandel nicht selten als deutsch-deutsches Problem missdeutet (siehe Forschungshypothese g), wird noch verstärkt dadurch, dass Menschen aus den neuen Bun-

desländern, die ihre Heimat in den letzten Jahrzehnten aus Karrieregründen Richtung Westdeutschland verlassen haben, von den Zurückgebliebenen z. T. sehr misstrauisch betrachtet oder bisweilen sogar regelrecht angefeindet werden. Dieser Aspekt wäre mithilfe qualitativer Interviews mit Betroffenen zu verdeutlichen, die nach informeller Aussage aufgrund ihrer individuellen, biografisch bedingten Entscheidung Gefahr liefen, in ihren Heimatstädten und -dörfern sowie teilweise sogar von ihren eigenen Familien als der kollektiven Identität des Ostens entfremdet (wenn nicht sogar als Verräter einer solchen Identität) wahrgenommen zu werden. Da wir für diese uns gegenüber geäußerten Aussagen aber keinerlei Repräsentativität beanspruchen können, sind sie in den empirischen Teil am Ende nicht eingeflossen.

Die hingegen in Abschnitt 4 tatsächlich überprüften Forschungshypothesen a) bis g) bezeugen insgesamt den von uns vertretenen Ansatz, im empirischen Teil nicht etwa die Geltung der in Abschnitt 2 vorgestellten Theorien als solche zu testen, sondern umgekehrt aus den Theorien punktuell Hypothesen abzuleiten, deren Test den an dieser Stelle konkret untersuchten Forschungsgegenstand erhellt.

Über die von uns aus forschungstechnischen und -organisatorischen Gründen vernachlässigten Hypothesen h) bis j) hinaus sind jedoch auch noch generelle Lücken in der Datenlage auszumachen, die eine völlig befriedigende Antwort auf die behandelte Fragestellung erschweren. Evidente Forschungsdesiderate sind derzeit etwa dahingehend auszumachen, dass es v. a. an quantitativen Studien mangelt, die das jeweilige Selbst- im Vergleich zum Fremdbild von Ost- und Westdeutschen analysiert. Darüber hinaus mangelt es an Untersuchungen, die die eigentlichen Ursachen autoritärer Einstellungen analysieren.

4. Ergebnisse der empirischen Analyse

Der empirische Teil der Studie versammelt vorwiegend quantitative Analysen. Diese sind insbesondere daraufhin geeicht, die in Abschnitt 3 benannten Forschungshypothesen entweder zu bestätigen oder zu widerlegen.

Die folgenden Resultate unserer Analyse sind durchweg nicht als einheitlich auftretende Fakten, sondern lediglich als Indizien und Tendenzen zu verstehen, die vielfältig interpretierbar bleiben und für konkrete Einzelfälle und -fragen stets neu zu überprüfen wären. Nichtsdestoweniger nehmen wir mit Blick auf die nun zu präsentierenden Ergebnisse zumindest in Anspruch, auf Basis der besagten aufzeigbaren Tendenzen eine im Ganzen fundierte und relevante Problemanalyse vorzulegen, die einen plausiblen Hintergrund für die in Abschnitt 6 erarbeiteten Handlungsempfehlungen bietet. Wichtig ist uns ein Punkt für alle, die keine oder

nur wenig Kenntnisse statistischer Methoden haben: Wir wollen uns in der Analyse nicht bloß auf die deskriptive statistische Analyse beschränken. Dies kann aus unserer Sicht zu Ad-hoc-Erklärungen führen, wenn scheinbar ein Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen besteht, dahinter allerdings andere Erklärungen viel bedeutsamer sind. So kann es beispielsweise einen Zusammenhang zwischen dem westlichen bzw. östlichen Landesteil und Rechtsextremismus geben, der dann durch einen scheinbaren Ostfaktor erklärt wird, dieser verschwindet aber in Wahrheit, wenn andere Indikatoren statistisch kontrolliert werden. Eine solche Kontrolle ergibt sich durch die multivariate Analyse, die auch das Beziehungsgeflecht unterschiedlicher Indikatoren einbezieht. Anders ausgedrückt: Wir gehen oftmals davon aus, dass sozialen Phänomenen eine Vielzahl von Ursachen zugrunde liegen, die erst in ihrem Zusammenspiel interessant werden. Wir geben uns wegen der Schwierigkeit solcher komplexen Analysen die Mühe, die Ergebnisse jeweils am Ende der Abschnitte zusammenzufassen, sodass sie auch für den statistischen Laien verständlich sind.

4.1 Verbundenheit mit der DDR, Anerkennungsdefizite und Opferrolle

Einen ersten Anhaltspunkt für die beschriebenen Identitätskonstruktionen liefern die Ergebnisse der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus), die seit 1980 alle zwei Jahre als repräsentative Erhebung durchgeführt wird. In den Jahren 1991, 2000, 2008 und 2016 wurden die Ostdeutschen und Westdeutschen nach der Verbundenheit mit der DDR bzw. der alten BRD gefragt. Auffällig ist, dass im Jahr nach der Wiedervereinigung die Verbundenheit mit der DDR unter den Ostdeutschen bei nur 43 Prozent lag, während sie im Jahr 2000 auf über zwei Drittel anstieg. Anscheinend führte die Enttäuschung über die Wiedervereinigung zu einem Anstieg der Verbundenheit mit der DDR und vielleicht die fast zehn Jahre Abstand zur Wiedervereinigung zudem zu deren Verklärung. Zwar nahm die Zustimmungsrate 2008 und 2016 ab, allerdings lag sie 2016 bei nur knapp unter zwei Drittel der ostdeutschen Bevölkerung.

Im Westen sinkt seit 1991 die Verbundenheit mit der alten BRD von knapp unter drei Viertel der Bevölkerung auf etwas unter zwei Drittel im Jahr 2016. Vermutlich liegt dies auch an dem höheren Anteil der jungen Menschen, die die »alte BRD« gar nicht kennengelernt haben.

Was sind die Ursachen für eine solche Verbundenheit und inwieweit können die oben skizzierten Theorien diese Verbundenheit erklären? Im Folgenden werden die Ergebnisse einer linearen Regressionsanalyse beschrieben, die den Einfluss einiger aus den Theorien abgeleiteten Indikatoren auf die Verbundenheit mit der DDR bzw. der Verbundenheit mit der BRD überprüfen. Grundlage ist die Er-

Abb. 1: Verbundenheit der Ostdeutschen mit der DDR

Quelle: Allbus, eigene Berechnungen; Anzahl der Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit, die sich sehr bzw. ziemlich mit der DDR verbunden fühlen (in Prozent).

hebungswelle 2016 des Allbus. Als Items für Deprivation werden in das Modell das Haushaltsnettoeinkommen, die subjektive Schichteinstufung sowie die Einschätzung der Befragten zur eigenen Wirtschaftslage heute und in einem Jahr sowie die Wirtschaftslage Deutschlands heute und in einem Jahr aufgenommen. Als Indikator für die »soziale Identität« wird die Wichtigkeit des Abstammungsprinzips für die Einbürgerung von Zuwanderern betrachtet. In Anlehnung an Yendell (2016a) gehen wir davon aus, dass die Wichtigkeit des Abstammungsprinzips ein Indikator für eine eher ethnische Identität ist. Weitere Indikatoren für soziale Identität sind die Verbundenheit mit Deutschland als Ganzem, die Verbundenheit mit dem Bundesland und seinen Bürger*innen, die Verbundenheit mit der EU als eher transnationale Identität und die Verbundenheit mit der Gemeinde. Des Weiteren haben wir Kontakte zu Ausländer*innen mit in das Modell aufgenommen sowie soziodemografische Variablen wie Alter, Geschlecht und Bildung.

Zunächst kann konstatiert werden, dass die Modelle mit einem R^2 von .216 in Bezug auf die Verbundenheit mit der DDR und einem R^2 von .249 für die Verbundenheit mit der BRD ein für sozialwissenschaftliche Fragestellungen durchschnittliches Erklärungspotenzial bieten.

Die Verbundenheit mit der DDR hängt mit folgenden signifikanten Indikatoren zusammen: Die Selbsteinschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage heute und in einem Jahr steht schwach, aber dennoch signifikant in Zusammenhang, während andere Indikatoren wie das Haushaltsnettoeinkommen, die soziale

Abb. 2: Verbundenheit der Westdeutschen mit der alten BRD

Quelle: Allbus, eigene Berechnungen; Anzahl der Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit, die sich sehr bzw. ziemlich verbunden fühlen (in Prozent).

Schicht und die Einschätzung der gesamten Wirtschaftslage Deutschlands heute und in der Zukunft keine Rolle spielen. Dieses Ergebnis überrascht wenig und unterstreicht die Bedeutung der subjektiven Einschätzung der ökonomischen Situation, während die objektive ökonomische Lage als Erklärung unbedeutend bleibt. Auch relevant für die Verbundenheit mit der DDR ist die Wichtigkeit des *Ius-sanguinis*-Prinzips. Wer glaubt, dass die deutsche Abstammung bzw. das deutsche Blut wichtig für die Einbürgerung ist, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit, sich mit der DDR verbunden zu fühlen. Dieses »ethnische« Prinzip steht darüber hinaus mit der Ablehnung von muslimischen Zuwanderern in Verbindung, da dieses Prinzip es faktisch unmöglich macht, dass Zuwanderer ohne »deutsches Blut« als dazugehörig gelten können und somit immer zur Out-Group gehören, die wiederum zur Stabilisierung des Selbstwerts abgewertet wird (Yendell 2016a). Die Verbundenheit mit der DDR steht darüber hinaus in Zusammenhang mit der Verbundenheit mit dem Bundesland und seinen Bürger*innen sowie mit der Gemeinde, während die Verbundenheit mit Deutschland als Ganzem und mit der EU nicht signifikant ist. Auch dies ist ein wichtiges Ergebnis, da die Verbundenheit ein relevantes Merkmal für die Bildung von In-Groups ist. Geschlecht und Bildung haben keinerlei Einfluss, wohl aber das Alter und zwar wenig überraschend so, dass die Älteren sich eher verbunden fühlen als die Jüngeren. Das bedeutet natürlich gleichzeitig, dass mit dem Aussterben der älteren Generationen die Verbundenheit zukünftig eher rückläufig sein wird.

Tabelle 1: Regressionsmodell Verbundenheit mit der DDR und der alten BRD (standardisierte Beta-Koeffizienten)

Erklärungsansatz	*Indikatoren*	*Verbundenheit mit DDR*	*Verbundenheit mit alter BRD*
Deprivation	Haushaltsnettoeinkommen	n.s.	n.s.
	Subjektive Schichteinstufung	n.s.	n.s.
	Selbsteinschätzung: Wirtschafts-lage der Befragten heute	–.116*	n.s.
	Selbsteinschätzung Wirtschaftsla-ge der Befragten in einem Jahr	–.143**	–.092*
	Einschätzung Wirtschaftslage in der BRD heute	n.s.	n.s
	Einschätzung Wirtschaftslage der BRD in einem Jahr	n.s.	n.s
Social Identity	Wichtigkeit des Abstammungs-prinzips für die Einbürgerung	–.096*	n.s.
	Verbundenheit mit Deutschland als Ganzem	n.s.	.253***
	Verbundenheit mit dem Bundes-land und seinen Bürger*innen	.218***	.236***
	Verbundenheit mit der EU und ihren Bürger*innen	n.s.	.083*
	Verbundenheit mit der Gemeinde	.149**	n.s.
Kontakt-hypothese	Kontakte zu Ausländer*innen	n.s.	n.s.
Soziodemografie	Alter (quadriert)	–242***	–176***
	Geschlecht	n.s.	n.s.
	Bildung nach ISCED 2011	n.s.	n.s.
R^2		.216	.249
N		387	632

Standardisierte Regressionskoeffizienten, n.s. = nicht signifikant, *<0,05 = signifikant, **<0,01 = hoch signifikant, ***<0.001 = höchst signifikant

Quelle: Allbus 2016, eigene Berechnungen (Werte gewichtet).

Die Verbundenheit mit der BRD lässt sich auch mit der selbst eingeschätzten Wirtschaftslage (zumindest in einem Jahr) in Verbindung bringen. In diesem Kontext ist interessant, dass für Deutsche die Wirtschaftsstärke Deutschlands ein wichtiges Identifikationsmerkmal ist und beispielsweise weitaus bedeutender ist als für Menschen in anderen Ländern. Ansonsten spielen keine weiteren Deprivationsindikatoren eine Rolle zur Erklärung der Verbundenheit mit der BRD. Für die Verbundenheit mit der BRD spielt das Abstammungsprinzip – anders als für die Verbundenheit mit der DDR unter den Ostdeutschen – keine Rolle.

Bedeutend ist die Verbundenheit mit Deutschland als Ganzem, die Verbundenheit mit dem Bundesland und den Bürger*innen, aber auch die Verbundenheit mit der Europäischen Union. Zwar ist dies ein schwacher Faktor, allerdings gleichwohl sehr interessant, denn diese Verbundenheit kann natürlich in Bezug auf die Verbundenheit mit der DDR keine Rolle spielen. Pointiert ausgedrückt: Die Verbundenheit mit der DDR, die ja immer noch stark ausgeprägt ist, geht mit einem eher ausgrenzenden Prinzip des *ius sanguinis* einher und die Verbundenheit mit der alten BRD mit einer transnational konnotierten Verbundenheit mit der EU. Wer in der alten BRD aufgewachsen ist, wurde mit der Integration der EU konfrontiert und hat deshalb eine höhere Wahrscheinlichkeit, dies mit der ›alten‹ BRD zu verbinden. Aus Sicht der *Social Identity Theory* beruht also die Identifikation mit der BRD eher auf dem Prinzip der Transnationalität, die Identifikation mit der DDR kann eher zu Ausgrenzung führen und hat einen starken lokalen Bezug.

Anerkennungsdefizite werden v. a. den Ostdeutschen zugeschrieben. Die Medien unterstützen häufig diese These und untermauern sie mit Umfragedaten. So stimmen beispielsweise im Sachsenmonitor 2018 84 Prozent der Sachsen der These zu, »Die Ostdeutschen sind in Deutschland auch heute noch Bürger zweiter Klasse«, und 59 Prozent der Brandenburger in einer dimap-Umfrage der Aussage, »Ostdeutsche sind an vielen Stellen immer noch Bürger zweiter Klasse«. Eine weitere infratest-dimap Umfrage ergibt, dass 42 Prozent der Ostdeutschen und 27 Prozent der Westdeutschen der Frage zustimmen (die aufgrund ihres suggestiven Charakters methodisch äußerst problematisch ist) »Viele Menschen in Ostdeutschland fühlen sich 30 Jahre nach dem Mauerfall als Bürger 2. Klasse. Halten Sie diese Ansicht für richtig oder falsch?«. In den Zeitungen heißt es dann falsch: »Die meisten Sachsen fühlen sich als Bürger zweiter Klasse« (Dresdner Nachrichten 22.1.2018) oder »Jeder zweite Brandenburger fühlt sich als Bürger zweiter Klasse« (rbb24.de, 1.9.2019), obwohl die Befragten gar nicht nach ihrem eigenen Empfinden gefragt wurden, sondern nur, ob sie glauben, dass Ostdeutsche sich als Bürger*innen zweiter Klasse fühlen. Das sagt nicht unbedingt etwas über das eigene Empfinden aus.

Die Erfahrung von Anerkennung lässt sich in Anlehnung an den Sozialphilosophen Axel Honneth (1998) als Erfahrung von Anerkennung einer demokratischen

	Ost	West
Wenn ich einmal sehr bedrückt bin, weiß ich, zu wem ich damit ohne weiteres gehen kann (Anerkennung als Person)	76	78
Wenn ich krank bin, kann ich ohne Zögern befreundete Menschen bitten, wichtige Dinge für mich zu erledigen....	82	80
Ich habe einen sehr vertrauten Menschen, mit dessen Hilfe ich immer rechnen kann. (Anerkennung als Person)	81	80
Manchmal habe ich den Eindruck, meine Rechte bestehen nur auf dem Papier. (Anerkennung als Bürger:in)	41	34
Manchmal fühle ich mich wie ein Mensch 2. Klasse behandelt. (Anerkennung als Bürger:in)	34	28
Im Umgang mit Behörden und Ämtern fühle ich mich oft ausgeliefert. (Anerkennung als Bürger:in)	38	35
Ich gebe viel, bekomme aber von anderen Menschen auch viel zurück. (Anerkennung als tätiger Mensch)	59	54
Ich habe das Gefühl einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. (Anerkennung als tätiger Mensch)	49	48
Meine Tätigkeit wird von meinen Kollegen oder Mitmenschen wertgeschätzt. (Anerkennung als tätiger Mensch)	65	65

Abb. 3: Anerkennung in Ost- und Westdeutschland

Quelle: LAS 2018, eigene Berechnungen.

Gesellschaft einsetzen. Wie die Leipziger Autoritarismusstudie (LAS) 2018 gezeigt hat, sind Anerkennungsdefizite nach autoritären Einstellungsmustern und einer Verschwörungsmentalität ein Prädiktor für rechtsextreme Einstellungen (Decker/Yendell/Brähler 2018: 174) und daher für eine weitere Analyse interessant.

Gibt es einen Unterschied zwischen der Anerkennungserfahrung von Ost- und Westdeutschen? In der Leipziger Autoritarismusstudie 2018 wurden auf Grundlage der drei Sphären der Anerkennung bei Axel Honneth drei Dimensionen der Anerkennung unterschieden: Liebe bzw. *Anerkennung als Person*, Recht bzw. *Anerkennung als Bürger*in* und Arbeit/Solidarität bzw. *Anerkennung als tätiger Mensch*. Zu jeder dieser Dimension gehören drei Aussagen, die den Befragten vorgelegt wurden. Abbildung 3 zeigt die Zustimmung zu den Aussagen getrennt nach Ost- und Westdeutschland. Die Annahme, dass Ostdeutsche ein stärkeres Anerkennungsdefizit als Westdeutsche haben, lässt sich nicht so einfach bestätigen. Es gibt einige Aussagen z. B. in Bezug auf die Anerkennung als Person und in Bezug auf die Anerkennung als tätiger Mensch, denen sogar häufiger Ost- als Westdeutsche zustimmen. Lediglich bei den negativ formulierten Aussagen zur Anerkennung als Bürger*in finden wir einige signifikante Unterschiede in der angenommenen Richtung, allerdings sind die Unterschiede nicht so erheblich. So haben 34 Prozent der Westdeutschen und 41 Prozent der Ostdeutschen den Eindruck, dass ihre Rechte nur auf dem Papier bestehen. 28 Prozent der West-

deutschen fühlen sich als Bürger*innen zweiter Klasse und 34 Prozent der Ostdeutschen. Im Umgang mit Behörden und Ämtern fühlen sich 35 Prozent der Ostdeutschen und 38 Prozent der Westdeutschen oft ausgeliefert. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen betragen also nur 3 bis 7 Prozentpunkte.

Ist dieser kleine Unterschied auf einen Ostfaktor zurückzuführen oder spielen andere Ursachen eine Rolle? Im Folgenden haben wir eine schrittweise und hierarchische Regressionsanalyse durchgeführt, um herauszufinden, welche Erklärungen statistisch signifikant sind und welche Erklärungskraft die verschiedenen Erklärungsansätze haben. Die schrittweise Methode ermöglicht auch, den Zuwachs an Erklärungskraft einzelner Theorien darzustellen. Insgesamt hat die multivariate Analyse den Vorteil, dass komplexe Hypothesenmodelle berechnet und Scheinkorrelationen aufgedeckt werden. Letzteres ist insbesondere deshalb wichtig, weil sich politische Akteure, aber auch (Sozial-)Wissenschaftler*innen häufig auf einfache Zusammenhänge beziehen und sie frei interpretieren, was zu einer Häufung von Ad-hoc-Erklärungen im politischen Diskurs führt. Die zu erklärende Variable ist die Anerkennung als Bürger*in. Die Skala Anerkennung als Bürger*in wird aus dem Mittelwert der einzelnen Angaben zu den drei Aussagen »Im Umgang mit Behörden und Ämtern fühle ich mich oft ausgeliefert«, »Manchmal fühle ich mich wie ein Mensch 2. Klasse behandelt« und »Manchmal habe ich den Eindruck, meine Rechte bestehen nur auf dem Papier«. Allerdings haben wir die Skala für die leichtere Interpretierbarkeit in eine positive transformiert, d. h. je höher der Mittelwert, desto höher ist die Anerkennung als Bürger*in.

Schritt 1: In das erste Modell fließt als erklärender Indikator nur die Region ein, in der die/der Befragte wohnt, also Ost- oder Westdeutschland. Mit einem Beta von .073 (***) ist dieser Zusammenhang sehr schwach ausgeprägt und liefert äußerst wenig Erklärungspotenzial (korrigiertes R^2 = .005).

Schritt 2: Im zweiten Schritt werden dem Modell die soziodemografischen Variablen Alter, Geschlecht und Bildung (höchster Schulabschluss) zugefügt. Während das Geschlecht keinen signifikanten Einfluss hat, besteht ein sehr schwacher positiver Zusammenhang mit dem Alter (Beta = .062**), dafür ein vergleichsweise starker zwischen Bildung und Anerkennung als Bürger*in, d. h. je höher der Schulabschluss, desto stärker ist der individuelle Eindruck, als Bürger*in anerkannt zu werden. Der Zusammenhang mit der Region ist weiterhin signifikant und sogar etwas stärker als im ersten Modell. Dennoch hat das Modell eine geringe erklärte Varianz (korrigiertes R^2 = .071).

Schritt 3: Im dritten Modell werden zwei Variablen zur objektiven individuellen Deprivation hinzugefügt. Während Arbeitslosigkeit sehr schwach negativ mit der Anerkennung als Bürger*in im Zusammenhang steht (Beta = .073**), ist mit einem Beta von .150 (***) das Haushaltseinkommen etwas stärker korreliert. Alle anderen Indikatoren verlieren in dem Modell leicht ihre Stärke und das Ge-

schlecht ist weiterhin nicht signifikant. Insgesamt tragen die beiden Variablen zu einem Zuwachs von .034 zu einem korrigierten R^2 von .100 bei.

Schritt 4: Im vierten Modell werden zwei Indikatoren hinzugefügt, die die subjektive Einschätzung der individuellen Deprivation abbilden. Je negativer Personen ihre wirtschaftliche Lage einschätzen, desto weniger erfahren sie Anerkennung als Bürger*in. Mit einem Beta von –.343 (***) ist dieser Zusammenhang der stärkste im Modell. Auch die Einschätzung, dass in einem Jahr die eigene ökonomische Lage schlecht sein wird, steht in einem Zusammenhang mit der Anerkennung als Bürger*in. Allerdings ist der Zusammenhang mit einem Beta von –.065 (**) sehr schwach. Interessant ist auch hier wieder, dass die Zusammenhangsstärken der anderen Indikatoren (Ost/West, Alter, Bildung) geringer werden und sowohl Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit als auch das Haushaltseinkommen nicht mehr signifikant sind. Die beiden objektiven Indikatoren für Deprivation sind nicht mehr signifikant; das spricht für die enorme Bedeutung der subjektiv wahrgenommenen Deprivation. Das heißt, es ist nicht entscheidend, ob man arbeitslos ist oder ein geringes Einkommen hat, sondern ob man seine eigene wirtschaftliche Lage als schlecht beurteilt.

Schritt 5: Im fünften Schritt werden zwei Indikatoren für die Messung kollektiver Deprivation hinzugefügt. Zum einen ist in der Analyse die Beurteilung der aktuellen wirtschaftlichen Lage Deutschlands und zum anderen die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in einem Jahr eingeflossen. Beide Indikatoren stehen in einem negativen Zusammenhang mit der Anerkennung als Bürger*in. Die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage (Beta = –.149***) übt einen stärkeren Einfluss aus als die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in einem Jahr (Beta = –.058**). Beide Indikatoren erhöhen die Erklärungskraft des Gesamtmodells nur um 0.016 auf ein korrigiertes R^2 von .207. Bis auf den Indikator (Ost/West), der etwas an Stärke zunimmt, werden die Indikatoren etwas schwächer (Bildung: Beta .137***, Einschätzung der aktuellen eigenen wirtschaftlichen Lage .293***) oder sind nicht mehr statistisch signifikant, wie die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage in einem Jahr.

Schritt 6: Im sechsten Modell fließt zusätzlich der Indikator Autoritarismus in die Darstellung ein. Dieser besteht aus dem Mittelwert der Angaben zu drei Autoritarismusitems in der Leipziger Autoritarismusstudie 2018. Dabei handelt es sich um die Aussagen: »Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind« (Autoritäre Aggression), »Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen (Autoritäre Unterwürfigkeit)« und »Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden« (Konventionalismus). Autoritarismus wirkt sich wie erwartet negativ auf die Anerkennung als Bürger*in aus. Der Zusammenhang ist etwas weniger stark als erwartet (Beta = –.100), die erklärte Varianz steigt allerdings um

.065 auf ein R^2 von .282. Die Zusammenhangsstärke der anderen Indikatoren wird etwas geringer bis auf den Indikator eigene wirtschaftliche Situation.

Schritt 7: Im siebten Modell wird die Verschwörungsmentalität hinzugefügt. Dabei handelt es sich um eine Gesamtskala bestehend aus den Mittelwerten für drei verschwörungsideologische Aussagen: »Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden«, »Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben« und »Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte«. Im Ergebnis zeigt sich, dass der Indikator mit einem Beta von –.276 (***) nach dem Indikator eigene aktuelle wirtschaftliche Lage (Beta = –.282***) der zweitwichtigste Faktor zur Erklärung ist. Je stärker Personen zu einer Verschwörungsmentalität neigen, desto eher fühlen sie sich nicht als Bürger*in anerkannt. Auffällig ist, dass alle anderen Indikatoren ihre Einflussstärke leicht verlieren (die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage Deutschlands in einem Jahr ist sogar nicht mehr signifikant). Der Indikator Autoritarismus wird mit Hinzunahme der Verschwörungsmentalität sogar deutlich schwächer (Beta = –.053**). Das R^2 steigt um .065 an und liegt bei .283.

Schritt 8: im achten und letzten Schritt werden zwei Indikatoren aufgenommen, die Vertrauen abbilden: »Im Allgemeinen kann man den Menschen vertrauen« und »Heutzutage kann man sich auf niemanden mehr verlassen.« Das R^2 steigt noch einmal geringfügig an, sodass die erklärte Varianz bei ca. 30 Prozent liegt (korrigiertes R^2 = .304), was für ein sozialwissenschaftliches Erklärungsmodell im üblichen Bereich liegt. Folgende Rangfolge in Bezug auf die Indikatoren ergeben sich: Der stärkste Indikator ist mit einem Beta von –.253 (***) die Verschwörungsmentalität. Der zweitstärkste Indikator ist die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage (Beta = –,247***). Danach folgt mit einem Beta von –.129 (***) einer der beiden Vertrauensindikatoren: Wer den Eindruck hat, dass man sich auf niemanden verlassen kann, hat eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, sich als Bürger*in nicht anerkannt zu fühlen. Weiterhin relevant ist der Indikator Bildung, der allerdings mit einem Beta von .113 (***) im Vergleich zum ersten Modell deutlich schwächer ist. Kaum relevant bzw. äußerst schwach im Zusammenhang mit der Anerkennung als Bürger*in ist das allgemeine Vertrauen in Menschen (Beta = –.061**) und der Ost-West-Zusammenhang (.057***). Im letzten Schritt sind nicht mehr signifikant das Alter, das Geschlecht, Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit, das Haushaltsnettoeinkommen, die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage in einem Jahr und der Autoritarismus. Letzterer spielt statistisch keine Rolle, weil die Verschwörungsmentalität und mangelndes Vertrauen die ausschlaggebenden Erklärungsvariablen sind. Beides – also sowohl die Verschwörungsmentalität als auch mangelndes Vertrauen – hängen indes wiederum mit dem Autoritarismus zusammen.

*Tabelle 2: Anerkennung als Bürger*in (schrittweise lineare Regressionsanalyse)*

		1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
	Ost/West	.073 (***)	.105 (***)	.074 (***)	.064 (**)	.075 (***)	.067 (**)	.048 (*)	.057 (**)
Soziodemografie	Alter		.062 (**)	.058 (**)	.043 (*)	n.s.	.045 (*)	n.s.	n.s.
	Geschlecht		n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
	Bildung		.267 (***)	.221 (***)	.170 (***)	.137 (***)	.121 (***)	.114 (***)	.113 (***)
Individuelle ökonomische Deprivation	Arbeitslosigkeit			–.073 (**)	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
	Haushaltseinkommen			.150 (***)	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Individuelle ökonomische Deprivation (subjektiv)	Aktuelle eigene wirtschaftliche Lage (negativ)				–.343 (***)	–.293 (***)	–.302 (***)	–.282 (***)	–.247 (***)
	Eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr (negativ)				–.065 (**)	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Kollektive ökonomische Deprivation (subjektiv)	Aktuelle gesamtwirtschaftliche Lage Deutschlands (negativ)					–.149 (***)	–.145 (***)	–.111 (***)	–.096 (***)
	Gesamtwirtschaftliche Lage Deutschlands in einem Jahr (negativ)					–.058 (**)	–.056 (**)	n.s.	n.s.
Autoritarismus							.100 (***)	–.053 (**)	n.s.
Verschwörungsmentalität								–.276 (***)	–.253 (***)
Vertrauen1: kein allgemeines Vertrauen in Menschen									–.061 (**)
Vertrauen 2: kein Verlass auf Menschen									–.129 (***)
N		2414	2347	2258	2148	2100	2099	2070	2060
Korrigiertes R^2		.005	.071	.100	.191	.207	.218	.283	.304
Änderung korrigiertes R^2			.066	.029	.091	.016	.011	.065	.021

Standardisierte Regressionskoeffizienten, n.s. = nicht signifikant, *<0,05 = signifikant, **<0,01 = hoch signifikant, ***<0.001 = höchst signifikant

Quelle: *LAS 2018, eigene Berechnungen.*

Zusammenfassend in Bezug auf die Anerkennung als Bürger*in lässt sich aussagen: Die Unterschiede hinsichtlich der Anerkennung sind nur gering. Etwas mehr Ostdeutsche als Westdeutsche sagen aus, dass sie den Eindruck haben, ihre Rechte bestünden nur auf dem Papier, sie seien Bürger*innen 2. Klasse oder fühlten sich im Umgang mit Ämtern und Behörden gegenüber ausgeliefert. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen liegen bei nur 3 bis 7 Prozentpunkten. Die multivariate Analyse unterstreicht, dass die Anerkennung als Bürger*in weniger von einem Ostfaktor abhängt (der statistische Zusammenhang ist verschwindend gering), sondern, dass Anerkennungsdefizite eher auf Indikatoren wie Verschwörungsmentalität, die subjektive (nicht die objektive) negative Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, Misstrauen und mangelnde Bildung zurückzuführen sind. Von den genannten Indikatoren unterscheidet sich in Ost und West nur die Verschwörungsmentalität signifikant. So stimmen im Osten 26 Prozent der Befragten und im Westen 20 Prozent der Befragten zu, dass die meisten Menschen nicht erkennen, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird. Darüber hinaus stimmen im Osten 35 Prozent und im Westen 28 Prozent der Aussage zu, dass es geheime Organisationen gibt, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. 34 Prozent der Ostdeutschen und 30 Prozent der Westdeutschen glauben, dass Politiker und andere Führungspersönlichkeiten nur Marionetten dahinterstehender Mächte sind. Auch in Bezug auf die Verschwörungsmentalität sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen nur gering, aber statistisch signifikant und sie tragen zur Erklärung bei, warum die Ostdeutschen sich geringfügig weniger als die Westdeutschen als Bürger*innen anerkannt fühlen. Festzuhalten ist also, dass die Unterschiede in Bezug auf Anerkennung nicht so groß sind, wie medial manchmal vermittelt wird; die kleinen Unterschiede sind allerdings für die politische Kulturforschung interessant. Warum ist die Verschwörungsmentalität etwas häufiger im Osten als im Westen vorzufinden? Empirisch ist dies schwer zu belegen, deshalb bleibt die folgende, plausible These etwas spekulativ: Wenn man aus psychoanalytischer Sicht davon ausgeht, dass Verschwörungsmentalitäten durch soziale Regression entstehen, dann dürften in der ostdeutschen Bevölkerung tendenziell mehr Unsicherheitserleben und häufigere (kollektive) Ängste vorzufinden sein. Hier bedarf es weiterer Forschung, die nicht nur auf den Wiedervereinigungskontext zielt, sondern auf den Umgang mit Unsicherheiten und Ängsten sowohl auf der individuellen als auch auf der global-kontextuellen Ebene.[9]

9 Ergänzend sei noch erwähnt, dass die Zustimmung zu der Aussage »Die Ostdeutschen sind in Deutschland Bürger zweiter Klasse« im Sachsenmonitor 2018 insbesondere von vier Faktoren abhängt, die in einer Regressionsanalyse überprüft werden konnten: Dem Alter (je älter desto wahrscheinlicher die Zustimmung), Autoritarismus, einer selbst eingeschätzten schlechten finanziellen Situation und mangelndem Interesse an Politik. Das Bildungsniveau, Arbeitslosigkeit und Geschlecht erwiesen sich als nicht signifikant. Wir verzichten an dieser Stelle auf die ausführliche Darstellung. Die detaillierten Ergebnisse können bei den Autoren angefordert werden.

Abb. 4: Grundgefühl der Benachteiligung

Quelle: LAS 2020, eigene Berechnungen.

Neben den Anerkennungsdefiziten wird den Ostdeutschen häufig eine ›Opfermentalität‹ zugesprochen, abwertend werden Ostdeutsche von Westdeutschen als ›Jammer-Ossis‹ bezeichnet, die sich ständig benachteiligt fühlen. Wie verhält es sich also mit der angeblichen Opfermentalität? Ist diese wirklich ausgeprägter als im Westen? Fühlen sich die Ostdeutschen häufiger als die Westdeutschen benachteiligt? Die Leipziger Autoritarismusstudie 2020 enthält eine Skala, die das Gefühl einer generellen individuellen Benachteiligung misst. Das Instrument ist mit einem Cronbachs-Alpha von .802 reliabel. Abbildung 4 zeigt, dass die Westdeutschen und die Ostdeutschen etwa gleich häufig aussagen, öfter als andere benachteiligt zu werden (Ost: 17 Prozent; West: 16 Prozent) und nur wenig mehr Ost- als Westdeutsche, dass sie unfair behandelt werden (Ost: 22 Prozent; West: 19 Prozent). Deutlich größer ist der Unterschied hinsichtlich der Aussage »Ich bekomme nicht, was ich verdiene«. Knapp über die Hälfte der Ostdeutschen (52 Prozent) stimmt dieser Aussage zu, aber nur etwas mehr als ein Drittel der Westdeutschen (36 Prozent). Dies dürfte wohl v. a. darin begründet sein, dass die Ostdeutschen tatsächlich im Durchschnitt einen geringeren Verdienst bei gleicher Tätigkeit haben als die Westdeutschen. Es wäre allerdings zumindest vor dem Hintergrund dieser drei Aussagen übertrieben, von einem Unterschied in den »Mentalitäten« von Ost- und Westdeutschen auszugehen oder von einer Kultivierung der Opferrolle.

4.2 Kollektive Gefühle der Deprivation

Gern wird die Deprivationsthese in der politischen Einstellungsforschung und insbesondere in der Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung zur Erklärung verwendet. Sie wird auch gern medial herangezogen, wenn es darum geht zu erklären, warum Ostdeutsche antidemokratischer, rechtsextremer, ausländerfeindlicher oder islamfeindlicher sind. Tatsächlich ist der Effekt häufig überschätzt und wenn, dann spielt nicht so sehr die objektive individuelle Deprivation eine Rolle, sondern eher die subjektive kollektive Deprivation, also das Gefühl, dass die Bevölkerung, der man angehört, ökonomisch benachteiligt ist und die relative Deprivation, also das Gefühl, man bekomme im Vergleich mit anderen zu wenig (z. B. Decker u. a. 2018; Yendell 2014). Im Folgenden geht es um die Frage, inwieweit sich Ost- und Westdeutsche hinsichtlich individueller und kollektiver Deprivation unterscheiden. Dass Ost- und Westdeutsche sich durchschnittlich tatsächlich hinsichtlich ihres Vermögens und ihres Einkommens unterscheiden, ist vielfach belegt und wird hier nicht ausführlich thematisiert. Es geht im Folgenden um die Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage (individuelle Deprivation), der Wirtschaftslage in der BRD (kollektive Deprivation) und die eigene Einschätzung, inwieweit man einen gerechten Anteil erhält (relative Deprivation). Außerdem geht es um die Frage, ob die Ost- und die Westdeutschen die Wiedervereinigung jeweils als vorteilhaft für den Osten oder Westen sehen und inwieweit es hier Unterschiede gibt.

Zunächst zur eigenen Wirtschaftslage. Abbildung 5 zeigt die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und gibt die positive Einschätzung wieder (sehr gut, gut). Wie man sieht, entwickelt sich die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage bei den Ostdeutschen und Westdeutschen ab dem Jahr 2000 mehr oder weniger parallel, d. h. nach einer Zeit der zunehmenden negativen Einschätzung stieg diese ab 2004 kontinuierlich an. Im Jahr 2018 ist kaum noch ein Unterschied festzustellen. Ost- wie Westdeutsche stufen ihre wirtschaftliche Lage mehrheitlich als gut bis sehr gut ein – im Osten 69 Prozent und im Westen 72 Prozent. Der Unterschied ist also nur noch minimal.

Ähnlich – zumindest hinsichtlich der Parallelität – sieht dies auch mit der Einschätzung der gesamtdeutschen ökonomischen Lage aus. In Abbildung 6 sind die Prozentwerte für die positive Einschätzung eingefügt. Die Schwankungen lassen sich durch die Rezessionen und die Zeiten hoher Arbeitslosigkeit erklären. Im Jahr 2018 schätzten 65 Prozent der Ostdeutschen und 71 Prozent der Westdeutschen die ökonomische Lage als sehr gut bzw. gut ein. Auch hier ist der Unterschied mit 6 Prozentpunkten nur marginal.

Interessant sind die Antworten auf die Frage nach dem gerechten Anteil am Lebensstandard. Im Allbus lautet die Frage: »Im Vergleich dazu, wie andere hier in

Abb. 5: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage

Quelle: Allbus 1991–2018, eigene Berechnungen; Anteil derjenigen, die ihre eigene Wirtschaftslage als gut bzw. sehr gut bezeichnen.

Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?« Zwar ist hier in der Gesamttendenz bei den Ostdeutschen ein Anstieg derjenigen zu verzeichnen, die angeben, dass sie ihren gerechten Anteil bzw. mehr als gerechten Anteil erhalten, allerdings bestehen zwischen Ost- und Westdeutschland signifikante Unterschiede. Bei den Westdeutschen verläuft die Kurve mehr oder weniger seitwärts, denn seit 1991 hat sich nicht viel geändert. Mit kleineren Schwankungen sind es ca. zwei Drittel der Bevölkerung, die den Eindruck haben, ihren gerechten Anteil zu erhalten. Bei den Ostdeutschen wurde die 50-Prozent-Marke bislang nicht geknackt, d. h. die meisten Ostdeutschen sagen aus, dass sie etwas weniger oder sehr viel weniger im Vergleich zu anderen in Deutschland lebenden Menschen erhalten. Dies ist beachtlich: Während also die Mehrheit der Westdeutschen glaubt, einen gerechten Anteil zu erhalten, ist die Mehrheit der Ostdeutschen der Ansicht, keinen gerechten Anteil zu erhalten, obwohl sie sowohl die eigene als auch die gesamtdeutsche ökonomische Lage als positiv einschätzt. Wir haben es hier offensichtlich mit einem Gefühl der Benachteiligung zu tun, welches erst durch den Vergleich entsteht.

Wie sieht es in der deutschen Bevölkerung in Bezug auf die Wiedervereinigung aus? Glauben die Ostdeutschen, dass die Wiedervereinigung eher Vorteile für den Westen bringt und umgekehrt die Westdeutschen, dass die Ostdeutschen eher Vorteile von der Wiedervereinigung haben?

Abb. 6a: Einschätzung der deutschen Wirtschaftslage

Quelle: Allbus 1991–2018, eigene Berechnungen; Anteil derjenigen, die die Wirtschaftslage als gut bzw. sehr gut bezeichnen.

Abb. 6b: Gerechter Anteil im Vergleich zu anderen

Quelle: Allbus 1991–2018, eigene Berechnungen; Anteil derjenigen, die angeben, im Vergleich mit anderen einen gerechten bzw. mehr als gerechten Anteil zu erhalten.

Abb. 7: Vorteile durch die Wiedervereinigung für Ost- und Westdeutschland
Quelle: Allbus 1991–2018, eigene Berechnungen.

Abbildung 7 zeigt, dass die Ostdeutschen durch die Wiedervereinigung eher Vorteile für die alten Bundesländer sehen und umgekehrt die Westdeutschen eher starke Vorteile für die neuen Bundesländer. Allerdings zeichnen sich Annäherungen ab. Sowohl die Ostdeutschen als auch die Westdeutschen erkennen im Gesamtverlauf seit 1991 häufiger Vorteile für den Teil Deutschlands, in dem sie leben. Sahen 1991 nur 38 Prozent der Ostdeutschen Vorteile für die neuen Bundesländer, waren es 2018 bereits 65 Prozent. Von den Westdeutschen bewerteten 1991 nur etwas mehr als ein Drittel (34 Prozent) die Wiedervereinigung als Vorteil für die alten Bundesländer, im Jahr 2018 waren es etwas mehr als die Hälfte (56 Prozent). Der Abbildung ist zu entnehmen, dass die Ostdeutschen eher Vorteile für beide Seiten bemerken als die Westdeutschen. So entsteht möglicherweise bei den Westdeutschen eine Einstellung, wonach die Ostdeutschen dankbarer sein sollen, wenn sie so viel mehr Vorteile durch die Wiedervereinigung haben.

Zusammenfassend lässt sich aussagen, dass sich materielle Benachteiligungen eher subjektiv aus dem direkten Vergleich der beiden Landesteile ergeben, als dass sie real im Leben der Ost- oder Westdeutschen eine Rolle spielen. Man schätzt sich zwar selbst nicht ökonomisch als benachteiligt ein, aber im Vergleich mit anderen tendieren die Ostdeutschen zu der Einschätzung, sie erhielten zu wenig. Problematisch wird das Ganze dadurch, dass viele Westdeutsche in der Wiedervereinigung enorme Vorteile für den Osten sehen, aber nicht für den Westen. Es lässt sich allerdings die Tendenz ablesen, dass in beiden Teilen Deutschlands die Vor- und Nachteile der Wiedervereinigung als etwa gleich vorteilhaft für den jeweils anderen Teil Deutschlands angesehen werden.

	Ost	West
Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden. (LAS 2018)	46	38
Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen. (LAS 2018)	34	21
Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind. (LAS 2018)	71	63
Es gibt wertvolles und unwertes Leben. (LAS 2018)	15	9
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen. (LAS 2018)	12	11
Wie in der Natur sollte sich immer der Stärkere durchsetzen. (LAS 2018)	15	9
Das oberste Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht. (LAS 2018)	31	23
Was unser Land jetzt braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland. (LAS 2018)	37	33
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben. (LAS 2018)	38	36

Abb. 8: Autoritäre, sozialdarwinistische und chauvinistische Einstellungen
Quelle: LAS 2018, eigene Berechnungen.

4.3 Autoritarismus und Ungleichwertigkeitsvorstellungen

Wir haben argumentiert, dass eine identitätspolitische Spaltung Deutschlands sich in tendenziell unterschiedlichen Konstruktionen »deutscher Identität« niederschlägt, die im Ost- und Westteil der Bundesrepublik am Werk ist. Die Diskrepanz lässt sich v. a. daran festmachen, dass im Osten Deutschlands eine autoritäre, sozialdarwinistische und chauvinistische Perspektive häufiger als im Westen vorzufinden ist, wonach sich das deutsche Volk im Konkurrenzkampf mit anderen Nationalitäten behaupten muss und auch innergesellschaftlich das Recht des Stärkeren gilt. Gleiches gilt für die Vorstellung einer eher homogen-einheitlichen Gesellschaft im Gegensatz zu einer heterogen-pluralistischen Zusammensetzung der eigenen Nation. Es ist davon auszugehen, dass im Osten mehr Menschen anzutreffen sind, die eher eine homogen-einheitliche Gesellschaft wünschen als im Westen.

Abbildung 8 zeigt die Zustimmungswerte zu Aussagen aus der Leipziger Autoritarismusstudie 2018 zu Autoritarismus, Sozialdarwinismus und Chauvinismus in Ost- und Westdeutschland. Alle Aussagen erreichen bei den Ostdeutschen höhere Zustimmungswerte als bei Westdeutschen. Ostdeutsche sind autoritär unterwürfiger, sozialdarwinistischer und chauvinistischer in Bezug auf die Überlegenheit Deutschlands. Die Unterschiede liegen bei maximal 8 Prozentpunkten zwischen den Ost- und den Westdeutschen, sodass auch dieser Unterschied nicht überschätzt werden darf.

Ausländer bereichern unsere Kultur. (ALLBUS 1996) 34 37
Ausländer bereichern unsere Kultur. (ALLBUS 2016) 40 49
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. (LAS 2018) 45 33
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken. (LAS... 33 25
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen. (LAS 2018) 47 33
Der Islam passt in unsere Gesellschaft. (ALLBUS 2012) 11 16
Der Islam passt in unsere Gesellschaft. (ALLBUS 2016) 13 19
Ausübung des Islam sollte in der BRD beschränkt werden. (ALLBUS 2012) 42 29
Ausübung des Islam sollte in der BRD beschränkt werden. (ALLBUS 2016) 57 37
0 10 20 30 40 50 60 70 80 90 100
Ost West

Abb. 9: Xenophile, xenophobe und islamfeindliche Einstellungen
Quellen: LAS 2018, Allbus 1996, 2012, 2016, eigene Berechnungen.

Unterschiede ergeben sich auch zwischen Ost- und Westdeutschen, wenn es um Einstellungen gegenüber Ausländer*innen und Muslimen geht. In Ostdeutschland sind weniger Menschen als in Westdeutschland davon überzeugt, dass Ausländer*innen die Kultur bereichern und noch weniger als im Westen meinen, der Islam passe in die deutsche Gesellschaft. Sowohl bei den ausländerfeindlichen Aussagen als auch bei den islamfeindlichen Aussagen werden in Ostdeutschland höhere Zustimmungswerte erreicht. In Ostdeutschland ist man weniger offen für eine religiös-plurale und heterogen-pluralistischen Zusammensetzung der Bevölkerung.

4.4 Gründe für Ausländerfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit

Wir nehmen an, dass die Ausländerfeindlichkeit sowie die Islamfeindlichkeit sowohl mit den Kontakten zu Ausländer*innen als auch dem Gefühl, benachteiligt zu sein, zusammenhängen. Tabelle 3 zeigt anhand von Korrelationsanalysen, dass beide Hypothesen bestätigt werden. Sowohl im Osten als auch im Westen ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass bei Kontakten in verschiedenen Bereichen wie Familie, Arbeit, Nachbarschaft als auch im Freundeskreis die Wahrscheinlichkeit si-

gnifikant erhöht ist, dass weder einer ausländerfeindlichen Aussage (»Ausländer sollen heim bei knapper Arbeit«) noch einer islamfeindlichen Aussage (»Die Islamausübung soll eingeschränkt werden«) zugestimmt wird. Auch die Deprivationsthese kann bestätigt werden, wobei die relative Deprivation, also der Eindruck, man erhalte zu wenig, in einem stärkeren Maße im Zusammenhang mit der ausländerfeindlichen und der islamfeindlichen Aussage in Zusammenhang stehen als die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage.

Tabelle 3: Kontakte zu Ausländern und individuelle und kollektive Deprivation in Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit und Islamophobie (Korrelationen)

Indikator	*Ausländer sollen wieder heim bei knapper Arbeit*		*Die Islamausübung soll eingeschränkt werden*	
	Ost	*West*	*Ost*	*West*
Kontakt zu Ausländern in Familie	n.s.	–,147***	–,086*	–,067***
Kontakt zu Ausländern auf der Arbeit	–,148***	–,183***	–,218***	–,125***
Kontakt zu Ausländern in der Nachbarschaft	–,150***	–,108***	–,143***	–,049*
Kontakt zu Ausländern im Freundeskreis	–,272***	–,235***	–,296***	–,185***
Ungerechter Anteil am Lebensstandard	,180***	,197***	,177***	,218***
Wirtschaftslage der Befragten	,140**	,139***	,100*	,156***

n.s.= nicht signifikant; Korrelationen. *<0,05 = signifikant, **<0,01 = hoch signifikant, ***<0.001 = höchst signifikant

Quelle: Allbus 2016, eigene Berechnungen

Dies ist problematisch, weil Ostdeutsche sich häufiger ökonomisch benachteiligt fühlen und gleichzeitig deutlich weniger Kontakte zu Ausländer*innen haben als Westdeutsche. In der Familie haben nur 14 Prozent der Ostdeutschen Kontakt zu Ausländer*innen (vs. 32 Prozent bei den Westdeutschen). Noch krasser ist der Unterschied bei der Arbeit: Hier haben 61 Prozent der Westdeutschen, aber nur 35 Prozent der Ostdeutschen Kontakte zu Ausländer*innen. Nachbarschaftliche Kontakte zu Ausländer*innen pflegen über die Hälfte der Westdeutschen (53 Prozent), aber nur 20 Prozent der Ostdeutschen. Auch im Freundeskreis treffen Ostdeutsche kaum Ausländer*innen. Nur 34 Prozent der Ostdeutschen haben freundschaftliche Kontakte zu Ausländer*innen, aber 66 Prozent der Westdeut-

Baden-Württemberg
Bayern
Rheinland-Pfalz
Hessen
Nordrhein-Westfalen
Niedersachsen
Saarland
Schleswig-Holstein
Sachsen
Hamburg
Brandenburg
Bremen
Thüringen
Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen-Anhalt
Berlin
2017 1997
0 5 10 15 20 25 30

Abb. 10: Manifest rechtsextreme Einstellungen in der deutschen Bevölkerung
Quelle: LAS 2002–2018, eigene Berechnungen.

schen. Dies ist ein erheblicher Unterschied zwischen beiden Teilen Deutschlands. Zu bedenken ist, so banal es klingt, dass interkulturelle Kontakte nachweislich Vorurteile abbauen und eine nicht zu unterschätzende Maßnahme in der Rechtsextremismusprävention sind (Beelmann/Heinemann 2014). Dem Osten würde eine stärkere kulturelle Durchmischung vor diesem Hintergrund sicherlich nicht schaden.

4.5 Rechtsextreme Einstellungen

Ist Rechtsextremismus ein ostdeutsches und weniger ein westdeutsches Problem? Dies lässt sich mit den Daten der Leipziger Autoritarismusstudie (2002–2018) gut überprüfen. Abbildung 10 zeigt die Anzahl der Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Dabei handelt es sich um Personen, die bei allen 18 Rechtsextremismusaussagen in der Studie zustimmen. Wie sich zeigt, ist der Anteil der manifest Rechtsextremen in Ostdeutschland 2018 höher als in Westdeutschland. Allerdings war das nicht in allen Erhebungswellen so und der Unterschied liegt nur bei ca. 3 Prozentpunkten. Es sei allerdings angemerkt, dass es hier um Einstellungen geht, die nicht notwendigerweise in rechtsextremes Verhalten

münden. Eine Frage ist also, warum gerade in Ostdeutschland so viele Straftaten begangen werden und rechtsextreme Parteien gewählt werden, also warum es in dieser Region zu rechtsextremem Verhalten kommt.

Was sind die Gründe für rechtsextreme Einstellungen? Ein lineares Regressionsmodell auf Grundlage der Daten der Leipziger Autoritarismusstudie 2018 (Decker u. a. 2018) ergibt, dass in erster Linie der Autoritarismus, die Verschwörungsmentalität, die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage sowie die Anerkennung als Bürger*in eine wichtige Rolle spielen. Alle anderen Indikatoren sind entweder nicht signifikant oder so schwach, dass nur von einem minimalen Effekt ausgegangen werden kann. Dazu gehört auch die Variable Ost- bzw. Westdeutschland. Entscheidend ist hier also, dass in Ostdeutschland häufiger autoritäre Einstellungsmuster und auch eine ausgeprägtere Verschwörungsmentalität vorzufinden sind.

4.6 Divergierende Verständnisse von Demokratie, Revolution und Zivilgesellschaft

Der öffentliche Diskurs hat v. a. im Westen die neuen Bundesländer und insbesondere Sachsen längst als »Hochburg des Rechtsextremismus« identifiziert (Backes/Kailitz 2020). Dem steht gegenüber, dass die Institution der »Demokratie 30 Jahre nach dem Mauerfall eine breite Legitimität in West- wie auch in Ostdeutschland« besitzt (Pickel/Pickel 2020: 7).[10] Zu dieser kontroversen Einschätzung konnte es offenbar kommen, weil sich die Demokratie*verständnisse* vieler Ost- und Westdeutscher z. T. massiv unterscheiden. Ihrem Selbstverständnis nach sehen sich beispielsweise zahlreiche Pegida-Anhänger*innen als eine basisdemokratische Protestbewegung in der Tradition der Leipziger Montagsdemonstrationen von 1989 (vgl. Vorländer/Herold/Schäller 2016). Westliche Beobachter*innen und auch die quantitative Einstellungsforschung unterstreichen hingegen eher die rechtsextremistischen, fremden- und islamfeindlichen Züge von Pegida (z. B. Yendell/Decker/Brähler 2016).

Hintergrund dafür, dass auch die ihrem Selbstverständnis nach demokratieaffinen AfD-Wähler*innen, Teilnehmer*innen an Pegida-Demonstrationen oder auch nur ein diesbezüglich konformes Milieu aus der Mitte der Gesellschaft sich oft auffällig schwertun, sich von den eigentlich evident rechtsextremistischen Unterwanderungstendenzen der genannten Gruppierungen klar zu distanzieren, ist allem Anschein nach eine konkrete Entfremdung gegenüber der gesamtdeutschen Praxis der Demokratie. Von ihr fühlt sich eine große Gruppe Ostdeutscher heu-

10 Im Allbus 2018 sowie im Religionsmonitor 2017 gaben jeweils ca. 80 % der Ostdeutschen an, dass die Demokratie eine gute Regierungsform sei (vgl. Pollack 2020: 193).

te keineswegs angemessen vertreten (Pickel/Pickel 2020: 7), auch weil sie in ihren Alltagsbeobachtungen eine permanent mangelhafte ostdeutsche Beteiligung an politischen Entscheidungen wahrnehmen (Enders/Schulze/Ely 2016; Hensel 2019; Mau 2019). Deswegen stellen viele Ostdeutsche nicht die Demokratie als solche infrage, äußern aber Zweifel, ob sie im vereinten Deutschland wirklich funktioniert.[11]

Gewisse Sympathien für oppositionelle Bewegungen und Parteien wie Pegida und die AfD, die den gefühlten Missstand der Unterrepräsentation des Ostens im Sinne einer bürgernahen Demokratie aufgreifen und zu beheben beanspruchen, sind deswegen im Zweifelsfall sogar dann zu generieren, wenn die politischen Einstellungen und Sympathien ansonsten divergieren sollten. Im kollektiven Benachteiligungsgefühl von Ostdeutschen könnte also ein gemeinsamer Nenner liegen, der derzeit v. a. den Rechtspopulisten zugutekommt.

Bundesweite Umfragen bestätigen entsprechend, dass viele Ostdeutsche die eigene Gruppe nach wie vor als »Bürger zweiter Klasse« behandelt sehen, auch wenn wir den Triggerfaktor in den einschlägigen Frageformulierungen (siehe Abschnitt 4.1) nicht vergessen dürfen und die Tendenz ohnehin rückläufig ist. Denn während sich bei Umfragen von Emnid zwischen 2000 und 2010 jeweils um die 70 Prozent der Ostdeutschen entsprechend äußerten, waren es im Einheitsbericht 2019[12] noch 57 Prozent – eine gleichwohl sehr besorgniserregende Zahl. Diese spiegelt die auch in dieser Studie hypostasierte Identitätsdifferenz zwischen Ost und West wider, welche sich nach Pickel und Pickel »aus einer Mischung aus Emotionen, Transformationserfahrungen und beobachtbaren Ungleichheiten zusammensetzt«. Hierauf basierend kommen die beiden Autor*innen zu dem auch durch die vorliegende Studie bestätigten Fazit: »Die Ostdeutschen sehen sich nicht persönlich als Verlierer*innen der Wiedervereinigung (gerade einmal 20 Prozent; Sachsen-Monitor 2016–2018); sie sehen sich im Kollektiv als benachteiligte Identitätsgruppe« (Pickel/Pickel 2020: 7).

Jenes Gefühl der relativen Deprivation als ostdeutsches Kollektiv korrespondiert und korreliert insofern nicht zufällig mit einem wenigstens tendenziell unterschiedlichen Demokratieverständnis. Neben dem zentralen Aspekt, dass im Osten die Demokratie derzeit deutlich öfter als im Westen mit der direkten Macht und Souveränität des Volkes als mit einem repräsentativen Parlamentarismus assoziiert wird, sticht heraus, dass viele Ostdeutsche mit Blick auf den Mau-

11 Eine im Auftrag von DIE ZEIT 2019 durchgeführte Studie kam zu dem Ergebnis, dass nur 48 % der Ostdeutschen mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, sehr oder ziemlich zufrieden sind (zit. nach Pollack 2020: 192). Im Allbus 2018 sowie im Bertelsmann-Religionsmonitor 2017 lag dieser Wert noch deutlich höher bei 68 % bzw. 63 %.

12 https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2019.html

erfall 1989 in einer quasirevolutionären, zivilgesellschaftlichen Empörungsbewegung geradezu den Idealtypus der Volksherrschaft vermuten, ohne hinreichend zu registrieren, dass solche Bewegungen zugleich den inneren Selbstzerstörungsmechanismus der Demokratie heraufbeschwören können (vgl. Bischof/Quent 2017; Schumann 2018; Pollack 2020: 194ff.).

In diesem Kontext ist die Feststellung von Yendell, Decker und Brähler (2016) interessant, dass die Befürworter*innen von Pegida durchaus mehrheitlich die Demokratie als Idee gutheißen, allerdings gleichzeitig den Wunsch nach einer einzigen starken Partei haben, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert. Sogar autoritäre Einstellungen stehen nicht unbedingt im Widerspruch mit Demokratiebefürwortung (Pickel/Pickel/Yendell 2020), was wiederum deshalb gefährlich ist, weil autoritär konforme Milieus potenziell jedes politische System befürworten, dem sie sich autoritär unterwerfen müssen.

Was aber sozialen Empörungsbewegungen genauso als Grundvoraussetzung der Demokratie fehlt wie autoritären Persönlichkeiten, ist interpersonales Vertrauen sowie Vertrauen in demokratische Institutionen. Ohne ein solches Vertrauen lassen sich zwar im kollektiven Sozialgefühl von zivilgesellschaftlichen bzw. auch von revolutionären Protesten durchaus demokratische Machtmomente evozieren; ohne eine institutionelle Basis sowie Vertrauen in die hiervon angeleiteten Verfahrens- und Entscheidungsweisen ist eine Demokratie jedoch unmöglich zu verstetigen; sie degeneriert so am Ende zu einer allenfalls »simulativen« Form der Volksherrschaft (Blühdorn 2013). Von dem in Abschnitt 4.1 thematisierten, geringer ausgeprägten Vertrauen der Ostdeutschen in ihre Mitmenschen ist demzufolge anzunehmen, dass es sich ebenfalls in einer größeren Skepsis gegenüber demokratisch-repräsentativen Institutionen niederschlägt.

4.7 Selffulfilling Prophecy und globaler Strukturwandel

Schon Ende der 1990er Jahre machte eine Studie von Max Kaase und Petra Bauer-Kaase (1998) darauf aufmerksam, dass Ostdeutsche die Westdeutschen als Fremdgruppe ggf. nicht deswegen geringschätzten, weil sie sich in den Werten der Demokratie und/oder des Sozialismus von ihnen wirklich unterscheiden würden. Detlef Pollack und Gert Pickel (1998: 22) zogen daraus den Schluss, dass »die zur Konstruktion einer positiven ostdeutschen Identität vorgenommene negative Distanzierung von den Westdeutschen, wie sie inzwischen charakteristisch ist für einen Großteil der ostdeutschen Bevölkerung«, allgemein nicht »durch Wertdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen« bedingt sei. Die Gründe für derartige Ressentiments, die selbstverständlich auch umgekehrt festzustellen sind, waren demnach schon damals zuallererst in den wechselseitigen Wahrnehmungen

und subjektiven Entfremdungen zu suchen, aus denen sich der Ost-West-Gegensatz plausibel diskursiv konstituieren ließ. Pollack und Pickel (1998) ließen deshalb bereits in ihrer damaligen Perspektive durchklingen, dass die Abspaltung einer ostdeutschen von einer westdeutschen Identität sehr viel weniger das »Erbe des DDR-Sozialismus« als ein negatives »Produkt der Wiedervereinigung« sei.

Diese Art der Diskursmacht, die sogar jenseits vorhandener realer oder objektiver Differenzen einen wirkungsvollen Gegensatz zu konstruieren vermag, identifiziert und produziert in der Folge beinahe unausweichlich ihre Bestätigungen. Etwas salopp könnte man sagen, wer die Ost-West-Brille als übergreifendes Interpretationsmuster der Gegenwart erst einmal aufgesetzt hat, der wird dahinter auch immer verstärkt eine Teilung in Ost und West wahrnehmen, einfach, weil er oder sie bevorzugt nach Kontrasten und Gegensätzen sucht und nicht etwa nach Gleichem und Gemeinsamen, auf das der Blick ebenfalls gelenkt werden könnte. Mit anderen Worten: Ist erst einmal die Wahrnehmung einer gespaltenen Identität von Ost- und Westdeutschen etabliert, verstärkt und reproduziert sie sich bis zu einem gewissen Grad selbst, indem sie auch Aspekte und Entwicklungen als Bestätigung heranzieht, die im Grunde ganz anderen Ursachen zuzurechnen sind.

Auch wenn es sich empirisch derzeit nur schwer intersubjektiv verbindlich nachweisen lässt, weil die entsprechend korrelierenden Umfragedaten (noch) fehlen, spricht momentan vieles dafür, dass der allgemeine Strukturwandel aus Globalisierung und Digitalisierung heute nicht selten durch eine solche Ost-West-Brille gedeutet wird. Detlef Pollack (2020: 200f.) greift in seiner Monografie *Das unzufriedene Volk* dazu die These von Goodhart (2017, siehe auch Abschnitt 2.6) auf, um das Erstarken des Rechtspopulismus in den neuen Bundesländern zu erklären, das wie gesehen Ostdeutsche selbst häufig als Reaktion auf ihre empfundene Benachteiligung im gesamtdeutschen Vergleich begründen. Nach Pollack sei hingegen in ganz Europa derzeit eine »neue sozio-ökonomische und kulturelle Konfliktlinie zwischen Kosmopolitismus und Lokalismus im Entstehen begriffen«. Auf der einen Seite stünden dabei diejenigen, die vom Globalisierungsprozess profitieren, d. h. die »akademisch hochgebildeten, hochqualifizierten und hochmobilen Gruppen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur und Journalismus«, während die anderen, weniger hoch Gebildeten und beruflich weniger Flexiblen »die durch den Globalisierungsprozess bedrohten Güter: Nation, Heimat, Familie, Tradition und Herkommen« verteidigen. In ebendieser Hinsicht fühlen sich Letztere von rechtspopulistischen Parteien recht gut vertreten. In Ostdeutschland, wo es mehr ›Somewheres‹ gibt als in Westdeutschland, trete dieses Phänomen nun besonders stark auf und provoziere bei den Betroffenen sowohl soziale Abstiegsängste (Kohlrausch 2018) als auch die Sorge um die eigene kulturelle Identität, was Ressentiments gegenüber Zuwanderern erhöhe.

Was Pollack damit wenigstens implizit suggeriert, ist, dass dieser globale Hintergrund der nach wie vor bestehenden Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland in den eigenen Deutungsmustern zu sehr vernachlässigt, d.h. zu stark als ein innerdeutsches Problem wahrgenommen wird. Für unsere These des weitgehend konstruierten Identitätsgegensatzes zwischen Ost- und Westdeutschen bildet dies zumindest ein weiteres passendes Indiz, das empirisch künftig unbedingt weiterzuverfolgen ist.

5. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Analyse hat einige wichtige Erkenntnisse gebracht. Während sich nach der Wende die Ostdeutschen eher wenig mit der DDR verbunden fühlten, stieg die Verbundenheit mit den Erfahrungen der Nachwendezeit an und liegt bei leicht absteigender Tendenz heute bei immerhin knapp unter zwei Drittel der Bevölkerung. Diese Verbundenheit beruht allenfalls schwach auf objektiven Deprivationsfaktoren, sondern hängt v.a. mit der subjektiven Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage, der lokalen Verbundenheit, einer ethnisch geprägten Identität und mit dem Alter zusammen. Da diese Verbundenheit unter den Älteren tendenziell stärker ist, ist zukünftig mit einer starken Abnahme der DDR-Verbundenheit zu rechnen, sodass ein wichtiger Aspekt der derzeit starken »DDR-Gruppenidentität« verschwinden wird.

Die medial forcierte Behauptung, dass Ostdeutsche sich wesentlich häufiger als Westdeutsche als Bürger*innen 2. Klasse empfinden, bestätigen unsere Analysen nicht. Wenn man danach fragt, ob Personen sich als Bürger*innen 2. Klasse fühlen, stimmt dem ›nur‹ etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung zu. Im Osten ist die Zustimmung lediglich 6 Prozentpunkte höher als im Westen. Die medial verbreitete Nachricht, Ostdeutsche würden sich immer noch sehr häufig als Bürger*innen 2. Klasse empfinden, ist aus unserer Sicht eine Fehlinterpretation, denn bei den zitierten Umfragen wird die Gruppenidentität der Ostdeutschen durch die spezifischen Fragen in den Umfragen selbst getriggert (z.B. »Viele Menschen in Ostdeutschland fühlen sich 30 Jahre nach dem Mauerfall als Bürger 2. Klasse. Halten Sie diese Ansicht für richtig oder falsch?« oder »Ostdeutsche sind an vielen Stellen immer noch Bürger zweiter Klasse«). Diesen Aussagen wird häufig zugestimmt, auf der individuellen Ebene fühlt sich allerdings nur eine Minderheit der Ostdeutschen selbst als Bürger*in 2. Klasse. Auch stellen wir fest, dass Ostdeutsche nicht viel häufiger als Westdeutsche den Aussagen zustimmen, sie würden öfter als andere benachteiligt oder unfair behandelt. Lediglich geben Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche an, sie bekämen nicht, was sie eigentlich

verdienten. Dieser Unterschied ist bei den unterschiedlichen Verdiensten in Ost- und Westdeutschland wenig verwunderlich.

Das Defizit in Bezug auf die Anerkennung als Bürger*in lässt sich nicht durch einen ausgeprägten Ostfaktor erklären. Vielmehr hängt das Gefühl, Bürger*in 2. Klasse zu sein, in erster Linie von mangelnder Bildung, der negativen Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage (nicht aber Faktoren der objektiven ökonomischen Lage) und v. a. von einer ausgeprägten Verschwörungsmentalität und mangelndem Vertrauen ab. Wir haben es hier also mit Faktoren zu tun, die eng im Zusammenhang mit der Persönlichkeit und damit den individuellen Sozialisationserfahrungen verknüpft sind und eine Herausforderung für Präventionsmaßnahmen darstellen.

Passend zu den genannten Ergebnissen ist auch, dass Ostdeutsche insgesamt ihre eigene wirtschaftliche Lage, aber auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht viel schlechter einschätzen als die Westdeutschen. Problematisch ist allerdings, dass die Ostdeutschen – trotz einer eigentlich positiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage – häufiger als die Westdeutschen davon überzeugt sind, im Vergleich zu anderen keinen gerechten Anteil zu erhalten sowie als Kollektiv benachteiligt zu sein.

Wir stellen hier weniger eine individuell erfahrene Deprivationsproblematik als vielmehr eine konstruierte Gruppenidentität bei den Ostdeutschen fest, die erst durch den Vergleich mit den Westdeutschen getriggert wird und zu einem problematischen Narrativ führt, das die Spaltung der Ost-West-Identitäten verstärkt und reproduziert. Diese Problematik verschärft sich nochmals dadurch, dass den Ostdeutschen häufig unterstellt wird, rechtsextremer, ausländerfeindlicher und islamfeindlicher als die Westdeutschen zu sein. Auch hier zeigt ein differenzierter Blick auf die Daten, dass die Unterschiede zwar vorhanden, aber längst nicht so gravierend sind wie medial dargestellt und ein Ostfaktor allein kein hinreichendes Erklärungspotenzial leistet. Ein Großteil der ethnozentrischen und ausländer- bzw. islamfeindlichen Einstellungen lässt sich hingegen banalerweise durch den Umstand erklären, dass Ostdeutsche deutlich weniger Kontakte zu Ausländer*innen haben als Westdeutsche. Hier sehen wir de facto einen Unterschied zwischen ethnisch und religiös-pluralen und eher ethnisch-homogenen Regionen. Vor dem Hintergrund zunehmender Pluralisierung wird es eine Herausforderung sein, Menschen in Kontakt mit Angehörigen anderer Kulturen und Religionsgemeinschaften zu bringen, denn Kontakte bauen nachweislich Vorurteile ab. Hinderlich sind starre autoritäre Einstellungsmuster, die im Osten noch etwas ausgeprägter sind als im Westen Deutschlands. Hier spielen insbesondere autoritäre Erziehungsmuster in Familien, aber auch gesellschaftliche Zwänge eine Rolle.

Als problematisch erachten wir, dass rechtspopulistische Parteien und Bewegungen v. a. im Osten erfolgreich sind. Obwohl beispielsweise die Unterstüt-

zung von Pegida und auch die Wahl der AfD nachweislich eher fremdenfeindlich, islamfeindlich und in Teilen rechtsextrem motiviert ist, wird der Erfolg gern auf die ökonomischen und politischen Deprivationserfahrungen im Osten Deutschlands geschoben, obwohl die empirischen Belege dafür eher dünn sind. Nicht von der Hand zu weisen ist allerdings, dass das Gefühl der Benachteiligung, also die relative Deprivation als ostdeutsches Kollektiv in Verbindung mit mangelndem Vertrauen in die Demokratie und einer Affinität zu zivilgesellschaftlichen, dem Selbstverständnis nach demokratischen »Empörungsbewegungen« steht, die indes nicht selten populistisch deformiert sind und so den inneren Selbstzerstörungsmechanismus der Demokratie heraufzubeschwören drohen. Umso wichtiger ist es, das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und Werte wiederherzustellen, aber auch dem Narrativ des ›benachteiligten Ostdeutschen‹ mit empirisch belegten wissenschaftlichen Aussagen entgegenzuwirken, ohne tatsächliche Benachteiligungen zu verleugnen. Dies scheint uns umso wichtiger, weil dieses Narrativ bereits seinerseits zur Selffulfilling Prophecy geworden ist.

6. Handlungsempfehlungen

Aus der vorliegenden theoriebasierten und empirisch unterlegten Studie lassen sich mehrere konkrete Handlungsempfehlungen ableiten, wie die von der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« bezweckte positive Ausgestaltung des weiteren Vereinigungs- und Transformationsprozesses in Deutschland künftig zu unterstützen ist.

6.1 Mögliche Auswege aus einer Festschreibung der Ost-West-Spaltung

Die empirisch zu sättigende Einsicht in die soziale Konstruktion der gespaltenen kollektiven Identitäten in Ost- und West in Deutschland vermittelt gleichsam einen grundsätzlichen Hebelpunkt, wie jener gefährlichen und in vielfältiger Weise kontraproduktiven Spaltung auf der Ebene der Identitätspolitik zu begegnen ist. Anstatt daher den feststellbar problematischen Status quo in seiner Stabilität und Determination zu überschätzen, gilt es, die grundsätzliche Offenheit, Dynamik und Veränderbarkeit zu erkennen, die sozialen Identitätsbildungen gewöhnlich zugrunde liegen. Dies verlangt, nach gesellschaftlichen und politischen Wegen zu fahnden, die einen Kontrapunkt, ein Gegengewicht, eine alternative Dynamik zur binären Ost-West-Identität zu initiieren vermö-

gen. So könnten etwa durch spezielle Ausschreibungen mithilfe von öffentlichen Geldern innovative Projekte gefördert werden, die sich v. a. auf lokaler und regionaler Ebene durch eine Kooperation von Gemeinden, NGOs und/oder Unternehmen in Ost- und Westdeutschland auszeichnen. Dieser Weg wird im Übrigen auch von der Kontakthypothese als Mittel zum Abbau von Vorurteilen und Ressentiments suggeriert.

Darüber hinaus ist v. a. sprachlich in offiziellen Dokumenten, Verlautbarungen, politischen Stellungnahmen etc. so weit wie möglich darauf zu achten, die Teilung Deutschlands in einen West- und einen Ostteil bzw. in alte und neue Bundesländer nicht permanent zu bestätigen und dadurch performativ zu unterlegen, sondern stattdessen alternative regionalgeografische Einteilungen (z. B. Nord- und Süddeutschland, bevorzugte Nennung der einzelnen Bundesländer, Regionen, Städte und Gemeinden etc.) vorzunehmen. Besonderer argumentativer Widerstand ist zudem gegen alle Formen von Pauschalierungen zu leisten, die entlang an Klischees und Ressentiments den Osten vom Westen unterscheiden wollen. Die fehlenden Differenzierungen und haltlosen Verallgemeinerungen, die derzeit die identitäre Ost-West-Spaltung scheinbar unauflöslich festschreiben, spielen sich v. a. im Bewusstsein der Menschen ab und müssen entsprechend auch dort in allererster Linie aufgebrochen werden.

Kontraproduktiv wäre es nach dieser Lesart hingegen, etwa durch eine ›Selbstbesinnung‹ des Ostens oder eine spezifisch auf den Osten Deutschlands abgestimmte Kultur der Anerkennung (siehe Abschnitt 6.4) die Trennlinien zum Westen ungewollt fortzuschreiben. Eine exklusiv den Osten ins Visier nehmende Form der Identitätspolitik droht gemäß den in der vorliegenden Studie vertretenen und überprüften Forschungshypothesen womöglich sogar eine Art Gegenbewegung im Westen zu provozieren.[13]

Dem ambitionierten Unterfangen, die identitätspolitische Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland zu überwinden, kommen in diesem Zusammenhang einige neuere Forschungsergebnisse entgegen, die bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine »abnehmende Bedeutung des Ost-West-Unterschieds im Zeitverlauf« konstatieren (Faus/Hartl/Unzicker 2020: 8). Während im Westen die Wiedervereinigung ohnehin bereits weitgehend als historisches Ereignis wahrgenommen wird, welches das Leben im gegenwärtigen Deutschland eher marginal beeinflusst (ebd.: 6), sinkt auch im Osten mittlerweile der Anteil derer, die die nicht zu leugnenden Fehler und Versäumnisse der Wiedervereinigung in direkte Kausalität mit heutigen soziökonomischen und politischen Problemen stellen. Im »Vergleich der Generationen« werde stattdessen »deutlich, dass die Menschen mit wachsendem

13 Zum generellen Risiko von Identitätspolitiken, im Ergebnis weniger das Selbstwertgefühl der In-Group als vielmehr wachsende Vorbehalte (gegenüber) der Out-Group zu fördern, siehe Hidalgo 2020a.

zeitlichem Abstand zur Teilung und zur Wiedervereinigung dem Ost-West-Thema eine geringere persönliche Bedeutung beimessen und somit auch entspannter und offener damit umzugehen gelernt haben« (ebd.: 8). Diese Einsicht ist zwar keinesfalls mit der Auffassung zu verwechseln, es bestehe im Grunde gar kein akuter Handlungsbedarf mehr, da sich das Problem der Ost-West-Spaltung im Laufe der Zeit (und spätestens in der nächsten Generation) von selbst erledigen wird. Aber sie mahnt doch an, eine unter dem Strich verhältnismäßig optimistische Perspektive einzunehmen, was die künftigen Aussichten anbelangt, die Schatten der Vergangenheit hinter sich zu lassen.

Dass die Ost-West-Spaltung zu einem großen Teil als das gleichermaßen kritische wie komplizierte Erbe der deutschen Einheit gelten muss, die die politische Teilung Deutschlands überwunden und im Gegenzug eine sozialpsychologische Entfremdung provoziert hat, verlangt jedoch überdies von allen Handlungs- und Entscheidungsträger*innen, die mit der weiteren Gestaltung des Transformationsprozesses in Deutschland befasst sind, die auf diesem Wege auffindbaren Paradoxien sehr sorgfältig zu reflektieren. Denn nur im Bewusstsein, dass erst die gelingende Schaffung von Gemeinsamkeiten bzw. einer geteilten Lebensrealität die *Vergleichbarkeit* von biografischen Situationen auf individueller und kollektiver Ebene im Sinne der *Social Identity Theory* ermöglichen, sind vordergründige Problemanalysen oder gar Fehleinschätzungen der Gesamtlage im wiedervereinigten Deutschland zu vermeiden. Was daher v. a. Aladin al-Mafaalani (2018: 81) als »Paradox« einer erfolgreichen Integration von Migrant*innen ausgemacht hat, nämlich dass »der Konflikt (…) Ausdruck des Zusammenwachsens« ist, gilt für das Zusammenwachsen der alten und neuen Bundesländer in besonderem Maße.

Argumentativ übertragbar scheint es v. a. zu sein, dass die Kinder und Enkel früherer Einwanderer nach Deutschland heute oftmals nicht mehr damit zufrieden sind, ein größeres Stück vom (Wohlstands-)Kuchen abzukommen als ihre Eltern und Großeltern, sondern dass sie zunehmend die Rahmenbedingungen und Modalitäten (mit-)bestimmen wollen, unter denen die Produktion und Verteilung des Wohlstands überhaupt stattfindet. Im deutschen Wiedervereinigungsprozess ließe sich ein analoger Zusammenhang konstatieren, wonach auf die Dauer (und von einer absolut berechtigten Erwartung her gedacht) relative Verbesserungen der Situation in Ostdeutschland im Vergleich zum Westteil aktuell nicht mehr genügen, sondern dass – je länger der Mauerfall und der Systemgegensatz zwischen Bundesrepublik und DDR zurückliegt –, ungleiche Lebens- und Repräsentationsverhältnisse durch nichts mehr zu rechtfertigen sind. In Erinnerung an den Tocqueville-Effekt (siehe Abschnitt 2.2) sei an dieser Stelle daher nochmals daran erinnert, dass steigende Erwartungen im Normalfall eine Begleiterscheinung von Erfolgen sind, die es im Gegenzug umso unerträglicher

wirken lassen, wenn einzelne oder auch Gruppen aus ihrer Sicht unzureichend an solchen kollektiven Erfolgen partizipieren.[14]

Mit anderen Worten: Dass viele Menschen aus dem Osten heute das subjektive Gefühl der Benachteiligung gegenüber dem Westen artikulieren und sich dieses subjektive Gefühl wenigstens z. T. auch tatsächlich mit objektiven Faktoren flankieren lässt, ist bei näherem Hinsehen weniger als Defizit des Transformationsprozesses zu bewerten, sondern vielmehr als Form der Begehrlichkeit, die sich *ohne* die (nichtsdestoweniger gewaltigen) sozioökonomischen und auch politischen Erfolge der deutschen Einheit im Zweifelsfall gar nicht (mehr) einstellen würde. Jener paradoxe Zusammenhang zwischen Einheit und Spaltung gilt es auch im Hinblick auf die weiteren Handlungsempfehlungen zu berücksichtigen.

6.2 Vermeidung einer (rechtspopulistischen) Identitätsfalle

Es ist kaum zu leugnen, dass das programmatische und rhetorische Angebot rechtspopulistischer Akteure wie der AfD momentan bevorzugt in den neuen Bundesländern ein dort seit Längerem gewachsenes, sozialpsychologisch tief verwurzeltes Identitäts*bedürfnis* adressiert und bis zu einem gewissen Grad auch zu stillen vermag. Ein lediglich rationales Bewusstmachen der Tatsache, auf welch selektive sowie widersprüchlich bleibende Weise Rechtspopulist*innen ihre Art der Identitätspolitik bzw. der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« (Heitmeyer 2002–2011) forcieren, wird als Gegenstrategie mithin kaum ausreichen.

Die politischen Gegner*innen und Kritiker*innen des Rechtspopulismus haben sich daher unweigerlich bewusst zu machen, wie leicht einseitig zugespitzte, verkürzte Debatten wie die missverständliche Frage, ob ›der‹ Islam zu Deutschland gehört oder nicht, Gefahr laufen, in eine mit Bedacht ausgehobene Identitätsfalle zu tappen. Schließlich wird die von Rechtspopulist*innen in diesem Beispiel forcierte identitätspolitische Reduzierung der Religion als bloßes Merkmal der Zugehörigkeit zu einem Kollektiv durch eine derartige Fragestellung performativ übernommen, ganz so, als würde der Glaube an eine bestimmte Religion

14 Eine ähnliche Paradoxie, in welcher der Nexus zwischen Einheit und Spaltung transparent wird und auf die an dieser Stelle nicht ausführlicher eingegangen werden kann, betrifft al-Mafaalanis Hinweis, dass heute v. a. gut integrierte Einwanderer das Selbstbewusstsein aufbringen, um von der alteingesessenen Bevölkerung die Anerkennung ihrer eigenen sprachlichen und religiösen Identität zu verlangen, während Letztere häufig erwartet, die Migrant*innen mögen sich anpassen oder sogar assimilieren. Auf die Frage der Ost-West-Identität gemünzt, ließe sich demnach das (sich momentan verstärkende) Pochen auf eine ostdeutsche Identität wenigstens bis zu einem gewissen Grad auch als Ausdruck einer komfortableren Position interpretieren, in der sich Ostdeutsche heute im Vergleich zu ihrer dramatisch neuen, unsicheren und oftmals orientierungslosen Lage 1989 wähnen.

die Identität von Individuen ultimativ determinieren. Sogar für den Fall, dass die Frage, ob ›der‹ Islam oder ›die‹ Muslime zu Deutschland oder zu Europa gehören, positiv beantwortet wird, hat der oder haben die Fragensteller damit zumindest die Möglichkeit eingeräumt, sie argumentativ *verneinen* zu können. Dies erweckt den gewollten oder nicht gewollten Eindruck, als stünde es überhaupt zur Disposition, dass Muslime in den europäischen Demokratien trotz der garantierten Religionsfreiheit nicht willkommen sein könnten oder dass sie ihre religiösen Überzeugungen aufgeben müssten, wollten sie sich integrieren.

Das prekäre Resultat solch verkürzter Debatten ist es, dass die Option förmlich abgeschenkt wird, die auch hier notwendigen Differenzierungen vorzunehmen. Dass es unter Muslim*innen wie Christ*innen und anderen Religionsgemeinschaften bzw. auch Säkularen stets Radikale und Gemäßigte, Fanatiker*innen und Tolerante, Integrationswillige und -unwillige, Strenggläubige und lediglich formelle Mitglieder gibt, droht im Zuge dessen unterzugehen. Anstatt daher das strikte Freund-Feind- und Schwarz-Weiß-Denken der Rechtspopulist*innen zu übernehmen (was im Übrigen auch geschieht, wenn Muslim*innen pauschal als Opfer, Diskriminierte, moralisch bessere Menschen dargestellt werden), muss eine angemessene, problembewusste politische Debatte solche und andere gefährliche Dichotomien aufbrechen.

Für die weitere Gestaltung des Transformationsprozesses in Deutschland 30 Jahre nach der Einheit ist die Vermeidung der beschriebenen Identitätsfalle umso wichtiger und zentraler, als sich wie gesehen die unterschiedlichen Identitätskonstruktionen im Osten und Westen derzeit nicht zuletzt an der Frage *Homogenität vs. Pluralität* entzünden. Deshalb greift die in Abschnitt 2.1 mit Amartya Sen assoziierte stereotype Reduzierung von Identität auf *ein* hervorstechendes Merkmal, wie es bei der pauschalen Entgegensetzung von Orient und Okzident, muslimischer und christlich-abendländischer Welt auf besonders einprägsame Weise geschieht, zumindest bis zu einem bestimmten Grad auf das deutsch-deutsche Verhältnis aus. Das an dieser Stelle angemahnte, möglichst umfassende Aufbrechen von identitätspolitischen Stereotypen im Sinne der Vermeidung, Modifizierung oder auch expliziten Infragestellung von Debatten und Diskursen, die die höchst notwendigen Differenzierungen vermissen lassen, könnte und würde daher voraussichtlich auch einen indirekten Effekt auf die (Wieder-)Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschen ausüben.

Die dazu unausweichliche und überparteilich zu arrangierende Verständigung darüber, was eine gesamtdeutsche Identität unter den aktuellen Bedingungen eigentlich ausmacht, hat tunlichst Stereotypen und Pauschalierungen zu vermeiden. Darum ist als weitgehend ergebnisoffene Frage zu diskutieren, inwieweit es nach wie vor einer nationalen, kulturell-historisch und sprachlich vermittelten kollektiven Identität obliegt, eine faktisch zunehmend plurale, kulturell und

religiös vielfältige Gesellschaft wie die deutsche zusammenzuhalten und welche Spielräume umgekehrt für Differenz und Anderssein ermöglicht, geschützt und bei Bedarf auch offensiv verteidigt werden sollten. Die Verwendung belasteter Begriffe wie die kontroversen Konzepte »Leitkultur« (vgl. Tibi 1996, 2001, 2002) und »Multikulturalismus« (Taylor 2009) sind zur Initiierung einer solchen Debatte voraussichtlich wenig hilfreich, auch weil etwa das Konzept ›Leitkultur‹ rechtspopulistisch längst instrumentalisiert und ausgeschlachtet wird.[15] Der Sache nach aber wäre es von im Zweifelsfall entscheidender Bedeutung, das unvermeidliche Changieren und Oszillieren der Demokratie zwischen Konsens und Konflikt, Wertepluralismus und Werteeinheit (vgl. Tibi 1996; Hidalgo 2014, Kapitel 3.4) als Rahmenbedingung für eine fruchtbare politische Debatte zum Thema der gesamtdeutschen Identität zu akzeptieren.

6.3 Prävention autoritärer Einstellungsmuster, Herstellung von (interpersonellem) Vertrauen und Empathie

Autoritäre Einstellungsmuster, mangelndes interpersonelles Vertrauen und Verschwörungsmentalitäten sind im Osten noch häufiger als im Westen vorzufinden und können die Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen hinsichtlich der politischen Kultur z. T. erklären. Da sowohl Autoritarismus, Vertrauen und der Hang zu Verschwörungsideologien ihren Nährboden in der frühen Sozialisation haben, ist ein langfristiger Ausbau der Präventionsarbeit v. a. im Kinder- und Jugendbereich dringend erforderlich.

Entlang der in der Soziologie üblichen analytischen Trennung zwischen Mikro-, Meso- und Makroebene lassen sich in Anlehnung an Beelmann (2017: 30ff.) folgende Empfehlungen formulieren: Auf der Makroebene müssen v. a. Intergruppen- und Ressourcenkonflikte in den Blick genommen werden, die das kollektive Bedrohungserleben einer Gruppe befördern. So können beispielsweise die einseitigen Medienberichte und die politischen Reaktionen auf Terroranschläge das kollektive Bedrohungserleben intensivieren, Gruppenidentitäten in Abgrenzung zu anderen stärken und zu einer Spirale der Gewalt führen. Die Reaktionen auf islamistische Terroranschläge sind aus sozialpsychologischer Sicht problematisch und sollten überdacht werden. Das fängt an mit Aussagen nach Anschlägen wie »Das war ein Angriff auf die westliche Demokratie«, weil damit unbewusst Terroristen in ihrem angeblichen politischen Freiheitskampf beflügelt werden und gleichzeitig die Spaltung in eine westliche und eine islamische Welt und ent-

15 Dazu etwa das »Positionspapier der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag als Beitrag zur Debatte um die deutsche Leitkultur« (http://docs.dpaq.de/13546-leitkultur__identit_t__patriotismus.pdf) (abgerufen 25.9.2020).

sprechende Gruppenidentitäten verstärkt werden, bis hin zu Vergeltungsschlägen, die zur Eskalation und weiterer Radikalisierung führen. Zudem sollte die Beseitigung sozialer Ungleichheiten und Armut politische Priorität haben, zumal diese oftmals mit Viktimisierungserfahrungen einhergehen und ein Nährboden für Rechtsextremismus sind. Darüber hinaus ist die Herstellung eines politisches Klimas mit positiven Normen wie Demokratie, Gleichheit, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Ächtung von Gewalt, Achtung von Diversität und Vertrauen in staatliche Institutionen wichtig, v.a. in den Regionen, in denen Rechtsextremismus zur Normalität geworden ist und fast schon das einzige Kulturangebot für junge Menschen darstellt. Darüber hinaus sind die Familien als Nährboden autoritärer und antidemokratischer Einstellungen in den Blick zu nehmen. Besonders problematisch sind Familien mit einem normativ-autoritären Klima, dysfunktionale Familien und psychopathologische Eltern. Hier bieten sich Familienberatungen zur Förderung der kindlichen Entwicklung und kognitiven Fertigkeiten von Kindern an.

Zudem ist der Abbau problematischer Identitätskonstruktionen, der Aufbau von Empathie und Moral und die Aneignung von Medienkompetenz von Bedeutung. Nachweislich sind Maßnahmen wie Empathietrainings, Perspektivwechsel, interkulturelle Kontakte und Stärkung des Selbstwertgefühls förderlich, um Autoritarismus und ethnozentrische Einstellungen sowie Rechtsextremismus abzubauen (siehe auch Beelmann/Heinemann 2014). Dabei gilt der Grundsatz, dass Demokratie ohne Mitgefühl und Empathie nicht funktionieren kann. Eine solche Empathie ist auch notwendig, um die Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland zu überwinden. Wichtig sind u.a. auch Diversity Trainings, kooperative Lernmethoden in kulturell heterogenen Lerngruppen sowie Kontaktmaßnahmen, da interkulturelle Kontakte nachweislich helfen, Vorurteile abzubauen. Dies ist insbesondere im Osten Deutschlands relevant, wo nur sehr wenige Menschen überhaupt in Kontakt mit Menschen aus verschiedenen Kulturen kommen.

6.4 Schaffung einer alternativen, gesamtdeutschen Anerkennungskultur und Förderung von Kontakten und Gesprächsangeboten zwischen und jenseits der Ost-West-Identität

Im öffentlichen Diskurs wird derzeit nicht selten moniert, dass die Anerkennung der Lebensleistung von Ostdeutschen im Kontext der Wiedervereinigung in prekärer Weise vernachlässigt wurde. Entsprechend sei es höchste Zeit, sowohl die Rolle der DDR-Bürger*innen für die friedliche Revolution und den Mauerfall adäquat zu würdigen als auch der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Menschen aus den neuen Bundesländern – wider einem gegenläufigen Narrativ im

Westen – im Prozess der deutschen Einheit die Hauptlast zu schultern hatten. Vor dem Hintergrund der vorliegenden Studie wäre allerdings zu befürchten, dass eine einseitige Hervorhebung der unbestrittenen Leistungen und Opfer der Ostdeutschen tendenziell kontraproduktiv für die anzustrebende Überwindung der ›Mauer in den Köpfen‹ wirken könnte. Ohne die offenkundigen Versäumnisse im Einheitsprozess beschönigen und Ostdeutschen die Berechtigung einer separaten Anerkennung ihrer Lebensleistung absprechen zu wollen, weisen die Verfasser gleichwohl darauf hin, dass der Versuch einer nachholenden narrativen Kompensation von Anerkennungsdefiziten gegenüber Ostdeutschen von den Betroffenen nicht nur leicht als bewusst inszeniertes identitätspolitisches Manöver durchschaut, sondern zugleich als Lippenbekenntnis empfunden werden könnte, das an den historischen Fakten und Versäumnissen nichts mehr zu ändern vermag – ganz abgesehen davon, dass ein solcher Versuch die Ost-West-Spaltung unfreiwillig bestätigen würde.

Hinzu kommt, dass wir im empirischen Teil der vorliegenden Studie ausgiebig darauf rekurriert haben, dass Ostdeutsche im Vergleich zu Westdeutschen individuell betrachtet gar keinen signifikant größeren Mangel an Anerkennung artikulieren, sondern sich lediglich als Kollektiv *im Vergleich* mit Westdeutschen tendenziell zu wenig anerkannt fühlen, eine Art der Zurücksetzung, die Westdeutsche wiederum oftmals nicht nachvollziehen können. Auch in diesem Zusammenhang geht es also in erster Linie darum, zu verhindern, dass Ost- wie Westdeutsche immer dann, wenn sie sich miteinander vergleichen, dies primär mit negativen Attributen und Kategorien belegen und sich dabei gegenseitig Unverständnis und einen Mangel an Anerkennung vorwerfen.

Stattdessen wäre es dringend angebracht, ein Narrativ zu entwickeln und zu fördern, das die deutsche Einheit in ihren Errungenschaften wie auch ihren Unzulänglichkeiten als *gemeinsame* Anstrengung, Leistung und Verantwortung von Ost- *und* Westdeutschen begreift. Dass in dieser die Rolle aller Beteiligten würdigenden Erzählung auch die Erfahrungen und Lebensleistungen der Ostdeutschen in besonderer Weise berücksichtigt werden müssen, versteht sich von selbst. Noch weitaus wichtiger aber wäre es, die friedliche Revolution zusammen mit der deutschen Einheit als ein höchst bemerkenswertes, epochales und grandioses Werk zu schätzen, an dem Ost- wie Westdeutsche gleichermaßen einen unentbehrlichen Anteil hatten (und haben) und dessen gewaltige Schwierigkeiten und Herausforderungen unter dem Strich und allen Fehlern zum Trotz im Ganzen doch sehr zufriedenstellend gemeistert wurden. Mit Blick auf die wechselvolle Geschichte Deutschlands und auch anderer Länder sollte hier bei aller Berechtigung, über noch immer bestehende Defizite und Mäkel im Einigungs- und Transformationsprozess zu reden, nicht unter den Tisch fallen, dass es sich um ein historisch einmaliges Bravourstück handelt, auf das alle Menschen, die daran

beteiligt waren und sind, zu Recht stolz sein dürfen. Eben diese Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschen darüber, dass sowohl die eigene Leistung als auch die Leistung der anderen möglichst paritätisch, unparteiisch und differenziert zu würdigen ist, sollten die öffentliche Hand, politische Stiftungen sowie schulische und außerschulische Träger im Bildungswesen mit entsprechend gewidmeten Veranstaltungen, Projekten und Gesprächskreisen aktiv flankieren und unterstützen.

In denselben Zusammenhang fällt die Tatsache, dass es die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern nach wie vor sehr bedauert, wie wenig von dem, was in der DDR einstmals gut funktioniert hat, nach der Einheit übernommen wurde (dies sehen nach einer aktuellen Umfrage nicht weniger als 84 Prozent der Ostdeutschen und immerhin auch 48 Prozent der Westdeutschen so, vgl. Faus/Hartl/Unzicker 2020: 6). Entsprechend ist darauf zu achten, dass der einschlägige politische Diskurs in Zukunft mehr Raum erhält als in der Vergangenheit. In dieser Hinsicht wäre es beispielsweise denkbar, lokal wie regional oder sogar bundesweit Gesprächs- und Diskussionsrunden mit Bürger*innen aus den neuen und alten Bundesländern zu organisieren, die in Präsenzveranstaltungen oder Videokonferenzen sowie als repräsentative Mini-Publics konkrete Vorschläge erarbeiten und erörtern, welche institutionellen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die in der früheren DDR etwa im Hinblick auf Kinderbetreuung, soziales Engagement sowie zur Herstellung einer Solidargemeinschaft positive Erinnerungen hinterlassen haben, womöglich auch im vereinten Deutschland Aufgaben übernehmen könnten. Mit derartigen Angeboten würden die staatlichen Stellen und Behörden nicht nur die Bereitschaft demonstrieren, aus Fehlern zu lernen und Versäumtes im Sinne einer bürgernahen Politik nachzuholen, sondern es würde auch sehr konkret an einem identifizierten Defizit im Ost-West-Verhältnis ansetzen. Denn während mehr als drei Viertel der Westdeutschen (76 Prozent) in der Solidargemeinschaft ein »prägendes Element Deutschlands erkennen, sind es im Osten mit 63 Prozent erkennbar weniger« (Faus/Hartl/Unzicker 2020: 8). Dies stellt eine in jedem Fall auffällige Korrelation mit dem eingangs in diesem Absatz erwähnten Bedauern dar, dass positive Erfahrungen aus der DDR zu wenig in den deutschen Einigungsprozess eingeflossen sind. Und nachdem auch knapp die Hälfte der Westdeutschen auf dieser Ebene Nachholbedarf erkennt, wäre ein Versuch in diese Richtung definitiv zu wagen, zumal die vorliegende Studie nahelegt, dass ein solches Unterfangen nicht als Konzession an eine prekäre Sehnsucht nach der untergegangenen DDR auszulegen wäre. Stattdessen wäre es eine Möglichkeit, dem berechtigten Wunsch nach größerer Anerkennung der Ostdeutschen als *Kollektiv* nachzukommen, ohne damit unfreiwillig die gefühlte Spaltung zwischen einer Ost- und einer West-Identität weiter zu vertiefen.

Mit Blick auf das in diesem Abschnitt angesprochene Ziel einer Verbesserung und Vertiefung der gesamtdeutschen Identität mithilfe einer alternativen Anerkennungskultur, welche die jeweiligen Befindlichkeiten und Anerkennungswünsche in Ost- wie Westdeutschland gleichermaßen berücksichtigt, ist schließlich noch auf einen weiteren Aspekt zu verweisen. So fällt auf, dass die Ansicht, Deutschland mache »vieles besser als andere Länder«, mehrheitlich v. a. bei Deutschen mit Migrationshintergrund (76 Prozent) auf positive Resonanz stößt, während der Anteil der Westdeutschen, der dieser Aussage zustimmt, etwas geringer ausfällt (72 Prozent). Die Zustimmung der Ostdeutschen zu dieser Aussage liegt hingegen nur bei 63 Prozent, wobei die dazu geführten qualitativen Interviews belegen, dass gerade Ostdeutsche jenen Standpunkt bevorzugt mit dem Verweis auf in Westdeutschland geprägte Narrative wie das »Wirtschaftswunder« oder »Made in Germany« als Qualitätssiegel für in Deutschland produzierte Waren begründen, während sie die DDR-Geschichte weitgehend ausblenden (Faus/Hartl/Unzicker 2020: 7). Das heißt, es fehlt offensichtlich an autochthonen Chiffren, mit deren Hilfe Ostdeutsche ein positives (Selbst-)Bild von und auf Gesamtdeutschland gewinnen können. Umso wichtiger wäre es, auf Basis eines differenzierten Bildes der DDR die damit verbundenen positiven Assoziationen der sozialen Sicherheit, Gemeinschaftlichkeit und Solidarität für die Affirmation einer gesamtdeutschen Identität zu nutzen bzw. diese wenigstens ein Stück weit zu reanimieren. Die unstrittig negativen, unfreiheitlichen und diktatorischen Seiten des SED-Regimes sollten und brauchen dafür im Gegenzug nicht verharmlost werden.

6.5 Vertrauen in demokratische Diskussionsflächen und symbolische Gegensteuerung

Von immenser Bedeutung wird es in den kommenden Jahren insgesamt sein, einen möglichst offenen, differenzierten Diskurs über Problemkreise und Versäumnisse, aber auch Fortschritte und Erfolge im deutsch-deutschen Transformationsprozess zu führen. Dabei ist das ehrliche Einräumen vormaliger Fehleinschätzungen auf beiden Seiten dringend anzumahnen, damit in den Bevölkerungen im Osten und Westen nicht der Eindruck entsteht, man würde eigene Verantwortung abwälzen und sich vor einer seriösen, lösungsorientierten Debatte drücken. Gerade bei einem derart sensiblen Thema wie der Spaltung der Nation, bei dem in der Vergangenheit die eigentlichen Problemkomplexe zu oft unter den Tisch gekehrt worden sind und insbesondere die Menschen aus dem Osten das Gefühl bekamen, in ihren Anliegen und berechtigten Interessen nicht ausreichend ernstgenommen zu werden, ist eine vergleichsweise schonungslose Aufarbeitung

feststellbarer Defizite sowie ein Austarieren sozioökonomischer und politischer Schieflagen dringend erforderlich. In jedem Fall aber ist beim Aufgreifen und Fortführen einer solchen öffentlichen Debatte darauf zu achten, dass die im bisherigen Einigungsprozess kultivierten wechselseitigen Ressentiments gegenüber dem ›Besser-Wessi‹ bzw. dem ›Jammer-Ossi‹ nicht gleichermaßen unfreiwillig wie unnötig bestätigt und perpetuiert werden.

Getragen werden muss eine solche Debatte von einem prinzipiell sehr ausgeprägten Vertrauen in demokratische Strukturen, Werte und Entscheidungsverfahren, die eine Regelung von Konflikten jenseits von Rechthaberei und Diffamierung politischer Gegner*innen und Gegenmeinungen ermöglichen. Der im Rahmen einer demokratischen Debatte sowohl zulässige als auch authentische *Pluralismus* der Perspektiven richtet sich zum einen gegen den derzeit oft vermittelten (und angesichts der sozial konstruierten Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschen überaus kontraproduktiven) Eindruck, in Fragen des weiteren Transformationsprozesses gehe es lediglich um eine Balancierung von zwei nahezu monolithischen Überzeugungs- und Interessensblöcken. Eine offene demokratische Debatte würde hingegen unausweichlich transparent machen, dass in Fragen der Gestaltung der Transformation dem Grund nach gar keine Ost-West-Dichotomie existiert, sondern dass vielmehr auch *innerhalb* des Westens wie Ostens eine an sich sehr heterogene Interessenlage besteht, die das Spektrum der demokratischen Parteien abzudecken hat. Eine darauf ausgerichtete demokratische Debatte, die jene unterschiedlichen Interessen zum Vorschein bringt, würde zum anderen auch einer der Hauptursachen für das Erstarken des Rechtspopulismus in ganz Europa vorbeugen, nämlich dem wirkungsmächtigen Narrativ, dass sich die traditionellen sozialdemokratischen, liberalen, konservativen und nicht zuletzt ökologischen Parteien inhaltlich allesamt dermaßen angenähert haben, dass zwischen ihnen eigentlich gar kein substanzieller Unterschied mehr auszumachen ist (vgl. Mouffe 2007: 87ff.). Dies erleichtert es rechtsradikalen Parteien wie der heutigen *Alternative für Deutschland* (AfD), sich – nomen est omen – für nicht wenige Menschen überzeugend als de facto einzige Partei zu inszenieren, die die Interessen der Menschen im Osten wirklich noch repräsentiert. Letzteres droht sich dadurch nochmals zu verstärken, wenn sich alle anderen Parteien geschlossen gegen die AfD stellen, sie aus dem politischen Diskurs ausgrenzen und dabei ihre durchaus vorhandenen eigenen Kontroversen und Streitfragen tendenziell ausblenden.

Diese Bemerkungen sind indes keinesfalls als Aufforderung zu verstehen, den politisch mittlerweile eindeutig als rechtsradikal, völkisch und wenigstens in Teilen verfassungsfeindlich einzustufenden Zielen und Positionen der AfD ein breiteres Forum anzubieten als in der Vergangenheit und sie dadurch womöglich nur umso salonfähiger zu machen. Zur adäquaten Einschätzung der dazugehö-

rigen Handlungsempfehlung ist das Augenmerk stattdessen auf den Aspekt der (Selbst-)Beobachtung des Umgangs bzw. des Diskurses *mit* der AfD zu legen. In dieser Hinsicht haben sich alle Politiker*innen, Staatsbedienstete etc., die in einer öffentlichen Kontroverse mit der AfD konfrontiert sind, permanent das strategische Hauptziel dieser Partei zu vergegenwärtigen, nicht etwa Probleme zu identifizieren, um sie konstruktiv angehen und bestenfalls sogar lösen zu können, sondern durch das förmliche Herbeireden einer (apokalyptischen) Krisenstimmung die Legitimität aller anderen Parteien in Zweifel zu ziehen und sich selbst gleichzeitig als ultimativen Ausweg aus der Krise zu präsentieren. Eine sachliche Auseinandersetzung und Verständigung über konkrete Themen ist mit der AfD daher praktisch ausgeschlossen. Was die Partei aber stattdessen (insbesondere durch Personen wie Björn Höcke) versucht, ist, sich selbst als Opfer zu inszenieren und eine ggf. erfolgende Ausgrenzung durch die anderen Parteien entlang einer perfiden Doppelargumentation auszuschlachten: erstens, indem die AfD gegenüber ihren potenziellen, neu zu gewinnenden Sympathisanten*innen, Unterstützer*innen und Wähler*innen behauptet, dass die anderen Parteien nur deshalb die Auseinandersetzung mit Repräsentant*innen der AfD scheuen, weil sie gegen die Wahrheit ihrer Argumente nicht ankommen; und zweitens, indem sie dadurch erst recht den Nimbus beansprucht, alle diejenigen in Deutschland zu vertreten, deren angeblich berechtigte Anliegen die anderen Parteien ignorieren.

Dass diese subjektiv Zu-kurz-Gekommenen heute eher im Osten als im Westen Deutschlands zu akquirieren und rekrutieren sind, hat vor dem Hintergrund der Ergebnisse der vorliegenden Studie weniger damit zu tun, dass im Osten rechtsradikale und autoritäre Einstellungen wirklich so viel stärker verbreitet wären als im Westen. Jedoch bietet das nicht zuletzt durch den deutschen Einigungsprozess hervorgerufene Sozialgefühl der relativen Deprivation vieler Ostdeutscher aktuell für die AfD ein sehr willkommenes und einträgliches Umfeld, in dem sie sich als deren Anwältin aufspielen kann. Kommunikationsstrategisch ist es für alle demokratischen Parteien deshalb umso unerlässlicher, dem fatalen und von der AfD selbst massiv geschürten Eindruck vorzubeugen, sich notwendigen politischen Auseinandersetzungen entziehen zu wollen. Eigentliche Adressat*innen der daraus logisch resultierenden und im Kontext unserer Handlungsempfehlungen auch anzumahnenden Debatte, in der auch die Stimme der AfD zu hören sein wird, sind allerdings nicht diejenigen, die dezidiert rechtsextreme und demokratiefeindliche Ziele verfolgen. Bei ihnen greifen am Ende nur die Regelungen des Strafrechts und Verfassungsrechts. Überzeugt werden aber könnten alle diejenigen, die in den bisherigen Auseinandersetzungen mit Vertreter*innen der AfD das Gefühl bekommen haben, dass die realen Probleme, die die AfD anspricht und für ihre Agenda instrumentalisieren will – z. B. die Integrationspolitik, soziale Sicherheit, die wachsende Schere zwischen Arm und Reich, aber eben auch

die Defizite im Wiedervereinigungsprozess, die Lebensverhältnisse im Osten oder die gesamtdeutsche Repräsentation der Bürger*innen in den neuen Bundesländern –, unter den Teppich gekehrt werden.

Das Vertrauen in die Demokratie und ihre Kapazitäten, die angesprochenen realen Probleme zu entschärfen, ist für alle Parteien, die heute mit der AfD um Wählerstimmen konkurrieren, aus den genannten Gründen wichtiger denn je. Dabei geht es in der Hauptsache um eine *symbolische Gegensteuerung* gegenüber dem in West und Ost populären Narrativ der AfD als Partei, die das politische Stimmungsbild sowie die Einstellungslage im Osten Deutschlands authentisch widerspiegelt. Richtig daran ist, dass die AfD derzeit von der identitätspolitischen Spaltung Deutschlands am meisten profitiert. Diese Spaltung möglichst bald wieder aufzubrechen, heißt somit zugleich, der AfD einen wesentlichen Teil ihres Nährbodens zu entziehen.

Überwiegend auf der symbolischen Ebene aber spielt sich die hierfür notwendige und einschlägige Art der politischen Gegensteuerung deswegen ab, weil es sich – wie unsere Studie fast schon penetrant unterstreicht – um konstruierte Identitäten handelt, die viele Ost- und Westdeutsche derzeit (wieder) voneinander trennen. Nicht zufällig geht es in der politischen Auseinandersetzung mit der AfD daher auch nicht primär um reale Erfolge, die der Krisenrhetorik der AfD entgegenzuhalten wären, da sie solche sachlichen Argumente ohnehin mit der Präsentation eigener Zahlen, ›Alternativer Fakten‹, Fake News oder nicht falsifizierbarer Verschwörungsszenarien kontert. Statt sich in einem derartigen Windmühlenkampf abzunutzen und aufzureiben, ist es vielmehr anzuraten, der in ganz Deutschland verbreiteten Vorstellung, die AfD repräsentiere auf ihre Weise den Osten, so intensiv und auf so vielen Feldern wie möglich entgegenzuwirken.

Solche symbolische Gegensteuerung gegenüber der vordergründigen Gleichung »Ostdeutschland = starke AfD« wird einerseits verlangen, subjektiven Unzufriedenheiten und Ungerechtigkeitsgefühlen, die Menschen aus den neuen Bundesländern ihrem Selbstbild nach entsprechend häufig als Hauptgrund für ihre Unterstützung der AfD oder (vormals) der Protestbewegung Pegida angeben (vgl. Vorländer/Herold/Schäller 2016), mehr Gehör zu schenken als bis dato. Auf der anderen Seite sollte nicht vergessen werden, dass rechtsradikale Einstellungen und damit das Wählerpotenzial für entsprechende Parteien im Westen wie Osten seit vielen Jahrzehnten relativ konstant um einen Anteil von ca. 20 Prozent oszillieren. Dass es der AfD heute bevorzugt im Osten gelingt, dieses Potenzial tatsächlich abzuschöpfen, ist insofern nicht wirklich als akute Krise der Demokratie zu bewerten und sollte das Vertrauen in ihre Konsolidierung für sich betrachtet nicht erschüttern. Problematischer scheint hingegen, dass die AfD heute v. a. im Osten noch zusätzliche Stimmen aus einem vergleichsweise konformen, opportunistischen Milieu generiert, das sich selbst

der Mitte der Gesellschaft zuordnet und den Rechtsradikalismus der AfD vor sich selbst und vor anderen regelrecht verharmlost. Eben diese Entwicklung ist mit Blick auf die Geschichte Deutschlands in ihrer Gefährlichkeit keinesfalls zu unterschätzen, geht es doch zuvorderst darum, einer »Normalisierung« rechtsradikaler Diktionen und Diskurse (Wodak 2015 und 2017) entschieden entgegenzutreten. Dass die Schattenseiten der Wiedervereinigung gerade im Osten Deutschlands die Attraktivität rechtsradikaler ›Lösungsangebote‹ erhöht haben, ist als akute Herausforderung mithin nicht kleinzureden. Und selbst wenn realpolitisch gesehen andere Parameter wie die zunehmende historische Distanz zum Dritten Reich, die Digitalisierung und Enthemmung des politischen Diskurses in den sozialen Medien sowie die von der Globalisierung verursachte allgemeine Identitäts- und Orientierungskrise für das Erstarken des Rechtsextremismus in ganz Deutschland und Europa mit Sicherheit ausschlaggebender sind als die negativen Spätfolgen der deutschen Einheit, ist mit ihnen doch ein Problemfeld identifiziert, das gerade dem Rechtsruck in Deutschland eine riskante Eigendynamik verschafft hat.

Angesichts dieser komplexen Gemengelage gilt es somit auch in Zukunft sehr sorgfältig zu unterscheiden, wer im Kontext des unabgeschlossenen Transformations- und Einigungsprozesses in Deutschland berechtigte Ansprüche und Interessen äußert, und wer die emotional aufgeladene Gesamtsituation letztlich nur als Alibi für das Vorantreiben einer rechtsradikalen Agenda nutzt. Auch künftig wird es nicht zu vermeiden sein, dass Transformations- und Modernisierungsprozesse ihre Gewinner*innen und Verlierer*innen hervorbringen, weshalb es bei der konstruktiven Steuerung solcher Entwicklungen in besonderem Maße darauf ankommt, sie sozialpolitisch adäquat abzufedern. Als größtes Alarmzeichen für den Präzedenzfall Deutschland kann und muss daher ein Indiz gelten, dass oberflächlich betrachtet für die politischen Handlungs- und Entscheidungsträger*innen vielleicht sogar beruhigend wirkt: dass AfD und Pegida überwiegend gar nicht von denjenigen unterstützt werden, die sich *individuell* benachteiligt und depriviert fühlen, sei es durch den Einheitsprozess, die Belastungen durch die Flüchtlingskrise oder seit Neuestem durch die Covid-19-Pandemie; sondern von denjenigen, die sich als Teil eines benachteiligten und deprivierten *Kollektivs*, als Deutsche und/oder Ostdeutsche sehen. Denn solchen negativen Sozialgefühlen ist auf der Ebene der Realpolitik mit konkreten Handlungen, Eingriffen und Reformprojekten offensichtlich kaum beizukommen. Was hingegen erforderlich ist, ist besagte symbolische Gegensteuerung, um die kollektive Identität als benachteiligte, marginalisierte, ignorierte Gruppe als solche aufzubrechen. Folgerichtig ergänzen und verdichten sich die Empfehlungen in den Abschnitten 6.1 bis 6.4, wie den derzeit bestehenden Strukturen und Narrativen der Ost-West-Spaltung inklusive der rechtspopulistisch imprägnierten Identitätsfalle zugunsten einer positiven, gesamtdeutschen

Anerkennungskultur zu begegnen ist, zu einer Herausforderung, die für das weitere Funktionieren der bundesdeutschen Demokratie im Ganzen relevant ist.

6.6 Appelle an Selbstreflexion und Selbstbewusstsein der Ostdeutschen sowie Selbsthilfe zum Ausstieg aus der Opferrolle

Dass viele Ostdeutsche ihre individuellen und v. a. kollektiven Benachteiligungsgefühle und Anerkennungsdefizite heute bevorzugt im Vergleich mit Westdeutschen empfinden, macht es notwendig, die Ostdeutschen als kollektiven Akteur nochmals gesondert ins Visier zu nehmen. In dieser Hinsicht hat der selbst aus Weimar in Thüringen stammende Sozialwissenschaftler Detlef Pollack in der erst kürzlich publizierten Studie *Das unzufriedene Volk* von seinen Landsleuten mehr Selbstverantwortung, Eigeninitiative und Mut, sich an die gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen, eingefordert (Pollack 2020: 212ff.). Zugleich thematisiert Pollack, dass die Rolle als Opfer der deutschen Einheit, zu der sich viele Ostdeutsche heute zumindest im öffentlichen Diskurs oft stilisieren, ihnen im gesamtdeutschen Gefüge eine mächtige politische Bedeutung und günstige Ausgangsposition für die Durchsetzung von Interessen sichert. Gleichzeitig drohe die demokratische Selbstermächtigung, mit der die Bevölkerung der DDR 1989/90 die Diktatur abstreifte, unter den Bedingungen der gesamtdeutschen Demokratie immer mehr zum Ressentiment sowie zu einem Selbstzweck des Protestierens zu verkommen.

Ohne die Thesen von Pollack an dieser Stelle abschließend bewerten zu können und zu wollen, ist für die zu formulierenden Handlungsempfehlungen im Kontext unserer eigenen Studie daraus die Lehre zu ziehen, dass die aktuell notwendige politische Auseinandersetzung über die weiterhin ungelösten Probleme und Herausforderungen des Einigungsprozesses von westlicher Seite nicht mit einem latenten Schuldkomplex zu führen ist. Dass die deutsche Einheit von *beiden* Seiten, Ost wie West, gewaltige Anstrengungen erfordert hat und weiter erfordert, bei denen mittlerweile vieles erreicht wurde, aber eben auch einiges schiefgelaufen ist, sollte spätestens zum gegenwärtigen Zeitpunkt alle beteiligten Akteure animieren, von Schuldzuweisung oder auch Läuterungsagenden abzusehen. Alles andere würde der historischen Einmaligkeit des deutschen Wiedervereinigungsprozesses, für den es keinerlei orientierungsspendende Präzedenzfälle gab, nicht gerecht. Fehler und Fehleinschätzungen offen einzuräumen (siehe Abschnitt 6.4), steht dazu nicht im Widerspruch.

Im Gegenzug besteht aber ebenso Anlass zum Optimismus, dass Appelle wie die Pollacks, die auf die Selbstverantwortung der Ostdeutschen setzen, um die gegenwärtig einigermaßen verfahrene Situation zu verbessern, nicht ungehört

verhallen, zumal das Ressentiment, das zu überwinden ist, bei näherem Hinsehen wohl kleiner ist, als es auf den ersten Blick erscheint. Immerhin 61 Prozent der jüngeren, nach der Wende 1989 geborenen Bürger*innen in Ostdeutschland halten die deutsche Einheit »insgesamt für gelungen« (Faus/Storks 2019: 70), nur ca. ein Drittel (34 Prozent) nicht.[16] Hingegen glaubt wiederum nur ein Drittel der jungen Ostdeutschen, dass es gar keinen Unterschied mehr mache, ob man im Osten oder Westen Deutschlands geboren ist (im Westen sagen dies bereits 57 Prozent, ebd.: 25). Dieses Ergebnis lässt sich am ehesten so deuten, dass die Jüngeren den Strukturwandel, der im Osten nach wie vor weniger weit vorangeschritten ist als im Westen, überwiegend nicht (mehr) als späte Zeche für Versäumnisse im Einheitsprozess, sondern als aktuelle Herausforderung interpretieren, die in der Gegenwart (und nicht durch eine alternative Sicht der Vergangenheit) zu bewältigen ist. Der Appell zu Eigeninitiative sowie zu einer positiven Reflexion des seit der Wende Erreichten ohne Vernachlässigung der noch vorhandenen Baustellen scheint unter solchen Voraussetzungen zielführend.

Zudem gilt es in diesem Zusammenhang hinreichend zu berücksichtigen, dass die subjektiv deutlich pessimistischeren Einschätzungen junger Menschen im Osten nicht unbedingt die eigene Zukunft (diese sehen 65 Prozent im Westen und 63 Prozent im Osten »optimistisch«) oder die individuelle wirtschaftliche Lage (Letztere schätzen 59 Prozent im Westen und 54 Prozent im Osten mindestens als »eher gut« ein) betreffen (Faus/Storks 2019: 14, 16), wohl aber die Situation der eigenen *Region* (ebd.: 12f.). Hier beurteilen 74 Prozent im Westen, aber nur 59 Prozent der Nachwendegeneration im Osten die wirtschaftliche Lage als »sehr gut« oder »eher gut«, was gleichzeitig erklärt, warum die unterstellten Aussichten, in der eigenen Region leicht einen Job zu finden, zwischen Ost und West recht deutlich divergieren (57 Prozent im Westen, 46 im Osten). Während also das Selbstbewusstsein junger Ostdeutscher, was die eigene Zukunft angeht, offensichtlich zumindest bis zu einem gewissen Grad mit der Bereitschaft korrespondiert, berufliche Chancen außerhalb der Herkunftsregion wahrzunehmen, vermuten junge Menschen im Westen umgekehrt, dass die wirtschaftliche Lage der eigenen Region sogar besser ist als die eigene Chance, daran zu partizipieren.

Jene Schieflage in den Wahrnehmungen, welche wirtschaftlichen Chancen sich (jungen) Menschen jeweils im Westen und Osten bieten, fordert selbstverständlich, die Bemühungen zur strukturellen Weiterentwicklung der neuen Bundesländer, zur Schaffung gleicher Lebensverhältnisse etc. intensiv voranzutreiben. Dass jedoch gerade die jüngere Generation im Osten ihre pessimistischere Einschätzung der Lage ihrer Region tendenziell offenbar weniger mit

16 In Westdeutschland sind es 74 % der jüngeren Menschen, die der Aussage zustimmen, dass die deutsche Einheit »insgesamt gelungen« sei. 21 % lehnen sie ab.

subjektiven Abstiegsängsten verbindet als frühere Generationen, ist in jedem Fall als ein Zeichen zu bewerten, das Hoffnung macht und das zugleich gegen eine dauerhafte Spaltung von Ost und West spricht. Das gestiegene Selbstbewusstsein der jüngeren Generation im Osten, was die eigenen Chancen im wiedervereinigten Deutschland angeht, ist folglich in jedem Fall zu unterstützen und durch eine vorausschauende Strukturpolitik bestenfalls weiter auszubauen – nicht zuletzt, um der Opferrolle, in die sich nach wie vor nicht wenige Angehörige der mittleren und älteren Generationen in den neuen Bundesländern begeben, nicht zum Auftrieb zu verhelfen.

6.7 Weitere Forschungsfelder

Zu den evidenten Forschungsdesideraten zählt v. a. der Mangel an quantitativen Studien, die das jeweilige Selbst- im Vergleich mit dem Fremdbild von Ost- und Westdeutschen analysieren. Darüber hinaus mangelt es an Untersuchungen, die die eigentlichen Ursachen autoritärer Einstellungen analysieren. So sollten Studien zu politischen Einstellungen das (autoritär-normative) Erziehungsverhalten in Familien stärker in den Blick nehmen, aber auch autoritäre Strukturen außerhalb von Familien, etwa in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie in Betrieben.

Ein weiteres Desiderat offenbart die Frage, warum in manchen Regionen antidemokratische und rechtsextreme Einstellungen in entsprechendes Verhalten münden und unter welchen Umständen es zu einer sozialen Regression kommt, die wir bislang eher im Osten als im Westen Deutschlands wahrnehmen. Eine Frage könnte auch sein, wie eine Ost- bzw. West-Identität überhaupt konkret aussieht und welche ihrer Aspekte welche politischen Einstellungen beeinflussen. Darüber hinaus könnte Forschung im Sinne einer »aktivierenden Sozialforschung« gemeinsam mit den Befragten nicht nur eruieren, was das Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands fördert, sondern sogar Strategien entwickeln, welche die Spaltungsgefühle abbauen. Darüber hinaus könnte die Partizipation von Bürger*innen an Forschungsprozessen sowie ein Studiendesign nach Citizen-Science-Aspekten helfen, dass die Teilnehmenden selbst Forschungsfragen entwickeln, zur Datenerhebung beitragen und auch in die Auswertung der Ergebnisse eingebunden werden, sodass es Feedbackschleifen zwischen den Bürger*innen und den Forschenden gibt. Dies trägt im besten Fall zu Lernprozessen bei allen Akteuren und zur Partizipation von Bürger*innen bei, von denen sich derzeit nicht wenige ausgeschlossen fühlen.

7. Ausblick: Eine neue Situation durch die Corona-Krise?

Wie stark die Corona-Krise die Ergebnisse und Empfehlungen der vorliegenden Studie beeinflussen und verändern wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwerlich zu prognostizieren. Auffällig ist hier in jedem Fall, dass der Osten Deutschlands zumindest in den ersten Monaten der Pandemie deutlich weniger von Infektionen, Krankheits- und Todesfällen betroffen war als der Westen. Als Ursache ist anzunehmen, dass die Ausbreitung des Covid-19-Virus v. a. über jüngere Menschen, die viel reisen und nach ihrer Rückkehr andere anstecken, erfolgt – insbesondere in dicht besiedelten Städten.[17] Die neuen Bundesländer, die mit Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen immerhin die vier Länder mit der geringsten Bevölkerungsdichte mit viel ländlicher Struktur stellen, die bei den frühen Hotspots der Ansteckung wie Skiurlaub oder Karnevalsveranstaltungen traditionell und einkommensbedingt im Hintertreffen sind und wo deswegen die Präventionsmaßnahmen in einem früheren Stadium greifen konnten als etwa in Bayern oder Nordrhein-Westfalen, sind daher zunächst verhältnismäßig glimpflich davongekommen. Ein indirekter Effekt der Pandemie könnte demnach sein, dass sich die sozioökonomischen Verhältnisse in den alten und neuen Bundesländern tendenziell weiter angleichen, weil auch die bislang noch dem Westen hinterherhinkende ostdeutsche Wirtschaft allem Anschein nach etwas weniger unter der Corona-Krise zu leiden hat, was Wachstum und Kurzarbeit bzw. Arbeitslosigkeit angeht. Hierfür könnte auch die unterschiedliche Struktur der Wirtschaft im Osten verantwortlich sein, hat doch das vom Corona-Einbruch besonders betroffene verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland mit etwa 16 Prozent einen deutlich geringeren Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) als im Westen, wo die höhere Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes dessen bundesweiten Anteil von 23 Prozent an der Gesamtwirtschaft erklärt. Im Osten haben wiederum die öffentlichen Dienstleister, deren Tätigkeit auch während der Corona-Krise relativ stabil bleiben dürfte, mit 25 Prozent einen höheren Anteil an der Wirtschaft als im Westen, wo der Anteil bei nur 18 Prozent liegt (Peikert 2020). Unter dem Strich lässt sich dadurch wenigstens ansatzweise erklären, warum der Rückgang des BIP im ersten Halbjahr 2020 in allen Bundesländern in Ostdeutschland (Brandenburg 2,1 Prozent, preisbereinigt 4,9 Prozent; Berlin 2,3 Prozent, preisbereinigt 5,1 Prozent; Mecklenburg-Vorpommern 2,4 Prozent, preisbereinigt 5,2 Prozent; Sachsen-Anhalt 2,8 Prozent, preisbereinigt 5,2 Prozent; Sachsen 3,8 Prozent preisbereinigt 6,5 Prozent; Thüringen 3,4 Prozent, preisbereinigt 6,3 Pro-

17 https://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-ostdeutschland-101.html (abgerufen am 26.9.2020).

zent) unter dem Bundesdurchschnitt (4,2 Prozent; preisbereinigt 6,6 Prozent) lag.[18]

Was dies allerdings für die weiteren Entwicklungen und Auswirkungen der Corona-Krise im Ost-West-Vergleich heißen wird, bleibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt höchst spekulativ. Was überdies den politischen Diskurs in Zeiten von Corona betrifft, so scheinen sich die bereits zuvor feststellbaren (problematischen) Merkmale – Polarisierung, Konjunktur von Verschwörungsmythen und Fake News im Internet, Freund-Feind-Stereotype, Aufschwung des Rechtsextremismus, zunehmender Antisemitismus und Islamophobie – eher zu bestätigen als neu zu etablieren. Im Vergleich ziemlich ungewohnt scheint derzeit lediglich die Zusammensetzung der Protestbewegungen gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung, die sich wie etwa die ursprünglich aus Stuttgart stammende Bewegung *Querdenken 711* oder die sogenannten Hygienedemos in Berlin aus z.T. sehr unterschiedlichen Gruppen von Impfgegner*innen, Esoteriker*innen oder der politischen Mitte, Familien und Rentner*innen, aber auch (und in ihrer Tendenz nach zunehmend) aus dem rechts- und linksradikalen Spektrum rekrutieren (Nachtwey u.a. 2020). Eine Kontinuität zur friedlichen Revolution von 1989 sowie zu den Pegida- und Legida-Aufmärschen in Dresden und Leipzig wurde durch den Ruf »Wir sind das Volk« explizit reklamiert, der auf allen Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen zu hören war. Die Gefahr einer rechtsextremen Unterwanderung der Corona-Proteste ist ebenso wenig auf die leichte Schulter zu nehmen wie die Bildung einer antidemokratischen Querfront aus Rechts- und Linksradikalen, die sich in ihrem Widerstand gegen den demokratischen Rechtsstaat (im Namen einer eigenen Vorstellung von direkter Demokratie) vereinen. Der Ost-West-Gegensatz spielt bei den derzeitigen Protesten hingegen, soweit wir sehen, wenn überhaupt eine ziemlich untergeordnete Rolle. Inwieweit das neue verschwörungstheoretisch unterfütterte Feindbild der Corona-Maßnahmen sich am Ende aber wirklich jenseits der identitätspolitischen Ost-West-Spaltung in Deutschland bewegt, bleibt abzuwarten.

Unabhängig von den Protestbewegungen ist im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie jedoch zu erwähnen, dass sich im Zuge der Bewältigung der Krise auch Eindrücke einer sich landesweit äußernden Solidarität niedergeschlagen haben (vgl. Faus/Hartl/Unzicker 2020: 44–48). So nahmen die Teilnehmenden des in der ersten Jahreshälfte 2020 durchgeführten qualitativen Teils der Bertelsmann-Studie *30 Jahre deutsche Einheit. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im vereinten Deutschland* in ihren jeweiligen Umfeldern ein auffälliges »Zusammenrücken« der Gesellschaft wahr, sowohl was gegenseitige Unterstützung als auch Rücksichtnahme auf Angehörige von Risikogruppen betrifft. Was allerdings die

18 https://www.statistik-bw.de/VGRdL/tbls/tab.jsp?rev=RV2019&tbl=tab002&lang=de-DE (abgerufen am 26.9.2020).

künftig zu erwartende Entwicklung der Solidarität in der Gesamtgesellschaft angeht, so waren die im Rahmen der Studie befragten Westdeutschen unentschlossen, ob die Krise den sozialen Zusammenhalt langfristig verbessern (29 Prozent) oder verschlechtern wird (26 Prozent). Bei den Ostdeutschen überwiegt hingegen auch hier wieder die Skepsis: 32 Prozent befürchten langfristig eine Verschlechterung und nur 22 Prozent erwarten eine Verbesserung (ebd.: 8).

So gesehen kann die Corona-Krise heute als eine Art Lackmustest dienen für die Frage, wie sich das Prinzip der Solidarität in Deutschland tatsächlich weiterentwickelt. Und auch wenn die Erwartungen natürlich nicht so weit überborden sollten, dass sie die Pandemie mit der Hoffnung aufladen, mittelfristig eine Form der Solidarität zu kreieren, die den vielfältigen Entfremdungsprozessen der globalisierten Gegenwart standhält (vgl. Hidalgo 2020b: 9), so ist es derzeit doch zumindest eine offene Frage, welches der schon jetzt erkennbaren moralisch ambivalenten Potenziale schlussendlich überwiegt.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Abts, Koen/Rummens, Stefan (2007): Populism versus Democracy, in: Political Studies, Jg. 55, H. 2, S. 405–424.

Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel J./Sanford R. N. (1950): The Authoritarian Personality, New York.

Allport, Gordon W. (1954): The Nature of Prejudice, Oxford.

al-Mafaalani, Aladin (2018): Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt, 5. Aufl., Köln.

Anderson, Benedict (2005): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M./New York.

Arendt, Hannah (2000): Über die Revolution, 4. Aufl., München.

Auernheimer, Georg (1991): Nachdenken über Deutschland als Nation, in: Das Argument 186, S. 227–234.

Auernheimer, Georg (2020): Identität und Identitätspolitik, Köln.

Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (2020): Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen.

Barber, Benjamin (1994): Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg.

Becker, Birgit (2007): Ausländerfeindlichkeit in Ost- und Westdeutschland: Theoretische Grundlagen und empirische Analysen, Saarbrücken.

Beelmann, Andreas (2017): Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus: Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 19.12.2017, https://www.praeventionstag.de/nano.cms/news/details/2596?sb=gutachten+beelmann (abgerufen am 1.3.2021).

Beelmann, Andreas/Heinemann, Kim Sarah (2014): Preventing prejudice and improving intergroup attitudes: A meta-analysis of child and adolescent training programs, in: Journal of Applied Developmental Psychology 35 (1), S. 10–24, doi: 10.1016/j.appdev.2013.11.002.

Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith (2017): Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 48, H. 1, S. 57–75, doi: 10.5771/0340-1758-2017-1-57.

Bettini, Maurizio (2018): Wurzeln. Die trügerischen Mythen der Identität, München.

Bischof, Susann/Quent, Matthias (2017): Was bewegt die Zivilgesellschaft? Protestereignisanalyse als Indikator für soziale Konfliktpotenziale, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft: Wissen schafft Demokratie 1/2017, 6.4.2017, https://www.idz-jena.de/wsddet/was-bewegt-die-zivilgesellschaft-protestereignisanalyse-als-indikator-fuer-soziale-konfliktpotenzial/ (abgerufen am 26.9.2020).

Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende, Berlin.

Böick, Marcus (2018): Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen.

Brähler, Elmar/Kiess, Johannes/Decker, Oliver (2016): Politische Einstellungen und Parteipräferenz: Die Wähler/innen, Unentschiedene und Nichtwähler 2016, in: dies./Kiess, Johannes (Hg.): Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen, S. 67–94.

Brömmel, Winfried/König, Helmut/Sicking, Manfred (2017): Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven, Bielefeld.

Connolly, William E (2008): Democracy, Pluralism, and Political Theory, London/New York.

Davies, James (1962): Toward a Theory of Revolution, in: American Sociological Review, Jg. 27, H. 1, S. 5–19.

Decker, Frank (Hg.) (2006): Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2006): Vom Rand zur Mitte: Rechtsextreme Einstellungen und Ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016a): Autoritäre Dynamiken: Ergebnisse der bisherigen »Mitte«-Studien und Fragestellung, in: dies./Kiess, Johannes (Hg.): Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen, S. 11–22.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016b): Ein Jahrzehnt der Politisierung: Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016, in: dies./Kiess, Johannes (Hg.): Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen, S. 95–136.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2018): Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte Der Gesellschaft, Gießen.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.) (2012): Die Mitte im Umbruch: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.) (2014): Die stabilisierte Mitte: Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, in: Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus und Demokratieforschung, Leipzig, https://www.uni-siegen.de/phil/so-

zialwissenschaften/soziologie/mitarbeiter/kiess_johannes/mitte_leipzig_internet-1.pdf (abgerufen am 22.9.2020).

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.) (2016): Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar/Baldauf, Johannes (Hg.) (2015): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus, Gießen.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Brähler, Elmar (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen, S. 65–115.

Decker, Oliver/Schuler, Julia/Brähler, Elmar (2018): Das autoritäre System heute, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen, S. 117–156.

Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin.

Decker, Oliver/Yendell, Alexander/Brähler, Elmar (2018): Anerkennung und autoritäre Staatlichkeit, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen, S. 157–177.

Dubet, François (2017): Frustration relative et individualisation des inégalités, in: Revue de l'OFCE, Bd. 150, H. 1, S. 11–26.

Edinger, Michael/Hallermann, Andreas (2001): Rechtsextremismus in Ostdeutschland: Struktur und Ursachen rechtsextremer Einstellungen am Beispiel Thüringens, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 32, H. 3, S. 588–612.

Elster, Jon (2011): Tocqueville: The Ancien Régime and the French Revolution. Cambridge.

Enders, Judith/Schulze, Mandy/Ely, Bianca (2016): Wie war das für euch? Die Dritte Generation Ost im Gespräch mit ihren Eltern, Berlin.

Faus, Jana/Hartl, Matthias/Unzicker, Kai (2020): 30 Jahre deutsche Einheit. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im vereinten Deutschland, Gütersloh.

Faus, Rainer/Storks, Simon (2019): Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration, Frankfurt a. M.

Finchelstein, Federico (2017): From Fascism to Populism in History, Berkeley.

Fishkin, James S. (1991): Democracy and Deliberation. New Directions for Democratic Reform, New Haven.

Foroutan, Naika/Kubiak, Daniel (2018): Ausschluss und Abwertung. Was Muslime und Ostdeutsche verbindet, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 63, H. 7, S. 93–102.

Franz, Christian/Fratzscher, Marcel/Kritikos, Alexander S. (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker, in: DIW Wochenbericht, 3.2.2018, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c. 578543.de/18-8-3.pdf (abgerufen am 22.9.2020).

Freud, Sigmund (1930): Das Unbehagen in der Kultur, Wien.

Frindte, Wolfgang (2013): Der Islam und der Westen. Sozialpsychologische Aspekte einer Inszenierung, Wiesbaden.

Fröhlich, Alexander (2019): Liebe Ossis, opfert nicht rum, in: Der Tagesspiegel, 5.1.2019, https://www.tagesspiegel.de/berlin/30-jahre-nach-dem-mauerfall-liebe-ossis-opfert-nicht-rum/23808982.html (abgerufen am 27.9.2020).
Gallie, Walter B. (1956): Essentially Contested Concepts, in: Proceedings of the Aristotelian Society 56, S. 167–198.
Gauchet, Marcel (1990): Tocqueville, Amerika und wir. Über die Entstehung der demokratischen Gesellschaften, in: Rödel, Ulrich (Hg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt a. M., S. 123–206.
Girard, René (1998): Der Sündenbock, Zürich.
Goodhart, David (2017): The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics, London.
Goodrick-Clarke, Nicholas (2012): Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus, Wiesbaden.
Götz, Norbert (1997): Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne?, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 26, H. 6, S. 393–413, doi: 10.1515/zfsoz-1997-0601.
Greenberg, Jeff/Solomon, Sheldon/Arndt, Jamie (2008): A Uniquely Human Motivation: Terror Management, in: Shah, James Y./Gardner, Wendi L. (Hg.): Handbook of Motivation Science, New York, S. 113–134.
Greenberg, Jeff/Solomon, Sheldon/Pyszczynski, Tom (1997): Terror Management Theory of Self-Esteem and Cultural Worldviews: Empirical Assessments and Conceptual Refinements, in: Advances in Experimental Social Psychology 29, S. 61–139, doi: 10.1016/S0065-2601(08)60016-7.
Gurr, Ted (1970): Why Men Rebel, Princeton.
Habermas, Jürgen (1994): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt a. M.
Hafez, Kai/Schmidt, Sabrina (2015): Die Wahrnehmung des Islam in Deutschland, Gütersloh.
Hartleb, Florian (2012): Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie?, in: APuZ, Jg. 62, H. 5–6, S. 22–29.
Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002–2011): Deutsche Zustände, Folge 1–10, Frankfurt a. M.
Hensel, Jana (2019): Wie alles anders bleibt. Geschichten aus Ostdeutschland, Berlin.
Heydemann, Günther (2002): Entwicklung der DDR bis Ende der 80er Jahre. Deutschland in den 70er/80er Jahren, in: Informationen zur Politischen Bildung, Heft 270, 4.4.2002, https://www.bpb.de/izpb/9753/entwicklung-der-ddr-bis-ende-der-80er-jahre?p=all (abgerufen am 26.9.2020).
Hidalgo, Oliver (2014): Die Antinomien der Demokratie, Frankfurt a. M./New York.
Hidalgo, Oliver (2018): Religion, (Rechts-)Populismus und Demokratie – Versuch einer theoretischen Verhältnisbestimmung, in: Rechtspopulismus und Religion, Sonderheft der Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik (ZRGP) 2, S. 167–192.
Hidalgo, Oliver (2019): The Theory of Democratic Antinomies and the Identification of Value Trade-Offs in Political Practice, in: Politics and Governance 7 (4), S. 264–274.
Hidalgo, Oliver (2020a): Kritik der Identitätspolitik in der Demokratie, in: Ethik und Gesellschaft 2020/1: Kritik der Identitätspolitik, doi: 10.18156/eug-1-2020-art-6.
Hidalgo, Oliver (2020b): Wie viel Solidarität benötigt die Demokratie?, in: TRANSFER-journal, Ausgabe 20/1: Solidarität, S. 6–9.

Hidalgo, Oliver (2021): (Rechts-)Populismus als Ideologie? Theoretische Überlegungen zu einem Strukturdefekt der Demokratie, in: Beyer, Heiko/Schauer, Alexandra (Hg.): Die Rückkehr der Ideologie. Zur Gegenwart eines Schlüsselbegriffs, Frankfurt a. M./New York, S. 369–399.

Hidalgo, Oliver/Hildmann, Philipp W./Yendell, Alexander (2019): Religion und Rechtspopulismus, in: Argumentation kompakt 3/2019, 14.2.2019, https://www.hss.de/download/publications/Argu_Kompakt_2019-3_Religion.pdf (abgerufen am 22.9.2020).

Hönicke, Christian (2019): Der Ossismus muss aufhören, in: Der Tagesspiegel, 24.1.2019, https://www.tagesspiegel.de/berlin/30-jahre-nach-dem-mauerfall-der-ossismus-muss-aufhoeren/23852572.html (abgerufen am 27.9.2020).

Honneth, Axel (1998): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, 2. Aufl., Frankfurt a. M.

Horton, Donald/Wohl, Richard R. (1956): Mass communication and para-social interaction: Observations on intimacy at a distance, in: Psychiatry, Jg. 19, H. 3, S. 215–229.

Imhoff, Roland/Decker, Oliver (2013): Verschwörungsmentalität als Weltbild, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.): Rechtsextremismus der Mitte: Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose, Gießen, S. 146–162.

Jacobs, Olaf (2020): Die Treuhand. Ein deutsches Drama, Halle.

Jesse, Eckhard/Panreck, Isabelle-Christine (2017): Populismus und Extremismus, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 64, H. S. 59–76.

Jonas, Eva/Fritsche, Immo (2013): Destined to die but not to wage war: how existential threat can contribute to escalation or de-escalation of violent intergroup conflict, in: The American Psychologist, Jg. 68, H. 7, S. 543–558, doi: 10.1037/a0033052.

Jörke, Dirk/Selk, Veit (2017): Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg.

Kaase, Max/Bauer-Kaase, Petra (1998): Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990–1997, in: Meulemann, Heiner (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland: Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen, S. 251–267.

Kohlrausch, Bettina (2018): Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus, in: Working Paper Forschungsförderung, Nr. 58, 2/2021, https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_058_2018.pdf (abgerufen am 22.9.2020).

Koopmans, Ruud (2017): Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration, Berlin/Münster.

Köpping, Petra (2018): Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten, Berlin.

Kornyeyeva, Len/Boehnke, Klaus (2013): The role of self-acceptance in authoritarian personality formation: Reintroducing a psychodynamic perspective into authoritarianism research, in: Psychoanalytic Psychology 30 (2), S. 232–246, doi: 10.1037/a0029879.

Kroh, Martin/Fetz, Karolina (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, in: DIW Wochenbericht, Jg. 87, H. 34, 25.4.2018, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c. 541584.de/16-34-1.pdf (abgerufen am 22.9.2020).

Laclau, Ernesto (2005): On Populist Reason, London.

Larsen, Knud S./Schwendiman, Gary (1969): Authoritarianism, self esteem and insecurity, in: Psychological Reports, Jg. 25, H. 1, S. 229–230, doi: 10.2466/pr0.1969.25.1.229.

Lefort, Claude (1990): Die Frage der Demokratie, in: Rödel, Ulrich (Hg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt a. M., S. 281–298.

Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hg.) (2016): Zeitgenössische Demokratietheorie, Bd. 2, Empirische Demokratietheorien, Wiesbaden.

Lengfeld, Holger (2017): Die »Alternative für Deutschland«: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 69, H. 2, S. 209–232, doi:10.1007/s11577-017-0446-1.

Lengfeld, Holger/Dilger, Clara (2018): Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der »Alternative Für Deutschland« mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 47, H. 3, S. 181–199, doi:10.1515/zfsoz-2018-1012.

Lijphart, Arend (1999): Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven/London.

Lux, Thomas (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie »Die Alternative für Deutschland«: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 70, H. 2, S. 255–273, doi:10.1007/s11577-018-0521-2.

Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin.

McCutcheon, Allan L. (2000): Religion und Toleranz gegenüber Ausländern: Eine vergleichende Trendanalyse fremdenfeindlicher Gesinnung nach der Vereinigung Deutschlands, in: Pollack, Detlef/Pickel, Gert (Hg.): Religiöser und kirchlicher Wandel in Ostdeutschland 1989–1999, Veröffentlichungen der Sektion Religionssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) 3. Opladen, S. 87–104.

Milev, Yana (2019): Der Osten wird vom Westen verwaltet und beherrscht (Interview), in: Beilage der jungen Welt, 13.7.2019.

Milev, Yana (2020): Das Treuhand-Trauma. Die Spätfolgen der Übernahme, Berlin.

Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt a. M.

Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristobal Rovira (Hg.) (2012): Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?, Cambridge.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus?, Berlin.

Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundauswertung 17.12.2020, doi: https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f.

Neureiter, Marcus (1996): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland: Eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze, Marburg.

Peikert, Denise (2020): Kommt die ostdeutsche Wirtschaft besser durch die Corona-Krise?, in: MDR aktuell, 17.5.2020, https://www.mdr.de/nachrichten/wirtschaft/inland/corona-folgen-wirtschaft-ostdeutschland-100.html (abgerufen am 27.9.2020).

Pettigrew, Thomas (1998): Intergroup Contact Theory, in: *Annual Review of Psychology, Jg. 49, H.* 1, S. 65–85.

Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R. (2006): A meta-analytic test of intergroup contact theory, in: *Journal of Personality and Social Psychology, Bd. 90,* H. 5, S. 751–783.

Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R. (2008): How does intergroup contact reduce prejudice? Meta-analytic tests of three mediators, in: European Journal of Social Psychology, Jg. 38, H. 6, S. 922–934.

Pfahl-Traughber, Armin (1993a): Rechtsextremismus als Folge gesellschaftlicher Modernisierung? Rezension zu Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeitun-

tersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher von Wilhelm Heitmeyer, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 34, H. 1, S. 114–118.

Pfahl-Traughber, Armin (1993b): Nur Modernisierungsopfer? Eine Kritik der Heitmeyer-Studien, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Bd. 40, H. 4, S. 329–336.

Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2018): Migration als Gefahr für die politische Kultur?, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 12, H. 1, S. 297–320, doi: 10.1007/s12286-018-0380-2.

Pickel, Gert/Pickel, Susanne/Yendell, Alexander (2020): Zersetzungspotenziale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt?, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen, S. 89–118.

Pickel, Gert/Yendell, Alexander (2018): Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen, S. 217–242.

Pickel, Susanne (2019): Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt?, in: Korte, Karl-Rudolf/Schoofs, Jan (Hg.): Die Bundestagswahl 2017 – Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden, S. 145–175.

Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2020): Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall – eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen?, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 30, H. 3, S. 483–491, doi: 10.1007/s41358-020-00230-7.

Pollack, Detlef (2020): Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld.

Pollack, Detlef/Pickel, Gert (1998): Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie, in: APuZ, Jg. 48, B 41–42, S. 9–23.

Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen, Frankfurt a. M.

Rawls, John (1998): Politischer Liberalismus, Frankfurt a. M.

Reich, Wilhelm (1933): Die Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen.

Rippl, Susanne/Baier, Dirk (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung: Eine vergleichende Analyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 57, H. 4, S. 644–666.

Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 70, H. 2, S. 237–254, doi:10.1007/s11577-018-0522-1.

Schieren, Stefan/Diewald-Kerkmann, Gisela (2014): Populismus, Extremismus, Terrorismus. Eine Einführung, Schwalbach/Ts.

Schmidt, Manfred G. (2019): Demokratietheorien. Eine Einführung, 6. Aufl., Wiesbaden.

Schröder, Martin (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich, in: SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research at DIW Berlin, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf (abgerufen am 20.9.2020).

Schumann, Frank (2018): Antidemokratische Demokratiekritik. Zum Demokratieverständnis politischer Empörungsbewegungen, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie 3/2018, https://www.idz-jena.de/wsddet/antidemokratische-demokratiekritik-zum-demokratieverstaendnis-politischer-emporungsbewegungen/ (abgerufen am 26.9.2020).

Sen, Amartya (2007): Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, Bonn.

Siegers, Pascal/Jedinger, Alexander (2019): Religious Immunity to Populism: Christian Religiosity and Public Support for the Alternative for Germany (unveröffentlichtes Manuskript).

Spier, Tim (2010): Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden.

Stephan, Walter G./Diaz-Loving, Rolando/Duran, Anne (2000): Integrated Threat Theory and Intercultural Attitudes, in: Journal of Cross-Cultural Psychology, Jg. 31, H. 2, S. 240–249, doi: 10.1177/0022022100031002006.

Stephan, Walter G./Stephan, Cookie W. (1996): Predicting prejudice, in: International Journal of Intercultural Relations, Jg. 20, H. 3–4, S. 409–426, doi: 10.1016/0147-1767(96)00026-0.

Süddeutsche Zeitung (2017): Sechs Grafiken, die den Erfolg der AfD erklären, in: 25.9.2017, https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-bei-bundestagswahl-sechs-grafiken-die-den-erfolg-der-afd-erklaeren-1.3681714 (abgerufen am 23.9.2020).

Tajfel, Henri (1982): Social Identity and Intergroup Relations, Cambridge.

Tajfel, Henri/Turner, John C. (1986): The Social Identity Theory of Intergroup Behaviour, in: Stephen, Worchel/Austin, William (Hg.): Psychology of Intergroup Relations, Chicago, S. 7–24.

Talisse, Robert B. (2005): Democracy after Liberalism. Pragmatism and Deliberative Politics, New York.

Taylor, Charles (2009): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt a. M.

Tibi, Bassam (1996): Multikultureller Werte-Relativismus und Werte-Verlust. Demokratie zwischen Werte-Beliebigkeit und pluralistischem Werte-Konsens, in: APuZ, Jg. 46, B 52–53, S. 27–36.

Tibi, Bassam (2001): Leitkultur als Wertekonsens: Bilanz einer missglückten deutschen Debatte, in: APuZ, Jg. 51, B 1–2, S. 23–26.

Tibi, Bassam (2002): Europa ohne Identität? Leitkultur oder Wertebeliebigkeit, 3. Aufl., Berlin.

Torre, Carlos de la (Hg.) (2015): The Promise and Perils of Populism: Global Perspectives. Lexington.

Tutić, Andreas/von Hermanni, Hagen (2018): Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 70, H. 2, S. 275–294, doi: 10.1007/s11577-018-0523-0.

Vanhanen, Tatu (2003): Democratization. A Comparative Analysis of 170 Countries, London/New York.

Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden.

Wilde, Pieter de/Koopmans, Ruud/Merkel, Wolfgang/Strijbis, Oliver/Zürn, Michael (Hg.) (2019): The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism, Cambridge.

Winkler, Heinrich August (2005): Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933–1990, Bonn.

Winkler, Jürgen R. (2003): Ursachen fremdenfeindlicher Einstellungen in Westeuropa: Befunde einer international vergleichenden Studie, in: APuZ, Jg. 53, B 26, S. 33–38.

Wodak, Ruth (2015): Normalisierung nach rechts. Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und kritischer Öffentlichkeit, in: Linguistik online, Bd. 73, Nr. 4, https://bop.unibe.ch/linguistik-online/article/view/2191/0 (abgerufen am 24.9.2020).

Wodak, Ruth (2017): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien.

Yendell, Alexander (2014): Warum die Bevölkerung Ostdeutschlands gegenüber Muslimen ablehnender eingestellt ist als die Bevölkerung Westdeutschlands, in: Pollack, Detlef/Müller, Olaf/Rosta, Gergely/Friedrichs, Nils/Yendell, Alexander (Hg.): Grenzen der Toleranz: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa, Wiesbaden, S. 59–78.

Yendell, Alexander (2016a): In welchem Zusammenhang stehen Regelungen im Bereich der Staatsbürgerschaft und Einstellungen gegenüber Muslimen?, in: Liedhegener, Antonius/Pickel, Gert (Hg.): Religionspolitik und Politik der Religionen in Deutschland: Fallstudien und Vergleiche, Wiesbaden, S. 309–325.

Yendell, Alexander (2016b): Young People and Religious Diversity: A European Perspective, with particular reference to Germany, in: Arweck, Elisabeth (Hg.): Young People's Attitudes to Religious Diversity, Farnham, S. 275–290.

Yendell, Alexander/Brähler, Elmar/Witt, Andreas/Fegert, Jörg M./Allroggen, Marc/Decker, Oliver (2018): Die Parteien und das Wählerherz 2018, 11.10.2018, https://bit.ly/2OPiBAm (abgerufen am 21.9.2020).

Yendell, Alexander/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016): Wer unterstützt Pegida und was erklärt die Zustimmung zu den Zielen der Bewegung?, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger »Mitte-Studie« 2016, Gießen, S. 137–152.

Yendell, Alexander/Pickel, Gert (2019a): Sind Sachsen besonders anfällig für Rechtsextremismus?, in: Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (Hg.): Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen, S. 61–80.

Yendell, Alexander/Pickel, Gert (2019b): Islamophobia and anti-Muslim feeling in Saxony – theoretical approaches and empirical findings based on population surveys, in: Journal of Contemporary European Studies 28 (1), S. 1–15, doi: 10.1080/14782804.2019.1680352.

Ysseldyk, Renate/Matheson, Kimberley/Anisman, Hymie (2010): Religiosity as Identity: Toward an Understanding of Religion from a Social Identity Perspective, in: Personality and Social Psychology Review, Jg. 14, H. 1, S. 60–71.

Der Alltag des Systemwechsels vor, während und nach 1989

Kerstin Brückweh

1. Einleitung

1.1 Ausgangslage

> Dabei ist allen Mitgliedern der Kommission natürlich auch bewußt, daß der Transformationsprozeß weitergeht und noch längst nicht abgeschlossen ist. Daher ist es gegenwärtig noch nicht möglich, zu den Entwicklungen in den einzelnen Teilbereichen ein endgültiges und abschließendes Urteil zu fällen. Dies wird mit Sicherheit eine Aufgabe der Historiker in 40 oder 50 Jahren sein.[1]

Mit diesen Worten übertrug der Soziologe Hans Bertram 1996 nach mehreren Jahren intensiver sozialwissenschaftlicher Forschung das abschließende Urteil an Historiker und Historikerinnen. Bertram war Vorsitzender der *Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V.* (KSPW), die u.a. 1992 und 1993 insgesamt 176 sogenannte Kurzstudien in Auftrag gegeben hatte.[2] Zwar sind noch keine 40 Jahre vergangen und die zeithistorische Forschung war auch nicht untätig – wie die Darstellung des Forschungsstandes in Abschnitt 2 (s.u.) zeigt –, aber trotzdem kommt in die alte disziplinäre Arbeitstrennung erst langsam Bewegung. Überspitzt formuliert heißt das: Die Zeit vor 1989 wird von den Geschichtswissenschaften bearbeitet und die Zeit ab 1990 von den Sozialwissenschaften. Das kann als pragmatisch begrüßt werden; für das Verständnis der Vergangenheit und der Gegenwart ist es aber problematisch, da der Bruch von 1989 so zur »Stunde null« wird. Sicherlich war der Systemwechsel von 1989/90 eine Zäsur, aber das Leben ging weiter. Es endete weder 1989, noch fing es 1990 an. Diese Aussage ist so banal wie elementar. Manchmal

1 Bertram, Hans (1996): Editorial, in: Lutz, Burkart u.a. (Hg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe (Berichte der KSPW 1), Opladen, S. XIII–XIX, hier S. XV.

2 Vgl. ders./Kollmorgen, Raj (2001): Die Transformation Ostdeutschlands und ihre Erforschung. Eine Einführung in die Arbeit der KSPW und die Beiträge des Bandes, in: dies. (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Wiesbaden, S. 9–30, hier S. 13.

kommt bei der Fokussierung auf den Beitritt und den Institutionentransfer der Gedanke zu kurz, dass es Menschen sind, die diese Institutionen prägten, gestalteten und (nicht) akzeptierten. Die folgenden Ausführungen gehen deshalb von folgenden zwei Annahmen aus.[3]

1.2 Annahmen

Erstens: Es bedarf einer langen Perspektive über den Epochenbruch von 1989/90 hinaus, um die »Dynamiken, Steuerungen und künftigen Gestaltungschancen von Revolution, Transformation und Vereinigung« – wie es in der Ausschreibung der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« für die Kurzstudien formuliert war – verstehen und einschätzen zu können. Die hier vorliegende Studie bezieht sich auf einen Kernzeitraum von 1970 bis heute, geht aber teilweise noch weiter zurück. Das ist auch deswegen notwendig, weil Menschen ihre Vergangenheit in Form von Wissen, Erfahrungen, Erinnerungen usw. mitbringen und weil sich in dieser langen Geschichte der »Wende« auch Gemeinsamkeiten von Menschen aus Ost- und Westdeutschland zeigen, die in der kurzen Perspektive verloren gehen. Es geht darum, über die Zäsur von 1989/90 hinweg den gesellschaftlichen Wandel zu rekonstruieren, der den Systemwechsel und die Transformation ermöglicht und geprägt hat – quasi eine lange Alltags- und Gesellschaftsgeschichte von Revolution und Transformation, die das Vor, das Während und das Nach 1989/90 gleichermaßen betrachtet.

Zweitens: Der Schwerpunkt der Studie liegt auf der alltäglichen Lebenswelt, weil in diesem Rahmen Antworten auf Fragen gefunden werden können, die Auskunft über Erwartungen, Erfahrungen und Erinnerungen mit Blick auf die DDR, auf die 1990er und auf das Heute geben: Wie bereiteten historische Akteure den Systemwechsel vor und gestalteten ihn mit? Wie bewältigten sie ihn in ihrem Alltag bzw. ihrer alltäglichen Lebenswelt? Wie haben sie ihn erfahren und wie erinnern sie sich daran? Dadurch können Ergebnisse für die drei in der Ausschreibung der Studie von der Kommission genannten Themenbereiche formuliert werden:

3 Die Studie basiert auf den Ergebnissen der von mir geleiteten Forschungsgruppe »Die lange Geschichte der ›Wende‹. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989«. Dabei handelt es sich um ein von der Leibniz-Gemeinschaft finanziertes Projekt, das von 2016 bis 2020 am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam angesiedelt war. Dort wurden vier Themenfelder des Alltags behandelt: Wohnen und Wohneigentum (Brückweh), politische Kultur (Anja Schröter), Konsum (Clemens Villinger) und Schule (Kathrin Zöller). Mein Dank gilt außerdem dem Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt, das mir zwei Jahre als Fellow hervorragende Arbeitsbedingungen gewährt hat, und der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« für das Interesse an den Forschungsergebnissen.

erstens die »postsozialistische *Gesellschaftstransformation vor und nach* der Vereinigung – deren unterschiedliche Wirkungen und Erinnerungen heute«, die eben schon vor 1989 begann; zweitens die »*Vereinigung qua Beitritt und Institutionentransfer*« und drittens »*Transformationserfahrungen* im Osten«. Die Reformerfahrungen im Westen bleiben an dieser Stelle etwas außen vor, weil sie aus einer westdeutschen Alltagsperspektive nicht unbedingt als Kotransformation[4] wahrgenommen wurden, sondern als Begleiterscheinungen langfristiger Prozesse wie der Deindustrialisierung, der Urbanisierung, der Globalisierung etc.[5]

1.3 Anlage und Gliederung der Studie

Typisch für geschichtswissenschaftliches Arbeiten ist die Analyse von sogenannten Quellen, d. h. einer Vielzahl von Unterlagen unterschiedlichster Herkunft. Um die Auswahl nicht auf einzelne gesellschaftliche Gruppen zu beschränken, wird in dieser Studie ein Zugang gewählt, der von systematisch ausgewählten Räumen (urban, suburban, ländlich) ausgeht und zudem sozialwissenschaftliche Forschungen der 1990er zweitauswertet. Damit ist eine Forschungsstrategie gemeint, bei der zur Beantwortung einer neuen Fragestellung auf »bereits vorliegende Forschungsdaten zurückgegriffen«[6] wird. Der Fokus liegt auf Alltagsthemen, die potenziell alle Menschen in der DDR und Ostdeutschland betrafen – hier v. a. das Wohnen und Vorstellungen von Eigentum, punktuell ergänzt durch die Themenfelder Konsum und Schule.

Konkret werden für das Thema Wohnen und Wohneigentum ein brandenburgisches Dorf an der Grenze zum heutigen Sachsen-Anhalt sowie ausgewählte, typische Straßen für die Gemeinde Kleinmachnow an der Grenze zu Berlin und

4 Ther, Philipp (2014): Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin, S. 279–305.

5 Die derzeit wohl beste Darstellung dieser Prozesse, die »Vogelperspektiven« und »Nahaufnahmen« verbindet, aber die DDR und teilweise aus pragmatischen Gründen auch Ostdeutschland nach 1990 außen vor lässt, findet sich in: Raphael, Lutz (2019): Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Frankfurt a. M.

6 Medjedović, Irena (2014): Qualitative Sekundäranalyse. Zum Potenzial einer neuen Forschungsstrategie in der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden, S. 20. In sozialwissenschaftlichen Forschungskontexten wird der Begriff Sekundäranalyse teilweise anders verwendet, vgl. Heaton, Janet (2008): Secondary Analysis of Qualitative Data: An Overview, in: Historical Social Research, Jg. 33, H. 3, S. 33–45, hier S. 35; Witzel, Andreas/Medjedović, Irena/Kretzer, Susanne (2008): Sekundäranalyse qualitativer Daten. Zum gegenwärtigen Stand einer neuen Forschungsstrategie, in: ebd., S. 10–32, hier S. 16f.). Deshalb wird hier der Terminus Zweitauswertung verwendet. Andere Historiker*innen nutzen die Begriffe Sekundärauswertung und Zweitauswertung synonym, siehe Apel, Linde (2015): Oral History reloaded. Zur Zweitauswertung von mündlichen Quellen, in: Westfälische Forschungen, Jg. 65, S. 243–254, hier S. 244.

für die Stadt Schwerin Haus für Haus analysiert. Hier stehen die Akten der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen (ARoV) im Zentrum, die durch weitere Archivakten, Interviews aus einer stadtsoziologischen Studie zu Kleinmachnow und Berlin-Prenzlauer Berg sowie neu geführte Oral-History-Interviews ergänzt werden.[7] Beim Thema Konsum, das über die Konsumfelder Ernährung und ebenfalls über das Wohnen bearbeitet wird, wird ähnlich vorgegangen. Hier stehen Wurzen und Leipzig in Sachsen sowie das thüringische Dorf Merxleben im Zentrum. Den zentralen Quellenbestand bilden sozialwissenschaftliche Studien vom Anfang der 1990er Jahre, Archivquellen und alltagsgeschichtliche Quellen, etwa Anzeigenblätter und Zeitschriften wie *Kultur im Heim, Guter Rat* oder *Wohnen im Grünen* sowie zahlreiche Heimwerker-, Wohn- und Haushaltsratgeber.[8] Aufgrund der besonderen Quellenlage steht beim Thema Schule ein anderer Zugang im Vordergrund: Hier ist die vom Zentralinstitut für Jugendforschung der DDR im Jahr 1987 erstmals in den damaligen Bezirken Karl-

7 Neben Medienberichten, Oral-History-Interviews und Akten aus Gemeinde- und Kreisarchiven sowie dem Bundesarchiv waren v.a. die Akten der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen zentral für die Analyse. Für das brandenburgische Dorf und Kleinmachnow befinden sie sich v.a. im Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark in Belzig. Für Schwerin werden sie noch im Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern aufbewahrt. Wichtig für die Zweitanalyse von qualitativen Interviews war die Übernahme des Bestandes aus dem Forschungsprojekt »Property Restitution and the Post-1989 Transformation Process in Germany and Poland. An International and Interdisciplinary Research Project« (1999–2001 von der Volkswagen Stiftung gefördert), an dem britische, polnische und deutsche Wissenschaftler*innen beteiligt waren. Der übernommene Bestand zum deutschen Teil, den Birgit Glock, Hartmut Häußermann und Carsten Keller (Humboldt-Universität zu Berlin) bearbeiteten, umfasst Audioaufnahmen von drei Experteninterviews, 16 leitfadenbasierten Interviews und zwei Fokusrunden sowie Unterlagen und Teilverschriftlichungen der Interviews. Sie beziehen sich auf einen Stadtteil von Berlin und auf Kleinmachnow. Außerdem existieren zum Projekt mehrere unveröffentlichte Arbeitspapiere und ein Abschlussbericht sowie eine zentrale Publikation: Glock, Birgit/Häußermann, Hartmut/Keller, Carsten (2001): Die sozialen Konsequenzen der Restitution von Grundeigentum in Deutschland und Polen, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 11, H. 4, S. 533–550.

8 Wichtig sind für diese Studie neben Medienberichten u.a. lokale Archive (z.B. Stadtarchiv Bad Langensalza) sowie Akten zu staatlichen Institutionen wie etwa die Leipziger und Wurzener Arbeiter-und-Bauern-Inspektionen (ABI) im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig und die Aktenüberlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Der umfangreichste Quellenbestand für die Studie zum Konsum umfasst etwa 150 qualitative Interviews, die zwischen 1990 und 1996 im Rahmen von drei sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten erhoben wurden: Schier, Barbara (2001): Alltagsleben im »sozialistischen Dorf«. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945–1990, Münster u.a.; Schlegelmilch, Cordia (1993): Deutsche Lebensalter. Erkundungen in einer sächsischen Kleinstadt, in: PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 23, H. 91, S. 269–295; Dunkel, Wolfgang (2001): Zur Entstehungsgeschichte des Konzepts alltäglicher Lebensführung, in: Voß, Günter G./Weihrich, Margit (Hg.): tagaus – tagein: neue Beiträge zur Soziologie Alltäglicher Lebensführung, München, S. 21–29.

Marx-Stadt und Leipzig und seitdem kontinuierlich durchgeführte Sächsische Längsschnittstudie (SLS) grundlegend, die neben den standardisierten Frage- und Antwortmöglichkeiten auch offene, bisher noch nicht ausgewertete Fragen enthält.[9] Dieser besondere Quellenfundus, der eine Längsschnittanalyse erlaubt, wird durch punktuelle Untersuchungen an einer thüringischen Schule ergänzt. Ursprünglich war in der dieser Studie zugrundeliegenden Forschungsgruppe ein viertes Projekt angelegt, das u. a. Dessau und damit Sachsen-Anhalt einbezog, das aber aus personellen Gründen nicht weiterbearbeitet werden konnte. Der hier beschriebene Ansatz ist ohnehin nicht auf die genannten Untersuchungsthemen und -räume beschränkt, vielmehr wäre eine Ausweitung wünschenswert (z. B. zu Themen wie Arbeit oder Religion).

Mit der Studie wird ein gesellschafts- und alltagshistorischer Forschungsansatz verfolgt,[10] in dem drei Zugänge eine Rolle spielen: erstens Mentalitäten, die in Praktiken sichtbar werden, zweitens lebensweltliches Wissen sowie drittens das Zusammenspiel von Erwartungen, Erfahrungen und Erinnerungen. Operationalisiert wird die Untersuchung außer durch die Räume durch den Zugang über die Lebenswelt. In Anlehnung an die Soziologen Alfred Schütz und Thomas Luckmann ist unter Lebenswelt ein bestimmter Bereich der sozialen Wirklichkeit zu verstehen; konkret bezeichnet die Lebenswelt den Ausschnitt der Wirklichkeit, in dem sich alltägliches und regelmäßiges Handeln vollzieht und so für den Alltag wichtiges Wissen erworben wird.[11] Die Lebenswelt des Alltags ist nach Schütz/Luckmann der Wirklichkeitsbereich, in den Menschen eingreifen und den sie durch Handeln verändern können. Gleichzeitig ist das Handeln in der alltäglichen Lebenswelt nicht völlig frei, sondern durch »vorfindliche Ge-

9 Vgl. grundlegend dazu: Berth, Hendrik/Brähler, Elmar/Zenger, Markus/Stöbel-Richter, Yves (Hg.) (2002): 30 Jahre ostdeutsche Transformation. Sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Perspektiven der Sächsischen Längsschnittstudie, Gießen. Informationen zur Sächsischen Längsschnittstudie unter wiedervereinigung.de (abgerufen am 4.9.2020). Zur Verwendung der SLS als zeithistorische Quelle siehe Zöller, Kathrin: Daten, Quellen, offene Fragen. Die Sächsische Längsschnittstudie aus zeithistorischer Perspektive, in: Berth u. a. (Hg.) (2020): 30 Jahre ostdeutsche Transformation, S. 197–210. Die Originalfragebögen lagern bei einem der aktuellen Verantwortlichen der Studie, Hendrik Berth, in Dresden und wurden als Leihgabe Kathrin Zöller übergeben. Die Identifikationsnummern der Teilnehmenden hat Kathrin Zöller für die Verwendung der Freitexte aus Gründen des Datenschutzes verschlüsselt. Die quantitativen Forschungsdaten der SLS sind im GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften archiviert: Förster, Peter (2011): Sächsische Längsschnittstudie – Welle 4, 1990. GESIS Datenarchiv, Köln, ZA6216 Datenfile Version 1.0.0 (2011), https://doi.org/10.4232/1.10777.

10 Vgl. grundlegend: Lüdtke, Alf (Hg.) (1989): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt a. M.; Lindenberger, Thomas (1999): Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln, S. 13–44.

11 Vgl. Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas (2003 [1975]): Strukturen der Lebenswelt, Konstanz, S. 29.

genstände und Ereignisse« begrenzt.[12] Das Verständnis und die Regulierung der Lebenswelt sowie die darin vollzogenen sozialen Praktiken – also wiederkehrende Handlungen[13] – speisen sich aus eigenen, sozial vermittelten und nicht ständig hinterfragten Erfahrungen. Diese bilden einen lebensweltlich geprägten und kulturspezifischen »Wissensvorrat«.[14] Er muss weder geschlossen noch logisch aufgebaut sein, dient aber als Bezugsschema, an dem sich Denken und Handeln ausrichten. In diesem Verständnis sind nicht nur Strukturen und Prozesse Handlungsträger von Geschichte, sondern vor allem Menschen und ihr Handeln im Alltag der Lebenswelt. In einer lebensweltlichen Perspektive besteht »kein Gegensatz zwischen individueller Lebenswelt und gesellschaftlicher Struktur, zwischen Mikro- und Makro-Geschichte, sondern die Lebenswelt bildet gleichsam die Schnittstelle, in der sich Individuum und System bündeln.«[15] Damit wird – im Gegensatz zu den am Totalitarismus orientierten Studien der 1990er – den Menschen *agency* (Handlungsmacht) zugeschrieben.

Die alltägliche Lebenswelt, in der Mentalitäten und Wissensvorräte über Praktiken untersuchbar werden, stellt einen Bezugsrahmen der Studie dar, einen zweiten bildet das Sprechen der historischen Akteure über diese lebensweltlichen Praktiken, ihre verbalen Begründungen und das Einordnen in größere biografische und geschichtliche Zusammenhänge. Die Praktiken und das Sprechen darüber müssen nicht kongruent sein. Vielmehr kommt es zu einem komplexen Zusammenspiel von Erwartungen, Erfahrungen und Erinnerungen.[16] Während die Praktiken in erster Linie darauf zielen, ohne viele Worte den Alltag zu gestalten und zu bewältigen,[17] hat das Sprechen andere Funktionen, die zudem in öffent-

12 Ebd.

13 In der Geschichtswissenschaft bezeichnet der Begriff Praktiken eine Vielzahl wiederkehrender Handlungen, die sich in den Quellen häufig beobachten lassen; davon unterschieden wird der Begriff der Handlung, der auf Einmaligkeit abzielt. Vgl. Haasis, Lukas/Rieske, Constantin (2015): Historische Praxeologie. Zur Einführung, in: dies. (Hg.): Historische Praxeologie. Dimensionen vergangenen Handelns, Paderborn, S. 7–54.

14 Schütz/Luckmann, Strukturen der Lebenswelt, S. 29.

15 Haumann, Heiko (2012): Lebensweltlich orientierte Geschichtsschreibung in den Jüdischen Studien. Das Basler Beispiel, in: ders.: Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung, Wien/Köln/Weimar, S. 70–84, hier S. 80f. Ebenfalls anregend für unsere Analysen: Hiebl, Ewald/Langthaler, Ernst (Hg.) (2012): Im Kleinen das Große suchen. Mikrogeschichte in Theorie und Praxis (Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes), Innsbruck/Wien/Bozen.

16 Vgl. grundlegend zum Verhältnis von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont als historische Kategorien: Koselleck, Reinhart (2000 [1979]): Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M., S. 349–374.

17 Mit dem Wort »bewältigen« wird häufig verbunden, dass Vergangenheit abgeschlossen und damit in gewisser Weise ungeschehen gemacht werden kann. »Bewältigen« ist also kein passender Begriff, aber auch andere Begriffe beschreiben die Phänomene nicht zutreffend. In der vorliegenden Analyse geht es weniger um eine Vergangenheitspolitik, sondern um alltägliche

liches Sprechen und privates Sprechen unterschieden werden können. Einerseits kann das Sprechen in oder vor einer Öffentlichkeit dazu dienen, Sachverhalte so zielgerichtet darzustellen, dass daraus Forderungen abgeleitet werden können. Andererseits hat das Sprechen im eher privaten Raum – dazu zählen auch viele Oral-History-Gespräche – die Funktion, die eigene Biografie zu ordnen und als Gesamtheit (auch mit Brüchen) darzustellen. Öffentliches und privates Sprechen können sich also ebenso unterscheiden wie die Praktiken und das Sprechen über sie.

Der vielfachen Kritik, dass Westdeutschland als Vergleichsfolie und als Maßstab für Ostdeutschland genommen wird (dazu der Forschungsstand, siehe Abschnitt 2), begegnet diese Studie, indem sie explizit von Untersuchungsräumen und Begebenheiten in Ostdeutschland ausgeht. Westdeutsche, europäische oder andere Prozesse werden dort berücksichtigt, wo sie auf Ostdeutschland wirken (z. B. auf dem Weg zum Einigungsvertrag und zum Vermögensgesetz). Die Bezeichnungen »ostdeutsch«, »Ostdeutschland«, »Ostdeutsche« werden aus pragmatischen Gründen verwendet, obwohl es sich dabei um Konstruktionen und keine feste oder gar homogene Gruppe handelt. Vielmehr ist gerade im Alltag die Vielfalt der Erfahrungen sichtbar, die sich z. B. an Stadt-Land-Unterschieden zeigt, deshalb wurde der systematische Zugang über verschiedene Räume gewählt.

Im Anschluss an diese Einleitung folgt zunächst ein Einblick in den Forschungsstand (siehe Abschnitt 2) und dann eine Darstellung der vier Hauptergebnisse (siehe Abschnitt 3). Zu Beginn jedes Ergebnisses wird kurz ein übergeordnetes Muster präsentiert, das sich aus der Analyse der verschiedenen, oben genannten, historischen Quellen und Themen ergeben hat; dieses wird dann am Thema Wohnen und Eigentum und an konkreten Regionen exemplifiziert und abschließend mit anderen exemplarischen Alltagbereichen in Beziehung gesetzt. Die Argumentation im Hauptteil beginnt also mit dem Allgemeinen, wird dann an einem Thema konkret und kontextualisiert dieses ausgewählte Beispiel am Ende jeweils. Auf diesen Hauptteil folgt in Form eines Ausblickes (siehe Abschnitt 4) eine Einschätzung dazu, welche weiteren Forschungen vielversprechend scheinen. Die Studie schließt – wie in der Ausschreibung durch die Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« gewünscht – mit Vorschlägen für künftige Lösungen, Korrekturen und Innovationen im Themenfeld (siehe Abschnitt 5).

Strategien des Umgangs mit Problemen, die ihre Ursache in der Vergangenheit haben. In Ermangelung passender Begriffe wird in dieser Studie das Wort »bewältigen« deshalb trotzdem verwendet. U.a. zum begrifflichen Problem siehe z. B. Fischer, Torben/Lorenz, Matthias N. (Hg.) (2015): Lexikon der »Vergangenheitsbewältigung« in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld.

2. Zeitgeschichtlicher Forschungsstand

Während die Geschichte der DDR[18] und der friedlichen Revolution[19] schon lange von Zeithistoriker*innen erforscht werden, sucht man nach einem klar definierten Forschungsbereich zum vereinten Deutschland oder zur Transformationsgeschichte in der Geschichtswissenschaft vergeblich.[20] Das hat vielfältige Gründe: Erstens ist es schlichtweg zu früh, denn die Zeitgeschichtsforschung hängt den Ereignissen prinzipiell hinterher. Früher sicherten 30 Jahre Archivschutzfrist einen gewissen Abstand zum Untersuchungsgegenstand. Heute gilt das nur noch in Teilen, weil etwa für Diskursgeschichten andere Quellen (z. B. Zeitungen) wichtiger werden oder weil Quellen (z. B. die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR) früher zugänglich sind, aber dennoch bedarf es eines gewissen zeitlichen Abstandes, um mit geschichtswissenschaftlichen Methoden die Vergangenheit zu betrachten. Viel früher haben sich die Sozialwissenschaften als gegenwartsnahe Disziplin diesem Untersuchungsfeld gewidmet. Aus ihren Studien und Daten, aber auch Erfolgen und Problemen können Zeithistoriker*innen Erkenntnisse und Quellen für eigene Analysen gewinnen; deshalb lohnt sich ein genauerer Blick auf die sozialwissenschaftliche (Begleit-)Forschung nach 1989 (siehe 2.1). Zweitens waren in der Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren globalgeschichtliche Themen in Mode. Sich mit Ostdeutschland zu beschäftigen, haftete etwas Rückschrittliches oder gar Kleingeistiges an. Drittens gab es jenseits der wissenschaftlichen Trends aber doch ein lebensgeschichtliches, gesellschaftliches und politisches Bedürfnis, sich mit dem vereinten Deutschland und somit auch mit Ostdeutschland zu beschäftigen. Daraus sind – plakativ formuliert – zum einen politikgeschichtliche Meistererzählungen, also große sinnstiftende Geschichten, entstanden. Diese Erzählungen gingen mit offiziellen Regierungspositionen eine gewisse Symbiose ein, wie sie etwa bei Reden und Feiern zur »Wiedervereinigung« und zur »Deutschen Einheit« deutlich werden, wobei die Bezeichnungen

18 Stellvertretend seien hier die folgenden Überblicke genannt: Eppelmann, Rainer u. a. (Hg.) (2003): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn; Weber, Hermann (2012): Die DDR 1945–1990 (Oldenbourg-Grundriss der Geschichte 20), München; Möller, Frank/Mählert, Ulrich (Hg.) (2008): Abgrenzung und Verflechtung. Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte, Berlin; Mählert, Ulrich (Hg.) (2016): DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin.

19 Zum Beispiel: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.) (2009): Revolution und Wiedervereinigung, München; Jarausch, Konrad H. (1995): Die unverhoffte Einheit. 1989–1990, Frankfurt a. M.; Kowalczuk, Ilko-Sascha (2009): Endspiel. Die Revolutionen von 1989 in der DDR, München.

20 Der folgende Teil ist eine angepasste Version meines zeitgleich zu dieser Studie erstellten Forschungsüberblicks für »Aus Politik und Zeitgeschichte«: Vgl. Brückweh, Kerstin (2020): Das vereinte Deutschland als zeithistorischer Forschungsgegenstand, in: APuZ, Jg. 70, H. 28–29, S. 4–10, und https://www.bpb.de/apuz/312261/das-vereinte-deutschland-als-zeithistorischer-forschungsgegenstand (abgerufen am 30.9.2020).

und ihre Groß- oder Kleinschreibung selbst schon Teil der Debatte sind. Zentral ist in diesen Erzählungen der alles in allem als positiv gewertete Übergang von der Diktatur zur Demokratie und von der Plan- zur Marktwirtschaft. Zum anderen sind aus verschiedenen persönlichen und politischen Richtungen identitätsstiftende ostdeutsche Gegenerzählungen geschrieben worden. Und »der Groll bei den tatsächlichen und vermeintlichen Verlierern«,[21] den der Historiker Christoph Kleßmann im Jahr 2009 noch unter der Oberfläche beobachtet hatte, ist mittlerweile deutlich zutage getreten. Sichtbarer könnte kaum werden, dass sich Teile der ehemaligen DDR-Bevölkerung sowie ihre Nachgeborenen mit ihren Erfahrungen nicht in den als westdeutsch gelabelten Erfolgsnarrativen vertreten sehen. Meistererzählung einerseits und Identitätspolitik andererseits müssen deshalb im Folgenden genauer betrachtet werden, damit die aktuellen politischen Probleme und das fehlende Feld »Vereinigungsforschung« in der Geschichtswissenschaft erklärt werden können (siehe Abschnitt 2.2). Die innovative zeitgeschichtliche Forschung zu 1989 findet derweil anderswo statt. Dazu hat sich ein unten näher beschriebenes, lebendiges internationales Forschungsfeld entwickelt (siehe 2.3), in dem (Ost-)Deutschland aber der Sonderfall bleibt (siehe 2.4), den schon die sozialwissenschaftliche Forschung in den 1990ern diskutiert hat. Denn Ostdeutschland nimmt in den zeithistorischen Forschungen eine eigentümlich Sandwich-Position ein: nicht östlich genug für die Forschungen zu Ostmitteleuropa und nicht westlich genug für die Forschungen zur alten Bundesrepublik. Und jenseits der Forschung vergleichen sich auch viele Ostdeutsche weniger mit polnischen oder tschechischen Nachbarn als mit bayerischen oder hessischen. Das Politische der Zeitgeschichte könnte sichtbarer kaum sein, was sich auch in der politisch gesteuerten Vergabe von Drittmitteln zeigt.[22]

---

21 Kleßmann, Christoph (2009): »Deutschland einig Vaterland«? Politische und gesellschaftliche Verwerfungen im Prozess der deutschen Vereinigung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Jg. 6, H. 1, www.zeithistorische-forschungen.de/1-2009/4555 (abgerufen am 30.9.2020).

22 So haben Ausschreibungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung seit 2018 neue Projekte zur Geschichte der DDR und der Transformationszeit hervorgebracht: Bundesministerium für Bildung und Forschung: Wissenslücken über die DDR schließen, 12.6.2018, https://www.bmbf.de/de/wissensluecken-ueber-die-ddr-schliessen-6346.html. Die Forschungsprojekte sind hier aufgelistet: https://www.bmbf.de/files/Forschungsverb%c3%bcnde%20DDR.pdf (abgerufen am 30.9.2020). Außerdem: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, https://www.fgz-risc.de (abgerufen am 30.9.2020); Bundesministerium für Bildung und Forschung: »›Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt‹ startet«, 28.9.2018, https://www.bmbf.de/de/institut-fuer-gesellschaftlichen-zusammenhalt-startet-7044.html (abgerufen am 30.9.2020).

2.1 Die Ereignisse begleitend: Sozialwissenschaftliche Forschung

Von einem »forschungspragmatischen Glücksfall, der vor unseren Augen ein ›natürliches Experiment‹ von Dimensionen ablaufen läßt, die unter ›Laborbedingungen‹ auch nicht annähernd zu reproduzieren wären,« schwärmte Claus Offe 1991.[23] Ähnlich wie der Bremer Professor äußerten sich damals auch andere: Gesellschaftsforschung zu naturwissenschaftlichen Bedingungen – so lässt sich die Euphorie zusammenfassen. Aber aus der westdeutschen Ferne konnten Forschende eine andere Begeisterung entwickeln als in Ostdeutschland, wo zwar die Begeisterung vielfach geteilt, aber zugleich vor einem westdeutschen Import gewarnt wurde.[24] Die Karrierewege der Forschenden in Ost und West, die Neuordnung ostdeutscher Institutionen und die Geschichte der Theorien und Methoden der Sozialwissenschaften, unter die hier das weite Feld von der Politik- über die Wirtschaftswissenschaft bis zur Soziologie gefasst wird, sind seit 1989/90 mit all ihren Machtverhältnissen untrennbar verbunden. Das hatte gleichsam Auswirkungen auf persönliche Karrieren, die Forschungslandschaft und Erklärungsansätze.[25]

Inhaltlich standen ost- und westdeutsche Sozialforscher*innen vor ähnlichen Problemen: Weder hier noch dort waren sie in der Lage gewesen, den Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Ostmitteleuropa vorauszusagen. »Revolutionäre Transformationen wie diese waren in den gängigen Theorien des sozialen Wandels wohl nicht vorgesehen«, fasste Artur Meier, Soziologie-Professor an der Berliner Humboldt-Universität, 1991 zusammen.[26] Schon das Verschwimmen von Revolution und Transformation in diesem Zitat deutet auf das Problem hin, das die Sozialwissenschaften auch in den folgenden Jahren nicht lösen konnten: Es existierte weder ein konkreter Begriff noch eine Theorie zur Transformation, die nach 1989 hätten helfen können, das Phänomen umfassend zu erklären.[27] Im Jahr 2000 bilanzierte Stephan Weingarz, dass einzelne ältere Theorieansätze bei der Erklärung geholfen hätten (etwa Systemtheorie und akteursorientierte Ansätze), eine weiterführende transformationsspezifische Theoriebildung aber noch

23 Offe, Claus (1991): Die deutsche Vereinigung als »natürliches Experiment«, in: Giesen, Bernd/Leggewie, Claus (Hg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin, S. 77–86.

24 Vgl. Segert, Dieter (1991): Die langen Schatten der Vergangenheit. Warum es in der DDR doch eine Politologie gab, in: Giesen/Leggewie, Experiment Vereinigung, S. 111–122, hier S. 111.

25 Vgl. Brückweh, Kerstin (2017): The History of Knowledge: An Indispensable Perspective for Contemporary History, in: History of Knowledge, 4.12.2017, https://historyofknowledge.net/2017/12/04/the-history-of-knowledge-an-indispensable-perspective-for-contemporary-history/ (abgerufen am 23.2.2021).

26 Meier, Artur (1991): Die Revolution entläßt ihre Theoretiker, in: Giesen/Leggewie (Hg.): Experiment Vereinigung, S. 28–37, hier S. 33.

27 Zur Einführung: Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden.

ausstehe. Generell war sein Resümee ernüchternd: Es sei den deutschen Sozialwissenschaften in den letzten zehn Jahren nicht gelungen, »einen geschlossenen Forschungsbereich mit einem klar definierten Forschungsziel, spezifischen Fragestellungen sowie bestimmten sozialwissenschaftlichen Instrumentarien zu entwickeln.«[28]

Die Übersicht zu den sozialwissenschaftlichen Forschungen möchte ich für die Studie den Kollegen aus diesen Disziplinen überlassen.[29] Aus meiner Perspektive haben die bisher besten Überblicke Stephan Weingarz und Raj Kollmorgen geschrieben.[30] Hier weiter zu historisieren und eine Wissensgeschichte der Transformationszeit zu schreiben, ist eine elementare zeitgeschichtliche Forschungsaufgabe.[31] Sie ist deshalb elementar, weil die für Historiker*innen zum Alltag gehörende Quellenkritik für die Geschichte seit 1989/90 aufgrund der kurz skizzierten Vermischung von ost-westdeutschen Forschungsinteressen und Machtstrukturen wesentlich umfassender ausfallen muss. Es braucht quasi eine Wissensgeschichte der Sozialwissenschaften der 1990er Jahre, damit die dort produzierten Texte als Quellen für die zeithistorische Forschung richtig eingeordnet werden können. Hier sei festgehalten, dass diese Machtstrukturen des Wissenschaftssystems von

28 Weingarz, Stephan (2003): Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozess als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften, Münster/Hamburg/London, S. 364.

29 Für eine ausführliche Darstellung siehe: Brückweh, Das vereinte Deutschland als zeithistorischer Forschungsgegenstand, https://www.bpb.de/apuz/312261/das-vereinte-deutschland-als-zeithistorischer-forschungsgegenstand (abgerufen am 30.9.2020).

30 Weingarz, Laboratorium. Kollmorgen, Raj (2011): Zwischen »nachholender Modernisierung« und ostdeutschem »Avantgardismus«. Ostdeutschland und deutsche Einheit im Diskurs der Sozialwissenschaften, in: ders./Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden, S. 27–65, hier S. 39. Siehe auch die aktualisierte und erweiterte Fassung des Überblicks: ders. (2020), Eine ungeahnte Renaissance? Zur jüngsten Geschichte der Transformations- und Vereinigungsforschung, in: Böick, Marcus/Goschler, Constantin/Jessen, Ralph (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, Berlin, S. 46–72.

31 Für das Beispiel der Restitution von Wohnraum vgl.: Brückweh, Kerstin (2019): Wissen über die Transformation. Wohnraum und Eigentum in der langen Geschichte der »Wende«, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Jg. 16, H. 1, www.zeithistorische-forschungen.de/1-2019/5677 (abgerufen am 30.9.2020); für die quantitativen Erhebungen der Sächsischen Längsschnittstudie und des Sozio-oekonomischen Panels: Brückweh, Kerstin/Zöller, Kathrin (2019): Transformation Research and the Longue Durée of 1989. Combining Qualitative and Quantitative Data, in: Przegląd Socjologii Jakościowej – Qualitative Sociology Review, Jg. 15, H. 1, S. 72–91. Zur Geschichte der ostdeutschen Sozialforschung: Reinecke, Christiane (2010): Fragen an die sozialistische Lebensweise. Empirische Sozialforschung und soziales Wissen in der SED »Fürsorgediktatur«, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 50, S. 311–334, http://library.fes.de/afs-online/afs/ausgaben-online/band-50/rahmenthema/fragen-an-die-sozialistische-lebensweise-empirische-sozialforschung-und-soziales-wissen-in-der-sed-203afuersorgediktatur2039 (abgerufen am 23.2.2021).

großer Bedeutung auch für die Forschungen und ihre Ergebnisse zu sein scheinen und bei Weitem noch nicht erforscht sind. Vertraut man den Eindrücken der damaligen Akteure selbst, so ergibt sich folgendes Bild – hier in den Worten des Industriesoziologen Burkart Lutz von 1996: »Gefragt wurde, so kann man den Zustand der einschlägigen Forschung in den frühen 90er Jahren auf eine knappe Formel bringen, praktisch nur nachdem, was im Osten aus westlicher Perspektive von Interesse war.«[32]

Mit Blick auf die Erfahrungsgeschichte, die ein wichtiger Bestandteil dieser Studie ist, sei auf den von 2007 bis 2010 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektverbund verwiesen, der im Dialog von Wissenschaft, Kunst und Alltag das Überleben im Umbruch am Beispiel der brandenburgischen Stadt Wittenberge untersuchte.[33] Er stellte weniger große Strukturen, sondern vielmehr alltägliche Strategien ins Zentrum. Damit wurde an ein grundlegendes Problem angeknüpft: die fehlende Verbindung der Mikro- und Makroebene, also der Alltags- und Erfahrungsebene einerseits und der Ebene der großen Strukturen und des institutionellen Wandels andererseits. Etwa zu dieser Zeit – Ende der 2000er – begann eine jüngere Generation von Sozialwissenschaftler*innen, die Bedeutung ihrer Alterskohorte zu betonen. In ihren Veröffentlichungen zeigt sich die Nähe zur »3ten Generation Ostdeutschland«,[34] einem Netzwerk von sogenannte Wendekindern, definiert als diejenigen, die zwischen 1975 und 1985 in der DDR geboren wurden. Als Anlass für die Gründung dieses Netzwerks wird u. a. auf die Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum der Vereinigung verwiesen, bei der sie sich durch »Westdeutsche«[35] in Printmedien und Fernsehen ebenso wenig vertreten fühlten wie von ostdeutschen »Männern im fortgeschrittenen Alter«.[36] Das ist als gesellschaftliches und politisches Phänomen interessant, weil es auf das bereits benannte Defizit der unverbundenen Analy-

32 Lutz, Burkart (1996): Einleitung, in: ders. u. a. (Hg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, S. 1–16, hier S. 1f.

33 Bude, Heinz/Medicus, Thomas/Willisch, Andreas (Hg.) (2011): ÜberLeben im Umbruch. Am Beispiel Wittenberge. Ansichten einer fragmentierten Gesellschaft, Hamburg. Siehe auch dazu die Reflexion und Erweiterung: Bude, Heinz/Eckert, Anna/Haese, Inga (2020): Verlorener Boden, gewonnenes Land, in: Böick/Goschler/Jessen (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit, S. 251–270.

34 Der Webauftritt des Netzwerkes: http://netzwerk.dritte-generation-ost.de/ (abgerufen am 30.9.2020).

35 So die eigene Darstellung der Entstehung des Netzwerkes: http://netzwerk.dritte-generation-ost.de/widget-styles/netzwerk/ (abgerufen am 23.2.2021).

36 Ebd. und ähnlich die Buchankündigung auf der Internetseite der »3. Generation Ost« von Lettrari, Adriana/Nestler, Christian/Troi-Boeck, Nadja (Hg.) (2016): Die Generation der Wendekinder. Elaboration eines Forschungsfeldes, Wiesbaden, http://netzwerk.dritte-generation-ost.de/sammelband-die-generation-der-wendekinder-elaboration-eines-forschungsfeldes/ (abgerufen am 30.9.2020).

sen auf der Erfahrungsebene einerseits und der Systemebene andererseits basierte. Diese Dissonanz beobachtete die Soziologin Renate Mayntz schon 1994:

»Es geht entweder um den ›Institutionentransfer‹, um Veränderungen auf der Ebene formaler Organisation oder um Veränderungen von sozialer Lage, Einstellungen und Verhaltensweisen – aber selten um den Zusammenhang zwischen beidem. Dagegen ist meine These, daß nur, wenn man beide Ebenen, die institutionelle Makroebene und die Mikroebene individuellen Verhaltens gleichzeitig und in ihrer Interdependenz betrachtet, ein zentrales Problem des realen Transformationsprozesses erkennbar wird, nämlich das tendenzielle Auseinanderfallen der Prozesse auf diesen beiden Ebenen.«[37]

Um die Transformationszeit erklären zu können, müssen die Makro- und die Mikroebene enger miteinander verbunden werden – das ist ein Ergebnis der sozialwissenschaftlichen Forschungen, die aufgrund ihrer gegenwartsnahen Forschungsgegenstände viel stärker als die Geschichtswissenschaft mit theoretischen Konstrukten arbeitet. Das zweite wichtige Produkt ist der immense Umfang an Forschungsdaten, den die sozialwissenschaftliche Forschung hinterlassen hat.[38]

2.2 Rückblicke: Meistererzählungen und Identitätsdiskurse

Zeithistoriker*innen waren in den 1990ern zunächst weniger mit dem vereinten Deutschland als mit der Erklärung der DDR beschäftigt. Eine Fülle an Akten, die durch das Ende der DDR viel früher als bei den üblichen Archivsperrfristen zur Verfügung standen, schufen ein Forschungsparadies. Diskussionen darüber, mit welchen Ansätzen man die DDR untersuchen könne und ob es Grenzen der Diktatur gab, prägten die 1990er Jahre.[39] Das bestimmte auch die ersten Veröffentlichungen zum vereinten Deutschland, weil man sich damit Erklärungen für den Zustand der sogenannten inneren Einheit erhoffte.[40] Weitere Bücher von Historikern zur Geschichte des vereinten Deutschlands erschienen erst seit Ende der 2000er Jahre. Dabei handelt es sich um politikgeschichtliche Darstellungen, die den Ablauf des Einigungsprozesses beschreiben – also um Geschich-

37 Mayntz, Renate (1994): Die deutsche Vereinigung als Prüfstein für die Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften, in: Biss Public Jg. 4, H. 13, S. 21–24, hier S. 23.

38 Vgl. dazu auch Weingarz, Laboratorium, S. 365.

39 Vgl. Bessel, Richard/Jessen, Ralph (Hg.) (1996): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen. Für einen Überblick: Bösch, Frank (2015): Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren, in: ders. (Hg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen, S. 7–37.

40 Bereits 1998 veröffentlichte der Sozialhistoriker Gerhard A. Ritter sein Buch »Über Deutschland«.

ten von oben.[41] Sie kennzeichnet zumeist, dass sie Ostdeutschland nicht zuerst für sich betrachten und analysieren, sondern die alte Bundesrepublik als Referenzrahmen nehmen. Das ist einerseits verständlich, sollte es doch um das vereinte Deutschland gehen, andererseits ergab sich gerade daraus die schon aus den Sozialwissenschaften bekannte Schieflage. Die Historikerin Dorothee Wierling hat das treffend zusammengefasst: »Während es unstrittig ist, dass die Geschichte der DDR ohne ihr ›Anderes‹, die Bundesrepublik, nicht plausibel dargestellt werden kann, gilt dasselbe umgekehrt anscheinend weniger.«[42] Die Bundesrepublik wurde auch von Historikern als Maßstab gesetzt. Symptomatisch war wohl, dass Hans-Ulrich Wehler als Doyen der bundesdeutschen Gesellschaftsgeschichte 2008 vom »Intermezzo der ostdeutschen Satrapie« schrieb, die in seinem Werk nicht durch eine ausführliche Analyse aufgewertet werden müsse.[43] Die Debatte, die sich darüber entfachte,[44] sagte nicht nur etwas über die DDR, sondern auch über das Deutschland von 2008 aus und trug nicht dazu bei, Ostdeutschland zu einem gleichberechtigten Teil der deutschen Geschichte nach 1945 werden zu lassen. Zwar bemühten sich andere Historiker um eine differenziertere Analyse, aber doch blieben sie – wie schon ihre Kolleg*innen aus den Sozialwissenschaften – ihren etablierten Interpretations- und Referenzrahmen treu und versuchten, Ostdeutschland in diese einzuschreiben: Zentral waren die alte Bundesrepublik,[45] die Geschichte des Westens[46] oder die (west-)europäische Geschichte.[47]

Aus diesen Publikationen, auch wenn sie kritische Perspektiven bieten, ist alles in allem der Eindruck einer politischen und wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte entstanden; die Geschichte einer Nation, die den Weg von der Diktatur in die Demokratie und von der Plan- in die Marktwirtschaft geschafft hat. Dieser Ein-

41 Vgl. Rödder, Andreas (2009): Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München; Görtemaker, Manfred (2009): Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung, Berlin.

42 Wierling, Dorothee (2008): Rezension zu: Möller, Frank/Mählert, Ulrich (Hg.): Abgrenzung und Verflechtung; dies. (2008): Rezension zu: Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin, in: H-Soz-Kult, 27.5.2009, https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-12474 (abgerufen am 30.9.2020).

43 Wehler, Hans-Ulrich (2008): Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München, S. XV–XVI.

44 Zusammengestellt in: Bahners, Patrick/Cammann, Alexander (Hg.) (2009): Bundesrepublik und DDR. Die Debatte um Hans-Ulrich Wehlers »Deutsche Gesellschaftsgeschichte«, München.

45 Vgl. zuletzt Wolfrum, Edgar (2020): Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute, Stuttgart. Zuvor z. B. Herbert, Ulrich (2014): Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München.

46 Vgl. Winkler, Heinrich August (2015): Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart, München.

47 Vgl. Wirsching, Andreas (2012): Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München.

druck hat sich auch deshalb verfestigt, weil die politischen Akteure der Berliner Republik selbst, etwa bei Jahrestagen, auf positive Erzählungen Bezug nehmen, oder einzelne Historiker sich selbst klar in parteipolitischer Richtung positionieren. Die bisher genannten Titel sind besonders stark in der Öffentlichkeit präsent, von Verlagen beworben und im Feuilleton besprochen worden. Das ist vermutlich auch deshalb der Fall, weil sie dem Bedürfnis nach großen Narrativen, nach Meistererzählungen, entgegenkommen. Diese sollen Sinn stiften und im Fall des vereinten Deutschlands auch eine gesamtdeutsche Erzählung bieten.[48]

Die deutlichste Gegenerzählung, die ebenfalls weit rezipiert und vom Verlag beworben wurde, hat bisher Ilko-Sascha Kowalczuk geschrieben.[49] Er bietet – gerahmt durch seine persönliche Geschichte – das Motiv der Übernahme des Ostens durch den Westen an. Andere ostdeutsche Akteure nehmen die bereits in den 1990ern verbreitete These von der »Kolonialisierung Ostdeutschlands« wieder auf.[50] Beides hilft für die Zuspitzung des Narrativs, kann aber durch die stereotypen Zuschreibungen die wechselseitige Verständigung erschweren und andere wichtige Erklärungsangebote und Thesen in den Hintergrund rücken (etwa bei Kowalczuk die wichtige These von Ostdeutschland als Laboratorium der Globalisierung[51]). Wie schon bei den Sozialwissenschaften geht es auch um Machtfragen und damit um den Umbau der DDR-Forschungsinstitutionen und den Verlauf persönlicher Karrieren. Es ist an der Zeit, genauer zu erforschen, wie ostdeutsche Historiker und Historikerinnen »abgewickelt« wurden. Dafür müsste auch die Aufarbeitungslandschaft und Geschichtspolitik in den Blick genommen werden.[52] Eine Wissens- und Wissenschaftsgeschichte ist zentral, damit die Einzelerzählungen verbunden, kontextualisiert und auf eine empirische Basis gestellt werden können.[53] Dass Machtstrukturen und das (west)deutsche Wissen-

48 Vgl. neuerdings, wenn auch mit dem Duktus der »Selbstbescheidung« auftretend: Großbölting, Thomas (2020): Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn, S. 40.

49 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019): Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München.

50 Dresdner Institut für Kulturstudien/Energiefabrik Knappenrode, Tagung: Kolonie Ost? Aspekte von »Kolonialisierung« in Ostdeutschland seit 1990, 3.–5.4.2019.

51 Kowalczuk, Übernahme, S. 23. Vgl. auch Brückweh, Kerstin (2021): Rezension zu Ilko-Sascha Kowalczuk, Die Übernahme, in: Historische Zeitschrift, H. 312, S. 282–283.

52 Über ihre Probleme: Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019): Zur Gegenwart der DDR-Geschichte. Ein Essay, in: Böick, Marcus/Brückweh, Kerstin (Hg.): Weder Ost, Noch West, in: Zeitgeschichte online, März 2019, www.zeitgeschichte-online.de/themen/zur-gegenwart-der-ddr-geschichte (abgerufen am 30.9.2020).

53 Sie ist noch am Anfang, vgl. z. B. Tagung »Hochschulumbau Ost«. Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive, Universität Leipzig, 13.–14.4.2018; Universität Potsdam, Die Transformation der ostdeutschen Hochschulen in den 1980/90er Jahren. Potsdam in vergleichender Perspektive, Forschungsprojekt 2019–2022. Thijs, Krijn (2015): Die Dreiecksbeziehungen der Fachhistoriker. Über den Um-

schaftssystem eine eigene Rolle spielen, lässt sich an einem weiteren Buch illustrieren, das begeistert in Öffentlichkeit und Wissenschaft aufgenommen wurde: Philipp Thers *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*.[54] Der 2014 erschienene Band des Osteuropahistorikers ist ebenfalls ein Überblickswerk, das aber einen anderen Referenzrahmen für Ostdeutschland bietet, nämlich die ostmitteleuropäischen Länder und ihren neoliberalen Weg. Dieses Buch hat weitere Forschungen angeregt und ordnet sich in eine lebendige ostmitteleuropäische Forschung ein, bei der Ostdeutschland eine Randposition einnimmt: einerseits aufgrund der Sonderrolle durch die Vereinigung, andererseits weil Lehrstühle in Deutschland etablierten Strukturen folgen und die osteuropäische Geschichte in dieser Ordnung nicht zur deutschen Geschichte gehört. Die Situation scheint verfahren, aber – wie der Einblick in die Transformationsgeschichte im nächsten Teil zeigen wird – nicht aussichtslos. An dieser Stelle bleibt zunächst festzuhalten, dass die als westdeutsch gelabelten Erfolgsgeschichten für viele Ostdeutsche kein Dach bieten. Die ostdeutsche Wirklichkeit verlangt ein genaues Hinsehen und Differenzieren.

Der Sozialwissenschaftler und Publizist Thomas Ahbe kam 2019 zu einem ähnlichen Resultat, indem er auf jene drei Viertel der DDR-Bevölkerung verwies, »die nicht zu den entschiedenen Gegner/-innen des DDR-Systems zählten […], sich eben nicht einfach als Opfer eines Unrechtsregimes fühlten« und für die die Großerzählungen deshalb nicht passen.[55] Auch Ilko-Sascha Kowalczuk hat danach gefragt, was daraus folgt, wenn die anders sozialisierten »(westdeutschen) Deutungs- und Erkläreliten« und die »(kleine ostdeutsche) Aufarbeitungstruppe«, die vielfach Erfahrungen als Opfer des DDR-Regimes machten, die »große Mehrheit der Gesellschaft« aufklären will.[56] Zeitzeug*innenschaft wird an dieser Stelle gleichermaßen wichtig und schwierig, weil die Erinnerung von heute nicht mit der Geschichte von damals gleichzusetzen ist. Und doch ist diese »Mehrheit der Gesellschaft« bisher vernachlässigt worden. In die Lücke, die die großen Erzählungen hinterlassen haben, sind derweil andere Deutungsangebote getreten, die wie die Meistererzählungen relativ laut zu hören sind: Sie können als identitätsstiftende Erzählungen bezeichnet werden, die ein ostdeutsches Bewusstsein ins Zentrum stellen und doch zugleich zeigen, dass es »die« Ostdeutschen nicht

bruch in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft, in: Die Hochschule, Jg. 24, H. 1, S. 101–185; ders.: Gebrochene Geschichte. Lebenserfahrung und Historikerbegegnungen nach 1989, in: Maubach, Franka/Morina, Christina (Hg.): Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland, Göttingen, S. 386–448.

54 Ther, Die neue Ordnung.

55 Ahbe, Thomas (2019): Revolution und Vereinigung. Viele Erfahrungen und eine Große Erzählung, in: Journal für politische Bildung, H. 4, S. 10–17, hier S. 16.

56 Kowalczuk, Zur Gegenwart der DDR-Geschichte.

gibt.[57] Auch hier hat sich zuletzt eine jüngere Generation aufgemacht, sich über ihre ostdeutsche Herkunft und Erfahrung zu definieren, und auch hier gibt es große Unterschiede in der Qualität der Analyse. Schwierig wird es für die zeithistorische Forschung dann, wenn eine Berechtigung dafür, über Ostdeutschland forschen zu dürfen, aus der eigenen ostdeutschen Biografie abgeleitet wird bzw. im Gegenzug so bezeichneten Westdeutschen die Kompetenz qua Geburtsort abgesprochen wird. Dabei ist unklar, wer und was eigentlich ostdeutsch oder westdeutsch ist.[58] Die geschichtswissenschaftliche Forschung geht derweil anders vor.

2.3 Transformationsgeschichten: Viele Erfahrungen, Perspektiven, Räume und Akteure

Ein eigenes Forschungsfeld, das sich dezidiert der Geschichte des vereinten Deutschlands widmet, wird es vermutlich auch in Zukunft nicht geben.[59] Denn was einerseits der Nachteil der Zeitgeschichte im Vergleich zu den Sozialwissenschaften ist, ist andererseits ihr Vorteil: Sie kann heute mit größerem zeitlichen Abstand die bisherigen Entwicklungen beobachten und daraus Forschungsbedarfe formulieren. Das größte Problem stellt derzeit die Unverbundenheit der Geschichten aus der Makro- und der Mikroperspektive dar, also die widersprüchlichen Erzählungen von oben und von unten. In dieser Hinsicht ordnet sich Ostdeutschland nahtlos in die Reihe ostmitteleuropäischer Länder ein, die ebenfalls ein Auseinanderfallen von öffentlichen Meistererzählungen und persönlichen Erfahrungen verzeichnet haben.[60] Zeithistoriker*innen, die sich mit Ostdeutschland beschäftigen, haben sich deshalb verstärkt den ostmitteleuropäischen

57 Vgl. die Kritik an Valerie Schönians Buch »Ostbewusstsein« von 2020 des ebenfalls in der DDR geborenen Frank Pergande, Schau an, ich bin ein Ossi, in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) 28.4.2020. Vgl. zur Problematik und zum Potenzial der Identitätspolitik: Dyk, Silke van (2019): Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus, in: APuZ, Jg. 69, H. 9–11, S. 25–32. Konkret auf Ost-Westdeutschland bezogen: Ganzenmüller, Jörg (2020): Ostdeutsche Identitäten. Selbst- und Fremdbilder zwischen Transformationserfahrung und DDR-Vergangenheit, in: Deutschland Archiv, 24.4.2020, www.bpb.de/308016.

58 Zur Verdeutlichung der Problematik: Kollmorgen, Raj (2019): Ost-Quote. Die falsche Therapie, in: Die Zeit, 16/2019, 13.4.2019, https://www.zeit.de/2019/16/ost-quote-fuehrungspositionen-ostdeutsche-herkunft-chancengleichheit (abgerufen am 30.9.2020).

59 Einen aktuellen Überblick bietet das Jahrbuch Deutsche Einheit, hg. v. Marcus Böick, Constantin Goschler und Ralph Jessen; außerdem: Biess, Frank/Eckert, Astrid (Hg.) (2019): Introduction: Why Do We Need New Narratives for the History of the Federal Republic, in: Central European History, Jg. 52, H. 1 (2019).

60 Vgl. Buzogány, Aron (2014): 25 Jahre 1989: Osteuropa zwischen Euphorie und Ernüchterung, in: APuZ, Jg. 64, H. 24–26, S. 10–15; https://www.bpb.de/apuz/185594/25-jahre-1989-osteuropa-zwischen-euphorie-und-ernuechterung (abgerufen am 30.9.2020).

Umbrüchen von 1989 bis 1991 zugewandt. Dabei sind weniger die Forschungsvorhaben selbst vergleichend angelegt als vielmehr die wissenschaftlichen Diskussionszusammenhänge.[61] Ostdeutschland kann analytisch als ein Fall betrachtet und in verschiedene Kontexte – nicht nur die Geschichte der Bundesrepublik – eingeordnet werden. Das ist bereits für die DDR-Forschung gefordert worden[62] und scheint auch für die Geschichte Ostdeutschlands über den Epochenbruch hinaus hilfreich.

Das Ergründen des Auseinanderfallens der Geschichten verlangt zudem eine Perspektiverweiterung im Hinblick auf die historischen Akteure. Während in den Geschichten von oben v. a. die politischen Protagonisten im Vordergrund standen und für die Perspektive von unten in diesen Werken meist nur auf Meinungsumfragen Bezug genommen wurde, reicht das für eine Geschichte, die wirklich die verschiedenen Akteure und ihre Erfahrungen eruieren will, nicht aus. Meinungsumfragen haben in dieser Hinsicht eine begrenzte Aussagekraft, weil sie – vereinfacht gesagt – nur Antworten auf vorformulierte Fragen geben. Wenn Umfrageinstitute bzw. ihre Auftraggeber*innen sich für Ost-West-Unterschiede interessieren, dann bekommen sie dazu auch Antworten; unerheblich ist, ob die Antwortenden diese von sich aus thematisiert hätten. Außerdem haben erste wissensgeschichtliche Tiefenbohrungen gezeigt, dass gerade Anfang der 1990er Jahre die Methoden sehr stark von westdeutschen Gegebenheiten ausgingen, die nur begrenzt der ostdeutschen Situation entsprachen.[63] Die Quellenbasis muss also erweitert werden. Die Methode der Oral History wird dann ebenso

61 Nicht zuletzt anlässlich des 30. Jahrestages wurden Tagungen durchgeführt und Bestandsaufnahmen präsentiert, z. B.: Grundow, Hendrijke (2020): Tagungsbericht Ambivalente Transformationen. »1989« zwischen Erfolgserzählung und Krisenerfahrung, 10.–12.11.2019 Dresden, in: H-Soz-Kult, 27.2.2020, https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8668 (abgerufen am 30.9.2020); Price, Jenny (2020): Tagungsbericht: Die revolutionären Umbrüche in Europa 1989/91: Deutungen und Repräsentationen. 18. Internationales Symposium der Stiftung Ettersberg, 1.–2.11.2019 Weimar, in: H-Soz-Kult, 7.2.2020, https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8636 (abgerufen am 30.9.2020); Tomann, Juliane (2019): Tagungsankündigung: Remembering 1989: Actors, Approaches and Audiences, 4.10.2019 Jena, in: H-Soz-Kult, 22.1.2019, https://www.hsozkult.de/event/id/termine-39202 (abgerufen am 30.9.2020). Ebenfalls an einem Jahrestag orientiert, genauer am 100. Jahrestag der »Oktoberrevolution« in Russland: Schmiedel, David (2018): Tagungsbericht: Sehnsucht nach dem »Kommunismus«? Kulturen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bei jungen Menschen in Südost- und Osteuropa und in Ostdeutschland im 21. Jahrhundert, 27.10.2018 Wien, in: H-Soz-Kult, 23.5.2018, https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7706 (abgerufen am 30.9.2020).

62 Vgl. Wierling, Dorothee (2016): Die DDR als Fall-Geschichte, in: Ulrich Mählert (Hg.): Die DDR als Chance, S. 205–213; Lindenberger, Thomas (2014): Ist die DDR ausgeforscht? Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick, in: in: APuZ, Jg. 66, H. 24–26, S. 27–32.

63 Vgl. Brückweh, Wissen über die Transformation.

wichtig wie die Zweitanalyse der qualitativen und quantitativen Daten aus der bereits erwähnten umfassenden sozialwissenschaftlichen Forschung der 1990er Jahre. Dahinter steht ein Interesse an Erkenntnis zu Erfahrungen, Mentalitäten, Ideen, Alltag und Gesellschaft – eben zu solchen Themen und Problemen, die über den Epochenbruch von 1989 hinweg Bestand hatten und von Menschen gestaltet und bewältigt werden mussten. Zwangsläufig ergibt sich aus dieser Verschiebung der thematischen Erkenntnisinteressen auch eine Verschiebung des Untersuchungszeitraums. Nun wird vermehrt auf die Zeit vor, während und nach 1989 geblickt. Denn banal formuliert ging das Leben wie gesagt weiter: Es fing nicht 1989 an und hörte auch nicht auf. Um eine sinnvolle Lebensgeschichte erzählen zu können, muss die Zäsur integriert werden. Die so angelegten Untersuchungen bieten vielfältige Möglichkeiten für Themen, Vergleiche, Perspektiverweiterungen und Erklärungen.

Aus zeithistorischer Perspektive wissen wir bisher z. B. – abseits der grundsätzlichen Regelungen – relativ wenig über den konkreten Ablauf des Ab- oder Umbaus ostdeutscher Institutionen, etwa über Personalzusammensetzungen, Arbeitsverträge, Fluktuationen, Arbeitsabläufe usw. Das gilt einmal mehr in föderativer Hinsicht. Die »neuen« Bundesländer wurden selbst erst Anfang der 1990er gebildet und unterscheiden sich auch in ihrer administrativen und praktischen Umsetzung der Gesetze, die im Zuge des Beitritts erlassen wurden.[64] Erste Forschungen gibt es – wie gesagt – zur Wissenschaftsgeschichte, aber auch hier besteht noch großer Forschungsbedarf. Gerade dann, wenn Forscher*innen die Daten der Sozialwissenschaften aus den 1990ern als Quellen für die Zeitgeschichte verwenden möchten, wird eine Wissensgeschichte der akademischen Institutionen, ihrer Mitarbeiter*innen und Methoden zentral für eine fundierte Quellenkritik, d. h. für das Verständnis der Daten, die in den 1990er Jahren in den Sozialwissenschaften produziert wurden. Im Bereich des Institutionenumbaus existieren viele persönliche Geschichten, aber wenig systematische Untersuchungen. Besonders deutlich wird das beim Thema Treuhand, zu der fast jeder und jede Ostdeutsche eine persönliche Erfahrungsgeschichte oder eine Meinung hat, um die sich aber nach wie vor auch viele Mythen ranken. Als »erinnerungskulturellen Zombie der Wiedervereinigung« bezeichnete sie der Zeithistoriker Marcus Böick, der in seiner Pionierstudie genau die Verbindung von Idee, Praxis und Erfahrung in den Mittelpunkt gestellt hat.[65] Neben den mittlerweile für das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) geöffneten Archivquellen gibt es zur Treuhand eine Vielzahl von Daten aus der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung der 1990er Jahre. Der Zeitgeschichtsforschung kommt hier v. a. die Aufgabe zu, die unterschied-

64 Vgl. Creuzberger, Stefan/Mrotzek, Fred/Niemann, Mario (Hg.) (2018): Land im Umbruch. Mecklenburg-Vorpommern nach dem Ende der DDR, Berlin.

65 Böick, Marcus (2018): Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994. Göttingen, S. 15.

lichen Quellen zu sichten, das Wissen zu ordnen und in kohärente Geschichten zu bringen. Interessant wäre auch, wie Forschungsförderung Fragestellungen formte –, aber die Akten sind noch unter Verschluss.

Während Institutionengeschichten eher von einer Zäsur von 1990 ausgehen, obwohl auch dort die lange Perspektive über den Epochenbruch hinaus z. B. mit Blick auf die Mitarbeiter*innen wichtig ist, müssen Alltags- und Erfahrungsgeschichten das Vor, Während und Nach 1989/90 einbeziehen.[66] Erst aus der biografischen Zusammenschau dieser Zeitabschnitte lassen sich die Lebensgeschichten mit ihren Gewinn- und Verlusterzählungen verstehen. Das im Staatssozialismus erlernte Wissen und das dort Erfahrene wirkten nach 1989 fort. So zeigt sich, dass Ostdeutsche sich in ihrem Alltag und im Berufsleben an ähnlichen Werten orientierten wie ihre westdeutschen Nachbarn. Sparsamkeit und Leistung bildeten zentrale Bezugspunkte, die nicht erst nach 1990 handlungsleitend wurden.[67] Wichtig ist diese lange Perspektive über die Zäsur von 1989/90 hinaus auch deswegen, weil frühere Erwartungen an Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft beobachtet werden können, die mit den Erfahrungen der 1990er Jahre teilweise kollidierten. Das Zusammenspiel von Erwartungen und Erfahrungen ist elementar für die Formung und Formulierung der Erinnerungen von heute – sie sagen aber häufig mehr über die Bewertung der Gegenwart aus als über die Erfahrungen der Vergangenheit. Hier bedarf es weiterer Mikro- oder Lokalstudien und einer Kombination von Oral History und erneuten Analysen qualitativer Interviews aus den 1990ern. Interessant wird hier auch der diachrone Vergleich, etwa mit der Erinnerung an die Zeit vor, während und nach 1945.[68]

Freiheit, Demokratie, Kapitalismus und die Orientierung an der Europäischen Union folgten in der einen oder anderen Form in allen ostmitteleuropä-

66 So der Ansatz des von mir geleiteten Forschungsprojekts »Die lange Geschichte der ›Wende‹. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989«, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (2016–2020). Eine der ersten veröffentlichten Monografien mit langer Perspektive über den Epochenbruch hinaus: Schröter, Anja (2018): Ostdeutsche Ehen vor Gericht. Scheidungspraxis im Umbruch 1980–2000, Berlin. In der Wirtschaftsgeschichte wird dieser Ansatz schon länger verfolgt, vgl. Berghoff, Hartmut/Balbier, Uta A. (Hg.) (2013): The East German Economy, 1945–2010. Falling Behind or Catching Up?, Cambridge; Damm, Veit u. a. (2011): Ostdeutsche Unternehmen im Transformationsprozess 1935–1995. Ein neues Forschungsfeld der modernen Unternehmensgeschichte, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Jg. 56, H. 2, S. 187–205; Schulz, Ulrike (2013): Simson. Vom unwahrscheinlichen Überleben eines Unternehmens, Göttingen.

67 Vgl. Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöller, Kathrin (2020): Ein Schriftgespräch zu unseren Ergebnissen, in: dies. (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin.

68 Gute Erinnerungen an böse Zeiten – Nostalgie in »posttotalitären« Erinnerungsdiskursen nach 1945 und 1989, 18.–20.4.2018 München, in: H-Soz-Kult, 2.7.2018, https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7775 (abgerufen am 30.9.2020).

ischen Ländern, v. a. aber erlebten diese Länder in der konkreten Zeit des Umbruchs und danach eine besondere Betonung des Nationalen. »Aufgrund seiner Vielschichtigkeit und symbolischen Aufladung eignet sich das Symboljahr 1989 besonders gut zur politischen Instrumentalisierung,« schrieb beispielsweise der Politikwissenschaftler Aron Buzogány zum 25-jährigen Jubiläum mit Blick auf Ostmitteleuropa.[69] Gegenerzählungen, wonach hinter den politischen Umwälzungen weniger das »Volk« als vielmehr der Zusammenbruch des sowjetischen Herrschaftssystems stand,[70] gibt es ebenso wie erste empirisch gesättigte Studien über die Gesellschaft im Spätsozialismus und in der Umbruchzeit.[71] Instrumentalisierungen der Begriffe von 1989 lassen sich auch in Ostdeutschland in den letzten Jahre beobachten, wenn die Partei »Alternative für Deutschland« mit »Wende 2.0« oder »Wir sind das Volk« bei Landtagswahlen für sich wirbt. Da populistische Strömungen aber nicht allein ein ostmitteleuropäisches Phänomen sind, sollte schnellen Rückführungen auf die DDR-Vergangenheit mit Skepsis und v. a. mit empirischer Forschung begegnet werden. Globalgeschichtliche Forschungstrends der letzten Jahre und europäisch vergleichende Perspektiven haben für interessante Kontextualisierungen der Ereignisse von 1989 bis 1991 gesorgt und zu neuen Forschungsfragen geführt.[72] Zudem bieten sich diachrone Vergleiche mit anderen europäischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts bzw. ihres Übergangs zur Demokratie an, so etwa Spanien, Portugal oder Griechenland.[73] In dieser Hinsicht hat sich eine florierende, internationale Forschungslandschaft entwickelt. Ob es Transformation, verstanden als besonders tiefgreifender, umfassender und beschleunigter Wandel des politischen Systems, der Wirtschaft und Gesellschaft,[74] genannt werden soll, bleibt unter den Forschenden umstritten.

69 Buzogány, 25 Jahre 1989.

70 Vgl. Kotkin, Stephen (2009): Uncivil Society. 1989 and the Implosion of the Communist Establishment, New York.

71 Vgl. Yurchak, Alexei (2006): Everything Was Forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation, Princeton; Shevchenko, Olga (2009): Crisis and the Everyday in Postsocialist Moscow, Bloomington/Indianapolis; Krapfl, James (2013): Revolution with a Human Face. Politics, Culture and Community in Czechoslovakia 1989–1992, Ithaca/London; Kuhr-Korolev, Corinna (2015): Gerechtigkeit und Herrschaft. Von der Sowjetunion zum neuen Russland, Paderborn.

72 Vgl. Engel, Ulf/Hadler, Frank/Middell, Matthias (Hg.) (2015): 1989 in a Global Perspective, Leipzig.

73 Mit Blick auf den Diktaturvergleich mit Spanien, Portugal und Griechenland z. B.: Europas vergessene Diktaturen? Diktatur und Diktaturüberwindung in Spanien, Portugal und Griechenland, 4.–5.11.2016 Weimar, in: H-Soz-Kult, 3.3.2017, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7037 (abgerufen am 30.9.2020).

74 Vgl. Ther, Die neue Ordnung, S. 28.

2.4 Sonderfall (Ost-)Deutschland

Nun könnte der Eindruck entstanden sein, dass es zwar spannende zeithistorische Forschung zur Transformationsgeschichte gibt, diese aber im Elfenbeinturm verbleibt; sie also in gewisser Weise den Meistererzählungen und Identitätspolitiken – und der Aufarbeitungslandschaft – den Platz in den gesellschaftlichen Diskussionen überlässt. Die Situation kann auch anders beschrieben werden: Allen wissenschaftlichen Bemühungen, Ostdeutschland als Teil dieser verschiedenen Transformationsgeschichten zu analysieren, zum Trotz kreisen die Diskussionen in Deutschland vielfach um sich selbst. Wahrscheinlich sind auch deswegen die oben genannten bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichten und die ostdeutschen Gegenerzählungen so präsent und viel beachtet. Ostmitteleuropäische Länder dienen im Alltag nicht als Referenz für die eigenen ostdeutschen Erfahrungen und Perspektiven – das zeigen die Feuilletondebatten ebenso wie Alltagsgespräche und mikrogeschichtliche Forschungen. Angebotene positive ostdeutsche Narrative, wie die von der besonderen »Umbruchkompetenz«[75] oder den Ostdeutschen als »Avantgarde«,[76] haben sich ebenfalls nicht durchgesetzt. Im 30. Jahr nach 1989/90 wurden die Debatten oft emotional geführt – eine Versachlichung und empirische Fundierungen von Meinungsäußerungen wären wünschenswert. Wenn die zeithistorische Transformationsforschung dazu beitragen will, muss sie viel mehr als bisher ihr Wissen nach außen kommunizieren. Letztlich geht es darum, die Vielfalt zuzulassen und auszuhalten. Also keine neue große Erzählung zum vereinten Deutschland zu präsentieren, sondern Differenzierung als neue Meistererzählung zu sehen (siehe Abschnitt 3).

3. Ergebnisse zur langen Geschichte der »Wende«

Der sich nun anschließende Wechsel von allgemein formulierten übergeordneten Ergebnissen und dichtem Herleiten am Beispiel Wohnen und Eigentum soll einerseits größere Zusammenhänge vereinfacht darlegen und andererseits ein Nachvollziehen der komplexen Problemlagen ermöglichen und z. B. verdeutlichen, warum einige Orte in verschiedensten Kontexten (etwa in Medienberichten) immer wieder auftreten, andere dagegen nicht. Letztlich geht es darum – wie oben bereits angedeutet (siehe Abschnitt 2.4) –, die Vielfalt zuzulassen und auszuhalten. Also keine neue große Erzählung zum vereinten Deutschland zu prä-

75 Platzeck, Matthias (2009): Zukunft braucht Herkunft. Deutsche Fragen, ostdeutsche Antworten, Hamburg.

76 Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin.

sentieren, sondern Differenzierung als neue Meistererzählung zu sehen. Damit ist zum einen gemeint, dass es aus der Perspektive der Alltagsgeschichte eine Vielfalt von Erfahrungen gibt, die alle ihre Berechtigung haben und nebeneinander stehen, aber zum anderen ergibt sich aus der Perspektive der Alltagsgeschichte nach der systematischen Sichtung von Quellen eine gewisse Sättigung, d. h. eine Ähnlichkeit von Geschichten, die als Muster dargestellt werden können. Die in diesem Teil vorgestellten Ergebnisse zeigen vier solche Muster aus der Quellenanalyse. Darin werden sich nicht alle Ostdeutschen wiederfinden, allein schon deswegen nicht, weil »ostdeutsch« ohnehin ein Konstrukt ist – ebenso wie »westdeutsch«. In gewisser Weise kommen Forschende mit der Arbeitsmaxime »Differenzierung ist die neue Meistererzählung« an die Grenzen der Erzählbarkeit. Die vier Ergebnisse sind erste Angebote – die gesellschafts- und alltagsgeschichtliche Analyse muss hier in den nächsten Jahren noch erweitert werden.

Das Thema Wohnen und damit verbunden die Frage des Eigentums von Wohnräumen und Grundstücken bietet ein Untersuchungsfeld par excellence für die Alltagsgeschichte des Umbruchs. Als »d e n Schauplatz und Knotenpunkt aller für ein Leben wesentlichen Begebenheiten« deklarierte der Osteuropa- und Russlandhistoriker Karl Schlögel das ›Haus‹.[77] Aus der Perspektive des Individuums geht es dabei um soziale Beziehungen ebenso wie um Aspekte der Repräsentation, des Rückzugs und um handfeste ökonomische Faktoren von Eigentum, Vermögen, Erbmasse usw. Aber mehr noch: Der Blick vom historischen Akteur aus erfasst Mikro- und Makrobereiche gleichzeitig. Denn »die Lebenswelt ist keine holistische, in sich geschlossene Einheit, keine Glocke, unter der der Mensch lebt, sondern etwas Offenes, das gekennzeichnet ist durch ein Wechselverhältnis von Strukturen und kultureller Praxis des Akteurs, durch Interaktion und Kom-

77 Schlögel, Karl (2003): Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik, München, S. 314, Hervorhebung im Original. Vgl. zudem Eibach, Joachim/Schmidt-Voges, Inken (Hg.) (2015): Das Haus in der Geschichte Europas. Ein Handbuch, Berlin. Das ›Haus‹ (das nicht unbedingt im engen Sinne *ein* Haus sein muss, vielmehr kann die Wohnstätte verschiedene Formen und Größen annehmen, deshalb die Anführungsstriche) hat eine lange Forschungstradition, v. a. mit Blick auf die Frühe Neuzeit und die Sattelzeit: So der klassische (in die Kritik geratene) Text von Otto Brunner (1968): Das ›Ganze Haus‹ und die alteuropäische ›Ökonomik‹, in: ders.: Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, 2. Aufl. Göttingen, S. 103–127. Neuerdings: Eibach/Schmidt-Voges (Hg.): Das Haus; Conrad, Christoph u. a. (Hg.) (2014): Wohnen und die Ökonomie des Raums, Zürich. Trotz dieser Bedeutung gibt es bisher keinen Forschungsboom zur Geschichte des Wohnens in der Neuzeit, wie Adelheid von Saldern jüngst feststellte: Saldern, Adelheid von (2014): Wohnen – jenseits historiografischer Turns und Trends? Beispiele aus europäischen Städten des 20. Jahrhunderts, in: Conrad u. a. (Hg.): Wohnen und die Ökonomie des Raums, S. 27–57, hier S. 28. Grundlegend der umfassende fünfte Band der Geschichte des Wohnens: Flagge, Ingeborg (Hg.) (1999): Geschichte des Wohnens, Bd. 5: Von 1945 bis heute: Aufbau – Neubau – Umbau, Stuttgart, und darin Topfstedt, Thomas: Wohnen und Städtebau in der DDR, S. 419–562.

munikation«.[78] In dieser Lebenswelt sind Individuum und System untrennbar miteinander verbunden. Aus einer systemischen Perspektive zeigen sich am Untersuchungsgegenstand ›Haus‹ Eigentumsideen oder sogar -ideologien sowie Eigentumsrechte und -politik. Hier verbinden sich der Alltag und das politische, rechtliche und wirtschaftliche System, hier werden Verwaltungspraktiken und Alltagspraktiken sichtbar. Diese Wechselwirkung aus Vorschriften und lebensweltlichem Handeln wird im Folgenden skizziert. Die Relevanz des Themas liegt zudem darin, dass es sich dabei um einen Bereich handelt, in dem sich Ost- und Westdeutschland bis heute unterscheiden. Das geringere Vermögen und die höhere Zahl der Mietverhältnisse im Osten im Vergleich zum Westen[79] hängen mit der Geschichte der DDR und den Regelungen der Vermögensverhältnisse aus der Umbruchzeit von 1989/90 zusammen. Es gibt hier also bis heute Ungleichheiten.

3.1 Vom 19. Jahrhundert in die Gegenwart: Die lange Dauer von Mentalitäten im Wechselspiel mit politischen Systemen

3.1.1 Allgemeines Ergebnis

Vielfach ist in den alltäglichen Praktiken ein Fortwirken von Mentalitäten, Ideen und Tugenden zu beobachten, die teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgt werden können – das lässt sich als erstes Ergebnis der Quellenanalyse festhalten. So unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche bei Vorstellungen von Eigentum, Leistung oder Sparsamkeit nur wenig, einzelne soziale Gruppen und verschiedene geografische Räume dafür umso mehr. Mit Mentalität sind aus alltäglichen Praktiken ableitbare Vorstellungen von grundlegenden Konzepten des menschlichen Zusammenlebens gemeint.[80] Sie werden unterschieden von Ideen,[81] die eher in intellektuellen Überlegungen und schriftlichen Äußerungen zu finden sind. Wäh-

78 Haumann, Heiko (2012): Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung, Köln, S. 91. Siehe zur Lebenswelt auch Abschnitt 1.3.

79 Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2020): Vielfalt der Einheit. Wo Deutschland nach 30 Jahren zusammengewachsen ist, Berlin, S. 30f. und 48f.

80 Vgl. z. B. Dinzelbacher, Peter (Hg.) (2008): Europäische Mentalitätsgeschichte, Stuttgart. Die Mentalitätsgeschichte hat sich in Deutschland anders als etwa die Annales-Schule in Frankreich nicht so stark durchsetzen können. Sie hat Eingang in die deutschsprachige Alltagsgeschichte gefunden, die sich ab den 1980ern entwickelte. Eher verbreitet ist im deutschsprachigen Raum die Historische Anthropologie, die transdisziplinär angelegt ist und neben den beiden genannten Richtungen auch Anregungen aus der angelsächsischen Kulturanthropologie übernommen hat. Siehe auch Tanner, Jakob (2013): Historische Anthropologie, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.1.2012, http://docupedia.de/zg/Historische_Anthropologie (abgerufen am 30.9.2020).

81 Vgl. Raphael, Lutz/Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.) (2006): Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. Beiträge für eine erneuerte Gesellschaftsgeschichte, Mün-

rend die Begriffe Mentalität und Idee als analytische Konzepte und damit vom Anspruch her wertfrei verwendet werden, ist mit Tugend eine Eigenschaft oder eine Haltung gemeint, die von den historischen Akteuren zu einem bestimmten Zeitpunkt und Zeitraum in der Geschichte als positiv oder erstrebenswert bewertet wird (z. B. das Sparen[82]). Es sind einerseits die verschiedenen politischen Systeme des 20. Jahrhunderts, aber auch allgemeine Prozesse (Deindustrialisierung, Urbanisierung usw.), die Fakten geschaffen und Anpassungen der Mentalitäten an die äußeren Rahmenbedingungen notwendig gemacht haben. Daraus sind ebenso Spannungsverhältnisse entstanden wie nach 1990 aus den Regelungen des Einigungsvertrages.

3.1.2 Beispiel: Wohnen und Eigentum in der DDR

a) Ideen und Gesetze

»Zum Bodenrecht der DDR existierte eine Vielzahl verschiedener Gesetze und Verordnungen, ohne dass diese bis 1989 zu einem einheitlichen Gesetz zusammengeführt wurden.«[83] Mit dieser Feststellung beginnt die Historikerin Anke Kaprol-Gebhardt ihre Ausführungen zu den gesetzlichen Grundlagen der DDR. Bekanntermaßen lassen sich zwei grundsätzliche Ideen von Eigentum im Staatssozialismus unterscheiden: Im Alltagssprachgebrauch sind dies das Volkseigentum und das Privateigentum. Die Verfassung von 1949 enthielt in den Artikeln 22 bis 24 noch keinen differenzierten Eigentumsbegriff, schützte das Privateigentum und bewegte sich also in Teilen in der deutschen bürgerlichen Rechtstradition. Trotz der fehlenden begrifflichen Differenzierung zeigten sich aber bereits in Artikel 24 der Verfassung von 1949, dass grundlegende Eigentumsveränderungen und Enteignungen aus der Zeit der der Sowjetischen Militärischen Administration befürwortet wurden und fortgeführt würden:

»(3) Die Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nationalsozialisten sind enteignet und gehen in Volkseigentum über. Das gleiche gilt für private Unternehmungen, die sich in den Dienst einer Kriegspolitik stellen.
(4) Alle privaten Monopolorganisationen, wie Kartelle, Syndikate, Konzerne, Trusts und ähnliche auf Gewinnsteigerung durch Produktions-, Preis- und Absatzregelung gerichtete private Organisationen sind aufgehoben und verboten.

chen; Goering, Daniel Timothy (Hg.) (2017): Ideengeschichte heute. Traditionen und Perspektiven, Bielefeld.

82 Muschalla, Robert (2018): Sparen. Geschichte einer deutschen Tugend (Ausstellung im Deutschen Historischen Museum), Berlin.

83 Kaprol-Gebhardt, Anke (2018): Geben oder Nehmen. Zwei Jahrzehnte Rückübertragungsverfahren von Immobilien im Prozess der deutschen Wiedervereinigung am Beispiel der Region Berlin-Brandenburg, Berlin, S. 43. Die folgenden Ausführungen orientieren sich an: ebd., S. 43–47.

(5) Der private Großgrundbesitz, der mehr als 100 Hektar umfaßt, ist aufgelöst und wird ohne Entschädigung aufgeteilt.
(6) Nach Durchführung dieser Bodenreform wird den Bauern das Privateigentum an ihrem Boden gewährleistet.«[84]

Diese Sätze veranschaulichen auch, dass es nicht um die vollständige Abschaffung des Privateigentums, sondern v. a. um die Reglementierung der Größe und Monopolisierung ging. Die Verfassung von 1968 (1974 in dieser Hinsicht nicht geändert) unterschied dann unter dem Übergriff »sozialistische[s] Eigentum« in Artikel 10 drei Eigentumsformen: das »gesamtgesellschaftliche Volkseigentum«, das »genossenschaftliche Gemeineigentum werktätiger Kollektive« und das »Eigentum gesellschaftlicher Organisationen der Bürger«.[85] Auch sie erkannte in Artikel 11 das persönliche Eigentum[86] der Bürger*innen an und doch war »das Privateigentum weder Ausgangspunkt noch Ziel der DDR-Eigentumsordnung« – wie der Jurist Dirk Brouër in seinem Ratgeber aus dem Jahr 1995 zusammenfasste.[87] Fakt ist zudem, dass das zum 1. Januar 1900 im Deutschen Kaiserreich in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), das u. a. die Verzeichnung von Wohneigentum regelte, erst 1975 durch das Zivilgesetzbuch in der DDR abgelöst wurde, und ebenso ist Fakt, dass am Ende der DDR noch vielfach Privateigentum an Häusern und Grundstücken bestand (siehe Abschnitt c).[88] Während also die offizielle, an Gesetzen ablesbare Eigentumsidee das sozialistische Eigentum zum Ziel hatte, war dies nicht ohne Weiteres erreichbar, weil die Staatsziele nicht mit dem persönlichen Streben und den Mentalitäten der Bewohner*innen übereinstimmten. Das zeigt eine Vielzahl anderer Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse, die eingesetzt wurden, um Wohneigentum zu enteignen oder staatlich zu verwalten (siehe Übersicht 1).

84 Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, in: Gesetzblatt der DDR 1949, 1, S. 5–16; https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0232_ddr&object=facsimile&pimage=1&v=100&nav=&l=de (abgerufen am 30.9.2020).

85 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, in: Gesetzblatt der DDR 1968 I, S. 199-222; documentArchiv.de (Hg.), http://www.documentArchiv.de/ddr/verfddr1968.html (abgerufen am 11.4.2021). Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (Fassung vom 7.10.1974), in: Gesetzblatt der DDR 1974 I; documentArchiv.de (Hg.), http://www.documentArchiv.de/ddr/verfddr.html (abgerufen am 11.4.2021).

86 Weder in der DDR-Verfassung von 1949 noch später gab es eine Differenzierung der Begriffe Privateigentum und persönliches Eigentum. So auch Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 47.

87 Brouër, Dirk u. a. (1995): Offene Vermögensfragen – ein Ratgeber. Der Streit um Häuser, Datschen und Grundstücke. Zur veränderten Rechtslage in den neuen Bundesländern, Reinbek, S. 21.

88 Als Quelle zur Wohnungspolitik siehe z. B.: Sozialistische Wohnungspolitik. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister, hg. v. d. Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Berlin 1977.

Übersicht 1: Das Eigentum betreffende Regelungen in der DDR (Auswahl)

1950	Gesetz über den Aufbau der Städte in der DDR (Aufbaugesetz)
1952	Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten1954 Gesetz über den Verkauf volkseigener Eigenheime und Siedlungshäuser
1955	Wohnraumlenkungsordnung, 1967 neu formuliert
1958	Anordnung (AO) Nr. 2 (Verlassen der DDR nach dem 10.6.1953)
1961	Gesetz zur Verteidigung der DDR (Verteidigungsgesetz)
1968	Verwalterverordnung
1976	Ministerratsbeschluss »Zur weiteren Durchführung der Grundlinie der Behandlung des in der DDR befindlichen Vermögens von Berechtigten aus kapitalistischen Staaten und Westberlin«
1984	Gesetz über die Bereitstellung von Grundstücken für Baumaßnahmen (Baulandgesetz)
1985	Ministerratsbeschluss zur »Prüfung der gesetzlichen Regelungen über den Verkauf von ›Westgrundstücken‹ u. Festlegungen, daß die örtlichen Organe Entscheidungen im Rahmen der schöneren Gestaltung unserer Städte u. Gemeinden zum Verkauf u. zur Nutzung dieser Grundstücke treffen können«
1990	Gesetz über den Verkauf volkseigener Gebäude (sogenanntes Modrow-Gesetz vom 7.3.1990)

Außerdem: weitere Regelungen zur Nutzung des Bodens[89]

Die genauere Betrachtung dieser Vorschriften lässt den Eindruck entstehen, dass das staatssozialistische Ziel, also das sozialistische Eigentum, teilweise gegen die Bevölkerung – quasi durch die Hintertür – eingeführt werden sollte. So machten es im Alltag z. B. die niedrigen Mieten Privateigentümern schwer, notwendige Reparaturen durchzuführen, und führten zu sogenannten kalten Enteignungen.[90] Wohneigentum zu halten, wurde damit für Eigentümer*innen schwieriger und das Erben von Häusern durch die Überschuldung unattraktiver. Zugleich war aber das DDR-Regime auf die Mithilfe der Bevölkerung bei der Instandhaltung angewiesen und veröffentliche Ratgeber zum Heimwerken, in denen auch immer im Geleit an die Pflicht der Bevölkerung beim Aufbau des sozialistischen Staates erinnert wurde.[91] Ohne weiter ins Detail zu gehen, bestätigen die Ana-

89 Vgl. dazu Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 49–54.
90 Vgl. dazu z. B. Fricke, Weddig/Märker, Klaus (1996): Enteignetes Vermögen in der Ex-DDR, München, S. 22.
91 Vgl. z. B. Pause, Max/Prüfert, Wolfgang (1972): Du und Deine Wohnung. Heimwerkertipps, Berlin, S. 3.

lysen dieser Studie den Eindruck des Politikwissenschaftlers Dieter Grosser zur Eigentumssituation von 1989/90: »verworren bis zur Unbegreiflichkeit«.[92] Dies wog umso schwerer, weil nach 1989 in allen postsozialistischen Staaten dem Eigentum eine wichtige Rolle zugeschrieben wurde – diesmal als Privateigentum, das für den Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft und einer demokratischen Gesellschaft für elementar erachtet wurde (siehe Abschnitt c). Das fehlende Wissen über die Eigentumsverhältnisse rund um das Wohnen in der DDR sollte sich als zentrales Problem für die Regelungen des Einigungsvertrages herausstellen (siehe Abschnitt 3.2.2). In der DDR hatten sich im Alltag Eigentums- und Besitzverhältnisse herausgebildet, die nicht immer konform mit den Gesetzen und Vorschriften waren bzw. nicht eins zu eins aus diesen abgeleitet werden konnten. Weder wurden die Gesetze immer stringent angewandt noch ließen sich DDR-Bewohner*innen einfach von staatssozialistischen Eigentumsideen überzeugen. Das zeigt der folgende Blick auf die verschiedenen Praktiken im Alltag.

b) *Praktiken und Mentalitäten*

Um mehr Klarheit in die verworrenen Verhältnisse zu bringen und die Frage nach den Praktiken rund um das Wohnen und Wohneigentum systematisch zu verfolgen, richtet der alltagshistorische Blick sich nun zunächst auf den Untersuchungsort Kleinmachnow. In ihrem Kern ist die Gemeinde durch die in den 1930er Jahren entstandenen Einfamilienhäuser charakterisiert. Sie war in der DDR aufgrund der Grenze zu West-Berlin, wegen der Transit-Autobahn und des Teltow-Kanals verkehrsmäßig schlecht zu erreichen. Kleinmachnow beschrieb sich selbst als Künstler- und Wissenschaftlergemeinde, in der einige prominente Persönlichkeiten wie Christa Wolf und Maxie Wander zeitweise wohnten.[93] Daneben lebten Bewohner*innen, die sich auf verschiedene Weise mit dem DDR-Regime arrangierten, und es gab durchaus überzeugte Anhänger*innen – nicht zuletzt bedingt durch die Nähe zu West-Berlin, die Grenztruppen erforderte, und die in Kleinmachnow befindliche Parteihochschule, die später als Gästehaus für Staatsgäste genutzt wurde und prominenten Besuch beherbergte. Mit der Öffnung der Grenze verlor die Gemeinde ihre isolierte Stellung, wurde wieder zu einer beliebten Wohngegend im Berliner Umland und verzeichnete einen starken Bevölkerungsanstieg. Im Fokus der Analyse steht hier die Geschichte der immobilen Häuser, in die mobile Bewohner*innen ein-, aus- und teilweise wieder einzogen. Die folgenden Ergebnisse beziehen sich auf Einfamilienhäuser, die den Untersu-

92 Grosser, Dieter (1998): Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart, S. 227.

93 Kretzschmar, Harald (2008): Paradies der Begegnungen. Der Künstlerort Kleinmachnow, Leipzig; ders. (2016): Treff der Originale. Prominent in und um Kleinmachnow, Berlin.

chungsbereich prägten. Auf Räume, die von der Bodenreform oder einer Vielzahl an Mietshäusern geprägt waren, wird im Anschluss kurz eingegangen. Es geht hier also zunächst um die Spezialform des Eigenheims, dessen Verkauf in Kleinmachnow bereits seit den 1950er Jahren Praxis war. Nach DDR-Definition durfte ein Eigenheim nur dem Eigenbedarf dienen, maximal fünf Zimmer haben und auf einem volkseigenen Grundstück von höchstens 1.500 m² stehen.[94]

Herausragend ist die Bedeutung des Grundbuchs – und zwar nicht nur in Kleinmachnow. Es stellte die zentrale Wissensressource vor, während und nach 1990 dar – das ergibt die qualitative Analyse von rund 80 Häusern in drei Kleinmachnower Straßen. In der DDR versuchten Käufer*innen von Wohneigentum, dieses in den Grundbuchblättern verzeichnen zu lassen.[95] Falls ihnen die Eintragung verwehrt wurde oder zu lange dauerte, schrieben die Betroffenen Eingaben.[96] Sie setzten also die Tradition des liberal-individualistischen Eigentumsverständnisses fort, wonach die persönliche und politische Freiheit mit der Rechtssicherheit und Verfügung über ein Objekt einhergeht.[97] Der Staatssozialismus durchbrach dieses Verständnis von Eigentum kaum. Das lässt sich einerseits

94 Vgl. Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark, Belzig, 60.31/12, Kommunale Wohnungsverwaltung, Vermerk über Hausverkäufe 1982/83.

95 Zur komplizierten Geschichte der Grundbücher vgl. Schmidt, Frank (2006): Grundbücher als Quelle für die Ortsgeschichte. Eine Einführung in die Überlieferung geschlossener Grundbuchunterlagen [im Brandenburgischen Landeshauptarchiv], Vortrag Potsdam, 1.10.2006, sowie ausführlicher mit abgedruckten Beispielen: Tatzkow, Monika/Henicke, Hartmut (Hg.) (1993): Grundbuchdokumentation und Grundbuchmanipulation in der früheren DDR, Berlin. Siehe weiterhin den Bestand des Ministeriums des Innern im Bundesarchiv. Das Ministerium diskutierte etwa in den 1950er Jahren ausführlich Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten zu Fragen des Katasters und des Grundbuchs (z. B. Bundesarchiv [BArch] DO 1/8817 und DO 1/8818).

96 Für Beschwerden und Eingaben vgl. z. B. BArch DO 1/7376 und DO 1/16318, Anfragen von Privatpersonen in Grundbuchangelegenheiten, 1970–1979. Außerdem im Bundesarchiv die Eingaben im Bestand DC 20 Ministerrat der DDR: BArch DC 20/3691 und BArch DC 20/3699, Eingaben zu Grundstücks- und Pachtangelegenheiten. Einzelnes, 1956–1959; BArch DC 20/3690, Eingaben zu Grundstücks- und Pachtangelegenheiten. Einzelnes, 1957–1959; sowie im Bestand DN 1 Ministerium der Finanzen u. a. BArch DN 1/122289, Eingaben. Vermögenseinzug aufgrund Strafurteils zugunsten des Volkseigentums 1953–1970; BArch DN 1/122273, Beschlagnahme von Vermögenswerten Republikflüchtiger zwecks Überführung in Volkseigentum. Eingaben zur Anwendung der VO vom 17.7.1952, 1957–1971; BArch DN 1/121441, Eingaben und Beschwerden, Nachweise, 1977–1985; BArch DN 1/121442a, Eingaben und Beschwerden, Nachweise, 1982–1989. In Kleinmachnow waren Eingaben zu Fragen des Wohnwesens zahlenmäßig die umfangreichsten, z. B.: Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark, Belzig, 51.28/100, Rat der Gemeinde Kleinmachnow, Eingaben zu Wohnungsfragen und Hauskäufen, Auswertung der Eingaben, 1971–1973.

97 Noch immer grundlegend für die Geschichte des Eigentums: Siegrist, Hannes/Sugarman, David (1999): Geschichte als historisch-vergleichende Eigentumswissenschaft. Rechts-, kultur- und gesellschaftsgeschichtliche Perspektiven, in: dies. (Hg.): Eigentum im internationalen Vergleich (18.–20. Jahrhundert), Göttingen, S. 9–30.

an den Praktiken der DDR-Bewohner*innen erkennen, denn sie nutzten unabhängig vom offiziell eingetragenen Rechtsstatus die Häuser und Grundstücke wie Eigentümer*innen – das heißt, sie hielten ihr Haus instand, renovierten, reparierten, bauten an und um. Andererseits zeigte sich dies auch im Kaufverhalten, so erinnerten sich zumindest die an der Restitution in Kleinmachnow beteiligten Akteure. Sie betonten im Jahr 2000,

> »daß es auch in der DDR eine Wertschätzung des privaten Eigentums gegeben habe, die dazu führte, daß die Bewohner oft versuchten, das Haus oder das Grundstück zu erwerben […]. Die staatlich propagierte Anti-Eigentumsideologie – so die Schlußfolgerung – wurde weder von den Bewohnern, noch von den Funktionären selbst ernst genommen. Denn […] sonst hätte die DDR auch anders enteignen können. Selbst das sei ja unter dem Deckmäntelchen der ›Überschuldung‹ passiert, nicht aber offiziell«.[98]

Dieses Zitat muss im Kontext der verschiedenen oben genannten und in der Übersicht 1 zusammengestellten Gesetze und Verordnungen gesehen werden, die auch zur Folge hatten, dass die in Westdeutschland oder dem Ausland lebenden Eigentümer nicht mehr in der Lage waren, ihr Haus mit eigenen Mitteln instand zu halten, was zunächst zu Überschuldung und dann zur Enteignung führen konnte. Vereinfacht dargestellt befanden sich Einfamilienhäuser in der DDR in Volks- oder in Privateigentum oder standen unter staatlicher Verwaltung, wobei es vier grundlegende Nutzungsformen gab: erstens Eigentum an Haus und Grundstück, das meist schon vor 1949 bestanden hatte; zweitens Hauseigentum ohne Bodenrechte, wichtig war hier die Trennung von Haus und Grundstück; drittens die Nutzung eines Hauses mit offizieller Urkunde und Nutzungsrecht; viertens das Mieten eines Hauses oder einer Wohnung.

Im Alltag lässt sich im Verlauf der DDR eine gewisse Anerkennung oder zumindest Gewöhnung an die Zweistaatlichkeit Deutschlands erkennen, die sich darin zeigte, dass Besitzverhältnisse als Eigentumsverhältnisse verstanden wurden und der behäbigen Verwaltungspraxis (s. u.) im Alltag durch Praktiken Fakten entgegengesetzt wurden. Am deutlichsten lässt sich dies an Bebauungen erkennen, die aufgrund eines Überlassungsvertrages auf einem staatlich verwalteten Grundstück oder auf fremden Grundstücken erfolgten.[99] Immer war dies mit viel Eigenarbeit verbunden, manchmal gab es eine Nutzungsurkunde oder ei-

98 Glock, Birgit/Keller, Carsten: Fokusrunde Amt zur Regelung offener Vermögensfragen (ARoV) Potsdam-Mittelmark, 16.2.2000, Teilverschriftlichung [2000], S. 4. An diesem Zitat und an den folgenden aus dem Bestand von Glock/Keller zeigt sich die Vermischung von Transkription und Auswertung der Primärforschenden; wegen dieser Teilverschriftlichung werden die digitalisierten Interviews hinzugezogen.

99 Vgl. dazu Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 160–212; und z. B. aus der zeitgenössischen juristischen Literatur: Fricke/Märker, Enteignetes Vermögen in der Ex-DDR, S. 175f.

nen Grundbucheintrag, manchmal nicht.[100] Die Analyse des Untersuchungsortes Kleinmachnow zeigt sehr deutlich, dass nach 1990 nicht die Orientierung am Grundbuch durch das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen die Streitursache war: Den Glauben an das Grundbuch teilten – abseits der offiziellen Ideologie – die historischen Akteure aus Ost und West. Das stellt sich in der Analyse der Akten als ein wichtiges Ergebnis dar. Zum Problem wurde vielmehr, dass die Besitz-, Eigentums- und Nutzungsverhältnisse in der DDR nicht konsequent in die Grundbuchblätter eingetragen wurden. Diese willkürlich scheinende Dokumentation – ohne klar zu erkennenden Grund wurde mal eingetragen, ein anderes Mal aber nicht – führte in der DDR und v. a. nach 1990 zu Problemen und bedarf einer genaueren Betrachtung.

Dieser Art der Eigentumsdokumentation lag einerseits eine spezifisch staatssozialistische Strategie zugrunde, andererseits war sie durch eine überforderte Verwaltungspraxis bedingt. Was heißt das konkret? Zunächst hilft beim Entwirren der Eigentumsverhältnisse ein vergleichender Blick auf die Literatur zu Ostmitteleuropa, wo bereits vielfach zum Eigentum geforscht wurde. Insbesondere die durch das Habsburgerreich geprägten Regionen mit funktionierendem Kataster- und Grundbuchsystem können Aufschluss geben.[101] Dort wurde das Verteilen von Eigentum bei gleichzeitiger systematischer Zurückdrängung des Grundbuchs und fehlender Rechtssicherheit als staatssozialistische Strategie herausgearbeitet.[102] Sie lässt sich als gewollt willkürlich charakterisieren. In der DDR zeigte sich dies etwa darin, dass das Grundbuch Anfang der 1950er Jahre aus dem Bereich der Gerichtsbarkeit entfernt wurde und nur noch den Charakter eines einfachen Verzeichnisses erhielt.[103] Dementsprechend wurden die für das Grundbuch und Kataster zuständigen Abteilungen stiefmütterlich behandelt. So hieß es aus dem für die Beispielgemeinde Kleinmachnow zuständigen Kreis Potsdam-Land im Jahr 1952:

»Die Zusammenlegung mit der Abteilung Kataster bedeutet für das bisherige Grundbuchamt Potsdam den dritten Umzug seit Mai 1952 und für das bisherige Grundbuchamt

100 Im Idealfall sollte die Trennung von Grundstücks- und Gebäudeeigentum durch die Führung eines gesonderten Gebäudegrundbuchblattes geregelt werden, Kaprol-Gebhardt: Geben oder Nehmen, S. 49.

101 Vgl. Siegrist, Hannes/Sugarman, David (2015): Introduction. Property in East Central Europe. Notions, Institutions, and Practices of Landownership in the Twentieth Century, in: dies. (Hg.): Property in East Central Europe. Notions, Institutions, and Practices of Landownership in the Twentieth Century, New York, S. 1–26, hier S. 2.

102 Vgl. Müller, Dietmar (2006): Die Gouvernementalität des Bodeneigentums im östlichen Europa, in: Comparativ, Jg. 16, H. 5/6, S. 112–129, hier S. 123.

103 Zu den Zäsuren vgl. Bischoff, Bernhard/Lippmann, Holger (1993): Unveröffentlichte Vorschriften zur Führung des Grundbuches und des Liegenschaftskatasters, in: Tatzkow/Henicke, Grundbuchdokumentation, S. XI–XVI, hier S. XIf.

Teltow den zweiten Umzug seit Juni 1952. […] Ein Raum zur Unterbringung der Grundbücher ist z.Zt. noch nicht bereitgestellt. Ausserdem mangelt es […] an geeigneten Regalen. Es ist […] kaum damit zu rechnen, daß das Sachgebiet vor dem 1. Januar 1953 arbeitsfähig wird.«[104]

Daraus resultierten Probleme für die Verwaltung von Eigentum gerade in einer durch starken Wegzug geprägten Zeit. In den Schreiben der zuständigen Kommunalen Wohnungsverwaltungen finden sich z. B. deutliche Formulierungen der Überforderung durch viele sogenannte Republikflüchtlinge und unklare Vorgaben, v. a. während der 1950er Jahre. In der Kleinmachnower »Analyse über Bevölkerungsbewegung und gesamtdeutsche Arbeit im I. Quartal 1956« las sich das so:

»Die übergeordneten Organe haben es bisher nicht verstanden, klare Anweisungen über die Behandlung dieses Vermögens zu geben. […] Es sollte eine interne Schrift herausgegeben werden, die dem rechtsunkundigen Abwesenheitspfleger, Bürgermeister usw., genau darlegt, was von dem Augenblick an geschehen soll, wo der Abgang festgestellt wird. Besonders muß auch Klarheit geschaffen werden, über Aufbewahrung des Vermögens, über Veräußerung über Verkaufskreise u.v.m.«[105]

Mehrfach gab es während dieser Phase massiver Eigentumsveränderungen in der DDR auch Beschwerden über zu wenig Personal für die Verzeichnung von Eigentum.[106]

Bei der Dokumentation von Eigentumsverhältnissen trafen also staatliche Eigentumsideologie, Verwaltungshandeln und Alltagspraktiken zusammen. Um zu verstehen, warum die Verzeichnung – nicht zuletzt aus der Perspektive der Bewohner*innen – so wichtig war, muss die Geschichte der Landregistrierung kurz erwähnt werden. Die Formen des Notierens von Landbesitz lassen sich geschichtlich weit zurückverfolgen. Für die Zeitgeschichte ist das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts interessant, weil mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) die früheren Aufschreibsysteme und Rechte in die Form gebracht wurden, die auch nach 1990 für die Restitution von Wohneigentum galt. Grundsätzlich wurden in den Diskussionen zum BGB im 19. Jahrhundert drei Erwerbsvorgänge von Eigentum diskutiert: Übertragung durch Erben oder Schenkung, durch Kaufen und durch die soziale Praxis des Ersit-

104 BArch DO 1/8823, Rat des Kreises Potsdam-Land, Abt. Kataster, Sachgebiet Grundbuch, Schreiben betreffend Übersichtsbericht über das Sachgebiet Grundbuch an den Rat des Bezirkes Potsdam, Abt. Vermessung, 6.12.1952.

105 Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark, Belzig, 51.28/1, Rat der Gemeinde Kleinmachnow, Analysen über Republikfluchten 1956–1961.

106 Eine Vielzahl praktischer Probleme der Bearbeitung von Grundstückssachen in verschiedenen Bezirken zeigte sich z. B. in den Antworten auf folgende Verfügung: Ministerium des Innern, HA Vermessung und Kartenwesen, Verfügung vom 5.11.1952, Betrifft: Überleitung der Grundbuchämter zu den Abteilungen Kataster (abgedruckt in Tatzkow/Henicke, Grundbuchdokumentation, Dokument 2, S. 1f.); die Antworten finden sich in BArch DO 1/8823.

zens, also die tatsächliche Herrschaft über eine Sache. In den Fällen des Ersitzens[107] war nach einem gewissen Zeitablauf für keinen der Beteiligten mehr wichtig oder bekannt, auf welche Weise der Erwerb erfolgt war; deshalb sollten diese Zustände so festgehalten werden, wie sie de facto waren. Das Ersitzen war problematisch, da es aufgrund möglicher doppelter Eigentumsansprüche der eindeutigen Zuordnung von Grundstücken sowie deren Verzeichnung im Grundbuch zuwiderlaufen konnte. Das Grundbuch sollte aber gerade Eindeutigkeit und damit Rechtssicherheit herstellen. Nach langen Diskussionen entschied man sich im 19. Jahrhundert dafür, das Ersitzen stark zu erschweren, d. h. Erwerber*innen mussten für 30 Jahre im Grundbuch eingetragen sein, während zugleich auch die Eigentümer*innen im Grundbuch genannt blieben. Erst im Anschluss sollte die Eigentumsübertragung stattfinden.

Auch im DDR-Recht gab es das Ersitzen,[108] demnach musste die Eintragung für 20 Jahre bestanden haben. Die Überlassung und Nutzung von Eigentum in der DDR konnte aus Sicht des BGB als Ersitzen bewertet werden, auch wenn es uneinheitlich bzw. willkürlich in den Grundbuchakten verzeichnet war.[109] Theoretisch wäre der für das Ersitzen notwendige Zeit- bzw. Fristablauf 1990 möglich gewesen, aber Anfang der 1970er Jahre wurden im Rahmen des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages die Vermögensfragen ausdrücklich offengelassen – die Frist wurde damit unterbrochen. Das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen nahm schon durch die Wahl des Namens deutlich Bezug auf den Grundlagenvertrag.

An dieser Stelle kann zunächst festgehalten werden, dass sich für den durch Einfamilienhäuser geprägten Untersuchungsort Kleinmachnow aus den Alltagspraktiken ein kontinuierliches Festhalten an bürgerlich-liberalen Eigentumsvorstellungen (Mentalitäten) beobachten lässt. Das kann einerseits aus der alltäglichen Pflege der Häuser abgeleitet werden und andererseits aus dem Versuch, die Besitz-, Eigentums- und Nutzungsrechte auch in den Grundbuchblättern verzeichnen zu lassen und damit – zumindest im Alltag – Rechtssicherheit zu erhalten. Dem stand in der DDR eine andere Eigentumsideologie (Idee) gegenüber, die nach und nach strategisch durchgesetzt werden sollte, und mit einer überforderten Verwaltung einherging. Solange die DDR bestand, arrangierten sich die DDR-Bewohner*innen; die großen Konflikte entstanden mit den Regelungen des Einigungsvertrages, insbesondere des Vermögensgesetzes, erst nach 1990.

107 Vgl. Finkenauer, Thomas (2000): Eigentum und Zeitablauf – das dominium sine re im Grundstücksrecht. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des BGB, Berlin.

108 Vgl. § 11 der zum 1.1.1976 auf dem Gebiet der DDR eingeführten Grundbuchverfahrensordnung (GVO, GBl. I 1976, Nr. 3, S. 42).

109 Vgl. Finkenauer, Eigentum und Zeitablauf, S. 22.

c) Kontextualisierung: Andere Räume und Quantifizierungsversuche

Kleinmachnow ist ein Beispiel für suburbane Räume in der DDR, in denen meist Menschen wohnten, zu deren Lebensentwurf ein Einfamilienhaus mit Garten gehörte. Weitere Untersuchungen zu ähnlichen Räumen wären wünschenswert. Aus den wenigen verlässlichen Statistiken lässt sich erkennen, dass die Idee des Volkseigentums als höher geschätzter Eigentumsform im Wohnbereich nur langsam durchgesetzt werden konnte – wenn überhaupt. An dieser Stelle sei auf die Wissensgeschichte von Sozialdaten als ein zentrales Forschungsdefizit verwiesen. Für die DDR geht eine historische Quellenkritik von Statistiken weit über das übliche Maß hinaus – es bedarf einer Wissensgeschichte, die die verschiedenen Akteure und die Erstellung der Statistiken im Detail analysiert.[110]

Trotzdem zeigt sich ein großes Bedürfnis nach Quantifizierung, das lässt sich zum Beispiel an Nachfragen auf Vorträge zu diesem Thema erkennen. Das Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen hat im Jahr 2001 den »Versuch einer Bilanz« veröffentlicht. Dort wird angegeben, dass sich von den ca. 14,5 Millionen Flurstücken in der DDR einschließlich Ost-Berlin (darunter 2 bis 2,5 Millionen sogenannte Datschengrundstücke) zuletzt noch 8,8 Millionen in Privateigentum befanden, ca. 5,3 Millionen in Volkseigentum und der Rest in sonstigem Eigentum.[111] Die noch in Privateigentum befindlichen Grundstücke entsprachen demnach einem Flächenanteil von ca. 60 bis 70 Prozent.[112] Für das Jahr 1989 spricht die Bilanz von 7 Millionen Wohnungen, von denen noch 42 Prozent in Privateigentum, weitere 42 Prozent in Volkseigentum und 16 Prozent in genossenschaftlichem Eigentum gestanden haben. Im Jahre 1971 hatte der Anteil des Privateigentums an dem Wohnungsbestand 62 Prozent betragen, während sich 28 Prozent in Volkseigentum und 10 Prozent in genossenschaftlichem Eigentum befanden. Diese Zahlen, zu denen in der Bilanz die Quellenangabe fehlt, sind der folgenden, am Statistischen Jahrbuch der DDR orientierten Statistik von Hannsjörg F. Buck ähnlich (siehe Übersicht 2 auf der nächsten Seite).

110 Grundlegend dazu: Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (Hg.) (1998): Materialien zur Erforschung der DDR-Gesellschaft. Quellen, Daten, Instrumente, Opladen.

111 Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (2001): Offene Vermögensfragen. Versuch einer Bilanz, Berlin, S. 29.

112 Ebd.

Übersicht 2: Wohnungsbestand nach Eigentumsformen in der DDR, 1971–1989

Wohnungsbestand in der DDR
1971 bis 1989
aufgeteilt nach Eigentumsformen

Eigentumsverhältnisse	*1971*	*1981*	*1985*	*1989*
Staatlich	28,0 %	37,0 %	39,0 %	41,0 %
Genossenschaftlich	10,0 %	15,0 %	16,0 %	18,0 %
Privat	62,0 %	48,0 %	45,0 %	41,0 %

Quelle: Staatliches Jahrbuch der DDR 1990, S. 201.

Quelle: Staatliches Jahrbuch der DDR 1990, S. 201, zusammengestellt in Buck (2004): Mit hohem Anspruch gescheitert, 418.

Diese Statistik zum Wohnungsbestand in der DDR beginnt erst 1971 und muss deshalb in den Kontext von verfallender Altbausubstanz einerseits und Neubauprogrammen andererseits gesetzt werden.[113] In der Bilanz des Vermögensamtes – leider wiederum ohne Quellenangabe – wird eine Zahl von ca. 247.500 Eigenheimen genannt, die zwischen 1971 und 1988 von DDR-Bürger*innen errichtet worden sind.[114] Nicht bekannt sei, wie viele der davon betroffenen Grundstücke aus Flüchtlingsvermögen oder früherem Eigentum sonstiger Personen mit Wohnsitz außerhalb der DDR stammten.[115] Anke Kaprol-Gebhardt hat dazu eine Schätzung des Bundesjustizministeriums von 1993 gefunden, wonach von den etwa 300.000 in der DDR gebauten Eigenheimen 250.000 auf Grundstücken errichtet wurden, die nicht der Bauherrschaft gehörten.[116] Der folgende Absatz aus dem Versuch einer Bilanz von 2001 verdeutlicht noch einmal die schon von Dieter Grosser als »verworren bis zur Unbegreiflichkeit« charakterisierten Verhältnisse, die im obigen Abschnitt b) am Beispiel Kleinmachnows erläutert wurden:

»In zahlreichen Fällen sind Grundstücke zwar nach den allgemeinen, eine Entschädigung vorsehenden Gesetzen der DDR enteignet worden. Entweder gezielt oder aus Nachlässig-

113 Vgl. dazu z. B. Buck, Hannsjörg F. (2004): Mit hohem Anspruch gescheitert. Die Wohnungspolitik der DDR, Münster.

114 Bundesamt, Bilanz, S. 30.

115 Ebd.

116 Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 54. Sie bezieht sich auf: Dt. Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/5992, Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung sachenrechtlicher Bestimmungen vom 27.10.1993.

keit oder infolge der Wende unterblieb jedoch die Durchführung eines Entschädigungsverfahrens oder dieses wurde zwar durchgeführt, es unterblieb aber das nach den Bestimmungen der DDR durchzuführende Auszahlungsverfahren bzw. der sonst für besondere Personenkreise vorgesehene Verfahrensabschluss (sog. stecken gebliebene Entschädigungen). Hiervon waren sowohl DDR-Bürger als auch dort nicht wohnende Personen betroffen. Es wird geschätzt, dass es sich hierbei um bis zu 35.000 Fälle handeln könnte.«[117]

Zusätzlich wird in der Bilanz darauf hingewiesen, dass sich im Jahr 1962 noch 8.473 im Grenzstreifen gelegene Grundstücke in Privateigentum befunden hätten, die in der Folgezeit nahezu ausschließlich auf der Grundlage des Verteidigungsgesetzes in Volkseigentum überführt worden seien.[118] Um etwas Übersichtlichkeit in die Komplexität der Verhältnisse zu bringen, sei hier der Zusammenstellung der relevanten DDR-Regelungen aus Übersicht 1 eine Übersicht der Ursachen für die Veränderungen von Eigentumsverhältnissen hinzugestellt:

Übersicht 3: Ursachen für Veränderungen von Eigentumsverhältnissen in der DDR

1) Verfolgung im Nationalsozialismus
2) Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone (Bodenreform, SMAD-Befehle etc.)
3) Vermögensänderungen zwischen 1949 und 1989 auf Grundlage von Gesetzen und Verordnungen in der DDR
   a) Flüchtlings-, West- und Umsiedlervermögen (unterschieden nach Verlassen der DDR oder Ost-Berlins vor und nach dem 10.6.1953 und nach Beachtung der Meldegesetze)
   b) Vermögensentzug aufgrund von Strafverfahren
   c) erzwungene Vermögensveräußerungen wegen beantragter ständiger Ausreise
   d) Zwangsumsiedler innerhalb der DDR (Grenzgebiete, Bergbau, Baulandgewinnung etc.)
   e) weitere mit Blick auf Enteignungen eingeführte Verordnungen etc. (z. B. Verwalterverordnung von 1968, Ministerratsbeschlüsse von 1976 und 1985)
4) Veräußerungen von Vermögenswerten durch die DDR ohne Prüfung der Eigentumsrechte (Gesetz über den Verkauf volkseigener Gebäude vom 7.3.1990, sogenanntes Modrow-Gesetz)

Dieser kurze Blick auf die Quantifizierung des Problems sollte zeigen, dass von allgemein gültigen Aussagen für ganz Ostdeutschland bei Weitem nicht gesprochen werden kann. Hier ist noch wesentlich mehr Forschung notwendig.[119] Aller-

117 Bundesamt, Bilanz, S. 30.

118 Ebd., S. 29.

119 Mit der Restitution von Wohneigentum seit 1990 haben sich – neben der bereits zitierten Historikerin Anke Kaprol-Gebhardt – bisher v. a. Geograf*innen und Stadtsoziolog*innen auseinandergesetzt; vgl. Reimann, Bettina (2000): Städtische Wohnquartiere. Der Einfluss der Eigentümerstruktur. Eine Fallstudie aus Prenzlauer Berg, Opladen; Carhart, Thomas S. (2015): »Absentee Landlords« – oder – Gehören die Städte im Osten ihren Bewohnern? Städtische Ei-

dings lassen sich die Dynamiken des Alltags ohnehin am besten vor Ort, im Lokalen, untersuchen. Beide Zugänge sollten also kombiniert werden.

Gerade auf dem Land fällt die besondere Wertschätzung des privaten Wohneigentums auf; so soll sich in Gemeinden bis 2.000 Einwohner*innen 1987 immerhin 74 Prozent in Privateigentum, nur 19 Prozent in Volkseigentum, 6 Prozent in genossenschaftlichen Eigentum und 1 Prozent in sonstigen Eigentumsverhältnissen befunden haben.[120] Sowohl die Untersuchungen zum brandenburgischen Dorf als auch die Studie von Clemens Villinger zum thüringischen Dorf Merxleben verweisen auf die enorme Bedeutung des in privatem Eigentum befindlichen Hofes und des Hauses für das dörfliche Leben. Denn hier konnte durch den Anbau von Obst und Gemüse sowie durch Tierhaltung in kleinem Rahmen nicht nur ein gewisser Grad an Selbstversorgung erreicht werden, es konnte zusätzlich auf dem Tauschmarkt für rare Lebensmittel ein Zusatzeinkommen erwirtschaftet werden.[121] Die Stadt Schwerin hatte im Vergleich zu den mit Einfamilienhäusern und Höfen bebauten Gebieten enorm mit der verfallenden Altbausubstanz der Innenstadt zu kämpfen. Hier bildeten sich schon in den 1980er Jahren Initiativen für den Erhalt der Altstadt, die sich aus verschiedensten gesellschaftlichen Akteuren – staatsnah und staatsfern – zusammensetzten.[122]

3.1.3 Weitere Alltagsbereiche: Die lange Dauer von Mentalitäten, robuste Strukturen und Handlungsräume im Spätsozialismus

Dass die lange Geschichte der »Wende« schon vor 1989 begann, lässt sich an den lang andauernden Mentalitäten zeigen. Außer an den Vorstellungen von Privateigentum im Wohnbereich ist das auch an Vorstellungen von Leistung in der Studie zur Schule zu erkennen.[123] In den Quellen zeigt sich z. B., dass Schule bis

gentumsverhältnisse 1½ Dekaden nach dem Beitritt, in: Großbölting, Thomas/Schmidt, Rüdiger (Hg.) (2015): Gedachte Stadt – gebaute Stadt. Urbanität in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz 1945–1990, Köln, S. 301–337; Born, Karl Martin (2007): Die Dynamik der Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland seit 1945. Ein Beitrag zum rechtsgeografischen Ansatz, Stuttgart.

120 Vgl. Flagge, Geschichte des Wohnens, hier S. 531. Sie bezieht sich auf: Bauakademie der DDR (Hg.) (1987): Grundlagen zur Planung und Gestaltung der Dörfer. Zwischenbericht G1, Berlin, S. 14. Auch diese Zahlen müssten wissensgeschichtlich und quellenkritisch situiert werden. Da ein hoher Anteil an Privateigentum nicht im Interesse der DDR-Eigentumspolitik war, können die Zahlen eher als nicht manipuliert eingeschätzt werden. Vgl. zur Quellenkritik z. B. Schimpl-Neimanns, Bernhard/Wirth, Heike (1998): Amtliche Mikrodaten der DDR als Datenquelle für die Sozialstrukturforschung, in: Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (Hg.): Materialien zur Erforschung der DDR-Gesellschaft, S. 149–164.

121 Brückweh/Villinger/Zöller, Schriftgespräch, S. 30.

122 Schröter, Anja (2020): Politisches Engagement in der Stadt vor, während und nach 1989, in: Brückweh/Villinger/Zöller (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«, S. 92f.

123 Der folgende Abschnitt orientiert sich an Brückweh/Villinger/Zöller: Schriftgespräch, S. 27f.

heute der Ort sein soll, wo Leistung eingefordert, überprüft und abgefragt wird und die Grundlagen für den weiteren beruflichen Werdegang der Schüler*innen gelegt werden. Diese Vorstellung reicht, ebenso wie die Idee des Eigentums, bis ins 19. Jahrhundert zurück.[124] Die Grundidee von Schule als Ort, an dem in geschlossenen Räumen still sitzenden Schüler*innen Wissen und Bildung vermittelt werden, und als Ort, der vom Schüler-Lehrer-Verhältnis bis hin zum gesamten Schulsystem hierarchisch organisiert ist, kennzeichnet die Geschichte des Bildungswesens.[125] Macht, Disziplinierung und Strafe sind ebenso Elemente von Schule wie gelungene Beziehungen, erfolgreiches Lernen sowie Entfaltungs- und Aufstiegschancen.[126] Dabei geht es zunächst weniger um die Inhalte von Schule als um die Struktur. Schule wird als »strukturkonservatives institutionelles Gebilde« eingeordnet.[127] Daher spricht Kathrin Zöller in ihrer Untersuchung von robusten Strukturen der Schule und meint damit Elemente der Schule, die über politische Systemwechsel hinaus stabil sind und fortbestehen. Dazu gehören etwa die Verfahrensweisen zur Überprüfung von Leistung und die Idee der Messbarkeit und Objektivierung von Lernleistungen durch schriftliche und mündliche Prüfungen sowie das Zensurensystem.[128] Diese Elemente können als Wissensressourcen verstanden werden, da sie als grundlegendes Wissen über die Funktionsweise von Schule über einen langen Zeitraum tradiert wurden. Und auf diese grundlegenden Wissensressourcen konnten sich sowohl die Lehrkräfte als auch die Schülerinnen und Schüler während des Umbruchs von 1989/90 stützen. In den politischen Debatten um die künftige Schulstruktur in den ostdeutschen Ländern spielten die Bedeutung und angestrebte Wiederherstellung des Gymnasiums eine zentrale Rolle.[129] Auch dies knüpft an Traditionen aus der Zeit vor der DDR an. Zwar standen 1989/90 in Ostdeutschland die Erziehungsziele der staatlichen Schulen und die inhaltliche Ausrichtung einzelner Fächer zur Disposition, nicht aber ihre grundlegende Funktionsweise und Struktur. So konnten die Lehrkräf-

124 Vgl. Verheyen, Nina (2018): Die Erfindung der Leistung, München, S. 55.

125 Vgl. Jeismann, Karl-Ernst/Lundgreen, Peter (Hg.) (1987): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 3: 1800–1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, München.

126 Die grundlegenden Überlegungen zum Thema Macht und Disziplinierung lieferte Michel Foucault (2017 [1977]) in: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, 20. Aufl., Frankfurt a. M.

127 Böhme, Jeanette/Hummrich, Merle/Kramer, Rolf-Torsten (2015): Schulkultur. Theoriebildung im Diskurs, Wiesbaden, S. 59.

128 Vgl. Reh, Sabine/Ricken, Norbert (Hg.) (2018): Leistung als Paradigma. Zur Entstehung und Transformation eines pädagogischen Konzepts, Wiesbaden.

129 Rita Nikolai (2018) liefert zahlreiche Beispiele für die Bedeutung der gymnasialen Tradition etwa bezüglich Thüringens, in: Schulpolitik im Wandel. Historische Wurzeln und schulstrukturelle Wege in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin nach der Wiedervereinigung, Berlin, S. 110f.

te daran festhalten, dass ihre Aufgabe vor, während und nach der »Wende« darin bestand, Wissen zu vermitteln und zu überprüfen. Die Schüler und Schülerinnen wiederum konnten daran festhalten, durch gute Leistungen und Noten (vermeintlich) mehr Zukunftsmöglichkeiten zu erlangen. Nicht zuletzt manifestierte sich Schule während und nach der »Wende« als räumliche Konstante, die Orientierung und Kontinuität bot. Auch personell löste sich die Schule nicht auf. Zwar wurden Lehrkräfte versetzt und aus Leitungspositionen entlassen, aber in Brandenburg z. B. waren etwa 90 Prozent der Lehrkräfte 1992 noch im Dienst, und für die anderen Bundesländer wird geschätzt, dass etwa 80 Prozent der Lehrkräfte weiterbeschäftigt wurden.[130] Die ab 1991 vorgenommenen Entlassungen sind auf vermehrte sogenannte Bedarfskündigungen zurückzuführen, die v. a. Lehrkräfte der Fächer Russisch und des polytechnischen Unterrichts trafen.[131] Während am Beispiel der Schule also robuste Strukturen und fortdauernde Vorstellungen von Leistung zusammenwirkten, lassen sich am Beispiel des Untersuchungsfeldes Konsum grundlegende Vorstellungen von Sparsamkeit als tugendhaftem Verhalten beobachten. Auch dabei handelte es sich um eine lang anhaltende Praktik.[132]

Ein etwas anders gelagertes Indiz für die vor 1989 beginnende lange Geschichte der »Wende« zeigt sich im Bereich der Altstadtinitiativen. Als in den 1980er Jahren ganze Altbauviertel der neubauorientierten DDR-Baupolitik zum Opfer fallen sollten, organisierten und engagierten sich Bürger*innen in verschiedenen Städten der DDR gegen den Abriss. Sie nutzten dafür u. a. Institutionen, die an der Basis der offiziellen Organisationswelt des SED-Regimes angesiedelt waren. Anja Schröter kann am Beispiel von stadtentwicklungspolitischen Initiativen zeigen, wie bereits vor 1989 partizipationsorientiertes Handeln jenseits der offiziellen Zielkultur entstand und das politische Handeln der Akteur*innen in der unmittelbaren Umbruchphase wie auch in der Vereinigungsgesellschaft prägte.[133] Sie zeigt, wie die Engagierten die Grenzen des Sag- und Machbaren unter sozialistischen Bedingungen ausweiteten und wie sie ihre poli-

130 Vgl. Tillmann, Klaus-Jürgen (1993): Staatlicher Zusammenbruch und schulischer Wandel. Schultheoretische Reflexionen zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß, in: Peter Dudek/Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang, Weinheim u. a., S. 29–36, hier S. 34.

131 Weitere Kündigungsgründe oder veränderte Beschäftigungsbedingungen waren Frühpensionierung, Kündigung politisch besonders belasteter Lehrkräfte und erzwungene Teilzeitarbeit. Vgl. Flösser, Gabi/Otto, Hans-Uwe/Tillmann, Klaus-Jürgen (1996): Schule und Jugendhilfe. Standortbestimmung im Transformationsprozeß, in: dies. (Hg.): Schule und Jugendhilfe. Neuorientierung im deutsch-deutschen Übergang, Opladen, S. 8–29, hier S. 18.

132 Vgl. dazu Brückweh/Villinger/Zöller: Schriftgespräch, S. 24f.

133 Schröter, Anja (2020): Ein ostdeutscher Marsch durch die Institutionen? Politische Partizipation vom Spät- zum Postsozialismus, in: Werkstattgeschichte, H. 1, Nr. 81, S. 73f.

tische Teilhabe in der revolutionären Phase und unter postsozialistischen Bedingungen weiterverfolgten.[134]

An allen Beispielen zeigt sich das Spannungsverhältnis von historisch länger zurückzuverfolgenden Ideen, Mentalitäten und Tugenden einerseits und den Gegebenheiten des SED-Regimes andererseits. Je nach Themengebiet konnten die Handlungsspielräume in der DDR besser oder schlechter genutzt werden; sie führten nach 1989 zu größeren oder kleineren Konflikten, wie die folgenden Passagen zeigen werden.

3.2 1989/90. Die Wucht der Veränderungen in der Kernzeit des Umbruchs

3.2.1 Allgemeines Ergebnis

Die Wucht und Geschwindigkeit der Ereignisse in der Kernzeit des Umbruchs, in der das alte System abgelöst und durch ein neues ersetzt wurde – also von der friedlichen Revolution im Herbst 1989 bis zum formalen Beitritt zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 –, lässt sich als Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten charakterisieren. Sie begleitete Ostdeutsche noch weit in die 1990er Jahre hinein. Starke Emotionen prägten diese Zeit: von Euphorie und Hoffnung bis zu Angst und Erschöpfung. Dieses zweite Ergebnis der Quellenanalyse ist nicht neu, aber gerät manchmal bei der nüchternen analytischen Betrachtung in Vergessenheit, obwohl gerade die Emotionen sehr wichtig für die Bewertung der Transformationszeit aus der Perspektive der Betroffenen sind. In dieser Kernzeit des Umbruchs wurden zudem wesentliche Regelungen getroffen, die die Folgejahre prägten. Auch sie entstanden unter massivem Zeitdruck und teilweise in geringer Kenntnis der Sachlage – wie sich z. B. bei der Restitution von Wohneigentum zeigt.

3.2.2 Beispiel: Wohnen und Eigentum 1989/90

a) Der Weg zum Vermögensgesetz (VermG)

Im Dezember 1972 war es bei den Verhandlungen zum Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten nicht zu einer Einigung über die Vermögensfragen gekommen, vielmehr wurde protokollarisch festgehalten, dass die Vermögensfragen offen blieben.[135] Damit sollte aus der Sicht der Bundesregierung

134 Ebd.

135 Protokollvermerk des Verhandlungsführers der DDR, Staatssekretär Dr. Michael Kohl, zum Vertrag vom 1. September 1972, veröffentlicht in: Gesetzblatt DDR Teil II Nr. 5 vom 13. Juni 1973, S. 27, zitiert nach Grosser: Wagnis, S. 227.

verhindert werden, dass aus der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten die Anerkennung der Zwangsmaßnahmen gegen Vermögenswerte abgeleitet wurde. 1990 nahm der sperrige Name Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (kurz: Vermögensgesetz)[136] also explizit auf die Verhandlungen von 1972 Bezug. Zwar hatte es zwischen 1983 und 1987 mit Finnland, Schweden, Österreich und Dänemark Globalentschädigungsabkommen gegeben,[137] nicht aber mit der Bundesrepublik, deshalb stand das Thema 1989 wieder auf der Tagesordnung und stellte sich als überaus schwierig heraus, nicht zuletzt auch deswegen, weil mit dem Eigentum unterschiedliche Ideen verbunden wurden. Hier traf die oben beschriebene Idee vom sozialistischen Eigentum des DDR-Regimes auf einen bundesrepublikanischen Staat, der selbst im Wandel begriffen war und mit verschiedenen Instrumenten Wohnungspolitik betrieb.[138]

Zunächst kamen im Dezember 1989 Helmut Kohl und Hans Modrow in Dresden überein, dass zur Klärung dieses Themas eine Expertengruppe eingesetzt werden sollte. In der Vorbereitung gab es auf der Seite der DDR – laut Anke Kaprol-Gebhardt – »Unmengen von sogenannten ›Positionspapieren‹«, die Mitarbeiter des Amtes für den Rechtsschutz des Vermögens der DDR (AfR) erstellten.[139] In der Expertengruppe waren zudem Vertreter des Ministeriums der Finanzen und Preise sowie des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.[140] Ihr oberstes Ziel war es, dass die Enteignungen der DDR in jedem Fall unangetastet bleiben – also weder rückübertragen noch entschädigt werden sollten.[141] Als Argumente wurden u. a. angeführt, dass die DDR die Hauptlast der Reparationen an die Sowjetunion getragen hat und dass sich außerdem Ansprüche an die Bundesrepublik aufgrund des sogenannten Arbeitskräfteentzugs bis zum Bau der Mauer 1961 ergeben würden.[142] Auf bundesdeutscher Seite waren Vertreter aus dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, dem Justizministerium, dem Finanzministerium, dem Wirtschaftsministerium und der Landesver-

136 Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz VermG), 1990, VermG https://www.gesetze-im-internet.de/vermg/BJNR211590990.html (abgerufen am 30.9.2020).

137 Bundesamt, Bilanz, S. 28.

138 Die Annahme, dass man die gesamte Bundesrepublik kenne, wenn man seit den 1990ern in ihr gelebt hat, hält sich beharrlich in Gesprächen mit Mitlebenden, obwohl sich auch die Bundesrepublik in der Zeit »nach dem Boom« (Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom) befand, etwa der Sozialstaat sich veränderte und durch das Ende des Kalten Krieges eine Kotransformation durchlief (Ther, Die neue Ordnung).

139 Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 87.

140 Für die genaue Zusammensetzung der Gruppe auf beiden Seiten siehe ebd., S. 90.

141 Ebd., S. 89f. Kaprol-Gebhardt bezieht sich hier auf Akten aus dem Bundesarchiv: BArch, DN 1/39156, Disposition für das 1. Expertengespräch zwischen der DDR und der BRD, o.D.

142 Zu den verschiedenen Vorschlägen siehe ebd., S. 88.

tretung Berlin sowie der ständigen Vertretung der BRD in der DDR beteiligt.[143] Während die frühen Vorbereitungen in der DDR zunächst davon ausgingen, dass eine souveräne DDR bestehen bleibe, stand die erste Runde dieser Expertengespräche am 21. Februar 1990 bereits im Zeichen der vorgezogenen Volkskammerwahlen und der Möglichkeit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Bei diesem ersten Treffen ging es zunächst um eine Sondierung der Fragenkomplexe, die nicht nur das Wohneigentum, sondern auch andere Vermögenswerte wie Konten betrafen.[144]

Auch die Vorbereitung der zweiten Runde der Expertengespräche, die am 29. und 30. März 1990 stattfand, wurde von der Dynamik der Ereignisse eingeholt. Am 1. März 1990 veröffentlichte der Ministerrat – offenbar ohne Absprache mit der Expertengruppe[145] – eine Erklärung zur Eigentumsfrage, die sich an Gorbatschow und Kohl richtete und in der er die Festschreibung der Eigentums- und Besitzverhältnisse in der DDR für unumgänglich hielt und zudem die Veränderungen der Eigentumsverhältnisse der Jahre 1945 bis 1949 unangetastet lassen wollte.[146] Kurz darauf wurde in der DDR am 7. März 1990, also noch vor den Volkskammerwahlen, das Gesetz zum Verkauf volkseigener Gebäude verabschiedet. Dieses sogenannte Modrow-Gesetz ermöglichte es DDR-Bewohnern erstmals, volkseigenen Grund und Boden käuflich zu erwerben. Das war besonders für die Hausbesitzer wichtig, die zwar Eigentümer eines Hauses waren, aber zuvor in der DDR nicht das Grundstück, auf dem das Haus stand, hatten erwerben konnten. In der Bilanz des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen wird davon ausgegangen, dass etwa 300.000 DDR-Bewohner von diesem Gesetz Gebrauch machten; wobei das Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen in seiner Bilanz aus dem Jahr 2001 davon spricht, dass etwa 80 bis 90 Prozent tatsächlich Komplettierungskäufe waren, d. h. dass die Käufer vorher schon Hauseigentümer waren und nun nur das Grundstück dazu kauften.[147] Bei den restlichen 10 bis 20 Prozent war davon auszugehen, dass es um Komplettkäufe ging, also dass Haus und Grundstück zusammen erworben wurde. Kurz gesagt: Komplettierungskäufe wurden als redlich angesehen, wohingegen den Komplettkäufern

143 Ebd., S. 90; BArch, DN 1/39156 Bericht über die erste Runde der Expertengespräche zwischen der DDR und der BRD über vermögensrechtliche Fragen am 21.2.1990 in Bonn vom 26.2.1990.

144 Nach Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 92, wurden auch schon erste Vorschläge erarbeitet.

145 Dazu die Darstellung von Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 96f.

146 Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Eigentumsverhältnissen, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann, München 1998, Nr. 201A, S. 906–908.

147 Bundesamt, Bilanz, S. 107.

das Ausnutzen von Privilegien unterstellt wurde – ein Vorwurf, der sich bis heute hält, aber außer in Einzelfällen weder be- noch widerlegt ist. Auch hier wiederum ein Forschungsdefizit, das Raum für Mythenbildung lässt.

Die Bundesrepublik reagierte auf die Erklärung der Regierung Modrow zunächst nicht mit einer formalen Antwort, was wohl auch damit zusammenhing, dass man ungern Zugeständnisse an die Modrow-Regierung machen wollte, sondern mit der am 18. März demokratisch zu wählenden künftigen DDR-Regierung verhandeln wollte.[148] Dass es aber in dieser Zeit des Abwartens zu den Käufen unter dem Modrow-Gesetz kam, erleichterte die Verhältnisse ebenso wenig wie die überlastete Grundstücksverwaltung, deren Mitarbeitende nicht in der Lage waren, die Vielzahl der Käufe vollständig in den Grundbüchern zu verzeichnen. Um nicht den Eindruck zu erwecken, dass die Bundesregierung die Erklärung des Ministerrates vom 1. März schweigend hinnahm, beschloss der Kabinettsausschuss Deutsche Einheit am 28. März 1990 eine Sprachreglung zu den offenen Vermögensfragen – sie war im Ton durchaus diplomatisch, lehnte in der Sache die Forderungen der DDR aber ab.[149] Weder die nächste Sitzung der Expertengruppe am 29. und 30. März 1990, in der noch immer die alte DDR-Delegation vertreten war, noch die Gesprächsrunde vom 18. und 19. April, bei der die neue Delegation noch keine Richtlinien von der Regierung erhalten hatte, führten zu abschließenden Ergebnissen.[150] Dafür hatte aber in einer TASS-Meldung vom 28. März 1990 die sowjetische Regierung die Position der Regierung der DDR in den Vermögensfragen unterstützt, wonach nicht nur die gegenwärtigen Verhältnisse in der DDR, sondern zudem auch die Eigentumsveränderungen unter der Sowjetischen Militärischen Administration von 1945 bis 1949 anerkannt werden sollten.[151] Die Verhandlungen blieben auch beim vierten und letzten Expertengespräch am 25. April 1990 schwierig bzw. ohne abschließendes Übereinkommen.[152]

In der Bewertung der Ereignisse unterscheiden sich die Historikerin Kaprol-Gebhardt und der Politikwissenschaftler Dieter Grosser. Letzterer kam 1998 zu der Feststellung, dass es der Bundesregierung noch nicht einmal gelungen war, brauchbare Informationen über den Sachverhalt zu erhalten: Sie wusste nicht, wie viele Grundstücke enteignet oder unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt worden waren; über den umfangreichsten und schwierigsten Teil, die Enteignungen vor 1949, war noch nicht einmal gesprochen worden.[153] Kaprol-Gebhardt verweist hingegen in ihrer Analyse aus dem Jahr 2018 darauf, dass sehr wohl

148 So die Einschätzung von Grosser, Wagnis, S. 234.

149 Sprachreglung zu den offenen Vermögensfragen, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann, Nr. 236A, S. 992.

150 Grosser, Wagnis, S. 236f., und Fußnote 41 auf S. 527.

151 Ebd., S. 238.

152 Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 108f.

153 Grosser, Wagnis, S. 238.

einvernehmliche Lösungen erzielt wurden, etwa bei den Anteilsrechten an der Altguthaben-Ablösungsanleihe, den Guthaben von Bundesbürgern auf Devisenausländerkonten und dem Kontoguthaben von DDR-Bürgern, das Verfügungsbeschränkungen auf der Grundlage der Devisenbewirtschaftungsgesetze der Militärregierungen unterlag – und auch bei Umsetzungsvorschlägen zur Aufhebung der Staatlichen Verwaltung.[154] Auch sie kommt allerdings nach der Analyse der Akten zum Befund, dass »mit konkreten Zahlen über die jeweiligen Enteignungstatbestände oder über die Vermögenswerte, die nach DDR-Recht in Volkseigentum überführt [wurden], […] sehr sparsam umgegangen« wurde.[155]

Die folgenden Verhandlungen im Mai 1990 wurden auf höherer politischer Ebene geführt, was als Zeichen der Dringlichkeit, die der Frage nun zugeschrieben wurde, bewertet werden kann.[156] Nun war auf bundesdeutscher Seite Staatssekretär Kinkel vom Bundesministerium für Justiz zuständig und für die DDR trat ein enger Kreis um Ministerpräsident Lothar de Maizière an. Grundsätzlich vertrat auch die Regierung de Maizière dieselbe Meinung wie ihre Vorgänger, aber nun wurden verschiedene Möglichkeiten diskutiert. Trotzdem kam man zu keiner Einigung, bevor der Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 18. Mai 1990 unterzeichnet wurde. Weitere Gespräche fanden am 8. und am 13./14. Juni 1990 statt. Mittlerweile bestand erheblicher Zeitdruck, da eine fehlende Lösung der Vermögensfragen den Einigungsprozess gefährden konnte.[157] Am 15. Juni 1990 kam es schließlich zu einer Gemeinsamen Erklärung der Regierungen, die in Anlage III dem Einigungsvertrag hinzugefügt wurde und auf deren Grundlage das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen erarbeitet wurde. Es trat am 23. September 1990 zunächst in der DDR in Kraft und galt ab dem 3. Oktober im vereinten Deutschland. Die zentralen Regelungen, die in Bezug auf das Wohneigentum und Grundstücke festgelegt wurden, lauteten wie folgt:[158]

154 Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 109.

155 Ebd. Zu Kinkels Unwissenheit oder zumindest seinem Schweigen sowie zu seinen (ausweichenden) Antworten auf die Fragen des Grünen-Abgeordneten Gerald Häfner vor dem Ausschuss Deutsche Einheit am 15.6.1990 finden sich bei Kaprol-Gebhardt lange, eindrucksvolle Zitate, S. 125f.

156 Grosser, Wagnis, S. 231. Grosser stellte die Zusammensetzung der Expertengruppe als Kennzeichen dafür heraus, dass die Frage zu Beginn noch nicht die oberste Priorität hatte.

157 So berichtet Grosser, dass die »Gemeinsame Erklärung« noch vor der Ratifizierung des Staatsvertrages an die Öffentlichkeit gehen sollte, Grosser, Wagnis, S. 334.

158 Siehe den wörtlichen Abdruck ebd., S. 336–339, oder Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen, 15.6.1990, Anlage III zum Einigungsvertrag: https://gesetze-im-internet.de/einigvtr/EinigVtr.pdf (abgerufen am 2.4.2021).

- Regelungen von 1945 bis 1949 werden nicht mehr rückgängig gemacht (v. a. Bodenreform und Enteignungen aufgrund von SMAD-Befehlen)
- Grundsätzlich gilt »Rückgabe vor Entschädigung« unter Berücksichtigung bestimmter Fallgruppen (Gemeingebrauch, redlicher Erwerb etc.)
- Staatliche Verwaltung wird aufgehoben, Alteigentümer erhalten Verfügungsgewalt über ihr Eigentum
- Erwerb aufgrund unlauterer Machenschaften wird rückgängig gemacht (Machtmissbrauch, Korruption, Nötigung, Täuschung etc.)
- Mieterschutz und Nutzungsrechte bei betroffenen Grundstücken bleiben gewahrt
- Vermögensentziehungen im Zusammenhang mit rechtsstaatswidrigen Strafverfahren werden in justizförmigen Verfahren korrigiert.[159]

Das daraus folgende Gesetz sowie seine Ergänzungen sollten dazu beitragen, eine schnelle Belebung der Investitionstätigkeit anzuregen – d. h. die Alteigentümer sollten als Investoren am Wiederaufbau beteiligt werden.[160] Es sollte zudem den sozialen Frieden gewährleisten sowie finanzielle und außenpolitische Aspekte berücksichtigen. Als kontrovers erwies sich der Ausschluss der Enteignungen von 1945 bis 1949, d. h. vor allem die fehlende Berücksichtigung der Bodenreform. Aufgrund der heutigen Aktenlage ist unklar, wie es dazu kam: Einerseits wird dies als Forderung der Sowjetunion angeführt, andererseits wird behauptet, dass die Bundesregierung diese Entscheidung traf, um die Vereinigung finanzieren zu können.[161] Als ebenfalls sehr umstritten stellte sich das grundlegende Prinzip Rückgabe vor Entschädigung heraus.[162] Alle Regelungen und auch das Gesetz scheinen in großer Unkenntnis der Sachlage und unter erheblichem Zeitdruck erstellt worden zu sein – so sind wohl auch das erst später ergänzte Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) und das Sachenrechtsbereinigungsgesetz (SachenRBerG), beide von 1994, zu erklären.[163]

---

159 Weitere Regelungen wurden in Bezug auf Unternehmen und bewegliche Vermögenswerte festgelegt.

160 Bundesamt, Bilanz, S. 108.

161 Zur allgemeinen Darstellung siehe Grosser, Wagnis, S. 343; Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 328–330; umstritten: Paffrath, Constanze (2004): Macht und Eigentum. Die Enteignungen 1945–1949 im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung, Köln.

162 Dies stieß auch innerhalb der bundesdeutschen Diskussionen auf Widerstand; so forderte die West-SPD z. B. die Umkehrung in »Entschädigung vor Rückgabe« (Grosser, Wagnis, S. 340).

163 Das EALG regelte nicht nur die Entschädigung nach dem Vermögensgesetz, sondern ließ nun doch auch Entschädigungen für Enteignungen während der Besatzungszeit zu. Bis dahin war also noch gar nicht klar, wie eine Entschädigung aussehen konnte. Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (EALG), 27. September 1994, BGBl. I S. 2624; 1995 I S. 110, https://www.gesetze-im-internet.de/ealg/ (abgerufen am 10.4.2021); Gesetz zur Sachenrechtsbereinigung

Interessant in der Bewertung von Anke Kaprol-Gebhardt ist die Betonung, dass die politischen Akteure des letzten DDR-Regimes durchaus an der Ausarbeitung der Restitutionsregelung beteiligt waren.[164] Kaprol-Gebhardt macht das u. a. daran fest, dass die Bundesregierung eigentlich das Erbbaurecht für eine gute Lösung befunden hatte, mit der sowohl die Interessen der Eigentümer als auch die der Nutzer zufriedenzustellen seien.[165] Weiterhin arbeitet Kaprol-Gebhardt mit Verweis auf den Zentralen Runden Tisch an einer Stelle innerhalb der DDR eine Übereinstimmung heraus: In der 13. Sitzung vom 19. Februar 1990 stand das Thema »Eigentum an Grund und Boden« auf der Tagesordnung und sämtliche Gruppierungen reichten Beschlussvorlagen ein, bei denen es um den Schutz der Eigentumsrechte von DDR-Bürger*innen ging.[166] Das sogenannte Modrow-Gesetz – so kann daraus gefolgert werden – wurde also im Interesse der DDR-Bürger*innen gemacht und nicht nur für wenige Privilegierte des SED-Regimes. Das findet sich auch in heutigen Zeitzeugenaussagen.[167] Interessant wird dann aber die sogenannte Stichtagsregelung: Um die während der Verhandlungen erfolgten Veränderungen der Eigentumsverhältnisse nach dem Modrow-Gesetz nicht einfach von bundesdeutscher Seite hinzunehmen, hatte Klaus Kinkel eine Stichtagsregelung für die Anerkennung von Verkäufen ins Gespräch gebracht.[168] Er schlug offenbar den 1. Januar oder den 1. März 1990 vor.[169] Letztlich wurde es aber der 18. Oktober 1989, also der Rücktrittstag Erich Honeckers, was für erheblichen Unmut unter den Betroffenen sorgte, weil damit unterstellt wurde, dass DDR- Bewohner*innen hätten »wissen müssen oder erkennen können, dass mit dem Rücktritt Erich Honeckers die DDR-Stellen keine Berechtigung zu jeglichem Verkauf mehr gehabt hätten, obwohl die Eigenständigkeit der DDR noch überhaupt nicht in Frage stand.«[170] Häufig wird in Gesprächen mit Zeitzeugen suggeriert, dass dieser Vorschlag von der bundesdeutschen Seite gekommen sei. Nach Kaprol-Gebhardt ist die Aktenlage hierzu aber nicht eindeutig, mehr noch: Wahrscheinlicher ist es, dass die DDR-Delegation das Datum eingebracht hat. So schrieb Kinkel am 14. Juni 1990: »Die von der DDR geforderte neue Formulierung ist eine verbesser-

im Beitrittsgebiet (SachenRBerG), 21. September 1994, https://www.gesetze-im-internet.de/sachenrberg/ (abgerufen am 10.4.2021).

164 Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 133.

165 Ebd., S. 113–122.

166 Ebd., S. 97–99.

167 Zum Beispiel Singer, Thomas (2020): Persönliche Blicke, in: Brückweh/Villinger/Zöller (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«, S. 74–76, hier S. 76.

168 Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 119.

169 B 136/264569; 421-52602-Ve45, Klaus Kinkel an Lambsdorff, Seiters, Tietmeyer, Schäuble und Ludewig, Betr.: Gespräch am Freitag den 8. Juni 1990 im Gebäude des Ministerrats in Sachen offene Vermögensfragen, Bonn, 6. Juni 1990, zitiert nach Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 119.

170 So die Formulierung von Singer, Persönliche Blicke, S. 76.

te Darstellung auch in unserem Sinne; die Einfügung des Datums 18. Oktober 1989 geschah von der DDR-Seite im Hinblick auf den Rücktritt Honeckers.«[171] Auf Kaprol-Gebhardts Nachfrage bei Günther Krause, der für die DDR an den Verhandlungen teilnahm, antwortete dieser am 4. November 2012: »Zweifelsohne war der Rücktritt Honeckers der Beginn des ›offiziellen‹ Wandels in der DDR, aber auch in der SED.«[172] An dieser Stelle bleibt (ebenso wie bei der Auslassung der Fälle von 1945 bis 49) beim derzeitigen Forschungsstand und der Aktenlage ein Fragezeichen. Für die Wahrnehmung von Zeitzeugen, dass dieser sehr frühe Termin von bundesdeutscher Seite kam oder zumindest gewollt war, spielt aber wohl eine weitere Entscheidung eine wesentliche Rolle. 1999 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Stichtagsregelung verfassungskonform sei; zuvor hatte dies das Land Brandenburg infrage gestellt.[173]

»Auch die Wahl des Stichtages (18. Oktober 1989) ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Dieser Tag bot sich an, weil der Tag des Rücktritts von Erich Honecker vom Amt des Staatsratsvorsitzenden eine Zäsur in der Geschichte der DDR darstellte und weil dieser Stichtag nicht nur in der Gemeinsamen Erklärung, sondern auch in der Anmeldeverordnung der DDR als Eckdatum verwendet worden war und damit bereits in das Recht der DDR Eingang gefunden hatte.«[174]

Abseits der verfassungsrechtlichen Erwägungen verlangte die Wahl des 18. Oktober 1989 als Stichtag in der Tat eine gewisse prognostische Leistung der DDR-Bewohner*innen – ihre Verärgerung ist zumindest aus alltagshistorischer Perspektive durchaus nachvollziehbar. Denn gerade dem Wohnraum kam – wie eingangs skizziert – bei der Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten in der Kernzeit des Umbruchs von 1989/90 eine zentrale Rolle als Rückzugsort und Sicherheit zu. Abseits von ideologischen Überlegungen zum Eigentum oder der eigenen Haltung zu den politischen Entwicklungen der Zeit ging es hier nicht zuletzt darum, im Alltag die Existenz zu sichern.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die aktenbasierte Forschung zur Auslassung der Regelungen von 1945 bis 1949 ebenso wie Forschungen dazu, wer letztlich den 18. Oktober als Stichtag eingebracht hat, fehlt bzw. die derzeitige

171 B 136/264569; 421-526-Ve45, Klaus Kinkel an Lambsdorff, Seiters, Tietmeyer, Schäuble und Ludewig, Betr.: Gespräch vom 14. Juni 1990. Betr. Offene Vermögensfragen, hier: gestriges Gespräch mit Herrn PSt Dr. Krause in Ost-Berlin; Koalitionsgespräch am Freitag, 15. Juni 1990, 13.30 Uhr im Bundeskanzleramt. Zitiert nach Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 119.

172 Ebd., S. 123.

173 »Stichtagsregelung« im Vermögensgesetz ist verfassungsgemäß. Pressemitteilung Nr. 123/1999 vom 23. November 1999, Urteil vom 23. November 1999, 1 BvF 1/94, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/1999/bvg99-123.html (abgerufen am 30.9.2020).

174 Ebd.

Aktenlage eine abschließende Beurteilung nicht zulässt. An die Stelle der Forschung sind Mythen getreten, die manchmal wie Fakten behandelt werden. Wenig hilfreich für einen Verständigungsprozess sind zudem Schuldzuweisungen im Rahmen von Forschungen; so beurteilt z. B. Robert Klüsener in seiner rechtswissenschaftlichen Dissertation die DDR-Haltung in den Expertengesprächen wie folgt:

»Es ist allenfalls naiv anzunehmen, dass DDR-Experten, die jahrelang perfide Konzepte erarbeiteten, mit welchen fremdes Vermögen überwiegend ohne Gegenleistung dem DDR-Vermögen einverleibt werden kann, nun von dieser Vorstellung innerhalb kurzer Zeit abrücken. Zumal diesen Fachleuten der unmittelbar bevorstehende Untergang des eigenen Landes vor Augen stand und ihnen die Wertigkeit von Grund und Boden im künftigen System bekannt sein durfte.«[175]

Zwar haben auch meine Analysen ergeben, dass es eine staatssozialistische Strategie der Enteignung gab, die auch gegen die Eigentümer durchgesetzt wurde; die Reduzierung des Verwaltungspersonals war ein Teil davon (siehe Abschnitt 3.1). Trotzdem scheint Klüseners Bewertung als »perfide« zu wenig objektiv, weil sie unterschlägt, dass für einige historische Akteure durchaus eine größere Idee hinter dem Handeln stand – sie agierten nicht (allein) aus Böswilligkeit, sondern auch aus Idealismus, das muss berücksichtigt werden.

Wie sehr persönliche Bewertungen und Erfahrungen auf andere Fälle übertragen wurden, zeigt auch Kaprol-Gebhardts Verweis auf die besondere Kompetenz der vom Vermögensgesetz betroffenen DDR-Bewohner*innen: Sie seien möglicherweise als einzige in der Lage gewesen, »die komplizierte Materie der Vermögensfragen zu erfassen, darzustellen und aufzuarbeiten.«[176] Die im nächsten Teil folgende Analyse zeigt eher, dass auch die Betroffenen in erster Linie nur ihren eigenen Fall kannten. Trotzdem ist Kaprol-Gebhardts Hinweis auf die Kompetenz der Betroffenen und ihre Handlungen interessant. Sie bestimmten die Geschichte ebenso mit wie Medienberichte über die angespannten Eigentums- und Besitzverhältnisse. Es lohnt sich also auch hier ein Blick auf die Praktiken im Alltag.

b) Praktiken und Medienberichte

Noch einmal zurück nach Kleinmachnow, wo sich einerseits allgemeine Tendenzen verdeutlichen lassen und sich andererseits eine ganz besondere Situation herausstellte, über die vielfach in verschiedenen Medien berichtet wurde.

Eine Praktik in der Kernzeit des Umbruchs waren die erwähnten Grundstücks- und auch die Hauskäufe, teilweise im und teilweise außerhalb des Geltungsbe-

175 Klüsener, Robert (2011): Rechtsstaat auf dem Prüfstand. Wiedervereinigung und Vermögensfragen, Münster, S. 126.

176 Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 110.

reichs des Modrow-Gesetzes. Interessanter als die Akten der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen, die die Verwaltungsentscheidungen dokumentieren, sind an dieser Stelle qualitative Interviews, die zum einen von Stadtsoziologen in Kleinmachnow und Berlin-Prenzlauer Berg 1999 und 2000 im Rahmen eines von der VW-Stiftung geförderten Forschungsprojektes durchgeführt und mir zur Zweitanalyse überlassen wurden,[177] und zum anderen Oral-History-Interviews, die 2020 im Rahmen des Projektes »Die lange Geschichte der ›Wende‹« durchgeführt wurden. Sie geben Aufschlüsse über die Motivation der Käufer sowie ihr Rechts- und Gerechtigkeitsverständnis und sie vermitteln die Einschätzung von Kleinmachnowern über die Situation in ihrer Gemeinde.

Wichtig ist in den Augen der Mitlebenden die Unterscheidung von Komplettierungskauf, bei dem das Haus schon vor dem Herbst 1989 erworben wurde und nun 1990 nur das Grundstück dazu gekauft wurde, und Komplettkauf, bei dem im Umbruch von 1989/90 sowohl Haus als auch Grundstück gekauft werden (siehe Abschnitt 3.2). Ein Beispiel: Der Interviewte und spätere Hauseigentümer zog 1953 nach Kleinmachnow in ein damals staatlich verwaltetes Haus, das er 1987 kaufte, nachdem es aufgrund von Überschuldung 1985 in Volkseigentum übergegangen war. Nach seinen Angaben wurde der Hauskauf auch ins Grundbuch eingetragen. Im Frühjahr 1990 folgte dann der Grundstückkauf – »gleich die allerersten, die das machen durften – die Komplettkäufer kamen und durften erst nach uns, und die betrifft dann oft die Stichtagsregelung.«[178] Als sogenannter redlicher Erwerb blieb das Haus Eigentum der Familie und musste nicht an die Alteigentümer zurückgegeben werden. Wie im Vermögensgesetz gefordert, wurden hier also die Eigentumsverhältnisse aus der DDR be- und geachtet. Interessant wird der Fall dadurch, dass der DDR-Eigentümer sich selbst im Interview als »KWV-Direktor« bezeichnet, d. h. er war Leiter einer Kommunalen Wohnungsverwaltung in der DDR (nicht in Kleinmachnow). Er dürfte also gewusst haben, dass »staatliche Verwaltung« des Hauses übersetzt werden konnte mit »Republikflucht« und die Überschuldung als sogenannte kalte Enteignung eben die Enteignung des Westeigentümers zum Ziel hatte und letztlich ihm als Bewohner das Haus zum Kauf angeboten werden würde. Auch die besondere Chance des Modrow-Gesetzes erkannte er sofort und war stolz darauf, einer der ersten gewesen zu sein. Auf die Nachfrage der Interviewer, ob nur »Bessergestellte« kaufen konnten, antwortete er: »Nein, totaler Unsinn, uns hat man vorgeworfen, wir sind Bonzen und haben deshalb das Haus bekommen, totaler Unsinn, wir sind keine Bonzen gewesen.«[179] Daraufhin ergänzte seine Frau: »Was Wahres ist da schon

177 Siehe dazu den Abschnitt 1.3 zu Quellen.

178 Glock, Birgit/Keller, Carsten: Interview Ehepaar redlicher Erwerb 2C, Teilverschriftlichung [2000].

179 Ebd.

dran.« Schließlich wenden sich dann aber doch beide dezidiert dagegen, dass es Privilegierte oder Leute mit Beziehungen waren, die »unter Modrow« kauften.[180] Diese Art des Abstreitens, in irgendeiner Form privilegiert gewesen zu sein, findet sich öfter in den Interviews:

»Will mal Begriff privilegiert, den ich sehr oft höre hier, auseinandernehmen: War im [… Name des Betriebes …] (13 Tsd. Beschäftigte) Direktor, für Absatz. In den Augen vieler Westdeutscher gelte ich als privilegiert. Will ihnen sagen, worin meine Privilegiertheit bestand: Durfte 2 1/2 mal soviel arbeiten wie meine Abteilungsleiter, an Gehalt habe ich glaube ich 10 % mehr gekriegt. […] Dagegen Direktor in westdeutschen Unternehmen ist doch Halbgott, kenne einen. Würde meinen, daß für einen größeren Teil der Wirtschaftsfunktionäre hier die sog. Privilegiertheit eher eine Bestrafung war. Meinen Sie, es hat Spaß gemacht, sich hier mit Problemen rumzuschlagen, von denen ein Wessi nur träumen würde. Unter den Bedingungen, unter denen hier in den letzten Jahren der DDR-Herrschaft die Produktion aufrecht erhalten wurde, das hat auch beim besten Willen kein Spaß mehr gemacht.«[181]

Die Unterscheidung zwischen sich und sogenannten Bonzen oder Privilegierten wird in den Interviews an anderer Stelle gezogen: Diejenigen, die in der DDR keinen Hauskauf anstrebten, sondern sich das Haus über Beziehungen von der Kommunalen Wohnungsverwaltung pflegen ließen und erst 1989/90 den Komplettkauf von Haus *und* Grundstück anstrebten, seien die eigentlichen »Bonzen« gewesen, nicht aber die »Ottonormalverbraucher«[182] oder »anständige[n] Bürger«,[183] die etwas Eigenes haben wollten und sich jahrzehntelang um das Haus gekümmert hatten. Andere Interviews zeigen dann doch Unterschiede; so erzählt eine Familie im Interview: »Zu Modrow-Zeiten hieß es dann plötzlich, man kann doch kaufen, hatten schon zwei Monate verzottelt, sind nicht mehr unter Stichtag gefallen.« Darauf ergänzt der Sohn: »Nicht den richtigen Notar gefunden, da ging vieles mit Beziehungen.«[184] Letztlich wird auch in diesem Interview betont, es seien die »Parteigenossen oder [die] mit guten Beziehungen« gewesen, die sich ihr Haus »tip top« hätten sanieren lassen, aber nicht gekauft hätten.[185]

In den Interviews werden an vielen Stellen die sehr unterschiedlichen Hintergründe, Interessen und Erfahrungen deutlich; es ist von Neid die Rede oder davon, nur mit den Leuten in derselben Fallgruppe (also z. B. erfolgreiche Komplettierungskäufer) sprechen zu können.[186] Aus den Interviews entsteht nicht

180 Ebd.
181 Glock, Birgit/Keller Carsten: Interview Direktor im Stolper Weg 8C, Teilverschriftlichung [2000].
182 Dies., Interview Ehepaar redlicher Erwerb.
183 Ebd.
184 Glock, Birgit/Keller, Carsten: Interview Familie im Prozeß 4C, Teilverschriftlichung [2000].
185 Ebd.
186 Vgl. Glock/Keller, Interview Ehepaar redlicher Erwerb 2C, S. 3; dies.: Interview Frau aus Klein Moskau 3C, Teilverschriftlichung [2000], S. 2; dies., Interview redlicher Erwerber im

das Bild einer Gemeinschaft, sondern einer zerrissenen Gesellschaft,[187] wobei unterschiedlich eingeschätzt wird, ob das schon in der DDR-Zeit so war oder erst danach: »In Kleinmachnow ist jeder für sich, die Häuser stehen weit auseinander, Bürgersteige werden hochgeklappt, alle sind in ihren Häusern, für sich, abgekapselt, war schon immer so, und durch die ganze Rückübertragung noch viel schlimmer.«[188] Dagegen bezieht sich eine andere Familie, deren Fall zum Interviewzeitpunkt noch nicht endgültig entschieden ist, nur auf die Zeit ab 1989:

> »Früher Versammlungen, inzwischen ist man für sich, weiß von den anderen nichts mehr. Wir müssen unseren Fall für uns auslöffeln. S: früher mehr Solidarität […] M: Viele Leute waren zu faul, haben sich nicht engagiert. […] Man fühlt sich allein gelassen.«[189]

Letztlich eint die Interviewten aber der fast überall anzutreffende Ost-West-Erzählrahmen. Nicht nur die sogenannten Bonzen, sondern auch die meist westdeutschen Alteigentümer werden dafür kritisiert, sich nicht um das Haus gekümmert, es eben nicht gepflegt zu haben, sondern nur am komfortablen Wohnen bzw. am Profit orientiert gewesen zu sein. In der Berichterstattung in verschiedenen Medien über das Vermögensgesetz erhielt Kleinmachnow eine ganz besondere Rolle. Das hing einmal damit zusammen, dass die Gemeinde aufgrund ihrer Geschichte als Paradebeispiel für ein West-gegen-Ost-Narrativ stand, denn bis zur Schließung der Grenze Anfang der 1950er hatten viele Bewohner Kleinmachnow verlassen und sich für ein Leben in West-Berlin oder der Bundesrepublik entschieden und Eigentum zurückgelassen. Viele neue Kleinmachnower waren in den 1950ern in die Gemeinde gekommen und lebten so 1989 schon einige Jahrzehnte dort. Hinzu kam die Lage im Grünen zwischen Berlin und Potsdam, die die Gemeinde schon in den 1930ern hatte expandieren lassen. An diese Tradition einer bevorzugten Wohngegend für Familien wurde in den 1990ern fast nahtlos angeknüpft, was sich etwa an den Bevölkerungszahlen erkennen lässt.[190] Außerdem war Kleinmachnow typisch für das direkte Aufeinandertreffen von Menschen aus Ost und West, für die ein Einfamilienhaus Teil eines erfolgreichen

---

Prozess, S. 3.

187 Ähnlich das Bild der »fragmentierten Gesellschaft« von Bude/Medicus/Willisch (Hg.) (2011): ÜberLeben im Umbruch. Etwas anders die »frakturierte Gesellschaft« von Mau, Steffen (2019), Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Frankfurt, S. 245.

188 Glock/Keller, Interview Ehepaar redlicher Erwerb 2C.

189 Dies., Interview Familie im Prozeß 4C.

190 Anlage zum Flächennutzungsplan für Kleinmachnow, 2. Entwurf, abgedruckt in: Gemeinde Kleinmachnow (Hg.): Planen, Bauen, Wohnen und Arbeiten in Kleinmachnow, o.J. [2005], S. 4.

oder wünschenswerten Lebensverlaufs ist. All diese Aspekte zeigten sich in der Medienberichterstattung.[191]

In der Berichterstattung lässt sich deutlich ein Stimmungsumschwung festmachen: In frühen Zeitungsberichten, d. h. aus dem Jahr 1989 und der ersten Jahreshälfte 1990, also vor der Regelung der offenen Vermögensfragen, wurde in erster Linie über die komplizierten Eigentumsverhältnisse und die ersten zumeist freundlichen Begegnungen zwischen Ost- und Westdeutschen berichtet.[192] Der Ton änderte sich mit dem Bekanntwerden der Gemeinsamen Erklärung vom 15. Juni 1990. Nun wurde zunehmend einerseits das Bild des raffgierigen Alteigentümers gezeichnet, der zumeist in den »alten« Bundesländern vermutet wurde, und andererseits das Bild des unschuldigen, fleißigen und getäuschten Ostdeutschen: »DDR-Bürger haben Ersparnisse in Ein- und Zweifamilienhäuser gesteckt, haben Grundstücke vom Staat gekauft oder sie zur Nutzung überlassen bekommen,« schrieb z. B. der *Spiegel* am 18. Juni 1990.[193] Nun aber wollten »Westler mit dem Zweithaus in der Toskana«, die ihr in der DDR zurückgelassenes Eigentum längst abgeschrieben hatten, darauf zugreifen und sich bereichern. Ohne Rücksicht auf die Empfindungen der Bewohner hätten Anwälte der Eigner oder diese selbst in allen Städten der DDR Grundstücke inspiziert, Anspruch auf Häuser erhoben und somit »Angst und Schrecken« verbreitet.[194] Neben dieser Gegenüberstellung von Ost- und Westdeutschen verbreiteten Medienberichte ein zweites Bild: Es gehe nicht etwa um die Protagonisten des DDR-Regimes, die sich schuldig gemacht haben, sondern um die einfachen Leute – oder, wie das *Schwäbische Tageblatt* am 28. August 1990 berichtete, um »eine Lawine von Prozessen ›ausgerechnet zwischen den kleinen Leuten in West und Ost‹.«[195] Diese Bilder wurden in den 1990ern auch weit über Kleinmachnow hinaus verbreitet. Zwei Beispiele: »In einem kleinen Ort bei Berlin leben 10.000 Menschen in Angst: Brutale Wessis wollen uns aus unseren Häusern jagen!«, lautete die Überschrift eines Beitrags in der *Neuen Revue* vom 31. Mai 1991 – und am 2. Mai 1992 setzte die *Financial Times* eine Bericht unter den Titel: »East Germans find their homes are no longer their castles. Many live in fear of being forced out by their western neighbours, Leslie Colitt reports from Kleinmachnow, Berlin«.

191 Ausgewertet wurden: *Die Zeit, FAZ, Der Spiegel, Die Welt, Berliner Morgenpost, Berliner Zeitung, Märkische Allgemeine Zeitung, Potsdamer Neueste Nachrichten* – plus einige Zusatzfunde aus dem Kleinmachnower Gemeindearchiv (*The Nation, Financial Times* u. a.).

192 Siehe z. B. Kruse, Kuno/Schwarz, Birgit: Wem gehört die DDR? Mit dem Verfall des sozialistischen Systems steht die sozialistische Eigentumsordnung zur Disposition, in: Die Zeit, Nr. 12, 16.3.1990.

193 Ein Land wird verteilt, in: Der Spiegel, Nr. 15, 18.6.1990.

194 Bundesamt, Bilanz, S. 105.

195 Gärtner, Peter: In Kleinmachnow geht die Angst um. Für eine Million DDR-Häuser werden Besitzansprüche aus dem Westen erwartet – »Soziale Katastrophe«, in: Schwäbisches Tagblatt, Tübingen, 28.8.1990.

Kleinmachnow schaffte es aber auch deswegen in die überregionale und internationale Presse, weil sich betroffene Kleinmachnower besonders stark für ihre Belange einsetzten. Bereits 1990 waren in Kleinmachnow und in den umliegenden Gemeinden wie auch anderswo in Brandenburg Interessengemeinschaften entstanden. So kam es im März 1990 zur Gründung einer Selbsthilfeorganisation, die dann zur Mietervereinigung und zum Verband der Grundstücknutzer und -eigentümer im April 1990 wurde.[196] Im Mai 1990 gründete sich in den Nachbarorten Teltow und Stahnsdorf der Verband der Mieter, Nutzer und Pächter Teltow e.V. Nach Angaben des bis heute bestehenden Vereins »Der Teltow« wurden diese Vereine Gründungsmitglieder des Mieterbundes der DDR in Berlin und Brandenburg im Frühjahr 1990.[197] Zwei dominierende Motive werden auf der Homepage des Vereins dafür angegeben:

> »Die mit den Ereignissen vom Oktober/November 1989 erlebten demokratischen Verhältnisse in der DDR und der Wille, an der Entwicklung aktiv teilnehmen zu wollen, und die – leider – schnell wachsende Erkenntnis, dass die sicher geglaubte Wohn- und Eigentumsverhältnisse durch das unsägliche Prinzip ›Rückgabe vor Entschädigung‹ ernsthaft bedroht wurden und nur gemeinsam verteidigt werden konnten.«[198]

Signifikant ist hier einerseits der Verweis auf die neu erlebten und positiv wahrgenommenen demokratischen Möglichkeiten in der Umbruchzeit von 1989/90 und andererseits die Darlegung der Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen.

Diese Interessen von Mietern, Nutzern und selbst nutzenden Eigentümern[199] (nicht nur aus Kleinmachnow) wurden auch bei der Vorbereitung der Regelungen offener Vermögensfragen gehört. So schildert Anke Kaprol-Gebhardt, dass am 21. Februar 1990 im Amt für den Rechtsschutz des Vermögens der DDR eine Beratung mit Vertretern des sich konstituierenden Mieterbundes stattfand.[200] In der entsprechenden Aktennotiz wurde aber auch erwähnt, dass sich die Bewohner*innen von Einfamilienhäusern sehr stark »von ihrer eigenen spezifischen Interessenlage als Mieter und Nutzer von staatlich bzw. zivilrechtlich verwalteten Einfamilienhäusern leiten ließen für die sie sich als ›quasi-Eigentümer‹ fühlten.«[201]

---

196 Aus den verschiedenen Interessengemeinschaften ging am 11.1.1992 der bis heute bestehende Verein »Der Teltow« hervor, auf dessen Selbstdarstellung ich mich hier beziehe: https://www.mietervereinigung-teltow.de/Ueber_uns/Geschichte.html (abgerufen am 30.9.2020).

197 Ebd.

198 Ebd.

199 So lautete die Beschreibung des Vereins »Der Teltow«, die auf die komplizierten Besitzverhältnisse hinweist.

200 Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 93; AfR-Archiv, 300, Vermögensverhandlungen DDR–BRD: Aktennotiz über die Beratung mit Vertretern des sich konstituierenden Mieterbundes der DDR am 21.2.1990 vom 21. Februar 1990.

201 Ebd., zitiert nach Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen.

In der Vielfalt der während der Kernzeit des Umbruchs sichtbaren Interessen ist Kleinmachnow ein typisches Beispiel für Einfamilienhäuser, Ost-West-Aufeinandertreffen und eine bewegte Geschichte in den verschiedenen politischen Systemen des 20. Jahrhunderts (um die Frage des im Nationalsozialismus enteigneten jüdischen Eigentums wird es später noch gehen, siehe Abschnitt 4.2).

c) Kontextualisierung: Stadt, Land und die Praktik des Eingabenschreibens

Systematische, vergleichende Analysen zu den Vermögensfragen betreffenden Ereignissen in der Kernzeit des Umbruchs, durch die sich Kleinmachnow kontextualisieren lässt, sind rar.[202] Im Vergleich zu den Untersuchungsorten im ländlichen Brandenburg und in Schwerin bleibt Kleinmachnow besonders. Im brandenburgischen Dorf zeigten sich weniger Konflikte, weil es dort in der DDR nicht zu so komplizierten Eigentumsverhältnissen gekommen war und viele Familien vor, während und nach 1989 in denselben Häusern wohnten.[203] In Schwerin gestaltete sich die Situation ebenfalls anders, auch weil die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen unterschiedlich vorgingen und zudem die Bundesländer sich ja selbst erst 1990 aus den DDR-Bezirken formten. Das soll nur ein erster Hinweis darauf sein, was mit einer Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten durch die sich ändernden System- und Alltagsverhältnisse gemeint ist. So hieß es z. B. aus Brandenburg, dass dort erst langsam bei den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen agiert wurde, weil noch auf eine grundsätzliche Änderung des Vermögensgesetzes gehofft wurde.[204] Das bestätigen die Akten zu Schwerin, wo die Entscheidungen wesentlich schneller getroffen wurden – aber auch hier stehen die systematischen Auswertungen noch aus.

Interessant ist, dass die großenteils abseits der Öffentlichkeit stattfindenden Verhandlungen zu den offenen Vermögensfragen aus verschiedenen Gebieten der DDR begleitet wurden von einer weiteren Praktik, nämlich dem Schreiben von Eingaben. Bereits in der Kernzeit des Umbruchs war es offenbar unter vermeintlichen Eigentümern und Mietern zu Kontakten und auch Eigenbedarfskündigungen

202 Die Beispiele im Buch von Kaprol-Gebhardt sind eher anekdotisch als systematisch. Eine systematische, v. a. quantitative Analyse bietet Carhart, »Absentee Landlords«; und zu besonderen Gruppe der ehemaligen Gutsbesitzer bzw. ihrer Nachfahren siehe Langelüddecke, Ines (2020): Alter Adel – neues Land? Die Erben der Gutsbesitzer und ihre umstrittene Rückkehr ins postsozialistische Brandenburg, Göttingen.

203 Für Gemeinden bis 2000 Einwohner werden für 1987 74 % Privateigentum, 19 % Volkseigentum, 6 % genossenschaftliches Eigentum und 1 % sonstiges Eigentum angegeben. Vgl. Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, S. 78, abgedruckt in: Topfstedt: Wohnen und Städtebau in der DDR, S. 531.

204 Glock, Birgit/Keller, Carsten: Fokusrunde ARoV Potsdam-Mittelmark vom 16.2.2000, Teilverschriftlichung, S. 2.

gekommen. So verzeichnete die Abteilung Eingaben beim DDR-Ministerrat in dieser Phase einen deutlichen Anstieg zur Problematik der sogenannten Westgrundstücke – also der Grundstücke mit einem Eigentümer aus Westdeutschland.[205] Auch im Ministerium der Finanzen mehrten sich die Eingaben, weshalb im Januar 1990 die Richtlinie für die Behandlung von Auskunftsersuchen aufgrund der erhöhten Nachfragen überarbeitet werden sollte.[206] Auch diese Eingaben könnten für eine weitere Untersuchung verwendet werden. Das Eigentum in seinen verschiedenen Facetten war zudem ein wichtiges Thema am Zentralen Runden Tisch.[207]

3.2.3 Weitere Alltagsbereiche: Erlebte vs. erinnerte Gemeinschaft

Die Quellen zu Wohnen und Eigentum in Kleinmachnow lassen ein Zusammenhalten bestimmter Gruppen, Familien oder Nachbarn erkennen, aber nicht in einem umfassenden Sinne, wie das heute in Aussagen von Zeitzeug*innen teilweise betont wird. Im brandenburgischen Dorf ist das eher zu erkennen, weil es dort stärker um gemeinsame Feste und gemeinsames Arbeiten ging. Und auch in Schwerin zeigt die oben erwähnte Altstadtinitiative, dass es ein gemeinsames Engagement auch über die Grenzen einzelner Gruppen hinaus gab. Trotzdem entsteht eher das Bild einer erst im Nachhinein, aus der Erinnerung konstruierten Gemeinschaft in der DDR. Dafür spricht auch ein Blick auf die Geschichte des Konsums.

Ein Ergebnis der Studie von Clemens Villinger ist, dass in vielen Interviews aus den 1990er Jahren die Befragten rückblickend berichteten, wie sie als Heimwerker ihren Wohnraum umgestalteten, Dinge reparierten oder im DDR-Handel nicht verfügbare Konsumgüter selbst produzierten. Gleichzeitig bemühten sich z. B. die Wohnraumverwaltungen, die Menschen zur Instandsetzung öffentlicher Räume wie etwa Spielplätzen oder Vorgärten zu motivieren. Die staatlich initiierten Versuche zur Erziehung eines *socialist citizen consumer,* also eines sozialistischen Konsumenten, durch die Anregung zum Heimwerken dienten nicht nur dem Ausgleich von Versorgungslücken, sondern zielten auch auf die Schaffung sozialistischer Werte und somit auf eine stärkere Bindung an das politische

205 Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 95. Sie bezieht sich auf Unterlagen aus dem Bundesarchiv: BArch DC 20-I/3/2921. Ohne Titel.

206 Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 95; BArch DN 1/121974, Informationen über Probleme bei der Behandlung von Vermögenswerten, die der Treuhandverwaltung bzw. der vorläufigen staatlichen Verwaltung unterliegen vom 15.1.1990.

207 Schröter, Anja (2012): Eingaben im Umbruch. Ein politisches Partizipationselement im Verfassungsgebungsprozess der Arbeitsgruppe »Neue Verfassung der DDR« des Zentralen Runden Tisches 1989/90, in: Deutschland Archiv, Jg. 45, H. 1, https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/61448/eingaben-im-umbruch (abgerufen am 30.9.2020).

System.[208] In der positiven rückblickenden Bezugnahme auf das Heimwerken vor 1989 deutet sich an, dass die Produktion einer *socialist consumer identity*[209] paradoxerweise erst nach dem Ende der DDR Wirkung zeigte. Gleichzeitig behielt das Heimwerkerwissen, im Gegensatz zum agrarischen Wissen, aufgrund des in Westdeutschland etablierten Marktes für Heimwerkerbedarf und der weit verbreiteten gesellschaftlichen Akzeptanz des Heimwerkens auch nach 1989 seine Relevanz im Alltag.[210] Am Beispiel des Heimwerkens lässt sich trotz seiner staatlichen Politisierung vor 1989 veranschaulichen, dass viele Menschen ihre Erfahrungen damit rückblickend als selbstbestimmtes Handeln interpretierten. Das heißt in vielen Erzählungen schwingt ein gewisser Stolz über die selbst erbrachten Leistungen unter den schwierigen Versorgungsbedingungen in der DDR mit. Nach dem Umbruch von 1989/90 schilderten viele Befragte das Heimwerken und die dabei erlernten Fähigkeiten als eine für das Leben in der DDR typische und durchaus als positiv empfundene Erfahrung. Die Verbindung von Erwartung, Erfahrung und Erinnerung wird im Folgenden noch thematisiert.[211]

3.3 Die 1990er Jahre gestalten und bewältigen: Strategien, Erfolge, Verluste

3.3.1 Allgemeines Ergebnis

Als drittes Ergebnis der Quellenanalyse zur langen Geschichte der »Wende« lässt sich festhalten, dass Ostdeutsche in den 1990ern verschiedene Strategien entwickelten und anwandten, die zu einem spezifischen Umbruchwissen führten. Das schließt daran an, dass Ostdeutsche eine »Umbruchkompetenz«[212] ausbildeten oder dass sie als »Avantgarde«, »Transformationskünstler« und »Flexibilitätsvorbild« bezeichnet wurden.[213] Der neutrale Wissensbegriff ist aus analytischer Sicht

208 Vgl. Kreis, Reinhild (2018): A »Call to Tools«: DIY between State Building and Consumption Practices in the GDR, in: International Journal for History, Culture and Modernity, Jg. 6, H. 1, S. 49–75, hier S. 64f.

209 Ebd., S. 65.

210 Zur Geschichte des Heimwerkens in der Bundesrepublik vgl. Voges, Jonathan (2017): »Selbst ist der Mann«. Do-it-yourself und Heimwerken in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen.

211 Mit einer anderen Untersuchungsanordnung siehe Martens, Bernd/ Holtmann, Everhard (2017): »Aber hier lebten Menschen, und die waren sehr individuell«. Die DDR und die deutsche Einheit im Gespräch der Generationen, Halle/S.; Martens, Bernd (2020), Erinnertes Leben im Osten. Die DDR im Generationengespräch, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Dossier. Lange Wege der Deutschen Einheit, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/315004/erinnertes-leben (abgerufen am 14.4.2020); und ders. (2020), Der Blick zurück. Erwartbare Enttäuschungen, in: ebd.

212 Platzeck, Zukunft braucht Herkunft, S. 201f.

213 Engler, Die Ostdeutschen als Avantgarde. Mit Bezug auf Engler: Mangold, Ijoma, Seid stolz auf eure Vorurteile, in: Die Zeit, Nr. 29, 9.7.2009, https://www.zeit.de/2009/29/Einheit (ab-

deshalb hier vorzuziehen, weil das Wissen u. a. aus den verschiedenen (lebensweltlichen) Praktiken erworben wurde – so, wie von Schütz und Luckmann beschrieben, und unter Punkt 1.3 dargestellt. Wichtig für die 1990er ist die zeitliche Verzögerung, mit der die in der Kernzeit des Umbruchs von 1989/90 durch den Systemwechsel bedingten neuen Gesetze und Richtlinien sich in der Lebenswelt auswirkten. Das heißt, es brauchte einige Zeit, bis z. B. beim Wohnen endgültige Entscheidungen auf der Basis des neuen Vermögensgesetzes getroffen wurden und vor Ort und damit in der Lebenswelt Fakten schufen. Anders bzw. schneller war das beim Konsum, aber auch hier mussten die alten Alltagspraktiken und -strukturen angepasst und neue erlernt werden. Im Bereich Schule fand der Wandel des Systems bei laufendem Betrieb statt, was alle Beteiligten forderte. Das zeitverzögerte Ankommen der Änderungen auf der Ebene des Systems im Alltag führte zu alternativen Periodisierungen des Umbruchs in der Lebenswelt der Menschen und damit zu einer langen Geschichte der »Wende«. In vielerlei Hinsicht wurde das von den betroffenen Ostdeutschen noch weit in die 1990er als eine Gleichzeitigkeit von Unsicherheiten wahrgenommen, die in der Kernzeit des Umbruchs 1989/90 begonnen hatte und als Herausforderung und auch als belastend im Alltag wahrgenommen wurde.

3.3.2 Beispiel: Wohnen und Eigentum ab 1990

a) Gesetze und Anpassungen

Aus den Vorbereitungen der Gemeinsamen Erklärung und des Vermögensgesetzes war bereits deutlich geworden, dass zwar der Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung gelten sollte, dass aber 40 Jahre Eigentumspraktiken in der DDR nicht einfach rückgängig gemacht werden konnten und sollten. So gab es von vornherein Ausnahmen und es kam in den 1990ern noch zu weiteren Regelungen. In vielerlei Hinsicht wird sichtbar, dass bei den Verhandlungen für das Vermögensgesetz das Ausmaß nicht klar war; auch deshalb wurde gesetzlich nachgebessert.

Bereits das Vermögensgesetz enthielt Fälle, die eine Rückübertragung von Eigentumsrechten an Grundstücken und Gebäuden ausschlossen, nämlich dann, wenn Grundstücke und Gebäude

»a) mit erheblichem baulichen Aufwand in ihrer Nutzungsart oder Zweckbestimmung verändert wurden und ein öffentliches Interesse an dieser Nutzung besteht,
b) dem Gemeingebrauch gewidmet wurden,
c) im komplexen Wohnungsbau oder Siedlungsbau verwendet wurden,

gerufen am 30.9.2020).

d) der gewerblichen Nutzung zugeführt oder in eine Unternehmenseinheit einbezogen wurden und nicht ohne erhebliche Beeinträchtigung des Unternehmens zurückgegeben werden können.«[214]

Während also einige Fälle schon im Gesetz klar benannt waren, gab es weitere, die ebenfalls durch das sogenannte Teilungsunrecht[215] bedingt waren, aber nicht im Gesetz standen. So hatten z. B. Zwangsumsiedlungen an der innerdeutschen Grenze und an der Berliner Mauer stattgefunden und Menschen waren aufgrund von Ausreiseersuchen gezwungen worden, ihr Eigentum zu verkaufen. In einigen Fällen war es nicht zu einer Enteignung gekommen, sondern standen die Gebäude und Grundstücke am Ende der DDR unter staatlicher Verwaltung, die per Gesetz zum 31. Dezember 1992 aufgehoben wurde. Während für diese Aufhebung kein Antrag notwendig war, wurden sonst die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen nur auf Antrag tätig.

Grundsätzlich galt, dass ein Anspruch auf einen Vermögenswert beim Amt zur Regelung für offene Vermögensfragen, das für die Immobilie oder das Grundstück zuständig war, geltend gemacht werden musste. Damit begann das Verfahren. Nach und nach mussten dann weitere Unterlagen eingereicht werden. Zentral war der Grundbucheintrag. Das Grundbuch wurde zu der zentralen Wissensressource und genau das sorgte für Ärger, weil ja die Grundbücher bzw. die Grundbuchblätter – wie oben dargestellt – in der DDR nicht verlässlich geführt worden waren. Neben der Aufgabe, überhaupt erst einen Verwaltungsapparat und ein Verfahren zur Behandlung der Anträge aufzubauen, ging es deshalb in ganz erheblichem Maße um die Aktualisierung der Grundbücher. Die Vorstellung der DDR-Experten im Juni 1990, dass für die Abwicklung aller Vermögensansprüche etwa drei Jahre anzusetzen seien,[216] erwies sich als völlig unzutreffend. Zum einen entwickelten die einzelnen Bundesländer unterschiedliche Verfahren in ihren Verwaltungen zur Bearbeitung der Anträge,[217] zum anderen waren die Fälle unterschiedlich komplex. Die mit am längsten dauernden Fälle wurden erst 2016 mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte entschie-

214 Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz VermG), 1990, VermG § 5, Art. 1 https://www.gesetze-im-internet.de/vermg/BJNR211590990.html (abgerufen am 30.9.2020).

215 Siehe die allgemeine Darstellung des Problems auf der Seite des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen, https://www.badv.bund.de/DE/OffeneVermoegensfragen/HistorischeAspekte/start.html (abgerufen am 30.9.2020).

216 Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 137; sie bezieht sich auf BArch, DN 1/130073, Ministerium der Finanzen Abteilung V, Konzeption zur Beratung der Vorschläge zur rechtlichen Regelung offener Vermögensfragen mit den Staatssekretären ausgewählter Ministerien am 30.7.1990.

217 Siehe zu Brandenburg Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 154–160.

den, sie betrafen im Nationalsozialismus enteignetes jüdisches Eigentum (siehe Abschnitt 4.2).[218]

Ohne hier im Detail auf Nachbesserungen einzugehen, seien zumindest zentrale Gesetze genannt.[219] Sie ergaben sich aus den Fällen in der Praxis und aus Überlegungen zu Investitionen, die nicht durch das Vermögensgesetz behindert werden sollten. Die Vermögensgesetzänderung vom 14. Juli 1992 stellte z. B. eine Verbesserung für ostdeutsche Nutzer dar.[220] Das bereits erwähnte Gesetz zur Sachenrechtsbereinigung (SachenRBerG) von 1994 bot eine Möglichkeit zum Interessenausgleich, wenn z. B. das Eigenheim auf fremden Grund stand. Das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) war für diejenigen, die durch das Vermögensgesetz ausgeschlossen waren (etwa die 1945 bis 1949 Enteigneten). Mit dem Schuldrechtsanpassungsgesetz (SchuldRAnpG) von 1994 und seinen späteren Änderungen wurde u. a. die Klärung der Datschenverhältnisse versucht, die zum Lebensmittelpunkt einiger Ostdeutscher geworden waren.[221] Weitere Änderungen folgten, so etwa 1998 das Gesetz zur Bereinigung vermögensrechtlicher und anderer Vorschriften (Vermögensrechtsbereinigungsgesetz – VermBerG).[222] Die neuen Gesetze und die Gesetzesänderungen müssen auch im Zusammenhang mit dem im Folgenden dargestellten Engagement der Betroffenen betrachtet werden.

b) Praktiken und neues Wissen

Betroffene Ostdeutsche wehrten sich mit den demokratischen Mitteln des neuen Systems und ihrem Wissen über Verwaltungshandeln der DDR so erfolgreich

218 European Court of Human Rights, Fifth Section: Decision, Application no. 16722/10, Christian Meyer against Germany, 22.3.2016, http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-162482 (abgerufen am 30.9.2020).

219 Zu den Gesetzen gibt es eine Vielzahl von juristischer Literatur und Ratgeberliteratur, z. B. Brouër u. a., Offene Vermögensfragen; Fricke/Märker, Enteignetes Vermögen in der Ex-DDR; Friedlein, Andreas (1992): Vermögensansprüche in den fünf neuen Bundesländern. Die Enteignungen von Vermögen zwischen 1933 und 1990 auf dem Gebiet der fünf neuen Bundesländer und dessen (Neu)-Zuordnung nach dem Vermögens- und Investitionsrecht, Frankfurt a. M. u. a.; Theißen, Rolf/Patt, Hans-Georg (1994): Streit um Grundstücke. Die Abwehr von Alteigentümeransprüchen im Rückübertragungs- und Investitionsvorrangverfahren, Freiburg/Berlin.

220 Gesetz zur Änderung des Vermögensgesetzes und anderer Vorschriften, BGBl. I, S. 1257–1286; Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 166.

221 Gesetz zur Anpassung schuldrechtlicher Nutzungsverhältnisse an Grundstücken im Beitrittsgebiet (Schuldrechtsanpassungsgesetz -SchuldRAnpG), 21. September 1994, BGBl. I, S. 2538, https://www.gesetze-im-internet.de/schuldranpg/SchuldRAnpG.pdf (abgerufen am 12.2.2021).

222 Gesetz zur Bereinigung vermögensrechtlicher und anderer Vorschriften (Vermögensrechtsbereinigungsgesetz – VermBerG), 20. Oktober 1998, BGBl. I, S. 3180-3187, https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl198s3180.pdf%27%5D__1601666255778 (abgerufen am 30.9.2020). .

gegen die vorgesehenen Regelungen, dass das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung in der Praxis nur eingeschränkt durchgeführt wurde (s. u. Abschnitt c). Sie wehrten sich nicht nur im Einzelfall, sondern schlossen sich auch zusammen, um ihre Ziele zu erreichen. Wie schon bei der Gründung des Mieterbundes und des Selbsthilfevereins angedeutet, engagierten sich die betroffenen Ostdeutschen in vielfältiger Weise, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie demonstrierten und informierten sich an Stellen, die dafür eigentlich nicht mehr vorgesehen waren. Sie nutzten die Mittel des Rechtsstaats, legten Widerspruch gegen Entscheidungen der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen ein, manchmal kam es auch zu Klageverfahren.

Zugleich kombinierten sie die Mittel mit ihrem spezifischen Wissen aus der DDR. Hatte es sich bereits im Umgang mit der DDR-Verwaltung als wichtig erwiesen, persönlich und regelmäßig zu erscheinen, so wurde dies nun beim zuständigen Amt zur Regelung offener Vermögensfragen fortgesetzt, um den Ausgang des Verfahrens oder auch nur das Tempo der Bearbeitung zu beeinflussen.[223] Auch wenn dieses Handeln eher wenig Einfluss auf die Entscheidungen der zuständigen Ämter hatte, so bot sich den Beteiligten dadurch doch die Möglichkeit, sich aktiv in den Prozess einzubringen. Offizielle Statistiken gibt es nur für Ostdeutschland insgesamt (dazu unten mehr), für kleinere Gemeinden, wie etwa Kleinmachnow, liegen lediglich Schätzungen vor.[224] Unabhängig von der jeweiligen Entscheidung ist für Kleinmachnow z. B. wichtig, dass es dort verhältnismäßig viele Anmeldungen von Ansprüchen gab.[225] Ebenso charakteristisch war dort das bereits beschriebene direkte Aufeinandertreffen von Ost- und Westdeutschen und die Medienberichte darüber. Die Betroffenen in Kleinmachnow trugen aber auch selbst dazu bei, ihre Fälle publik zu machen. Sie demonstrierten u. a. in Bonn und gründeten eine Wählergruppe, die sie »Kleinmachnower Bürger gegen Vertreibung« nannten – die Gruppe erhielt bei den Kommunalwahlen 1993 immerhin gut 22 Prozent der Stimmen.[226] Der Name, der aus historischer Sicht zweifelhafte Bezüge zur Situation nach dem Zweiten Weltkrieg herstellt, verdeutlicht in den 1990ern in erster Linie die Gefühle der Einwohnerinnen und Ein-

223 Mit Blick auf das aus der DDR stammende Wissen im Umgang mit Verwaltungen vgl. Glock/Keller, Interview Ehepaar redlicher Erwerb, S. 2 und 4.

224 So auch das Ergebnis von Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 233.

225 Vgl. Glock/Häußermann/Keller, Die sozialen Konsequenzen der Restitution, S. 540 und 542, sowie die von mir auf der Basis der Archivakten zusammengestellten Zahlen: Brückweh, Kerstin (2017): Unter ostdeutschen Dächern. Wohneigentum zwischen Enteignung, Aneignung und Neukonstituierung der Lebenswelt in der langen Geschichte der »Wende« in: Großbölting/Lorke (Hg.): Deutschland seit 1990, S. 187–212, hier S. 205f.

226 Vgl. Gemeindeamt Kleinmachnow: Auswertung der Wahl der Gemeindevertretung am 5.12.1993.

wohner von Kleinmachnow, und zwar nicht nur der Gruppe selbst, sondern auch ihrer Wählerinnen und Wähler.

Unabhängig von der Politisierung hatten Eigentümer*innen, Besitzer*innen und Mieter*innen von Einfamilienhäusern in dieser Zeit einen großen Informationsbedarf. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Nutzer*innen den früheren DDR-Verwaltungsorganen – wie der Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) und ihren Nachfolgeorganisationen – im Umbruch eine neue Rolle zuschrieben: Nun dienten sie auch als Beratungsstellen. So erinnerte sich der Prokurist der Gewog (Gemeindliche Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH) im Jahr 2000, dass diese in den 1990er Jahren »kein Wohnungsunternehmen, sondern eine Sozialstation« gewesen sei: Viel Arbeitszeit habe zur Beruhigung der verunsicherten Bürger und Bürgerinnen verwendet werden müssen.[227] Aber nicht nur für die Betroffenen sei die Restitution eine Herausforderung gewesen, sondern auch für die mit den Verfahren Betrauten. »Wir sind alle ins kalte Wasser geworfen worden«, erinnert sich eine ehemalige Mitarbeiterin, keiner habe gewusst, was wie wann zu tun sei.[228] Ähnliches wurde aus dem Ost-Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg berichtet. So betonte die Leiterin der Abteilung Grundstückswesen und Restitution der Wohnungsbaugesellschaft Prenzlauer Berg (WIP), dass die Gänge »knackevoll« gewesen seien. Die Mitarbeitenden hätten einiges aushalten müssen und seien durch Trainings auf die zum Teil aufreibenden Gespräche vorbereitet worden.[229] Aus den Interviews, die Stadtsoziologen in Kleinmachnow und in Berlin-Prenzlauer Berg mit Experten in den Ämtern und Betroffenen geführt haben, wird auch deutlich, dass zur Unsicherheit in den 1990er Jahren im Bereich der Restitution von Wohneigentum die sich mehrfach ändernden gesetzlichen Regelungen beigetragen haben. An die zögerliche Umsetzung in Brandenburg erinnert sich der ehemalige Leiter des für Kleinmachnow zuständigen Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen: Bis 1992 habe man sich noch eine Revidierung des Grundsatzes Rückgabe vor Entschädigung erhofft.[230] Auch wenn es keine so umfassende Änderung des Vermögensgesetzes gab, zeigten Ergänzungen des Gesetzes den engagierten Betroffenen vor Ort einerseits, dass sie mit ihren Aktionen und ihrem Einsatz etwas erreichen konnten, andererseits irritierten diese Veränderungen, weil sie nicht den Erwartungen einiger Ostdeutscher an das bundesdeutsche Rechtssystem entsprachen. Wo man Stabilität vermutete, schien das Recht flexibel oder gar willkürlich zu sein, was letztlich eher mit dem DDR-Rechtssystem in Verbindung gebracht wurde.

227 Glock/Keller, Fokusrunde ARoV Potsdam-Mittelmark, S. 3.
228 Ebd.
229 Dies.: Fokusrunde Prenzlauer Berg vom 6.3.2000, Teilverschriftlichung, S. 4.
230 Dies., Fokusrunde ARoV Potsdam-Mittelmark, S. 2.

Ein Beispiel: Im Jahr 2000 schilderte ein Kleinmachnower den langen Weg seines Antrags bis zum endgültigen Bescheid, der von Entscheidungen in mehreren Instanzen und jeweils folgenden Klagen gekennzeichnet war. Es handelte sich also um ein ordentliches rechtsstaatliches Verfahren, während dessen Dauer jedoch die Eigentumsverhältnisse ungeklärt blieben und nicht in das Haus investiert werden konnte, was als belastend empfunden wurde.[231] Das ist ein wichtiger Punkt, auch mit Blick auf die spätere Bewertung der Vereinigung: Vielfach wurde Erschöpfung erwähnt oder ist sie den Quellen zu entnehmen. Das hängt vermutlich auch mit dem Lebensalter und den Lebensentwürfen der Betroffenen zusammen. Die Restitution von Einfamilienhäusern betraf häufig Menschen, zu deren Lebensentwurf ein eigenes Haus gehörte, in das emotional und finanziell investiert wurde. Die Befürchtung, dieses Haus zu verlieren, und die Gewissheit, nicht mehr jung genug zu sein, um sich etwas Neues aufzubauen, oder die Sorge, umziehen und neu anfangen zu müssen, dürften Gründe für die zu beobachtenden Emotionen sein. Aber auch die Alteigentümer, die in den 1930er Jahren Häuser in Kleinmachnow gekauft und die Gemeinde z. B. Anfang der 1950er Jahre verlassen hatten, waren in einer ähnlichen Situation und einem ähnlichen Alter, als sie in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahren neu anfangen mussten. Zu den Erfahrungen der Alteigentümer findet sich in den Quellen wenig, was einerseits damit zusammenhängt, dass es für das Ziel der betroffenen Ostdeutschen nicht produktiv gewesen wäre, die andere Seite differenziert darzustellen, zum anderen liegt das an den Akten, denn in den Verfahren der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen ging es nur in seltenen Fällen um Fragen von Opfer und Täter, im Zentrum stand vielmehr der Rechtsstatus des Hauses.

Zwar sollte das Vermögensgesetz den sozialen Frieden wahren bzw. herstellen, aber gleichzeitig ging es in der Anwendung des Gesetzes ja nicht um Gerechtigkeit, sondern um Rechtmäßigkeit.[232] Im Prinzip wurden angenommen, dass Gesetze und Regelungen aus der DDR auch in der DDR angewandt worden waren; die Analyse der Praktiken zeigt aber sehr deutlich, dass das nur in Teilen so war (s. o. die Darstellung zur gewollt willkürlichen Eigentumspraxis in der DDR, Abschnitt 3.1). Insgesamt hatte die SED-Eigentumspolitik wie in anderen postsozialistischen Staaten zu »fuzzy property«[233] geführt; damit ist gemeint, dass, aus der Perspektive eines liberalen Eigentumskonzepts betrachtet,

231 Dies.: Interview redlicher Erwerber im Prozess, 2000, Teilverschriftlichung, S. 2.

232 Für eine Zusammenfassung der Funktionssysteme, ihrer Codes, Programme, Medien und Funktionen siehe Reese-Schäfer, Walter (2001): Niklas Luhmann zur Einführung, Hamburg, S. 176–177.

233 Verdery, Katherine (1998): Fuzzy Property. Rights, Power, and Identity in Transylvania's Decollectivization, in: Nelson, Joan M. u. a. (Hg.) (1998): Transforming Post-Communist Political Economies, Washington, S. 102–117.

widersprüchliche Besitzverhältnisse vorlagen. So überdauerten z. B. teilweise die Grundbuchblätter mit den darin dokumentierten Eigentumsverhältnissen und wurden teilweise auch in der DDR weitergeführt, aber eben nicht immer. Trotzdem bildeten sie die Basis für die Restauration eines bürgerlich-liberalen Eigentumsrechts nach 1990, gegen das Ostdeutsche vielfach nur das moralische Argument der Bestandserhaltung vorbringen konnten. Sehr deutlich sei hier betont, dass es beim Vermögensgesetz in der Regel nicht um Täter-Opfer-Kategorien ging (eine Ausnahme ist VermG § 1, Abs. 3 »Machtmissbrauch, Korruption« etc.). Wenn vom Vermögensgesetz außer der Wahrung bzw. Herstellung des sozialen Friedens Gerechtigkeit erwartet wurde, dann hätte dazu auch gehören müssen, sich über die Vergangenheit im DDR-Regime und auch im Nationalsozialismus zu verständigen. Darauf geben die Quellen keine bzw. nur bedingt Hinweise, was zumindest bei den Akten der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen auch nicht erwartet werden kann, weil sie für einen bestimmten Zweck zusammengestellt wurden – die Klärung der Eigentumsverhältnisse. Trotzdem ist an vielen Stellen eine Vermischung von Recht und Gerechtigkeit zu beobachten. Wozu die Orientierung am Rechtsstatus des Hauses (z. B. enteignet, staatlich verwaltet, Eintrag ins Grundbuch) führte, sei mit den folgenden beiden Beispielen verdeutlicht.

Die Erben von SS-Hauptsturmführer Mader stellten 1990 einen Antrag auf Rückübertragung eines Hauses. Da es sich um eine Enteignung auf besatzungsrechtlicher Grundlage handelte, war das Vermögensgesetz nicht anwendbar, sondern das Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz EALG von 1994.[234] Dafür mussten die Erben in einem Formular u. a. Auskunft über die Beteiligung des Vaters am Nationalsozialismus geben. Obwohl er in den Entnazifizierungsverfahren als »Entlasteter« eingestuft worden war, entschied das Bundesamt zur Regelungen offener Vermögensfragen nach weiterer Untersuchung, dass bei Mader eine sogenannte Vorschubleistung vorlag, eine Entschädigung der Erben wurde abgewiesen.[235] Dennoch lässt sich daraus nicht schließen, dass führende Vertreter des Nationalsozialismus durch die Verwaltungsverfahren systematisch herausgefiltert wurden. Auch Heinz Becker befindet sich auf den Listen des SMAD als höheres SS-Mitglied. Sein Eigentum wurde aber nicht – wie per Vorschrift vorgegeben – enteignet, sondern unter staatliche Verwaltung gestellt. Das hatte zur Folge, dass die staatliche Verwaltung per Vermögensgesetz ohne weitere Überprüfung aufgehoben wurde.[236]

234 Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark, Belzig, ARoV, Akte Mader, Sig. 34324, 231734. Name geändert.
235 Ebd.
236 Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark, Belzig, ARoV, Akte Becker, Sig. 33856. Name geändert.

Ein anderer Fall aus der DDR zeigt die Komplexität der Verhältnisse und die Problematik von vereinfachten Täter-Opfer-Zuschreibungen. Im Februar 1977 hatte Ewald Ziebel aus Kleinmachnow an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED geschrieben:

»Herr Honecker, ich wende mich erneut an Sie, obwohl ich mir schon mit fast hundertprozentiger Sicherheit sagen kann, daß ich von Ihnen keine positive Antwort erhalten werde. Alles, was ich bis heute in diesem Staat erlebt habe und selbst durchgemacht habe, das geschah alles auf diktatorischer Grundlage und auf Zwang, weil mir der Weg in die freie Welt durch Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl versperrt wird. Es wird so viel von Menschenrechten, Menschenwürde und Freiheit in den Publikationsorganen der DDR berichtet, aber die Praxis hat mir bis heute das Gegenteil bewiesen.«[237]

Ewald Ziebel versuchte seit einiger Zeit vergeblich, die Zusammenführung seiner Familie in der Bundesrepublik zu erreichen. 1980 war Ziebel schließlich erfolgreich, allerdings erst, nachdem er dem Verkauf seines Einfamilienhauses samt 800 Quadratmeter großem Grundstück zugestimmt hatte. Die Käufer wurden ihm von der Gemeinde vorgeschrieben, weshalb Ziebel bereits am 12. August 1990 beim zuständigen Amt einen Anspruch auf Rückübertragung laut Verordnung über die Regelung vermögensrechtlicher Ansprüche geltend machte. Zu diesem Zeitpunkt war das Gesetz noch nicht einmal erlassen.[238] Ziebel verwies auf den Machtmissbrauch durch das SED-Regime, der als Grund für die Rückgabe von Eigentum angeführt werden konnte. Die Käufer des Einfamilienhauses wohnten auch 1990 noch dort und waren im Grundbuchblatt als Eigentümer eingetragen. Zwar war die Vorgabe des SED-Regimes zum Verkauf des Eigenheims als Voraussetzung für die Ausreise in den Westen fragwürdig, den jetzigen Bewohnern bzw. Käufern konnte aber keine Unredlichkeit oder Verstrickung mit dem System nachgewiesen werden. Ziebel hatte selbst erst 1966 sein Grundstück erworben. Wie war es damals auf den »Markt« gekommen? Nach Aussagen des Nachbarn wurde das Grundstück 1952 geteilt. Dieser Zeitpunkt fiel mit Maßnahmen zur erschwerten Nutzung des Grenzübergangs nach West-Berlin zusammen, gegen die mehrere Kleinmachnower demonstrierten und über den sie den Ort Richtung West-Berlin oder Westdeutschland verließen. Ziebels Haus kann also durchaus noch weitere Geschichten enthalten, die nicht aus den Akten des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen hervorgehen, weil sie für die Entscheidung nicht für wichtig erachtet wurden. Mehrere Bewohner derselben Straße hatten 1952/53 die Gemeinde verlassen und ihr Eigentum zurückgelassen, das danach staatlich verwaltet oder enteignet wurde. Einige sogenannte

237 Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark, Belzig, ARoV, Akten Ziebel, Sig. 37478, 23291, 34243, 36244, 32976. Name geändert.

238 Die Verordnung wurde am 11.7.1990 erlassen, das Vermögensgesetz (VermG) erst am 23.9.1990.

Alteigentümer kehrten nach 1990 zurück, zogen selbst in die Häuser der Straße oder traten wieder als Vermieter auf. Andere setzten die bisherigen Mieter oder Nutzer vor die Tür und sanierten aufwendig, um dann neu und meist teuer zu vermieten oder zu verkaufen. Einige Ostdeutsche behielten ihr Eigentum und blieben wohnen. Ziebel erhielt Haus und Grundstück nicht zurück, obwohl er in der Sache Recht behielt. Höher eingeschätzt wurde aber der redliche Erwerb der Eigentümer von 1979, denen kein Fehlverhalten nachgewiesen werden konnte und die bereits 1991 Haus und Grundstück für 530.000 D-Mark an einen Münchener Architekten verkauft hatten. Ziebel wehrte sich weiterhin gegen die Entscheidung und bekam schließlich 2001 eine (verhältnismäßig geringe) Entschädigung in Höhe von 18.917,80 Euro zugesprochen, die sich nach dem Entschädigungsgesetz (EntschG) berechnete.

Über diese Kleinmachnower Fälle erfährt man nur aus den Akten der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen oder aus persönlichen Gesprächen. Die öffentlich erzählten Fälle sind eher solche: Klaus-Jürgen Warnick wurde 1952 geboren und lebt seitdem in Kleinmachnow. Er begab sich 1969 auf der Suche nach einem freien Grundstück, um der räumlichen Enge der elterlichen Wohnung zu entkommen.[239] Von den nach seinen Angaben vielen freien Grundstücken entschied er sich schließlich für ein verwildertes mit verfallener Laube. Die Eltern unterschrieben für den Minderjährigen den Pachtvertrag, er räumte das Grundstück auf. Es handelte sich um ein sogenanntes Westgrundstück, die Eigentümer hatten 1952 Kleinmachnow verlassen. In den 1970ern unterschrieb Warnick einen Überlassungsvertrag über 3.300,– DDR-Mark, um das Grundstück dauerhaft nutzen zu können. Das war durchaus im Interesse der Kommunalen Wohnungsverwaltung, da sich nun Warnick um das Grundstück kümmerte. Danach wähnte sich Warnick als Eigentümer, was der Wortlaut des Vertrages durchaus nahelegen konnte. Bis zum Jahr 1989 erhielt er vier bauliche Genehmigungen und baute ein Eigenheim für seine wachsende Familie. 1990 kam es zum Zusammentreffen mit dem Alteigentümer, der sein Eigentum zurückhaben wollte. Jahrelange juristische Auseinandersetzungen folgten. Der Streitfall wurde erst beigelegt, als Warnick nach den Bestimmungen des Sachenrechtsvereinigungsgesetzes das Grundstück für den halben Verkehrswert von 262.000 D-Mark schließlich erwerben konnte. Zehn Jahre dauerte der Streit. »Warnick fühlt sich als Verlierer und ist sich sicher, dass der Eigentümer dies genauso empfindet«, schreibt Kaprol-Gebhardt.[240]

Dieser Fall ist auch deswegen interessant, weil er die Geschichte eines Protagonisten in Kleinmachnow erzählt, der sich bis heute nicht nur (partei-)politisch engagiert, sondern auch an der Aufarbeitung der Geschichte interessiert

239 Die Darstellung folgt Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 224–227.
240 Ebd., S. 227.

ist. Bereits in der Auflösungsklausel des Selbsthilfevereins war festgelegt, dass das noch vorhandene Vereinsvermögen »für die Herstellung und Publikation einer Dokumentation der Enteignung und Vertreibung der Ostdeutschen im Beitrittsgebiet durch das Prinzip ›Rückgabe vor Entschädigung‹ in ihrem Verlauf und ihren Auswirkungen verwendet wird.«[241] Die an der Universität Potsdam durchgeführte Dissertation von Anke Kaprol-Gebhardt wurde durch diese Überschüsse finanziert. Diese für eine Dissertation nicht ganz einfache Ausgangslage löst Kaprol-Gebhardt dadurch, dass sie sich v. a. auf die Rechts- und Verwaltungsgeschichte konzentriert und andere Gemeinden aus dem Berliner Umland heranzieht. Während der rechtliche Teil, auf den sich diese Studie u. a. bezieht, Neuland betreten hat, sind die Fallbeispiele eher anekdotisch bzw. exemplarisch für verschiedene Fallkonstellationen. Mit den weiteren Überschüssen des Vereins wurde zudem ein Film produziert, der 2020 in den Kleinmachnower Neuen Kammerspielen gezeigt wurde.[242] Der Verein prägte das Bild der Gemeinde zum Thema Restitution so stark, dass andere Mitlebende, deren Geschichten weniger konfliktreich abliefen, z. B. in Interviews mehrfach betonen, dass ihr Fall nicht typisch für Kleinmachnow gewesen sei.[243] Im Verein und in der Dissertation von Anke Kaprol-Gebhardt wurden allerdings die Fallgeschichten nicht systematisch ausgewertet; beide können keine empirisch basierten Aussagen darüber treffen, wie häufig die extremen Fälle im Vergleich zu den konfliktfrei abgelaufenen Fällen waren. Die Sichtbarkeit des Vereins wirkt deutlich auf das öffentliche und private Erzählen der Geschichten in Kleinmachnow (dazu Abschnitt 3.4).

c) *Kontextualisierung: Statistiken und Ostmitteleuropa*

An dieser Stelle wäre es wünschenswert – aber nur mit sehr großem Aufwand durchführbar –, die Geschichte für alle Häuser in Kleinmachnow und eigentlich ganz Ostdeutschlands erzählen zu können. Die Einzelfälle durch quantitative Erhebungen der Zeit zu kontextualisieren, ist schwer. So wurden zwar z. B. im Sozio-oekonomischen Panel Daten erhoben, aber die Fragebögen vom Anfang der 1990er haben einen westdeutschen Bias. Zwar bemühten sich die westdeutsch sozialisierten Sozialwissenschaftler am SOEP durch die Einbeziehung ostdeutscher

241 So zitieren Gerd Reetz und Klaus-Jürgen Warnick für den Selbsthilfeverein die Vereinssatzung in ihrem Grußwort zur Dissertation von Anke Kaprol-Gebhardt, Geben oder Nehmen, S. 14.

242 Als die Erben kamen, Regisseur: Stefan Mehlhorn, Premiere 9.7.2020, Neue Kammerspiele Kleinmachnow.

243 Oral-History-Interview im Rahmen des Projektes »Die lange Geschichte der ›Wende‹. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989« mit Martin Wagner am 4.2.2020. Name geändert.

Sozialwissenschaftler, die Situation in der DDR zu verstehen, aber auch sie traf die Komplexität der Verhältnisse.[244] Es gibt für eine Kontextualisierung in quantitativer Hinsicht nach meiner Kenntnis nur offizielle Statistiken, die vom Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen für ganz Ostdeutschland veröffentlicht wurden. 2001 veröffentlichte das Bundesamt eine Bilanz, die vor dem Hintergrund der Mediendarstellungen und der publik gewordenen Einzelfälle ein überraschendes Ergebnis liefert:[245] Es verdeutlicht, dass es zu wesentlich weniger Rückübertragungen kam, als es der veröffentliche Diskurs suggerierte: Nur 22 Prozent aller Anträge wurden so entschieden. Bei je weiteren 5 Prozent wurde die staatliche Verwaltung aufgehoben oder auf Entschädigung erkannt. 68 Prozent der Anträge wurden abgelehnt.

Übersicht 4: Das Vermögensgesetz in der Praxis (Stand 2001)

Erledigungskategorien bei Immobilien

Rückübertragungen
Aufhebung der staatlichen Verwaltung
Entschädigungsgrundlagenbescheide
Ablehnungen
Rücknahmen
Sonstige Erledigungen
5%
5%
22%
68%
49%
14%
5%

Bearbeitung der Anträge (bundesweit), Stand 31.3.2001.

Quelle: Bundesamt: Bilanz: 90.

244 Siehe dazu Brückweh, Wissen über die Transformation.
245 Hier und im Folgenden: Bundesamt, Bilanz, S. 108.

Weitere Statistiken zeigen zudem, dass es nur verhältnismäßig wenig Widerspruchsverfahren und Gerichtsprozesse gab und dass diese zumeist die Entscheidungen der Behörden bestätigten. Dieses Ergebnis war allerdings erst aus der Rückschau erkennbar. Aus der Perspektive der Zeitgenossen scheint, gerade aufgrund der in den Medien gezeichneten Bilder und des Auftretens der Alteigentümer, die Verunsicherung und auch die Angst vor dem Verlust des Eigentums oder des Wohnraums zentral gewesen zu sein (siehe dazu Abschnitt 3.4).

Wichtig ist an dieser Stelle ein Wort zum Umfang der Ansprüche: Das Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen nennt in der letzten Statistik aus dem Jahr 2015 eine Zahl von 2.226.255 Erledigungen, von denen bis dahin 99,92 Prozent erledigt waren.[246] Laut Statistischem Jahrbuch der DDR lebten im Jahr 1988 16,675 Millionen Menschen in der DDR.[247] Wenn man hypothetisch von etwa 2,5 Personen pro Haushalt ausgeht,[248] waren ca. 5,6 Millionen Menschen in Ostdeutschland vom Vermögensgesetz – unabhängig vom Ausgang – betroffen. Das entsprach ungefähr jedem dritten Ostdeutschen. Da gerade die lange Zeit der Unsicherheit bis zur Entscheidung als besonders schwer zu ertragen eingeschätzt wurde, ist hier nicht nur wichtig, wie das Verfahren ausging, sondern dass überhaupt ein Anspruch vorlag. Forschungen zu Mietwohnungen in der DDR zeigen zudem, dass die Pflege des Wohnraums auch hier von den Mietern in großem Maße anstelle von Eigentümern übernommen wurde.[249] Die Umsetzung des Vermögensgesetzes wurde hier ebenfalls spürbar, aber nicht so sehr im direkten Aufeinandertreffen der Parteien wie in Kleinmachnow.

Zugleich wird der Kleinmachnower Fallgeschichte aber z. B. aus der Perspektive einer Leipziger Bürgerrechtlerin entgegengehalten, dass das Wohnen in einem Einfamilienhaus zu DDR-Zeiten ein Privileg gewesen und es deshalb nicht verwunderlich sei, dass gerade in Kleinmachnow in den 1990er Jahren so viel Protest geäußert wurde.[250] Und aus der Sicht einer Dorfbewohnerin im ländlichen Brandenburg wird betont, dass man auf dem Dorf noch einmal andere Erfahrungen machte, die nicht vernachlässigt werden dürfen, immerhin

246 Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (2015), Statistische Übersicht, Berlin, S. 2, https://www.badv.bund.de/DE/OffeneVermoegensfragen/Statistik/start.html;jsessionid=E5D865E75C63A22F5746AD7223AD4F53.live4471 (abgerufen am 15.9.2020)

247 Statistisches Jahrbuch der DDR. Staatsverlag der DDR, 1. Aufl., Juni 1989, S. 8 und 18.

248 Als Anhaltspunkt: Für Anfang der 1990er, als bereits demografische Verschiebungen aufgrund der deutschen Einheit stattgefunden hatten, wurden für Ostdeutschland 2,31 Personen in einem Haushalt ermittelt. Statistisches Bundesamt: Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2018 (Fachserie 1, Reihe 3), Wiesbaden 2019, zitiert nach: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2020): Vielfalt der Einheit, S. 10.

249 Grashoff, Udo (2011): Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlenkung in der DDR, Göttingen.

250 Kallenbach, Gisela (2020): Persönliche Blicke, in: Brückweh/Villinger/Zöller (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«, S. 80f.

lebte in Ostdeutschland 1989 noch fast ein Viertel der Bevölkerung auf dem Land.[251] Angesichts einer Vielzahl von Einzelgeschichten, -erfahrungen und -perspektiven stellt sich die Frage, wie sich diese in größere Kontexte einordnen lassen.[252] Weder die Archivquellen zum brandenburgischen Dorf noch die zu Schwerin lassen einen ähnlichen Konflikt erkennen wie in Kleinmachnow. Auf dem Dorf zeigen die Archivquellen einen relativ unkomplizierten Übergang des Eigentums von der DDR in die Bundesrepublik. Konflikte werden dann eher in den Oral-History-Interviews deutlich. Die Stadt Schwerin hat noch einmal eine andere Geschichte, weil dort die gemeinsame Anstrengung aller historischen Akteure für den Erhalt der stark verfallenen Altstadt im Mittelpunkt stand. Aus diesem Grund zeigte sich dort – wie bereits erwähnt – auch eine andere Variante der langen Geschichte der »Wende«, denn spätestens in den 1980er Jahren begann sich Unmut gegen den staatlichen Abriss von Altbauten zu regen. Daraus entstand eine Initiative, in der sich u. a. Architekten und Künstler zusammenschlossen und für den Erhalt der Altstadt kämpften. Sie organisierten beispielsweise eine Ausstellung und unterbreiteten Vorschläge für die Stadtplanung und Sanierung.[253] Die Geschichte endete in den 1990er Jahren mit dem Erhalt der Altstadt, für den das gemeinsame Engagement verschiedener Akteure gesorgt hatte. Das ist auch ein Argument für die Untersuchungsperspektive, die die Geschichte der »Wende« vor, während und nach 1989 zusammen betrachtet, denn wenn wir die Ereignisse erst ab 1989/90 in den Blick nehmen würden, hieße das für das Beispiel von Schwerin, die ostdeutschen Protagonist*innen um ihre positive Geschichte zu bringen. Die Aktenanalyse, die für Schwerin noch nicht abgeschlossen ist, zeigt als erste deutliche Tendenz, dass Verfahren dort wesentlich schneller als in Kleinmachnow abgeschlossen wurden.

Eine andere Möglichkeit der Kontextualisierung bietet ein Vergleich mit anderen osteuropäischen Ländern. Nach 1989 wurde in allen postsozialistischen Staaten aus systemischer Perspektive der Privatisierung von Eigentum enorme Bedeutung für den Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft und einer demokratischen Gesellschaft zugeschrieben.[254] Damit verbunden war die Idee, dass die neue rechtliche und ökonomische Ordnung die Basis für eine Gesellschaft

251 Bergholz, Rosemarie/Eissenberger, Gabriele (2020): Persönliche Blicke, in: ebd., S. 70f. Die von dort entnommene Zahl bezieht sich auf Orte mit weniger als 2000 Einwohnern.

252 Zur Problematik des Begriffs und Konzeptes der Repräsentativität siehe mit Blick auf die Transformationsgeschichte: Brückweh/Zöller, Transformation Research and the Longue Durée of 1989, S. 72–91.

253 Oral-History-Interview von Anja Schröter mit Gottreich Albrecht, Schwerin, 20.6.2019.

254 Vgl. Siegrist/Müller, Introduction. Property in East Central Europe, hier S. 3. Zum Eigentum vgl. auch Hann, Chris (2006): Propertization und ihre Gegentendenzen: Beispiele aus ländlichen Gebieten Europas, in: Comparativ, Jg. 16, H. 5/6, S. 84–98; Markovits, Inga (2010): Ju-

von Privateigentümer*innen bilden und damit zugleich die Autonomie des Individuums, die liberale Wirtschaft, den Rechtsstaat und die »Zivilgesellschaft«[255] sichern würde. So haben es Hannes Siegrist und Dietmar Müller für ostmitteleuropäische Länder zusammengefasst. Dahinter sehen sie das »westliche« liberal-individualistische Eigentumsverständnis, das Eigentum als ein dem Individuum zugeordnetes Bündel von starken und absoluten Rechten definiert.[256] Die Regelungen in den einzelnen Ländern waren unterschiedlich und führten auch zu Konflikten. So gab es in Tschechien ebenfalls den Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung, aber die Rückgabe sollte nur an tschechische Bürger*innen erfolgen, die auch in Tschechien wohnten, was später für verfassungswidrig erklärt wurde.[257] Das hätte u. a. diejenigen benachteiligt, die aus politischen Gründen aus der damaligen Tschechoslowakei hatten fliehen müssen und später die Staatsbürgerschaft des neuen Landes angenommen hatten. Ungarn setzte auf eine Entschädigungsmethode durch Entschädigungsscheine,[258] in Polen gab es lange keine gesetzlichen Regelungen bzw. nur Teillösungen, etwa für der Kirche gehörendes Eigentum.[259] Insbesondere aus Südkorea besteht an diesen Fragen vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte Forschungsinteresse. Die in der Umbruchzeit gefundenen Regelungen prägten die Eigentumsstruktur der Länder nachhaltig, wie sich an den Eigentumsquoten ablesen lässt. Während für Bulgarien, Estland, Ungarn und Rumänien im Jahr 1999 das private Wohneigentum mit über 90 Prozent angeben wird, sind es in Tschechien unter 50 Prozent.[260] Hier wären weitere Auswertungen bestehender Forschungen und auch

stice in Lüritz. Experiencing Socialist Law in East Germany, Princeton; Verdery, Fuzzy Property, S. 102–117.

255 Das Konzept »Zivilgesellschaft« erhielt nach 1990 erneut Konjunktur; zusammenfassend: Gosewinkel, Dieter (2010): Zivilgesellschaft, in: Europäische Geschichte Online (EGO), 3.12.2010, http://ieg-ego.eu/de/threads/transnationale-bewegungen-und-organisationen/zivilgesellschaft/dieter-gosewinkel-zivilgesellschaft (abgerufen am 30.9.2020); Richter, Saskia (2016): Zivilgesellschaft – Überlegungen zu einem interdisziplinären Konzept, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 8.3.2016, http://docupedia.de/zg/richter_zivilgesellschaft_v1_de_2016 (abgerufen am 30.9.2020).

256 Grundlegend: Siegrist, Hannes/Sugarman, David (1999): Eigentum im internationalen Vergleich (18.–20. Jahrhundert), Göttingen.

257 Pyo, Myoung-Hwan (2001): Die Wiedergutmachung kommunistischer Enteignungen in Ostmitteleuropa. Ein Modell für Korea? Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde einer Hohen Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, Köln; David, Roman (2012): Twenty Years of Transitional Justice in the Czech Lands, in: Europe-Asia Studies, Jg. 64, H. 4, S. 761–784.

258 Pyo, Die Wiedergutmachung.

259 Glock/Häußermann/Keller, Die sozialen Konsequenzen der Restitution; Bingen, Dieter (1997): Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Polen, Köln.

260 Dawidson, Karin E. K. (2004): Conflict of Interest in the Restitution and Privatisation of Housing since the Fall of Socialism. The Case of Central Timisoara Citys – a problem for De-

weitere Forschungen interessant, zumal das Eigentum auch schon vor 1989 ein wichtiges Thema, z. B. in der Anthropologie, war.[261] Hier ließen sich also längere zeitliche Trends erkennen.

3.3.3 Weitere Alltagsbereiche: Flexibilität von Vorgaben in der Schule

Ein Verlust an Stabilität und Vorhersehbarkeit zeigte sich auch im neuen Schulsystem. Dies galt v. a. für die Lehrkräfte, deren bisherige Handlungssicherheit schwand.[262] Die ständigen Veränderungen und die flexible Handhabung von Vorgaben kannten sie aus ihrem bisherigen Berufsalltag nicht. Auch hier war die Öffnung für die einen ein langersehntes Ereignis, das es ermöglichte, eigene Ideen einzubringen und neue Methoden auszuprobieren, für die anderen eine schwer zu verkraftende langjährige Unsicherheitserfahrung. Auf der Systemebene wird in der Bildungsforschung mitunter von einer doppelten Transformation gesprochen, womit neben dem politischen Systemwechsel und den damit einhergehenden Umstrukturierungen der ostdeutschen Schulen die umfassenden Bildungsreformen Mitte der 1990er Jahre – u. a. im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel – gemeint sind.[263]

Die konstanten Veränderungen infolge der Einführung des Föderalismus in Ostdeutschland forderten die Lehrkräfte. Bildung war nun Ländersache, und das bedeutete für die Lehrkräfte den Verlust der aus DDR-Zeiten gewohnten einheitlichen Vorgaben. Sie mussten sich an ein Bildungssystem gewöhnen, dessen Merkmal konstante Änderungen bei laufendem Betrieb sind. Den Dauerzustand der Veränderung von Vorgaben oder geforderten Methoden beschrieben die Lehrkräfte in den von Kathrin Zöller ausgewerteten Interviews als bezeichnend für das neue Schulsystem. Wichtige Wegmarken waren die Debatten um die Ganztagsschule, das Zentralabitur, die Einführung des Kompetenzrasters und nicht zuletzt unterschiedliche Schulreformen, die Ende der 1990er Jahre durch die PISA-Studie ausgelöst wurden. Flexibilität war also eine wesentliche Fähigkeit, die gebraucht wurde, um in dem neuen System zurechtzukommen. Manche arrangierten sich damit gut, für andere war das zu viel, wie der folgende Blick auf die Erinnerungen zeigt.

---

mocracy?, in: Europe-Asia Studies, Jg. 56, H. 1 (2004), S. 119–141, hier S. 122.

261 So nicht zuletzt: Verdery, Fuzzy Property.

262 Vgl. Neuhaus, Friedemann (1998): Geschichte im Umbruch. Geschichtspolitik, Geschichtsunterricht und Geschichtsbewußtsein in der DDR und den neuen Bundesländern 1983–1993, Frankfurt a. M., S. 298.

263 Vgl. Döbert, Hans (2002): Schule in Ostdeutschland zwischen zwei Transformationsprozessen, in: ders./Fuchs, Hans-Werner/Weishaupt, Horst (Hg.): Transformation der ostdeutschen Bildungslandschaft. Eine Forschungsbilanz, Wiesbaden, S. 37–50.

3.4 Die »Wende« erinnern: Das Zusammenspiel von Erwartungen und Erfahrungen

3.4.1 Allgemeines Ergebnis

Als viertes Ergebnis der Quellenanalyse zur langen Geschichte der »Wende« lässt sich feststellen, dass die positiven Errungenschaften heute selten erinnert bzw. sie selten im öffentlichen Sprechen, dafür aber in den eher privaten Gesprächen erwähnt werden. Es gibt verschiedene Rahmen, in denen teilweise ein und dieselbe Person eine Begebenheit unterschiedlich erzählt. Außerdem gibt es ein Auseinanderfallen von Erwartungen vor 1989 und in der Kernzeit des Umbruchs von 1989/90 mit den Erfahrungen der 1990er und den Erinnerungen von heute. In gewisser Weise sind die verschiedenen Erzählungen und auch die Veränderungen der Erinnerungen immer anzutreffen, aber bei diesem Thema zeigt sich eine besonders große Differenz, die es zu erklären gilt. Bei der Vorstellung dieser Studie vor der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« am 13. Juli 2020 wurde nachgefragt, warum sich das »Meckern« als dominante Erzählform etabliert habe. Als Erklärung wird in diesem Abschnitt ausgeführt, dass Ostdeutsche zuerst v. a. durch Praktiken und vielfältiges Handeln den Alltag bewältigten. Das ist eine Möglichkeit, um die Transformationszeit zu gestalten. Eine zweite Strategie ist das verbale Benennen von Defiziten, das verschiedene Formen annehmen kann und in der Form der Eingabe an eine spezifische Tradition und Praktik aus der DDR anschloss.

3.4.2 Beispiel: Wohnen und Eigentum

a) Wohnen und Eigentum im Rückblick: Öffentliches und privates Sprechen

Die Statistik zur Umsetzung des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen in den ostdeutschen Bundesländern ebenso wie das Engagement betroffener Ostdeutscher gegen das Vermögensgesetz könnten durchaus als ostdeutsche Erfolgsgeschichte der 1990er geschrieben werden. Dieser Interpretation aus der Rückschau der Historikerin steht entgegen, dass die Betroffenen in den qualitativen Interviews und auf öffentlichen Veranstaltungen selten das statistisch oder am Erhalt des eigenen Hauses messbare Resultat betonten. Vielmehr schilderten sie eine Verlustgeschichte. Dieser Eindruck ergibt sich, wenn man heute in Kleinmachnow auf das Thema Restitution zu sprechen kommt oder die stadtsoziologischen Interviews aus dem Jahr 2000 erneut auswertet.[264] Wie lässt sich – provo-

264 Vgl. Anm. 5. Die Primärforscher*innen orientierten sich in den qualitativen Interviews an Leitfäden. Zuerst sollten die Interviewten ihren konkreten Fall schildern, dann das rechtliche Verfahren zur Restitution sowie die individuellen Folgen darstellen. Schließlich ging es abseits

kant formuliert – diese Spannung zwischen Umbrucherinnerung als Verlust und messbarem Erfolg erklären?

Durch die mediale Inszenierung von stark betroffenen Orten am Berliner Stadtrand, Ostseebädern, Erholungsgebieten im Harz und begehrten Stadtteilen wie Dresden Weißer Hirsch wurde insbesondere Anfang der 1990er Jahre das Bild eines Ost-West-Konflikts mit Ostdeutschen als Verlierern verbreitet. In diese Reihe ordnet sich auch Kleinmachnow ein. Die zehn Jahre später vorliegenden quantitativen Ergebnisse der Rückübertragung wurden nicht mehr medial verbreitet. Das Interesse war abgeklungen. Außerdem war der lange Zeitraum bis zur endgültigen Entscheidung wichtig für die Bewertung. Die Phase des Umbruchs umfasste beim Wohneigentum einen Zeithorizont von ca. zwei bis zehn Jahren oder länger – das zeigen die Analysen für Kleinmachnow, Schwerin und das brandenburgische Dorf, wobei aufgrund der spezifischen, oben geschilderten Konfliktkonstellationen in Kleinmachnow besonders lange Zeiten zu verzeichnen sind. Der abschließende Bescheid markierte das Ende der von vielen als unerträglich geschilderten Unsicherheit: »Die letzten 10 Jahre, wie die verloren sind, das kann keiner mehr gut machen.«[265] In dieser Zeit investierten Bewohner*innen nicht mehr in ihre Häuser und sie äußerten Zweifel an der bundesdeutschen Demokratie:

»Wie gesagt, deswegen habe ich Zweifel an unserer Demokratie, das kann doch nicht sein, daß man nicht ins Recht gesetzt wird, das hat doch nichts mit Demokratie zu tun, daß Gesetze immer wieder anzweifelbar sind, obwohl doch klare Fakten bestehen. Das kann man nicht akzeptieren, da ist soviel Undurchsichtigkeit und Willkür. Es gibt keine Begrenzung, es kann nochmal 10 Jahre dauern, länger, als ich vielleicht noch lebe, da steckt die Politik dahinter, die westliche Seite schneidet besser ab, sie hat die bessere Lobby. Ich kann nicht ins Haus investieren, die Kosten für Investitionen werden von Jahr zu Jahr teurer und ich bekomme keine Kredite von der Bank. Es ist, wie soll ich sagen, es ist alles so unwirklich. Gut wir haben den Vorteil, seit 1983 keine Miete mehr bezahlen zu müssen.«[266]

Der letzte Satz lässt aufhorchen: 17 Jahre keine Miete zu zahlen, dürfte in der im Grünen gelegenen, sich großer Beliebtheit erfreuenden und damit durch steigende Immobilienpreise und Mieten geprägten Gemeinde kein geringer Vorteil sein. Aber im Verhältnis zu der als Unrecht wahrgenommenen offenen Eigentumsfrage des Hauses, die auch bedingte, dass am Haus keine Renovierungen oder Sanie-

des individuellen Falls um die Bewertung der Restitution als gerecht oder ungerecht. Dafür wurde nach der Selbsteinschätzung als Verlierer oder Gewinner der Regelungen offener Vermögensfragen gefragt. Die Forscher*innen prägten dieses Narrativ also mit.

265 Glock/Keller, Interview Familie im Prozeß 4C, S. 3.

266 Glock/Keller, Interview redlicher Erwerber im Prozess, S. 2.

rungen durchgeführt wurden, scheint er nur gering zu wiegen. Andere sprachen von »physische[m] und psychische[m] Terror«.[267]

An dieser Stelle muss zwischen dem Auftreten der Zeitzeugen in der Öffentlichkeit einerseits und dem eher als privat und vertraulich eingeschätzten qualitativen Interview unterschieden werden – also zwischen bestimmten Settings, in denen eine Person ihre Geschichte präsentiert.[268] Der öffentliche Zeitzeuge in Kleinmachnow erzählt die Geschichte des Ost-West-Konflikts und der unglaublichen Kraftanstrengung, sich gegen das Auftreten dominanter Westdeutscher zu wehren. Besonders deutlich wurde das bei einer Veranstaltung zum 25-jährigen Jubiläum der Vereinigung der Mieter, Nutzer und selbstnutzenden Eigentümer im Jahr 2015 in den Kleinmachnower Kammerspielen. Dort wurde (unbewusst?) so sehr über das Drehbuch dieser Erzählung gewacht,[269] dass im Rahmen der mehrstündigen Veranstaltung nicht einmal eine Fragerunde eingeplant war. Außerdem wurde die Zeit vor 1989 nicht angetastet. Es wurde weder thematisiert, wer aus welchen Gründen die Gemeinde vor 1989 verlassen hatte, noch wer warum in die Häuser gezogen war. Die fehlende öffentliche Differenzierung ist auffällig.[270]

Im Kontrast dazu wurden in den qualitativen Interviews aus dem Jahr 2000 starke Unterschiede zwischen den betroffenen Ostdeutschen deutlich (siehe Abschnitt 3.3.2). Konfliktlos waren Fälle, die durch den Eintrag ins Grundbuch rechtlich eindeutig waren, und zwar unabhängig davon, ob jemand Alteigentümer oder Hauskäufer in der DDR war. Das folgerten auch die Stadtsoziologen aus ihren Interviews[271] und das bestärkt die oben dargelegte Interpretation, dass viele Eigentümer und Besitzer – egal ob aus Ost oder West – ähnliche Vorstellungen von Eigentum hatten (siehe Abschnitt 3.1.2). Dazu passt zudem, dass – wie in Abschnitt 3.3.2 dargelegt – mit Argwohn diejenigen betrachtet wurden, die nach dem Gesetz über den Verkauf volkseigener Gebäude vom 7. März 1990 (sogenanntes Modrow-Gesetz) sowohl das Haus als auch den Boden erworben hatten.

---

267 Dies.: Interview Direktor 8C, Teilverschriftlichung [2000], S. 3.

268 Vgl. Wierling, Dorothee (2008): Zeitgeschichte ohne Zeitzeugen. Vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis – drei Geschichten und zwölf Thesen, in: BIOS, Jg. 21, H. 1, S. 28–36, hier S. 33.

269 Ebd., S. 32. Wierling bezieht sich mit dem »Drehbuch« auf Appiah, Anthony K. (1994): Identity, Authenticity, Survival. Multicultural Societies and Social Reproduction, in: Taylor, Charles/Gutmann, Amy (Hg.): Multiculturalism. Examining the Politics of Recognition, Princeton, S. 149–163.

270 Vgl. Brückweh, Wohneigentum.

271 Glock/Häußermann/Keller: Gewinner und Verlierer in Kleinmachnow. Die Wahrnehmung der Restitution bei den Betroffenen, FR-WP3-Berlin (unveröffentlichtes Working Paper), 2001, S. 177–211, hier S. 209.

b) Zuerst Alltagsprobleme lösen

Vermutet man hier, dass es an dieser Stelle zu einer Auseinandersetzung zwischen Ostdeutschen über ihre Haltung zum DDR-Regime kommen würde, so war das – wie zur 25-Jahr-Feier des Selbsthilfevereins geschildert – nicht der Fall. Dafür lassen sich drei Erklärungen anführen, die zudem Antworten auf die Frage des Auseinanderfallens von Praktiken und Sprechen seit 1990 zulassen:

Erstens zeigen die Interviews der Studie und auch die Geschichte der Bundesrepublik nach 1949 generell, dass es nicht leichtfällt, über die persönliche Vergangenheit und vielleicht auch über eigene Fehler oder Fehleinschätzungen oder sogar eigene Schuld zu sprechen. Im Übrigen zeigen die Interviews aus dem Jahr 2000, dass selbst das Sprechen über die Beteiligung am Nationalsozialismus in der eigenen Familiengeschichte sowohl bei einigen West- als auch bei einigen Ostdeutschen noch schwerfiel. Sie wollten nicht mit den Stadtsoziologen in den Jahren 1999 und 2000 über eine mögliche Beteiligung ihrer Vorfahren und den möglichen Erwerb von Häusern aufgrund von »Arisierung« im Nationalsozialismus sprechen.[272]

Zweitens drängten sich andere Probleme in den 1990ern in den Vordergrund. Bedingt durch die Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten und die Geschwindigkeit der Veränderungen in den verschiedensten Bereichen der Lebenswelt, galt es erst einmal, schlicht den Alltag zu bestehen und – wo möglich – auch zu gestalten. Das heißt, sich einzuleben in neue Rechts-, Wirtschafts- und Politikformen, neue Konsumbedingungen, sich ggf. um einen neuen Arbeitsplatz zu bemühen, die Schule zu absolvieren usw. Dafür setzten Ostdeutsche verschiedenste Praktiken sehr erfolgreich ein (siehe Abschnitt 3.3). Dieser Erwerb von Umbruchwissen – verstanden als ein Wissen, umfassende Umbrüche und Krisen durch verschiedene Strategien zu managen (so die vereinfachte Definition, für eine detaillierte Herleitung siehe Abschnitt 3.3.1) – soll an dieser Stelle noch einmal betont werden. Die Lösung von akuten Problemen der 1990er ließ wenig Zeit für die differenzierte Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit in der DDR, selbst wenn daran persönliches oder familiäres Interesse bestand. Die eigene Geschichte im SED-Regime wird eigentlich nur thematisiert, wenn von außen ein Verdacht auf »Machtmissbrauch, Korruption« (VermG § 1, Abs. 3) geäußert wurde, durch die der eigene Fall im Vermögensgesetz beeinflusst werden konnte. Als durchgängiges Narrativ tritt dagegen die – schon aufgrund des Lebensalters unverfängliche – schöne Kindheit (die eigene oder die der eigenen Kinder) in der DDR hervor.

Drittens entstand in Deutschland – anders als in anderen postsozialistischen Ländern – die besondere Situation durch den Beitritt zur Bundesrepublik. Ver-

272 Zum Beispiel: Glock, Birgit/Keller, Carsten: Interview Anmelderin IVC, 2000, Teilverschriftlichung, S. 3.

einfacht formuliert heißt das für die Alltagsgeschichte, dass sich für die eine Seite alles änderte und sich Ostdeutsche auch im Alltag mit dem Systemwechsel beschäftigen *mussten*, wogegen sich Westdeutsche in ihrem Alltag für die DDR und Ostdeutschland interessieren *konnten*. Auf der Ebene der Regierungspolitik, der Wirtschaft und des Rechts sah dies natürlich anders aus – der Fokus liegt hier auf der Alltagsebene. Dieses Ungleichgewicht war sehr schnell – d. h. spätestens mit der Wahl vom 18. März 1990 – im deutsch-deutschen Verhältnis durch den angestrebten Beitritt angelegt. Während die eine Seite aufgrund der persönlichen Betroffenheit reagieren musste, gab es für die andere Seite die Wahl. Diese Schieflage soll hier ohne Schuldzuschreibung zunächst konstatiert werden. Sicherlich wurden Fehler gemacht, fehlt es teilweise an Empathie, gibt es Unwissen und Ignoranz. Man hätte den Einheitsprozess anders gestalten können, z. B. im Vermögensgesetz die Eigentums- und Besitzverhältnisse aus der DDR festschreiben. Das ist aber kontrafaktische Geschichtsschreibung und nicht meine Aufgabe als Historikerin. Wichtig scheint mir, dass zwei heute noch bestehende ost-westdeutsche Ungleichheiten, nämlich das geringere Vermögen und die höhere Zahl der Mietverhältnisse im Osten im Vergleich zum Westen, unmittelbar etwas mit der Regelung der Vermögensverhältnisse aus der Umbruchzeit von 1989/90 zu tun haben.[273] Es gibt hier also klar zu benennende Folgen des Einigungsprozesses.

c) Defizite benennen: Öffentliches Sprechen über Missstände und die Tradition der Eingabe aus der DDR

In allen drei Untersuchungsbereichen der langen Geschichte der »Wende« – also Wohnen, Schule und Konsum – zeigt sich, dass Menschen in Ostdeutschland vielfältige Praktiken entwickelten und sich Umbruchwissen aneigneten, um mit der neuen Situation umzugehen – dazu gehörten Rückschläge ebenso wie Erfolge, für manche mehr, für andere weniger. Zusammengefasst heißt das: Menschen in Ostdeutschland handelten und waren sehr aktiv – eine Strategie, mit Problemen umzugehen, war genau dieses konkrete Handeln, das sich in den verschiedenen Praktiken in den Quellen zeigt (siehe dazu Abschnitt 3.3). Eine andere Strategie, um Ziele zu erreichen, ist das verbale Formulieren von Forderungen, also das Sprechen. Insbesondere das klare Herausarbeiten und Benennen von Defiziten ist Voraussetzung, um Forderungen formulieren zu können. Genau das fand in den 1990ern statt. So formulierten nicht nur auf höchster politischer Ebene die DDR-Expertengruppe und -Regierung klare Forderungen bei den Vermögensfragen, auch der Kleinmachnower Selbsthilfeverein tat dies vor Ort. Dass sich dabei eine offizielle politische Erklärung im Wortlaut vom Schreiben einer Einga-

273 Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Vielfalt der Einheit, S. 30f. und 48f.

be oder Wortmeldungen auf einer Versammlung von Betroffenen unterscheidet, liegt auf der Hand. Von hier ist der Weg zum Stereotyp des »Jammer-Ossi« nicht weit, dem der »Besser-Wessi« gegenübertritt, der alles schon weiß und zugleich vergisst, dass er oder sie selbst Jahre oder Jahrzehnte Zeit hatte, das zu erlernen, was Ostdeutsche nun über Nacht wissen sollen. Vergessen ist wohl häufig auch, wie lange es in der alten Bundesrepublik gedauert hat, bis in Familien über die Zeit des Nationalsozialismus gesprochen wurde – falls überhaupt.

Die Form des Beschwerdeschreibens mit konkretem Adressaten hat ihre Tradition in der DDR, wo das Schreiben von Eingaben als »informelle Konfliktbewältigung«[274] oder »Krisenmanagement«[275] diente. Forschungen zur Geschichte des Eingabewesens betiteln dieses auch als »institutionalisierte Meckerkultur der DDR«[276] oder operieren im Titel mit Zitaten wie »Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation«.[277] Auch hier ist der Weg vom »Meckern« zum »Jammer-Ossi« kurz. Auf einer weniger polemischen Ebene lässt sich feststellen: Während die in den Abschnitten 3.1 bis 3.3 dargelegten Praktiken die *eine* Art der Problembewältigung darstellen, ist das öffentliche Sprechen über Defizite und das Ableiten von Forderungen daraus eine *andere*. Daraus lassen sich vier vorläufige Ergebnisse formulieren:

Erstens: Beim Schreiben von Eingaben handelt es sich um etwas Spezifisches aus der DDR.[278] Es gilt in demokratischen Systemen durch repräsentative Demokratie und Verwaltungsgerichtsbarkeit theoretisch als überholt, was Bürger und Bürgerinnen aber in der Praxis nicht davon abhält, z. B. Briefe an Behörden und Institutionen zu schreiben, wie am Beispiel der ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik gezeigt wurde.[279] Hier wäre weitere Forschung interessant, die danach

274 Mühlberg, Felix: Informelle Konfliktbewältigung. Zur Geschichte der Eingabe in der DDR, https://archivalia.hypotheses.org/28973 (dort auch PDF bzw. Link dazu: https://monarch.qucosa.de/api/qucosa%3A17641/attachment/ATT-0/, veröffentlicht als: Mühlberg, Felix (2004): Bürgen, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR, Berlin.

275 Elsner, Steffen H. (2000): Das Eingabewesen als Element des Krisenmanagements in der DDR, in: Zeitschrift des Forschungsverbandes SED-Staat, Jg. 5, H. 8, S. 116–125.

276 Staadt, Jochen (1996): Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR, Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 24, Berlin 1996.

277 Bei diesem Titel handelt es sich um ein Quellenzitat: Merkel, Ina (Hg.) (1998): »Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation.« Briefe an das DDR-Fernsehen, Köln.

278 Vgl. z. B. Becker, Peter/Lüdtke, Alf (Hg.) (1997): Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin; Zatlin, Jonathan R. (1997): Ausgaben und Eingaben. Das Petitionsrecht und der Untergang der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 45, H. 10, S. 902–917; Wüllner, Katja (2015): Hinter der Fassade – Das institutionelle System der Denkmalpflege in der DDR untersucht am Beispiel der thüringischen Städte Erfurt, Weimar und Eisenach (Dissertation), Cottbus-Senftenberg.

279 Sehr aufschlussreich ist dafür die Analyse von Michaela Fenske. Sie betrachtet, wie Bürger*innen in der Bundesrepublik von etwa 1950 bis 1974 Bürgerbriefe und Petitionen verfassten und sich dabei nach und nach vom bittenden »Untertanen« emanzipierten. Fenske, Michae-

fragt, wie sich das Schreiben von Eingaben im Umbruch und in den 1990ern veränderte:[280] Wer wurde nun adressiert? Wie lange dauerte die Beantwortung? Wie zufriedenstellend wurden sie eingeschätzt? Und wurden die Antworten und die Schnelligkeit der Beantwortung mit dem institutionalisierten Eingabesystem der DDR verglichen? Fand darüber ein Vergleich von DDR-Verwaltung und bundesdeutscher Verwaltung statt? Die zuletzt genannte Frage ist vor dem Hintergrund der zweiten These interessant.

Zweitens: Die Erzählstrategie des Beschwerens hatte in den 1990ern auch die Funktion, Menschen zu verbinden. Anders formuliert: Über das Beschweren fand in den 1990ern ein Prozess der Vergemeinschaftung statt, der die Erinnerungen an die DDR in einem positiveren Licht erscheinen ließ, als sich das Leben in der DDR aus den Quellen der Zeit selbst darstellt. So wurde z. B. die durch Mangelwirtschaft bedingte Konsumlage in der DDR im Rückblick zur spezifischen Gemeinschaftsaktion, in der man sich gegenseitig durch Information und Tausch half (siehe Abschnitt 3.2.3).

Drittens: Wichtig ist für Ostdeutsche im Umbruch von 1989/90 und in den 1990ern die Bedeutung der Straße zur Durchsetzung von Forderungen – hier ist die friedliche Revolution mit ihren Demonstrationen selbst ein wichtiges Ereignis und eine wichtige Erfahrung, aber auch der Volksaufstand von 1953 hatte bereits gezeigt, dass diese Form der Sichtbarkeit auf der Straße Beachtung findet. Am Zentralen Runden Tisch diente der (angedrohte) Druck der Straße als Argument,[281] aber auch die Kleinmachnower setzten ihn ein, als sie 1992 mit einer Sternfahrt nach Bonn demonstrierten.[282] Neu war für Ostdeutsche in den 1990ern die Bedeutung von unabhängigen Medien. Am Beispiel Kleinmachnow und dem geschilderten Wandel der Medienberichterstattung im Frühjahr 1990 zeigte sich, dass sich das unfreundliche Aufeinandertreffen von Ost- und Westdeutschen wesentlich besser erzählen ließ als die Fälle, in denen es zu friedlichen oder freundlichen Begegnungen kam. Es galt also zu eruieren, mit welchen Fällen die eigenen Forderungen sichtbar gemacht werden konnten. Und wieder setzte sich das Aufzeigen von Defiziten, auch in Form von Beschwerden und Meckern, als funktionierende Strategie durch. Daneben bleiben aber andere Praktiken ungebrochen bestehen, d. h. öffentlich und privat erzählte Geschichten können sich durchaus unterscheiden, weil sie anderen Logiken und anderen Zielen folg(t)en.

la (2013): Demokratie erschreiben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950–1974, Frankfurt a. M.

280 Schröter, Eingaben im Umbruch.

281 Thaysen, Uwe (Hg.) (2000): Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Bd. IV: Identitätsfindung?, Wiesbaden.

282 Vereinigung der Mieter, Nutzer und selbstnutzenden Eigentümer VMNE, Der Teltow e.V. https://www.mietervereinigung-teltow.de/Ueber_uns/Geschichte.html (abgerufen am 30.9.2020).

Viertens: An dieser Stelle ließe sich die These formulieren, dass die Beschwerde als etablierte Form des Sichtbarmachens von Forderungen in der DDR eigentlich bis heute Bestand hat, aber die Adressaten wechselte: »die da oben« in der DDR wurden ersetzt durch »die Wessis« oder »die« Bundesrepublik. Forderungen, die sich aus ungleichen Zugängen zu Ressourcen, politischer und gesellschaftlicher Teilhabe ergeben, stoßen bei den politisch Verantwortlichen der Bundesrepublik auf offene Ohren. Zu beobachten sind dabei heute auch ungewöhnliche bzw. ungeahnte Verbindungslinien völlig unterschiedlicher politischer Initiativen.[283] Auch hier wären weitere Forschungen hilfreich.

4. Ausblicke

4.1 Vergleich zu anderen postsozialistischen Staaten

Wenn Ostdeutschland, wie in der Forschung zur DDR vorgeschlagen (siehe Abschnitt 2.3), hier als »Fall« betrachtet und in den Kontext anderer postsozialistischer Staaten gestellt wird, ist z. B. die Einschätzung der Russland- und Sowjetunionhistorikerin Corinna Kuhr-Korolev aufschlussreich:[284] Sie beobachtet ebenfalls lang andauernde Mentalitäten in ihrem Untersuchungsraum und betont, dass die Herrschaft der kommunistischen Partei in der Sowjetunion 30 Jahre länger dauerte als in Ostdeutschland und einen radikaleren Bruch mit der alten Ordnung bedeutete, dass zum Ende des Zweiten Weltkrieges die alten Eliten bereits emigriert oder verschiedenen Terrorwellen zum Opfer gefallen waren und aus dem agrarisch geprägten Land eine Industrienation geworden war. Trotzdem vermuten Historiker und Historikerinnen Kontinuitäten aus der vorrevolutionären Zeit – und zwar Kontinuitäten gerade in den negativen Erscheinungen des *Homo sovieticus*: Obrigkeitshörigkeit, Passivität und fehlendes Rechtsverständnis werden ihm zugeschrieben.[285] Die rasante Abstiegsgeschichte des *Homo sovieticus*, des »neuen Sowjetmenschen«, der in den 1930ern als »triumphale Selbstdarstellung des ersten sozialistischen Staats« mit einer historischen »Mission der Weltbefreiung und -eroberung und damit eine[m] kollektiven Erlösungsglauben« eindrucksvoll kon-

283 So berichtet Ilko-Sascha Kowalczuk, dass nach seinem Artikel in der Süddeutschen Zeitung zur Verfassungsdebatte Reichsbürger glaubten, er sei einer von ihnen. Kowalczuk, Interview: Braucht es eine neue Verfassung, in: unauf.online, 16.6.2020, https://www.unauf.de/2020/braucht-es-eine-neue-verfassung-historiker-ilko-sascha-kowalczuk-im-interview/ (abgerufen am 30.9.2020).

284 Kuhr-Korolev, Corinna (2020): Wissenschaftliche Blicke, in: Brückweh/Villinger/Zöller (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«, S. 85.

285 Ebd., S. 85f.

zipiert wurde – wie Klaus Gestwa schreibt[286] –, um dann in den 1980ern von sowjetischen Dissidenten vernichtend bewertet zu werden: »Statt der ersehnten ›Übermenschen‹ habe der Moskauer Parteistaat ein Volk von Opportunisten geschaffen, die keine Mittel scheuten, um sich materielle Wünsche zu erfüllen und sich allen Zumutungen des Sozialismus so weit wie möglich zu entziehen.«[287] Ohne Zweifel ist das eine Überzeichnung – und auch ein Stereotyp –, und doch findet sich die Auseinandersetzung mit dem *Homo sovieticus* in seinen verschiedenen Spielarten zahlreich in der Literatur zu den postsozialistischen Staaten.[288] Auch in den polnischen Erzählungen von Gewinner*innen und Verlierer*innen der Transformation wird das Bild des *Homo sovieticus* eingesetzt.[289] Hier scheint es lohnenswert, sich beim weiteren Suchen nach Prägungen und Mentalitäten aus der DDR von den Forschungen zum *Homo sovieticus* anregen zu lassen, und zwar auch, um Unterschiede zu benennen. Denn mit der Vereinigung von 1990 gab es ja einen abrupten Systemwechsel, während die Übergänge in anderen sozialistischen Ländern fließender verliefen. So verweist Kuhr-Korolev darauf, dass für die ehemaligen Sowjetrepubliken in den 1990ern nicht etwa von Gestaltung und Bewältigungsstrategien oder Unsicherheit gesprochen werden kann, sondern vielmehr von »Überlebensstrategien« im wörtlichen Sinne einer »realen Existenzbedrohung«.[290]

Gemeinsamkeiten zeigen sich sowohl zu den ehemaligen Sowjetrepubliken als auch zu Polen mit Blick auf die Erinnerungen an die Umbruchjahre. Auch in der Sowjetunion waren die Erwartungen an die Reformen hoch und zielten auf ein gerechteres und effektiveres System, aber möglichst bei gleicher Sicherheit.[291] »Die Begriffe ›Europa‹, ›der Westen‹, ›Kapitalismus‹ und ›Demokratie‹ standen für diese Erwartungen, die in den 1990er Jahren enttäuscht wurden«, schreibt Kuhr-Korolev und erläutert, »die Regierung Putins bezieht ihre Zustimmung unter anderem aus dem Verschweigen der positiven und der Beschwörung der negativen Entwicklungen dieser Umbruchsphase, die mit dem verderblichen Einfluss des Westens verbunden werden.«[292] Der Historiker Piotr Filipkowski beobachtet in Polen ein ähnliches Auseinanderfallen von staatstragenden Geschichten des Erfolges der Transformation einerseits und einer populistischen Gegenerzählung

286 Gestwa, Klaus (2013): Der Homo Sovieticus und der Zerfall des Sowjetimperiums. Jurij Levadas unliebsame Sozialdiagnosen, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Jg. 10, H. 2, S. 331–341, https://zeithistorische-forschungen.de/2-2013/4486 (abgerufen am 30.9.2020).

287 Gestwa bezieht sich hier auf: Sinowjew, Alexander (1984): Homo Sovieticus, Zürich.

288 Zum Beispiel: Kasekamp, Andres (2010): History of the Baltic States, London.

289 Filipkowski, Piotr (2020): Wissenschaftliche Blicke, in: Brückweh/Villinger/Zöller (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«, S. 88.

290 Kuhr-Korolev, Wissenschaftliche Blicke, S. 86.

291 Ebd.

292 Ebd.

des Verrats durch NATO und EU, die durch eine fehlende nationale Souveränität charakterisiert werden: »Diese gegensätzlichen, politisch instrumentalisierten Narrative setzen den Rahmen für das kollektive Transformationsgedächtnis in Polen. Sie sind ausdrucksstark und suggestiv, aber weit entfernt von den alltäglichen Erfahrungen der meisten Menschen – was nicht bedeutet, dass sie individuelle Erinnerungen und politische Entscheidungen nicht beeinflussen.«[293] Auch in Polen gibt es erst vereinzelte Studien – die ähnlich wie die in der vorliegenden Studie präsentierte lange Geschichte der »Wende« die Transformation von unten analysieren.[294] Der Verweis auf die gegensätzlichen Narrative ist ein wichtiger Punkt auch für Ostdeutschland: Selbst wenn die öffentlich laut geäußerten Narrative nicht unbedingt oder noch nicht mit den eigenen Erzählungen zusammenpassen, werden die öffentlichen Erzählungen doch wahrgenommen und bestimmen die Interpretation der eigenen Geschichten mit. Das gilt im Übrigen auch für das eher negative Sprechen in der Öffentlichkeit (siehe Abschnitt unter 3.4.2). Wie im Sprechen von heute über die Vergangenheit von gestern das Bewusstsein von morgen geprägt wird, bleibt eine offene Frage.

4.2 Ein zweiter Blick auf lange andauernde Mentalitäten: Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus in der langen Geschichte der »Wende«[295]

Sowohl rechte Gewalttaten als auch rassistische, antisemitische und nationalistische Einstellungen werden in der öffentlichen Wahrnehmung häufig mit der Geschichte der DDR und den Folgen der »Wende« in Verbindung gebracht.[296] Die

293 Filipkowski, Wissenschaftliche Blicke, S. 88.

294 Zum Beispiel: Rakowski, Tomasz (2016): Hunters, Gatherers, and Practitioners of Powerlessness. An Ethnography of the Degraded in Postsocialist Poland, Oxford/New York; Mrozowicki, Adam (2011): Coping with Social Change. Life Strategies of Workers in Poland's New Capitalism, Leuven; Urbańska, Sylwia (2015): Polka na odległość. Z doświadczeń migracyjnych robotnic 1989–2010 [Mutter Polin auf Distanz. Aus der Migrationserfahrungen von Arbeitnehmerinnen 1989–2010], Toruń.

295 Für eine ausführlichere Version siehe: Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Voigtländer, Henrike/Zöller, Kathrin (2020): Die Alltäglichkeit von Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus in der langen Geschichte der »Wende«, in: Brückweh/Villinger/Zöller (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«, S. 227–250.

296 Vgl. z. B. Brandau, Bastian/Gerlach, Alexandra/Rähm, Jan (2018): Chemnitz und die Folgen. Rechte Ausschreitungen in neuen Qualitäten, in: Deutschlandfunk, 10.9.2018, https://www.deutschlandfunk.de/chemnitz-und-die-folgen-rechte-ausschreitungen-in-neuen.724.de.html?dram:article_id=427740 (abgerufen am 30.9.2020); Albath, Maike (2019): Extremismusforscher Matthias Quent: Wie sich der Aufstieg der Rechten stoppen lässt, in: Deutschlandfunk Kultur, 19.10.2019, https://www.deutschlandfunkkultur.de/extremismusforscher-matthias-quent-wie-sich-der-aufstieg.1270.de.html?dram:article_id=461387 (abgerufen am 30.9.2020); Ramadan, Dunja (2020): Die Saat geht auf, in: Süddeutsche Zeitung,

Wahlerfolge der AfD, die Ausschreitungen in Chemnitz im Sommer 2018 oder auch der antisemitisch motivierte Terroranschlag von Halle im Februar 2020 fielen alle in die Laufzeit des dieser Studie zugrunde liegenden Forschungsprojektes. Obwohl diese Themen nicht im Fokus der Untersuchungen standen, geben die Quellen zur langen Geschichte der »Wende« darüber Auskunft. Das ist insofern interessant und signifikant, weil die Anlage der Forschungen so gewählt war, dass nicht etwa explizit nach autoritären Einstellungen oder Rassismus gefragt wurde, sondern davon ausgegangen wurde, dass, wenn diese Themen trotzdem in den Quellen zu den Alltagsthemen Wohnen, Konsum und Schule auftreten, sich dadurch – abseits spezifischer Gruppierungen – eine Aussage über die Alltäglichkeit der Phänomene treffen lässt.

Während bei den Untersuchungen zu Konsum und Wohnen diese Themen zu finden waren, aber keinen zentralen Raum einnahmen, war dies in der Untersuchung zur Schule anders. Hier stehen Aussagen, die den Nationalsozialismus verherrlichen, neben Abwertungen von Menschen, die anhand vermeintlich gemeinsamer Merkmale zu Gruppen zusammengefasst werden. In der deutschsprachigen Konflikt- und Gewaltforschung wird das unter den Begriff »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«[297] gefasst. Ablehnung und Abwertung dieser Gruppen dienen meist dazu, die gesellschaftliche Stellung der eigenen Gruppe auf Kosten der anderen abzusichern und zu stärken. Die Art und Weise, wie sich diese Abwertungen zeigen, unterliegt wiederum dem zeitlichen Wandel.[298] Drei Beispiele:

Erstens: Konsum, Arbeit und Rassismus vor, während und nach 1989. Über angemessene Definitionen des Begriffs Rassismus wird in der Wissenschaft seit mehreren Jahrzehnten intensiv debattiert.[299] Unter Rassismus wird hier mit Birgit Rommelspacher ein gesellschaftliches Verhältnis verstanden, das Menschen

21.2.2020, https://www.sueddeutsche.de/politik/hanau-rassismus-afd-1.4808833 (abgerufen am 30.9.2020); Briest, Robert (2020): AfD-Flügeltreffen »Nationalismus und Rassismus sind der ideologische Kitt der Partei«, in: Mitteldeutsche Zeitung, 5.3.2020, https://www.mz-web.de/saalekreis/afd-fluegeltreffen—-nationalismus-und-rassismus-sind-der-ideologische-kitt-der-partei—36370936 (abgerufen am 30.9.2020); Begrich, David (2019): Systemkollaps hat geprägt, in: taz, 12.8.2019, https://taz.de/Soziologe-ueber-den-AfD-Ost-Wahlkampf/!5614479/ (abgerufen am 30.9.2020).

297 Universität Bielefeld/Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung: Das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland. Eine 10-jährige Langzeituntersuchung mit einer jährlichen Bevölkerungsumfrage zur Abwertung und Ausgrenzung von schwachen Gruppen, Laufzeit: 2002–2012, S. 2–8, https://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_Zusammenfassung.pdf (abgerufen am 30.9.2020).

298 Ebd.

299 Zu nennen sind v.a. Hall, Stuart (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs, in: Das Argument, Jg. 31, H. 178, S. 913–921; Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg/Berlin; sowie Memmi, Albert (1992): Rassismus, Hamburg. Eine aktuelle Analyse der Auseinandersetzung um Rassismustheorie: Mecheril, Paul/Melter, Claus (2009): Rassismustheorie und -forschung in Deutschland. Kon-

aufgrund gegebener oder erfundener biologischer, religiöser oder kultureller Unterschiede in homogene Gruppen unterteilt und ihre Stellung in der Gesellschaft hierarchisiert; dadurch wird diskriminierendes bis gewalttätiges Handeln ihnen gegenüber gerechtfertigt.[300] Wie bei anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geht es selten um die Gruppe selbst, sondern um die Funktion, die ihr in einer Gesellschaft zugesprochen wird.

In den Quellen zur Konsum-Studie finden sich sowohl in den vor 1989 angelegten Akten als auch in den später erhobenen Interviews rassistische Einstellungen, die in engem Zusammenhang mit den Themen Konsum und Arbeit stehen.[301] Ein Beispiel ist das folgende Gedicht von 1988 aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), das außer Polen andere in der DDR häufig anzutreffende Nationalitäten wie Menschen aus Kuba oder Vietnam für die Warenknappheit verantwortlich machte. Dort heißt es u. a.:

»Vom Kaufhaus da komme ich her, ich muß Euch sagen, die Fächer sind leer!
Und überall auf den Stufen und Kanten, da sitzen die Polen mit ihren Verwandten.
[…]
Vor lauter Wut bin ich in den nächsten Laden und kaufte mir einen Käse, da stand vor mir ein Vietnamese.
Ich stolperte die Tür hinaus, ich Armer, da stieß ich zusammen mit einem Kubaner.«[302]

---

tur eines wissenschaftlichen Feldes, in: dies. (Hg.): Rassismuskritik. Bd. 1: Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach, S. 13–24.

300 Vgl. Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus?, in: Mecheril/Melter (Hg.): Rassismuskritik, S. 29–38, hier S. 39. Diese weite Definition scheint für eine Betrachtung des Phänomens im Alltag passend, da so auch die Konstruktion von vermeintlichen Rassen beachtet und einbezogen werden kann, wie sich Rassismus immer wieder verändert und unterschiedlich bezeichnet wird. Dagegen kann eingewendet werden, dass bei einer weiten Definition sehr viele diskriminierende Phänomene unter dem Rassismusbegriff firmieren können. Trotzdem scheint für eine Untersuchung der Alltäglichkeit von Rassismus und des historischen Wandels dieses Phänomens die weite Definition am passendsten. Dass es in der Vergangenheit engere Definitionen gab, zeigt z. B. die »Declaration on Race and Racial Prejudice« der 20. UNESCO-Generalkonferenz vom 27.11.1978. Die deutsche Übersetzung, in der – anders als im Englischen – das Wort »Rasse« in Anführungszeichen steht, verdeutlicht bereits die inhärente Problematik des Themas und seiner Bezeichnung: Erklärung über »Rassen« und rassistische Vorurteile auf der 20. Generalkonferenz der UNESCO am 27.11.1978, hier Artikel 2, Nummer 2, https://www.unesco.de/sites/default/files/2018-03/1978_Erkl%C3%A4rung_%C3%BCber_Rassen_und_rassistische_Vorurteile.pdf (abgerufen am 30.9.2020); United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization: Declaration on Race and Racial Prejudice, 27.11.1978, http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=13161&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html (abgerufen am 10.4.2021).

301 Vgl. Jan C. Behrends, Jan/Patrice G. Poutrus/Dennis Kuck (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, in: APuZ, Jg. 50, H. 39, https://www.bpb.de/apuz/25428/historische-ursachen-der-fremdenfeindlichkeit-in-den-neuen-bundeslaendern?p=all&rl=0.6192516141219904 (abgerufen am 30.9.2020).

302 Akte vom 24.11.1988, BStU, MfS, BVfS Leipzig, Abt. XX, 02278, Bl. 35.

Die MfS-Überlieferungen geben nur wenig Auskunft über den Entstehungskontext, legen aber den Schluss nahe, dass das Gedicht in Betrieben vervielfältigt und verteilt wurde. Weitere Hinweise auf rassistische Muster hat der Historiker Daniel Logemann aufgedeckt. Er hat zu polnischen Händlern im öffentlichen Straßenraum Leipzigs und ihre Verfolgung durch die Volkspolizei und das MfS in den 1980er Jahren geforscht.[303] Seine Untersuchung deutet darauf hin, dass rassistische Äußerungen wie das zitierte Gedicht keine Ausnahmefälle darstellten. Ähnliche Aussagen wie die im Gedicht enthaltenen sind Clemens Villinger in den beiden städtischen Untersuchungsorten in Sachsen begegnet. Dort lebten, arbeiteten und kauften Menschen aus anderen sozialistischen Ländern ein. Der Historiker Jonathan Zatlin hat darauf hingewiesen, dass insbesondere die Wahrnehmung von Menschen aus Polen als Konkurrenten um das knappe Warenangebot in den Leipziger Geschäften an alte nationalistische und antipolnische Ressentiments aus der Zeit des Kaiserreichs anknüpft.[304] Durch diese Zuschreibungen verschob sich die Bewertung der Ursachen für den Konsumgütermangel: Einige Leipziger*innen machten nicht mehr nur die staatliche Konsumpolitik, sondern auch das Kaufverhalten der Menschen aus Polen für die Versorgungslage verantwortlich.[305] Welche kulturellen oder nationalen Stereotype mit solchen Einstellungen einhergingen und wie diese innerhalb von Familien und Generationen über den Umbruch hinweg weitergegeben wurden, ist eine offene Frage.

Clemens Villinger hat eine Verschiebung des Konkurrenzgedankens und der Schuldzuschreibung an bestimmte Gruppen vom Konsum vor 1989 auf das knappe Gut Arbeit nach 1990 beobachtet.[306] Der Historikerin Henrike Voigtländer sind in ihren Forschungen zum Betriebsalltag in der DDR der 1970er und 1980er Jahre ebenfalls verschiedene Formen von Rassismus aufgefallen, die auch immer wieder auf Konkurrenzgedanken zurückgeführt werden können, so etwa mit Blick auf den Umgang mit sogenannten Vertragsarbeitern und Vertragsarbeiterinnen, also Arbeitskräften oder Auszubildenden aus Ländern wie Angola oder Vietnam, mit denen die DDR befristete Arbeitsaufenthalte vereinbart hatte.[307] Die Rivalitätsdynamiken kreisen in den Betrieben um die Themen Sexualität und Liebesbeziehungen. Wenn es um rassistische Einstellungen ging, wählten die Personen, die davon berichteten, häufig nicht offen rassistische Beschreibungen, sondern

303 Logemann, Daniel (2012): Das polnische Fenster. Deutsch-polnische Kontakte im staatssozialistischen Alltag Leipzigs 1972–1989, München 2012.

304 Vgl. Zatlin, Jonathan R. (2005): »Polnische Wirtschaft« – »Deutsche Ordnung«? Zum Umgang mit Polen in der DDR, in: Müller, Christian T./Poutrus, Patrice G. (Hg.): Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnungen in der DDR-Gesellschaft, Köln/Weimar/Wien, S. 295–315, hier S. 302.

305 Logemann, Das polnische Fenster, S. 266.

306 Brückweh u. a., Die Alltäglichkeit von Rassismus, S. 233.

307 Ebd., S. 229f.

verklausulierten ihre Einstellungen in Formulierungen, die sich an der Sprache der offiziellen DDR-Propaganda, etwa mit Bezug auf das Ideal der Emanzipation von Frauen, orientierten. So sagte ein Betreuer der ausländischen Arbeitskräfte im VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow im Interview mit Studierenden im Dezember 1989 über die männlichen kubanischen Beschäftigten:

»Sie sind im allgemeinen temperamentvoller als wir, was bei Feiern als angenehm empfunden wird, wenn es sich im Rahmen hält. Es gab auch Auseinandersetzungen. Sie haben auch das Macho-System. Der Mann hat das Sagen, die Frau hat nicht viel zu bestellen. […] Weil bei uns die Emanzipation der Frau doch weiter fortgeschritten ist als in manch anderen Ländern und eine Frau hier selbständiger ist, haben die Kubaner auch manchmal Schwierigkeiten mit unseren Frauen.«[308]

Die »Schwierigkeiten« mit manchen kubanischen Kollegen erklärte der Betreuer mit kulturellen Unterschieden. Er beschrieb die Arbeitskräfte aus dem mit der DDR befreundeten lateinamerikanischen Staat gegenüber der ostdeutschen Bevölkerung als anders, d. h., er ließ sie aufgrund ihres angeblichen Temperaments als exotisch erscheinen. Das mag vordergründig nach einer positiven Bewertung klingen, doch der Grat zwischen Rassismus und Exotismus ist schmal: Das Fremde kann als faszinierend, aber auch als bedrohlich empfunden werden. Von hier aus ist es nicht weit bis zur Abwertung einer als anders wahrgenommenen Gruppe.[309] Zumeist findet sich im Exotismus eine rückwärtsgewandte Vorstellung von Authentizität: Andere, scheinbar ursprünglichere Kulturen hätten im Gegensatz zum Westen ihre vermeintliche Natürlichkeit beibehalten, während die kolonisierenden Länder durch Industrialisierung und technischen Fortschritt höhere Entwicklungsstufen erreichten.[310] Der oben zitierte Betreuer übernahm also bewusst oder unbewusst eine kolonialrassistische Vorstellung von der Überlegenheit europäischer Länder. Den vermeintlich fortschrittlicheren gesellschaftlichen Umgang mit Frauen in der DDR begründete er nicht mit dem Sozialismus, da es sich ja auch bei Kuba um einen sozialistischen Staat handelte.

Das bisher Dargestellte soll nur erste Einblicke bieten – weitere ließen sich etwa für Aussagen über vermeintlich gute und schlechte Gruppen von Ausländern und Ausländerinnen anführen, wobei insbesondere der Antiziganismus starke Kontinuitäten aufweist.[311] Bei diesem Feld besteht weiterer Forschungsbedarf,

308 Runge, Irene (1990): Ausland DDR. Fremdenhass, Berlin, S. 70f.

309 Münkler, Herfried (2008): Barbaren und Dämonen. Die Konstruktion des Fremden in Imperialen Ordnungen, in: Baberowski, Jörg/Kaelble, Hartmut/Schriewer, Jürgen (Hg.): Selbstbilder und Fremdbilder. Repräsentation sozialer Ordnungen im Wandel, Frankfurt a. M., S. 153–189, hier S. 160.

310 Dean, Isabel (2010): Die Musealisierung des Anderen. Stereotype in der Ausstellung »Kunst aus Afrika«, Tübingen, S. 89.

311 Brückweh u. a., Die Alltäglichkeit von Rassismus, S. 232f.

um Kontinuitäten vor, während und nach 1989 herauszuarbeiten und auch um die DDR bzw. Ostdeutschland mit der Bundesrepublik oder anderen ost- und westeuropäischen Staaten zu vergleichen und nicht isoliert zu betrachten.

Zweitens: die Restitution von Wohneigentum und Antisemitismus. An diesem Themenfeld lässt sich die historische Spezifik zeigen. Das Thema Wohneigentum bot zwar Potenzial für antisemitische Ressentiments, diese wurden aber selten öffentlich, sondern eher im privaten Rahmen geäußert. Das muss man im Kontext der 1990er Jahre betrachten. Bei der Restitution von Wohneigentum stellte sich nach 1990 die Frage der Wiedergutmachung von in der NS-Zeit enteignetem jüdischen Eigentum. Dazu hatte es in der DDR keine Regelungen gegeben. Bis Ende 1992 konnte die Conference on Jewish Material Claims Against Germany (kurz: Claims Conference)[312] Globalanträge auf ehemals jüdische Vermögenswerte stellen, die sie nach und nach spezifizierte. Neben Einzelhäusern betraf das auch ganze Siedlungen, die in den 1920er und 1930ern gebaut worden waren. Für die Umsetzung des Vermögensgesetzes stellte sich die Frage, ob die Käufer*innen aus den 1930ern gewusst hatten, dass sie Häuser erwarben, die zuvor in jüdischem Eigentum gewesen waren und »arisiert« wurden.[313] Daraus entstanden lange Rechtsstreits, die endgültig – wenn sich die Parteien nicht vorher außergerichtlich geeinigt hatten – erst 2016 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte entschieden wurden.[314]

Die Quellen der 1990er Jahre sind durch eine Ambivalenz charakterisiert, d. h., dass antisemitische Äußerungen zu finden sind, aber die gesellschaftlichen Konventionen – eben die öffentliche Akzeptanz der Schuld am Holocaust in den 1990ern und dazu das DDR-Selbstbild als antifaschistischer Staat – in dieser Zeit sehr wirkmächtig im öffentlichen Sprechen waren. Dazu ein Beispiel: In einer Expertenrunde von Vertretern verschiedener Ämter, die im Kreis Potsdam-Mittelmark mit dem Vermögensgesetz befasst waren,[315] wurde im Jahr 2000 festgestellt, dass die Akzeptanz des Vermögensgesetzes sinke, wenn aus den Ansprüchen finanzieller Profit geschlagen werde, dass aber antisemitische Äußerungen kaum zu hören seien. Trotzdem wurde in derselben Fokusrunde von einer Expertin geäußert, dass »reiche Juden« um die Jahrhundertwende Grundstücke und Häuser gekauft hätten.[316]

312 Bei der Conference on Jewish Material Claims Against Germany handelt es sich um einen 1951 gegründeten Zusammenschluss jüdischer Organisationen, die Entschädigungsansprüche jüdischer Opfer des Nationalsozialismus und Holocaust-Überlebender vertreten.

313 Brückweh u. a., Die Alltäglichkeit von Rassismus, S. 233–237.

314 European Court of Human Rights, Fifth Section: Decision, Application no. 16722/10, Christian Meyer against Germany, 22.3.2016, http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-162482 (abgerufen am 30.9.2020).

315 Glock/Keller, Fokusrunde Amt zur Regelung offener Vermögensfragen (ARoV) Potsdam-Mittelmark.

316 Ebd., S. 1.

Sofort wurde ihr widersprochen. Eine ähnlich zusammengesetzte Expertengruppe in Berlin-Prenzlauer Berg verdeutlicht ebenso die Ambivalenz, wenn der Eindruck geschildert wird, »daß anfangs die Akzeptanz gerade bei Ostdeutschen bezüglich der jüdischen Entschädigung besonders groß war«.[317] Auch der damalige Leiter des zuständigen Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen bestätigte, ostdeutsche Eigentümer hätten leichter auf Immobilien verzichtet, wenn sie an jüdische Antragsteller gingen. Demgegenüber bestand sein Amtsnachfolger auf seinem Eindruck, dass gerade die Abtretung des Anspruchs oder der Immobilie an jüdische Alteigentümer besondere Akzeptanzprobleme verursacht habe. Denn die Ansprüche seien als moralischer Vorwurf begriffen worden, »daß die Familie, die Ariseure, auf der Grundlage von Unrecht zur Immobilie gekommen«[318] seien.

Ähnlich wie die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte in der DDR fällt die Auseinandersetzung mit der Familiengeschichte im Nationalsozialismus schwer. Außerdem muss auch hier der Gesprächsrahmen berücksichtigt werden. In der Öffentlichkeit ist Antisemitismus in den 1990er Jahren nicht akzeptiert. In den narrativen Interviews hingegen, wo meist nur ein*e Wissenschaftler*in auf einen Zeitzeugen bzw. eine Zeitzeugin trifft, finden sich antisemitische Aussagen. In diesem Rahmen scheinen die Gesprächspartner und -partnerinnen eher das Gefühl zu haben, ihre Ressentiments frei von gesellschaftlichen Konventionen äußern zu können. Die zitierten Expertengespräche haben eine Zwischenstellung bzw. werden nur als halb öffentlich wahrgenommen, deshalb findet man in ihnen beide Äußerungen. Will man daraus eine allgemeine Tendenz formulieren, dann die, dass sich die vom Vermögensgesetz Betroffenen in der Öffentlichkeit keiner offen antisemitischen Vorurteile bedienten, um ihre Agenda – das Erreichen von offizieller Eigentümerschaft – durchzusetzen. Solche Argumentationen wären sogar kontraproduktiv gewesen, weil sie dem damaligen Konsens widersprochen hätten. Wenn, dann äußerten sie sich nur im Rahmen nicht öffentlicher Gespräche antisemitisch. Dies ist vermutlich auch der Grund dafür, dass die beiden Amtsleiter in der Gesprächsrunde von 2000 nicht übereinstimmten: Der eine bezog sich auf das, was ihm zu dieser Zeit in einzelnen Gesprächen begegnet ist; der andere eher auf die gesellschaftlichen oder moralisch-ethischen Konventionen. Und es scheint in den 1990er Jahren einen gesellschaftlichen Konsens gegeben zu haben, diese Fälle von Wiedergutmachung jüdischen Eigentums als moralisch richtig zu bewerten. Das passt auch zu anderen Bestrebungen der 1990er Jahre, die NS-Zeit aufzuarbeiten, wenn z. B. in Kleinmachnow der ehemaligen Zwangsarbeiter der Firma Bosch gedacht wurde.[319] Auch diese Beispiele bieten lediglich

317 Glock/Keller, Fokusrunde Prenzlauer Berg, S. 6.
318 Ebd., S. 7.
319 Gemeinde Kleinmachnow, Zwangsarbeit für eine Rüstungsfabrik in Kleinmachnow, http://www.kleinmachnow.de/staticsite/staticsite.php?menuid=123 (abgerufen am 30.9.2020).

einen ersten Eindruck; die Alltäglichkeit von Antisemitismus in der langen Geschichte der »Wende« sollte systematisch erforscht werden.

Drittens: Schule, nationalistische und extrem rechte Einstellungen. Kathrin Zöller hat in ihrer Forschung zur Schule in der langen Geschichte der »Wende« zum einen Hinweise auf lange Linien nationalistischen Denkens gefunden. So beschrieb beispielsweise ein im Jahr 2018 eigentlich zum Thema Schule interviewter Zeitzeuge eine Kontinuität nationalistischer und auch rassistischer Haltungen innerhalb der eigenen Familie: In der Familie habe es eine Tradition der rechten Gesinnung gegeben, da bereits der Großvater »ein übler Nazi« gewesen sei; diese Gesinnung sei in der nächsten Generation weitergeführt worden: »Mein Vater war dann in der NDPD, so einer Blockpartei […] und hat unter Freunden schon auch gesagt, er sei in der NSDAP.«[320] Derartiges sei zwar »im Scherz und beim Bier« geäußert worden, aber genau in solchen Alltagswitzen sieht der Interviewte die Fortführung von Antisemitismus und Rassismus im Alltag. Er beschreibt auch den eigenen Lernprozess, bestimmte Witze oder Begrifflichkeiten als antisemitisch und rassistisch zu erkennen:

»Und dass man das nicht witzig findet, es überhaupt nicht witzig ist, über KZs und über Juden Witze zu machen, das ist mir auch erst später aufgefallen. Das war eine ganz übliche Form des Witzes. Es gab nicht nur diese gegen das System gerichteten, sondern auch immer diese rassistischen und vor allem auch antisemitischen Formen des Witzes.«[321]

Zeitlich ordnete der Interviewte diese zunehmende Sensibilisierung nach der »Wende« ein. Dieses Beispiel deutet auf lange Linien im Alltag und eine Veränderung Anfang der 1990er hin.

Die Daten der Sächsischen Längsschnittstudie SLS und hier v. a. die offenen Fragen, die handschriftlich ausgefüllt wurden, zeigen ebenfalls Veränderungen von 1990 zu 1992. Hier antworten in einer Längsschnittstudie 1973 in der DDR Geborene, wodurch Aussagen über Veränderungen innerhalb einer Gruppe von wiederholt Befragten möglich werden. Bereits 1990 berichteten Jugendliche in der Studie über Gewalt gegenüber Minderheiten in der Gesellschaft und kritisierten diese:

»Hier in Zwickau ist es schon ziemlich schlimm mit der Ausländerfeindlichkeit geworden. Jeden Tag auf dem Rummel Prügeleien mit Schwarzen und Vietnamesen. Haben diese Menschen nicht auch ein Recht darauf, sich ohne Angst in einem fremden Land aufzuhalten. Denn ohne sie wäre unsere Wirtschaft zu Grunde gegangen.«[322]

---

320 Oral-History-Interview von Kathrin Zöller mit Herrn N. (früher Schüler in Thüringen), Hamburg 7.6.2018, Name geändert, Interviewtranskript, S. 52.

321 Ebd.

322 Sächsische Längsschnittstudie, Originalfragebogen 1990, Teilnehmer 153 0009 (im Folgenden wird die Kurzform verwendet: SLS 1990, Teilnehmernummer).

1990 überwiegen Äußerungen, in denen aufkommende extrem rechte Einstellungen benannt und kritisiert werden. Ganz anders ist das bei den Aussagen aus dem Jahr 1992. Hier treten rassistische Positionen sehr viel deutlicher hervor und sind häufiger, was sicherlich auch mit der Fragestellung in der Studie zusammenhängt. So fragten die damaligen Wissenschaftler im Gegensatz zu 1990 explizit nach der Einstellung gegenüber »Ausländern« und baten darum, zu erklären, ob die Teilnehmenden »gefühlsmäßig klar […] gegen« oder »klar für Ausländer« seien. Außerdem wurde dazu aufgefordert, auszuführen, wofür oder wogegen man genau sei und wie man zu dieser Einstellung gelangt sei.[323] Die Antworten auf diese Fragen fielen teilweise rassistisch aus:

> »Wenn man hier in Zwickau wohnt, da macht man schon einiges mit! Ich dachte, ich wohne in der Bundesrepublik Deutschland und nicht in der Bunten-Republik Deutschland! Zwar ist mein Schwiegervater auch Ausländer, aber er benimmt sich wenigstens wie ein Mensch. Wo bleibt da die Tradition von Deutschland und die Grundrechte des Deutschen. Ich bin zwar gegen Ausländer, aber ich schmeiße nicht alle in einen Topf! Ich bin aber gegen Asylanten! Denn ich bin ein Mensch, der rechnet! In Zwickau gibt es ca. 1800 Asylanten! Jeder Asylant bekommt pro Tag 8,50 DM und diesen Betrag × 1800 und dann × 365 Tage = ein ›Jahresrausschmiß‹ von 5.584.500 DM, die für Bau von neuen Wohnungen nötig wären bzw. Familien, die sozial nicht so gut leben wie ich.«[324]

Auch wenn Anfang 1990 immer wieder rassistische, antisemitische und nationalistische Einstellungen geäußert wurden, kritisierten Schüler und Schülerinnen diese damals noch mehrheitlich. Wenige Jahre später, 1992, äußerten immer mehr Befragte sie nun aber selbst. Zwar ist bekannt, auch wenn das nicht direkt in der SLS abgefragt wurde, dass gesamtdeutsch-nationalistische Einstellungen schon zu DDR-Zeiten bestanden, jetzt allerdings wurden sie auf eine Weise öffentlich und sagbar, wie es in der DDR aufgrund des antifaschistischen Selbstbildes nicht möglich war.[325] Auch diese Beispiele sollten durch weitere, mit anderen Regionen vergleichenden Forschungen systematisiert werden.

Weiterhin stellt Kathrin Zöller in den Quellen der Sächsischen Längsschnittstudie fest, dass es 1992 eine Verschärfung von Positionen und Selbstzuordnungen entweder zu »rechts« oder »links« gibt. Darüber hinaus scheint die enorme Skepsis gegenüber Parteien und dem politischen System im Allgemeinen wichtig, v. a. hinsichtlich der Akzeptanz und des Umgangs mit dem politischen System nach der »Wende«. Misstrauen, Orientierungslosigkeit und eine gewisse Überforde-

323 SLS Fragebogen 1992, Fragen 45, 48, 49.

324 SLS 1992, 0031. Hervorhebung im Original.

325 Vgl. Wagner, Bernd: Vertuschte Gefahr. Die Stasi & Neonazis, in: BpB Dossier, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/218421/neonazis (abgerufen am 30.9.2020); sowie Voigtländer, Henrike: »Rowdy«, »Fußball-Skin«, »Faschist«. Frauen in der Neonaziszene der DDR und die Akten der Staatssicherheit, in: zeitgeschichte online, https://zeitgeschichte-online.de/themen/rowdy-fussball-skin-faschist (abgerufen am 30.9.2020).

rung mit den Möglichkeiten, sich zu positionieren, sind ebenfalls Punkte, die in den Quellen immer wieder benannt werden. In der Wahrnehmung der Befragten existierte offenbar keine vertrauenswürdige politische Mitte. Dazu zwei Beispiele:

»Ich bin absolut gegen rechts. Das sind doch fast alle nur Idioten. Mit denen hat man nur Probleme. Mit den Linken hatte ich noch nie Probleme. Aber ich würde keiner Partei meine Stimme geben, denn ich habe zu keiner Vertrauen.«[326]

»Vor der Wende hab ich mehr oder weniger an das bestehende System geglaubt, man brauchte keinen festen Standpunkt, es war sowieso alles vorgegeben. Jetzt auf einmal gibt es verschiedene politische Standpunkte, ich weiß einfach nicht, wem ich trauen soll. Die Linken haben uns jahrelang betrogen, und von den Rechten ist ja nun auch nichts Feines zu erwarten. Ich möchte mich da einfach nicht festlegen und mich auch mit keinem identifizieren. Außerdem reden alle Parteien ja nur bloß, von keinem sieht man konkrete Taten, jedenfalls keine positiven. Meine Einstellung ist sicherlich nicht die beste, denn jeder sollte eigentlich einen festen Standpunkt haben, aber zurzeit interessiert mich dieser ganze politische Kram kein bisschen, jedenfalls nicht der unserer Parteien.«[327]

Ein Punkt, der eng mit dem Suchen nach Orientierung in der Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten und zugleich eng mit Aspekten von Herrschaft, Macht und Identität verbunden ist, ist die Frage nach der Dimension des Nationalen. In den Quellen zur Schule finden sich viele Beispiele dafür, dass der Bezug auf die Nation ein Identifikationsangebot darstellte. Hier kann man untersuchen, inwiefern es sich dabei ebenfalls um eine lange Mentalität handelt. Die Frage der Nation und des Nationalstaates reicht schließlich bis ins 19. Jahrhundert zurück.[328] Daran anknüpfend ist die Frage interessant, inwiefern der Rückgriff verschiedener politischer Vereine, Gruppierungen und Initiativen auf »die« deutsche Nation als politisches und kulturelles Deutungsmuster, als eine Art *nation building* von unten zu interpretieren ist. Zugleich fand durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten auch ein *nation building* von oben statt. Daran lässt sich erkennen, dass bei den (nicht selten westdeutschen) Verantwortlichen, die die Umsetzung der Vereinigung mit ihren Entscheidungen geprägt haben, ein unhinterfragter Glaube an bestimmte Ideen bestand, wie etwa das Demokratieverständnis und den Verfassungspatriotismus der alten Bundesrepublik. Hier sollte weiter erforscht werden, ob der Eindruck stimmt, dass man Anfang der 1990er stillschweigend davon auszugehen schien, dass beides auch von Ostdeutschen geteilt bzw. dass mit denselben Bezeichnungen dieselben Inhalte gemeint seien. Unklar war und ist aber, wie 40 Jahre SED-Diktatur Menschen geprägt haben. Eine offene Frage ist auch, ob durch die in den 1990er Jahren nicht auf breiter Basis geführten Dis-

326 SLS 1992, 0092.
327 SLS 1992, 0148.
328 Langewiesche, Dieter (2000): Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München, S. 35f.

kussionen über Konzepte wie Demokratie andere Werte wie ein ethnischer Nationalismus größere Bedeutung gewinnen konnten. Zumindest wird heute verstärkt auf die verpasste Chance einer neuen Verfassung, zu der am Runden Tisch 1989/90 gearbeitet wurde, hingewiesen.[329] Die Frage nach der Art der Verbindung von *nation building* von unten und oben und der Geschichte der Prägung aus 40 Jahren DDR bedarf weiterer Forschungen.

4.3 Citizen Science

Die vier im dritten Abschnitt der Studie vorgestellten Hauptergebnisse der Forschungsgruppe zur langen Geschichte der »Wende« regen zu weiteren Fragen an. Wird Zeitgeschichte als »Problemgeschichte der Gegenwart«[330] und als »Geschichte der Mitlebenden«[331] verstanden, dann bieten sich hier Möglichkeiten der Wissenskommunikation und der Citizen Science. Aus diesem Grund wurden die Ergebnisse der Forschungsgruppe in die Form eines Schriftgesprächs gebracht und verschiedenen Mitlebenden sowie Kolleg*innen vorgelegt und diese um Kommentare gebeten. Da dies vorausgesetzt hat, dass die Kommentierenden sich auf 40 Seiten Manuskript einlassen und sich dann noch dazu in Schriftform äußern, haben die Kommentare einen Bias in Richtung von Personen mit höherem Bildungsabschluss. Trotzdem lassen sich daraus weitere Fragen und Anregungen entnehmen.

Das gilt v. a. in Kombination mit der zweiten Dialogform, der die vier Ergebnisse ausgesetzt wurden: eine Reise zu vier Untersuchungsorten im Januar 2020. Hier wurden verschiedene Formate angewandt, die nicht die lauten, vor Ort dominierenden Stimmen erneut zu Wort kommen lassen, sondern vielmehr den leisen Stimmen eine Möglichkeit bieten sollten, ihre Geschichten und Interpretationen einzubringen. An den vier aufeinanderfolgenden Abenden, die in einer Schule, in einer Dorfpension, im Rathaussaal und im Museum stattfanden, gab es zuerst ein Podium zur Vorstellung der Ergebnisse und ein gemeinsames Gespräch dazu mit zwei weniger prominenten Mitlebenden, aber keine Öffnung ins Plenum. Vom Podium ging es direkt zu Gesprächen in kleinen Gruppen an drei Thementischen zu Wohnen, Konsum und Schule. Parallel dazu konnten Besucher

329 Vgl. die zusammenfassende Darstellung in Kowalczuk, Übernahme, S. 65–82. Außerdem zu den Diskussionen von 1990: Thaysen (Hg.), Der Zentrale Runde Tisch der DDR, S. 1096–1112.

330 Hockerts, Hans Günter (1993): Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch, Jg. 113, H. 1, S. 98–127, u. a. aufgenommen in: Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom.

331 Rothfels, Hans (1953): Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 1, H. 1, S. 1–8, hier S. 5f.

und Besucherinnen sogenannte Dialogkarten ausfüllen – je eine zu den drei Zeitabschnitten (1. Wie haben Sie die Zeit vor 1989 erlebt? Wie haben Sie 1989/90 erlebt? Wie haben sie die Zeit nach 1989 erlebt und wie erinnern Sie sich heute daran?). Im Unterschied zu einer herkömmlichen Buchpräsentation wurden hier nicht die fertigen Ergebnisse präsentiert, sondern Mitlebenden auf Augenhöhe begegnet – sie sind nicht Datenlieferanten, sondern mit erster Hand aktiv in den Forschungsprozess und die Buchproduktion eingebunden. Zur Beobachtung und Evaluation reisten ein Journalist und eine Künstlerin mit. Sie sollten von außen auf die Abende gucken, aus ihrer Profession heraus einen Blick auf das Vorhaben werfen und kommentieren.

Diese Form der Dialogreise wurde gut besucht, über Social Media verbreitet und das daraus entwickelte, im September 2020 erschienene Buch[332] war schneller als vermutet innerhalb weniger Wochen ausverkauft und erhielt Medieninteresse. Abgesehen vom günstigen Zusammenfallen der Buchveröffentlichung mit dem 30. Jahrestag der deutschen Einheit könnte daraus die Tendenz abgelesen werden, dass eine demokratische Form der Wissenschaft zur jüngsten Zeitgeschichte auf Interesse bei Mitlebenden stößt.

5. Vorschläge für die Zukunft

Als eine der wichtigsten Aufgaben erscheint es mir, keine weiteren »erinnerungskulturellen Zombie[s] der Wiedervereinigung«[333] – wie es Marcus Böick mit Blick auf die Treuhand so treffend formuliert hat – entstehen zu lassen. Der gegenwärtig zu beobachtenden Empörungshaltung und des sich Einmauerns hinter Vorwürfen sollten empirisch belegte Fakten entgegengesetzt und so zu einer Versachlichung der Diskussionen beigetragen werden, die trotzdem die Vielfalt der Erfahrungen aus der langen Geschichte der »Wende« ernst nimmt. Dafür können aus meiner Perspektive zwei Maßnahmen wichtig sein: mehr dauerfinanzierte Forschung (dazu 5.1) und dazu passende Formen von Bürgerbeteiligungen, die nicht erst am Ende der Forschung stehen, sondern in der Bürger und Bürgerinnen Teil des gesamten Forschungsprozesses sind (dazu 5.2).

332 Brückweh/Villinger/Zöller (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«.

333 Böick, Treuhand, S. 15. Zur Erläuterung siehe auch: Historiker im Interview. Die Treuhand – »Sinnbild für die feindliche Übernahme durch den Westen«, in: MDR Sachsen-Anhalt, 3.3.2020, https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/interview-historiker-marcus-boeick-treuhand-100.html (abgerufen am 30.9.2020).

5.1 Wissen mehren – mehr Forschung

In der Studie wurden bereits an mehreren Stellen Forschungsthemen benannt, ausgewählte sollen hier noch einmal zusammengetragen werden:

Zum einen bedarf es weiterer Studien zur Alltags- und Gesellschaftsgeschichte der »Wende« in einer langen Perspektive über den Epochenbruch hinaus. Dabei ist interessant, ob die vier in dieser Studie vorgestellten Muster bestätigt oder erweitert werden oder ob abweichende Ergebnisse für andere Themenbereiche erzielt werden. Noch stärker als in der Studie sollte die Frage nach den mentalen Prägungen aus 40 Jahren DDR verfolgt werden.

Zweitens sind weitere Forschungen zur Wissens- und Wissenschaftsgeschichte der Transformationszeit wichtig, und zwar einmal mit Blick auf die personelle und institutionelle Umgestaltung des Forschungswesens – also eine Wissenschaftsgeschichte. Hier gibt es neben ersten Forschungen (siehe Abschnitt 2) v. a. Einzelgeschichten, die aber bisher wenig systematisch geordnet wurden. Da die Zeitzeug*innen zumeist noch leben, wäre möglichst bald eine Oral History dazu interessant. Zugleich sollte eine Wissensgeschichte geschrieben werden, die sich der Produktion von Wissen unter den Bedingungen der Transformation widmet und für die Sekundäranalyse dieser Sozialdaten als zeitgeschichtliche Quellen Voraussetzung ist.

Drittens wäre eine Betrachtung (Ost-)Deutschlands als »Fall« interessant und damit eine Verortung in Bezug auf andere Länder und Regionen. Das wird seit einiger Zeit gefordert, ist aber meines Wissens bisher noch wenig umgesetzt.[334]

Weitere Forschung sollte dauerhaft angelegt sein – der permanente Wechsel über befristete Projektmittel schafft zwar neue Impulse und Beweglichkeit, diese könnten aber auch durch Doktorandenstellen gewährleistet sein werden; zugleich geht langfristiges Forscherwissen verloren, das sollte verhindert werden.

5.2 Citizen Science – elaborierte, demokratische Formen von Wissensgenerierung und -vermittlung

Das Vorstellen von abgeschlossenen Forschungsergebnissen in der Öffentlichkeit in einer fast klassischen Form des Podiums mit anschließenden Fragen aus dem Publikum ist aus meiner Erfahrung nicht das richtige Format für eine Versachlichung der Diskussionen. Denn so bleiben Forschungsergebnisse *neben* persönlichen Erfahrungen stehen, die sich aufgrund ihrer Vielfalt nicht immer alle in

334 Einen ersten Eindruck mit Blick nach Polen, Rumänien, Großbritannien und Dänemark bietet: Willisch, Andreas (Hg.) (2012): Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen, Berlin.

komprimierten Ergebnispräsentationen darstellen lassen. Passender scheint mir ein Einbeziehen von Mitlebenden in den gesamten Forschungsprozess – angefangen mit Oral-History-Interviews über Kommentierungen von ersten Forschungsergebnissen durch Mitlebende bis hin zu Veranstaltungen, auf denen die Ergebnisse nicht nur vorgestellt werden, sondern *vor* der Veröffentlichung im Buchformat präsentiert, getestet und bei Bedarf revidiert werden. Aus einer solchen Form kollaborativen Forschens, das auch innerhalb der hierarchischen Strukturen des Wissenschaftssystems auf die selbstverantwortliche Einbeziehung der verschiedenen Beteiligten eines Forschungsprojektes zielt (Projektleitung – Doktoranden – Studentische Hilfskräfte), lässt sich aus meiner Erfahrung eine größere Akzeptanz von wissenschaftlichen Ergebnissen und mehr Verständnis für wissenschaftliches Arbeiten erreichen. Zugleich lässt es Zeitgeschichte wirklich zur Geschichte der Mitlebenden werden, weil ihnen auf Augenhöhe begegnet wird.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Das Quellenverzeichnis beinhaltet nur die zitierten Quellen. Die Basis für die Analyse ist wesentlich breiter, siehe dafür oben den Abschnitt 1.3 und die Übersicht 1.

1. Archivalien

Bundesarchiv (BArch), Berlin

DO 1 Ministerium des Innern

DO 1/7376, Beschwerden von Privatpersonen in Grundbuchangelegenheiten, 1954–1955, Band 2.

DO 1/8817, Führungs- und Leitungstätigkeit, Organisation. Verbesserungsvorschläge zu Grundbuchsachen u. a., 1952–1954.

DO 1/8818, Führungs- und Leitungstätigkeit, Organisation. Ausgliederung des Sachgebiets Grundbuch aus der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Grundbuchangelegenheiten u. a., 1953–1955.

DO 1/8823, Arbeitspläne und -berichte der Räte der Bezirke, Abt. Innere Angelegenheiten (Kataster), 1951–1955.

DO 1/16318, Liegenschaftsdokumentation (Kataster, Grundbuch), Anfragen von Privatpersonen in Grundbuchangelegenheiten, 1970–1979.

DC 20 Ministerrat der DDR

DC 20/3690, Eingaben zu Grundstücks- und Pachtangelegenheiten. Einzelnes, 1957–59, Band 3.

DC 20/3691, Eingaben zu Grundstücks- und Pachtangelegenheiten. Einzelnes, 1956–59, Band 1.

DC 20/3699, Eingaben zu Grundstücks- und Pachtangelegenheiten. Einzelnes, 1956–59, Band 2.

DN 1 Ministerium der Finanzen

DN 1/121441, Eingaben und Beschwerden, Nachweise, 1977–1985, Band 1.

DN 1/121442a, Eingaben und Beschwerden, Nachweise, 1982–1989, Band 2.

DN 1/122273, Beschlagnahme von Vermögenswerten Republikflüchtiger zwecks Überführung in Volkseigentum. Eingaben zur Anwendung der VO v. 17. Juli 1952, 1957–1971.

DN 1/122289, Eingaben. Vermögenseinzug aufgrund Strafurteils zugunsten des Volkseigentums, 1953–1970.

Gemeindearchiv Kleinmachnow

Gemeinde Kleinmachnow (Hg.) (2005): Planen, Bauen, Wohnen und Arbeiten in Kleinmachnow, Anlage zum Flächennutzungsplan für Kleinmachnow, 2. Entwurf, S. 4.

Biblio 161, Presseausschnitte 1990–1994.

Gemeindeamt Kleinmachnow: Auswertung der Wahl der Gemeindevertretung am 5.12.1993.

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2011): Datenarchiv, Köln

Sächsische Längsschnittstudie – Welle 4, 1990, ZA6216 Datenfile Version 1.0.0, https://doi.org/10.4232/1.10777.

Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark, Belzig

Amt zur Regelung offener Vermögensfragen (ARoV), Akte Becker (Name geändert), Sig. 33856.

ARoV, Akte Mader (Name geändert), Sig. 34324, 231734.

ARoV, Akte Ziebel (Name geändert), Sig. 23291, 32976, 34243, 36244, 37478.

51.28/1, Rat der Gemeinde Kleinmachnow, Analysen über Republikfluchten 1956–1961.

51.28/100, Rat der Gemeinde Kleinmachnow, Eingaben zu Wohnungsfragen und Hauskäufen, Auswertung der Eingaben, 1971–1973.

60.31/12 Kommunale Wohnungsverwaltung, Vermerk über Hausverkäufe 1982/83.

2. Studien für Zweitanalysen

Bei der Zweitanalyse handelt es sich um ein in der Geschichtswissenschaft bisher nicht standardisiertes Verfahren, bei dem noch ungeklärt ist, wo die Forschungsdaten archiviert werden sollen. Aus diesem Grund liegen die Daten meist bei den sogenannten Erst- oder Primärforschenden und wurden für das Forschungs-

projekt »Die lange Geschichte der ›Wende‹« zeitweise an die Zweitforschenden (Brückweh, Villinger, Zöller) übergeben.

Zum Wohneigentum:

Bestand des Forschungsprojekts »Property Restitution and the Post-1989 Transformation Process in Germany and Poland. An International and Interdisciplinary Research Project« (1999–2001 von der Volkswagen Stiftung gefördertes deutsch-britisch-polnisches Projekt).

Archiv Carsten Keller, 3 Experteninterviews, 16 leitfadenbasierte Interviews und zwei Fokusrunden sowie Unterlagen und Teilverschriftlichungen der Interviews u. a. zu Kleinmachnow, unveröffentlichte Arbeitspapiere und ein Abschlussbericht.

Publikation u. a.: Glock, Birgit/Häußermann, Hartmut/Keller, Carsten (2001): Die sozialen Konsequenzen der Restitution von Grundeigentum in Deutschland und Polen, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 11, H. 4, S. 533–550.

Zum Konsum (Clemens Villinger):

Archiv Barbara Schier, Merxleben-Studie 1991–1997, Transkription der Interviews von Barbara Schier aus Merxleben.

Publikation u. a.: Schier, Barbara (2001): Alltagsleben im »sozialistischen Dorf«. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945–1990, Münster u. a.

Archiv Cordia Schlegelmilch, Wurzen-Studie 1990–1996, Transkription der Interviews von Cordia Schlegelmilch.

Publikation u. a.: Schlegelmilch, Cordia (1993): Deutsche Lebensalter. Erkundungen in einer sächsischen Kleinstadt, in: PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 23, H. 91, S. 269–295.

Schlegelmilch, Cordia (2019): Eine Stadt erzählt die Wende: Wurzen/Sachsen 1989–1990, Beucha/Markkleeberg.

Archiv Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, Projektgruppe »Alltägliche Lebensführung«, Leipzig-Studie 1991–1994, Transkription der Interviews.

Publikation u. a.: Dunkel, Wolfgang (2001): Zur Entstehungsgeschichte des Konzepts alltäglicher Lebensführung, in: Voß, Günter G./Weihrich, Margit (Hg.): tagaus – tagein: neue Beiträge zur Soziologie Alltäglicher Lebensführung, München, S. 21–29.

Zur Schule (Kathrin Zöller):

Archiv Hendrik Berth, Sächsische Längsschnittstudie, Originalfragebögen 1990 und 1992.

Publikation u. a.: Berth, Hendrik/Brähler, Elmar/Zenger, Markus/Stöbel-Richter, Yves (Hg.) (2020): 30 Jahre ostdeutsche Transformation. Sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Perspektiven der Sächsischen Längsschnittstudie, Gießen.

3. Oral-History-Interviews

Oral-History-Interview von Kathrin Zöller mit Herrn N. (früher Schüler in Thüringen), Hamburg 7.6.2018. Name geändert.

Oral-History-Interview von Anja Schröter mit Gottreich Albrecht, Schwerin, 20.6.2019.

Oral-History-Interview mit Martin W., Kleinmachnow, 4.2.2020. Name geändert.

4. Periodika

Financial Times
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Märkische Allgemeine Zeitung
Potsdamer Neueste Nachrichten
Der Spiegel
The Nation
Die Welt
Die Zeit

5. Rechtsquellen

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1949, 1, S. 5–16; https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0232_ddr&object=facsimile&pimage=1&v=100&nav=&l=de (abgerufen am 30.9.2020).

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1968 I, S. 199–222; documentArchiv.de (Hg.), http://www.documentArchiv.de/ddr/verfddr1968.html (abgerufen am 11.4.2021).

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (Fassung vom 7.10.1974), in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1974 I; documentArchiv.de (Hg.), http://www.documentArchiv.de/ddr/verfddr.html (abgerufen am 11.4.2021).

Grundbuchverfahrensordnung GVO, GBl. I 1976, Nr. 3, S. 42.

Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen, 15.6.1990, Anlage III zum Einigungsvertrag: https://gesetze-im-internet.de/einigvtr/EinigVtr.pdf (abgerufen am 2.4.2021).

Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz VermG), 23.9.1990, https://www.gesetze-im-internet.de/vermg/BJNR211590990.html (abgerufen am 30.9.2020).

Gesetz zur Änderung des Vermögensgesetzes und anderer Vorschriften (Zweites Vermögensrechtsänderungsgesetz, 2. VermRÄndG), 14.7.1992, BGBl. I, S. 1257–1286, https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl192s1257.pdf%27%5D#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl192s1257.pdf%27%5D__1618146917690 (abgerufen am 11.4.2021).

Gesetz zur Sachenrechtsbereinigung im Beitrittsgebiet (SachenRBerG), 21.9.1994, https://www.gesetze-im-internet.de/sachenrberg/ (abgerufen am 10.4.2021).

Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (EALG), 27.9.1994, BGBl. I S. 2624; 1995 I S. 110, https://www.gesetze-im-internet.de/ealg/ (abgerufen am 10.4.2021).

Gesetz zur Anpassung schuldrechtlicher Nutzungsverhältnisse an Grundstücken im Beitrittsgebiet (Schuldrechtsanpassungsgesetz -SchuldRAnpG), 21.9.1994, BGBl. I, S. 2538, https://www.gesetze-im-internet.de/schuldranpg/SchuldRAnpG.pdf (abgerufen am 12.2.2021).

Gesetz zur Bereinigung vermögensrechtlicher und anderer Vorschriften (Vermögensrechtsbereinigungsgesetz – VermBerG), 20.10.1998, BGBl. I, S. 3180–3187, https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl198s3180.pdf%27%5D__1601666255778 (abgerufen am 30.9.2020).

»Stichtagsregelung« im Vermögensgesetz ist verfassungsgemäß. Pressemitteilung Nr. 123/1999 vom 23.11.1999, Urteil vom 23.11.1999, 1 BvF 1/94, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/1999/bvg99-123.html (abgerufen am 30.9.2020).

Gedruckte Quellen und Literatur

Ahbe, Thomas (2019): Revolution und Vereinigung. Viele Erfahrungen und eine Große Erzählung, in: Journal für politische Bildung, H. 4, S. 10–17.

Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hg.) (1977): Sozialistische Wohnungspolitik. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister, Berlin.

Apel, Linde (2015): Oral History reloaded. Zur Zweitauswertung von mündlichen Quellen, in: Westfälische Forschungen, Jg. 65, S. 243–254.

Appiah, Anthony K. (1994): Identity, Authenticity, Survival. Multicultural Societies and Social Reproduction, in: Taylor, Charles/Gutmann, Amy (Hg.): Multiculturalism. Examining the Politics of Recognition, Princeton, S. 149–163.

Bahners, Patrick/Cammann, Alexander (Hg.) (2009): Bundesrepublik und DDR. Die Debatte um Hans-Ulrich Wehlers »Deutsche Gesellschaftsgeschichte«, München.

Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin.

Bauakademie der DDR (Hg.) (1987): Grundlagen zur Planung und Gestaltung der Dörfer. Zwischenbericht G1, Berlin.

Becker, Peter/Lüdtke, Alf (Hg.) (1997): Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin.

Behrends, Jan C./Poutrus, Patrice G./Kuck, Dennis (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, in: APuZ, Jg. 50, B 39, https://www.bpb.de/apuz/25428/historische-ursachen-der-fremdenfeindlichkeit-in-den-neuen-bundeslaendern?p=all&rl=0.6192516141219904 (abgerufen am 23.2.2021).

Berghoff, Hartmut/Balbier, Uta A. (Hg.) (2013): The East German Economy, 1945–2010. Falling Behind or Catching Up?, Cambridge.

Bergholz, Rosemarie/Eissenberger, Gabriele (2020): Persönliche Blicke, in: Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöller, Kathrin (Hg.): Die lange Geschichte. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin, S. 70–71.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2020): Vielfalt der Einheit. Wo Deutschland nach 30 Jahren zusammengewachsen ist, Berlin.

Berth, Hendrik/Brähler, Elmar/Zenger, Markus/Stöbel-Richter, Yves (Hg.) (2020): 30 Jahre ostdeutsche Transformation. Sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Perspektiven der Sächsischen Längsschnittstudie, Gießen.

Bertram, Hans, (1996): Editorial, in: Lutz, Burkart u. a. (Hg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe (Berichte der KSPW 1), Opladen, S. XIII–XIX.

Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (2001): Die Transformation Ostdeutschlands und ihre Erforschung. Eine Einführung in die Arbeit der KSPW und die Beiträge des Bandes, in: dies. (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Wiesbaden, S. 9–30.

Bessel, Richard/Jessen, Ralph (Hg.) (1996): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen.

Biess, Frank/Eckert, Astrid (Hg.) (2019): Introduction: Why Do We Need New Narratives for the History of the Federal Republic, in: Central European History, Jg. 52, H. 1, S. 1–18.

Bingen, Dieter (1997): Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Polen, Köln.

Bischoff, Bernhard/Lippmann, Holger (1993): Unveröffentlichte Vorschriften zur Führung des Grundbuches und des Liegenschaftskatasters, in: Tatzkow, Monika/Henicke, Hartmut (Hg.): Grundbuchdokumentation und Grundbuchmanipulation in der früheren DDR, Berlin, S. XI–XVI.

Böhme, Jeanette/Hummrich, Merle/Kramer, Rolf-Torsten (2015): Schulkultur. Theoriebildung im Diskurs, Wiesbaden.

Böick, Marcus (2018): Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994. Göttingen.

Böick, Marcus/Goschler, Constantin/Jessen, Ralph (Hg.) (2020): Jahrbuch Deutsche Einheit, Berlin.

Born, Karl Martin (2007): Die Dynamik der Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland seit 1945. Ein Beitrag zum rechtsgeographischen Ansatz, Stuttgart.

Bösch, Frank (2015): Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren, in: ders. (Hg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen, S. 7–37.

Brouër, Dirk u. a. (1995): Offene Vermögensfragen – ein Ratgeber. Der Streit um Häuser, Datschen und Grundstücke. Zur veränderten Rechtslage in den neuen Bundesländern, Reinbek.

Brückweh, Kerstin (2017): The History of Knowledge: An Indispensable Perspective for Contemporary History, in: History of Knowledge, 4.12.2017, https://historyofknowledge.net/2017/12/04/the-history-of-knowledge-an-indispensable-perspective-for-contemporary-history (abgerufen am 23.2.2021).

Brückweh, Kerstin (2017): Unter ostdeutschen Dächern. Wohneigentum zwischen Enteignung, Aneignung und Neukonstituierung der Lebenswelt in der langen Geschichte der »Wende«, in: Großbölting, Thomas/Lorke, Christoph (Hg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart, S. 187–212.

Brückweh, Kerstin (2019): Wissen über die Transformation. Wohnraum und Eigentum in der langen Geschichte der »Wende«, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Jg. 16, H. 1, www.zeithistorische-forschungen.de/1-2019/5677 (abgerufen am 23.2.2021).

Brückweh, Kerstin (2020): Das vereinte Deutschland als zeithistorischer Forschungsgegenstand, in: APuZ, Jg. 70, H. 28–29, S. 4–10, https://www.bpb.de/apuz/312261/das-vereinte-deutschland-als-zeithistorischer-forschungsgegenstand (abgerufen am 23.2.2021).

Brückweh, Kerstin (2021): Rezension zu Ilko-Sascha Kowalczuk, Die Übernahme, in: Historische Zeitschrift, H. 312, S. 282–283.

Brückweh, Kerstin/Zöller, Kathrin (2019): Transformation Research and the Longue Durée of 1989. Combining Qualitative and Quantitative Data, in: Przegląd Socjologii Jakościowej – Qualitative Sociology Review, Jg. 15, H. 1, S. 72–91.

Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöller, Kathrin (2020): Ein Schriftgespräch zu unseren Ergebnissen, in: dies. (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin.

Brunner, Otto (1968): Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, 2. Aufl., Göttingen.

Buck, Hannsjörg F. (2004): Mit hohem Anspruch gescheitert. Die Wohnungspolitik der DDR, Münster.

Bude, Heinz/Eckert, Anna/Haese, Inga (2020): Verlorener Boden, gewonnenes Land, in: Böick, Marcus/Goschler, Constantin/Jessen, Ralph (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit, Berlin, S. 251–270.

Bude, Heinz/Medicus, Thomas/Willisch, Andreas (Hg.) (2011): ÜberLeben im Umbruch. Am Beispiel Wittenberge. Ansichten einer fragmentierten Gesellschaft, Hamburg.

Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (2001): Offene Vermögensfragen. Versuch einer Bilanz, Berlin.

Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (2015): Statistische Übersicht, Berlin, https://www.badv.bund.de/DE/OffeneVermoegensfragen/Statistik/start.html;jsessionid=E5D865E75C63A22F5746AD7223AD4F53.live4471 (abgerufen am 23.2.2021).

Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (1998): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearb. von Küsters, Hanns-Jürgen/Hofmann, Daniel, München.

Buzogány, Aron (2014): 25 Jahre 1989: Osteuropa zwischen Euphorie und Ernüchterung, in: APuZ, Jg. 64, H. 24–26, S. 10–15, https://www.bpb.de/apuz/185594/25-jahre-1989-osteuropa-zwischen-euphorie-und-ernuechterung (abgerufen am 23.2.2021).

Carhart, Thomas S. (2015): »Absentee Landlords« – oder – Gehören die Städte im Osten ihren Bewohnern? Städtische Eigentumsverhältnisse 1½ Dekaden nach dem Beitritt, in: Großbölting, Thomas/Schmidt, Rüdiger (Hg.): Gedachte Stadt – gebaute Stadt. Urbanität in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz 1945–1990, Köln, S. 301–337.

Conrad, Christoph u. a. (Hg.) (2014): Wohnen und die Ökonomie des Raums, Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Zürich.

Creuzberger, Stefan/Mrotzek, Fred/Niemann, Mario (Hg.) (2018): Land im Umbruch. Mecklenburg-Vorpommern nach dem Ende der DDR, Berlin.

Damm, Veit u. a. (2011): Ostdeutsche Unternehmen im Transformationsprozess 1935–1995. Ein neues Forschungsfeld der modernen Unternehmensgeschichte, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Jg. 56, H. 2, S. 187–205.

David, Roman (2012): Twenty Years of Transitional Justice in the Czech Lands, in: Europe-Asia Studies, Jg. 64, H. 4, S. 761–784.

Dawidson, Karin E. K. (2004): Conflict of Interest in the Restitution and Privatisation of Housing since the Fall of Socialism. The Case of Central Timisoara Citys – a problem for Democracy?, in: Europe-Asia Studies, Jg. 56, H. 1, S. 119–141.

Dean, Isabel (2010): Die Musealisierung des Anderen. Stereotype in der Ausstellung »Kunst aus Afrika«, Tübingen.

Dinzelbacher, Peter (Hg.) (2008): Europäische Mentalitätsgeschichte, Stuttgart.
Döbert, Hans (2002): Schule in Ostdeutschland zwischen zwei Transformationsprozessen, in: ders./Fuchs, Hans-Werner/Weishaupt, Horst (Hg.): Transformation der ostdeutschen Bildungslandschaft. Eine Forschungsbilanz, Wiesbaden, S. 37–50.
Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz (2008): Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen.
Dunkel, Wolfgang (2001): Zur Entstehungsgeschichte des Konzepts alltäglicher Lebensführung, in: Voß, Günter G./Weihrich, Margit (Hg.): tagaus – tagein: neue Beiträge zur Soziologie Alltäglicher Lebensführung, München, S. 21–29.
Dyk, Silke van (2019): Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus, in: APuZ, Jg. 69, H. 9–11, S. 25–32.
Eibach, Joachim/ Schmidt-Voges, Inken (Hg.) (2015): Das Haus in der Geschichte Europas. Ein Handbuch, Berlin.
Elsner, Steffen H. (2000): Das Eingabewesen als Element des Krisenmanagements in der DDR, in: Zeitschrift des Forschungsverbandes SED-Staat, Jg. 5, H. 8, S. 116–125.
Engel, Ulf/Hadler, Frank/Middell, Matthias (Hg.) (2015): 1989 in a Global Perspective, Leipzig.
Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin.
Eppelmann, Rainer u. a. (Hg.) (2003): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn.
Erklärung über »Rassen« und rassistische Vorurteile auf der 20. Generalkonferenz der UNESCO am 27.11.1978, hier Artikel 2, Nummer 2, https://www.unesco.de/sites/default/files/2018-03/1978_Erkl%C3%A4rung_%C3%BCber_Rassen_und_rassistische_Vorurteile.pdf (abgerufen am 30.9.2020).
European Court of Human Rights (2016): Fifth Section: Decision, Application no. 16722/10, Christian Meyer against Germany, 22.3.2016, http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-162482 (abgerufen am 23.2.2021).
Fenske, Michaela (2013): Demokratie erschreiben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950–1974, Frankfurt a. M.
Filipkowski, Piotr (2020): Wissenschaftliche Blicke, in: Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöller, Kathrin (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin, S. 87–89.
Finkenauer, Thomas (2000): Eigentum und Zeitablauf – das dominium sine re im Grundstücksrecht. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des BGB, Berlin.
Flagge, Ingeborg (Hg.) (1999): Geschichte des Wohnens, Bd. 5: Von 1945 bis heute: Aufbau – Neubau – Umbau, Stuttgart.
Flösser, Gabi/Otto, Hans-Uwe/Tillmann, Klaus-Jürgen (1996): Schule und Jugendhilfe. Standortbestimmung im Transformationsprozeß, in: dies. (Hg.): Schule und Jugendhilfe. Neuorientierung im deutsch-deutschen Übergang, Opladen, S. 8–29.
Fischer, Torben/Lorenz, Matthias N. (Hg.) (2015): Lexikon der »Vergangenheitsbewältigung« in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld.
Foucault, Michel (2017 [1977]): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, 20. Aufl., Frankfurt a. M.
Frei, Stella Maria (2018): Tagungsbericht: Gute Erinnerungen an böse Zeiten – Nostalgie in »posttotalitären« Erinnerungsdiskursen nach 1945 und 1989, 18.4.2018–20.4.2018

München, in: H-Soz-Kult, 2.7.2018, https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7775 (abgerufen am 23.2.2021).
Fricke, Weddig/Märker, Klaus (1996): Enteignetes Vermögen in der Ex-DDR, München.
Friedlein, Andreas (1992): Vermögensansprüche in den fünf neuen Bundesländern. Die Enteignungen von Vermögen zwischen 1933 und 1990 auf dem Gebiet der fünf neuen Bundesländer und dessen (Neu)-Zuordnung nach dem Vermögens- und Investitionsrecht, Frankfurt a. M. u. a.
Ganzenmüller, Jörg (2020): Ostdeutsche Identitäten. Selbst- und Fremdbilder zwischen Transformationserfahrung und DDR-Vergangenheit, in: Deutschland Archiv, 24.4.2020, www.bpb.de/308016 (abgerufen am 23.2.2021).
Gemeinde Kleinmachnow, Zwangsarbeit für eine Rüstungsfabrik in Kleinmachnow, https://www.kleinmachnow.de/staticsite/staticsite.php?menuid=123 (abgerufen am 30.9.2020).
Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (Hg.) (1998): Materialien zur Erforschung der DDR-Gesellschaft. Quellen, Daten, Instrumente, Opladen.
Gestwa, Klaus (2013): Der Homo Sovieticus und der Zerfall des Sowjetimperiums. Jurij Levadas unliebsame Sozialdiagnosen, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Jg. 10, H. 2, S. 331–341, https://zeithistorische-forschungen.de/2-2013/4486, abgerufen am 23.2.2021).
Giesen, Bernd/Leggewie, Claus (Hg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin.
Glock, Birgit/Häußermann, Hartmut/Keller, Carsten (2001): Die sozialen Konsequenzen der Restitution von Grundeigentum in Deutschland und Polen, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 11, H. 4, S. 533–550.
Goering, Daniel Timothy (Hg.) (2017): Ideengeschichte heute. Traditionen und Perspektiven, Bielefeld.
Görtemaker, Manfred (2009): Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung, Berlin.
Gosewinkel, Dieter (2010): Zivilgesellschaft, in: Europäische Geschichte Online (EGO), 3.12.2010, http://ieg-ego.eu/de/threads/transnationale-bewegungen-und-organisationen/zivilgesellschaft/dieter-gosewinkel-zivilgesellschaft (abgerufen am 23.2.2021).
Grashoff, Udo (2011): Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlenkung in der DDR, Göttingen.
Großbölting, Thomas (2020): Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn.
Großbölting, Thomas/Lorke, Christoph (2017): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart.
Grosser, Dieter (1998): Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart.
Grundow, Hendrijke (2020): Tagungsbericht: Ambivalente Transformationen. »1989« zwischen Erfolgserzählung und Krisenerfahrung, 10.11.2019–12.11.2019, Dresden, in: H-Soz-Kult, 27.2.2020, https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8668 (abgerufen am 23.2.2021).
Haasis, Lukas/Rieske, Constantin (2015): Historische Praxeologie. Zur Einführung, in: dies. (Hg.): Historische Praxeologie. Dimensionen vergangenen Handelns, Paderborn, S. 7–54.

Hall, Stuart (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs, in: Das Argument, Jg. 31, H. 178, S. 913–921.
Hann, Chris (2006): Propertization und ihre Gegentendenzen: Beispiele aus ländlichen Gebieten Europas, in: Comparativ, Jg. 16, H. 5/6, S. 84–98.
Haumann, Heiko (2012): Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung, Wien/Köln/Weimar.
Haumann, Heiko (2012): Lebensweltlich orientierte Geschichtsschreibung in den Jüdischen Studien. Das Basler Beispiel, in: ders. (Hg.): Lebenswelten und Geschichte. Zur Theorie und Praxis der Forschung, Wien/Köln/Weimar, S. 70–84.
Heaton, Janet (2008): Secondary Analysis of Qualitative Data: An Overview, in: Historical Social Research, Jg. 33, H. 3, S. 33–45, S. 33–45.
Heinisch-Fritzsche, Konstantin (2017): Tagungsbericht: Europas vergessene Diktaturen? Diktatur und Diktaturüberwindung in Spanien, Portugal und Griechenland, 4.11.2016–5.11.2016 Weimar, in: H-Soz-Kult, 3.3.2017, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7037 (abgerufen am 23.2.2021).
Henke, Klaus-Dietmar (Hg.) (2009): Revolution und Wiedervereinigung, München.
Herbert, Ulrich (2014): Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München.
Hiebl, Ewald/Langthaler, Ernst (Hg.) (2012): Im Kleinen das Große suchen. Mikrogeschichte in Theorie und Praxis (Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes), Innsbruck/Wien/Bozen.
Hockerts, Hans Günter (1993): Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch, Jg. 113, H. 1, S. 98–127.
Holtmann, Everhard/ Martens, Bernd (2017): »Aber hier lebten Menschen, und die waren sehr individuell«. Die DDR und die deutsche Einheit im Gespräch der Generationen, Halle/S.
Jarausch, Konrad H. (1995): Die unverhoffte Einheit. 1989–1990, Frankfurt a. M.
Jeismann, Karl-Ernst/Lundgreen, Peter (Hg.) (1987): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 3: 1800–1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, München.
Kallenbach, Gisela (2020): Persönliche Blicke, in: Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöller, Kathrin (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin, S. 80–81.
Kaprol-Gebhardt, Anke (2018): Geben oder Nehmen. Zwei Jahrzehnte Rückübertragungsverfahren von Immobilien im Prozess der deutschen Wiedervereinigung am Beispiel der Region Berlin-Brandenburg, Berlin.
Kasekamp, Andres (2010): History of the Baltic States, London.
Kleßmann, Christoph (2009): »Deutschland einig Vaterland«? Politische und gesellschaftliche Verwerfungen im Prozess der deutschen Vereinigung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Jg. 6, H. 1, www.zeithistorische-forschungen.de/1-2009/4555 (abgerufen am 23.2.2021).
Klüsener, Robert (2011): Rechtsstaat auf dem Prüfstand. Wiedervereinigung und Vermögensfragen, Münster.
Kollmorgen, Raj (2011): Zwischen »nachholender Modernisierung« und ostdeutschem »Avantgardismus«. Ostdeutschland und deutsche Einheit im Diskurs der Sozialwissenschaften, in: ders./Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden, S. 27–65.

Kollmorgen, Raj (2020): Eine ungeahnte Renaissance? Zur jüngsten Geschichte der Transformations- und Vereinigungsforschung, in: Böick, Marcus/Goschler, Constantin/Jessen, Ralph (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, Berlin, S. 46–72.

Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden.

Koselleck, Reinhart (2000 [1979]): Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M.

Kotkin, Stephen (2009): Uncivil Society. 1989 and the Implosion of the Communist Establishment, New York.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2009): Endspiel. Die Revolutionen von 1989 in der DDR, München.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019): Zur Gegenwart der DDR-Geschichte. Ein Essay, in: Böick, Marcus/Brückweh, Kerstin (Hg.): Weder Ost noch West. Ein Themenschwerpunkt über die schwierige Geschichte der Transformation Ostdeutschlands, in: Zeitgeschichte-online, 18.3.2019, www.zeitgeschichte-online.de/themen/zur-gegenwart-der-ddr-geschichte (abgerufen am 23.2.2021).

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2019): Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München.

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2020): Interview: Braucht es eine neue Verfassung, in: unauf.online, 16.6.2020, https://www.unauf.de/2020/braucht-es-eine-neue-verfassung-historiker-ilko-sascha-kowalczuk-im-interview/ (abgerufen am 23.2.2021).

Krapfl, James (2013): Revolution with a Human Face. Politics, Culture and Community in Czechoslovakia 1989–1992, Ithaca/London.

Kreis, Reinhild (2018): A »Call to Tools«: DIY between State Building and Consumption Practices in the GDR, in: International Journal for History, Culture and Modernity, Jg. 6, H. 1, S. 49–75.

Kretzschmar, Harald (2008): Paradies der Begegnungen. Der Künstlerort Kleinmachnow, Leipzig.

Kretzschmar, Harald (2016): Treff der Originale. Prominent in und um Kleinmachnow, Berlin.

Kuhr-Korolev, Corinna (2020): Wissenschaftliche Blicke, in: Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöller, Kathrin (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«, Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin, S. 85–86.

Kuhr-Korolev, Corinna (2015): Gerechtigkeit und Herrschaft. Von der Sowjetunion zum neuen Russland, Paderborn.

Langelüddecke, Ines (2020): Alter Adel – neues Land? Die Erben der Gutsbesitzer und ihre umstrittene Rückkehr ins postsozialistische, Göttingen.

Langewiesche, Dieter (2000): Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München.

Lettrari, Adriana/Nestler, Christian/Troi-Boeck, Nadja (Hg.) (2016): Die Generation der Wendekinder. Elaboration eines Forschungsfeldes, Wiesbaden.

Lindenberger, Thomas (1999): Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln, S. 13–44.

Lindenberger, Thomas (2014): Ist die DDR ausgeforscht? Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick, in: APuZ, Jg. 64, H. 24–26, S. 27–32.

Logemann, Daniel (2012): Das polnische Fenster. Deutsch-polnische Kontakte im staatssozialistischen Alltag Leipzigs 1972–1989, München.
Lüdtke, Alf (Hg.) (1989): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt a. M.
Lutz, Burkart (1996): Einleitung, in: ders. u. a. (Hg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, S. 1–16.
Mählert, Ulrich (Hg.) (2016): DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin.
Markovits, Inga (2010): Justice in Lüritz. Experiencing Socialist Law in East Germany, Princeton.
Martens, Bernd (2020), Erinnertes Leben im Osten. Die DDR im Generationengespräch, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Dossier. Lange Wege der Deutschen Einheit, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/315004/erinnertes-leben (abgerufen am 14.4.2020).
Martens, Bernd (2020), Der Blick zurück. Erwartbare Enttäuschungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Dossier. Lange Wege der Deutschen Einheit, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/315004/erinnertes-leben (abgerufen am 14.4.2020).
Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Frankfurt a. M.
Mayntz, Renate (1994): Die deutsche Vereinigung als Prüfstein für die Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften, in: Biss Public, Jg. 4, H. 13, S. 21–24.
Mecheril, Paul/Melter, Claus (2009): Rassismustheorie und -forschung in Deutschland. Kontur eines wissenschaftlichen Feldes, in: dies. (Hg.): Rassismuskritik, Bd. 1: Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach, S. 13–24.
Medjedović, Irena (2014): Qualitative Sekundäranalyse. Zum Potenzial einer neuen Forschungsstrategie in der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden.
Meier, Artur (1991): Die Revolution entläßt ihre Theoretiker, in: Giesen, Bernd/Leggewie, Claus, Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin, S. 28–37.
Memmi, Albert (1992): Rassismus, Hamburg.
Merkel, Ina (Hg.) (1998): »Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation.« Briefe an das DDR-Fernsehen, Köln.
Möller, Frank/Mählert, Ulrich (Hg.) (2008): Abgrenzung und Verflechtung. Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte, Berlin.
Mrozowicki, Adam (2011): Coping with Social Change. Life Strategies of Workers in Poland's New Capitalism, Leuven.
Mühlberg, Felix (2004): Bürgen, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR, Berlin.
Müller, Dietmar (2006): Die Gouvernementalität des Bodeneigentums im östlichen Europa, in: Comparativ, Jg. 16, H. 5/6, S. 112–129.
Münkler, Herfried (2008): Barbaren und Dämonen. Die Konstruktion des Fremden in Imperialen Ordnungen, in: Baberowski, Jörg/Kaelble, Hartmut/Schriewer, Jürgen (Hg.): Selbstbilder und Fremdbilder. Repräsentation sozialer Ordnungen im Wandel, Frankfurt a. M., S. 153–189.
Muschalla, Robert (2018): Sparen. Geschichte einer deutschen Tugend (Ausstellung im Deutschen Historischen Museum), Berlin.

Neuhaus, Friedemann (1998): Geschichte im Umbruch. Geschichtspolitik, Geschichtsunterricht und Geschichtsbewußtsein in der DDR und den neuen Bundesländern 1983–1993, Frankfurt a. M.

Nikolai, Rita (2018): Schulpolitik im Wandel. Historische Wurzeln und schulstrukturelle Wege in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin nach der Wiedervereinigung, Berlin.

Offe, Claus (1991): Die deutsche Vereinigung als »natürliches Experiment«, in: Giesen, Bernd/Leggewie, Claus (Hg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin, S. 77–86.

Paffrath, Constanze (2004): Macht und Eigentum. Die Enteignungen 1945–1949 im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung, Köln.

Pause, Max/Prüfert, Wolfgang (1972): Du und Deine Wohnung. Heimwerkertipps, Berlin.

Platzeck, Matthias (2009): Zukunft braucht Herkunft. Deutsche Fragen, ostdeutsche Antworten, Hamburg.

Price, Jenny (2020): Tagungsbericht: Die revolutionären Umbrüche in Europa 1989/91. Deutungen und Repräsentationen. 18. Internationales Symposium der Stiftung Ettersberg, 1.11.2019–2.11.2019 Weimar, in: H-Soz-Kult, 7.2.2020, https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8636 (abgerufen am 23.2.2021).

Pyo, Myoung-Hwan (2001): Die Wiedergutmachung kommunistischer Enteignungen in Ostmitteleuropa. Ein Modell für Korea? Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde einer Hohen Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, Köln.

Rakowski, Tomasz (2016): Hunters, Gatherers, and Practitioners of Powerlessness. An Ethnography of the Degraded in Postsocialist Poland, Oxford/New York.

Raphael, Lutz (2019): Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Frankfurt a. M.

Raphael, Lutz/Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.) (2006): Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. Beiträge für eine erneuerte Gesellschaftsgeschichte, München.

Reh, Sabine/Ricken, Norbert (Hg.) (2018): Leistung als Paradigma. Zur Entstehung und Transformation eines pädagogischen Konzepts, Wiesbaden.

Reese-Schäfer, Walter (2001): Niklas Luhmann zur Einführung, Hamburg, S. 176–177.

Reimann, Bettina (2000): Städtische Wohnquartiere. Der Einfluss der Eigentümerstruktur. Eine Fallstudie aus Prenzlauer Berg, Opladen.

Reinecke, Christiane (2010): Fragen an die sozialistische Lebensweise. Empirische Sozialforschung und soziales Wissen in der SED »Fürsorgediktatur«, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 50, S. 311–334, http://library.fes.de/afs-online/afs/ausgaben-online/band-50/rahmenthema/fragen-an-die-sozialistische-lebensweise-empirische-sozialforschung-und-soziales-wissen-in-der-sed-203afuersorgediktatur2039 (abgerufen am 23.2.2021).

Richter, Saskia (2016): Zivilgesellschaft – Überlegungen zu einem interdisziplinären Konzept, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 8.3.2016, http://docupedia.de/zg/richter_zivilgesellschaft_v1_de_2016 (abgerufen am 23.2.2021).

Ritter, Gerhard A. (1998): Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München.

Rödder, Andreas (2009): Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München.

Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus?, in: Mecheril, Paul/Melter, Claus (Hg.): Rassismuskritik. Bd. 1: Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach, S. 29–38.

Rothfels, Hans (1953): Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 1, H. 1, S. 1–8.

Runge, Irene (1990): Ausland DDR. Fremdenhass, Berlin.

Saldern, Adelheid von (2014): Wohnen – jenseits historiografischer Turns und Trends? Beispiele aus europäischen Städten des 20. Jahrhunderts, in: Conrad, Christoph u. a. (Hg.): Wohnen und die Ökonomie des Raums, Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Zürich, S. 27–57.

Schier, Barbara (2001): Alltagsleben im »sozialistischen Dorf«. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945–1990, Münster u. a.

Schimpl-Neimanns, Bernhard/Wirth, Heike (1998): Amtliche Mikrodaten der DDR als Datenquelle für die Sozialstrukturforschung, in: Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (Hg.): Materialien zur Erforschung der DDR-Gesellschaft. Quellen, Daten, Instrumente, Opladen, S. 149–164.

Schmidt, Frank (2006): Grundbücher als Quelle für die Ortsgeschichte. Eine Einführung in die Überlieferung geschlossener Grundbuchunterlagen [im Brandenburgischen Landeshauptarchiv], Vortrag Potsdam, 1.10.2006, https://blha.brandenburg.de/wp-content/uploads/2017/07/Grundbuch-Ortsgeschichte011006.pdf (abgerufen am 10.4.2021).

Schlegelmilch, Cordia (1993): Deutsche Lebensalter. Erkundungen in einer sächsischen Kleinstadt, in: PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 23, H. 91, S. 269–295.

Schlögel, Karl (2003): Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik, München.

Schmiedel, David (2018): Tagungsbericht: Sehnsucht nach dem »Kommunismus«? Kulturen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bei jungen Menschen in Südost- und Osteuropa und in Ostdeutschland im 21. Jahrhundert, 27.10.2018, Wien, in: H-Soz-Kult, 23.5.2018, https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7706 (abgerufen am 30.9.2020).

Schröter, Anja (2012): Eingaben im Umbruch. Ein politisches Partizipationselement im Verfassungsgebungsprozess der Arbeitsgruppe »Neue Verfassung der DDR« des Zentralen Runden Tisches 1989/90, in: Deutschland Archiv, Jg. 45, H. 1, https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/61448/eingaben-im-umbruch, abgerufen am 23.2.2021).

Schröter, Anja (2018): Ostdeutsche Ehen vor Gericht. Scheidungspraxis im Umbruch 1980–2000, Berlin.

Schröter, Anja (2020): Ein ostdeutscher Marsch durch die Institutionen? Politische Partizipation vom Spät- zum Postsozialismus, in: Werkstattgeschichte, H. 1, Nr. 81, S. 73–84.

Schröter, Anja (2020): Politisches Engagement in der Stadt vor, während und nach 1989, in: Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöller, Kathrin (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin.

Schulz, Ulrike, Simson (2013): Vom unwahrscheinlichen Überleben eines Unternehmens, Göttingen.

Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas (2003 [1975]): Strukturen der Lebenswelt, Konstanz.

Segert, Dieter (1991): Die langen Schatten der Vergangenheit. Warum es in der DDR doch eine Politologie gab, in: Giesen, Bernd/Leggewie, Claus (Hg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin, S. 111–122.

Shevchenko, Olga (2009): Crisis and the Everyday in Postsocialist Moscow, Bloomington/Indianapolis.

Siegrist, Hannes/Müller, Dietmar (2015): Introduction. Property in East Central Europe. Notions, Institutions, and Practices of Landownership in the Twentieth Century, in: dies. (Hg.): Property in East Central Europe. Notions, Institutions, and Practices of Landownership in the Twentieth Century, New York, S. 1–26.

Siegrist, Hannes/Sugarman, David (1999): Eigentum im internationalen Vergleich (18.–20. Jahrhundert), Göttingen.

Siegrist, Hannes/Sugarman, David (1999): Geschichte als historisch-vergleichende Eigentumswissenschaft. Rechts-, kultur- und gesellschaftsgeschichtliche Perspektiven, in: dies. (Hg.): Eigentum im internationalen Vergleich (18.–20. Jahrhundert), Göttingen, S. 9–30.

Singer, Thomas (2020): Persönliche Blicke, in: Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöller, Kathrin (Hg.): Die lange Geschichte der »Wende«. Geschichtswissenschaft im Dialog, Berlin, S. 74–76.

Sinowjew, Alexander (1984): Homo Sovieticus, Zürich.

Staadt, Jochen (1996): Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR, Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 24, Berlin.

Staatsverlag der DDR (Hg.) (1989): Statistisches Jahrbuch der DDR, 1. Aufl., Juni 1989.

Tanner, Jakob (2013): Historische Anthropologie, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.1.2012, http://docupedia.de/zg/Historische_Anthropologie (abgerufen am 23.2.2021).

Tatzkow, Monika/Henicke, Hartmut (Hg.) (1993): Grundbuchdokumentation und Grundbuchmanipulation in der früheren DDR, Berlin.

Thaysen, Uwe (Hg.) (2000): Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Bd. IV: Identitätsfindung?, Wiesbaden.

Theißen, Rolf/Patt, Hans-Georg (1994): Streit um Grundstücke. Die Abwehr von Alteigentümeransprüchen im Rückübertragungs- und Investitionsvorrangverfahren, Freiburg/Berlin 1994.

Ther, Philipp (2014): Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin.

Thijs, Krijn (2015): Die Dreiecksbeziehungen der Fachhistoriker. Über den Umbruch in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft, in: Die Hochschule, Jg. 24, H. 1, S. 101–185.

Thijs, Krijn (2016): Gebrochene Geschichte. Lebenserfahrung und Historikerbegegnungen nach 1989, in: Maubach, Franka/Morina, Christina (Hg.): Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland, Göttingen, S. 386–448.

Tillmann, Klaus-Jürgen (1993): Staatlicher Zusammenbruch und schulischer Wandel. Schultheoretische Reflexionen zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß, in: Dudek,

Peter/Tenorth, Heinz-Elmar (Hg.): Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang, Weinheim u. a., S. 29–36.

Tomann, Juliane (2019): Tagungsankündigung: Remembering 1989: Actors, Approaches and Audiences, 4.10.2019 Jena, in: H-Soz-Kult, 22.1.2019, https://www.hsozkult.de/event/id/termine-39202 (abgerufen am 30.9.2020).

Topfstedt, Thomas (1999): Wohnen und Städtebau in der DDR, in: Flagge, Ingeborg (Hg.): Geschichte des Wohnens, Bd. 5: Von 1945 bis heute: Aufbau – Neubau – Umbau, Stuttgart, S. 419–562.

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization: Declaration on Race and Racial Prejudice, 27.11.1978, http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=13161&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html (abgerufen am 10.4.2021).

Universität Bielefeld/Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (2012): Das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland. Eine 10-jährige Langzeituntersuchung mit einer jährlichen Bevölkerungs-umfrage zur Abwertung und Ausgrenzung von schwachen Gruppen, Laufzeit: 2002–2012, S. 2–8, https://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_Zusammenfassung.pdf (abgerufen am 23.2.2021).

Urbańska, Sylwia (2015): Polka na odległość. Z doświadczeń migracyjnych robotnic 1989–2010 [Mutter Polin auf Dis-tanz. Aus der Migrationserfahrungen von Arbeitnehmerinnen 1989–2010], Toruń.

Verdery, Katherine (1998): Fuzzy Property. Rights, Power, and Identity in Transylvania's Decollectivization, in: Nelson, Joan M. u. a. (Hg.) (1998): Transforming Post-Communist Political Economies, Washington, S. 102–117.

Verheyen, Nina (2018): Die Erfindung der Leistung, München.

Voges, Jonathan (2017): »Selbst ist der Mann«. Do-it-yourself und Heimwerken in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen.

Voigtländer, Henrike (2019): »Rowdy«, »Fußball-Skin«, »Faschist«. Frauen in der Neonaziszene der DDR und die Akten der Staatssicherheit, in: zeitgeschichte-online, https://zeitgeschichte-online.de/themen/rowdy-fussball-skin-faschist (abgerufen am 23.2.2021).

Wagner, Bernd (2018): Vertuschte Gefahr. Die Stasi & Neonazis, in: BpB Dossier, https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/218421/neonazis (abgerufen am 23.2.2021).

Weber, Hermann (2012): Die DDR 1945–1990 (Oldenbourg-Grundriß der Geschichte 20), München.

Wehler, Hans-Ulrich (2008): Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München.

Weingarz, Stephan (2003): Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozess als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften, Münster/Hamburg/London.

Wierling, Dorothee (2008): Rezension zu: Möller, Frank/Mählert, Ulrich (Hg.): Abgrenzung und Verflechtung. Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte, Berlin.

Wierling, Dorothee (2008): Zeitgeschichte ohne Zeitzeugen. Vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis – drei Geschichten und zwölf Thesen, in: BIOS, Jg. 21, H. 1, S. 28–36.

Wierling, Dorothee (2009): Rezension zu: Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, in: H-Soz-Kult, 27.5.2009, https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-12474 (abgerufen am 22.2.2021).

Wierling, Dorothee (2016): Die DDR als Fall-Geschichte, in: Mählert, Ulrich (Hg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin, S. 205–213.

Willisch, Andreas (Hg.) (2012): Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen, Berlin.

Winkler, Heinrich August (2015): Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart, München.

Wirsching, Andreas (2012): Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München.

Witzel, Andreas/Medjedović, Irena/Kretzer, Susanne (2008): Sekundäranalyse qualitativer Daten. Zum gegenwärtigen Stand einer neuen Forschungsstrategie, in: Historical Social Research, Jg. 33, H. 3, S. 10–32.

Wolfrum, Edgar (2020): Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute, Stuttgart.

Wüllner, Katja (2015): Hinter der Fassade – Das institutionelle System der Denkmalpflege in der DDR untersucht am Beispiel der thüringischen Städte Erfurt, Weimar und Eisenach, Cottbus-Senftenberg.

Yurchak, Alexei (2006): Everything Was Forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation, Princeton.

Zatlin, Jonathan R. (1997): Ausgaben und Eingaben. Das Petitionsrecht und der Untergang der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 45, H. 10, S. 902–917.

Zatlin, Jonathan R. (2005): »Polnische Wirtschaft« – »Deutsche Ordnung«? Zum Umgang mit Polen in der DDR, in: Müller, Christian T./Poutrus, Patrice G. (Hg.): Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnungen in der DDR-Gesellschaft, Köln/Weimar/Wien, S. 295–315.

Zöller, Kathrin (2020): Daten, Quellen, offene Fragen. Die Sächsische Längsschnittstudie aus zeithistorischer Perspektive, in: Berth, Hendrik/Brähler, Elmar/Zenger, Markus/Stöbel-Richter, Yves (Hg.) 30 Jahre ostdeutsche Transformation. Sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Perspektiven der Sächsischen Längsschnittstudie, Gießen, S. 197–210.

Autorinnen und Autoren

Kerstin Brückweh ist Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Berliner Hochschule für Technik (BHT).

Daniel Buhr ist außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Tübingen sowie Leiter des Steinbeis Transferzentrums Soziale und Technische Innovation.

Judith C. Enders, Dr. rer. pol., ist Politikwissenschaftlerin und Dozentin an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin mit den Schwerpunkten Gender, Internationale Beziehungen und Nachhaltigkeit.

Oliver Hidalgo ist außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft der Universität Regensburg.

Raj Kollmorgen ist Soziologe und Professor für Management sozialen Wandels an der Hochschule Zittau/Görlitz.

Ilko-Sascha Kowalczuk, Dr. phil., ist Historiker.

Michael Lühmann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung Georg-August-Universität Göttingen.

Tom Mannewitz ist Professor für politischen Extremismus und Ideengeschichte an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung im Fachbereich Nachrichtendienste am Zentrum für nachrichtendienstliche Aus- und Fortbildung (ZNAF) in Berlin.

Wolfgang Schroeder ist Professor für das politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Universität Kassel.

Tom Thieme ist Professor für Gesellschaftspolitische Bildung an der Hochschule der Sächsischen Polizei in Rothenburg in der Oberlausitz.

Alexander Yendell ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt am Standort Leipzig sowie Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig.